

# Protokoll



*der Verhandlungen  
des Parteitages  
der Sozialdemokratischen Partei  
Deutschlands*

VOM 11. BIS 14. SEPTEMBER

1948

IN DÜSSELDORF

# Protokoll

*der Verhandlungen  
des Parteitages  
der Sozialdemokratischen Partei  
Deutschlands*

VOM 11. BIS 14. SEPTEMBER

**1948**

IN DÜSSELDORF

---

VERLAG: AUERDRUCK GMBH, HAMBURG 1

## **Tagesordnung**

1. Eröffnung, Konstituierung und Begrüßungen
2. Die Sozialdemokratie im Kampf für Freiheit und Sozialismus . Dr. Kurt Schumacher
3. Arbeitsbericht des Parteivorstandes
  - a) Organisation . . . . . Egon Franke
  - b) Finanzen und Verwaltung . . . . . Alfred Nau
  - c) Presse und Propaganda . . . . . Fritz Heine
  - d) Frauensekretariat . . . . . Herta Gotthelf
  - e) Kontrollkommission . . . . . Adolf Schönfelder
4. Bericht der Fraktion des Wirtschaftsrates . . . . . Herbert Kriedemann
5. Soziale Neuordnung als sozialistische Gegenwartsaufgabe . Dr. Rudolf Zorn
6. Sonstige Anträge
7. Wahlen
  - a) des Parteivorstandes
  - b) der Kontrollkommission.

# Protokoll der Verhandlungen

## Erster Verhandlungstag

(Sonntag, 12. September 1948)

### Vormittagssitzung

Im vollbesetzten Planetarium zu Düsseldorf fanden am Sonntag, dem 12. September 1948, die Eröffnungsfestlichkeiten für den Sozialdemokratischen Parteitag statt.

Die „Leonoren-Ouvertüre Nr. 3“, gespielt vom Städtischen Orchester Düsseldorf unter Leitung von Generalmusikdirektor H. Hollreiser, und die „Sinfonie Nr. 9“ (Schlußchor) von L. van Beethoven, bei der der Volkschor „Freiheit“, Düsseldorf, und Solistenkräfte mitwirkten, bildeten den weihvollen Auftakt.

Sodann nahm das Wort der

Stellvertretende Vorsitzende Erich Ollenhauer: Verehrte Anwesende, Genossinnen und Genossen! Im Namen des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands eröffne ich den Parteitag 1948. Ich erfülle diese Aufgabe an Stelle des Vorsitzenden unserer Partei, unseres Genossen Dr. Kurt Schumacher. Ich überbringe dem Parteitag seine herzlichsten Grüße. Zu seinem eigenen und zu unser aller großem Bedauern ist Kurt Schumacher durch seine Krankheit verhindert, an unseren Beratungen teilzunehmen. Entgegen unseren bestimmten Erwartungen ist er noch nicht in der Lage, seine öffentliche Tätigkeit wieder aufzunehmen. Wir hoffen, daß es in kurzer Zeit möglich sein wird. Ein Ärztekonzilium, das vor zehn Tagen über die weitere Behandlung beraten hat, ist zu der Überzeugung gekommen, daß der Genosse Dr. Kurt Schumacher Ende dieses Jahres wieder voll arbeitsfähig sein wird. (Beifall.) Ich bin überzeugt, daß ich im Namen des ganzen Parteitages spreche, wenn ich unserer Freude über diese Voraussage Ausdruck gebe. Wir wünschen Kurt Schumacher von ganzem Herzen baldige völlige Wiederherstellung, um seinetwillen, um der Partei und um unseres Volkes willen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch ein Wort hinzufügen. Seit der Erkrankung von Kurt Schumacher hat es in Deutschland eine Menge Leute gegeben, die nichts Wichtigeres zu tun hatten, als sich den Kopf zu zerbrechen, wer an Stelle von Kurt Schumacher den Vorsitz in der Sozialdemokratie übernehmen werde. Für uns im Vorstand der Partei hat dieses Problem keinen Augenblick existiert. Der Parteitag wird auch diesmal, wie in jedem Jahre, die Aufgabe haben, den Vorstand der Partei zu wählen. Er ist in seiner Wahl frei, und ich will seinen Entscheidungen in keiner Weise vorgreifen. Ich bin aber sicher, daß es auf diesem Parteitag in einer Frage keine Meinungsverschiedenheit geben wird: Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei ist und bleibt unser Genosse Dr. Kurt Schumacher. (Starker, anhaltender Beifall.)

Verehrte Anwesende, Genossinnen und Genossen! Ich begrüße alle unsere Gäste auf das herzlichste: die Vertreter der Militärregierungen, Herrn Ministerpräsidenten Arnold als Vertreter des Landes Nordrhein-Westfalen, Herrn Oberbürgermeister Gockeln und Herrn Oberstadtdirektor Hensel als Vertreter der Stadt Düsseldorf. Ich begrüße ferner die Vertreter der befreundeten Organisationen, vor allem unsere Genossen aus den Gewerkschaften und Genossenschaften.

Wir freuen uns, daß Sie unserer Einladung gefolgt sind, und wir hoffen, daß Ihnen die Verhandlungen des Parteitages einen guten Einblick in die Arbeit unserer Partei, in unsere Wünsche und Forderungen vermitteln werden.

Ein besonders herzlicher Gruß gilt unseren internationalen Gästen. Sie haben

alle an der gestrigen machtvollen internationalen Kundgebung der Sozialdemokraten von Rhein und Ruhr teilgenommen. Sie war ein eindrucksvolles Bekenntnis zu den Ideen des internationalen Sozialismus, zu Frieden und Freiheit für alle Völker. Seien Sie überzeugt, liebe Freunde der ausländischen Organisationen, daß der Geist dieser Kundgebung, die freundschaftliche Gesinnung gegenüber den Repräsentanten der sozialistischen Arbeiterbewegung im Ausland und die Entschlossenheit, mit ihnen für eine bessere Welt zu kämpfen, in der ganzen deutschen Sozialdemokratie lebendig sind.

Seit dem Parteitag in Nürnberg, auf dem wir zum erstenmal seit der Wiedererrichtung unserer Partei Vertreter fast aller Bruderparteien begrüßen konnten, ist unsere Partei Mitglied der Internationalen Arbeitsgemeinschaft der Sozialistischen Parteien geworden. Wir danken euch allen für diesen Beschluß. Wir deutschen Sozialdemokraten wissen, daß diese Mitgliedschaft nicht nur das Recht zur gleichberechtigten Mitarbeit an der Lösung unserer gemeinsamen Aufgabe bedeutet, sondern daß sie auch eine große Verpflichtung einschließt. Die Verpflichtung, im Rahmen unserer Kraft und unserer Möglichkeiten dafür zu wirken, daß Deutschland ein Land der Freiheit und Humanität wird, dem die demokratischen und friedlichen Kräfte in der Welt Vertrauen entgegenbringen können. Die Verhandlungen unseres Parteitages und die hier gegebenen Möglichkeiten des persönlichen Kontaktes mit den Vertrauensleuten der Partei werden Sie mit den vielfachen Problemen und Sorgen vertraut machen, die uns beschäftigen. Sie werden Ihnen aber — so hoffe ich — auch die Gewißheit geben, daß unsere Partei in der Lage und gewillt ist, für die Durchsetzung unserer gemeinsamen Ziele zu kämpfen. Euch allen, liebe Freunde, noch einmal ein herzliches Willkommen!

Genossinnen und Genossen! Ich begrüße auch in alter Verbundenheit die Vertreter der deutschen Sozialdemokraten im Ausland. Die meisten unter ihnen haben schon an unseren früheren Parteitagen teilgenommen und werden verstehen, wenn ich jetzt nicht alle namentlich nenne. Nur zwei Ausnahmen seien mir gestattet. Ich begrüße unseren Genossen Otto Braun, der einer der Delegierten der deutschen Sozialdemokraten in der Schweiz ist, und begrüße unseren Genossen Wilhelm Sollmann. (Lebhafter Beifall.) Wir freuen uns, beide nach so langer Zeit wieder in unserer Mitte zu sehen. Einen besonderen Gruß auch an Friedrich Stampfer. Er ist nunmehr endgültig aus Amerika (Lebhafte Bravorufe) nach Deutschland zurückgekehrt. Wir wünschen ihm und uns noch eine Reihe von Jahren gemeinsamer fruchtbarer Arbeit für unsere Partei. (Beifall.)

Ferner sind die Genossen Wenzel Jaksch und Ernst Paul (Beifall), die beiden führenden Vertreter der sudetendeutschen Sozialdemokraten, nach Deutschland gekommen, um gemeinsam mit ihren vertriebenen Kampf- und Gesinnungsgenossen in der deutschen Sozialdemokratie tätig zu sein. Wir heißen sie herzlich willkommen. Manche unter uns haben in den Jahren 1933 bis 1938 die praktische internationale Solidarität miterlebt, die die sudetendeutschen Sozialdemokraten unter Führung von Jaksch und Paul den politischen Flüchtlingen erwiesen haben. Es war ein großes Werk einer kleinen Partei. Wir werden es nie vergessen. Wir werden auch nie den tapferen Kampf dieser Partei gegen den Henlein-Faschismus und ihr mutiges Ringen um eine friedliche Lösung der Völkerprobleme in der Tschechoslowakischen Republik vergessen. Diese politische Leistung bleibt bestehen, trotz allem, was geschehen ist.

Heute bieten wir ihnen und ihren Genossen in unserer Partei eine neue Heimat. Sie kann nicht alles ersetzen, was sie verloren haben. Gleich den Millionen Flüchtlingen aus dem deutschen Osten tragen sie ein schweres Los. Es menschenwürdig zu gestalten, ist eine der vornehmsten Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie. Wenn es uns in gemeinsamer Arbeit gelingt, Deutschland zu einem Hort der Freiheit zu machen und gemeinsam mit den Sozialisten der anderen Länder ein neues freies Europa aufzubauen, dann dienen wir damit auch dem Ziel, für das die sudetendeutschen Sozialdemokraten gekämpft und gelitten haben.

Und nun gilt mein Gruß den Genossen und Genossinnen, die als Delegierte der Parteioorganisationen nach Düsseldorf gekommen sind. Sie sind berufen, gestützt

auf das Vertrauen unserer Mitglieder, die Politik der Partei in der Vergangenheit zu prüfen und ihre Grundsätze für die nächste Arbeitsperiode festzulegen. Wir haben ein umfangreiches Arbeitsprogramm vor uns, und wir tagen in einer Zeit, die an die Klarheit und Entschlossenheit unserer Parteimitgliedschaft große Anforderungen stellt. Lassen Sie uns an die Arbeit gehen im Geist echter Kameradschaft und im Bewußtsein der großen Verantwortung gegenüber der Aufgabe, die wir uns gestellt haben!

Wir haben gegenüber allen deutschen Parteien der Nachkriegszeit einen großen Vorteil. Wir sind eine organisatorische und politische Einheit, ohne Rücksicht auf Länder- und Zonengrenzen. Man kann Teile unserer Partei durch Zwang und Terror teilweise von uns fernhalten; aber man kann nicht verhindern, daß sich alle deutschen Sozialdemokraten, wo immer sie leben, als Teile eines Ganzen fühlen. Soweit wir hier versammelt sind, werden das auch die Beschlüsse dieses Parteitagcs beweisen.

In diesem Augenblick gedenken wir aber (die Anwesenden erheben sich bei diesen Worten von ihren Sitzen) der Genossen, die nicht in unserer Mitte sein können. Es ist eine lange Liste von Opfern der neuen Diktatur im Osten Deutschlands, die wir zu verzeichnen haben. Wir werden in Erinnerung an jene Idealisten in unserem Willen noch entschlossener werden, für die Freiheit und für die Demokratie in ganz Deutschland zu kämpfen. Ich danke Ihnen dafür, daß Sie sich von Ihren Sitzen erhoben haben. (Beifall.)

Genossen und Genossinnen! Die neue Reinigung, die die SED gerade jetzt durchführt, ist vor allem gegen die Sozialdemokraten in der SED und in der Verwaltung gerichtet, die nicht bereit sind, sich völlig der Diktatur der Kommunisten zu unterwerfen.

Es ist bezeichnend, daß die neue Verfolgungswelle gegen diese Sozialdemokraten vor allem mit den Mitteln der kriminellen Diffamierung arbeitet. Auch das haben wir unter einem anderen Diktaturregime schon erlebt. Diese Methode ist ein Zeichen der Schwäche. Man braucht die Diffamierung, um das Vertrauen, das die Verfolgten in der Bevölkerung genießen, zu untergraben. Aber sie werden niemand täuschen. Für uns ist jeder Sozialdemokrat, der jetzt in der Ostzone seine Freiheit oder seine Existenz verliert, als Freiheitskämpfer legitimiert. Jedes neue Opfer dieser Diktatur ist für uns eine neue Verpflichtung zum Kampf für Freiheit und Demokratie in ganz Deutschland.

Verehrte Anwesende, Genossinnen und Genossen! Wie sehr dieser Kampf eingebettet ist in die internationalen Zusammenhänge, das beweist der Kampf um Berlin. Sein Ausgangspunkt war ein Konflikt zwischen den Besatzungsmächten. Er kann nur gelöst werden auf der Ebene internationaler Verhandlungen. Und dennoch: Berlin hätte niemals die Bedeutung eines Vorpostens der europäischen Demokratie erlangen können ohne den Freiheitswillen der großen Mehrheit der Berliner Bevölkerung. (Beifall.) Es ist eine einfache geschichtliche Tatsache, daß der Freiheitskampf der Berliner an dem Tage begann, als die Berliner Sozialdemokraten sich für die Verteidigung ihrer Unabhängigkeit und Freiheit entschieden. Die Berliner Sozialdemokratie ist in den schweren Wochen, die hinter uns liegen, diesem Geist des Frühjahrs 1946 treu geblieben. Sie hat sich damit ein bleibendes Verdienst für die Gesamtpartei und für die Sache der deutschen und europäischen Demokratie erworben. Wir danken ihr. (Beifall.) Wir wünschen der Berliner Sozialdemokratie vor allem, daß unsere Genossin Louise Schroeder, die die schwere Funktion des amtierenden Oberbürgermeisters so bewundernswert erfüllt hat, recht bald in voller Gesundheit wieder tätig sein kann. (Beifall.)

Jetzt wird über das Schicksal Berlins verhandelt. Wir kennen die schicksalsschwere Bedeutung der Entscheidungen, die vor uns liegen. Wir haben keinen anderen Wunsch als Frieden und Freiheit für alle Menschen. Aber die großen Aufgaben, die die Berliner und die Alliierten bisher in dem Kampf um Berlin gebracht haben, dürfen nicht umsonst gewesen sein. Die Unabhängigkeit und die Freiheit Berlins müssen erhalten bleiben.

Wir tagen hier in der Hauptstadt des größten industriellen Landes Deutsch-

lands. Wir tagen zwischen Rhein und Ruhr. Hier häufen sich die Menschen und die Probleme. Hier liegt das Kernstück unseres nationalen Vermögens, das uns verblieben ist. Hier ballen sich die sozialen Fragen und Sorgen. Hier treffen die Lebensinteressen fast aller Völker Europas aufeinander.

Wir kennen die verhängnisvolle Rolle, die die Wirtschaftsgewaltigen von Rhein und Ruhr in der Vergangenheit in der deutschen und europäischen Geschichte gespielt haben. Wir wissen, daß eine neue deutsche Demokratie nur dann Aussicht auf Bestand hat, wenn die deutsche Reaktion sich in Zukunft nicht wieder auf die Wirtschaftsmacht der Ruhrgevierten von gestern stützen kann. Wir wissen, daß die Produktion von Rhein und Ruhr ein wesentlicher Bestandteil jeder europäischen Wirtschaftsplanung sein muß. Wir wollen, daß die Ruhr für immer eine Stätte friedlichen Schaffens wird, zu unserem eigenen Nutzen und im Interesse der Sicherheit unserer Nachbarn.

Es muß eine Lösung dieses Problems gefunden werden, aber es kann nicht mehr gelöst werden mit den alten Mitteln nationaler Sicherheits- und Konkurrenzpolitik. Die Schlüsselindustrien an Rhein und Ruhr müssen aus dem Privatbesitz in den Allgemeinbesitz überführt werden. Schnell und ein für allemal. (Beifall.) Europa muß zu einer einheitlichen Wirtschaftsplanung kommen, die gelenkt und kontrolliert wird durch die Organe einer übernationalen europäischen Organisation, die von allen beteiligten Völkern gleichmäßig und gleichberechtigt getragen wird.

Die Mehrheit der Bevölkerung dieses Landes hat durch ihre Abgeordneten die Überführung des Kohlenbergbaus in den Allgemeinbesitz beschlossen. Sie hat erklärt, daß die neue Kohlenorganisation dieses Gut treuhänderisch für das ganze Volk verwalten soll. Die britische Militärregierung hat die Zustimmung zu diesem Gesetz verweigert. (Pfuirufe.) Wir bedauern diese Entscheidung auf das tiefste, und wir können sie nicht als endgültig hinnehmen. (Beifall.) Die Frage einer Neuordnung der Besitzverhältnisse in den Schlüsselindustrien ist für die deutsche Demokratie eine Frage auf Leben und Tod. Sie bleibt deshalb für uns auf der Tagesordnung, bis sie endgültig in unserem Sinne gelöst ist. (Beifall.)

Das Problem der Verweigerung der Verkündung solcher mit Mehrheit beschlossener deutscher Gesetze, das nicht erst in diesem Fall und nicht nur in der britischen Zone entstanden ist, hat noch eine andere Seite. Wir stehen jetzt vor der Aufgabe, im Rahmen der Bestimmungen des Londoner Abkommens eine einheitliche politische Verwaltung für die drei Westzonen — und wenn es nach unserem Willen geht — auch für Berlin aufzubauen. Wir haben uns zur Mitarbeit bereit erklärt unter der Voraussetzung, daß damit der Aufbau eines späteren einheitlichen Deutschlands nicht erschwert und durch die Schaffung eines Weststaates die Spaltung Deutschlands nicht weiter vertieft wird. Wir werden den ersten Versuch machen, diese provisorische Lösung so schnell wie möglich in Gang zu setzen.

Alle diese Anstrengungen müssen auf die Dauer erfolgreich bleiben, wenn den Deutschen nicht nur die Möglichkeit zur Schaffung eines neuen Apparates gegeben wird, sondern wenn ihnen auch gleichzeitig und eindeutig die Möglichkeit einer echten Selbstverwaltung und der freien Entscheidung in der Ordnung ihrer inneren Angelegenheiten gegeben wird. (Beifall.) Die neue deutsche Demokratie braucht zu ihrer Stärkung nicht neue Verwaltungsstellen und neue Ministerien, sie braucht eine Regelung der Beziehungen zwischen Besatzungsmächten und Deutschen, die den Deutschen Freiheit zum Handeln und zur Übernahme klarer Verantwortlichkeiten in ihren eigenen inneren Angelegenheiten sichern. Von der positiven Lösung dieses Problems wird es abhängen, ob der neue Versuch, der jetzt eingeleitet wird, gelingt.

Genossen und Genossinnen, diese und andere nicht weniger schwierige und ernste Probleme werden uns auf diesem Parteitag beschäftigen. Lassen Sie uns in dem Bewußtsein an die Arbeit gehen, daß wir sie nur lösen können, wenn es uns gelingt, unsere Partei, die stärkste und entscheidende Kraft der Demokratie in Deutschland, zu einem schlagkräftigen und aktionsfähigen Instrument unseres Kampfes für Freiheit und Sozialismus zu machen.

Der Parteitag ist eröffnet. (Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Wir müssen jetzt noch einige Formalitäten erledigen. Der Parteivorstand schlägt Ihnen im Einvernehmen mit dem Parteiausschuß vor, daß wir ein Präsidium, bestehend aus zwei Vorsitzenden und vier Schriftführern, wählen. Wenn die Delegierten damit einverstanden sind, möchte ich um Vorschläge für die beiden Vorsitzenden des Parteitages bitten.

Aus den Reihen der Delegierten nimmt das Wort:

Willi Fischer, Nürnberg: Genossinnen und Genossen! Es wird vorgeschlagen, in das Präsidium zu wählen den Vorsitzenden des gastgebenden Bezirks Niederrhein, Ernst Gnoß, und als Beweis der Solidarität mit dem Freiheitskampf der Berliner Genossen, aber auch als Beweis für die Weltöffentlichkeit, daß die Sozialdemokraten den Kampf um die Befreiung der Ostzone mit aller Energie fortführen, als weiteres Vorstandsmitglied den Genossen Paul Löbe, Berlin.

Erich Ollenhauer: Es sind die Genossen Ernst Gnoß und Paul Löbe als Vorsitzende vorgeschlagen. Die Delegierten, die damit einverstanden sind, bitte ich um ein Zeichen. Ich bitte um die Gegenprobe. Beide Genossen sind einstimmig gewählt. Ich bitte sie, das Amt zu übernehmen.

Gnoß und Löbe nehmen unter dem Beifall des Parteitages ihre Plätze am Präsidium ein.

Paul Löbe: Ich danke für die freundliche Begrüßung und sehe in der Wahl einen Beweis der Verbundenheit mit dem ringenden Berlin. Ich danke Ihnen zugleich auch im Namen des Genossen Gnoß für das Vertrauen, das Sie uns entgegengebracht haben. Wir werden versuchen, es zu rechtfertigen. Erforderlichenfalls bitten wir um Ihre freundliche Nachsicht und Unterstützung. Ich möchte im Anschluß an die Worte des Kollegen Ollenhauer bekanntmachen, daß wir gewillt sind, unserem Genossen Schumacher ein Album zu überreichen, in das jeder der Düsseldorfer Delegierten seinen Namen eintragen kann, um dadurch seine Teilnahme mit Kurt Schumacher zu bekunden. Ehe wir die Reihe der Begrüßungen beginnen, haben wir noch einige Formalitäten zur Leitung dieser Tagung zu erledigen. Zunächst hat Genosse Ollenhauer die Wahl von vier Schriftführern vorgeschlagen.

Der Delegierte Richard Jaeckle, Singen, schlägt nach Rücksprache mit den Bezirken als Schriftführer vor:

1. Grete Heise, Berlin,
2. Paula Karpinski, Hamburg,
3. Käthe Strobel, Nürnberg,
4. Walter Fanger, Schopfheim, Bezirk Süd-Baden.

Paul Löbe: Werden weitere Vorschläge gemacht? Das ist nicht der Fall, dann bitte ich die Delegierten, die diese Vorschläge berücksichtigt haben wollen, eine Hand zu erheben. Danke. Nun ist noch eine Mandatsprüfungskommission zu bilden, die die Aufgabe hat, die Rechtmäßigkeit der Mandate zu prüfen. Es hat das Wort Genosse Günther.

Otto Günther, Hamburg: Für die Mandatsprüfungskommission schlage ich folgende Genossen vor:

1. Grete Rudolph, Bezirk Niederrhein,
2. Fritz Michalski, Hannover,
3. Ernst Schumacher, Unterfranken,
4. Hans Schröder, Hessen-Süd,
5. Oskar Kalbfell, Süd-Württemberg,
6. Georg Bauer, Koblenz-Trier,
7. Annedore Leber, Berlin,
8. Kurt Neubauer, Berlin,
9. Alfred Nau, Parteivorstand Hannover.

Paul Löbe: Sind weitere Vorschläge erwünscht? Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich die Delegierten, die für die abgegebenen Vorschläge sind, die Hand zu erheben. Ich sehe, das ist die Mehrheit.

Dann sind noch einige Abwicklungsanträge zu erledigen. Ich bitte um Einverständnis zur Vorlage Nr. 1, die Tagesordnung betreffend, und bitte, die Hand zu erheben. Ich danke, angenommen. Ich bitte ferner um die Zustimmung zur Geschäftsordnung. Es sind nur kleine Abänderungen. Ich darf ohne weiteres Ihr Einverständnis annehmen? Ich stelle Annahme fest.

Nun als letztes noch die Zeiteinteilung des Parteitages. Ich schlage vor, den Beginn der Verhandlungen von 9 Uhr auf 8.30 Uhr zu verlegen.

Nun habe ich die Freude, den Delegierten den Herrn Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf, Gockeln, vorzustellen. Ich bitte ihn, das Wort zu nehmen.

Oberbürgermeister Gockeln: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Angesichts der gehaltvollen Stunde, die wir heute morgen hier bereits erlebten, zögert man noch etwas, zu sprechen. Es war heute morgen eine edle Gewißheit zu sehen, daß ein Parteitag nicht nur ein Forum des Wortes, sondern daß die Tagung Ihrer großen Partei die Gesamtkultur eines Volkes in die Hände nimmt. Aber nun habe ich ein Amt in dieser Stadt und muß darum eine Auftragsangelegenheit erfüllen und Ihnen den Willkommensgruß unserer Bürger, unserer Bewohner und der Stadtverwaltung entbieten. (Beifall.) Ich möchte wünschen, daß Sie alle, die Sie hier für einige Tage in dieser Stadt versammelt sind, die Gastfreundschaft des Westens genießen und Ihnen die Einrichtungen dieser Stadt dienlich sein können. Wir sind sehr stolz, daß Sie hier nach Düsseldorf gekommen sind. Aber Sie werden mir glauben, wenn ich sage: herzlich gern hätten wir an der Freude teilgenommen, wenn die Freiheit in unserem Lande so groß wäre, daß Sie Ihren Parteitag auch in einer anderen Gegend oder auch in einer anderen Zone Deutschlands halten könnten. So herzlich und freudig unser Stolz ist, so spürten wir trotzdem heute morgen etwas von jener echten Sorge und verpflichtenden Verantwortung um die Einheit unseres Volkes und um die Freiheit, die hier ausgesprochen wurde. In den Tagen vom 6. bis 8. August haben wir in dieser Stadt den Jahrestag von 1848 gefeiert zur Erinnerung an die Bürger, die damals Mut im Kampf um die demokratische Freiheit bewiesen. Damals trat der Dichter Freiligrath in dieser Stadt auf, und zu diesen Männern der sozialistischen Bewegung in unserem Vaterland gehörte Lassalle. Er lebte in dieser Stadt, er stritt hier, er wurde hier geknebelt, und er trug hier sein politisches Leid. Darum sind Sie hier — ich erhebe nicht Anspruch auf das Wort „historischer Boden“ — in einer Gegend und in einer Stadt, in der sehr früh die Gedanken der sozialistischen Bewegung des vorigen Jahrhunderts durch diese großen Kämpfer in die Erörterungen von 1848 mit hineingetragen wurden. So kann ich nur wünschen, daß dieser Saal hier, der so viele ernsthaft und verantwortliche Männer versammelt, denen das Schicksal unseres Volkes anvertraut ist, Ihrer Tagung Erfolg bringen möchte in dem Bemühen um die große Einheit, in der Sie als Partei leben wollen, und die große Freiheit, die wir unserem Volke wünschen. So soll über Ihrer Tagung das Wort stehen, das die Kämpfer sich hier in den benachbarten Revieren gegenseitig zurufen, nämlich das „Glückauf!“ (Lebhafter Beifall.)

Paul Löbe: Ich darf Herrn Ministerpräsidenten Arnold bitten, das Wort zu ergreifen.

Ministerpräsident Karl Arnold: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist mir nicht nur eine besondere Ehre, sondern auch eine aufrichtige innere Freude, Ihrem Parteitag die besonderen Grüße und Glückwünsche der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen zum Ausdruck bringen zu dürfen. Ich möchte allen Delegierten und allen Gästen der Bezirke unseres Landes und darüber hinaus aller Nachbarvölker, die zu uns gekommen sind, in gleich herzlicher Weise diesen Willkommensgruß entbieten. Aber gestatten Sie mir, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß ich aus dem großen Kreis der Veteranen einige Namen nennen darf. Es handelt sich um Veteranen, die durch ihre persönlichen Leistungen, durch ihren Kraft Einsatz und durch ihr klares, eindeutiges politisches Leben zu verdienstvollen Männern geworden sind. Ich möchte nennen und einen besonderen Willkommensgruß entbieten: Dem Ministerpräsidenten Otto Braun (Bravorufe), ich möchte nennen den langjährigen Reichspräsidenten Paul Löbe (Beifall),

und ich möchte noch nennen Herrn Staatsminister Karl Sewering. (Beifall.) Ich tue das deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, weil Sie heute zu einem Parteitag zusammengetreten sind, an dem Angehörige aller Zonen, mit Ausnahme einer Zone, teilnehmen. Ich glaube, wir sollten hoffen und fest daran glauben, daß die Stunde gemeinsamer Arbeit kommen muß, wo Sie als Partei und alle übrigen verantwortungsbewußten deutschen Parteien zu Parteitagen aller Zonen zusammentreten können.

Wenn wir die heutige Weltlage in einem größeren Zusammenhang überschauen, dann spüren wir oftmals, als ob eine scharfe Linie zwischen den großen Völkern des Ostens und des Westens entstände und diese Linie Deutschland den lebendigen Leib durchschneite. Wenn wir von diesem Standpunkt aus die Aufgaben sehen, die Ihnen, meine Damen und Herren, und dem ganzen deutschen Volke gestellt sind, dann glaube ich, daß diese Aufgaben nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern auch im Interesse Europas nur dann sinnvoll gelöst werden können, wenn es Ihrer positiven Arbeit gelingen wird, das echte deutsche Zusammengehörigkeitsgefühl erneut vor der Welt zu bekunden. Die Treue der Vertriebenen aus Schlesien und Pommern zu ihrem Land hat sich bereits ausgeweitet zu einer inneren Volkstreue, weil man spürt, daß die großen Gefahren nur dann abgewendet werden können, wenn das geistige, wirtschaftliche und sonstige Zusammenhalten zu diesem 70-Millionen-Volk anerkannt und respektiert wird und daß die Einheit Europas nur wachsen kann, wenn die große Mittlerbrücke zwischen Ost und West, d. h. Deutschland, in Freiheit und Würde seine Aufgaben erfüllen kann. (Beifall.) So glaube ich, daß wir durch diese überaus ernste und bedeutungsvolle Aufgabe gemeinsam verbunden sind. Ich weiß, aus welcher innerer Blickrichtung, aus welcher innerem Ernst und Verantwortungsbewußtsein Sie an diese Aufgabe gehen. Ich möchte wünschen, daß diese Aufgabe vom ganzen deutschen Volk, insbesondere von unserer Jugend, von unseren Männern und Frauen anerkannt wird, weil ich daran glaube, wie notwendig die innere Parteibildung und darüber hinaus weitestgehend eine geistige Handreichung zwischen allen denen erforderlich ist, denen die Freiheit, denen das Recht des einzelnen und die Wohlfahrt Deutschlands wie Europas am Herzen liegt. (Bravorufe.)

Von hier aus gesehen, möchte ich nicht versäumen, der tapferen, der glühvollen Berliner Bevölkerung den Ausdruck höchster Anerkennung zu spenden. Wir haben erlebt, wie dort in Berlin der ideologische Zusammenprall von Meinungen und Auffassungen erfolgt und wie der Kampf um Berlin ein Kampf nicht nur für Deutschland, sondern für die innere Gesittung und Gesinnung eines echten, freien Europas ist.

So darf ich Ihren Beratungen und Ihren Verhandlungen von Herzen Glück wünschen und diese Beratungen begleiten mit den besten Erfolgswünschen. Lassen Sie mich diesen Wünschen einen letzten hinzufügen, nämlich den Wunsch, daß Ihr so schwer erkrankter und von mir sehr verehrter Parteivorsitzender Dr. Kurt Schumacher bald wieder voll genesen möge. (Lebhafter Beifall.)

Paul Löbe: Für den Ortsverein Düsseldorf hat das Wort der Genosse Richter.

Richter, Düsseldorf: Verehrte Anwesende, Parteigenossen und Parteigenossinnen! Ich habe den ehrenvollen Auftrag, die Delegierten und Gäste des Parteitages im Namen der 8000 Parteimitglieder des Ortsvereins Düsseldorf herzlich zu begrüßen. Wir sehen es als eine große Ehre an, daß der Parteivorstand den Parteitag in diesem Jahre in die Mauern oder besser gesagt in die Trümmer unserer Stadt gelegt hat, und wir setzen unsere ganze organisatorische Kraft ein, um den Parteitag zu einem vollen Erfolg für die gesamte Partei werden zu lassen.

Wer Düsseldorf aus der Vergangenheit kennt und es jetzt wieder sieht, wird mit Ergriffenheit feststellen, was wir durch den Hitlerwahnsinn verloren haben. Sagt doch einer unserer größten Söhne, die wir Düsseldorfler hatten, Heinrich Heine, als er fern von seiner Heimat in Frankreich im Exil lebte:

Die Stadt Düsseldorf ist sehr schön und wenn man in der Ferne an sie denkt und zufällig dort geboren ist, wird einem wunderbar zumute.

Von dieser Schönheit ist heute nicht mehr viel vorhanden, denn die neun großen und 234 mittleren und leichteren Luftangriffe und der Artilleriebeschuß, den unsere Stadt erlebte, haben schweren Schaden angerichtet, und es bedarf großer Anstrengungen, um wenigstens die schwersten Notstände zu beseitigen. Dies ist nicht leicht, denn heute leben wieder in Düsseldorf 450 000 Menschen, davon 60 000 in Trümmerwohnungen, Kellern und Bunkern. Hinzu kommt, daß wir von unserem beschränkten Wohnraum einen großen Teil an die Besatzung abgeben mußten, die heute 5600 Wohnräume für ihre Angehörigen beschlagnahmt hat. (Zuruf: Hört, hört!) Wenn wir trotzdem für unsere Delegierten und Gäste rund 1000 Quartiere beschafft haben, so wollen Sie, liebe Parteifreunde, daran die Begeisterung erkennen, mit der unsere Parteimitgliedschaft an die Arbeit ging, um das Gelingen des Parteitages sicherzustellen. (Beifall!)

Parteipolitisch kämpfen wir hier auf historischem Boden. Hier wirkte Ferdinand Lassalle und hielt er vor den Düsseldorfer Geschworenen seine berühmte Assisenrede, die ihn darauf von der Anklage des Hochverrats freisprachen, denn damals gab es in Deutschland unter dem Bürgertum noch wirkliche Demokraten. Hier wirkte auch Ferdinand Freiligrath und verfaßte seine revolutionären Kampfgedichte. Hier ist es auch, und zwar bis in die heutige Zeit, wo die Reaktion des Schwerekapitals ihren Sitz hat, und wir als Partei haben hier an Rhein und Ruhr einen schweren Kampf auszufechten. Die gestrige Kundgebung hat Ihnen gezeigt, welcher Geist heute hier am Niederrhein und in Düsseldorf herrscht. In diesem Geist kämpfen wir für Freiheit, Demokratie und Sozialismus und wünschen dem Parteitag, daß er ein Markstein zur Erreichung dieser Ziele wird. (Beifall.)

Ernst Gnoß, Düsseldorf: Parteigenossinnen und Parteigenossen! Sehr verehrte Gäste! Nachdem am gestrigen Nachmittag die Kundgebung der Sozialdemokraten vom Niederrhein mit Unterstützung der angrenzenden Bezirke Innen den sichtbaren Beweis des Wollens dieser Parteimitgliedschaft und der Arbeiterschaft an Rhein und Ruhr gebracht und überzeugend dargetan hat, brauche ich Ihnen in diesem Zusammenhang heute nur noch die herzlichsten Grüße des Bezirksvorstandes Niederrhein und der fast 60 000 Mitglieder dieses Bezirkes zu überbringen.

Der Niederrhein ist alter historischer Kampfboden für Freiheit und Sozialismus. Nicht nur in Düsseldorf wirkte Ferdinand Lassalle; er hat in seinem kämpferischen Geist in manchen Orten unseres Bezirkes Niederrhein gewirkt, solange sein junges Leben ihm erhalten blieb. Aber nach ihm wirkten in diesem Bezirke Männer unserer Partei, die ebenfalls immer unvergessen sein werden, unser Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann, unser heute wieder nach Deutschland zu Besuch zurückgekehrter Freund Otto Braun und unser leider schon längst verstorbener früherer Parteivorstandsmittglied Rudolf Hilferding. Sie waren alle Vertreter des Niederrheins im Deutschen Reichstag und haben inmitten der Bevölkerung des Niederrheins auch ihren Kampf geführt für die Freiheit Deutschlands und für die soziale Gerechtigkeit.

Wenn Ihnen gestern durch das lebendige Beispiel des Aufmarsches der Sozialdemokraten von Rhein und Ruhr die Grüße übermittelt wurden, die Ihnen die Parteimitgliedschaft bietet, dann bleibt mir zum Schluß nur noch übrig, der Hoffnung und dem Wunsche Ausdruck zu geben, daß für alle begeisterungsfähigen und ihrer Pflicht und Verantwortung bewußten Menschen aus diesen Verhandlungen des Parteitages ein neuer Kraftquell strömen möge, nicht nur um die Aufgaben an Rhein und Ruhr, sondern um unsere deutsche und europäische Aufgabe als Demokraten und Sozialisten zu erfüllen. In diesem Sinne möchte ich Sie begrüßen mit dem Wunsch, daß aus der internationalen Verbundenheit der Teilnehmer dieses Parteitages mit uns deutschen Sozialdemokraten verwirklicht werde — ein Ruf über alle Ländergrenzen hinaus, völkerverbindend im Sinne unserer sozialistischen Gesinnung, nämlich der Ruf: Freundschaft! (Beifall.)

Franz Neumann, Berlin: Genossinnen und Genossen! Vor drei Tagen, am 9. September, der nun in der Geschichte des Freiheitskampfes eingegangen ist, hatte ich im Berliner Parteilbüro in der Zietenstraße Besuch. Bevor wir zu unserer Riesenkundgebung gingen, bevor wir zum Freiheitsmarsch am Sitz der Militär-gouverneure antraten, war eine Delegation aus den fünf Ländern der Sowjetzone bei uns. Als Sprecher dieser Delegation habe ich folgende Grüße an den Parteitag zu überbringen:

Zone des Schweigens, den 9. September 1948

An den  
Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands  
Düsseldorf.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen!

Hunderttausende Sozialdemokraten der Ostzone sind durch die politischen Bedingungen in der sowjetisch besetzten Zone leider verhindert, ihre Delegierten zu den Beratungen des Parteitages vom 11. bis 14. September 1948 in Düsseldorf zu entsenden. Trotzdem fühlen wir uns Euch verbunden und entbieten Euch die herzlichsten Grüße!

Mit besonderem Interesse werden wir Eure Verhandlungen zum Parteitag verfolgen. Zu der schweren und verantwortungsvollen Arbeit für die sozialistische Bewegung wünschen wir vollen Erfolg. Wir sind überzeugt, daß Ihr in demokratischer Aussprache und geistiger Aufgeschlossenheit die Probleme der Gegenwart aufgreift und die Aufgabe zur Gestaltung eines neuen und wahrhaft demokratischen Deutschlands zu lösen versucht.

In der Ostzone hat statt einer Wandlung zur Demokratie eine solche zur verschärften Diktatur stattgefunden. Die Ostzone ist nicht nur die Zone des Schweigens, sondern auch die des Hungers und Terrors. Gerade während der letzten Wochen sind Hunderte unserer Genossen im Zuge der sogenannten Säuberung durch Pöck und Grotewohl brotlos gemacht, diffamiert, verhaftet, mißhandelt und verschleppt worden. Über dreizehn Zwangslager (früher nannte man sie KZ) sind wieder gefüllt. Namen wie Buchenwald, Sachsenhausen, Torgau und Mühlberg sind gefürchteter als unter der Nazizeit.

Wo bleibt der Sinn der Befreiung von den Hitlerischen Untaten, wenn drei Jahre nach der Befreiung noch Menschenquälereien möglich sind, die nicht hinter denen der SS zurückstehen? Wir wollen mit jenen, die sich gegen ihr eigenes Volk wenden, nichts mehr zu tun haben. Wir wünschen weiter nichts, als daß die aus Moskau importierten sogenannten deutschen Politiker so schnell wie möglich wieder dorthin zurückkehren.

In der Ostzone, wo einst die Wiege der sozialistischen Arbeiterbewegung stand, sehnen sich Hunderttausende, nein Millionen, Euch endlich die Hand reichen zu können. Mit großer Ungeduld verfolgen wir die Entwicklung in Berlin und im Westen, von der wir hoffen, daß sie dazu führt, die Freiheit für die Sozialdemokratische Partei ganz Deutschlands zu erringen.

Den demokratischen Völkern der Welt rufen wir zu: Wir wollen beharrlich und mit Eifer unsere Arbeit für ein einheitliches, freies und demokratisches Deutschland, in dem sich wieder leben läßt, fortsetzen! Aber verkennt nicht, daß auch unsere Kraft und Ausdauer Grenzen hat!

Helft uns, helft uns schnell!

Wir sind davon überzeugt, daß der Düsseldorfer Parteitag auch ohne unsere direkte Beteiligung eine Tagung für unsere Gesamtbewegung und unser ganzes Volk sein wird. Mögen Eure Beratungen und Beschlüsse dazu beitragen, daß wir so rasch wie möglich zu einem einheitlichen, demokratischen und sozialistischen Deutschland gelangen.

Mit sozialistischem Gruß und in herzlichster Freundschaft  
Die Parteifreunde aus der Ostzone

Genossen und Genossinnen! Dann übergaben mir die Genossen aus der Ostzone ein persönliches Geschenk an den Mann, dessen Stimme sie nun schon allzu lange im Rundfunk vermissen, an Dr. Kurt Schumacher. In Liebe und Verehrung, sagten sie mir, gedenken sie seiner, und als Zeichen der Freundschaft, als Zeichen des Gedenkens an ihn, haben sie in mühseliger Arbeit dieses Geschenk für ihn ausgearbeitet. Dieser Teller hier war einmal eine Kartusche, war ein Stück des Krieges; das soll nun ein Zeichen der Freundschaft und der Liebe für unseren Freund Kurt Schumacher sein. Der Teller zeigt unser heutiges Deutschland mit den nach Osten immer noch offenen Grenzen, zeigt die vier großen Flüsse, Rhein, Weser, Elbe und Oder, und zeigt unser Symbol, das Zeichen der SPD; es soll symbolisch darstellen, daß durch unsere Arbeit die Voraussetzungen für ein glückliches und besseres Deutschland geschaffen werden.

Ich darf Erich Ollenhauer dieses Geschenk an Kurt Schumacher übergeben mit der Bitte, es im Auftrag unserer Freunde aus der Ostzone ihm zu übergeben.

Und nun ein Wort an jene, die zu Hunderttausenden am Rundfunk sitzen, vielleicht erst in dieser Nacht, wenn die Türen geschlossen und die Fenster abgedichtet sind, und die dann an dieser feierlichen Kundgebung teilnehmen wollen. Sie, die in der Zone des Schweigens, des Terrors und der Unfreiheit leben, sie sollen von uns die Gewißheit von dieser Stunde mitnehmen, daß sie nicht vergessen sind, daß sie nicht vergessen werden. Wir, der Parteitag Düsseldorf mit den Delegierten, den Gästen und den ausländischen Freunden, wir rufen ihnen zu: Haltet aus! Merkt euch eure Peiniger! Wir, die Sozialdemokraten, schaffen es! Wir kommen wieder! Mit uns zehrt die neue Zeit; sie bringt euch, sie bringt uns allen, sie bringt dem ganzen Deutschland die Freiheit! Darum, Genossen in der Ostzone, die ihr unseren Gruß nur durch den Rundfunk vernehmen könnt, seid dessen gewiß, unser Gruß ist unser Gelöbniß: Freiheit! (Stark anhaltender Beifall.)

Fritz Steinhoff, Hagen: Lieber Franz Neumann! Liebe Freunde aus Berlin! In der Erkenntnis, daß euer leidenschaftlicher Kampf um die Freiheit in Berlin nicht nur mit ideellen Kräften geführt werden kann, sondern auch der materiellen Basis bedarf, freue ich mich, die Ehre zu haben, im Namen des Bezirks Westliches Westfalen den Genossen in Berlin 10 000 DM aus einer Sammlung als Spende für euren Freiheitskampf zu überreichen. (Bravo!) Möge diese finanzielle Beihilfe dazu beitragen, euch in eurem schweren Kampf um die Freiheit Berlins und um die Demokratie in der Ostzone zu unterstützen. Bleibt stark! Wir Sozialisten im Westen bleiben mit euch verbunden. Wir rufen euch zu: Freiheit!

Vorsitzender verliest ein Telegramm der Oberbürgermeisterin von Berlin, Frau Louise Schroeder. (Siehe Begrüßungsschreiben und -telegramme.)

Der Vorsitzende schlägt vor, der Frau Oberbürgermeister in einem herzlichen Danktelegramm zu antworten.

Vorsitzender: Diejenigen, welche die Resolution über die Ostzone annehmen wollen, bitte ich, die Hand zu erheben. — Einstimmige Annahme. (Siehe „Angenommene Anträge und Entschlüsse“.)

Vorsitzender: Nun werden Sie die Freude haben, unsere Genossen aus dem Auslande zu kurzen Grußworten zu hören. An ihrer Spitze spricht Henry Rutz.

Henry Rutz, Amerika: Genossinnen und Genossen! Es war eine große Freude für mich, einen Brief vom Präsidenten der American Federation of Labor, Green, zu bekommen, mit der Aufforderung, die A. F. of L. auf dieser Konferenz zu vertreten. Während des Krieges und seit Kriegsende war ich in Europa und habe beobachtet, welchen Anteil die Arbeiterschaft und die sozialistischen Parteien beim Wiederaufbau ihrer Länder hatten.

Besonders in Deutschland war es die Sozialdemokratische Partei und die wiedererstandene Gewerkschaftsbewegung, die den größten Anteil daran hatten, daß Deutschland wieder auf einen demokratischen Kurs gebracht wurde.

Die Amerikanische Arbeiterföderation ist nicht sozialistisch. In unserem Lande, das einen großen Reichtum an natürlichen Schätzen besitzt, haben sich die Arbeiter damit zufrieden gegeben, einen angemessenen Anteil an diesen Schätzen zu verlangen, anstatt für eine neue Wirtschaftsordnung zu arbeiten. Das bedeutet aber nicht, daß wir die Sozialisierungsprogramme etwa nicht verstehen oder nicht billigen in den Ländern, in denen die Notwendigkeit solcher Änderungen in einer demokratischen Form als der Wille des Volkes bekundet wird.

Darum protestierten wir vor über einem Jahr, als sich herausstellte, daß gewisse Kreise der Militärregierung vorschlugen, daß die Sozialisierung der deutschen Kohle- und Stahlindustrie auf unabhärbare Zeit hinausgezögert werden sollte.

Der Vorsitzende unseres internationalen Büros, Mr. Woll, gab die folgende Stellungnahme heraus:

„Es ist auch nicht notwendig, daß die Alliierten untereinander darüber streiten, ob der deutsche Kohlenbergbau und die deutsche Stahlindustrie sozialisiert oder privatwirtschaftlich betrieben werden sollen. Laßt uns einen entscheidenden Schritt tun, um zur Demokratisierung Deutschlands beizutragen, indem wir ihm das erste und grundlegende demokratische Recht wiedergeben, nämlich das Recht auf die nationale Unabhängigkeit. Da die deutsche Industrie von Deutschen wieder aufgebaut werden kann und muß, so möge das deutsche Volk, sobald ihm seine Souveränität zurückgegeben worden ist, selbst in wahrhaft demokratischer Weise entscheiden, ob es diese oder irgendwelche anderen Industrien als Gemeineigentum oder als Privateigentum bewirtschaften will. (Bravo.) Keine Großmacht und keine Kombination von Mächten darf Deutschland oder irgendeinem anderen Lande irgendein wirtschaftliches oder politisches System aufzwingen, denn das wäre gerade das Gegenteil der Demokratie.“ (Bravo.)

Diesen Protest haben wir der Militärregierung überreicht. Die A. F. of L. sandte wieder ein Protestschreiben an unsere Regierung, als wir erfuhren, daß die Militärregierung ihr Veto eingelegt hatte gegen gewisse Bestimmungen des hessischen Betriebsrätegesetzes, das von einer großen Mehrheit des hessischen Landtages angenommen worden ist. (Bravo.)

In der amerikanischen Arbeiterbewegung besteht ein wachsendes Interesse an der Entwicklung eines wahrhaft demokratischen Deutschland. Der tapfere Kampf, den die Berliner kämpfen gegen den Versuch des roten Faschismus, seine Herrschaft mit Terror und Gewalt durchzusetzen, hat vielen Amerikanern die Augen geöffnet, denen es bisher noch nicht so klar war, daß der Kampf gegen den Kommunismus in bedenkliche Nähe gerückt ist: er wird auf amerikanisch besetztem Gebiet geführt.

Zu den anwesenden Berlinern möchte ich sagen: Euer Kampf um Berlin wird dem kommunistischen Werkzeug, Henry Wallace, schätzungsweise zwei Millionen Stimmen im Kampf um die Präsidentschaft kosten.

Zum Schluß möchte ich noch sagen, daß eines der wichtigsten Ereignisse, das die amerikanische Arbeiterschaft und alle fortschrittlichen Kräfte ganz allgemein dazu gebracht hat, euer Programm für eine Demokratisierung Deutschlands zu verstehen und zu unterstützen, der Besuch eures Vorsitzenden Dr. Schumacher in Amerika war. Wo immer er sprach, tat er es mit klaren und überzeugenden Argumenten für eure Sache. Die größte Anerkennung wurde dem Genossen Dr. Schumacher und dem sozialdemokratischen Programm auf dem Bundeskongreß der A. F. of L. gezollt. Als der Beifall nach Schumachers Rede verklungen war, antwortete Präsident Green:

„Ich weiß, daß ich im Sinne der anwesenden Delegierten spreche, wenn ich sage, daß wir völlig übereinstimmen mit den Zielen und Anschauungen der großen Partei, die Dr. Schumacher vertritt. Was wir für das deutsche Volk erreichen wollen, ist die Wiedereinführung der demokratischen Kontrolle durch das deutsche Volk, die Ausmerzung totalitärer Kontrollen, die Freiheit für das deutsche Volk, sich seine Regierungsform selber zu wählen und die Politik dieser Regierung selber durchzuführen.“

Ich weiß, daß ich Dr. Schumacher im Namen der Delegierten die Versicherung geben kann, daß wir voll und ganz mit ihm und allen denen, die er vertritt, zu-

sammenarbeiten werden für die Erringung der Ziele, von denen ich gesprochen habe.“ (Beifall.)

Anton Spiroy, Belgien: Ich habe nicht die Gewöhnheit, die deutsche Sprache zu sprechen. Trotzdem möchte ich versuchen, zum Sozialdemokratischen Parteitag einige Worte in Ihrer Sprache zu reden.

Es ist das erste Mal, daß eine offizielle Delegation der Belgischen Sozialistischen Partei zu Ihrem Parteitag kommt. Belgien hat in den vergangenen Jahren viel gelitten; zweimal in einem Vierteljahrhundert wurde Belgien von der deutschen Armee angegriffen. Vier Jahre genügten nicht, um das alles vollständig zu vergessen. Trotzdem kommen wir zu Ihnen, wir Sozialisten zu Sozialisten, zu positiver Zusammenarbeit, zum positiven Aufbau Europas bereit. (Bravorufe.) Die Kundgebung, die wir gestern abend gesehen haben in Düsseldorf, hat auf uns Belgier einen tiefen Eindruck gemacht. Wenn wir die Führer der Sozialdemokratie gestern abend gehört haben, dann hat uns das auch gefreut, weil wir sehen, daß wirklich eine große Arbeit geleistet wird zur Bildung eines demokratischen und sozialistischen Geistes in Deutschland.

Genossinnen und Genossen! Es ist Ihnen vielleicht bekannt, daß die belgischen Sozialisten seit der Befreiung unseres Landes immer eine große Verantwortung genommen haben in der belgischen Regierung. Man hat immer gesagt, daß Belgien das Amerika in Europa ist. Es ist bestimmt die Wahrheit, daß die belgische Arbeiterschaft nach der Befreiung unseres Landes eine große Arbeit geleistet hat und daß auch der sozialistische Geist in Belgien im großen Maße die Regierungsarbeit beeinflußt hat. Die belgische Arbeiterschaft ist jetzt gesichert gegen alle Risiken, die ihr wirklich Schwierigkeiten bringen könnten; sie hat vor ein paar Monaten im belgischen Parlament Gesetzen zugestimmt, wobei die Arbeiterschaft in unserem Lande Verantwortung nehmen will in der Führung des sozialen und wirtschaftlichen Lebens. Wenn sie so weit gekommen ist, dann deshalb, weil wir in Belgien, wie auch Sie in Deutschland, nie vergessen haben, daß Freiheit und Sozialismus untrennbar miteinander verbunden sind, und weil wir gleichzeitig in unserem Lande Kapitalismus und Kommunismus bekämpft haben mit allen unseren Kräften.

Die große Frage, vor die die belgische Bevölkerung gegenüber Deutschland gestellt ist, ist die, ob Deutschland wirklich auf dem Wege zur Bildung einer Demokratie ist. Wenn wir den Geist kennenlernten, mit dem die deutschen Sozialisten in ihrem Lande arbeiten, wenn wir ferner gesehen und gehört haben, wie die Sozialdemokratische Partei Deutschlands organisiert ist, dann glaube ich, daß wir nach Belgien zurückkehren können und erklären dürfen, daß die Sozialisten in Deutschland wirklich bereit und bewußt bereit sind, den Kampf für Demokratie und Sozialismus zu führen. So hat es uns tief getroffen, wenn wir lesen konnten, daß die deutschen Sozialisten eine große Arbeit leisteten, um die Deutschen zu lehren, auch selbständig politisch zu denken.

Genossen und Genossinnen! Wir haben aus der Erfahrung gelernt, daß der Aufbau des Sozialismus nie im Kriege war, sondern im Frieden möglich ist. Im Namen der belgischen Sozialisten kann ich Ihnen erklären, daß die deutsche Sozialdemokratische Partei auf die Belgier rechnen kann in gemeinsamer Arbeit.

Wenn ich soeben den Schluß der Neunten Symphonie Beethovens hörte, dann denke ich daran, daß der große Beethoven in Mecheln in Flandern wohnte und daß deshalb nicht nur politische, soziale und wirtschaftliche Bande uns miteinander verbinden, sondern auch kulturelle, historische Bande, und dann haben wir nur den einen Wunsch, daß durch unsere Zusammenarbeit Wirklichkeit werden möge, was Schiller gedichtet und Beethoven besungen hat: daß endlich in der ganzen Welt alle Menschen Brüder werden.

Nina Andersen, Dänemark: Liebe Genossinnen und Genossen! Im Namen der dänischen Sozialdemokraten überbringe ich herzliche Grüße und die besten Wünsche für den Verlauf eures Parteitages in Düsseldorf. Im November fand in Dänemark eine Wahl statt, die für die Sozialdemokraten ein großer Erfolg war.

Die Kommunisten verloren etwa 45 % ihrer Stimmen. Die Sozialdemokratie hat nicht nur diese Stimmen zurückerobert, sondern hat auch Stimmenzugänge darüber zu verzeichnen gehabt. Wir haben eine Minderheitenregierung. Das ist nicht schön. Das bedeutet, daß wir Kompromisse machen müssen, daß die Arbeit für uns sehr schwer ist. Aber es ist doch von großer Bedeutung, daß wir immer die politische Initiative besitzen. Gesetzgebungsmaßnahmen sind oft Abwehrmaßnahmen. Doch auch Abwehrmaßnahmen haben ihre Bedeutung. Wir hoffen aber, daß in einigen Monaten die wirtschaftlichen Bedingungen sich verbessern, wenn die Marshallplanhilfe zu spüren ist. Es ist von Bedeutung, daß wir die Leitung der Regierung haben und sozusagen die politischen Prinzipien darlegen können, um damit zu vermeiden, daß die hereinkommenden Güter zu den Kapitalisten wandern, und damit die Marshallplanhilfe dem ganzen Volke zugute kommt.

Genossinnen und Genossen, nur ein paar Worte zu den Kommunisten. Wie ich schon gesagt habe, hatten wir im November die Freude, zu sehen, daß wir wieder eine große Menge unserer alten Wähler zurückerobert haben. Bei uns haben es die Kommunisten sehr schwer, besonders auch auf Grund der außenpolitischen Ereignisse. Es geht dem Kommunismus sehr schlecht. Gewerkschaftlich sind die Kommunisten sehr aktiv. Wir haben aber auch in den Gewerkschaften große Erfolge gehabt, besonders im letzten Jahre. Es ist uns gelungen, wieder unseren Einfluß in den Gewerkschaften zu steigern, und wir haben die besten Hoffnungen für die zukünftige Arbeit und unseren künftigen Einfluß in den Gewerkschaften.

Ich war zuletzt im April in Deutschland. Es ist gegenüber dem damaligen Zustand eine deutliche Veränderung zu sehen. Die Veränderungen, die seit der Währungsreform eingetreten sind — mögen sie auch zu einer Besserung der Lebensverhältnisse geführt haben —, zeigen aber auch mit aller Deutlichkeit, wie nötig eine starke Sozialdemokratie in Deutschland ist. Die Konzerne, die gewissenlosen Geschäftsleute usw. zu beseitigen, ist die Aufgabe der Sozialdemokratie Deutschlands. Wir wissen, daß es auch andere Parteien gibt. Diese Parteien sind aber unzulänglich in diesem Kampf. Sie haben zwar den guten Willen, aber nicht die richtigen Prinzipien.

Genossinnen und Genossen! Zum Schluß spreche ich den Wunsch aus, daß die Arbeit und die Beschlüsse dieses Parteitages dazu führen möchten, daß die Sozialdemokratie Deutschlands weiter erstarkt, politischen Einfluß gewinnt und in eurem Lande zur wirtschaftlichen Gerechtigkeit, kulturellen und sozialen Gleichheit führt, so daß dadurch die Bedingungen geschaffen werden, daß die Worte „Freude, schöner Götterfunken“ wieder in dem deutschen Menschen leben und blühen können. (Beifall.)

Sam Watson, England: Ich freue mich, die Grüße der englischen Labour Party überbringen und damit die Verbundenheit der englischen Labour Party mit der deutschen Sozialdemokratie ausdrücken zu können. Ich möchte von dieser Stelle aus die besten Wünsche für eine baldige Wiedergenesung unserem Genossen Kurt Schumacher senden. Den Genossen in der Ostzone und in Berlin bringen wir zum Ausdruck, wie tief wir mit ihnen fühlen und daß wir ihre großen Anstrengungen nicht vergessen werden. Obwohl die Genossen aus England nicht Deutsch sprechen können, so haben sie doch das Gefühl, daß in Deutschland heute Dinge vor sich gehen, die keiner Übersetzungsarbeit, keiner Dolmetscherarbeit bedürfen, Dinge, die von allen verstanden werden. Heute wird in Deutschland bekundet, daß die Genossen nicht gewillt sind, sich totalitären Eingriffen zu beugen. Weil die Genossen in England dies erkannt haben, was hier in Deutschland vor sich geht, waren sie so sehr erfreut, ebenso aber auch die Genossen aus anderen Ländern, daß die deutsche Sozialdemokratie wieder in die Internationale aufgenommen wurde. (Beifall.) Sie haben die Hoffnung, daß diese Wiederaufnahme ein Zeitalter einleitet, in dem eine soziale Demokratie der Welt aufgebaut werden kann.

Nun möchte ich einiges sagen über das, was heute in England angestrebt wird; denn es sind die Dinge, die bis jetzt noch nirgendwo in der Welt angestrebt oder

durchgeführt wurden. In England wird versucht, eine sozialistische Wirtschaft mit größter Freiheit zu verbinden. Es ist keine Kunst, und ein jeder kann es, ein Land auf totalitäre Weise zu regieren. Aber es ist unendlich viel schwerer, ein Land demokratisch zu regieren. Die englischen Genossen haben das Gefühl: Wenn ihnen das gelingt, dann haben sie einen ungeheuren Beitrag geleistet. Es kann keinen Sozialismus ohne Demokratie geben und keine Demokratie ohne Freiheit, keine Freiheit ohne Verantwortlichkeit. Die drei tragenden Säulen in England sind heute: 1. die Gewerkschaftsbewegung, 2. die Labour Party, 3. die Genossenschaften.

Die Konferenz der Gewerkschaften in der vorigen Woche in England hat Zeugnis dafür abgelegt, was für eine gesunde und kräftige Bewegung die Gewerkschaften darstellen. Es sind von Gewerkschaftlern auf diesem Kongreß Versuche gemacht worden, Entschließungen und Anträge durchzubringen, die die englische Regierung in eine außerordentlich schwierige Lage gebracht hätten, nämlich die Lage der Sowjetunion entschuldigen zu müssen. Aber die englischen Gewerkschaften, die gleichzeitig auch die Labour Party auf das kräftigste unterstützen, haben gezeigt, welch gesundes politisches Urteil sie besitzen. Sie haben es abgelehnt, diese Resolutionen anzunehmen, die die Labour-Regierung angegriffen und in eine schwierige Lage gebracht hätten. Die Konferenz hat eine Resolution angenommen, die sich mit der Erhöhung der Löhne in England beschäftigt, und sie hat sich in dieser Resolution dazu entschlossen, eine vorsichtige Politik in bezug auf Lohnerhöhungen durchzuführen.

Diese Beispiele habe ich angeführt, um zu zeigen, wie in England versucht wird, eine sozialistische Planwirtschaft mit der Freiheit zu verbinden. Es wird dies nicht gelingen, solange man den Kommunisten die Möglichkeit gibt, die Gewerkschaftsbewegung und die politische Partei zu schwächen.

Zum Schluß darf ich an den Besuch anknüpfen, den ich 1948 mit dem Sekretär der britischen Labour Party, Morgan Phillips, in Deutschland gemacht habe. Damals waren wir auch in Düsseldorf. Wir haben nach unserer Rückkehr versucht, in der englischen Labour Party dafür Verständnis zu wecken, daß man Westdeutschland helfen müsse. Jetzt, im Jahre 1948, sehen wir in Düsseldorf eine Stadt vor uns, die wieder zu leben beginnt. Gerade die Sozialdemokratie ruft Begeisterungsfähigkeit und den Durchbruch moralischer Sauberkeit hervor. Von dieser Kundgebung und von allem, was ich gehört habe, nehme ich zu meinen Genossen die Botschaft mit, daß die Sozialdemokraten in Deutschland wiederaufbauen möchten nach ähnlichen Prinzipien, wie sie in England angewendet werden. Es hat den Anschein, daß Deutschland und England gemeinsam ihre Länder nach ähnlichen Prinzipien aufbauen wollen und damit einen großen Beitrag leisten zum Wiederaufbau Europas und zum Aufbau eines internationalen Sozialismus. (Lebhafter Beifall.)

Paul Löbe erteilt sodann das Wort

Salomon Grumbach, Frankreich: Seit dem Nürnberger Parteitag ist die Welt, ist Europa in noch größere Tiefen gestoßen worden auf Grund der Unmöglichkeit, eine gemeinsame Basis zwischen zwei entscheidenden Weltstaaten zu finden. Diese Unmöglichkeit lastet in schwerster Weise auf der ganzen Welt, auf Europa, auf keinem Land aber schwerer als auf Deutschland. In diesem Jahre ist auch etwas eingetreten, was einmalig dascht und den Wiederaufbau Europas bedeutet: die Einführung des Marshallplanes. Ferner ist der Anschluß der deutschen Sozialdemokratie an die Internationale vollzogen worden. Dazu kommen die Nachrichten über das Kominform. In diesen Jahren ist zu gleicher Zeit Zerstörendes und Aufbauendes geschaffen worden. Der Marshallplan Amerikas ist eine Angelegenheit, für die wir dankbar sein wollen; denn Amerika hat sich damit bereit gefunden, Europa beim Wiederaufbau zu helfen. Wir französischen Sozialisten begrüßen den Marshallplan besonders als Willensausdruck für die Zusammenarbeit aller. Wir haben diesem Plan freudig zugestimmt, werden aber deshalb vom internationalen Kommunismus in allen Ländern als Agenten des amerikanischen Kapitalismus hingestellt. Ich will nicht untersuchen, wer mehr wirkliche Freiheit besitzt: jene Männer, die mit Hilfe

Amerikas wiederaufbauen wollen, oder diejenigen, die mit dem großen Sowjetland zusammenarbeiten, dessen Verdienste um die Vernichtung der Hitlerschen Barbarei nie vergessen sein sollen.

Was jetzt in Deutschland vor sich geht, ist symbolhaft für die Weltsituation. Das Schicksal Europas beruht letztlich in dem Kernproblem, das Deutschland heißt. Für uns ist die Teilung Deutschlands gleichbedeutend mit der Teilung Europas, die Spaltung Europas gleichbedeutend wiederum mit der Spaltung der ganzen Welt. In der Einheit Deutschlands erblicken wir eine Garantie. Die deutsche Demokratie muß ein föderatives System sein, das dem Willen der deutschen Parteien entspricht und nicht im Gegensatz steht zur Einheit der deutschen Nation.

Frankreich hat in den letzten Wochen drei bis vier Regierungen kurz hintereinander gestürzt, ehe diese anfangen zu arbeiten. Das macht keinen guten Eindruck. Aber lassen Sie sich nicht erschüttern in der Überzeugung, daß unser ganzer Verwaltungsapparat weiterarbeitet. Trotz alledem darf man in diesen Krisen nicht den höchsten Ausdruck des Wirtschaftslebens sehen. Vielmehr ist an diesen Krisen schuld, daß das Volk nicht richtig wählt.

Nun will ich zu der Frage der Einheit folgendes erklären, und zwar angesichts der Zweideutigkeit oder Eindeutigkeit, die im Laufe der letzten Jahre in bezug auf die Stellung Frankreichs entstanden ist: Vor einigen Monaten stellte ich in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses unseres Senates Robert Schuman, der auch in der jetzigen Regierung, und zwar als Außenminister, vertreten ist, im Anschluß an gewisse Bemerkungen der Kommunisten folgende Frage: „Herr Außenminister, steht die Auffassung der französischen Regierung in bezug auf eine föderative Verfassung in Deutschland in irgendeinem Widerspruch zu der Einheit des deutschen Volkes, zu der Einheit der deutschen Nation, zur Einheit des deutschen Staates?“ Ich habe das offizielle Kommuniqué in die Tasche gesteckt. Seine Antwort lautete am 18. August, daß der Föderalismus, so wie die französische Regierung ihn kenne und wünsche, in keiner Weise die Einheit Deutschlands ausschließt, die von der Gesamtheit der deutschen Bevölkerung gewünscht würde.

Ich erklärte, daß ich Wert darauf lege, daß jeder Delegierte in Deutschland diese Stellungnahme kennenlernt, und wenn ich Deutschland sage, so meine ich West- und Ostdeutschland. (Beifall.)

Ich weiß ferner, daß in letzter Zeit eine Frage Unzufriedenheit hervorgerufen hat, und Sie erlauben sicher, daß ich einige Minuten darüber spreche, um nicht nur Allgemeines darüber vorzutragen, sondern auch konkrete Dinge. Das ist die Frage der Demontage, das Wegbringen von Fabriken und Maschinen. Wir wollen diese Frage ohne Leidenschaft prüfen. Ohne den Krieg, ohne das Hitlerverbrechen, ohne die Ausbeute anderer Länder sind, von den Zerstörungen abgesehen, aus Frankreich 80 000 Werkzeugmaschinen vollkommen unbeschädigt nach Deutschland gebracht worden, ich sage, ohne diese Verbrechen hätte diese Frage nicht entstehen können. Ich habe vor vier Tagen in Rom auf einem internationalen Kongreß der Interparlamentarischen Union vor Vertretern aus den Ländern der ganzen Welt über diese Frage ganz offen gesprochen. In der Rede wurde die gesamtdeutsche Frage behandelt. Das deutsche Volk hätte unrecht, wenn es gewisse unvermeidlich gewordene Maßnahmen so gestalten würde, daß sie zu einem Mittelpunkt der Propaganda werden könnten, die jede Zusammenarbeit kompromittieren würde. Wir müssen uns von beiden Seiten aus verstehen. Von der französischen Seite aus muß ich sagen, daß man erkannt hat, daß auf diesem Gebiet manches geschadet hat und noch vieles geschieht, was nicht im Gleichklang steht mit der Gesamtpolitik des Gesamtaufbaus Europas und der Zusammenarbeit der Völker. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen, das Ihnen beweist, daß auch schon konkrete Arbeiten geleistet wurden. Es ist der Fall der Gebrüder Junghans. Als ich las, daß viele Arbeitslose entstehen würden, habe ich eine besondere Untersuchung veranstaltet. In dem Bericht wurde schließlich festgestellt, daß die französische Militärregierung auf Maschinen im Werte von 200 000 DM verzichtet. Die Direktion des Hauses Junghans erklärte, sie glaube, wenn der neue Plan bestehen bleibe, werde die

gegenwärtige Produktion aufrechterhalten bleiben und das gesamte Personal unter den gegenwärtigen Arbeitsbedingungen gehalten werden könne. Das bedeutete, daß das Schrecklichste der Abmontierung, nämlich die Arbeitslosigkeit, in den Kreisen, die am wenigsten schuld an diesen Dingen sind, vermieden wird.

Ich möchte auch nicht, daß es wegen der Zusammenarbeit zwischen dem deutschen und französischen Volk zu Eifersüchteleien zwischen dem deutschen und englischen Volk kommt. Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, daß eine Schicksalsgemeinschaft besteht. Ich hoffe, daß für die Zukunft dieser Zusammenarbeit der Weg geebnet wird. Diesem Ziel würde auch der Sieg des demokratischen Gedankens in Berlin dienen. Berlin ist für die ganze Welt die moralische Hauptstadt geworden. (Beifall.)

Wir wünschen, daß Genosse Kurt Schumacher seine Kräfte wiederfindet, daß sein Geist stark bleibt. „Kurt“ kann der Sitzung jetzt nicht beiwohnen. Als ich ihn in seinem kleinen Bett sah, wußte ich, daß es lange dauern wird. Er hat aber eine Seele, die so heiß ist, daß er trotz seines körperlichen Schmerzes geistig verantwortlich bleibt. Wenn Sie diesen Teller nehmen, um ihn Schumacher zu überbringen, legen Sie auf diesen Teller die herzlichsten Wünsche für seine Wiedergenesung! In diesem Sinne: Glück auf! Glück auf für die deutsche Sozialdemokratie, Glück auf für die deutsche Demokratie, Glück auf für die deutsche Einheit und eine deutsche Demokratie, dann wird mit anderen Völkern gemeinsam der Weg zu dem geeinten Europa gegangen werden, und dann mag der Tag kommen, an dem Sozialismus und Demokratie im Verhältnis der Menschen und Parteien zueinander, Sozialismus in unserem Leben sein wird. Dann wird die Sinfonie, die internationale Friedenshymne, dann wird das Wort „Freude“ in unseren Herzen widerklingen als Echo dessen, was ist. (Stürmischer Beifall.)

Koos Vorrink, Holland: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe Verständnis dafür, daß diese Reihe von Reden endlich abgekürzt werden muß, aber trotzdem möchte ich Ihnen ein paar Worte sagen und Ihnen im Namen der holländischen Partei unsere besten Grüße überbringen und den besten Erfolg für Ihren Kongreß wünschen. Ich möchte, wie meine internationalen Freunde es schon getan haben, hinzufügen, daß wir von Herzen hoffen, daß unser Freund Kurt Schumacher so schnell wie möglich wieder über solche Kräfte verfügt, daß er erneut an die Arbeit gehen und die führende Stellung wieder einnehmen kann, die ihm, gemessen an seiner Begabung und seelischen Kraft, zukommt.

Genossinnen und Genossen! Ich möchte noch hinzufügen, daß ich das Bedürfnis habe, im Namen der holländischen Partei von der Arbeit auch auf Ihrem Kongreß unsere Bewunderung darüber zum Ausdruck zu bringen, was unsere Genossen in Berlin heute leisten! Wir sind uns dessen bewußt, daß sie auf einem Vorposten stehen und sie dort für uns alle in Westeuropa ein Banner hochhalten, daß sie Gefahren auf sich nehmen, was in dieser Stunde eine Notwendigkeit ist, soll nicht von neuem ganz Europa von Diktatur und Gewalt bedroht werden.

Genossinnen und Genossen! Wenn ich heute in eurem Kongreßsaal sitze, so muß ich Ihnen sagen, daß ich Angst habe vor den großen Worten, die so bequem, wenn so geübte Redner untereinander sind, aus dem Munde fließen.

Ich muß Ihnen sagen, daß wir als demokratische Sozialisten nie in so einer ungeheuren schweren Zeit gestanden haben wie heute. Auf den älteren, die unter uns sind, lasten zwei Weltkriege, auf den älteren unter uns lasten die Schrecken einer ökonomischen Krise, die die ganze europäische Kultur bis auf den Boden aufwühlt. Sie erlauben mir zu sagen: Wir haben so vieles gewollt und wir haben so wenig erreicht! Jedesmal, wenn ich nach Deutschland komme und ich zwischen den Trümmern dieses Landes stehe, dann frage ich mich: Schon vor Jahrzehnten wurde das Lied und die Musik geboren, denen wir heute wieder einmal ergriffen zugehört haben, und seit Jahrzehnten geht über die Welt die Forderung, daß alle Menschen Brüder sein sollen. Und trotzdem wüten Haß und Mißverständnis in der Welt und fordern ihre Opfer.

Genossinnen und Genossen! Ich erinnere mich der Zeit, wo wir in unserer Jugendbewegung das stolze Lied gesungen haben, aus dem ich einen Satz erwähne: „Wir sind das Bauvolk der kommenden Welt!“ Wenn ich heute vor den Trümmern stehe, so frage ich: Was haben wir aus dieser Welt gemacht Ich weiß, die Vertreter auf einem Kongreß einer sozialdemokratischen Partei sind keine Baumeister; es sind Leute, die es auf sich genommen haben, Tag und Nacht zu schuften an den täglichen Aufgaben, die uns gestellt sind, die Tag und Nacht mit den menschlichen Kräften versuchen, eine Arbeit zustande zu bringen, die eigentlich nur Götter bewältigen können. Wir müssen endlich erkennen, daß wir mit schönen Phrasen nicht weiterkommen; es muß eine ganz nüchterne politische Arbeit geleistet werden.

Wenn wir uns hier im Westen Europas befinden, dann sage ich im Anschluß an das, was mein Freund Grumbach gesagt hat: Wenn wir es wagen, die Internationale zu singen, dann verstehen wir darunter, daß wir jeden Tag an dieser Internationale zu arbeiten haben. (Beifall.)

Es gibt heute kein Volk in der Welt, dem es gut gehen kann, indem es einem anderen Volke schlecht geht. (Beifall.) Sie dürfen nicht glauben, daß das eine sentimentale Äußerung ist; es ist eine nüchterne Feststellung der Tatsachen. So habe ich gegen jeden Gedanken der Annektierung von Gebieten im Osten meines Landes und im Westen eures Landes angekämpft, nur deswegen (Beifall), weil ich gesagt habe: Europa ist nur zu retten, wenn wir den Mut haben, die Grenzen zu devalvieren (Zuruf: Sehr richtig!), und wenn wir verstehen, daß nur innerhalb eines einheitlichen Rahmens Europa zu retten ist. (Beifall.)

Auch wir gehören zu den Siegermächten, und wir haben teuer dafür bezahlt. Die Spuren sind nicht nur in materieller Hinsicht, sondern auch in geistiger Hinsicht in unserem Volke immer noch vorhanden, so wie bei euch. Ich möchte dazu sagen: nur wenn wir alle uns unserer Verantwortung bewußt sind, können wir etwas Großartiges leisten. Selen wir uns aber klar darüber, was das für eine ungeheure Aufgabe bedeutet.

Mein Freund Spinoy, der heute morgen zu Ihnen gesprochen hat in einer klaren und deutlichen Rede, hat Ihnen gesagt, daß wir Holländer mit den Belgiern und den Luxemburgern an dem Beneluxplan zusammenarbeiten. Wir fühlen uns nicht wie Baumeister einer neuen Welt; wir fühlen uns wie Leute, die jeden Tag vor tausend Detailfragen gestellt sind, die wir lösen müssen. Das zwingt uns, Abstand zu nehmen von jeder Form des Doktrinarismus, die nicht im Einklang steht mit der Forderung der Wirklichkeit. (Beifall.) Es genügt einfach nicht, irgendwo in der Vergangenheit eine Theorie hervorzuzaubern und zu sagen: Da fangen wir wieder an. (Zuruf: Sehr gut!) Wir haben so ungeheuer gelitten, daß jeder einmal, wenn er eine schlaflose Nacht durchgemacht hat, gezwungen war, bis in die Tiefe zu tauchen und dort zu fragen: Was war echt und brauchbar? Ich weiß nicht, ob es jeder verstanden hat. Erlauben Sie mir, klar zu sagen: Was mein englischer Freund in seiner Ansprache gesagt hat, das ist die große Lektion für Europa. Wenn Tag und Nacht, Stunde um Stunde geschafft wird, da macht man auch Fehler, da kann man nicht jeden Tag begeisterte Reden halten, da stößt man mit dem Kopfe an und sagt: Donnerwetter, wir haben geglaubt, es ginge so, aber es geht nicht. Wir haben die Widerstände zu leicht berechnet. Und jeden Tag taucht man in seine tägliche Arbeit und denkt und schuftet und schuftet und fühlt sich balleibe nicht als Baumeister der neuen Zeit — das ist etwas viel zu Großes, das tut man einmal im Leben vielleicht —, sondern man zieht seine Jacke aus und macht die Arme bloß und arbeitet und schuftet.

Genossinnen und Genossen! Ich möchte damit sagen: Wenn etwas aus einer Internationale werden soll, so muß endlich einmal die Zeit kommen, wo wir nicht nur ein- bis zweimal im Jahre internationale Kongresse haben von ein bis zwei Tagen, wo man diskutiert und meterlange Resolutionen faßt, die kein Mensch liest. (Beifall.) Wir müssen endlich einmal so weit kommen, daß wir sagen: Wie liegen die Dinge ganz nüchtern, und wie passen wir uns dem an, und welche Opfer

können wir uns gegenseitig zumuten, um das zu erreichen, was erreicht werden muß: eine Welt der Sicherheit, eine Welt der Freiheit, eine Welt, die neue Möglichkeiten der Entwicklung gibt?

Genossen und Genossinnen! In diesem Sinne möchte ich sagen: Jawohl, die Internationale war und ist und wird der schönste Ausdruck dessen sein, was im Tiefsten unseres Herzens lebt. Aber seien wir uns dessen bewußt, wie schwierig es ist, diese Internationale in die Wirklichkeit umzusetzen. Es gibt so ungeheuer viele Menschen, die internationale Gefühle haben und denken während des Singens an die nationalen Interessen, die sie zu vertreten haben. Wir kommen nur durch, wenn wir verstehen, daß wir in einer Welt der Trümmer stehen, die wir nur gemeinsam meistern und für die Zukunft verbessern können.

Ich bin trotz allem Optimist; denn nie in der Welt war die Internationale so notwendig wie heute, und nie waren so große Änderungen im sozialen und ökonomischen Leben so zwangsläufig. Ich weiß nicht genau, wie es in Deutschland ist; aber bei uns in Holland gibt es viele Leute, die haben doktrinaire Vorstellungen von Rußland und eine doktrinaire Vorstellung von Amerika. Amerika ist das Land des imperialistischen Kapitalismus. Wenn Truman eine Rede hält zur Bekämpfung der drohenden Inflation in Amerika, dann sage ich mir, und die Leute sagen es: Wie bekommt er diese Rede fertig? Was der Mann dort sagt, geht in genau der gleichen Richtung, die wir gehen wollen, nämlich Kontrolle der Wirtschaft, Planwirtschaft. Wenn bei uns in Holland die Liberalen gegen die Planwirtschaft wüten, dann sage ich: Zeigt mir euer Programm, denn da steht meist nichts drin! Aber wenn man sie fragt: Was wollt ihr machen?, dann machen sie ein saures Gesicht. Es ist das, was wir auch machen. So ist es heute in Europa. Was soll mit einem Marshallplan, wenn nicht planmäßig die Quellen der Kräfte ausgenützt werden, die von Amerika geschenkt und geboten werden? Man sagt: Das ist nur Eigennutz von Amerika; das ist eben, weil man Hilfe leistet. Bedingung ist, daß man wirklich die Hoffnung haben kann, daß es zu einem realen Resultat führen wird.

Erlauben Sie mir, daß ich hier noch klar sage: Es kommt darauf an, stolz darauf zu sein, daß dieser Gedanke der internationalen Zusammenarbeit und der internationalen Solidarität nicht geschmückt ist aus der ideologischen Sphäre eines traumhaften Bildes, aber daß er gekommen ist aus der praktischen Grundlage der politischen Notwendigkeit. Seien wir im Innersten überzeugt, daß wir der Menschheit damit den Weg ebnen zu neuen Möglichkeiten, zu neuen Möglichkeiten einer Gesellschaftsordnung der Freiheit und der Gerechtigkeit.

Es ist, Genossen und Genossinnen, mein heißer Wunsch, daß auch Ihre Beratungen eine Vertiefung der Einsichten zustande bringen mögen über die praktische politische Arbeit, die ihr zu meistern habt, und daß Ihre Gefühle und Gedanken gerichtet sein werden auf die gleiche Einsicht in die Notwendigkeit unserer internationalen Zusammenarbeit, wie es, ich glaube sagen zu dürfen, bei unserer Partei jenseits eurer Westgrenze der Fall ist. (Beifall.)

Paolo Treves, Italien: Genossen und Genossinnen! Wir haben den Wunsch gehabt, bei euch zu sein, nicht nur, um formelle Grüße zu bringen, sondern weil wir wissen, daß wir gemeinsame Probleme haben. Wir Italiener, wir Sozialisten von Italien, wissen, daß es das Problem Nr. 1 unserer Zeit ist, Sozialismus in der Freiheit und in der Demokratie aufzubauen. Es gibt nicht zwei Wege zum Sozialismus, wie es heute einige Leute vielleicht glauben wollen, es gibt nur einen Weg zum Sozialismus; dieser Weg ist der Weg der Freiheit und der Demokratie. Wir wissen, daß kein Sozialismus existieren kann ohne Demokratie und kein Frieden ohne Demokratie. Das haben die Italiener verstanden, denn an unseren letzten Wahlen, am 18. April, hat die Mehrzahl der Italiener Nein gesagt zu allen Diktaturen, den Diktaturen von rechts und den Diktaturen von links.

Ich möchte noch eine andere Sache sagen, nämlich: wenn es in Italien eine sozialistische Partei gibt, wenn es Hoffnungen für den Sozialismus in Italien

gibt — ich will das ohne falsche Bescheidenheit sagen —, so ist das unser Verdienst, der demokratischen Sozialisten Italiens, eine wirkliche sozialistische Partei aufgebaut zu haben. Es sind noch andere Führer da, die sich Sozialisten nennen, aber keine Sozialisten sind. Und es ist für mich eine große Freude zu sagen, daß die deutschen Genossen die ersten gewesen sind, die das verstanden haben, und wir vergessen nicht, daß im vorigen Jahr die deutschen Sozialisten uns zu ihrem Parteitag in Nürnberg eingeladen haben, als noch die Internationale uns vor der Türe stehen ließ. Das war ein Beweis, daß die italienischen und die deutschen Sozialisten sich verstanden haben, für heute und für morgen.

Wir haben zusammen auch erfahren, was es heißt, unter Besatzung zu leben. Wir kennen die Schwierigkeiten und die Probleme, und es kommt von Herzen, wenn wir sagen, daß wir hoffen, daß sehr bald auch Friede für Deutschland sein möge, so wie Friede für Italien ist. Wir wissen, es ist nicht nur eine deutsche, sondern eine internationale Frage, weil der Frieden in keinem Land sicher ist, wenn er nicht in allen Ländern sicher ist.

In diesem Sinne sind wir hierhergekommen, nicht um euch etwas zu lehren, sondern von euch viel zu lernen. Wenn wir zurückkommen in unser Land, dann können wir unsern Genossen sagen, daß es hier in Deutschland eine kraftvolle, starke, großartige sozialistische Bewegung gibt, und das Beispiel Berlins ist ein Beispiel für alle Völker, die für die Freiheit kämpfen.

Ihr seid nicht allein, in Italien sind auch Sozialisten und Demokraten, die mit euch und für Europa arbeiten. Sie arbeiten zusammen für Sozialismus in Freiheit und Demokratie und wir alle sind „umschlungen Millionen“. (Beifall.)

Dr. Julius Deutsch, Österreich: Die österreichischen Sozialisten, in deren Namen ich hier spreche, waren mit den deutschen Sozialdemokraten stets durch ein besonders enges Band der Solidarität und Freundschaft verknüpft. Wir haben in Tagen der Freude, aber auch in Tagen des Leides zusammengestanden und sehr oft einander zu helfen gesucht, so gut wir konnten.

An diese bewährte, traditionelle Verbundenheit knüpfe ich heute an, wenn ich Ihren Parteitag begrüße und zum Ausdruck bringe, daß sich zwischen uns nichts geändert hat. Am Rhein wie an der Donau lebt in Millionen Herzen der Geist des freien, demokratischen Sozialismus und verbindet und verbündet uns. Ja, wir sind Verbündete; denn wir bemühen uns um die Lösung von sehr ähnlichen Problemen, und wir kämpfen gegen Gegner, die fast die gleichen sind, da wie dort.

Wir Österreicher wissen ein Lied davon zu singen, was es heißt, militärische Besatzungen im Lande zu haben. Militärische Besatzungen sind in jedem Falle von Übel und stellen eine drückende Last dar. Am schlimmsten ist es aber dann, wenn militärische Besatzungen es sich in den Kopf gesetzt haben, ein Volk erzlehen zu wollen. Nämlich, das Militär mag zu manchem verwendbar sein, zur Erziehung eines Volkes taugt es am wenigsten.

Es ist eine alte Erfahrung der Geschichte, daß kein Volk durch eine fremde Macht auf eine höhere Stufe der Entwicklung zu bringen ist. Jedes Volk muß in sich selbst und aus Eigenem die Kräfte entwickeln, die aufwärts führen. Nur so kann es der Schwelger Herr werden, die es bedrücken. Nur ein freies Volk entfaltet die moralischen und sittlichen Kräfte, die notwendig sind, um den wirtschaftlichen und den ideellen Wiederaufbau zu leisten.

Ich könnte Ihnen aus den österreichischen Erfahrungen der letzten Jahre manches berichten, was diesen Gedankengang bestätigt. Aber wozu das? Ich bin sicher, daß Sie, werte Genossen, nicht minder mit überzeugenden Beispielen aufwarten könnten wie ich selber.

In der jetzt vor sich gehenden Auseinandersetzung zwischen den großen Ost- und Westmächten spielt die Frage, was mit Deutschland geschehen soll, eine entscheidende Rolle. Es ist bedauerlich genug, daß das deutsche Volk selbst dabei nur sehr wenig zu Worte kommt. Wenn aber schon die Großmächte aus eigener Machtvollkommenheit ihre Entscheidungen treffen, dann mögen sie sich der ungeheuren Verantwortung bewußt sein, die sie tragen. Es ist die Verantwortung über

Krieg oder Frieden. Es ist kaum zuwenig gesagt, wenn wir hinzufügen, daß unter den gegebenen Verhältnissen die Alternative Krieg oder Frieden nicht mehr und nicht weniger bedeutet als Sein oder Nichtsein der menschlichen Zivilisation.

Das deutsche Volk ist heute weniger als jemals in seiner jahrhundertalten Geschichte ein bestimmender politischer Faktor. Aber deshalb hat es keineswegs aufgehört zu existieren, und es hat auch — trotz alledem — eine Aufgabe zu erfüllen nämlich die, am Aufbau einer neuen Welt nach Kräften mitzuwirken.

Zu unserer großen Genugtuung nehmen wir wahr, daß sich in der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands eine Vielfalt von Energien regt, um das große Unglück überwinden zu helfen, das Hitlers verbrecherischer Krieg über die ganze Welt und vor allem über Deutschland gebracht hat. Die deutsche Arbeiterbewegung ist einer der wichtigsten Faktoren des Wiederaufbaues. Ohne die organisierte Arbeiterklasse gibt es keine Gesundung, weder in Deutschland noch in einem anderen Lande.

In Österreich ist es gelungen, in den drei Jahren seit dem Kriegsende unsere alte achtunggebietende Bewegung wiederherzustellen. Und wieder, wie in früherer Zeit, flattert die Fahne des Sozialismus über das rote Wien ebenso wie über alle anderen größeren Städte des Landes. Aber wir haben nicht nur in den Städten und Industriebezirken unsere frühere Stärke erreicht; es ist uns gelungen, über die alten Stammbezirke unserer Bewegung hinaus vorzudringen und in den agrarischen Bezirken festen Fuß zu fassen. Wir dürfen mit freudiger Genugtuung sagen, daß das Geschick Österreichs untrennbar mit dem der sozialistischen Bewegung verknüpft ist.

Selbstverständlich geht es nicht ohne Kampf ab. Sowohl links wie rechts von uns stehen erbitterte Widersacher. Wir haben uns einem Wiedererstarken reaktionärer Mächte entgegenzustellen, und wir tun dies in der sicheren Erwartung, keinen zweiten Dollfuß oder Starhemberg mehr zu erleben. Sollte es indes — was, wie gesagt, nicht zu erwarten ist — zu einer Neuauflage faschistischer Bestrebungen kommen, dann würden wir uns dagegen genau so wehren wie im Jahre 1934.

Gerade weil wir entschlossen sind, jeden reaktionären Versuch im Keine zu ersticken, sind wir stark genug, auch mit den Kommunisten fertig zu werden. Bei uns spielen die Kommunisten eine sehr geringe Rolle. Sie existieren als beachtenswerter politischer Faktor überhaupt nur so weit, als die russischen Bajonette reichen. Das ist, wie wir wissen, in manchen Ländern nicht sehr viel anders.

Doch aus den Erfahrungen unseres eigenen Lebens ziehen wir den Schluß: Die Diktatur als politischer Exportartikel hat zur Zeit des Faschismus und Nazismus keinen dauernden Markt in der Welt behaupten können — und es gehört nicht sehr viel Phantasie dazu, vorauszusagen, daß es dem russischen Kommunismus nicht sehr viel besser ergehen wird.

Wir bekennen als unsere Überzeugung: Es gibt keinen wahren Sozialismus ohne Demokratie; aber es muß eine echte Demokratie sein, keine sogenannte Volksdemokratie, deren Wesen darin besteht, daß in ihr die Machthaber vom Volke genau so weit entfernt sind wie von der Demokratie.

In Deutschland, in Österreich, in allen Ländern der Welt ist die Schicksalsfrage der Zivilisation und der Kultur gestellt: Sollen die Völker in die Barbarei einer neuen Knechtschaft versinken oder sich in freien, selbstbewußten Gemeinwesen entfalten können? Wir österreichischen Sozialisten sind stolz darauf, in diesem großen Ringen an Ihrer Seite zu stehen wie an der der Sozialisten aller anderen Länder.

Wir sind mit euch der Meinung, daß wir unseren Völkern am besten dienen, wenn wir bleiben, was wir waren: internationale Sozialisten und überzeugungstreue Demokraten.

Wir sind mit euch der Zuversicht, daß wir siegen werden — wenn jedes Land sich bemüht, den Anschluß an die Welt zu suchen und ihn so bald wie möglich zu vollziehen.

In diesem Sinne wünsche ich dem Parteitag eine fruchtbringende Arbeit und einen vollen Erfolg.

Kurt Heinig, Schweden: Genossinnen und Genossen! Im Auftrage der Schwedischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei überbringe ich die herzlichsten Grüße und guten Wünsche zum Parteitag. Es ist nicht mangelndes Interesse, weshalb die schwedischen Parteigenossen heute hier in unserem Kreise fehlen. Ich soll euch an ihrer Stelle hier begrüßen. Der Ersatz gilt nur für die Person, nicht für das Interesse, für die innere Verbundenheit der schwedischen Sozialdemokratie mit der deutschen Arbeiterbewegung. Die schwedische Sozialdemokratie steht mitten im Wahlkampf. Zur zweiten Kammer wird am 19. September gewählt.

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Schwedens, Ministerpräsident Tage Erlander hat mir für euch einen Brief mitgegeben, den ich jetzt verlesen werde:

„Schwedens Sozialdemokratische Arbeiterpartei grüßt durch mich, ihren Vorsitzenden, die deutsche Bruderpartei herzlich zum Düsseldorfer Parteitag. Unsere bevorstehenden Reichstagswahlen und die intensive Wahlarbeit, die ihnen gegenwärtig vorausgeht, macht es uns unmöglich, Vertreter des Parteivorstandes zu Ihrer Tagung zu senden. Dieser Umstand wird uns aber nicht davon abhalten, die Verhandlungen des Kongresses mit größtem Interesse zu verfolgen, die nicht nur für Ihre Partei, sondern in gleichem Maße für die Zukunft Deutschlands bedeutend sind. Die schwedische Arbeiterbewegung ist mit dem demokratischen Sozialismus der gesamten Welt identisch und läßt uns als selbstverständlich erkennen, daß die deutsche Sozialdemokratie ein grundlegender Faktor für die wirtschaftliche und politische Genesung Deutschlands und Europas ist. Den internationalen Traditionen der Arbeiterbewegung getreu und mit dem unveränderten Vertrauen zur Zukunft der Demokratie grüßen wir unsere deutschen Parteigenossen und wünschen Glück zu ihrem Parteitag.“

Dr. Paul Meierhans, Schweiz: Genossen und Genossinnen! Fürchten Sie nichts! Ich werde Ihnen keine lange Rede mehr halten, aber ich muß mir doch zwei bis drei Worte noch gestatten. Ich überbringe die Grüße der Schweizerischen Sozialdemokratischen Partei, die sich bekanntlich aus deutschsprechenden Genossen, aus französischsprachigen Genossen und italienischsprachigen Genossen zusammensetzt. Die Grüße der Partei — wir sind zum erstenmal an einem deutschen Parteitag der Sozialdemokratie nach dem Kriege vertreten — sind ehrlich, sie sind aufrichtig. Mit Freude und Stolz sehen wir, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, diese neuerstandene wahre Massenorganisation des deutschen Proletariats, Gerechtigkeit und Freiheit mit aller Kraft anstrebt und daß sie versucht, dem demokratischen und humanitären Sozialismus wieder in Deutschland Eingang zu verschaffen, dem sie mit dem ganzen Einsatz ihrer Kraft vergeben ist, jenem Sozialismus, der allein diesen Namen verdient, denn es gibt keinen anderen Sozialismus außer dem demokratischen, humanitären Sozialismus. Zweimal ist der Name Sozialismus geschändet worden während unserer Generation, einmal durch die Nazis, die sich in ihren verbrecherischen Taten dieses Wort anhängten, und ein zweitesmal wird er im Osten geschändet durch die Tatsache, daß ein Terrorregime ebenfalls mit diesem Namen verbunden sein will. Wir erklären und wir sind in der Schweiz der Meinung, beide verwenden den Namen Sozialismus mit dem gleichen Unrecht und beide schänden den Namen Sozialismus. Wir sind ein kleines Land, wir wollen und können uns nicht in die Weltpolitik einmischen, wir haben keine Kolonien, wir haben keinen Anschluß an das Meer, wir haben keine Rohstoffe und doch geht es uns verhältnismäßig gut. Wir verdanken das dem Umstand, daß wir seit 150 Jahren keinen Krieg kannten, während 150 Jahren keinen fremden Soldaten auf unserem Territorium stehen sahen. Jawohl, wir verdanken das der Gunst des Schicksals, wir verdanken das auch dem Verteidigungswillen des ganzen Volkes, das während Jahrzehnte unsere Demokratie nicht nur aufgerufen ist, alle vier Jahre einmal an die Urne zu treten, um einen Mann zu wählen, sondern unser Land ist ein Land, in dem der Bürger jahraus, jahrein fast jeden Sonntag an die Urne gerufen wird, um nicht zu wählen, sondern über Sachfragen selber zu entscheiden. Wenn an diesem Sonntag, an dem ich spreche, die Züricher Bürgerschaft, die

Wählerschaft, abzustimmen hat, ob eine Brücke gebaut werden soll, ob der Bahnhof vergrößert werden soll, so mag Ihnen das lächerlich erscheinen, aber Genossinnen und Genossen, die wahre Demokratie besteht nicht in der Wahldemokratie, sondern sie besteht in der Entscheidungsfreiheit über sachliche Angelegenheiten. Darum haben wir die Meinung, daß die Demokratie, wenn sie auch in Deutschland Erfolg haben soll, von unten her aufgebaut werden muß, von den Gemeinden, daß sich in der Gemeinde der Wille des Bürgers formen kann, wo der einzelne Bürger noch eine Übersicht hat über die Dinge, wo er mit eigenem Verstand beurteilen muß und beurteilen kann.

Wenn heute an diesem Parteitag soviel von Freiheit und Demokratie geredet wurde, so ist das wahrscheinlich psychologisch darauf zurückzuführen, daß man von dem am meisten spricht, was am meisten entbehrt wird. Mein Wunsch, Genossen und Genossinnen, geht dahin, Sie mögen am nächsten Parteitag weniger von Freiheit und Demokratie reden müssen, sondern Freiheit und Demokratie besitzen. (Beifall.)

Willi Sander, London: Liebe Freunde! Genossinnen und Genossen! Für die kleinste Gemeinschaft deutscher Sozialdemokraten möchte ich am Schluß dieser Reihe von Begrüßungsrednern einige Worte herzlichen Grußes euch entbieten, von den deutschen Sozialdemokraten, die draußen im Ausland leben. Unsere Freunde in den skandinavischen Ländern, in der Schweiz und in Frankreich, in Belgien und Holland, meine Freunde aus Großbritannien haben mich gebeten, euch die herzlichsten Grüße aller Freunde zu überbringen. Als ich vor einem und vor zwei Jahren den gleichen Auftrag hatte, war die Gemeinschaft derer, für die ich spreche, größer. In der Zwischenzeit ist ein großer Teil der Funktionäre aus dem Ausland zurückgekehrt, und ich bin erstaunt, wie viele treue Freunde aus dem Ausland ich hier auf diesem Parteitag wiedergetroffen habe. Als ich im vergangenen Jahre die Grüße deutscher Kriegsgefangener aus Großbritannien überbringen durfte, waren noch Zehntausende von diesen Freunden in England. Heute ist keiner mehr in England, und alle sind in die Heimat zurückgekehrt. (Beifall.) Wir möchten hoffen und wünschen, daß die Kriegsgefangenen auch aus den anderen Ländern recht bald in eure Mitte kommen. (Beifall.)

Liebe Genossinnen und Genossen! Zwei besondere Bitten sind mir übertragen worden. Einmal baten mich die Freunde aus den Überseeländern in Südamerika, eine Bitte an euch zu richten. Einige der Genossen sind dieser Tage aus Südamerika zurückgekehrt und nehmen als Ehrengäste an diesem Parteitag teil. Unsere Freunde aus Südamerika und den Überseeländern möchten gern in die Heimat zurückkehren. Aber die Schwierigkeiten des Behördenapparates und vor allen Dingen die ungeheuren materiellen Mittel, die notwendig sind, um die Heimreise zu ermöglichen, erschweren die Rückkehr. Alle unsere Freunde im Ausland haben in den bitteren Jahren der Hitlerherrschaft und der Emigration für die deutschen Sozialdemokraten, für die deutsche Arbeiterbewegung im Ausland gekämpft. Sie haben die deutsche Arbeiterbewegung und die deutsche Heimat nicht vergessen. Sie richten an euch die herzliche Bitte, die Genossen draußen im Ausland nicht zu vergessen. Wir wissen, ihr habt vordringlichere, wichtigere Probleme, aber wir bitten euch, vergeßt die Genossen draußen nicht und helft zu gegebener Zeit mit euren Möglichkeiten, die Rückkehr dieser Genossen vorzubereiten.

Eine zweite Bitte, auf Anregung der Genossen aus der Schweiz, möchte ich heute auf dem Parteitag, an dem eine so stattliche Anzahl bekannter Vertreter unserer ausländischen sozialistischen Parteien teilnimmt, vorbringen. Ich möchte den herzlichen Dank jenen, die im vergangenen Jahrzehnt Gastrecht und Asyl gaben, zum Ausdruck bringen. Wir haben während dieser Zeit im Ausland eine Menge gelernt, und wir haben versucht, einen herzlichen, guten Kontakt mit den Freunden herzustellen.

Die Genossen, die aus der Emigration zurückgekehrt sind und heute hier am Parteitag als aktive Delegierte und Repräsentanten der zentralen Parteikörperschaft teilnehmen, verdanken einen großen Teil ihrer politischen Arbeitsmöglichkeit während des Krieges der aufopfernden Freundschaft und Solidarität der Genossen,

deren Vertreter heute vor mir an dieser Stelle gesprochen haben. Es ist mir, liebe Freunde, ein herzliches Bedürfnis, diesen Genossen den Dank der deutschen sozialdemokratischen Emigration zum Ausdruck zu bringen. Und! euch, Genossen und Genossinnen, rufe ich zu: einen herzlichen Gruß und den Wunsch, daß eure Verhandlungen von einem guten Erfolg begleitet sein mögen. (Beifall.)

Abschließend gedenkt der Vorsitzende all der lieben Freunde, die fern der Heimat an dem heutigen Parteitag nicht teilnehmen können. Ihnen allen ruft er zu: Die Sonne des Sozialismus und der Internationale wird eines Tages wieder leuchten!

Den Abschluß der Vormittagssitzung bildete der gemeinsame Gesang der Internationale.

### Nachmittagssitzung

Nach der Eröffnung der Nachmittagssitzung durch den Vorsitzenden G n o B verlas A n d r e a s G a y k, Kiel, Auszüge aus dem politischen Referat von Dr. K u r t S c h u m a c h e r, das den Delegierten nach der Verlesung im vollständigen Text vorgelegt wurde.

Es folgt der vollständige Wortlaut des Referates:

#### Die Sozialdemokratie im Kampf für Freiheit und Sozialismus

Zum dritten Male in verhältnismäßig wenigen Jahrzehnten seiner Geschichte war das deutsche Volk vor die Frage gestellt worden, welche politischen Prinzipien die Basis seines Lebens nach innen und außen darstellen sollten. Als dann das Dritte Reich militärisch und politisch im Frühjahr 1945 von der überlegenen Kraft seiner Gegner erledigt worden war, hat sich dieselbe Frage zum viertenmal erhoben.

Das Reich Otto von Bismarcks hat zwar demokratische Spielregeln in beschränktem Umfang für die Staatspolitik zu beleben versucht. Trotzdem ist unbestritten, daß es eine konservative Antwort der Deutschen auf die deutsche und die europäische Frage gewesen ist. Die Republik von Weimar mußte als Demokratie beginnen, denn die anderen politischen Formeln waren als nutzlos und gefährlich bereits verbraucht. Die Diktatur des Faschismus ist die Liquidierung einer Demokratie, die nicht nachdrücklich genug erkämpft und von zu kleinen Teilen des Volkes verteidigt worden war. 1945 ist als Grundprinzip gegen den Nazismus nur die Demokratie übriggeblieben. Aber jeder Klasse und jeder Person bleibt es unbenommen, sich unter Demokratie etwas Verschiedenes und jeweils den eigenen Interessen Angemessenes vorzustellen. Von der Volksdemokratie über den christlichen Ständestaat bis zu den verschiedenen Formen der repräsentativen Demokratie ist ein weites Feld. Heute wagt niemand, sein politisches Prinzip als antidemokratisch, als totalitär oder diktatorisch zu bezeichnen. Alles geht als Demokratie irgendeiner „Färbung“ auf den politischen Markt. Aber alle antidemokratischen Kräfte sind virulent. Die Prinzipien, nach denen der Nazismus das eigene Volk beherrscht und fremde Völker unterjocht hat, sind zum großen Teil auch in das politische Arsenal anderer Länder übergegangen.

Der neue Start der Demokratie in Deutschland ist deswegen so schwer, weil ihm noch mehr Kräfte feindlich gegenüberstehen als der Demokratie der Weimarer Epoche. Die Demokratie in Deutschland hat nicht nur gegen eine künstliche Ignoranz und Verhetzung von unvorstellbaren Maßen anzukämpfen. Deutschland war zwölf Jahre hindurch politisch von einer negativen Elite beherrscht, die die sächliche Tüchtigkeit dieses großen Volkes für sich mit Gewalt und mit Belohnungen einzuspannen verstanden hat.

Da der Führerschicht der Nazis das Schicksal des deutschen Volkes ebenso gleichgültig war wie die Leiden der anderen Völker, gründete sie als ein System

vollendeter Diktatur Ihre Existenz auf die möglichst vollständige Vernichtung der politisch erbfähigen Kräfte. Sie hinterließ nicht nur ein Volk, das die innen- und außenpolitischen Verhältnisse nur unvollkommen beurteilen konnte, sondern das gewohnt geworden war, von einem überhöhten Standort aus mit moralisch-politischer Wertaxiomatik an Stelle der konkreten Analysen der Bedingungen zu arbeiten.

Nach 1918 ist es der Reaktion gelungen, dem Volk die eindeutigen militärischen Niederlagen nicht recht bewußt werden zu lassen. Alle Kreise, die politisch mit der Dorchstoßlegende gearbeitet haben, sind schuld am deutschen Nazismus und seinen Konsequenzen. Nach 1945 ist es sehr viel schwerer, eine solche zentrale Ideologie des Hasses und der Törrheit zu errichten. Aber viele Vorgänge seit dieser Zeit, bei denen die Sieger oder einzelne Siegermächte in ähnlicher Beleuchtung dastehen wie Hitler-Deutschland in den Augen anderer europäischer Völker während des Krieges, haben Menschen in Deutschland geschaffen, die an die Ethik der Demokratie und die sittlichen Qualitäten des Friedens nicht glauben wollen.

Die Frage der selbstgewollten Form der Organisation der Gesellschaft und des deutschen Staates ist noch nicht endgültig beantwortet. Sie kann auch nicht allein von den Deutschen beantwortet werden; sie ist machtpolitisch und moralisch von den Kräften abhängig, die zum großen Teil auch auf deutschem Boden stärker sind als die Kräfte des deutschen Volkes.

Die Gegenstände der Auseinandersetzungen innerhalb des deutschen Volkes sind nicht nur materielle, d. h. vor allem ökonomische Objekte, es sind zum großen Teil auch die Menschen selbst, um die gerungen wird. Es ist schwer, ein politisches System mit all seinen menschlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen zu etablieren, wenn nicht der gute Wille der Menschen dabei zu Hilfe kommt. Vor allem kann eine Demokratie sich nicht durchsetzen, wenn sie Staatsbürger verschiedener Klassifizierungen kennt. Das, was seiner Ungeheuerlichkeit wegen an der Vergangenheit gestraft und ausgerottet gehört, müßte schnell und radikal erledigt werden. Daß dies in vielen Fällen nicht geschehen ist und geschieht, erschüttert die moralischen Grundlagen der Demokratie auf das schwerste. Die Straflosigkeit oder die geringe Bestrafung Schuldiger wird als Nichtachtung der Opfer des Naziregimes empfunden. Die zeitliche Hinausdehnung und die Massenhaftigkeit der formalen Verfahren hat die Gefahr der Wirkungslosigkeit gebracht. Der ganze Prozeß der Denazifizierung ist dadurch in seinem politischen Effekt gefährdet, zumal es nicht gelungen ist, Maßstäbe objektiver Gerechtigkeit zu finden.

Sicher hat die deutsche Geschichte in weiten Teilen des Volkes den Willen, in einem Obrigkeitsstaat als Statisten mitzuwirken und Befohlenen auszuführen, sehr gestärkt. Aber die Politik als zentrales Problem der einzelnen menschlichen Persönlichkeit sowie der Gemeinschaft wird wohl in keinem Volk der Welt bei allen Einzelpersonen ganz eindeutig und elementar sich durchsetzen. Dazu trat noch, daß die Kämpfer gegen den Nazismus zum großen Teil mit einem Hochmut und einer Verkennung von den Siegern und Teilen der Weltöffentlichkeit behandelt worden sind, daß schon mehr als ein guter Wille dazu gehört, bei der Errichtung der deutschen Demokratie mitzuarbeiten. Soviel die Deutschen als Volk von anderen Völkern mit einer demokratischen Geschichte in Gesinnung und Methodik der Politik zu lernen haben, ein großer Teil dessen, was als Reedukation auf deutschem Boden verzapft worden ist, ist unentschuldbarer Unsinn. Die Eignung für politische Pädagogik hängt nicht notwendigerweise mit dem Tragen einer Uniform zusammen. Das System der Militärregierungen ist auch nicht als letzte und feinste Blüte der Demokratie zu bewundern. Dadurch werden weder die Grenzen der Verantwortlichkeit auf der einen, noch der Grad und die Kraft des guten Willens auf der anderen Seite eindeutig sichtbar.

Die Sozialdemokratische Partei hat die denkbar härteste Bestrafung aller Schuldiggewordenen verlangt. Aber die Möglichkeit, Erklärlichkeit und Entschuldbarkeit des Hineinrutschens in diese Bewegung ist ein Punkt, der von vonherin zu berücksichtigen war. Dadurch, daß man es nicht genügend tat und die Barbarei der Kollektivschuld auf ein ganzes Volk zu wälzen versuchte, hat man die

Schuldigen geschützt. Die Erfordernisse der Praxis haben die vier großen Besatzungsmächte veranlaßt, je nach Bedarf die eine oder die andere Kategorie früherer Nazis doch bevorzugt zu behandeln. Damit hat man eine ganz ungesunde Atmosphäre erzeugt. Die Sozialdemokraten wünschen nicht die Verfolgung der kleinen Mitläufer und Parteigenossen. Ihr Ziel war die ganz persönliche Einkehr und Umkehr in jedem Menschen, der einmal in dieser Bewegung mitgemacht hat. Jetzt haben zuerst die ausländischen und dann viele deutsche Faktoren diesen ganz individuellen unverzichtbaren Prozeß in den Menschen unmöglich gemacht. Sie konnten bleiben, wer sie waren und brauchten sich nicht entscheidend zu ändern. Sie sind jetzt in der Lage, die Formen der Demokratie zu handhaben, ohne ein positives Verhältnis zu ihrem Inhalt zu gewinnen.

Das gilt besonders von beträchtlichen Teilen des Beamtentums, die stärker vom Nazismus als von der Weimarer Republik geformt sind. Die angeblichen oder tatsächlichen Notwendigkeiten haben diese Teile der Bürokratie zu „Weiterdienenden des Nazismus“ gemacht.

Die Eroberung der Menschen für die Demokratie kann nicht mit pädagogischen Mitteln und aufdringlichen Predigten geschehen. Auch der stärkste Anschauungsunterricht darüber, wohin der Nazismus führen muß, wird im Bewußtsein der Menschen verblasen, solange gesellschaftliche und politische Vorstellungen in ihren Köpfen leben, die antidemokratisch sind. Die Feindschaft gegen die Demokratie und die Neigung zur Autorität als dem maßgebenden politischen Prinzip ist in der deutschen Politik sehr viel älter als in der Nazi-Partei. Sehr viele Leute aus denjenigen Kreisen, die in Wort und Schrift jetzt auf die Demokratie schwören, haben niemals ein inneres positives Verhältnis zu ihr gehabt. Ein sehr großer Teil des deutschen Besitzes und ein mindestens nicht kleiner Teil der deutschen Bildung war antidemokratisch. Die deutsche Demokratie der Weimarer Republik wäre nicht zusammengebrochen, wenn der deutsche Großbesitz nicht geglaubt hätte, mit Hilfe des Nazismus den sozialistischen Konsequenzen der Demokratie in Deutschland entgegen zu können.

Es ist nicht nur so, daß die Wirtschaft der europäischen Länder ökonomische Tendenzen zur Agrarreform und zur Sozialisierung zeigt. Die stärksten Triebfedern, in dieser Richtung tätig zu werden, liegen auf dem eigentlich politischen Gebiet. Ohne das Geld der großen Industrie hätten die Nazis diese Ausmaße und Formen der populären Gegenrevolution nicht entwickeln können. Es ist eine Frage der Zeit, wann derselbe Prozeß in der deutschen Politik auch wieder nach außen sichtbar wird. Daß er bereits im System der Parteien rechts von der Sozialdemokratie in Erscheinung tritt, beweist die Politik der Mehrheit im Frankfurter Wirtschaftsrat und ihrer Direktoren. In Anbetracht der Hilfsbedürftigkeit unzähliger Menschen in Deutschland wird die Sozialpolitik eine gewaltige Rolle spielen. Durchführen läßt sich diese Rolle allerdings nur, wenn die Demokratie ihren Feinden unmöglich macht, ihr Geld in politische Macht zu verwandeln. Die Sozialisierung ist keine doktrinaire Zauberformel, aber die politische Entmachtung der großen Industrie ist die Voraussetzung für die Krisenfestigkeit der Demokratie in Deutschland. Die Gefahr, die von dem großen Privateigentum in allen Ländern der neuen Demokratie dieser politischen Form droht, kann durch den Prozeß der Internationalisierung der wichtigsten Industrien nicht aus der Welt geschaffen werden. Die Sozialisierung der Ruhr ist so lange ein deutsches Sozialisierungsproblem, als die Träger der großen Industriekräfte in Westeuropa nicht ihrerseits unter denselben rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen ihre Produktionsmittel in eine noch zu schaffende internationale sozialisierte Institution einbringen. Anderenfalls ist eine solche Internationalisierung die Erledigung des internationalen Gedankens in Deutschland sowohl wie in den Ländern, die die Nutznießung einer solchen einseitig zu Lasten eines Landes gehenden Wirtschaftsorganisation sind.

Der deutsche Großbesitz hat den politischen Geist des Kaiserreichs und der Weimarer Republik maßgebend antidemokratisch beeinflusst und durch seine Allianz mit der tragenden Schicht des militaristischen Agrarkapitals an der Entfaltung verhindert. Die Idee der Sozialisierung ist historisch und politisch eine der stärksten

und folgenreichsten Formeln in der europäischen Politik überhaupt. Der Typ des schneidigen Managers, auch wenn er fremder Herkunft ist, vermag diese politisch so wohl begründeten Wünsche der arbeitenden Massen nicht zu befriedigen. Es kann überhaupt ein entscheidender Fehler werden, wenn man derartige Ideen und Gefühle leicht nimmt und meint, mit einem System zusätzlicher Hilfe den Produktionswillen der Arbeiter der schweren Industrien wachzurufen oder gar auf die Dauer erhalten zu können. Der Mangel an Einsicht und gutem Willen bei den Besatzungsmächten kann hier verheerend wirken. Eigentümer einer sozialisierten Grundindustrie kann nur das deutsche Volk sein. Länder können immer nur eine Treuhänderrolle spielen. Die kategorische Ablehnung durch die Militärregierungen, die nur der Organisation des das ganze deutsche Volk umfassenden Staatswesens das Recht zur Sozialisierung geben wollen, ist durch die bisherige Haltung der Angelsachsen nicht gerade begründet. Im landespolitischen Rahmen haben die Amerikaner 1946 in Hessen ein Interesse gegen und die Briten zu Anfang 1947 in Nordrhein-Westfalen für die Sozialisierung gezeigt.

Die europäischen Voraussetzungen in der Entwicklung der sozialen Struktur sind geschichtlich, ökonomisch und politisch andere als die Voraussetzungen etwa in den USA oder Rußland. Es ist kein Zufall, daß 1944/45 nicht nur in dem russisch besetzten Osteuropa, sondern auch in den Staaten Westeuropas zahlreiche und wichtige Nationalisierungen und Sozialisierungen vorgenommen worden sind. Nur in Westdeutschland hat sich in der Frage der Eigentumsverhältnisse auf diesem Gebiet nichts von Bedeutung geändert.

Man philosophiert soviel über den angeblichen Mangel an Initiative, Verantwortungsfreudigkeit, Gestaltungskraft und dem fehlenden Willen zur Umkehr. Seiten wird aber erwähnt, daß eine neue Politik auch neue Voraussetzungen braucht. Dieses Moment des Neuen kann sich nicht nur in der theoretischen Fundierung der Politik der einzelnen Parteien zeigen. Es ist auch abhängig von Ziel und Methoden der Sieger. Trotz aller Verfassungen in den einzelnen deutschen Ländern und neuer Organisationsformeln in den beiden Teilen Deutschlands ist der Start für die deutschen Leistungen auf diesen Gebieten nur von den Siegern und ihren gesellschaftlichen Vorstellungen bestimmt gewesen. Im Osten haben die Russen das Vorbild ihres eigenen Landes mit minutiöser Genauigkeit und strenger Reihenfolge der Schritte, mit denen sie ihr eigenes Land vorändert hatten, auf ihre Besatzungszone übertragen. Wenn hier die Deutschen hätten mitreden können, dann wäre etwas ganz anderes dabei herausgekommen. Sei es die Agrarreform, oder sei es vor allem die Überführung der großen industriellen Produktionsmittel in Gemeinbesitz, beides entspricht nicht den deutschen Auffassungen vom Wesen des Sozialismus. Selbstverständlich findet jede Besatzungsmacht ihre Mitmacher, deren Politik sich in der Servilität gegenüber dem Vorbild erschöpft. Quislinge sind für alle Besatzungsmächte zu haben. Aber trotz aller riesigen propagandistischen Machtentfaltung der Kommunisten ist ihr kommendes Schicksal schon deutlich zu sehen. Es ist das Schicksal aller bloßen Mitmacher, die dann auf dem Keirichthausen der Geschichte landen. Man verliert in jedem Totalitarismus die politische Freiheit, ohne etwas, das als wirtschaftliches Äquivalent anzusehen wäre, zu gewinnen. Die deutschen Nationalisten aber, die unter kommunistischer Flagge ihre alten Ziele wieder verwirklichen möchten, erhalten gerade in diesen Monaten und Wochen durch die Liquidation der nationalen Bestrebungen im osteuropäischen Kommunismus eine eindringliche Lehre.

So wie das eine Prinzip im Osten ohne die Deutschen durchgeführt worden ist, so hat man den entgegengesetzten Grundsatz im Westen Platz greifen lassen. Ob man die Vorgänge hier Revolution und dort Restauration nennen will, sie sind in beiden Fällen außerhalb des Volkswillens und der demokratischen Diskussion der Deutschen entstanden. Beide haben die Volksmassen unseres Landes nicht in Bewegung gesetzt und ihren Willen in eine Richtung gebracht, die mit den Wünschen der Deutschen übereinstimmt.

So wenig wie man den Bewohnern der Sowjetzone einreden kann, daß die staatliche Lenkung der Ausbeutung Sozialismus ist und daß es vorbildlich richtig

sel, die stärksten und am besten ausgerüsteten Produktionsmittel Sowjetrußland zu überlassen, so wenig kann man den Westdeutschen einreden, daß der Unternehmerstaat in Europa und in Deutschland die modernste, beste und für das Leben des einzelnen tauglichste Form sei. Man kann die Geschichte der europäischen Arbeiterbewegung und den großen Anteil der deutschen an ihr mit keiner Art von Propaganda aus der Welt schaffen. Für den durchschnittlichen Deutschen ist heute Sowjetrußland der größte Kapitalist auf deutschem Boden. Es wäre ein entscheidender politischer Fehler, in Westdeutschland das ausländische Kapital in eine ähnliche beherrschende Position zu bringen. Die Nutznießer wären ja nicht die von Hitlerdeutschland bedrängten und ausgesogenen Völker, sondern stets gewisse privilegierte Klassen dieser Nationen.

Hier liegt überhaupt die politisch-psychologische Gefahrenquelle. Von seiten Sowjetrußlands hat man die Meinung verbreitet, daß speziell mit dem Angelsachsen-tum die Beherrschung der arbeitenden Massen durch das private Monopolkapital verbunden sei. Umgekehrt verkündet eine unablässige Propaganda, daß jeder Fortschritt unlösbar mit den Erfolgen Rußlands auf allen Gebieten der Politik und der Wirtschaft gekoppelt sei. Alle anderen Kräfte und Ideen werden von dieser Propaganda bewußt ignoriert. Die Methode, sich den bequemsten Gegner auszusuchen, d. h. denjenigen, den man am leichtesten schwarz machen kann, herrscht in dieser Agitationspolitik. Den Verlust der Freiheit und die Senkung des Lebensstandards hat man in allen Ländern Europas, in denen die Volksdemokratie gesiegt hat, erst feststellen können, als es keine politischen Mittel mehr gab, die Zustände zu korrigieren.

Es gibt gar nicht die Chance der Wahl zwischen einem Sozialismus des Ostens und einem Kapitalismus des Westens. Die Zustände, die vom Bolschewismus geschaffen worden sind, können von der Sozialdemokratie nicht als Sozialismus angesehen werden. Aber es gibt die Möglichkeit für die politisch unerfahrenen Massen, sich Illusionen machen zu können. Das Schicksal der Demokratie in Mittel- und Westeuropa ist von ihrem sozialen Gehalt abhängig. Keine positive Sozialpolitik kann die Änderung der sozialen Struktur ersetzen. Jede Form der Wirtschaftsverfassung und damit der gesellschaftlichen und politischen Grundsätze ist heute in Deutschland dadurch bedroht, daß man gar zu naiv im Gefühl der eigenen Vorzüge das Land nach dem eigenen Vorbild zu modeln versucht. Das Resultat ist dann im Bewußtsein der deutschen Bevölkerung nur das Gefühl der Fremdartigkeit, des andersartigen Gewachsenseins und der Unterdrückung der den Deutschen eigentümlichen immanenten Tendenzen des Denkens und Wünschens. Immer klarer arbeitet sich das Bild heraus, daß die Ausstrahlung auf die sowjetisch besetzten Länder Osteuropas und vor allem auf Ostdeutschland keinerlei echte anziehende Kraft auf die übrigen Teile Deutschlands hat. Aber zur gleichen Zeit wächst die Gefahr, bei zunehmender Spannung unter den Siegermächten durch irgendeine Form des Bekenntnisses zum Kommunismus gegen kapitalistische Gewinnsucht oder Unmoral in Westdeutschland protestieren zu können. Auch die Hitlerwähler vom März 1933 haben damals das Dritte Reich mit all seinen Konsequenzen nicht gewollt. Es ist offensichtlich sehr schwer, entscheiden zu können, wann eine Stimmabgabe oder Demonstration im Rahmen des üblichen Gefüges bleibt und wann sie unkorrigierbare Folgen hat.

Nach der schnellen Aufeinanderfolge aller möglichen Prinzipien in Deutschland ist es sehr oft für die einzelnen Menschen nicht leicht, einen Standpunkt mit sicherer Fundamentierung zu finden. Jede Idee und jede Formulierung ist in den letzten fünfzehn Jahren mißbraucht und bloßgestellt worden. Man hat zuviel Verschiedenartiges unter denselben Worten agitatorisch vorgesetzt bekommen. In Deutschland ist eins der Mittel, mit der die Oberschichten sich an der Macht hielten, die Diskreditierung der Politik und die Verächtlichmachung der Politiker und der Partelen. Jahrzehnte hindurch ist die Attacke gegen die Partelen nur der Ausdruck der Respektlosigkeit gegenüber der Politik, und zwar der von den Massen getragenen Politik, gewesen. Der Erfolg einer Politik hängt davon ab, daß sie in ihrer ganzen zentralen Wichtigkeit von den arbeitenden Massen erkannt wird. Auch heute bemüht man

sich, unter Ignorierung der Tatsachen, vor allem der geringen Möglichkeiten deutscher Stellen, politisch zu wirken und unter Übersehen des Mißverhältnisses von Einfluß und öffentlicher Verantwortung die Parteien zu diffamieren. Die Parteien sollen versagt haben, bevor sie überhaupt die Möglichkeiten bedeutender Mitwirkung bekamen. Daß die Parteien auch gegenüber den Besatzungsmächten ein Stück reale Freiheit bedeuten und daß darum politische Entscheidungen in letzter Instanz von diesen schwerer zu beeinflussenden Organismen gefällt werden müssen und nicht von den Institutionen der Administration, haben sich sehr viele und besonders sehr laute Träger der öffentlichen Meinung noch nicht klargemacht. Die öffentliche politische Kritik besteht weitgehend in der Erteilung von Zensuren durch Leute, die ihre Befähigung zum Lehramt noch nicht bewiesen haben. Wenn man manche Auslassungen liest, bekommt man den Eindruck, daß die Weimarer Republik eine schlimmere politische Sünde gewesen sein soll als das Dritte Reich. Wenn gar Politiker in Spitzenstellungen der Administration ihre Meinung gegenüber einem durch Zufall mit einer Presselizenz Privilegierten durchsetzen wollen, dann wird mehr Druckerschwärze der Entrüstung vergossen als über die Konzentrationslager des Dritten Reiches. Es ist nun einmal so, daß die Antidemokraten sehr oft das Volk in der Demokratie unterrichten. Diese Feststellung bedeutet nicht eine Partei-nahme für jeden aktiven Politiker gegenüber Presse und Rundfunk. Uns wäre auch wohler, wenn die Zahl der falschen Reaktionen von Politikern auf öffentliche Angriffe geringer wäre. Was aber in der öffentlichen Auseinandersetzung so erschreckend ist, das ist die Hemmungslosigkeit, die absolute Distanzlosigkeit und die leichtfertige Meinung, daß intellektuelle Anarchie und Zuchtlosigkeit der Ausdruck der Demokratie seien.

Man hat jetzt viel darüber diskutiert, ob die Parteien in Deutschland nicht zu früh zugelassen worden seien. Man meint vielerorts, daß die Bildung des deutschen politischen Willens und die Erziehung unseres Volkes besser gelingen würde, wenn die Parteien nicht mit ihrem Dogmatismus und Traditionalismus den Weg zu neuen Ideen und zu neuen Formen versperren würden. Man übersieht dabei, daß die Parteien nicht die Träger der stärksten historischen Belastung im deutschen Volksleben sind und auch in den Westzonen keineswegs die bloße Konsequenz der Zulassung der Parteien in der Ostzone im Juni 1945 waren. Die Bildung öffentlicher Meinung kann niemals pädagogisch und unter gültiger Lizenz der einzelnen Besatzungsmacht erfolgen. Im Bewußtsein des deutschen Volkes mußte trotz des Dritten Reiches und des zweiten Weltkrieges ein Punkt der Selbständigkeit und des Willens zur Unabhängigkeit existieren. Nichts ist törichter und leichtfertiger gewesen, als die verschiedenen Parteien unterschiedslos als Anhängsel der verschiedenen Besatzungsmächte zu sehen. Was in einem Fall richtig ist, ist im anderen Fall eine unentschuldbare Absprecherel. Die offizielle Nichtzulassung der Parteien hätte beispielsweise die Eroberung weiter Teile der Bevölkerung Westdeutschlands durch die Kommunisten erleichtert. In solchen Notzeiten ist dann die Chance der politischen Eroberung der wundergläubigen Utopisten gegeben, die in jedem Volk ein Faktor sind, der nicht einfach ignoriert werden darf. Daß das in seiner Konsequenz von größter und schlimmster Bedeutung gewesen wäre, ist klar.

Die Angriffe gegen die Parteien sagen zur gleichen Zeit nicht nur über das politische Vermögen, sondern auch über den politischen Standort der Kritiker sehr viel aus. Im modernen Massenstaat ist eine politische Form der Demokratie ohne Parteien nicht denkbar. Das Experiment des christlichen Ständestaates und jeder Versuch, andere Willensgemeinschaften als die Parteien zu Trägern der Politik zu machen, hat in einer ganzen Reihe von europäischen Ländern den Prozeß der Faschisierung gefördert. Es gibt überhaupt kein Land, das eine Demokratie ohne demokratisches Parteileben zu bewahren verstanden hat. Der zentrale Denkfehler liegt bereits in der Formulierung „die Parteien“ als einer sachlich unzulässigen Gleichsetzung. Die Parteien unterscheiden sich nämlich nicht nur durch ihre politischen Ziele und Methoden, sie unterscheiden sich auch durch den Grad ihrer Ersetzbarkeit oder Unersetzbarkeit durch andere Organisationen. Es gibt wirtschaftliche, soziale, religiöse und kulturelle Zusammenfassungen der Menschen, die als

Ersatzorganisationen funktionieren können. Es gibt andere Teile des Volkes, die in ihrem Versuch, die emotionellen Regungen zu zügeln und die Politik rational zu machen, allein auf die Partei angewiesen sind. Der Prototyp dieses Falles ist die Sozialdemokratie.

Darum reagieren die Parteien auch verschieden auf diese Art von grundsätzlich gefährbter Kritik. Wenn z. B. eine Partei besonders heftig gegen das Parteiwesen wettert, dann ist es nach den Erfahrungen in Deutschland und in Mitteleuropa immer der Fall gewesen, daß diese Partei sich sehr gut vorstellen kann, als einzige Partei das Feld zu beherrschen und auf die politische Anwesenheit anderer Parteien zu verzichten. Wir haben schon einmal in Deutschland eine Partei gehabt, die gegen die Parteien war. Das Resultat sollte bekannt sein. Und wir erleben jetzt in dem kommunistischen Versuch, den nationalen Gedanken in Deutschland für die sowjetischen Herrschaftsansprüche zu mobilisieren, dieselben Methoden.

Mit diesem arroganten Nichtswissertum schädigt man am meisten die Jugend. Allmählich stellt sich doch heraus, daß das Gerede über den „Zynismus“ der jungen Menschen mindestens sehr stark übertrieben ist. Von der vielbeschrien „Partei-müdigkeit der Jugend“ spürt die Sozialdemokratie relativ wenig. Die Sorgen um den Aufbau einer privaten Existenz nehmen die Jugend stark gefangen. Aber das ist eine Stelle, an der die Politik bereits einsetzt. Die sentimentale Heuchelei, mit der man der Jugend den Willen zu dem absprechen will, was in der Politik erlernbar ist, ist ein sehr übles Stück alter Routiniers und verantwortungsloser Schwätzer. Die Jugend ist zu gewinnen, und das Generationsproblem in der heute üblichen Form der Diskussion geht an den Fragen weit vorbei. Man kann aber die Jugend nicht mit einer Anhäufung von agitatorischen Redensarten, sondern nur mit Ideen und dem Durchdenken des eigenen Problems im Verhältnis zur Gesamtheit für die Politik interessieren. Diejenigen, die in der Öffentlichkeit das Wort für die Jugend nehmen, haben meist eine sehr geringe Legitimation. Wer sich der Jugend annimmt, dem wird der Erfolg eine stärkere Begründung seines Anspruchs, für die jungen Menschen zu sprechen, auch geben.

Das Bemühen, aus der Verschiedenartigkeit der Interessen der Siegerländer, die deutsche Position zu verbessern, ist ein gefährliches Spiel. So kurz nach den Exzessen des Dritten Reiches sind überall noch Ressentiments gegen Deutschland vorhanden. Es gibt wohl kein Gebiet in der Politik, auf dem nicht jedes einzelne Siegerland es vorziehen würde, sich mit dem Konkurrenten zu einigen, als die Sympathien des deutschen Volkes zu erkaufen.

Die populäre Vorstellung, daß alles vom guten Willen der Biederen abhängt und daß jetzt alle Teile des deutschen Volkes aufs engste zusammenarbeiten müßten, um ein Stück sachliche und soziale Leistung und nationale Freiheit zu erobern, ist leider oberflächlich. Die enge politische Zusammenarbeit ist nur möglich, wenn alle Beteiligten zu Opfern entschlossen sind, und diejenigen, deren wirtschaftliche Kraft am größten ist, auch gewillt sind, dementsprechend die größten Opfer zu bringen. Es ist allein die Kraft der Schultern, die die Schwere der Last bestimmen kann. Außerdem sind die Voraussetzungen der Zusammenarbeit, die in den einzelnen Aufgaben enthalten sind, auf den verschiedenen Ebenen genau zu prüfen. Je mehr Administration, desto leichter die sachliche Zusammenarbeit. Die Gemeinde und der Kommunalverband entwickeln darum die besten Chancen für diese Zusammenarbeit. Schwieriger ist das Verhältnis in den Ländern zu meistern. Doch gelingt die Lösung dieses Problems in vielen Fällen und am leichtesten dort, wo eine echte und sichere Mehrheitsbildung nur durch Zusammenarbeit der entscheidenden Fraktionen ermöglicht wird. Dabei hat sich die Entwicklung in den westdeutschen Ländern in der Art vollzogen, daß man immer mehr von einem Allparteienkabinett zu einem Versuch der Koalition kommt. Im allgemeinen wird mehr, als es für solche Situation zuträglich ist, eine zweigleisige Politik getrieben, d. h. manche Parteien versuchen, die Vorteile einer Regierungspartei mit der agitatorischen Schrankenlosigkeit einer Oppositionspartei zu verbinden. Zu einem Scheitern auf der ganzen Linie mußte das bei den Kommunisten führen, als sie bei einem Wider-

streit zwischen dem deutschen Berlin und der sowjetischen Machtpolitik gegen die deutsche Instanz Partei nahmen.

Am schwierigsten ist die Zusammenarbeit an Stellen, an denen die entscheidende Verteilung der Lasten erfolgt. Es ist kein Zufall, daß die CDU den Sozialdemokraten im Sommer 1947 das Bizonale Amt für die Wirtschaft verweigerte, das vorher als einziges in der Hand der Sozialdemokraten gewesen war. In Frankfurt ist die sozialdemokratische Fraktion im Wirtschaftsrat nicht zur Bildung einer Mehrheit nötig. Die Parteien, die in der Verteidigung des Eigentums ihre vordringlichste Aufgabe sehen, auch wenn sie im Gegensatz dazu sehr viel mit Gemeinschaftsformeln arbeiten, haben die Mehrheit und nutzen sie in jedem Fall aus. Die Rücksichtslosigkeit dieses Klassenkampfes von oben ist so groß, daß in dem letzten Jahr in keiner wichtigen Frage die Verständigung möglich gewesen wäre, ohne die Interessen der arbeitenden Massen aufzugeben und den Kampf um den Sozialismus als eine Gegenwartsaufgabe zu verleugnen. Die Sozialdemokratische Partei, die stärker als jede andere Partei an dem Fehlen der Länder der sowjetischen Zone politisch leidet, ist im Prinzip zur Zusammenarbeit bereit. Aber diese Prinzipien sind keine pathetischen Beteuerungen in einem politisch luftleeren Raum, sondern sehr konkrete Dinge des Bezahleus und des Opfernens. Zur Zeit ist die Formel der nationalen Notgemeinschaft und des Burgfriedens die Aufrechterhaltung der Ausplünderung der wenig oder nichts besitzenden Massen.

Das sind Probleme, die mit loyalen Phrasen nicht gelöst werden können. Die Gegensätzlichkeit zwischen dem sogenannten bürgerlichen Parteiensystem und der Sozialdemokratie entspringt sehr realen Gründen und ist aus den Fragen der Lebenshaltung und der Wirtschaftsgestaltung hervorgegangen. Noch immer sucht die Sozialdemokratie nach den bündnisfähigen Partnern. Es ist fraglich, ob sie vorhanden sein werden, solange der ökonomische und soziale Kern der Fragen nicht durch Neugestaltung des deutschen Parteienwesens der Lösung nähergeführt werden kann. Jede Partei ist Interessenvertretung; aber jede Partei hat auch die Verpflichtung, ihrerseits erzieherisch und aufklärend auf die Schichten zu wirken, deren Interessen sie vertritt. Die CDU, die Liberaldemokraten und die kleineren rechten Parteigeilde operieren noch immer nach der Formel „Alle Macht den Sachwertbesitzern!“ und setzen deren Interesse mit dem des deutschen Volkes gleich. Es sind die Kreise, von denen Rathenau als von dem „verantwortungslosen, von Geschäften umnebelten Großbürgertum“ gesprochen hat. Der Kampf um die Ablieferung von Lebensmitteln, die Hortung von Industriewaren, die lebensfremde freie Wirtschaft und die Preispolitik hat zu rücksichtslosen Erfolgen der Besitzzenden gegen die Wenig- oder Gar-nichts-Besitzenden geführt.

Darum ist heute nicht die aktive Politik der Kommunisten in Westdeutschland das Gefährlichste. Ihr ganzer riesiger Apparat der Zersetzung und der Propaganda stößt auf so starke Momente der Abwehr, daß sie aus eigener Kraft und selbst durch die russische Unterstützung in Westdeutschland wenig Chancen haben. In der Praxis sind die gefährlichste Fünfte Kolonne des Weltkommunismus die großen Sachwertbesitzer und ihre politische Vertretung. Deren unsoziales, unchristliches und unmenschliches Verhalten gegenüber der krassen Not schafft mehr Verbitterung und mehr Mißtrauen gegenüber den Grundsätzen der Demokratie und des Sozialismus als alles kommunistische Geschrei und alle politische Perfidie der russischen Staatspartei auf deutschem Boden. Erschwert wird die Klärung der Kampffronten noch durch ideologische Ablenkungen und Vernebelungen. Die CDU ist in ihrem heutigen Umfang die stärkste Hypothek auf der deutschen Innenpolitik. Die spezielle Abart des Begriffes der persönlichen Freiheit, mit dem sie arbeitet, existiert nicht und ist eine wenig zeitgemäße Lehre von dem isolierten und atomisierten Individuum. Mit der Heiligensprechung auch der robustesten persönlichen Interessen auf Kosten der Allgemeinheit kann man nicht operieren, denn sie geht an den realen Erscheinungen des komplizierten gesellschaftlichen Lebens vorbei. Der Exzeß des Individualismus ist das Gegenteil von Freiheit. Die vernunftlose, nicht über den Tag hinausschauende Willkür ist eine Gefahr für die Freiheit.

Spinoza hat recht, wenn er erklärt, daß mehr Freiheit im Leben nach gemeinschaftlichem Beschluß ist als in der Einsamkeit.

Die liberalistische und rein egoistische Auffassung ist ein Versuch, die Ideen des „Nachtwächterstaates“ wieder zu beleben. Wie das mit dem Gefühl der christlichen Verantwortung, der katholischen Soziallehre und der christlichen Moral in Verbindung zu bringen ist, kann sachlich nicht erklärt werden. Es ist lediglich eine Angelegenheit der robusten Ablenkungsagitation. Dabei verschleibt sich das ganze Bild in Deutschland. In den Westzonen muß jede Partei mit den ihr eigentümlichen Argumenten gegen den Kommunismus operieren und in der Zusammenarbeit mit den anderen Parteien dann die sozialen Voraussetzungen verändern, aus denen sonst die kommunistische oder nationalbolschewistische Chance erwachsen könnte. Leider haben westlich des Eisernen Vorhangs die CDU und die ihr nahestehenden Parteien den Kampf gegen den Kommunismus der Sozialdemokratie allein überlassen. Das ist nicht nur aus den besonderen Verhältnissen für die CDU und die Liberaldemokraten der Ostzone zu erklären. Dort hat man unter völliger Verkennung des Wesens des Totalitarismus und der Erfahrungen Nazideutschlands Blockpolitik getrieben, d. h. den kommunistischen Hegemonieanspruch anerkannt. Im Westen scheint stärker noch die Sorge um die Erhaltung des Besitzes das Motiv einer Politik gewesen zu sein, die alle Kräfte gegen die Sozialdemokratie konzentrierte und die Kommunisten, mit Ausnahme einiger Demonstrationsgesten, ziemlich ungeschoren läßt. Diese Auffassung entspricht dem nüchternen Kalkül, daß eine Machtergreifung der Kommunisten von den Besatzungsmächten nicht zugelassen wird. Auf der anderen Seite ist die sozialdemokratische Politik eine sehr nahe und gefährliche und wegen ihrer Legalität auch eine populäre Bedrohung des Eigentums, das Nutznießung am Dritten Reich und Kriegsglück erhalten und in seiner Bedeutung verstärkt haben. Schließlich empfinden die vom Glück Begünstigten dieses Glück noch, als persönliches Verdienst. Von den vom Unglück Betroffenen meinen die Glücklicheren, daß sie ihr Schicksal verdient hätten.

Für die Flüchtlinge und Evakulierten bemüht man sich in einer Anzahl von Ländern. Aber das Gefühl, daß wirklich alles Erdenkbare getan wird, konnte bei diesen Schichten noch nicht hervorgerufen werden. Das Mißvergnügen der vom Unglück Verfolgten ist auch berechtigt, denn die Leistungen der Allgemeinheit ihnen gegenüber sind unzureichend. Das gilt nicht nur für die materielle Seite der Dinge, das gilt für die ganze Atmosphäre des menschlichen Wertens. Die Flüchtlingsfrage muß einheitlich für den politisch erreichbaren größtmöglichen Raum geregelt werden und nicht aus einem Geiste der Mildtätigkeit, sondern aus dem Geiste der Anerkennung der Berechtigung der Ansprüche der Vertriebenen.

Diese Lähmung des menschlichen Gefühls, dieses am fremden Unglück gleichgültige Vorübergehen zeigt sich auch in der Behandlung der Kriegsgefangenenfrage. Das Echo in der deutschen Öffentlichkeit gegenüber den sozialdemokratischen Forderungen auf Herausgabe aller Kriegsgefangenen in den östlichen Ländern war viel zu matt und ist viel zu schnell erlahmt. Die tägliche Verwaltungspraxis gegenüber den Zurückkehrenden geht sehr oft dumm und gleichgültig an dem schweren Schicksal der Menschen vorüber. Hier muß alles getan werden, um die Situation zu verbessern.

Auch die Behandlung der Wiedergutmachung an den beraubten Juden zeigt viel Mattigkeit und ein Stück menschlicher Uninteressiertheit, das aus tausend Schwierigkeiten erklärt, aber in keinem Fall wirklich entschuldigend werden kann. Hier ist das Fehlen eines deutschen Initiativwillens etwas, das auf mitfühlende Menschen beschämend wirken und dem deutschen Volk in der Weltöffentlichkeit Schaden bringen muß. Blitz und Donner einer von Sowjetrußland angeordneten Enteignungsaktion scheinen den besitzenden Kreisen in Westdeutschland vorläufig keine Gefahr zu sein, weil sie sich auf die westlichen Besatzungsmächte verlassen; so bleibt, ähnlich wie in der Weimarer Republik, die Angst vor langsamen sozialen Reformaktionen, an deren Gesetzmäßigkeit kein Zweifel besteht und denen man öffentlich auch gar nicht widersprechen kann, weil die Volksmassen eine solche Gesetzgebung für sozial gerecht und gut halten. Die Angst davor, etwas abgeben

zu müssen, wird von den Großkapitalisten auf die Masse der kleinen Eigentümer agitatorisch übertragen. Diese Stimmungen sind immer am stärksten in Krisenzeiten, wenn die Profite schrumpfen und die Zukunft eine unsichere Sache wird. Bei allen Formen des Faschismus hat darum die Besitzangst eine große Rolle gespielt.

Daß ein sachliches Entgegenkommen unter Opfern und unter Schmälerung des Eigentums oft das einzige Mittel ist, um den Verlust des Ganzen zu vermeiden, leuchtet sehr vielen Besitzenden nicht ein. Der Faschismus in einer Reihe von europäischen Ländern hatte ihnen in der letzten Vergangenheit eine Möglichkeit gegeben; denn es war ihm gelungen, das Kampfferrain so zu vernebeln, daß er auf einer ganz anderen Ebene zu dem entscheidenden Ringen antreten konnte. Vom sozial Konkreten hat er die Auseinandersetzung auf das mythisch-emotionelle Gelände hinübergeschoben.

Wie die Idee des Sozialismus vom Osten her zu einer formelhaften Staatsreligion gemacht und damit entdemokratisiert und entmenschlicht worden ist, gehört es zu den Waffen des Besitzes, den Marxismus als ein feindliches Prinzip zu denunzieren. Er wird als ein verruchter Materialismus geschildert, ohne daß man sich die Mühe macht, ihn zu begreifen. Einen nur ökonomischen Marxismus gibt es wohl bei einigen Nachbetern, aber nicht bei Karl Marx. Das Gros der Gegner des Marxismus ist unvergleichlich materialistischer als die Marxisten. Den Marxismus, gegen den die Beauftragten des Großbesitzes zetern, gibt es gar nicht. Auch die Gesten eines „Neorevisionismus“ gegen den „dogmatischen Marxismus“ gehen beim demokratischen Sozialismus ins Leere. Die Abschaffung von Auswüchsen und Versteinerungen ist uns selbstverständlich. Trotz des demokratischen Sozialismus in vielen Ländern, vor allem Europas, versucht die bewußt reaktionäre Auffassung, die Demokratie für den Kapitalismus und für die Freiheit in Anspruch zu nehmen. Es wird jetzt gerade in Deutschland gegen einen Phantom-Marxismus angekämpft, den es real in Mittel- und Westeuropa nicht gibt. Schon Lenin hat 1917 in Rußland nicht den Marxismus, sondern eine sehr subjektive, auf die Eroberung der Macht ausgerichtete, für Rußland zugeschnittene Spezialart des Marxismus, verbunden mit vielen anderen revolutionären Machtideen, besonders der romanischen Länder, verkündet.

Dadurch ist die Deklassierung des Marxismus in der Polemik eingeleitet worden. Große analytische und sozialphilosophische Ideen können ihre Handhabung als Staatsreligion nicht vertragen. Was wir heute in Deutschland an wissenschaftlichem Antimarxismus sehen, ist eine Anhäufung von Ignoranz, Begriffsverwirrung und wüstem Unsinn. Gerade die Unzulänglichkeit, Falschheit und Unehrlichkeit der Argumentation gegen den Marxismus birgt die Gefahr in sich, die riesige Menge derjenigen Menschen, die im Marxismus etwas anderes sehen als die Russifizierung einer sozialen Idee und einen roten Imperialismus, abzustoßen.

Es ist hier nicht die Gelegenheit einer Untersuchung darüber, was vom Marxismus noch Geltung hat und sachlich durch andere Ideen nicht dargestellt werden kann. Der Kampf um die Demokratie und den Sozialismus verlangt von seinen Streitern kein Bekenntnis zum Marxismus; aber heute noch liefert das Arsenal eines die neuen Tatsachen neu analysierenden Marxismus unverzichtbare Waffen. Die Sozialdemokratie ist darum auch nicht auf der Suche nach einer Ersatzideologie. Eine Massenpartei könnte nur bei völliger Hintansetzung der Parteidemokratie und diktatorischer Führungsmethoden eine Methode oder eine Geschichtsauffassung zu einem System unverletzbarer Gebote machen. Ein Wort aber sei gesagt zu dem lächerlichen Geschrei der Klassenkämpfer von oben über den Klassenkampf. Daß eine solche Art von Parteitheorie schlimmste Schäden anrichten kann, sehen wir bei den Kommunisten. Jede moderne demokratische Partei muß in ihrer geistigen Ahnenreihe und in ihrer Waffensammlung verschiedene Theorien haben. Eine einheitliche Parteitheologie wäre der Tod der Freiheit. Eine in ihrem inneren Wesen nichtdemokratische Partei aber kann nicht in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft die Freiheit verwirklichen.

Wir nähern uns in Teilen Deutschlands der Situation, daß politische Auffassungen und Forderungen jetzt vor der Möglichkeit der Realisierung stehen..

In der sowjetischen Besatzungszone wird die Russifizierung des Marxismus, die über den Leninismus zum Stalinismus geht, einfach befohlen. Die eigentlichen Machthaber dieses riesigen Apparates sind sich über die vom deutschen Gesichtspunkt aus vollkommene Sinnwidrigkeit des Unternehmens durchaus im klaren. Sie wissen, wie richtig das Wort Stalins ist: „Bei einem Deutschen wirkt der Kommunismus wie der Sattel auf einer Kuh.“ Dreißig Jahre Bolschewismus haben bewiesen, daß er den europäischen Völkern fremd ist und daß es einen aufgeklärten Absolutismus in proletarischer Abwandlung nicht gibt. Immer verliert sich dann im Verlauf der jahrelangen Praxis die Aufklärung, und der Absolutismus bleibt übrig. Niemand wird härter von ihm belastet als die arbeitenden Massen, zu deren Gunsten der ganze große soziale und politische Prozeß eingeleitet worden ist. Die proletarische Terminologie in der Agitation hilft nicht darüber hinweg, daß ein extremer Obrigkeitsstaat übrig ist, der auf den Grundlagen der Unfreiheit, der Ungleichheit und der Unbrüderlichkeit errichtet ist. Demokratie aber ist in jedem Fall die tatsächliche Selbstverantwortung, Selbstführung und Selbstverwaltung des Volkes.

Die russische Staatspolitik kann auf diese Weise in das Innere Getriebe jedes anderen Landes eingreifen. Besonders wenn man die Knechtseligkeit der deutschen Kommunisten bei ihren Versuchen, den deutschen Westen — und vor allem Berlin — für die Sowjets zu erobern, sieht, wird man sich der Wahrheit des russischen Sprichwortes bewußt: „Wer einen Hund hat, braucht nicht selbst zu bellen!“

Es ist nicht nur die diametrale Gegensätzlichkeit in der Theorie, die Kommunisten und Sozialdemokraten in Europa zu den eigentlichen Gegenspielern werden läßt. Die Unmöglichkeit der praktischen Zusammenarbeit ergibt sich auch aus der Tatsache, daß nicht die eigene Erkenntnis, sondern die fremde Weisung die einzelnen Handlungen der kommunistischen Politik bestimmt. Daraus resultiert die strukturelle Unfähigkeit der Kommunisten zur Bündnistreue und jeder Form der Loyalität. Daraus kommen aber auch die permanente Parteikrise der Kommunisten und der Zwang zur dauernden Reinigung des Parteiapparates. Wir sehen diesen Vorgang in allen Ländern der Welt, und viele, die sich im Frühjahr 1946 dem Druck der Besatzungsmacht bei der Parteienvereinigung in der Ostzone gefügt haben, werden jetzt wieder Opfer dieser Parteiprinzipien.

Selbst in den Ländern Osteuropas ist die erzwungene Vereinigung zwischen Kommunisten und Sozialisten nicht so reibungslos vor sich gegangen, wie es den Anschein hatte. Fast überall haben sich die Sozialisten unter großen Opfern und Leiden gewehrt; fast in allen Fällen ist die Existenz von Renegaten, die den Zeretzungsprozeß in ihren eigenen Parteien förderten, das Ergebnis der Besatzung oder der nachbarlichen Nähe des riesigen bolschewistischen Reiches. Ein Unterschied aber ist zwischen den osteuropäischen sozialistischen Parteien und denen Mitteleuropas festzustellen. Die sozialdemokratischen Parteien in Österreich und Deutschland haben eine unvergleichbar andere Massenbasis als die sozialistischen Parteien Osteuropas und des Balkans. Aber nicht nur der Umfang der Parteien, sondern die Intensität im Leben der Völker ist eine ganz andere. Nicht die formale Existenz großer und alter Parteien wird durch die kommunistischen Versuche der Zersetzung und der Eroberung der Sozialdemokratie in Österreich und Deutschland angegriffen. In diesen beiden Ländern ist die Sozialdemokratie ein Stück der gesellschaftlichen und geistigen Existenz der Völker, ist aus dem Leben der Nationen nicht wegzudenken. Daß man von seiten Sowjetrußlands den eigenen Parteikatechismus hier anzuwenden versucht hat, kann immer nur eine Verstärkung der Abwehr hervorrufen. Hier gibt es keine wirksamen ideologischen Hilfskonstruktionen. Wenn man in allen Ländern den Nationalismus als Hilfsmotor für den Kommunismus ankurbelte, so hat das in Deutschland andere Konsequenzen. Schließlich sieht man ja, daß die Aufstachelung des Nationalismus in der ganzen Welt ausschließlich mit der Propagierung des Deutschenhasses, der Notwendigkeit, Deutschland zu bestrafen, und der angeblichen Zurückgebliebenheit der deutschen Kultur begründet wird. Mit dem Panlawismus, der von Lenin noch als reaktionär

strikt abgelehnt worden ist und den selbst der Zarismus mit einer gewissen Vorsicht handhabte, verwehrt sich der Bolschewismus selbst ein Eindringen in das nicht-slawische Mitteleuropa. Die Lehre von der Souveränität der Völker wird von ihren sowjetischen Predigern alle Tage als sinnlose Floskel enthüllt. Die ganzen Agitationsvokabeln, wie „nationale Souveränität“ und „Fortschritt“, werden im mittleren und westlichen Europa nicht als zukunftsweisende Ideen empfunden. In Deutschland hat man sie in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gewiß als ganz modern und interessant empfunden, aber seit dieser Zeit ist die Entwicklung fortgeschritten, und die Verkündung solcher Parolen wird als äußerste Fremdheit empfunden.

Der Versuch, mit deutschen nationalen Formeln die politische Eroberung oder wenigstens die ökonomische Kontrolle Westdeutschlands durchzusetzen, hat sich am klarsten in der Forderung nach der „nationalen Repräsentation“ ausgedrückt. Inzwischen ist klargeworden, daß eine solche nationale Repräsentation nur in der Form des Volkskongresses, d. h. der kommunistischen Majorität, möglich war. Als man auf sowjetischer Seite erkannte, daß diese taktische Zweckinstitution für die Verbesserung der russischen Position gegenüber den anderen Siegermächten nicht durchsetzbar war, ist das Interesse auch schnell erlahmt. Die russische Praxis hatte sich ja auch die ganze Zeit hindurch gegen jede wirkliche Realisierung der deutschen Einheit gewandt. Mit allen Mitteln hatte sie die Separierung der östlichen Besatzungszone durchgesetzt und den freien Verkehr der Menschen, Ideen und Güter unmöglich gemacht. In der russischen Politik gegenüber dem deutschen Volke steckte der Wunsch nach der Eroberung Deutschlands für Rußland unter den politischen Voraussetzungen, wie sie in der Ostzone herrschen. Der Mangel des guten Willens Rußlands, sich mit den anderen Siegermächten über die deutsche Einheit zu verständigen, ist der Grund der jetzigen Aufteilung Deutschlands. Daß dabei die Vertrauensseligkeit und innere Uninteressiertheit der westlichen Alliierten die heutige Situation der tatsächlichen Teilung hat schaffen helfen, wird von den Westmächten nicht mehr geleugnet.

Für ganz Europa gilt die Erkenntnis, daß sich dieser Kontinent allein nicht mehr in absehbarer Zeit aus der Stagnation herausarbeiten kann. Zwar haben die meisten Länder Europas die industrielle Produktion der Vorkriegsjahre überschritten, während die Westzonen vor der Währungsreform nur vierzig Prozent dieser Produktion erreicht hatten. Wenn die Produktionszahlen der Ostzone höher wären, dann deswegen, weil Rußland das von ihm besetzte Gebiet in außerordentlich hohem Maße für Reparationen aus der laufenden Produktion in Anspruch nahm. Die Währungsreform hat in den Westzonen die Produktionsergebnisse gesteigert. Aber das, was der Westen erzeugen könnte, schafft er aus mehreren Gründen nicht.

Die Demontage ist die direkte Verleugnung des Marshallplans. Nur in den wenigsten Fällen wird ein demontierter Betrieb in ausreichend kurzer Zeit entsprechende Leistungen an dem Ort seiner neuen Wirksamkeit zeigen. Die Menschen in Deutschland sind gerade in den Industriegebieten durch die Zerstörung des Wohnraums unbeweglich geworden. Dazu kommt, daß man nicht einen hoffnungsvollen Anfang mit der Inanspruchnahme der ältesten und bösesten Mittel einleiten kann. Mehr als vierzig Monate nach der bedingungslosen Kapitulation hat die Ungewißheit, ob die industriellen Anlagen erhalten bleiben oder nicht, bereits genug volkswirtschaftlichen Schaden und lähmende Passivität gezettigt. Wir hatten gelegentlich unserer Amerikareise feststellen können, daß nicht nur die Gewerkschaften, vor allem die American Federation of Labor, diese Seite des deutschen Problems zu würdigen wußten, sondern auch weiterschauende Unternehmer, die die Unvereinbarkeit von Demontagen und Marshallplan erkannt hatten. Deutschland, als Ganzes gesehen, hat unendlich viel mehr Reparationen geleistet, als irgendeine fremde Aufstellung zuzugeben bereit ist. Auf der Konvention der American Federation of Labor hat ihr Präsident, Mr. William Green, die Thesen der deutschen Sozialdemokratie in der Behandlung der europäischen und deutschen Frage ausdrücklich als mit den Zielen der American Federation of Labor übereinstimmend

erklärt. Auch bei der CIO macht sich eine starke Wendung zu einem demokratischen Interesse in einem geordneten Europa geltend.

Dazu kommt, daß der deutsche Export zum großen Teil aus den Rohstoffen Kohle, Holz und Schrott besteht. Selbst wenn dieser Export zu Weltmarktpreisen bezahlt werden würde, kann er der wirtschaftlichen Erholung nicht dienen. Was wir brauchen, ist der Export von Waren, in denen Arbeitszeit und Arbeitsqualität repräsentiert sind. Den Kampf um den Veredelungslohn können wir niemand gegenüber aufgeben. Nur damit können wir Rohstoff- und Lebensmittelimporte erfolgreich bezahlen. Schließlich ist die bürokratische und viele Nachteile bringende Praxis der JEIA etwas, das die notwendigen Exporte beeinträchtigt.

Als die USA mit dem Marshallplan an Europa herantraten, verlangten sie von den Ländern dieses Erdteils einen gemeinsamen wirtschaftlichen Plan. Es wird schwer sein, im Rahmen von weltweiter Planwirtschaft im eigenen Lande mit den Grundsätzen eines verstaubten Wirtschaftsliberalismus zu arbeiten. Schließlich ist ja der deutsche Kapitalismus nicht so sehr das Ergebnis der überragenden Tüchtigkeit einer nach oben drängenden Schicht als vielmehr der Förderung kapitalistischer Unternehmungen durch den Staat, der selbst das Risiko vieler Investitionen in Preußen-Deutschland auf sich nahm. Selbst nach der erzwungenen Ablehnung des Marshallplans durch die Satellitenstaaten Rußlands sind die Meinungen in Europa weitgehend nationalwirtschaftlich bedingt. In so manchem Lande geht man an der Tatsache vorbei, daß eine positive nationale Zahlungsbilanz auf die Dauer nicht erhalten werden kann, wenn andere Teile Europas in ihren wirtschaftlichen Bemühungen erfolglos sind. Einige europäische Länder haben 1947 tatsächlich gemeint, die Aufforderung zur Mitarbeit an einem gemeinsamen europäischen Plan mit der Begründung ablehnen zu können, daß sie für „free enterprise“ seien.

Die europäische Situation ist mit wenigen Strichen zu kennzeichnen. Europa selbst ist zum großen Teil kriegszerstört und verarmt. Asien ist zerrüttet. Die Schwierigkeiten der Handelsbeziehungen mit Osteuropa sind sehr ernst, und die USA werden kaum ein europäisches Land im Rahmen des ERP daran hindern, Handelsbeziehungen mit Osteuropa einzugehen. Die Sozialisten sind in vielen Ländern des Marshallplan-Bereiches Regierungsparteien. Aber auf die Dauer können sie dem arbeitenden Volke im Rahmen von Nationalstaaten wenig bieten, wenn es vorläufig auch in zwei oder drei kleineren Ländern noch anders aussieht. Eine Voraussetzung des wirtschaftlichen Kräfteausgleichs und der dauerhaften Erholung ist die Vereinheitlichung Europas zu einem großen inneren Markt. Dieses Ziel, verbunden mit der Schaffung eines gemeinsamen Dollar-Pools, wird angestreut werden müssen. In vier Jahren muß die europäische Industrie in allen ihren Teilen modernisiert und leistungsfähig sein. Der Wettlauf der Länder kann nicht auf Kosten einzelner Länder ausgetragen werden. Die Massierung der Produktionsmittel an bestimmten Stellen Europas bestimmt auch ihre Produktionsweise. Dabei können nur der ökonomische Erfolg und das gleiche Recht für alle maßgebend sein. Es geht nicht mehr darum, ein Volk und eine Wirtschaft als Objekt anderer Staatssubjekte zu behandeln. Es geht nur um die ökonomische Neuordnung Europas ohne jedes Ressentiment. Die europäischen Völker müssen miteinander denken und arbeiten und nicht gegeneinander. Wenn sie dieses Ziel erreichen, gefährden sie schon während der Dauer des Marshallplans die Regelmäßigkeit und Höhe der Zuwendungen. Nach Ablauf der Planzeit aber muß die europäische Wirtschaft in jedem Lande in einer Verfassung sein, daß sie auch ohne amerikanische Kredithilfe weiter existieren kann. Wir in Deutschland haben in der Geschichte der Weimarer Republik eine besondere Lehre erhalten. Nachdem die Demokratie durch die Inflation stark angeschlagen war, hat sie sich in der Periode der amerikanischen Kredite wieder erholt. Als aber in der großen Wirtschaftskrise der Zeitpunkt kam, an dem die USA nicht mehr willens und in der Lage waren, Schwächeerscheinungen der deutschen Wirtschaft durch Kredithilfen auszugleichen, wurde nicht nur das soziale Wohlergehen erschüttert, sondern auch der Prozeß der Faschisierung gefördert. Am Schluß dieser Entwicklung stand das Dritte Reich.

Stärker als jede andere Form des gesellschaftlichen und politischen Zusammen-

lebens ist die Demokratie vom Wohlergehen der Menschen abhängig. Darum wird das Funktionieren der deutschen Wirtschaft entscheidend sein für das, was politisch auf deutschem Boden sich entwickelt. Einer der größten Mängel ist der Mangel an Aufrichtigkeit und Redlichkeit. Oft freilich ist es auch nur eine Schwäche des Erkenntnisvermögens. Es ist nicht böser Wille bei allen Beteiligten, wenn die CDU verkündet: „Die große Stunde des christlichen Gewissens hat geschlagen!“ und dann die Diktatur der großen Sachwertbesitzer durchführt. Die Beteiligten glauben eben noch an die Heilbarkeit der politischen, konfessionellen und sozialen Krise in dieser provisorischen Massenorganisation. Es wird aber für die deutsche Politik eine Notwendigkeit, daß das, was sich im Sinne der Reaktion betätigen will, sich auch als Rechtspartei etabliert. Es ist eine schwere Hypothek auf unserer politischen Entwicklung, daß die CDU in ihrer Frankfurter Praxis eine starre Rechtspartei ist und in ihrer Sprache sich als soziale Mittelpartei aufführt. Die alte Situation, daß sich ein linker Flügel des früheren Zentrums eigentlich immer dann am stärksten bemerkbar machte, wenn es galt, den Einbruch der Sozialdemokratie abzuwehren, vergrößert die Gefahren. Der heutige Zustand der Verfaulung weiter Teile der besitzenden Klassen darf nicht in den Mittelstand, den Kleinbesitz und die Arbeiterklasse hineinprojiziert werden. Man kann „Retter des Abendlandes“ nicht im Kampf gegen die SPD werden. Ja, man kann die kommunistische Gefahr nur durch einen höheren Grad sozialer Gerechtigkeit aufheben.

Die CDU in Deutschland ist nicht von den deutschen Verhältnissen aus allein zu erklären. Nach dem Kriege haben sich in einer Reihe von Ländern die früheren klerikalen Parteien eine breitere Basis durch Betonung des guten Willens zur sozialen Gerechtigkeit zu verschaffen verstanden. Nicht überall ist es gelungen, die Anfangserfolge zu bewahren. Aber in den anderen Ländern war die Belastung durch den Besitzfanatismus nicht so groß wie in Westdeutschland. Immerhin zeigt schon das Beispiel Einaudi in Italien, welche Gefahren sich daraus ergeben können, daß Tempo und Intensität der sozialen Reform nicht energisch genug sind. Und das andere Beispiel, Reynaud in Frankreich, ist eine sehr eindringliche Lehre. Die Entwicklung des deutschen Parteiensystems ist noch nicht zu Ende. Und in vieler Hinsicht schleppen die Parteien rechts von der Sozialdemokratie die für das Dritte Reich typischen Denkbilder und Wertvorstellungen mit sich.

Im Jahre 1948 hat man speziell in Westdeutschland der Bevölkerung von selten der Siegermächte gewisse Möglichkeiten gegeben, ihre politischen und wirtschaftspolitischen Verhältnisse auszudrücken. Die parallelen Aktionen in der Ostzone können zum Vergleich deswegen nicht herangezogen werden, weil sie völlig im Zeichen des Kommandos und der Diktatur stehen und bei ihnen jede deutsche demokratische Fundamentierung fehlt. Ein Ereignis von größter Bedeutung ist die Währungsreform. Sie ist das Werk der angelsächsischen Besatzungsmächte, vor allem der Amerikaner. Die deutsche Mithilfe hat sich auf den finanztechnischen Komplex beschränkt. Daß die Angelsachsen aber den radikalen Schritt der Währungsreform taten, ohne zugleich das Problem der Lastenverteilung zu gestalten oder wenigstens auf das richtige Gleis zu setzen, ist auch schon ein Stück Politik, und zwar eine, wenn vielleicht auch nicht bewußte, Parteinahme zugunsten des Großbesitzes. Bei den Auseinandersetzungen der deutschen Kräfte über den Lastenausgleich gaben sich die großen Eigentümer und ihre politischen Beauftragten die Möglichkeit, ihr wirtschaftliches Übergewicht als politische Kraft zur Geltung zu bringen.

Nach 1945 gab es die Möglichkeit, in Deutschland einen neuen Abschnitt der Politik zu beginnen. Die ersten Tage nach der Währungsreform haben dann bewiesen, daß das Verhalten vieler Sachwertbesitzer über alle Erwartungen der schlimmsten Pessimisten hinausging. Der Umfang der gehorteten Waren und Rohstoffe ist auch heute noch eine unbekannte Größe. Der Verbraucher und der Verkäufer der Ware Arbeitskraft gegen Papiermark steht nun in der Tiefe zwischen den beiden mächtigen Erhebungen der Agrarpreise und der Preise für Industrieprodukte. Er muß sich sagen lassen, daß es eine sachliche Notwendigkeit und eine durchaus moralische Angelegenheit gewesen sei, wenn die Eigentümer diese guten

Güter nicht gegen schlechtes Geld hergegeben hätten. Die deutsche Volkswirtschaft hätte sich von ihren Warenpolstern durchaus nicht zu entblößen brauchen, wenn sie vor der Währungsreform wenigstens einen Teil der zurückgehaltenen Waren in der jüngsten Vergangenheit den immer mehr verelendeten Schichten der vom Kriege am härtesten Betroffenen überlassen hätte. Unsägliches Elend wäre vermieden worden. Viel zu wenig wird in der deutschen Diskussion darauf hingewiesen, daß in den Tagen nach der Währungsreform viele Waren in einem Umfang und in einer Qualität in Deutschland zum Vorschein kamen, die in vielen Siegerländern in dieser Menge nicht vorhanden sind. Man könnte sich eine große Diskussion ersparen, wenn man die Eindrücke der ausländischen Presse hierzu wiedergegeben hätte. Denn schließlich ist es ja die unsagbare Not von Millionen von Deutschen gewesen, die über den Rahmen des Üblichen auch Hilferufe an das Ausland veranlaßt hatte. Dasselbe Ausland aber, das den Warenreichtum vieler Produzentschichten in den Tagen der Währungsreform bewundern konnte, hatte — zum Teil sogar unter ausgesprochenen Opfern — den hungernden Massen in Deutschland Hilfe geleistet, eine Hilfe, zu der die besitzenden Kreise in Deutschland doch wohl in erster Linie verpflichtet gewesen wären. Kein nationales Bramarbasieren, keine dieser grauenhaften trivialen Sachverständigenschwätzerereien kann über diese beschämende und schädliche Tatsache hinweghelfen. Diese wichtiguerischen, Redensarten, wie „Auspendeln der Preise“ oder „sozialverpflichtete Marktwirtschaft“, sind volkswirtschaftlich der bare Unsinn und haben keinerlei Beweiskraft.

Auf die Hortung der Waren ist eine kurze Periode der Hortung des Geldes durch den Warenverkauf gefolgt. Wenn aber Optimisten meinten, daß die Verbraucher jetzt imstande seien, die Güterbarrikade zu erstürmen, so sahen sie sich bald getäuscht. In dem Augenblick, in dem die Sachwertbesitzer geldlich liquide genug waren, machten sie eine Politik zur Warenzurückhaltung, der Verarbeitung der Rohstoffe unter dem Gesichtspunkt ihres persönlichen Profits und der Monopolpreise. Unter der Fahne der freien Wirtschaft ist die Anarchie der Beutemacher etabliert worden. Ein Egoismus, der alle Bindungen und volkswirtschaftlichen Zusammenhänge verkennt und ignoriert, ist zum maßgebenden Faktor geworden. So ist das individuelle Gutdünken der Nutznießer des Dritten Reiches das oberste volkswirtschaftliche Gesetz in Deutschland. Daß damit die Währung gefährdet und neue inflatorische Tendenzen geweckt worden sind, interessiert die Profiteure der Situation kaum. Die deutschen Arbeiter sind unter den großen Völkern des europäischen Kontinents die einzigen gewesen, die die Neigung zum Faschismus nicht durch eine Neigung zum Kommunismus abgelöst haben. Sie haben sich nicht einmal durch die verlockende Parole vieler osteuropäischer Sozialisten täuschen lassen, durch eine vorübergehende Suspendierung der Demokratie den Vorteil des Überspringens einer historischen Epoche zu ermöglichen. Sie sind fest auf dem Boden der Demokratie geblieben. Wenn aber die Vereinigung des Unverständnisses der Siegermächte mit der hemmungslosen Verdienereut der deutschen Unternehmer soziale Erfolge der deutschen Sozialdemokratie unmöglich macht oder doch unerträglich hinauszögert, dann werden die gefährlichen weißen Flecke auf der politischen Landkarte Deutschlands größer. Dann kommen Chancen für den Kommunismus oder irgendeine Form des Neofaschismus, der in allen seinen möglichen Spielarten auch mit Sowjetrußland zusammenhängt. Jetzt sind noch alle diese Strömungen vor allem durch den Kampf der deutschen Sozialdemokratie, soweit innerdeutsche Faktoren in Frage kommen, gezwungen, zurückzuweichen. Mit der heutigen Interessenpolitik kann es auch nicht gelingen, einen genügend großen Teil des Mittelstandes und des Kleinbauerntums mit den Arbeitern und Intellektuellen zu alifizieren; an Stelle einer Chance für den demokratischen Sozialismus erfolgt dann eine Stärkung der autoritären Tendenzen.

Man kann keine erfolgreiche und sozial ausgleichende Wirtschaftspolitik machen, wenn man unter den heutigen Voraussetzungen das Geld als den einzig gültigen Bezugschein auf die Ware hinstellt und zu gleicher Zeit die Warenverwertung hemmungslosen Egoisten überläßt. Die fiktive Souveränität der Konsumenten droht dann durch die reale Souveränität der Sachwertbesitzer überspielt zu werden.

Die deutsche Sozialdemokratie hat die Pflicht, alle ihre Kräfte auf diesen Punkt zu konzentrieren. Auch die Gewerkschaften kommen jetzt in eine entscheidende Periode. Sie sehen jetzt den Gegner vor sich. Der große Besitz wäre zum mindesten sehr leichtfertig, wenn er hoffen würde, durch eine erste Periode einer weitgehenden Enteignung der Kaufkraft der Konsumenten und einer Senkung des Nominaleinkommens seine Positionen zu verbessern. Die Gewerkschaften haben auch nach der Inflation in der Weimarer Republik von 1924 bis 1928 die Löhne zu verdoppeln verstanden. Diesmal werden die Kämpfe voraussichtlich noch erheblich härter, weil notwendiger werden.

Der kurze Traum von den Möglichkeiten der freien Wirtschaft nähert sich seinem Ende. Die Landwirte und der kaufmännische und gewerbliche Mittelstand werden bereits recht unruhig und müssen von den Wirtschaftsmandarinen mit der Hoffnung auf Erhöhung der Preise vertröstet werden. Darüber haben die bisherigen eklatanten Mißerfolge der Frankfurter freien Wirtschaft schon Klarheit geschaffen. Die ganze antiquierte Theorie, daß die freie Wirtschaft von selbst ein ökonomisches und soziales Optimum schaffen würde, ist im Wanken. Daß zur gleichen Zeit die Vorteile einer gebundenen Wirtschaft in Sachen Kartoffelpreise und Bewirtschaftung der Arbeitskraft in Anspruch genommen werden, ist den Frankfurter Zauberlehrlingen selbstverständlich. Sie hoffen immer noch, daß sich aus unerforschlichen Gründen die Preise in die gewünschte Relation einordnen werden. Die Massen werden nicht begreifen, daß die notwendige Kapitalbildung auf ihrem Rücken erfolgen soll. Sie werden dafür kämpfen, daß das Sparen des kleinen Mannes ein besseres Fundament der Volkswirtschaft ist und daß es politische und gewerkschaftliche Kampfmittel zur Erhöhung des realen Lohnes gibt. Es ist geradezu trostlos, wenn die CDU in der britischen Zone sich ausdrücklich zu einem extremen Wirtschaftsliberalismus bekennt, der sich weder mit dem Christentum noch mit der katholischen Soziallehre vereinigen läßt.

Die Wirtschaftspolitik der großen und reichen Länder geht überall darauf hin, die Kontrolle der Preise zu erhalten oder wieder einzuführen. Nur in dem ärmsten Lande, das auf Hilfe von allen Seiten angewiesen ist, pflegt man den Wahn, daß die freie Wirtschaft auch eine Senkung der Preise mit sich bringen würde. Die Erfahrungen verschiedener Arten von Währungsreformen in einer ganzen Anzahl von europäischen Ländern wird ignoriert. Es ist kein Zufall, wenn der Präsident der Hamburger Handelskammer, der selber ein Mann der freien Wirtschaft ist, der aber die Dinge aus eigener Praxis kennt, eine Vollversammlung ansetzte und gegen die „wirtschaftlichen Freibeuter“ zu Felde zog. Der Sinn seiner Ausführungen ist einfach der, daß die Preise das Ergebnis einer sorgfältigen und scharfen Kalkulation und nicht einer robusten Konjunkturausnutzung und Profitjägererei sein dürfen. Das Schlimme in Deutschland ist eben, daß man von der Seite der Warenbesitzer noch gar nicht den Versuch unternommen hat, die Schere zwischen Löhnen und Preisen von der Seite der Preise her zuzudrücken. Es ist nun einmal nicht möglich, die Kredite durch überhöhte Preise zu schaffen. Das Preiswuchergesetz, mit dem man in Frankfurt die Dinge regulieren will, ist eine Farce. Es enthält dem Richter die konkreten Tatbestandsmerkmale vor, mit denen er operieren kann, und gibt der Justiz eine Aufgabe, die ihr fremd ist und mit der sie nicht fertig werden kann.

Die Sozialdemokratische Partei geht in diese Auseinandersetzung mit einem positiven Programm. Produktion und Kreditversorgung müssen geplant werden unter dem Gesichtspunkt der Versorgung der notleidenden Massen mit den lebensnotwendigen Gütern, einschließlich des Hausrats, der Möbel und des Hausbaues.

Wir haben Millionen, denen das Allernotwendigste fehlt. Die Vertriebenen, die Ausgebombten, die Kriegsbeschädigten, die Lohn- und Gehaltsempfänger und der akademische Nachwuchs können nicht vertröstet werden. Als wir in Amerika um Hilfe für das deutsche Volk sprachen, haben wir immer darauf aufmerksam gemacht, daß die Schnelligkeit und die Konzentration auf ganz konkret erkennbare Dinge entscheidend sind. Die Größe der Vernichtung des deutschen Nationalvermögens ist uns bekannt. Wir wollen keine jammervolle Philosophie der Konkurs-

quote, bei der der früher sehr Reiche noch Beträchtliches bekommt, während der Arme fast leer ausgeht. Der Umfang der Anerkennung der Ansprüche, die dann erst in einer Reihe von Jahrzehnten allmählich realisiert werden könnten, ist nicht das entscheidende Zeichen von einem guten Willen, zu helfen und wiederaufzurichten. Die Praxis gegenüber den Fragen von heute ist das Moment, an dem sich die Geister scheiden. Der Grad der Hilfsbedürftigkeit und die produktive Arbeitsleistung müssen das bestimmende Moment für den Bezug von Waren sein. Eine Wirtschaft der rücksichtslosen Konjunkturausnutzung, verbunden mit den Versuchen, sogar den Marshallplan zur Bereicherung der deutschen Unternehmer auszunutzen, ist moralisch und politisch das Gefährlichste, was sich im Herzen unseres Kontinents entwickeln könnte.

Zur gleichen Zeit, in der sich seit 1945 zum zweiten Male die Ungerechtigkeit durchzusetzen droht, wird in Westdeutschland auf Anordnung der Alliierten der Verwaltungsapparat mit der Tendenz der Entwicklung zum Staate hin reorganisiert. Das Recht für die Deutschen, dabei mitzuwirken und ihren Willen politisch auszudrücken, steht in der öffentlichen Diskussion im Vordergrund. Nun ist es schon seit längerer Zeit so, daß der tatsächliche Einfluß und die formale Verantwortung deutscher Stellen nicht mehr übereinstimmen. Die effektive Freiheit ist in Westdeutschland neben der wichtigen Freiheit der politischen Willensbildung und der Kritik hauptsächlich die Freiheit, zu verdienen und Profite zu machen, in Ostdeutschland aber die Freiheit, unbeschränkt Reparationen aus der laufenden Produktion an die Sowjets zu zahlen. Die politisch-staatsrechtlichen Elemente der Freiheit sind in Westdeutschland durch ein intensiveres Verfassungsleben der Länder bisher gegeben gewesen. Aber eine rechtliche Sicherheit gegenüber den Alliierten existiert auch hier nicht: Uneingeschränkt geht Besatzungsrecht jedem anderen öffentlichen Recht in Deutschland vor. Wenn auch die demokratische Tradition der westlichen Sieger die Brutalität östlicher Anordnungen nicht zuläßt, so darf niemals vergessen werden, daß bis jetzt eine rechtliche Normung der Kompetenzen für Alliierte und für deutsche Stellen, die beide Teile verbindend verpflichtet, nicht gegeben ist.

Die Entwicklung ist im Fluß, und ein Provisorium löst das andere ab. Jede Argumentation, die heute richtig ist, kann morgen überholt sein. Aber man darf nicht vergessen, daß Freiheit sich nur entwickeln und erhalten läßt, wenn sie sich nicht nur auf das Individuum, sondern auch auf die Nation erstreckt. Wenn man gegenüber dem östlichen Totalitarismus das Banner der Freiheit aufpflanzt, so soll man sich dessen erinnern, daß man auch politisch auf die Dauer für die Freiheit nur kämpfen kann, wenn man selbst die Freiheit hat. Die Atmosphäre der Bevormundungen, Demontagen, Reparationen und Grenzberichtigungen gerade in dem Zeitpunkt der Gefährdung der nationalen Einheit ist gefährlich. Gewiß sind in dieser Hinsicht die Unterschiede zwischen der westlichen und der östlichen Besatzung groß, aber sie reichen nicht für einen machtvollen, das Volk begeisternden Start. Die außergewöhnliche Tatsache, daß das deutsche Volk seine Einheit auf jedem Gebiete mindestens für eine Episode zu verlieren droht, muß auch die Stärke der Kampfmittel bestimmen. Die magnetische Kraft des Westens soll auf den Osten Deutschlands und auf die östlichen und südöstlichen Länder überhaupt anziehend wirken. Das ist eine Meinung, die die Sozialdemokratie im Mai 1947 offiziell auf einer Tagung in Frankfurt zu ihrer Grundlage gemacht und dabei Berlin in die Zusammenarbeit mit dem Westen hineinzuziehen versucht hat.

Sieger sind erklärlicherweise mächtiger als Besiegte. Ob sie aber in jedem Fall ihre politischen Operationen klüger anlegen, scheint uns zweifelhaft. Ende 1947 und Anfang 1948 hat man bei der Errichtung und Festigung des für die Westzonen maßgeblichen Frankfurter Gebäudes die merkwürdigsten Dinge erlebt. Alle möglichen unrichtigen Meldungen über die Kooperation zwischen CDU und SPD mit dem Ziel der Schaffung eines Weststaates sind da durch die ausländische und die deutsche Presse gegangen. Die Sozialdemokratie ist von diesen Methoden, einfach überfahren zu werden, peinlich berührt. Sowjetrußland hat seine Zone vom übrigen Deutschland separiert und hält noch an dem Versuch fest, die heutige

Verwaltungsgrenze gegenüber Polen als definitive Staatsgrenze durchzusetzen. Die inneren deutschen Kräfte sind nicht stark genug, die Anerkennung der Welt für eine entgegengesetzte Politik zu erreichen. Wenn als Antwort darauf eine politische und administrative Reorganisation Westdeutschlands erfolgen soll, dann sind die Träger dieser Haltung die Westmächte, die die Entwicklung bis zu diesem Punkt haben gedeihen lassen. Uns ist speziell von amerikanischer Seite und einem Teil der ihr verpflichteten deutschen Lizenzpresse sehr viel erzählt worden über den Mangel an Mut zur Verantwortung bei den deutschen Politikern und unsere angebliche Angst vor den Russen und den Kommunisten. Wir brauchen uns da nicht zu rechtfertigen, denn wir haben uns bei der Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus erst gar nicht die Handschuhe auszuziehen brauchen, denn wir haben bei diesen Kämpfen niemals Handschuhe gehabt. Wir waren vor allen anderen politischen Faktoren für eine praktische und sachliche Reorganisation des ökonomischen und administrativen Aufbaues in Westdeutschland als Grundlage für eine politisch zu erkämpfende deutsche Einheit. Oft genug haben wir Vorwürfe wegen der deutschen Neigung zu Theorie und Dogmatismus hören müssen. Aber bei der Konstruktion des westdeutschen Wirtschaftsraumes haben wir bei den Siegermächten ein Übermaß von theoretischen Neigungen festgestellt. Ob es sich um die Perioden der Verhandlungen in Frankfurt, in Koblenz, in Rüdelsheim, Herrenchiemsee und jetzt in Bonn handelt, immer hat man von uns verlangt, zuerst einmal staatsrechtliche Konstruktionen zu schaffen, die zum großen Teil für das Funktionieren nicht nötig sind und die bei ihrer Realisierung dem östlichen Totalitarismus Trümper in die Hand spielen. Die Deutschen können nur genau so viel Verantwortung übernehmen, als man ihnen an tatsächlichem Einfluß überläßt. Übrigens sollte man auch auf seiten der Okkupationsmächte niemals vergessen, daß die Deutschen, soweit sie etwas auf sich halten, nicht mehr Vertrauen zu den Besatzungsmächten haben, als diese den entsprechenden deutschen Faktoren gegenüber zeigen.

Die Arbeit an der Organisation Westdeutschlands ist außerordentlich erschwert worden durch die Tatsache, daß die öffentliche Diskussion der Prinzipien und die einzelnen zu empfehlenden praktischen Maßnahmen immer auf der Grundlage begannen, daß die maßgebenden Männer der Okkupationsmächte ihre Thesen verkündeten und dann irgendwelchen deutschen Stellen, meist den Repräsentanten der Länder, in überstürztem Tempo Äußerungen dazu abverlangten. Dabei ist man von alliierter Seite immer von der Meinung ausgegangen, daß sich die deutschen Repräsentanten in der Hauptsache den Eröffnungen der Alliierten anzuschließen hätten. In keinem Fall hat man mit entsprechenden Persönlichkeiten des deutschen öffentlichen Lebens die Dinge besprochen, bevor man sie der Öffentlichkeit übergab.

Das geteilte Deutschland ist ein Zustand, der aus dem Zwang der Verhältnisse der Sieger untereinander entstanden ist. Es gibt kein westdeutsches und kein ostdeutsches Staatsvolk. Die Institutionen von Frankfurt sind die westliche Antwort auf die politischen Manöver Sowjetrußlands in der Ostzone. Man kann von den Deutschen nicht verlangen, das auszusprechen, was die Sieger selbst zu sagen politisch nicht wagen.

Die absolute Klärung der Verantwortung ist notwendig. Es handelt sich von deutscher Seite ja nicht um die Verweigerung der Mitarbeit oder um ein Ausweichen. Es ist aber notwendig, die Verantwortung für jede Aktion klarzustellen. Die Sozialdemokratische Partei hat nach dem Mißsag der Londoner Verhandlungen damit fest gerechnet, daß unbeschadet der Maßnahmen in Westdeutschland und in Berlin die vier großen Siegermächte nicht in der Atmosphäre des Scheiterns der Londoner Konferenz stehenbleiben würden. Wir haben auf neue Zusammenkünfte der Okkupationsmächte mit dem Ziel der Regelung der deutschen Frage im Rahmen einer möglichst friedlichen Verteilung der Macht in der Welt überhaupt gerechnet. Schließlich ist ja auch für die Einsichtsvollsten und Hilfsbereitesten unter den Siegermächten die deutsche Frage eine Angelegenheit, deren Regelung nicht den Deutschen zuliebe vorgenommen wird. Es handelt sich um ein Stück Machtverteilung der Okkupationsmächte, das sich auf deutschem Boden abspielt,

aber nicht um eine Neuschaffung Deutschlands der Deutschen willen. Darum sollten unserer Meinung nach der Osten und der Westen die Verantwortung auch sichtbar dafür tragen, was sie wollen und was sie tun. Da es möglich ist, dabei aus den verschiedensten Gründen die Dinge schlechter oder besser für das deutsche Volk zu gestalten, werden die deutschen politischen Faktoren auch stets zur Mitarbeit bereit sein. Sie dürfen aber nicht mit Elan etwas als Endgültiges deklarieren, was die Mächtigen selbst nur als Zwischenlösung empfinden und woran sie sich nicht gebunden fühlen.

Worum es in Deutschland geht, das sind Dinge der Praxis, der Organisation für die Erstarbung der Wirtschaft und für die Durchführung des Marshallplans. Die einzelnen deutschen Länder haben nicht die Möglichkeiten dazu, und die Verlagerung der beschiedenen Kompetenz an die Länder würde Deutschland bei der Reorganisation seiner Wirtschaft ökonomisch fast funktionsunfähig machen und es noch weiter gegenüber anderen europäischen Ländern benachteiligen.

Daß die Ministerpräsidenten den Parlamentarischen Rat vorbereiten sollten und die Abgeordneten von den Landtagen delegiert worden sind, ist lediglich eine Angelegenheit der Praxis und bedeutet nicht die Ableitung im Sinne einer historisch-politischen Ahnenreihe. Es ist mit diesen Aktionen ein Stück Technik bei der Regulierung der Fragen vorhanden, aber nicht eine verpflichtende Vorwegnahme in der Betrachtung der Dinge. Bei der Konferenz in Herrenchlemsee und bei der Einberufung des Parlamentarischen Rates nach Bonn geht es nicht um Bejahung oder Verwertung staatsrechtlicher Prinzipien. Herrenchlemsee sollte eine Erleichterung für Bonn sein und hat nichts Verpflichtendes weder nach seiner Quelle, noch seinen Methoden, noch seinem Ergebnis.

Wenn der Parlamentarische Rat in Bonn eine Satzung zu schaffen in der Lage ist, so entsteht dort das Ergebnis der Arbeit originär. Der Parlamentarische Rat ist der einzige Rechtsschöpfer. Er bedarf keiner Assistenz durch irgendeine andere Instanz, seien es deutsche Länder, seien es die Alliierten. Die Okkupationsmächte sind nachpolitisch in der Lage, das Produkt der Bonner Arbeit zu verwerfen oder anzunehmen. Aber über die ewigen Prinzipien hinaus, die als Resultat der Londoner Besprechungen Auflagen für die deutsche staatsrechtliche Arbeit sind, gibt es keine zwingenden Auflagen.

Um gleich historische Belastungen abzuwehren, sei auch hier gesagt, daß es nicht um eine Institution geht, die einmal ein „Bund“ genannt werden soll. Diese Bezeichnung hat ihre geschichtliche Eigenart und Belastung. Solche Worte verpflichten nicht. Für Westdeutschland soll etwas geschaffen werden, was eine verpflichtende Satzung, aber nicht, was eine Verfassung ist. Die Sozialdemokratie will einmal die Deutsche Republik, die in gleicher Weise aus dem politischen Willen des deutschen Volkes wie aus der Schaffung eines erträglichen Verhältnisses der Sieger untereinander entsteht.

Der wichtigste Teil des organisatorischen Aufbaus wird nicht in Bonn geschaffen, sondern ist das Besatzungsstatut, das den gemeinsamen Rechtsboden für die Okkupationsmächte wie für die Deutschen abgibt. Darum hätte eigentlich das Besatzungsstatut vor der von Deutschen erarbeiteten Satzung, mag man sie Grundgesetz nennen oder nicht, entstehen müssen. Wenn die Opportunität und die Bequemlichkeit in der Behandlung der deutschen Frage durch die einzelnen Besatzungsmächte maßgebend sein würden, dann wäre die deutsche Satzung in ihrer Bedeutung entscheidend gemindert. Ob es die Besatzungskosten anbetrifft, mit deren heutiger Höhe die von den Okkupationsmächten geschaffene Währung entscheidend bedroht ist oder ob es um das rechtliche Verhältnis zwischen alliierten und deutschen Stellen und Personen geht, stets wird der Inhalt des Besatzungsstatuts gewissermaßen der wichtigste Teil der deutschen Satzung sein. Hier erfolgt der entscheidende Absprung. Hier macht man ihn oder man unterläßt ihn. Hier folgt aus der tatsächlichen Macht auch die tatsächliche Verantwortung. Hier wird die entscheidende Frage beantwortet, ob ein Werk von tatsächlicher und rechtlicher Bedeutung geschaffen wird oder ob man weiter der Neuordnung der europäischen Verhältnisse ausweicht.

Der Inhalt des in Bonn zu schaffenden Entwurfes ist uns nicht bekannt. Die Grundlinien sozialdemokratischer Auffassungen sind kein Geheimnis. Das Ergebnis von Bonn soll praktisch, gescheit und handlich sein, aber nicht eine deklamatorische Übersteigerung. In Bonn werden wir Sozialdemokraten nicht den Ehrgeiz haben, die großen geschichtlichen Vorbilder der alten demokratischen Verfassungen mit Worten und Betuerungen zu übertreffen. Hier soll ein den Realitäten entsprechendes Provisorium entstehen. Es ist wahrscheinlich, daß mit gegnerischen Einflüssen gerungen werden muß. Sicher werden aus dem bisherigen Verfassungsleben der Länder gewisse Exzesse des Föderalismus gebändigt werden müssen, wenn das Werk von Bonn die materielle Bedoutung der wirtschaftlichen Erstarkung, zuerst Westdeutschlands, hervorbringen soll. Wegen der Ungewißheit, die aus den Einflüssen anderer deutscher oder ausländischer Prinzipien entstehen kann, kann noch keine Partei sagen, wie sie sich abschließend zu dem Entwurf von Bonn stellen wird. Bei allem guten Willen, reale Möglichkeiten auszunutzen, weiß auch die Sozialdemokratie heute noch nicht, ob sie in der Lage ist, dem Entwurf annehmen zu können. Darüber entscheidet sein Inhalt. Aber keinerlei noch so ideales Staats- und Völkerrecht hilft über die Tatsache hinweg, daß wir jetzt in ein Stadium getreten sind, in dem die soziale Frage die eigentlich politische Frage ist. Die neuentbrannten Klassenkämpfe werden darüber entscheiden, ob resigniertes Achselzucken oder Freude am politischen Aufbau bei den Menschen in Deutschland entscheidend sein werden. Sie werden auch das Urteil über das Werk von Bonn bestimmen.

Zur Zeit wird das Interesse der Welt wie der öffentlichen Meinung in Deutschland durch den Kampf um Berlin bestimmt. Wenn man in Deutschland auch weiß, daß es hier um ein Messen der gegnerischen Kräfte im Lager der Sieger geht, so ist man den Angelsachsen für die Schaffung der Luftbrücke nicht nur in Berlin dankbar. Die Leistung der Besatzungen der amerikanischen und der britischen Luftwaffe in der Versorgung Berlins wird nicht nur politisch, sondern auch ausgesprochen menschlich empfunden. Diese Sympathien sind ein bedeutames Politikum. Aber voll Mißtrauen betrachten viele Deutsche die alliierte Auseinandersetzung um die Währung in Berlin. Eine einheitliche Währung ist in Berlin nur möglich bei einheitlichen Grundlinien der Wirtschafts-, Finanz- und Kreditpolitik. Die Sorgen, daß hier Sowjetrußland eine Position eingeräumt wird, die es zu einer anderen Form der Eroberung von Berlin ausnützen könnte, wollen nicht verstummen. Außerdem ist die östliche Währung aus einer Reihe von Gründen von geringerer Qualität. Hinzu treten die Sorgen um die Beherrschung der Polizei. Die Berliner Polizei hat in dem Umfang an Respekt und Vertrauen gewonnen, als sie sich vom kommunistischen Einfluß freigemacht hat. Die Russen wollen die Westpolizei zurückerobern oder zerschlagen. Das ist darum für sie so wichtig, als die Form der revolutionären Machteroberung durch die Kommunisten im allgemeinen vorüber ist. An die Stelle des revolutionären Aufstandes ist längst die „Machtergreifung“ unter dem Schutz der Polizei und der anderen staatlichen Organe getreten. Diese Tatsache zeigt, wie weit der Prozeß der Faschisierung der kommunistischen Politik gediehen ist.

Dieser große Kampf um Berlin hat seine repräsentative Bedeutung für alle Schauplätze, auf denen mit den Mitteln des kalten Krieges gekämpft wird oder gekämpft werden kann. Die Tapferkeit der Berliner gibt auch Auskunft über den tatsächlichen Ablauf der geschichtlichen Entwicklung in den letzten fünfzehn Jahren. Hier konzentriert sich, was an ideeller Kraft in der deutschen Sozialdemokratie lebendig ist und was an Wünschen und Hoffnungen in der deutschen Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone lebt. Denn seit den Tagen der durch die SMA erzwungenen Vereinigung haben die unterdrückten Sozialdemokraten der Ostzone außerordentliche Opfer gebracht. Es ist manchmal etwas peinlich zu sehen, wie diese Dinge ignoriert werden und andere politische Parteien Verdienste für sich zu okkupieren versuchen, die durch ihre illusionäre Praxis das Märchen von den demokratischen Qualitäten der Volksdemokratie wachsen und gedeihen lassen.

Wenn man Berlin mit manchen anderen Ländern außerhalb Deutschlands vergleicht, dann weiß man, daß die deutschen Abwehrkräfte sich vor irgendwelchen

Vergleichen nicht zu scheuen brauchen. Die ganze Entwicklung der letzten vierzig Monate aber soll der Welt mehr Gefühl für eine gerechte Beurteilung der Deutschen in ihrem Kampf gegen den Nazismus gegeben haben. Man hat jahrelang in Deutschland auch die stärksten physischen Auseinandersetzungen nicht gescheut, bis die Gesetzmäßigkeit der „Entlasteten“ der Demokratie moralisch das Rückgrat brach. Die Verlustlisten der Ostzone und Berlins sind neue Bekundungen des niemals erstorbenen Abwehrwillens gegen die Diktatur.

Europa ist ein Kontinent eigener Prägung, erfüllt mit vielen Völkerindividualitäten. Die bloße Gegenüberstellung Sowjetrußlands und der USA wird dem tatsächlichen Bild nicht gerecht. Diese problemlose Erstarrung wäre der freiwillige Verzicht auf die selbständigen und ursprünglichen Kräfte der europäischen Demokratie und die Integration Europas.

Man spricht jetzt viel von der „Dritten Kraft“. Der Ausdruck ist irreführend, denn er bezeichnet etwas, das fast in jedem Lande anders ist als in allen anderen Ländern Europas und für das gesamte Europa wieder seine besondere Bedeutung hat. Wenn man die Bedingungen der Länder analysiert, dann findet man in manchen Fällen, daß die „Dritte Kraft“ die Kraft des demokratischen Sozialismus ist. In anderen Ländern wieder ist sie die Kraft, die aus der Zusammenarbeit der Sozialdemokraten mit den sich sozial und human verpflichtet fühlenden Teilen anderer Schichten und Richtungen entsteht. Immer aber ist in dem Begriff der „Dritten Kraft“ eine positive Berührung mit dem Sozialismus und das Bewußtsein spezifisch europäischer Eigentümlichkeit lebendig.

Der Ausdruck „Dritte Kraft“ stellt keine Wertung der beiden anderen sichtbaren Kräfte, am wenigsten das falsche Urteil einer Gleichartigkeit dar. Es kann gut sein, daß der Ausdruck von der „Dritten Kraft“ eine kurze zeitliche Bedingtheit darstellt. Aber die Verbindung von Sozialismus, Demokratie und Freiheit in spezifisch europäischen Formen ist etwas, das nicht vorübergehend ist.

In welcher Gestalt diese Strömungen in Deutschland lebendig werden, kann man nicht mit exakter Bestimmtheit sagen. Wir sind nicht mehr fern von politischen Wahlen in Westdeutschland. Wir wissen auch nicht, inwieweit der Wille zum Sozialismus und zur sozialen Gerechtigkeit die Entwicklung der anderen politischen Parteien beeinflußt. Dem deutschen Volk wird mit seiner Wahlentscheidung eine schwere Aufgabe gestellt. Die Sozialdemokratie weiß, daß Regieren und Opponieren fast gleich wichtige Faktoren sind. Sie ist unter ganz gewissen Voraussetzungen zur intensivsten Mitarbeit bereit, sie ist aber nicht bereit, die Interessen der Besitzenden den Interessen der arbeitenden Massen und der Hilfsbedürftigen vorzuziehen. Darüber entscheiden das Wahlergebnis und die Einsicht der anderen. Die Möglichkeiten der Praxis werden genau ausgewogen und die Politik bestimmen. Sozialdemokratische Regierungstätigkeit bedeutet den Kampf um die Gleichwertigkeit des deutschen Volkes gegenüber anderen Völkern und den Aufbau eines demokratischen Deutschlands auf den Grundsätzen sozialer Leistung und sozialistischer Strukturänderung. Die europäische Demokratie wird auf die Dauer ohne Sozialismus nicht möglich sein. Das sollten alle erkennen, die mit der Sozialdemokratie politisch kooperieren wollen. Der Versuch, die Hegemonie des deutschen Kapitalismus in Westdeutschland auszurichten, trifft auf die sozialdemokratische Gegnerschaft. Sozialismus ist nicht die pathetische Deklamation einer Felerstunde. Sozialismus ist der Inhalt eines politischen Lebens in einem demokratischen Europa.

Vorsitzender Gnoß: Die Ausführungen des Genossen Kurt Schumacher zeigen, wie sehr durch sein Empfinden unseren Vorstellungen und unserem Denken Ausdruck gegeben worden ist. Ich habe die Überzeugung, daß seine Gedankengänge in unseren Herzen weitergetragen und in unserer Arbeit ihre Verwirklichung finden werden.

Wir kommen zur Aussprache über das Referat des Genossen Dr. Kurt Schumacher in Verbindung mit den Ihnen vorliegenden Anträgen in der Vorlage Nr. 2, 3 bis 9 und auch dem Antrag zu der Entschließung zu dem Referat, Antrag Nr. 50. Ich bitte um Wortmeldung.

Carlo Schmid, Tübingen: Eine der Formen, in denen die Sieger dieses Krieges der Totalität ihres Sieges Ausdruck verliehen haben, ist die Übernahme der Gestaltung der politischen Verhältnisse in Deutschland durch die Besatzungsmächte selbst. Zuerst so, daß man die Ausübung der deutschen Volkssouveränität völlig in der Breite und in der Tiefe blockiert hat; dann so, daß die Besatzungsmächte diesen Anspruch auf das Monopol der Gestaltung der deutschen Dinge immer mehr und mehr lockerten, daß sie immer weitere Schichten der deutschen Volkssouveränität zur Ausübung freigaben. Dieser Prozeß wird weitergehen müssen. Zum Abschluß wird er erst gekommen sein, wenn das gesamte deutsche Volk in die Lage versetzt sein wird, in freier Selbstbestimmung sich die Formen und Inhalte seiner politischen Existenz zu bestimmen. Wir sind noch nicht soweit. Im Osten tummeln sich noch die brutaleren Formen der Fremdherrschaft, — darum die brutaleren, weil man dort zu der Last einer politischen Polizei noch die Alleinherrschaft einer Quisling-Partei fügt. Auf diese Weise probiert man bei uns jene modernste Methode des Imperialismus aus, der man den Namen Volksdemokratie gegeben hat. So vielversprechend auch die ersten Versuche ihren Urhebern erschienen sein mögen, in Deutschland wird diese Methode nicht gelingen, und daß sie nicht gelingen wird, dafür haben wir das Versprechen des Volkes von Berlin. (Bravo!)

Im Westen ist die Lage heute die, daß die drei westlichen Besatzungsmächte den Deutschen freigestellt haben, in dem Gebiet der drei Westzonen eine politische Verwaltung zu errichten. Manchem erscheint das schon als der Frühling einer vollen Freiheit. Das ist ein Irrtum, denn es sind dabei uns Deutschen schwere Auflagen gemacht worden, Auflagen in der Prozedur und Auflagen substantieller Art. Es ist also, insbesondere in Anbetracht der vielen Vorbehalte, die die Besatzungsmächte für sich gemacht haben, die Freiheit, von der wir Gebrauch machen können, nur eine sehr relative Freiheit, und zwar relativ in doppeltem Sinne: einmal räumlich, weil man nicht dem ganzen deutschen Volk gestattet, sich neu zu organisieren, und zweitens relativ im Hinblick auf die Substanz, auf die Fülle dieser Freiheit.

Der Parlamentarische Rat, der nun in Bonn zusammengetreten ist, hat die Aufgabe, das im Rahmen dieser Freigabe an Organisation Mögliche zu leisten. Die Fraktion unserer Partei ist von der Notwendigkeit durchdrungen, daß auf der jeweils höchstmöglichen territorialen Stufe eine von den Deutschen geschaffene und von ihnen demokratisch kontrollierte politische Verwaltung zu schaffen ist. Auch bei größtem Wohlwollen der Besatzungsmächte werden wir unsere Angelegenheiten unter allen Umständen besser verwalten, als sie es bisher konnten. In Bonn wird keine endgültige Lösung versucht werden. Alle, die dort wirken, zum mindesten alle Sozialdemokraten, wissen, daß nur ein Provisorium geschaffen werden kann, also etwas, das seine zeitliche Befristung in sich selber tragen muß, denn die künftige und endgültige deutsche Verfassung wird nicht in Abänderung des Bonner Statuts geschaffen werden, sondern an dem Tage, an dem die Deutschen wieder über sich selber bestimmen können, originär. Dieser provisorische Charakter schließt nicht aus, daß wir eine Lösung werden finden müssen, die es erlaubt, allen Aufgaben gerecht zu werden, die uns die Zeit stellt. Diese Lösung wird aber genau im Verhältnis stehen zu dem Maß an konstitutiver Freiheit, die man uns gewähren wird. Es soll aber die Organisation, die wir schaffen wollen, darüber hinaus auch die Möglichkeit geben, den Raum, der unserer Freiheit gegeben worden ist, zu erweitern und unter Umständen diese Erweiterung auch durchzusetzen und einzuleiten. Ob wir das können werden, das wissen wir heute noch nicht. Ein entscheidender Faktor wird die Art und Weise sein, wie das Besatzungsstatut ausgearbeitet werden wird, und den Worten Schumachers hat hier wohl niemand etwas hinzuzufügen.

Die Haltung der Fraktion in Bonn wird getragen sein von dem Bestreben, in jedem Augenblick realistisch zu bleiben und sich nie Illusionen irgendeiner Art hinzugeben. Wir wollen uns nicht, wie gelegentlich gesagt wird, vor der Verantwortung drücken, wir wollen nicht irgendeiner echten Verantwortung ausweichen,

sondern wir wollen gerade die Möglichkeit einer echten Verantwortlichkeit schaffen, und das setzt voraus, daß man auf Fiktionen verzichtet, auch dort, wo sie sich uns in höchst suggestiver Weise präsentieren. Wenn wir das nicht täten, dann würden wir letzten Endes die betrogenen Betrüger sein, und das wollen wir nicht werden. Aus diesem Grunde wollen wir keinen „Staat“ ins Leben rufen und darum auch keine „Verfassung“, denn wenn man eine Verfassung im echtem Sinne des Volkes machen will, muß man von der Bildung eines Staates ausgehen. Das können wir aber nicht, weil wir in Anbetacht der Einschränkungen, denen wir unterworfen bleiben sollen, außerstande sind, mehr ins Leben zu rufen als eine politische Verwaltung, die von einer vollen Staatlichkeit genau so weit entfernt bleiben wird, als die uns freigegebene konstitutive Freiheit von der vollen Volkssouveränität entfernt gehalten wird. Wir können nicht mehr schaffen, als ein Staatsfragment. Ein gut organisiertes Staatsfragment ist aber für uns heute nützlicher als eine noch so barock aufgeputzte Staatskulisse, die zu nichts anderem taugen wird, als dazu, falsche Hoffnungen zu erwecken und die Demokratie in Deutschland auf eine Generation hin zu diskreditieren.

Bei den anderen Parteien, die in Bonn vertreten sind, schienen andere Absichten vorzuliegen. Man hat aus den ersten Reden, die gehalten wurden, den Eindruck gewonnen, daß z. B. die CDU und die kleinen Splitterparteien in Bonn ein Gebilde schaffen möchten, das so staatlich als möglich sein soll. Aus welchem Grunde tun sie das wohl? Vielleicht zum Teil deswegen, weil sie sich wenig Mühe gemacht haben, die Wirklichkeit von heute zu analysieren und daraus die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Sie haben diese Haltung aber zweifellos auch aus machtpolitischen Gründen eingenommen, und ich sehe hier folgende Gedankengänge am Werk: erstens diese Parteien glauben, daß die privilegierte Position, die ihnen in Westdeutschland die Spaltung Deutschlands durch die sowjetische Ostzonenpolitik geschaffen hat, durch eine mögliche Intensivierung des Bonner Werks gefestigt werden könnte. Auch hier profitiert die Reaktion von der Politik der Russen. Sie glauben weiter, daß es ihnen gelingen könnte, die endgültige deutsche Verfassung durch Verfestigung der Auflagen, die die Besatzungsmächte uns auferlegt haben, zu präjudizieren. (Unruhe. Vorsitzender Gnos bittet darum, den Ausführungen des Redners mit der gleichen Aufmerksamkeit zu folgen, wie dem Referat des Genossen Schumacher.)

Sie glauben weiter, daß sie heute eine besondere Chance haben, die heutige Lethargie unseres Volkes im Sinne ihrer undemokratischen Auffassungen auszunützen zu können. Im Referat Schumachers ist ausgeführt worden, in welchem Maße es zur Technik der Reaktion gehört, die politische Dynamik, die in den politischen Parteien verwirklicht ist, zu diskreditieren und statt ihrer alles Bürokratische besonderem Wohlwollen zu empfehlen... Und schließlich glauben diese Parteien, heute im besonderen Maße Vorteil ziehen zu können aus dem Pathos, das sich die Länder in der Zeit des Zusammenbruchs gelegentlich erworben haben.

Aber nun fragen wir diese Leute, was für einen Staat wollt ihr denn machen? Wollt ihr etwa einen westdeutschen Staat gründen? Wo habt ihr dann das westdeutsche Staatsvolk dafür? Wenn ihr behauptet, daß es so etwas gibt, dann könnt ihr es nur, indem ihr einen separatorischen Akt vollzieht, und dann werden euch die Deutschen nicht folgen. Oder wollt ihr in Westdeutschland die Deutsche Republik konstituieren? Man könnte dann die Frage stellen, wieso denn die Westdeutschen sich dafür legitimiert halten könnten? Aber nehmen wir an, daß die Deutschen im Osten heilfroh wären, wenn wir für sie hier die Deutsche Republik errichteten, — zur richtigen Ausgestaltung dieser Deutschen Republik fehlten dann aber immer noch die Stämme der Sozialisten Berlins und der Ostzone! (Beifall!) Wir können ja die Deutsche Republik nicht vom Zufall der soziologischen Struktur des Westens aus gestalten, und wir wollen das auch nicht tun. Und dann überlege man doch einmal dabei das Risiko, das man einzugehen hätte. Eine im Westen konstituierte Deutsche Republik wäre doch in ihrem Bestand und ihrem täglichen Leben völlig abhängig von den Besatzungsmächten des Westens. Welcher Schlag würde der deutschen Demokratie versetzt, wenn sich etwa in Moskau oder anderswo

die vier Besatzungsmächte auf eine andere Politik einigen würden, als die des Londoner Abkommens. Wer garantiert uns, daß dies nicht geschieht? Man macht uns Sozialdemokraten den Vorwurf — Kurt Schumacher hat schon davon gesprochen —, wir verlangten zu wenig, wir begnügten uns mit dem, was man uns anbiete und schließlich wollten wir noch weniger. Nun, verehrte Zuhörer, wir wären schon heilfroh, wenn uns das jeweils Angebotene auch jeweils faktisch gegeben würde! Allein, oft verfährt man anders mit uns. Wenn wir aber einmal mehr fordern, als man uns angeboten hat, wie es zum Beispiel vor einer Woche geschah, als wir die Berliner zu vollberechtigten Vertretern des Parlamentarischen Rats machen wollten, da schickte man uns die Verbindungssoffiziere, die uns zu erklären haben: Halt! Das könnt ihr nicht tun; damit würdet ihr außerhalb des Bodens der Londoner Abmachungen treten. Wir wollen uns auf solche Hasardgeschäfte nicht einlassen, wir wollen reell bleiben, und deswegen wollen wir in Bonn nicht mehr machen als ein Grundgesetz für ein Staatsfragment, das ausreihend organisiert werden muß. Einen Staat im Vollsinne können wir erst dann machen, wenn eine Einigung der vier Besatzungsmächte über eine gesamte deutsche Politik erfolgt ist. Jede andere Lösung müßte mit dem Risiko einer Weltkatastrophe erkaufte werden.

Welches werden nun in Bonn die Hauptkampfpunkte sein? Das läßt sich jetzt schon einigermaßen voraussehen. Es wird von der Fraktion zuerst gekämpft werden müssen um die Anerkennung unseres Standpunktes, daß das politische Gebilde, das wir im Westen schaffen, kein „westdeutscher Staat“ werden darf, sondern nur ein Fragment der gesamtdeutschen Staatlichkeit. Es wird weiter darum gerungen werden müssen, daß die Institutionen, in denen das Demokratische dieses Grundgesetzes zum Ausdruck kommen soll, nicht nur Fassadendekorationen sind, sondern echte effektive Demokratie, wir werden also dafür besorgt sein müssen, daß nicht nur solche Dinge wie Blockpolitik und volksdemokratische Kunststücke nicht geschehen können, sondern auch, daß unsere Demokratie sich nicht auf eine bürgerliche Formaldemokratie beschränkt, die nichts anderes wäre als Werkzeug und Tarnkappe für eine Bürokratie und für ein Honoratiorenregiment des Besitzbürgertums. Und schließlich wird man in Bonn sehr ernsthaft über das Problem der effektiven Gestaltung des Föderalismus zu reden haben, das eng gekoppelt ist mit dem Problem der Neugliederung Deutschlands in Länder. Hier ist unser Standpunkt klar. Wir wollen keinen zentralistischen Kommandostaat. Wir wollen nur so viel Staat, als nötig ist, und dafür so viel Selbstverwaltung, als möglich ist. Wir wollen durchaus von unten aufbauen, aber der Aufbau von unten hält nicht, wenn man ihn nicht von oben plant. Das Wort „Aufbau von unten“ ist eine bloße Redensart, wenn es nicht ergänzt wird durch „Planung von oben“. Darum sollen die Länder das, was sie tun können, ohne die Interessen des Ganzen zu gefährden, auch tun; sie haben den Vorteil der Sachnähe und einige andere Vorteile dazu. Aber darüber, wo die Gefährdung der Interessen des Ganzen beginnt, kann nicht der Teil, sondern nur das Ganze entscheiden. Die Sachgebiete, von denen aus die politische und die ökonomische Struktur des Ganzen ihr Gepräge erhält, müssen der Zentralgewalt vorbehalten werden, einer demokratischen Zentralgewalt, vor allem also die Wirtschaft, die Finanzen und so weiter, denn eine der Hauptaufgaben, vor denen wir stehen werden, wird sein, in ganz Deutschland einigermaßen vergleichbare Lebensverhältnisse zu schaffen. Jeder kennt heute das Wort vom Lastenausgleich. Es gilt aber nicht nur, einen individuellen Lastenausgleich zu vollziehen, sondern auch einen regionalen Lastenausgleich, denn die einzelnen Teile Deutschlands sind verschieden schwer vom Krieg betroffen worden, und darüber hinaus gilt es, über die Lasten hinaus auch die Chancen auszugleichen. Ein regionaler Chancenausgleich für die Zukunft ist genau so notwendig und so wichtig, wie ein Lastenausgleich der Funktion der Vergangenheit ist. Wir wollen nicht, daß in Deutschland sogenannte „Oasen“ entstehen! Das ist ein Denken, das uns zu bedermelerisch ist. Es könnte sich sonst ergeben, daß durch diese Oasen gelegentlich ein Gefälle entsteht, das nicht nur den Oasen selbst gefährlich werden könnte, sondern das dem ganzen deutschen Volke den Todesstoß versetzen möchte...

Die Länder werden, so wie sie heute sind, von uns nicht anerkannt. Die meisten von ihnen sind reine Zufallsgebilde und es erscheint uns wirklich komisch, daß man solche Zufallsgebilde zu „originären“ konstitutiven Faktoren der künftigen deutschen politischen Wirklichkeit machen möchte. Voraussetzung für ein echtes föderatives System ist die Neugliederung Deutschlands. Die deutschen Länder müssen so gestaltet werden, daß sie gegenseitig vernünftig ausgewogen, also in stände sind, den ersten Ausgleich in sich selbst zu vollziehen. Für keine solche Neugestaltung haben die Militärgouverneure in dankenswerter Weise in dem bekannten Dokument (Nr. 2) den Ministerpräsidenten eine Vollmacht gegeben. Die Ministerpräsidenten haben leider Gottes diese Chance nicht genutzt und so wird, mit Ausnahme einiger Änderungen in der Südwestecke, wahrscheinlich in Deutschland alles beim alten bleiben. Wenn einer bisher an der Möglichkeit „föderalistischer“ Verfahren zur Regelung von Gesamtinteressen nicht gezweifelt haben sollte — das Verhalten der deutschen Ministerpräsidenten in der Ländergrenzenfrage wird ihn eines Besseren belehrt haben!

Weiter gehört es zu unseren Absichten in Bonn, Berlin in das Grundgesetz mit einzubeziehen. Ob man es uns gestatten wird oder nicht, wird in unseren Augen ein Prüfstein für den guten Willen der Besatzungsmächte, die Deutschen ihre Angelegenheiten selbst gestalten zu lassen und die Ordnung der deutschen Dinge nicht zu einer Funktion ihrer eigenen Außenpolitik zu degradieren. Das ist in unseren Augen ein echtes Kriterium, und es wird viel davon abhängen, wie die Probe bestanden werden wird!

Man hält uns gelegentlich vor, daß wir auf Gedeih und Verderb mit den Westmächten gehen müßten, wir also darauf angewiesen wären, unter allen Umständen die Politik zu machen, die sie sich wünschten. Gut, es mag sein, daß wir eine Politik machen müssen, die der der Westmächte angepaßt ist, dann soll es aber aus unserem eigenen Entschluß und aus unseren Gründen geschehen und nicht in Funktion ihrer eigenen Politik. Eine politische Fremdenlegion wird die Sozialdemokratie nie werden. (Beifall.)

Diese Berliner Frage wird auch ein Prüfstein sein für den Patriotismus einiger Deutscher. Es wird sich dann nämlich zeigen müssen, was bei ihnen stärker ist, ihr patriotisches Pathos oder der Eindruck des Resultats einer schnell vollzogenen Addition der Wählerstimmen, die etwa der deutschen Linken von Berlin aus zuwachsen könnten. Dann wird sich zeigen, ob man die Einheit Deutschlands wirklich unter allen Umständen will, oder ob man auf sie zu verzichten bereit ist, wenn sie die politischen Chancen der proletischen Gegenpartei erhöht.

Sie sehen daraus, daß unsere Auffassung vom Föderalismus im wesentlichen von praktischen Kriterien ausgeht. Bei den anderen Parteien macht man daraus eine Sache der Weltanschauung; man spricht gelegentlich das Wort „Föderalismus“ mit dem Tonfall aus, mit dem man von seltenen und hohen Tugenden zu sprechen pflegt. Man setzt „Föderalist“ gleich „guter Mensch“, als wäre „Föderalismus“ eine moralische Kategorie. Wir wollen aber gerecht sein und uns auf einem besonderen Gebiet unsere Kritik nicht zu leicht machen: Ich glaube, hier sagen zu können, daß unter den Männern, die in Bonn versammelt sind, auch im Lager der extremen Föderalisten kein eigentlicher Separatist ist. Diese Männer glauben, durch ihren Föderalismus besonders gute Deutsche zu sein. Wir müssen ihnen das um der Gerechtigkeit willen konzederen, nur müssen wir ihnen und dem Volke ebenso deutlich sagen, daß sie sich auf einem Holzwege befinden.

Was ist denn, was uns an diesem Föderalismus nicht gefällt? Wir sehen darin eine verschwommene und unklare Reaktion auf den gewalttätigen Zentralismus der Nazizeit. Schließlich war ja der bayerische „Föderalismus“ von 1919 nicht ganz unschuldig am Aufkommen des Nazismus! Weiter sehen wir in diesem extremen Föderalismus die eigentümliche Bemühung der Länderbürokratie politisch wirksam zu werden, sich selbst möglichst stark und bedeutend zu erhalten.

Ihr Verdienst in Ehren! Aber so groß sind sie wiederum nicht, daß man um ihretwillen auf eine vernünftige Gestaltung Deutschlands verzichten könnte!

Von dem Interesse gewisser Honoratiorenkreise an der Landespatronage wäre

in diesem Zusammenhang noch einiges zu sagen; von kleinkalen Interessen auch. Aber ich habe die Redezeit schon längst überschritten...

Nur noch ein Wort zum Schluß zu einem letzten Punkt:

Man drückt gelegentlich sein Bedauern darüber aus, daß wir zu wenig „Staaten“ wollen. Wir verzichteten damit auf die Möglichkeit, Politik gegen die Besatzungsmächte zu machen. Wer hat sich denn den Besatzungsmächten gegenüber bisher durchgesetzt? Etwa die Länderregierungen, die doch recht viel auf die Orakel der Verbindungsbeamten der Militärregierungen zu hören pflegen, oder hat sich den Besatzungsmächten gegenüber nicht viel mehr das deutsche Volk, gegliedert in seine politischen Parteien, durchgesetzt? Die politische Technik eines Volkes unter Fremdherrschaft verlangt, daß auf zwei Ebenen operiert wird. Einmal auf der Ebene der Administration, auf der die staatlichen Organe — mehr oder weniger im Rahmen des Besatzungsstatuts — tätig werden: das ist eine notwendige Tätigkeit, eine nützliche Tätigkeit, eine Tätigkeit, in der man auch manches Politische wirken kann. Aber letztlich wird die Tätigkeit dieser Organe immer nur dann funktionieren können, wenn sie in Konkordanz mit den Besatzungsmächten vor sich geht. Die grundsätzliche und die Dinge weitertreibende Auseinandersetzung mit den Besatzungsmächten — was nicht immer Feindseligkeit zu bedeuten braucht — liegt aber beim Volk als der Summe der einzelnen, die in Gruppen, in Parteien organisiert sind. Von dort aus muß die „Politik“ der Deutschen gemacht werden, „Politik“ verstanden als Aktivierung der dialektischen Spannung zwischen den Besatzungsmächten und uns.

Damit, Genossen und Genossinnen, möchte ich schließen. Die politischen Parteien sind heute die Träger, die eigentlichen und einzigen Träger dessen, was im echten Sinne des Wortes den Namen Politik verdient, und deswegen haben die Männer, die unsere Partei in die Länderregierungen und Parlamente delegiert hat, sich dort in erster Linie als Sozialdemokraten betätigt. Denn das deutsche Gesamtinteresse kann nur von gesamtdeutschen Parteien und nicht von den einzelnen Ländern wahrgenommen werden, auch nicht von der Summe der Länderregierungen. Dem deutschen Gesamtinteresse gegenüber, das von unserer Partei am bedingungslosesten vertreten wird, sind alle anderen Ebenen politischer Betätigung sekundär. (Beifall.)

Ernst Reuter, Berlin: Genossinnen und Genossen! Es ist von Berlin auch heute hier so viel gesprochen worden und wir können nicht leugnen, daß die Sympathie, die uns Berlinern überall heute in Deutschland entgegen schlägt, uns wohltut. Es ist kein Zweifel, daß in dem Kampf, den wir zu bestehen haben, wir die moralische Unterstützung der Bevölkerung Westdeutschlands gebrauchen, denn dieser Kampf ist schwer, ist voller Mühen, und dieser Kampf ist noch lange nicht zu Ende, er steht in Wirklichkeit erst an seinem Anfang. Niemand von uns kann übersehen, wie er weitergehen wird, niemand von uns kann übersehen, wie er im einzelnen ausgehen wird. Auf die bange Frage, die oft an uns gerichtet wird, werdet ihr diesen Kampf bestehen können, können wir nur die eine Antwort geben, daß, wenn man für eine gute Sache kämpft, man nicht im ersten Augenblick sagen darf, wie dieser Kampf ausgehen wird. Ich denke, wir alle haben Verständnis dafür, daß im Jahre 1934 unsere österreichischen Genossen gekämpft haben, ohne zu wissen, wie dieser Kampf ausgehen würde. Wir haben verstanden, daß sogar diese Niederlage unserer österreichischen Genossen eine der wertvollsten für den Wiederaufbau gewesen ist. Was immer in Berlin kommen mag, eines ist unserer Meinung nach sicher, dieser Kampf wird niemals vergeblich gewesen sein, dieser Kampf wird seine Spuren in der Geschichte nicht nur unserer Stadt, sondern in der Geschichte unseres Landes und in der Geschichte der europäischen Wiedergeburt hinterlassen. Darum haben wir ihn aufgenommen. Ich erinnere daran, daß wir vor einem Jahr auf dem Nürnberger Parteitag in einer ganz anderen Situation gestanden haben. Damals gaben die alliierten Mächte dem Drängen der russischen Besatzungsmacht, die Bestätigung der Wahl als Voraussetzung für das Amtieren des Berliner Oberbürgermeisters, nach. Während des Nürnberger Parteitages kam

zu uns die Nachricht, daß einer unserer gewählten Repräsentanten, Stadtrat Nestriepke, von der alliierten Kommandantur abgesetzt worden war. Seitdem ist ein Jahr vergangen und während dieses einen Jahres sind wichtige Veränderungen vor sich gegangen. Ich glaube nicht, wir Berliner haben uns so sehr geändert, sondern es hat sich die Auffassung der Welt über die Bedeutung dieser Stadt und über den Sinn unseres Kampfes entscheidend geändert.

Wir Berliner Sozialdemokraten können nur eines sagen: wir haben keine Veranlassung, uns dieses Kampfes zu rühmen. Wir tun in diesem Kampf nichts anderes als unsere Pflicht in dem vollen Bewußtsein, daß das Tun dieser Pflicht Ausdruck unseres Bekenntnisses zu den Idealen ist, zu denen wir stehen. Dieses Stehen zu unseren Idealen wird uns erleichtert durch die Tapferkeit einer aufrechten Bevölkerung. Wir haben gesehen, wie im Laufe dieses Kampfes durch die Standhaftigkeit unserer Bevölkerung auch schwankende Existenzen aufrecht geworden sind. Mancher Aufrechte steht in unseren Reihen, der vor einem Jahr noch über manche Dinge anders gedacht hat, als wir damals schon dachten.

Aber wir sind der Partei hier auf ihrer höchsten Instanz Rechenschaft darüber schuldig, was wir mit diesem unseren Kampf bezwecken. Lassen Sie mich eins von vornherein sagen: dieser Kampf ist kein Kampf gegen das russische Volk. Wenn das russische Volk sagen könnte, wo es steht, wäre es auf unserer Seite. Dieser Kampf ist kein Kampf gegen unsere slawischen Nachbarvölker, im Gegenteil, es ist ein Kampf für unsere slawischen Nachbarvölker, denn in Warschau und in der Tschechoslowakei und in manchen anderen benachbarten Ländern schaut man auf diese Stadt und hofft, daß diese Stadt aushalten möge. Dieser unser Kampf ist nicht bedingt von nationalistischen Instinkten. Wir sind in unserer Entschlossenheit, unsere Freiheit zu verteidigen, genau so fest wie in unserer Liebe zu einer friedlichen Lösung, wenn sie möglich ist, ohne daß wir Grundsätze unserer Existenz aufgeben. Aber wir kämpfen, Genossen und Genossinnen, in diesem Kampf um unsere nackte Existenz im wahrsten und tiefsten Sinne des Wortes und wir wissen, daß wir vor uns einen schweren Winter haben, von dem wir nicht wissen und übersehen können, wieviel Opfer er von uns fordern wird.

Aber eines möchten wir Ihnen hier sagen, was immer an Mühen und Nöten von uns verlangt wird, niemals werden wir Berliner Sozialdemokraten unserer Idee untreu werden. (Beifall.) Immer werden wir zu unserer Idee der Freiheit stehen und wir kämpfen und verteidigen, bis unsere Gedanken sich durchgesetzt haben. Wir wissen freilich darüber hinaus, daß dieser Kampf, den wir für unsere eigene Existenz führen, ein Kampf ist, den wir gleichzeitig auch für andere führen, denn auf uns schaut die Ostzone. Wir sind in der sowjetischen Besatzungsmacht die Insel, das Schaufenster der Freiheit, wir wissen und erkennen das aus der Nähe, wo wir den Gegner gegenüber haben, mit dem wir Brust an Brust zu ringen haben. Wir wissen genau, daß die Pläne der Sowjetmacht, die Ostzone endgültig sanieren zu können, unmöglich sind, solange diese Stadt hält. Das ist eine wesentliche Aufgabe, die zu erfüllen die Geschichte von uns verlangt.

Eine andere Aufgabe, die wir in diesem Kampf zu erfüllen haben, ist die, daß wir für den Westen Deutschlands eintreten, denn wenn der Deich brechen würde, seien Sie sicher, die Fluten würden über die Elbe hinwegschwemmen, eine Vertrauenskatastrophe ohnegleichen würde eintreten. Diese Vertrauenskatastrophe würde schonbar heute noch so feste Bastionen ins Wanken bringen und Sie würden hier in Düsseldorf sehr bald merken, wenn Ihre Phantasie nicht ausreichen sollte, was es bedeutet, wenn Berlin in diesem Kampf nachgegeben haben würde.

Indem wir hartnäckig, fest, eisern und entschlossen unseren Willen zur Selbstbehauptung, Ich möchte sagen, beinahe täglich in einer Volksabstimmung wiederholen — wir stehen ja alle noch unter dem lebendigen Eindruck der gewaltigen Demonstration, die am vergangenen Donnerstag stattfand —, wollen wir auch dem Westen die Möglichkeit nehmen, die alten Verhandlungs- und Behandlungsmethoden anzuwenden, die bei Beendigung des Krieges aus historischen Gründen vielleicht verständlich gewesen sein mögen. Hier zeigt ein großer Teil unseres deutschen Volkes seine echte, ehrliche demokratische Entschlossenheit und zeigt, daß der Kampf

um die Demokratie nicht nur ein feiertägliches Bekenntnis ist, sondern daß für dieses Ideal tagtäglich neue Opfer ohnegleichen gebracht werden. Von dem, was uns Deutschen nachgesagt worden ist, waschen wir, wie ich glaube, durch unseren täglichen Kampf ein gut Teil ab, und Völker werden zusammengebracht, nicht durch Kongreßbeschlüsse und Unterschriften unter Siegerdokumente, Völker werden zusammengebracht durch gemeinsame Erlebnisse. Der Kampf um Berlin ist ein gemeinsames Erlebnis nicht nur des deutschen Volkes, er ist ein gemeinsames Erlebnis aller europäischen Völker, ja, wir dürfen wohl sagen, ein gemeinsames Erlebnis der Menschen. Die amerikanischen und die englischen Flieger, die über die Luftbrücke zu uns kommen, die sehen in unserer Stadt mit Staunen, wie hier eine standhafte, mutige und tapfere Bevölkerung sich zu den gleichen Idealen bekennt, die auch in ihren Herzen lebendig sind. Vergessen wir nicht, daß unbeschadet aller machtpolitischen Auseinandersetzungen, um die es sich handeln mag, in diesem Kampf auch ein echtes und wichtiges menschliches Element mitschwingt und eine große Rolle spielt.

Genossen und Genossinnen! Wir wissen, daß wir diesen Kampf allein nicht gewinnen können. So wichtig und so unentbehrlich unsere eigene Haltung ist, so unentbehrlich ist die Unterstützung durch die Alliierten, so unentbehrlich ist uns aber auch die aktive politische Unterstützung des Westens Deutschlands. Wenn Sie uns fragen, was die beste Form der Unterstützung ist, die Sie uns zuteil werden lassen können, so möchte ich eine klare und unmißverständliche Antwort geben:

In Berlin stehen sich gegenüber der Lebensstandard der Ostzone, wo die Menschen proletarisiert werden, und in Berlin selbst, in der Stadt schon, kann der aufmerksame Beobachter gewisse Unterschiede in Habits und Typus der Bevölkerung feststellen, und des Westens. Ihre Aufgabe ist es unserer Meinung nach, im Westen Deutschlands die wirtschaftliche Entwicklung und die politische Entwicklung so zu fördern, daß wir den Unterschied zwischen Ost und West so klar, so lebendig, so anschaulich jedemmann vor Augen stellen können, daß im Osten und im Westen gleichermaßen die Propaganda der sowjetischen Besatzungsmacht zerschellt. Je mehr es Ihnen gelingen wird, dieses große Werk des ökonomischen Wiederaufbaus durch eine positiv fördernde, aktiv in die Zukunft weisende Politik der deutschen Sozialdemokratie zu fördern, je mehr helfen Sie uns und je mehr geben Sie uns die Möglichkeit, in diesem Kampf auszuhalten. Das eine ist von dem andern nicht zu trennen. Bei allen sonstigen rein theoretischen Überlegungen und Erwägungen müssen Sie in Ihrer Phantasie sich vor Augen halten, was es für die Menschen im Osten bedeutet, wenn sie sehen, hören und lesen, wie dank Ihrer Arbeit im Westen ein freihetliches, demokratisches Leben, ein neuer Lebensstil und auch ein neuer Lebensstandard entsteht. Worauf sollen wir in Berlin und die Menschen im Osten anders hoffen, als darauf, daß es doch noch Teile Deutschlands gibt, in denen die Menschen frei sprechen, frei handeln und sinnvoll wirtschaftlich arbeiten und schaffen können. Insofern betrachten wir unseren Kampf in dieser Stadt als einen Teil des Kampfes, den die deutsche Sozialdemokratie in ganz Deutschland zu führen hat. Wir haben<sup>6</sup> in dieser Auseinandersetzung das große Glück, daß wir über die engeren Grenzen unserer Arbeiterbewegung hinweg zu einer wirklichen Volksbewegung werden können und geworden sind. Wenn wir innerhalb von 24 Stunden Hunderttausende von Menschen aufrufen können, ihren politischen Willen mit klarem, nüchternem Verständnis der Situation und der Notwendigkeit des Demonstrierens kundzutun, dann zeigt das, daß es in Berlin in dieser historischen Auseinandersetzung der Sozialdemokratie gelungen ist, eine wirklich führende Rolle in der Bevölkerung zu gewinnen und die Schranken des Parteilagers zu sprengen und positiv die Ziele zu zeigen, für die zu kämpfen sich's tatsächlich lohnt. Seien Sie gewiß, Genossen und Genossinnen, daß die Berliner Sozialdemokratie diesen Kampf weiterführen wird, und seien Sie nicht so kleinmütig! Wir sind es nicht, obwohl der Gegner uns näher ist als Ihnen. Wir verkennen nicht nur seine Stärke, wir kennen auch seine Schwäche und wir kennen insbesondere die eiserne Entschlossenheit, die uns beseelt. Seien Sie sicher, aus Not und Elend ist eine neue Generation entstanden. Wir haben

gelernt, daß Politiktreiben nicht nur Diskutieren bedeutet, sondern nach der Diskussion auch handeln und sich entschließen können. Ich erinnere mich sehr deutlich daran, daß wir Schwankenden und Ermüdeten sehr oft haben sagen müssen, wir werden aushalten, auch wenn sie nicht aushalten. Ich erinnere mich an eine sehr bittere Stunde, wo ich einmal einem Mann habe sagen müssen: Wir wollen sehr gern kämpfen, auch mit dem Rücken an der Wand, wenn es notwendig ist, aber Sie sind nicht die Wand, die wir gebrauchen. Diese Wand haben auch wir uns mitgeschaffen. In diesem Kampf, den wir führen, hat das Elbe an dem Anderen sich entzündet, und seien Sie sicher, dieser Weg, den wir gegangen sind, ist die einzige Möglichkeit, in Europa den Frieden zu sichern. Nachgeben, Aufgeben dieser Bastion, ein neues München, das würde den Krieg so gut wie unvermeidlich machen. Dadurch, daß wir standhalten und im vollen Bewußtsein unserer Aktionsmöglichkeiten die Position des Gegners auf die Dauer ins Wanken bringen werden, dadurch werden wir den europäischen Frieden retten und sichern, der ohne die Freiheit Berlins und ohne die Freiheit Ostdeutschlands und ohne die Freiheit der Tschechoslowakei, Polens, Ungarns, Rumäniens und Jugoslawiens nicht mehr denkbar ist.

Alles andere sind Illusionen. Wir möchten uns in Berlin an keinen Illusionen beteiligen. Glauben Sie nicht, daß wir die Härte dieses Kampfes unterschätzen. Seien Sie sicher, daß unsere Berliner Sozialdemokratie im vollen Erkenntnis der Schwere der Situation diesen Kampf führt und daß sie als Führerin einer tapferen, freiheitsliebenden Stadt mit Ihrer Hilfe und auch mit der Hilfe der großen Mächte, die mit uns gehen müssen und uns nicht mehr im Stich lassen können, diesen Kampf zu Ende führen wird, der uns eines Tages die Möglichkeit gibt, die Arbeit, die sie hier geleistet hat, auch dem Osten zugute kommen zu lassen, um mit einem geeinten und befreiten Deutschland auch ein geeintes und befreites, friedliebendes Europa aufzubauen. (Beifall.)

Fritz Henßler, Dortmund: Sowohl in der Rede des Genossen Schumacher wie auch in der des Genossen Ollenhauer ist auf die große Bedeutung der Sozialisierungsfrage hingewiesen worden. Ich will dazu aus der Schau der Politik in Nordrhein-Westfalen einige Bemerkungen machen. In der letzten Landtags-sitzung ist ein Antrag der SPD angenommen worden, der von der Militärregierung die Ermächtigung fordert, Betriebe der Kohlenwirtschaft in Gemeineigentum überführen zu können. Es ist beachtlich, daß dieser Antrag auch die Stimmen von ungefähr einem Drittel der CDU-Fraktion erhalten hat. Es lag dann weiter eine Vorlage der SPD vor, die die Überführung der gesamten Kohlenwirtschaft in Gemeineigentum fordert mit der klaren politischen Zielweisung, daß nicht eine verstaatlichte, sondern eine sozialisierte Wirtschaft angestrebt werden soll. Wir hatten deshalb vor, daß das Land zwar als Träger des Eigentums in Frage kommt, daß aber zur Betriebsführung eine Selbstverwaltung Kohle gebildet werden soll unter gebührendem Einfluß der Gewerkschaften, der Vertreter öffentlicher Interessen und wirtschaftlicher Sachverständiger. Herr Adenauer hatte vorher überall verkündet, daß er dieser Vorlage gegenüber ein hartes Nein aussprechen wird. Die Stellungnahme der CDU war aber Stimmenthaltung, weil Herr Adenauer sich klar sein mußte, daß er mit einem Nein seine Fraktion nicht zusammenhalten konnte.

Nun hat aber die englische Militärregierung die Bestätigung der Beschlüsse des Landtages verweigert mit der Begründung, daß die Sozialisierung des Kohlenbergbaues nicht Angelegenheit nur eines Landes sein könne, sondern Angelegenheit aller deutschen Länder. Ich muß sagen, diese Belehrung ist überflüssig, insoweit sie die Feststellung enthält, daß nicht ein Land Träger dieser Sozialisierung sein kann. Ich bestreite allerdings die Auffassung, daß es die Gesamtheit der deutschen Länder sein soll. Hoheitsträger der Sozialisierung der Grundstoffindustrien kann nur — das kam auch in unserer Vorlage klar zum Ausdruck — die künftige deutsche demokratische Republik sein. Ich stelle das ausdrücklich fest, weil auch der Führer der CSU in Bayern, Herr Müller, den Vorschlag gemacht hat, den Kohlenbergbau genossenschaftlich unter die deutschen Länder aufzuteilen. Der Hoheitsträger muß das künftige Deutsche Reich sein. Wir sind durch die Ent-

scheidung der Militärregierung betrübt, aber wir sind nicht entmutigt. Wir können erklären, daß diese Frage auf der Tagesordnung bleibt, bis der Erfolg da ist. (Beifall.) Das einzige Echo auf die Ablehnung der Militärregierung kann nur sein, daß die Sozialdemokratie auch in den andern Ländern die Frage der Sozialisierung der Grundstoffindustrien in den Vordergrund stellt (Beifall), daß wir die Verpflichtung auf uns nehmen, daß im künftigen westdeutschen Parlament die Frage der Sozialisierung eine der ersten Aufgaben ist, die dort erledigt werden muß. Wir werden in Nordrhein-Westfalen fordern, daß der Landtag von Nordrhein-seinerseits mit einer solchen Forderung an das übergeordnete Parlament herantritt.

Ich bedaure die Entschließung der englischen Militärregierung aber auch deshalb, weil sie praktisch im Widerspruch steht zu Erklärungen, die von maßgeblichen Männern der englischen Regierung im vorigen Jahr abgegeben wurden. (Zuruf: Sehr gut!) Wo zum Ausdruck kam, daß geradezu eine zwangsläufige Notwendigkeit zur Sozialisierung vorliegt. Unser Sozialisierungsverlangen ist ja nicht bloß vom innenpolitischen Willen getragen, keine demokratiefeindliche großkapitalistische Vorherrschaft an der Ruhr zu ermöglichen, für uns ist bei diesem Verlangen auch der Wille maßgebend, durch die Sozialisierung einen nachhaltigen Beitrag zur Friedenssicherung zu leisten. Wir wollen durch die Sozialisierung Befürchtungen ausräumen, daß der Wiederaufbau an der Ruhr zu einer Gefahr für die Sicherheit werden könnte, wir wollen Befürchtungen ausräumen, die zur Begründung für die Forderungen auf industrielle Demontage angeführt werden. Wir brauchen im deutschen wie im europäischen Interesse eine schnelle Wiederherstellung aller produktiven Möglichkeiten an der Ruhr. Das wahre Interesse nicht bloß Deutschlands, sondern Europas ist, daß man an der Ruhr aufbaut und nicht zerstört. Im Widerspruch dazu stehen die einschränkenden Festlegungen des Industrieplanes und die sich daraus ergebenden Demontagepläne, die in ihrer Wirkung noch über den Industrieplan hinausgehen. Ich darf daran erinnern, daß, wenn diese Demontagepläne durchgeführt werden, auch eine Gefährdung der Sozialisierung insofern vorliegt, als z. B. nicht mit der nötigen Tatkraft der technische Rückstand in den Zechen aufgeholt werden kann. Ich muß ferner darauf hinweisen, daß es beinahe wie Hohn klingt, wenn man uns sagt, auch die Eisen- und Stahlindustrie muß sozialisiert werden, und durch Teildemontagen amputiert man sie so, daß ein sinnvoller Betrieb kaum noch möglich ist. Ich hätte für ein solches Demontageverlangen noch Verständnis, wenn die demontierten Kapazitäten als Ausgleich zerstörter oder geraubarer Industrieanlagen im Ausland dienen sollten oder könnten; zum großen Teil aber bedeuten diese Demontagen nur Zerstörung.

Eine sozialistische Ruhr ist ein Pfand für die Festigung der Demokratie in Deutschland, sie wird ein wertvoller Beitrag für die Einigung Europas, dessen einzelne nationale Glieder gleichberechtigt und gleichverpflichtet das Vereinigte Europa bilden müssen. Deshalb möchte ich den Parteltag nicht vorbegehen lassen, ohne von hier aus zu bitten um Vertrauen für die deutsche Arbeiterschaft. Wir werden dieses Vertrauen belohnen, indem wir dafür sorgen, daß insbesondere an der Ruhr der demokratische Gedanke lebendig bleibt und sich durchsetzt.

Gestatten Sie mir zum Schluß einige Worte zu den Sozialisierungsauseinandersetzungen mit den anderen Parteien. Seit der letzten Landtagsdebatte wird von der CDU ein züher, aber unaufrichtiger Kampf gegen die Sozialdemokratische Partei in der Sozialisierungsfrage geführt. Ich muß allerdings sagen, daß wir mit dem Ergebnis unserer Politik gerade in bezug auf die Beeinflussung der CDU eigentlich zufrieden sein könnten. Herr Adenauer reist landauf, landab und erklärt, wir sind Gegner der Sozialisierung. Er hat kürzlich auf einen Vorwurf, daß die CDU die Sozialisierung preisgegeben habe, erklärt, das ist unlogisch, wir haben uns noch nie zur Sozialisierung bekannt. Nun finde ich in einem CDU-Flugblatt folgenden Satz: „Die Sozialisierung hat für unser Land und Volk schicksalhafte Bedeutung. Deshalb ist sie eine der wichtigsten, durch nichts aufzuhebende Forderung der CDU.“ (Heiterkeit.) Damit können wir sehr zufrieden sein, und selbst, wenn es unehrlich gemelnt wäre, wäre es immerhin eine ganz annehmbare Propaganda für den Sozialisierungsgedanken. Ich zweifle aber nicht, daß es in

der CDU tatsächlich Kräfte gibt, die einen solchen Satz ernst meinen. An sie wenden wir uns, daß, wenn es ihnen ernst damit ist, sehr wohl eine Basis zu einer Zusammenarbeit zwischen der SPD und dieser CDU besteht.

Ein zweites kurzes Wort zu den Kommunisten. Sie haben in der Landtagsdebatte nur Verstaatlichung gefordert, offenbar auf höheren Befehl, weil sie dafür sorgen sollen, daß bei uns dieselbe Entwicklung eintritt, wie in den von dem Bolschewismus beherrschten Ländern, wo man den sozialistischen Gedanken längst aufgegeben hat zugunsten eines staatskapitalistischen Gedankens. Gerade deshalb legen wir so großen Wert darauf, daß die Umgestaltung der Ruhrindustrie nicht bloß eine Änderung der Eigentumsverhältnisse bringt, nicht bloß eine Verstaatlichung, sondern eine Sozialisierung. Das Beispiel der landeseigenen Betriebe in der Ostzone kann für diese Sozialisierung kein Muster sein. Man könnte eher sagen, damit wird die Sozialisierung verhindert. Wir wünschen, daß das Verhältnis der Menschen zum Betrieb anders werden soll, daß nicht bloß der Antreiber, sondern daß die sozialen Verhältnisse im Betrieb sich ändern, daß den Menschen im Betrieb zum Bewußtsein kommt, es ist unser Betrieb, zum Bewußtsein, daß sie deshalb für diesen Betrieb auch die Verantwortung haben.

Genossinnen und Genossen, ich zweifle nicht daran, daß bei manchem Gegner der Sozialisierung durch die Entscheidung der Militärregierung Hoffnungen erweckt wurden, daß das künftige Parlament für die Westzonen sozialisierungsgegenerisch in seiner Mehrheit wird. Wenn das der Fall wäre, nun gut, dann bin ich der Überzeugung, es wäre unsere Aufgabe, eine Volksbefragung herbeizuführen.

Ich bin der sicheren Überzeugung, daß wir bei dieser Volksbefragung als Ergebnis feststellen könnten: Mit uns das Volk, mit uns der Sieg. (Lebhafter Beifall!)

Dr. Fritz Eberhard, Stuttgart: Genossinnen und Genossen! Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf ein Problem lenken, von dem heute noch nicht die Rede war, von dem aber gerade im Hinblick auf die europäische Wirtschaftseinheit, die im Referat des Genossen Schumacher gefordert wurde, geredet werden muß: Das Saarland.

Ich nehme Stellung zu dem Antrag Nr. 7, der sich mit dem Saarproblem befaßt. An der Saar leben 800 000 Deutsche. Es ist eines der wichtigsten deutsch bevölkerten Industriegebiete. Darüber wird in Deutschland nur wenig geredet und geschrieben. Das mag sein Gutes haben. Es gibt aber keine Begründung dafür, daß wir über dieses Gebiet immerzu schweigen. Man hat uns schon den Vorwurf gemacht, hier gäbe es eine Art Arbeitsteilung. Wir Sozialdemokraten sprächen angeblich nur von der deutschen Ostgrenze, die Kommunisten sprächen dafür nur von dem Saargebiet. So geht es natürlich nicht. Diese Arbeitsteilung besteht nicht, und um allen Zweideutigkeiten den Boden zu entziehen, müssen wir hier einmal zu der Frage der Saarpolitik klar Stellung nehmen. Wir freuen uns, daß der Parteivorstand vor einigen Monaten in einer Entschließung deutlich erklärt hat: „Das Saargebiet ist ein Teil Deutschlands.“ Das ist keine polemische Feststellung, sondern die Feststellung einer Tatsache. Sie ist den Franzosen genau so klar wie der Saarbevölkerung selbst. Vor 1933 war es an der Saar für die Sozialdemokraten keine Frage, daß dieses Volk zu Deutschland wollte. Auch unser Genosse Max Braun wollte das. Auch 1935 hätte er zu einem freien Deutschland zurück gewollt, aber nicht zu Hitler. Damit hatte er recht. Nun hat der saarländische Landtag sich durch die von ihm angenommene Verfassung von Deutschland getrennt. Hatte er das Recht dazu? Ich sage: Nein! Es gibt unter gewissen Umständen ein Recht zur Separation. Das bekannteste Beispiel ist die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten im Jahre 1776. Aber die britischen Kolonien in Nordamerika erklärten ausdrücklich, daß sie sich nur aus Gründen hoher Prinzipien von der britischen Krone trennten und nicht aus Gründen der Zweckmäßigkeit oder des Wohlbefindens. Der saarländische Landtag hat nur aus Gründen der Zweckmäßigkeit und des Wohlbefindens gehandelt. Man glaubte, auf diese Weise Demontagen an der Saar zu verhüten und überhaupt Kriegslasten abwehren zu können, die damals das übrige Deutschland zu erdrücken schienen. Wichtig ist, daß das Volk

an der Saar, als es im Oktober 1947 seinen Landtag wählte, nicht unterrichtet war über die beabsichtigte Verfassung. Deshalb kann die Wahl zum Landtag keinesfalls als eine Volksabstimmung über die Lostrennung der Saar von Deutschland betrachtet werden. Heute verlangen außer den Amerikanern und Engländern auch die Franzosen Volksabstimmung innerhalb Deutschlands über eine Änderung von Verwaltungsgrenzen der Länder. Darauf können wir uns berufen. Wie viel mehr wird eine Volksabstimmung nötig sein, um die Grenze gegenüber dem Ausland neu festzusetzen. Ich stelle fest: Das Volk an der Saar hat noch keine Entscheidung getroffen. Die Entscheidung ist noch offen. Auch international ist nichts Endgültiges entschieden. Die Franzosen fordern die politische Trennung der Saar von Deutschland. Die Amerikaner und Engländer haben ihnen bisher nicht formell zugestimmt, und die Sowjetunion schon gar nicht. Wo ist die Lösung des Problems? Die Saar liegt an einer wichtigen Nahtstelle der europäischen Wirtschaft. Die Saar ist wirtschaftlich eng verflochten sowohl mit Deutschland als auch mit Frankreich. Als Leiter des Deutschen Büros für Friedensfragen habe ich diese Probleme genau untersuchen lassen, mit dem eindcutigen Ergebnis der engen Verflechtung des Saargebietes nach Westen und Osten. Wir wissen in Stuttgart und in ganz Südwestdeutschland, wie eng die wirtschaftliche Verbindung mit dem Saargebiet, insbesondere mit der Saarkohle, in diesen Ländern ist. Wo liegt die Lösungsmöglichkeit, die dieser Tatsache Rechnung trägt? Der saarländische Justizminister Braun, der Bruder des Genossen Max Braun, hat vor einigen Monaten in einer Rede auf dem Haager Propagandakongress gesagt: Die saarländische Bevölkerung habe als erste etwas getan, was alle Völker in Europa einmal tun sollten. Sie habe Teile ihrer Hoheitsrechte auf eine höhere Instanz übertragen. Diese Instanz sei Frankreich. Es wäre aber der Saarbevölkerung leichter gefallen, diese Abtretung von Rechten zugunsten eines europäischen Organs als zugunsten einer bestimmten Macht vorzunehmen. Hier scheint sich die Lösung dieser zwischen Frankreich und Deutschland schwebenden Frage abzuzeichnen. Das offizielle Frankreich hat niemals eine politische Annektion des Saargebietes verlangt. In der politischen Trennung von Deutschland liegt eine besondere Gefahr deshalb, weil eines Tages aller Wahrscheinlichkeit nach sich wiederum eine nationalistische Propaganda entwickeln würde, die mit dem Schlagwort arbeitet: „Heim ins Reich“. Damit würden die nationalistischen Gegensätze zwischen Deutschland und Frankreich aufs neue aufgeführt. Diesen Ruf wollen wir nicht wieder hören. Wenn wir ihn aber nicht mehr hören wollen, so müssen wir rechtzeitig und vorausdenkend Tatsachen schaffen, die das Entstehen einer solchen nationalistischen Bewegung gegenstandslos machen. Das Wappen des Saarlandes soll eine Brücke mit einer Taube darüber zeigen. Die Taube bedeutet natürlich Frieden, und die Brücke soll Deutschland und Frankreich verbinden. Wir sollten diesen Gedanken der Brücke zwischen Deutschland und Frankreich ernstnehmen und versuchen, unseren Beitrag zu seiner Verwirklichung zu leisten. In diesem Sinne bitte ich die Genossen, dem Antrag 7 des Kreises Stuttgart zuzustimmen, dessen Schlußsatz ich verlesen möchte:

„Der Parteitag grüßt die deutschen Sozialdemokraten an der Saar und erwartet von ihnen, daß sie über die Brücke, die sie zwischen Deutschland und Frankreich schaffen wollen, den Weg zu uns zurückfinden.“

Vorsitzender G n o ß stellt fest, daß der Redner als erster seine Redezeit nicht überschritten hat und erteilt sodann das Wort

J u p p K a p p i u s, Dortmund: Liebe Genossinnen und Genossen! Der Genosse Schumacher hat ein klares Bild der Ziele sowohl als auch der Methoden der in der CDU vereinten deutschen Reaktion gezeichnet. Die CDU besteht jedoch nicht nur aus Sachwertbesitzern. Es sind in ihr auch Elemente, die ihrer Klassenlage nach der Politik der CDU völlig fremd sind. Und man kann die Frage, was diese verhältnismäßig breiten Schichten der ärmeren Bevölkerung an die CDU bindet, nicht allein mit dem Hinweis auf den glücklichen Versuch beantworten, die Angst der großen Sachwertbesitzer auf die breiten Schichten der kleinen Eigentümer agitatorisch zu übertragen. Mir scheint vielmehr, daß wir mit diesem Hinweis auf

den sozialpolitischen Zernent übersehen, daß es in der CDU gewisse Unterströme gibt, die viel stärkere Kräfte des Zusammenhanges und der Bewegung aufbringen.

Ich bitte daher den Parteitag, mit besonderer Anteilnahme diese Bewegung ins Auge zu fassen, die zwar nicht mit viel rühem Lärm, wie die Kommunisten, dafür aber mit um so wirksameren Methoden versucht, sich in Europa durchzusetzen. Die letzten Wochen haben uns in Westdeutschland drei Ereignisse gebracht, die zu beachten sind. Ich meine das Domjubiläum in Köln, den Katholikentag in Mainz und den CDU-Parteitag in Recklinghausen.

Genossinnen und Genossen, bei diesen Gelegenheiten sind unter anderem große Worte gefallen, Worte, die nicht mehr und nicht weniger bedeuten als die offene Proklamation des Herrschaftsanspruches des politischen Katholizismus. Daß dies so offen geschah, ist ein Zeichen dafür, wie stark und sicher sich der Katholizismus bereits dünkt. Herr Arnold hat in Köln von der „Gründungsversammlung des neuen Europa“ gesprochen. Und kein geringerer als Kardinal Frings hat den Anspruch des Katholizismus eindeutig formuliert:

„Was die letzten Päpste in ihren Enzykliken dargelegt haben über Ehe und Familie, Schule und Erziehung, Kino, Rundfunk, Staatsleben und Völkergemeinschaft“, so schloß Kardinal Frings, „in die Wirklichkeit umzusetzen, auch gegen starke Widerstände, den Ansturm einer halben Welt und der höllischen Mächte, das ist das Anliegen, das uns hier bewegt.“

(Westfalenpost, 17. August 1948)

Das gesamte öffentliche Leben gestaltet nach den vom Papste niedergelegten Grundsätzen — das ist das Ziel dieser Bewegung. Und geben wir uns diesem Anspruch gegenüber keiner leichtfertigen Betrachtungsweise hin. Wir haben es hier mit einer totalitären Auffassung zu tun, die sich von der roten oder braunen Couleur nur durch die Methoden unterscheidet, mit denen sie verwirklicht wird. Diese Methoden sind weit gefährlicher und nachhaltiger in ihrer Wirkung als Terror und Hunger. Den Gummiknüppel spürt man und die Empörung ist die natürliche Reaktion jedes aufrechten Menschen. Die Herrschaft des Katholizismus aber beruht auf der Macht über die Gemüter und Gewissen der Menschen, und sie ist darum so groß und so schwer zu brechen, weil die Menschen sich der Tatache ihrer Unterdrückung nicht bewußt werden.

Lassen wir uns nicht irremachen durch Erklärungen wie die des Präsidenten des Katholikentages in der großen Schlusskundgebung, alle totalitären Bestrebungen wären als Irrtum abzulehnen. Der Papst selber hat in seiner Botschaft an den Katholikentag gleich darauf ganz klar und eindeutig den Totalitätsanspruch erhoben.

„Es gibt nur einen Hort der Wahrheit, und dieser Hort ist der Katholizismus.“

Dieser Anspruch bezieht sich in der Formulierung zwar nur auf den Glauben, er wird aber selbstverständlich auf das geistige sowohl wie auf das politische und wirtschaftliche Leben der Gesellschaft ausgedehnt, wie aus der Rede Kardinal Frings' hervorgeht.

Glauben wir nicht, Genossen, daß es sich hier nur um bloße Wunschträume handelt, um zaghaft vorgebrachte Wünsche an die Art der Neugestaltung Deutschlands und Europas. Köln ist heute nach Meinung vieler eines der bedeutendsten Machtzentren des politischen Katholizismus, und die systematische Besetzung von Schlüsselpositionen mit Katholiken — nicht nur in der Verwaltung, sondern auch in der Wirtschaft — zeigt, daß dort durchaus eine reale Politik gemacht wird.

Köln und Mainz waren machtvolle Demonstrationen auch eines politischen Willens, der sich auf dem Wege zur Macht sieht. Nicht nur Westdeutschland, Westeuropa soll katholisch werden. Der Kreuzzug gegen den Unglauben richtet sich nicht nur gegen Osten — er wird bewußt geführt gegen den „Marxismus“, und die Sozialdemokratie wird ebenso bewußt in diesen Begriff eingeschlossen. Dieser Kreuzzug ist in vollem Gange. Er hat sich im wirtschaftspolitischen Sektor mit der

alten Ausbeuterschicht verbunden im Kampf um die Wiederherstellung der „freien Wirtschaft“ — er wird im Kulturpolitischen geführt um die Konfessionsschule — und wir haben ihn im politischen Sektor gespürt in der rigorosen Art und Weise, wie CDU/FDP-Mehrheiten ihren Willen durchsetzen ohne Rücksicht auf die Interessen anderer. Dort wird gekämpft mit dem Fanatismus der Kreuzritter. Es ist an der Zeit, daß wir mit größerer Entschlossenheit und größerer Härte auch diesem Gegner gegenüber die Sache der Freiheit und der Gerechtigkeit vertreten.

Willy Brandt, Berlin: Die Viermächtepolitik von 1945 ist gescheitert, und sie mußte wohl scheitern, da sie keine klaren politischen Grundlagen hatte. Es ist an der Zeit, aus diesem Scheitern die Konsequenzen zu ziehen und das entstandene Vakuum auszufüllen durch die sich erweiternde deutsche Selbstverwaltung. Heute können aber auch nach dem Scheitern der Illusion der Viermächtepolitik von 1945 selbst die Blinden sehen, wie verhängnisvoll die Auffassung war, man könne das europäische Problem dadurch lösen, daß man Europa in Einflusssphären außer-europäischer Mächte aufteilt. 1944 bis 1945 konnte es so aussehen, als könne man Europa einfach von der politischen Landkarte streichen. Inzwischen haben die europäischen Völker und nicht zuletzt auch die kleinen Nationen des europäischen Nordens und Westens vielfältige Beweise dafür erbracht, daß dieses Europa nicht tot ist. Trotz jahrhundertelanger Selbsterfleischung, die durch den Nazismus zum Wahnsinn gesteigert wurde, verfügt dies verarmte und verwüstete Europa über unverbrauchte Kräfte, die alter Kultur und gemeinsamer Rechtsauffassung entspringen. Wenn wir Deutschen und wir Sozialdemokraten von der notwendigen Zusammenfassung der europäischen Völker und Staaten sprechen, dann begegnen wir nach allem, was während des letzten Krieges vor sich gegangen ist, manch ganz begreiflichem Mißtrauen, und man fragt uns: wie können wir denn wissen, daß es die Deutschen diesmal ehrlich meinen? Ich glaube, wir sollten darauf zweierlei antworten.

Erstens sollten wir sagen: schaut auf die deutsche Sozialdemokratie und das, was sie in diesem Land seit 1945 neu geschaffen hat an Grundlagen europäischer Gesinnung und Orientierung, schaut aber auch nach Berlin unter dem Aspekt, daß sich dort ein regeneriertes Europäertum manifestiert, und zweitens: laßt uns vielleicht nicht so sehr im luftleeren Raum über Ehrlosigkeit diskutieren, sondern laßt uns lieber praktische Fragen der europäischen Zusammenarbeit schrittweise lösen; um durch die praktische Zusammenarbeit Tatsachen und jenes gegenseitige Vertrauen aus der Erfahrung und der Berührung zu schaffen, dessen Europa bedarf.

Wenn ich sage, Berlin sei ein Kraftquell regenerierten Europäertums, dann füge ich dem hinzu: Solche Quellen gab es und gibt es auch östlich Berlins und auch östlich von Deutschland. Damit keine Mißverständnisse entstehen, auch nicht bei den Freunden der europäischen Freiheit jenseits des Großen Wassers, möchte ich erklären: Wenn wir von Europa sprechen, dann meinen wir ganz Europa, und nicht nur Westeuropa (Sehr richtig!), ebenso wie wir, wenn wir von Deutschland sprechen, ganz Deutschland meinen und nicht nur die westlichen Besatzungszonen.

Wenn wir hier auf der höchstmöglichen territorialen Ebene einen wirtschaftlichen und politischen Zusammenschluß betreiben, so werden wir auch für Europa nicht nur bereit, sondern auch entschlossen sein müssen, auf der jeweils höchstmöglichen Ebene der Freiheit die Gesamtvereinigung Europas in Freiheit vorzubereiten. Die Ereignisse der letzten Wochen und Monate haben doch schon gezeigt, wie falsch es war, wenn der eine oder andere Ost- und Südosteuropa abscrieb und den Eisernen Vorhang als eine gegebene Tatsache hinnehmen wollte. In den Völkern des europäischen Ostens und Südostens, von deren wirtschaftlicher Kooperation mit uns und dem Westen unendlich viel für die Zukunft abhängen wird, ist der Wille zur europäischen Zusammenarbeit da. In diesen Ländern ist auch die ökonomische Notwendigkeit zur Zusammenarbeit mit Europa eine auf die Dauer unverkennbare Tatsache.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang mit einem Blick nach dem Osten

und Südosten noch eines aussprechen: Wir müssen uns und wollen uns, hoffe ich, trotz alldessen, was geschah, heute geschieht und vielleicht morgen noch geschehen wird, immer den Blick freihalten für das Übermorgen und uns nicht durch irgendwelche Haß- und Rachegefühle von der klaren politischen Erkenntnis abbringen lassen. Wir müssen uns vom Haß und von Racheinstimmungen nicht nur selbst freihalten, sondern sie in unserem Volk bekämpfen, ganz gleich, gegen welches Volk sie gerichtet sind, gerade auch, wenn es sich um die russischen oder andere slavische Völker handelt. Denn wir müssen eine klare Unterscheidung machen zwischen den Völkern und ihren mehr oder weniger verderblichen Regimen. Wenn wir es nicht täten, hätten wir kein Recht gehabt, uns gegen die Vansittaristen zu wenden, die den Hitlerfaschismus und das deutsche Volk in einen Topf werfen wollten.

Wir meinen, und Genosse Schumacher hat es in seinem Referat herausgearbeitet, daß der Kampf für ein einheitliches Europa ein Zustreben auf ein Europa auf demokratischer und sozialistischer Basis sein soll. Wir sind der Überzeugung, daß nur unter diesen Voraussetzungen ein einheitliches Europa Bestand haben wird. Aber lassen Sie mich dem noch folgendes hinzufügen: Die Aufzeigung dieser, unserer Meinung nach unerläßlichen Voraussetzungen für den Bestand eines einigen Europas bedeutet nicht, daß wir die Hände in den Schoß legen können, bis diese Bedingungen in aller Reinheit erfüllt sind. Wir müssen bereit sein und sind, glaube ich, bereit, von den heutigen Bedingungen aus für die europäische Einheit zu wirken, um dann im Prozeß der Vereinheitlichung und im Kampf um die Einzelfragen uns zu bemühen, den sozialistischen Auffassungen und Vorschlägen zum Durchbruch zu verhelfen. Eins ist allerdings unabdingbare Voraussetzung: nämlich, daß für die europäische Zusammenarbeit die Demokratie unteilbar sein muß.

Die erstrangige Bedeutung eines französisch-deutschen Ausgleiches braucht in diesem Zusammenhang kaum noch einmal besonders unterstrichen zu werden. Unterstreichen möchte ich aber, gerade auch mit dem Blick nach Frankreich, folgendes: Laßt uns jetzt nicht zurückkehren zu den Paneuropa-Banketten der vorigen Zwischenkriegsperiode! Laßt uns nicht stehenbleiben bei schönen Redensarten, denn die europafeindlichen Kräfte verfügen über andere Mittel als schöne Reden! Laßt uns vielmehr darangehen und vielleicht auch als eine der nächsten Aufgaben des Außenpolitischen Ausschusses unserer Partei praktische Vorschläge entwickeln über die Weiterführung des Marshallplans zu einer europäischen Marktplanung, über Möglichkeiten der Energieversorgung der europäischen Länder, über eine gemeinsame Regelung der Transportfragen in Europa, über eine Koordination der landwirtschaftlichen Produktion in Europa, über eine Angleichung und einen Ausgleich auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes! Und laßt uns, anstatt immer nach dem Turm des Gebludes der Vereinigten Staaten von Europa zu schauen, das funktionelle Arbeitsprinzip zugrunde legen, auf allen Gebieten, wo gemeinsame Aufgaben zu lösen sind, die dafür notwendigen Organe schaffen, um daraus eine lebendige Gemeinschaft erwachsen zu lassen!

Zum Schluß noch ein Wort an die Umwelt. Wir wissen, wie schwer es in anderen Ländern auch heute vielfach noch ist, Verständnis für die vollberechtigte Einbeziehung Deutschlands in Europa zu finden. Aber lassen Sie uns sagen, man möge uns den Weg nicht zu schwer machen. Die deutsche Sozialdemokratie hat den Weg zurückgefunden in die Gemeinschaft der sozialistischen Parteien. Aber laßt die demokratischen Deutschen nicht noch länger vergeblich an die Türen der internationalen Verhandlungszimmer klopfen. Es ist ein Unding, in Deutschland Demokratie zu predigen und die Deutschen nicht durch berufene demokratische Vertreter an Verhandlungen über deutsche Schicksalsfragen teilnehmen zu lassen.

Wer die Arbeit der deutschen Demokratie hemmt, der schädigt Europa. Wer den friedlichen Aufbau in Deutschland, auf welche Weise auch immer, behindert, hilft den europafeindlichen Kräften und hindert uns daran, auf europäischem Gebiet mitzuhelfen, was wir in Deutschland zu tun bemüht sind: Ein Programm echter Freiheit und sozialen Ausgleichs und Aufbaus durchzuführen! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender G n o ß : Die Verhandlungen des Parteitages werden für heute abgeschlossen. Die Vorschläge für die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission müssen bis morgen vormittag 11 Uhr hier beim Präsidium eingereicht werden. Sitzungsbeginn pünktlich 8.30 Uhr.

Schluß der Verhandlungen: 19.10 Uhr.

## 2. Verhandlungstag

(Montag, 13. September 1948)

### Vormittagssitzung

Um 8.55 Uhr eröffnet Vorsitzender Paul Löße die Sitzung und gibt die Grüße und Telegramme aus allen Teilen der Welt bekannt. (Siehe unter „Begrüßungsschreiben und Telegramme“.) Er fährt fort:

Es sind Beweise, daß in vielen Ländern der Erde Menschen wohnen, die der deutschen Sozialdemokratie nahestehe. Wir sind von tiefer Genugtuung erfüllt, daß es uns gelungen ist, den Haß und die Verachtung, die Hitler über die Deutschen gebracht hat, langsam abzubauen, und daß wir der Welt wieder in Vertrauen und Kameradschaft gegenüberreten können.

### Bericht der Mandatsprüfungskommission

Nunmehr kommen wir zum Bericht der Mandatsprüfungskommission. Das Wort hat der Genosse

Ernst Schumacher, Würzburg: Werte Genossinnen und Genossen! Der hier in Düsseldorf tagende Parteitag 1948 wurde von allen Bezirken bei voller Ausnutzung des Delegationsrechtes konstituiert. Die 23 Parteibezirke haben bei 838 100 Mitgliedern der Gesamtpartei laut Statut 300 Delegierte zu wählen. Es sind 299 Delegierte anwesend. Die Kontrollkommission stellt 9 stimmberechtigte Teilnehmer des Parteitages, die erschienen sind. Von den 33 Mitgliedern des Parteiausschusses haben 32 Genossinnen und Genossen ihr Recht der Teilnahme wahrgenommen. Der Parteivorstand zählt 29 Mitglieder, wovon 4 an der Tagung nicht teilnehmen können. Es sind das: der Genosse Dr. Kurt Schumacher, die Genossin Louise Schroeder, der Genosse Julius Loßmann und der Genosse Dr. Viktor Agartz. Stimmberechtigtes Mitglied des Parteitages ist außerdem der Genosse Dr. Zorn als offizieller Referent des Parteitages. Somit hat dieser Parteitag 366 stimmberechtigte Teilnehmer. Die Mandatsprüfungskommission hat alle Mandate und die Mitgliedskarten geprüft. Alle Mandate waren in Ordnung. Die Mitgliedsausweise waren nicht restlos vorhanden, konnten aber in jedem Falle durch entsprechende Legitimationen ersetzt werden. Es ist der Mandatsprüfungskommission ein Bedürfnis, den Parteivorstand zu ersuchen, für die generelle Einführung eines Mitgliedsbuches bemüht zu sein. Auch für diese Angelegenheit muß nunmehr die Zeit des Provisoriums vorbei sein. Der zentrale Charakter der Partei soll durch eine Zugehörigkeitsakte zum Ausdruck kommen. Unsere Parteilegitimation muß auch äußerlich würdig sein. Eine Prüfung der Beitragsleistung der Parteitagmitglieder ergab eine Beanstandung, die aber keine Beeinträchtigung der Delegation bedeutet. Das Beitragsbeispiel aller Teilnehmer des Parteitages ist sehr gut. 53 weibliche Delegierte von insgesamt 366 nehmen am Parteitag teil. Der Durchschnitt der weiblichen Mitglieder in der Gesamtpartei ist 18,5, der Anteil am Parteitag 14,5. Das dürfte besser werden. Von Bedeutung sind die Personalbogen, die alle stimmberechtigten Mitglieder des Parteitages zur Ausfüllung erhalten haben. Es wird darum gebeten, diese Bogen heute bis 16 Uhr durch die einzelnen Bezirke im Parteivorstandsbüro abzugeben.

Vorsitzender Löbe: Nach diesem exakten Bericht wird wohl kaum das Wort verlangt. Der Parteitag nimmt also Kenntnis von dem Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Vorsitzender Gnoß: Wir kommen zur weiteren Abwicklung des Parteitages, des Punktes 2 unserer Tagesordnung. Zunächst darf ich aber noch folgendes bekanntgeben: Für die für heute abend vorgesehene Dampferfahrt sind Karten im Wandelgang an einer bestimmten Stelle zu erhalten. Ich bitte davon Gebrauch zu machen, da nur Teilnehmer mit Karten an der Fahrt teilnehmen können. Ich möchte dann noch hinzufügen, daß zu dem Antrag 7, der jetzt mit zur Verhandlung steht, ein Zusatzantrag zur Kenntnis genommen wird, der sich an diesen Antrag anschließt mit folgenden Sätzen:

„Nicht weniger herzlich grüßt der Parteitag die Genossen in den deutschen Ostgebieten. Die deutsche Sozialdemokratie wird nicht ruhen, bis die Wiedervereinigung dieser Gebiete mit Deutschland im Geiste der europäischen Gemeinschaft und im Zeichen der demokratischen Freiheit vollzogen ist.“

Ich bitte, davon Kenntnis zu nehmen und nachher bei der Abstimmung diesen Zusatzantrag mit im Gedächtnis zu behalten.

Bevor wir nun in die Tagesordnung eintreten und die Diskussion weitergeführt wird, darf ich hier eine kurze Erklärung abgeben. In der heutigen Nummer der hier in Düsseldorf erscheinenden kommunistischen Zeitung „Freiheit“ steht auf der ersten Seite ein Bericht über den Parteitag: „Zensur für Dr. Kurt Schumacher“. (Hört, hört!) Die Zensur wird von der Berichterstatterin, die oben auf dem Balkon sitzt, darin erblickt, daß das Referat des Genossen Schumacher nicht wörtlich zur Verlesung kam, sondern, um Zeit zu sparen, nur auszugsweise verlesen wurde, dafür aber im vollen Wortlaut den Delegierten und Teilnehmern des Parteitages überreicht worden ist. Die Tatsache, daß wir hier dieses Referat bereits gedruckt zur Verteilung brachten, mag auch der „Freiheit“ und den anderen Berichterstattern Beweis dafür sein, daß wir Wert darauf legen, diese Ausführungen in der breitesten Öffentlichkeit bekanntzumachen. Wir werden dieses Referat in einer weit größeren Auflage der breiten Öffentlichkeit zur Diskussion stellen. (Beifall.) Wir legen keinen Wert darauf, uns mit der „Freiheit“ etwa polemisch auseinanderzusetzen. Sie gehört zu jener Freiheit, die uns in Unfreiheit bringen möchte. (Beifall.) Die Schmierfinken dieser Redaktion mögen der Öffentlichkeit gegenübergestellt sein.

Genossinnen und Genossen! Wir kommen zur Fortsetzung der Diskussion. Als nächster Redner hat das Wort der Genosse Arthur Arzt, Wiesbaden. Ich darf darauf aufmerksam machen, daß ich heute morgen nicht in der Lage bin, Zeitüberschreitungen zu dulden, da wir die Aussprache bis 10.30 Uhr spätestens abschließen müssen, um zur Erledigung der übrigen Tagesordnungspunkte zu kommen. Ich bitte Sie daher, sich strengstens an die Geschäftsordnung zu halten.

Arthur Arzt, Wiesbaden: Werte Genossinnen und Genossen: Der breite Raum, den im Exposé unseres Genossen Dr. Schumacher die soziale Frage um die Besserstellung der breitesten Schichten der Bevölkerung einnahm, schien mir sozusagen mit Herzblut geschrieben zu sein. Jedenfalls vernahm ich den Herzschlag der Sozialdemokratischen Partei, denn die Sozialdemokratische Partei war, ist und wird immer sein der Fürsprecher und Kämpfer für alle Erniedrigten, Betrogenen und Entrechteten. Wenn der Kampf für sie auf breiter Linie vorgetragen werden wird, so ist mir nicht bange um die klare Konzeption der wirtschaftlichen Frage, auch nicht um den Mut und die Begeisterung der großen Masse der deutschen Bevölkerung für diesen Kampf, aber worum mir bange ist, ist die Frage, ob wir in der Lage sein werden, diesen Kampf erfolgreich führen zu können.

Sie wissen, daß alles davon abhängt, wie die Sowjetfrage gelöst werden wird. Mit großer Begeisterung sind wir dem Kampf der Berliner Bevölkerung gefolgt. Die Tatsache, daß das kämpfende Berlin nicht nach den realen Machtmitteln gefragt hat, sondern rein aus der Idee heraus für das Ideal der Freiheit den Kampf aufgenommen hat, hat das Ansehen der Berliner Bevölkerung und im besonderen

auch der Sozialdemokratischen Partei als dem mächtigsten Faktor in diesem Kampf in der ganzen Welt erhöht. Berlin kämpft nach dem Grundsatz:

Der eine fragt: Was kommt danach?

Der andere: Ist es recht?

Und dadurch unterscheidet sich

Der Freie von dem Knecht.

Die heutigen Berliner Zustände sind die Folgen der falschen Politik der Siegermächte. Wir erleben heutzutage den Zusammenbruch der Politik von Casablanca mit seinem falschen „Unconditional surrender“ bis hin nach Potsdam mit der barbarischen Austreibung von Millionen deutscher Volksgenossen von Haus und Hof. (Beifall.) Heute wissen wir, daß die falsche Konzeption darauf zurückzuführen war, daß trotz aller vorhergehenden Erfahrungen mit Hitler das Wesen eines totalitären Staates nicht erkannt war. Mit einem totalitären Staat kann man eben nur auskommen, wenn man gewillt ist, sich von ihm total fressen zu lassen. Leider scheint diese Erkenntnis auch heute noch nicht Allgemeinbesitz geworden zu sein. Als die letzten Moskauer Gespräche begannen, berichtete die lizenzierte Presse in ihrem politischen Wetterbericht: Herbstlich freundliches Wetter, um bald darauf fortfahren zu müssen: Erneute Eintrübung vom Osteh her. Diese Politik der westlichen Alliierten bewegt sich auf einer schiefen Ebene. Sie haben bisher nur eine Kapitulationstechnik entwickelt. Wir aber müssen wissen, ob diese Kapitulationstechnik weiter fortgesetzt oder sogar noch weiter entwickelt werden soll. Diese Klarheit brauchen wir.

Der schwerste Schlag gegen den Sozialismus ist nicht vom Nationalsozialismus, sondern vom Bolschewismus geführt worden. Unsere politischen Gegner sagen: Seht auf Rußland. Hier ist der Marxismus zur konsequentesten Anwendung gebracht worden, und ihr erlebt die schrecklichen Folgen. Wenn es wahr wäre, daß der Bolschewismus die konsequenteste Auffassung des Marxismus ist, dann müssen wir diesen Marxismus restlos ablehnen. Deshalb ist es die dringendste und notwendigste Arbeit der Partei, die ideologische Auseinandersetzung mit dem Marxismus zu beginnen. Vorläufig scheint die Gleichsetzung zwischen Marx, Lenin und Stalin keine Fundierung zu haben, und Marx in der Generalsummeform von Stalin erscheint mir als die größte Grotteske des Sozialismus. Wir brauchen uns nicht viel mit bolschewistischen Theorien auseinanderzusetzen, denn der Bolschewismus verändert Ideologien nach dem augenblicklichen Hausgebrauch. Was für uns in Erscheinung tritt, ist ein bis zur Hysterie gesteigerter Machtbarbarismus. Das Evangelium der Gewalt aber ist unvereinbar mit jedem sozialen Leben. Wer die Gewalttheorie vertritt, gehört, um ein Wort Engels zu gebrauchen, ins Altertums-museum neben Spinnrad und Steinaxt.

Als Partei haben wir uns zu fragen, auf welche Mächte wir uns im Kampf um eine neue Weltgeltung stützen können. Daß sich eine solche anbahnt, ist augenscheinlich geworden. Die neue Weltorganisation ist namentlich durch die Entwicklung des Flugwesens technisch möglich geworden. Deshalb hat unsere Partei ihr Augenmerk auf die Weltorganisation zu richten und ihr die Kräfte zu widmen. Die Vereinigten Staaten von Europa sind nur ein Teilgebiet in diesem großen Rahmen. Aber auch für die Vereinigten Staaten von Europa gilt es zu erkennen, daß ohne die finanzielle, wirtschaftliche und militärische Abdeckung durch Amerika dieses Gebilde unmöglich ist. Ist es aber richtig, daß wir die Hilfe Amerikas brauchen, und daß andererseits Amerika sich bei Strafe seines Unterganges sich nicht mehr in eine „splendid isolation“ zurückziehen kann, dann muß die Partei ihre Politik in erster Linie nach Amerika ausrichten. Viele Imponderabillen, die dem heute noch entgegenstehen, führe ich zum Teil zurück auf ein schablonenhaftes „marxistisches“ Denken. Was ist Amerika! Amerika ist das ausgewanderte Europa mit seinem Abenteuerum im besten Sinne des Wortes sowie nach seinen üblen Seiten hin. Die Mission Amerikas besteht darin, Europa zurückzugeben, was ihm einst das alte Europa gegeben hat. Dabei muß Amerika erkennen, daß auch das Evangelium der Uniformität gefährlich wäre. Jede Nation enthält einen Kulturwert, der im Interesse der Reichhaltigkeit und Mannigfaltigkeit gehütet werden muß.

In den Kämpfen um einen Neuaufbau Europas sowohl auch Deutschlands müssen wir über die engen Parteizügel hinwegsehen und müssen die Mitarbeit eines jeden begrüßen, der gewillt ist, den Inbegriff dessen, was man als europäische Kultur bezeichnet, zu erhalten und weiter auszubauen. Jeder, der auf dem Boden des Humanismus steht, muß uns als Kampfgenosse willkommen sein, denn Europa wird humanistisch sein, oder es wird nicht sein. Richten wir den Blick auf andere Nationen, dann müssen wir uns abgewöhnen, alles das an Tugend bei einer Nation zu erwarten, was wir als Tugend empfinden, was aber vielleicht eine andere Nation gar nicht als Tugend schätzt. (Beifall.) Seien wir glücklich, in jeder Nation soviel Verwandtes zu finden, das uns ermöglicht, in Gemeinschaft arbeiten zu können.

In dieser großen humanistischen Zielsetzung müssen wir den Kurs streng nach Westen richten, weil die Erhaltung dieses Kulturgutes die Voraussetzung auch für jede sozialistische Entwicklung ist. Bei der konsequenten Stouierung der politischen Orientierung nach dem Westen, d. h. also im besonderen nach Amerika, werden wir auch eines Tages wieder, da ja die Erde eine Kugel ist, im Osten anlangen und unsere schwer geprüften Brüder aus der erneuten Knechtschaft befreien können. (Bravorufe.)

Erich Arp, Kiel: Genossinnen und Genossen! Wenn, wie das „Rhein-Echo“ schreibt, dies ein Parteitag der praktischen Klärung sein soll, müssen wir, glaube ich, noch einige Probleme deutlicher ansprechen. Hier stehen das Referat des Genossen Schumacher und eine Reihe von Anträgen zur Diskussion. Ich möchte vorweg bemerken, daß ich mich für die Annahme der Anträge Nr. 3 und 4, wo die Einsetzung einer Programmkommission gefordert wird, aussprechen möchte und gegen den Antrag Nr. 60 des Parteivorstandes, der dem Parteitag diese Arbeit abnehmen und sich selbst vorbehalten möchte.

Genossinnen und Genossen! Es muß doch einmal offen gesagt werden, daß eine tiefe Sorge und Unzufriedenheit in den Reihen der SPD herrscht über viele Mißerfolge und Rückschläge im Kampf um die demokratische Neuordnung in Deutschland. Die Entlastung eines Schacht ist nicht das erste, sondern nur das letzte Alarmsignal, daß das westdeutsche Großindustrie- und Finanzkapital, daß Großgrundbesitz und Großbürokratie, daß die ganze konservativ-liberalistische Gesellschaft ihre Restauration gerade in diesen Monaten sichern konnte.

Eben noch durch Kompensation und Hortung einerseits und jetzt durch den Trick einer halbjährigen Pause zwischen dem Geldschnitt der Währungsreform, der den Kleinbesitz, das Arbeitseigentum traf, und einem Lasten- und Vermögensausgleich, der dann den Großbesitz kaum mehr fassen wird, werden die ökonomischen Positionen des Kapitals, des großen, mittleren und kleinen Kapitals, immer mächtiger gegenüber den Verbraucherschichten, den Werktätigen, den Heimatvertriebenen, den Ausgebombten und anderen Opfern des Krieges.

Eine Bodenreform, die Sozialisierung und Expropriierung der für Krisen und Krieg, für Faschismus von gestern und für Reaktion von heute und morgen verantwortlichen Kapitalisten wird uns trotz vieler Gesetzesvorstöße von Schleswig-Holstein bis Nordrhein wider alles Recht drei Jahre lang verwehrt. Selbst ein Mitbestimmungsrecht der gewerkschaftlich Organisierten in der Wirtschaft durch Betriebsrätegesetze wird uns von der deutschen Reaktion bestritten und von Generalen verwehrt.

Eine Deflationspolitik gibt jetzt dem ausländischen Privatkapital die Chance, daß uns statt einer Nationalisierung der sozialisierungsreifen deutschen Schlüsselindustrien deren Entnationalisierung aufgezwungen wird. Steigende Arbeitslosigkeit, diese bewußt tolerierte Folge einer deflationistischen Kreditpolitik, gibt der deutschen Reaktion die Möglichkeit, mit der Preis-Lohn-Schere den Reallohn zu senken. Nach dieser Deflationsphase scheint mit ähnlichen Tendenzen eine Inflationsperiode bereitgestellt zu sein.

Das Referat des Genossen Schumacher hat einen Teil der objektiven Hemmnisse analysiert, die im deutschen Besatzungsland eine demokratische Politik

zunehmend hinderten und die so manche Hoffnung unserer Mitglieder und Funktionäre enttäuschten.

Genossen! Wir als Delegierte der neuen sozialdemokratischen deutschen Arbeiterbewegung sind uns gerade in der heutigen Situation darin einig, daß wir nicht ablassen von der Parole des Hannoverschen Parteitages: Sozialismus ist die Aufgabe der Gegenwart! Aber, um voranzukommen, heißt es jetzt ganz ehrlich erkennen, bekennen und überwinden den zweiten Teil jener subjektiven Hemmnisse, die nicht von außen her, sondern die in unserer Partei selbst seit 1945 zum jetzigen Wellental geführt haben. Ein großer Teil eurer 58 Anträge beweist, was uns fehlt: ein großes sozialistisches Kampfprogramm und seine konsequente, kompromißlose Durchführung! (Bravo!) Gerade diese Anträge beweisen, daß wir uns wieder — oder immer noch — in einem Stadium befinden, wo in der praktischen Politik unserer Partei weniger der wirklich revolutionäre Wille ihrer aktiven Mitglieder und Funktionäre seinen Ausdruck findet, als vielmehr, daß wir in einen Zustand zunehmend hineingeraten, wo durch einen selbständig handelnden Parteiapparat einerseits und durch den Ministerialismus andererseits eine allzuoft nur noch empirisch-opportunistische Politik getrieben wird.

Genossen! Im Sinne dieser Kritik will ich nur einige in euren Anträgen zitierte Beispiele aufzählen, wie z. B. mit autoritären Methoden das Mitgliedschaftsverbot zur VVN ausgesprochen wurde. Nur ein Parteitag sollte eine solche Frage entscheiden. Ein anderes Beispiel ist, wie der Kulturausschuß und die Kulturpolitik einer bestimmten Gruppe in die Hände gelegt wurde. Weil nicht koordiniert wurde, passiert es, daß Sozialdemokraten tolerierend in den Länderparlamenten oder gar durch SPD-Gesetzesinitiative die Versorgungsansprüche für Berufssoldaten regeln, bevor die von uns vertretenen Rentner, Kriegs- und Nazigeschädigten ihre gerechteren Ansprüche auch nur im entferntesten festgesetzt, geschweige denn geregelt sehen, ohne daß die Gesamtpartei überhaupt gesprochen oder sich eingeschaltet hätte. Die Hauptkritik aber ist doch an der unklaren Wirtschaftspolitik unserer Partei zu üben, für die wir Anhänger der Planwirtschaft auch heute als schlechte Planpolitiker kein wirtschaftspolitisches Aktionsprogramm vorliegen haben. Wir fragen, wo war bis zum heutigen Tage eine klare Ablehnung und Kampfansage der SPD gegen die als rein monetäre Maßnahme aufgelegene Währungsreform? Wo war vor und im Zeitpunkt der Währungsreform, wo ist heute die konkrete Forderung auf Sozialisierung und öffentliche Kontrolle des Bank- und Kreditwesens?

Ich hoffe, daß dieser Parteitag als ersten Punkt eines sozialistischen Kampfprogramms sich wenigstens auf jene Forderung festlegt, die ich in der Lastenausgleichs-Resolution vermisste und die Wirtschaftsratsfraktion und PV bisher noch nicht klar erhoben haben, daß nämlich auf keinen Fall der soziale Lastenausgleich durch den indirekt gewählten Wirtschaftsrat erfolgt. Die SPD muß und kann als stimmenmäßig und organisatorisch stärkste Partei allgemeine direkte Wahlen einsetzen vor diesem Lastenausgleich. Genossen! Nur dadurch können wir die ökonomische Vormacht diesen restaurierten Kapitalistenklassen in letzter Minute wieder entreißen. Meine Redezeit ist zu kurz, um mehr als einige Probleme zu streifen. Mögen andere die Kompromißpolitik im Länderrat kennzeichnen. Carlo Schmid hat bereits auf eine Erscheinung, wie den Länderpartikularismus, deutlich genug hingewiesen, der z. B. in Nordwestdeutschland unter vier SPD-Ministerpräsidenten die vom Genossen Schumacher schon vor zwei Jahren geforderte Lösung eines Niederdeutschland nicht zuzulassen droht. Ich will nur auf den neuesten Fall hinweisen, daß von unseren SPD-Ministern im Länderrat kein Veto gegen das unmögliche, weil juristisch unwirksame Preiswuchergesetz erhoben wurde, gegen ein Gesetz, das ich einen Hund ohne Zähne, einen Alibi-versuch der Preistreiber nennen möchte. Ich muß darauf hinweisen, daß wir zeitweise in acht, immer noch in fünf oder sechs Ländern mit SPD-Wirtschaftsministern die Länderexekutive in der Hand haben. Es fehlt dort u. a. besonders an einer Voranbringung der Wirtschaftsdemokratie vom Betriebsrätegesetz bis zu Industrie- und Handelskammer- und Handwerkskammer-Reformen, für die durchaus legislative Grund-

lagen bestehen. Es fehlt vor allem an dem Willen zur Ausnutzung oder Aufgabe von Machtpositionen.

Ich will nur darauf hinweisen... (Der Vorsitzende weist auf die vorgeschrittene Zeit hin)... es bleibt mir nichts anderes übrig, als mich später wieder zu Wort zu melden, da meine Zeit abgelaufen ist. Ich möchte zum Schluß nur noch sagen: Wir haben diese unsere Partei organisatorisch neu aufgebaut, wir wollen sie neu und verjüngt gestaltet sehen zu einem Instrument der sozialen demokratischen Revolution.

H e r m a n n L ü d e m a n n , Kiel: (Die ersten Sätze des Redners gingen wegen Undeutlichkeit bzw. Störung des Mikrophons verloren.)

Ich möchte aussprechen, wir haben das große Glück, an der Spitze unserer Partei in dem Genossen Schumacher ein ganz besonders gekennzeichnetes Opfer des Faschismus zu haben. Andere stehen daneben, die ähnliches durchgemacht haben. Es wäre daher natürlich gewesen, wenn wir größte Sammelstelle der Opfer des Faschismus geworden wären. Leider ist festzustellen, daß uns das nicht gelungen ist, daß wir uns in dieser Beziehung nicht genügend eingesetzt haben und daß in den Organisationen der Opfer des Faschismus sehr bald infolge unserer Passivität die Kommunisten die Oberhand gewinnen werden. Dies ist ein Veräumnis. Die Aufforderung an die Parteimitglieder, der VVN den Rücken zu kehren, ist eine Maßnahme, die auch unzulässig ist, weil sie nicht dazu dient, etwas Neues an die Stelle des schlechten Alten zu setzen. Wir glauben unbedingt eine Zusammenfassung dieser Kräfte als Mittelpunkt für organisatorische Einrichtungen in Erinnerung an die Leiden dieser Menschen zu pflegen und davon ausgehend den Kampf nicht nur gegen den Faschismus, sondern gegen jede Art von diktatorischen Bestrebungen zu pflegen, um das deutsche Volk zu einer echten und lebendigen demokratischen Kampfgemeinschaft zu erziehen, die wenigstens einmal jährlich in dem allgemeinen Tag der Demokratie seinen Ausdruck finden müßte. Ihr könnt das nicht etwa innerhalb der Partei machen, das ist eine Volkssache und wir müssen uns jetzt stark genug fühlen, um im Rahmen einer solchen Volksbewegung uns als die beherrschende Masse durchzusetzen. Daß das bisher nicht geglückt ist, beweist nicht, daß es ein zweites Mal doch gelingen kann.

Ich möchte über eine andere Gruppe noch kurz berichten, die ebenfalls Opfer des Faschismus geworden ist, das sind die Ostvertriebenen und die heimatlosen anderen Flüchtlinge, Ausgebombten und Evakuierten. Sozialistischer als die Partei der Armen und Unterdrückten und Entrechteten und Heimatlosen, hätte es Ehrenaufgabe dieser Partei sein müssen, sich dieser Flüchtlingsmassen anzunehmen. (Bravo!) Ich bedauere außerordentlich, feststellen zu müssen, daß das nicht in dem erforderlichen Maße geschehen ist. Es ist zum großen Teil bei Versprechungen geblieben, es hat an Hilfe gefehlt. Ich habe tausenden Bürgermeistern den Vorwurf zu machen, daß sie nicht bereit gewesen sind, diese hoffnungslosen ärmsten Volksgenossen bei sich aufzunehmen, und zwar in Bezirken, wo dafür Raum genug vorhanden war. Ich habe Auseinandersetzungen genug gehabt mit Bürgermeistern, die nur 10 bis 20 Prozent Flüchtlinge übernommen haben und die mir erklärten, sie könnten einzelne Familien nicht mehr unterbringen. Ich spreche kein Wort über Schleswig-Holstein, das anerkannte Land der Flüchtlinge. Wir haben eine klare Politik gegenüber den Flüchtlingen eingenommen, wir bekennen uns zu ihnen und sind gewillt, ihnen bei uns eine neue Heimat zu bereiten. (Bravo!) Das ist das Allermindeste, was wir zu tun haben. Leider sind wir infolge der Verhältnisse nicht in der Lage, es so zu tun, wie wir es gerne möchten, weil wir ein kleines Land sind und belastet sind mit diesen Flüchtlingen. Wir hatten gehofft, daß unter der Führung unserer Partei ein Flüchtlingsausgleich geschaffen würde. Es ist unbeschreiblich, auf welche Widerstände wir bei unseren Bestrebungen in dieser Richtung gestoßen sind. Es gibt noch heute ein Land, das von der Sozialdemokratie beherrscht wird, in dem nur erst auf sechs Einheimische ein Flüchtling beschäftigt werden darf. Es gibt ein ganz großes Land, das Arbeitermangel hat, aber nicht bereit ist, Flüchtlinge aufzunehmen, sondern uns zumutet, wir sollen die Flüchtlinge behalten, es bewilligt uns das Geld dafür, damit wir diese Leute unterstützen

können. Und dann will man die Flüchtlinge auskämmen, um sich die Facharbeiter herauszuziehen; was nicht mehr arbeitsfähig ist, das dürfen wir behalten. Liebe Genossen! Auf dieser Grundlage sollen wir in Schleswig-Holstein, dem einzigen Land mit sozialistischer Mehrheit, eine sozialistische Politik treiben. Wie das möglich ist, das mögen die sagen, die nichts tun, um unser Los zu erleichtern.

Aber ich möchte noch eine andere Bemerkung hinzufügen. Wir haben zahlreiche Funktionäre, die denken bei allen Fragen immer nur an die Stärkung der Partei und an die möglichen Wahlerfolge. Das sind die schlechtesten Funktionäre nicht, aber sie sollten doch einsehen, daß für uns die Flüchtlinge die wichtigsten Wähler sind, denn sie sind die proletarischste Volksmasse, und unser Wahlerfolg in Schleswig-Holstein beruht nicht zuletzt darauf, daß wir diese Flüchtlingsmassen haben. Ich würde also empfehlen: Nehmt Euch der Flüchtlinge an, es wird sich lohnen, und es würde wahrer Sozialismus, den wir dabei betreiben.

Ich habe nur noch einige Minuten Redezeit, kann also über manche wichtigen Dinge leider nicht sprechen. Ich will mich nun noch kurz mit Genossen Henßler befassen, der uns empfohlen hat, in unserem Lande möchten wir auch für die Sozialisierung eintreten. Wir haben schon seit einem Jahr ein Sozialisierungsgesetz, das ebenfalls von den Engländern nicht genehmigt worden ist. Ich wollte einige Ausführungen machen zu einem Problem, das neuerdings die Öffentlichkeit sehr beschäftigt hat, nämlich das der Gebietsreform im Zusammenhang mit dem Aufbau einer föderativen Republik. Ich möchte mich hier beziehen auf eine Rede von Menzel im Auftrage des Parteivorstandes vor einem Jahr auf dem Nürnberger Parteitag. Es wurde dort von Menzel darauf hingewiesen, daß es zu den vornehmsten Aufgaben gehöre, die Grenzen der Länder neu zu gestalten, und er sagte sehr richtig, wir werden uns entschließen müssen, Gebiete zu schaffen, die wirtschaftlich, verkehrstechnisch und kulturell eine geschlossene Einheit bilden und eine eigene innere Tragfähigkeit besitzen. Diesen Sätzen ist nicht widersprochen worden, und ich habe angenommen, das sei die allgemeine Meinung der Partei. Ich bin dann sehr erstaunt gewesen — nachdem nunmehr die Militärgouverneure den Ministerpräsidenten die Aufgabe zugewiesen hat, die Ländergrenzen zu überprüfen —, daß in unserer Partei, und namentlich in den leitenden Kreisen der Partei, so wenig Neigung vorhanden war, diesem Problem Aufmerksamkeit zu schenken und es zu fördern. Es war von vornherein damit zu rechnen, daß die Ministerpräsidenten ein höchst ungeeignetes Gremium sein würde, um diese Frage zu lösen. Aber vollends unfähig dazu sind sie erst gemacht worden durch diejenigen, die in der Frage der Länderreform es für ihre Aufgabe gehalten haben, jeden Fortschritt zu verhindern. Ich habe mit großer Aufmerksamkeit die Ausführungen von Genossen Schumacher gehört, und zwar über alles, was er gesagt hat hinsichtlich des Besitzbürgertums und habe dabei immer an die Frage der Länderreform denken müssen. Wenn ich euch schildern könnte, was ich auf diesem Gebiete erlebt habe, dann müßte ich einige Stunden sprechen. Es geht hier um nichts anderes als um den Kampf einiger fortschrittlich gesinnter Elemente gegen diejenigen, die es sich zur Aufgabe gestellt haben, ihren Besitz zu verteidigen. Kurt Schumacher hat es schön formuliert, es gebe Parteien, die die Verteidigung des Eigentums als vordringlichste Aufgabe ansehen. Parteigenossen, es gibt Sozialdemokraten, die auch die Verteidigung von Länderbesitz als ihre vornehmste Aufgabe ansehen. (Bravo!) Wir sind uns klar, daß wir aus dem Zustand der Kleinstaaterie herauskommen müssen und daß diejenigen leisezutreten haben, die noch Vertreter von kleinen Staaten sind; sie müssen den Raum freigeben. Statt dessen erleben wir leider, daß alte antiquarische Länder im Vordergrund stehen mit den stärksten Bemühungen, ihren Besitz zu erhalten und zu verteidigen, und die das sagen und die das anstreben, das sind diejenigen, die die Gebietsreform sabotiert haben. Die Ministerpräsidenten haben durch ihren Beschluß, die Tätigkeit des Ländergrenzenausschusses zu beenden, den Beweis erbracht, daß sie nicht nur ungeeignet sind, neue Ländergrenzen zu ziehen, sondern unfähig, nationalen Interessen dabei Rechnung zu tragen. Jeder weiß, daß das von den Besatzungsmächten geschaffene Rheinland-Pfalz so nicht erhalten bleiben kann. Dasselbe gilt für Schleswig-Holstein, das im Norden

gefährdet ist und das nicht imstande ist, die deutschen Interessen zu verteidigen. Es sind also bei diesen Ländern keine egoistischen Wünsche, wenn sie eine Änderung erstreben. Ich hoffe deshalb, daß die Bestrebungen auf Herbeiführung neuer Grenzen nicht begraben werden, sondern daß im Zuge der neuen verfassungspolitischen Arbeit bei dem Neubau unserer neuen westdeutschen Körperschaften dafür gesorgt wird, daß die Aufgabe, die Ländergrenzen neu zu gestalten, zu einer Verpflichtung der neuen demokratischen Körperschaften gemacht wird, und ich hoffe weiter, daß unsere Partei in dieser Frage die Führung übernehmen wird. (Beifall.)

Vorsitzender G n o ß: Das Wort hat nunmehr Genosse Günther Markscheffel, Mainz.

Günther Markscheffel, Mainz: Genossinnen und Genossen! Ich möchte an die Sätze des Genossen Lüdemann anknüpfen, in denen er sagte, er hoffe, daß die Sozialdemokratische Partei die Führung übernimmt. Wir haben aber alle das Empfinden — besonders wir in der französischen Zone, die an einer exponierten Stelle Deutschlands politisch im Namen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wirken müssen —, daß alles das, was wir wollen und was die Zehntausende, die vorgestern nachmittag einige Schritte von hier demonstrierten, wünschen, von uns nicht immer so dargestellt wurde, wie es die Massen, die dort demonstrierten, zum Ausdruck gebracht wünschen. Wir haben besonders im vergangenen Jahr die Feststellung machen müssen, daß zwischen dem, was wir politisch wollen und dem, was einige unserer Exponenten bei den großen offiziellen Zusammenkünften vertreten, nicht immer in einen entsprechenden Einklang gebracht werden konnte.

Genossinnen und Genossen! Wenn von einem Diskussionsredner vorhin gesagt wurde, daß sich sowohl in den Fragen der Länderpolitik als auch in unserem Willen in der Frage der Sozialisierung eine gewisse Unstimmigkeit in der Partei ergeben hat, so können wir wohl alle, die wir aus den Bezirken kommen, bezeugen, daß dies richtig ist. Der Bezirk Rheinhessen, den ich zu vertreten habe, hat Ihnen aus diesem Grunde einen Antrag vorgelegt und bittet Sie, diesen Antrag anzunehmen. Es ist der Antrag Nr. 6, den ich nunmehr vorlesen will.

Der Parteivorstand wolle beschließen: Der Parteivorstand ist ermächtigt und verpflichtet, für die Koordinierung der sozialdemokratischen Politik in den einzelnen Ländern Deutschlands Sorge zu tragen. Die Exponenten der deutschen Länderpolitik innerhalb der Sozialdemokratischen Partei verpflichten sich. Koordinierungsbeschlüsse und Richtlinien des Parteivorstandes und Parteiausschusses innezuhalten. Sie verpflichten sich ferner, in kritischen Situationen und bei möglicher Überschneidung von Kompetenzen im Rahmen der Länderpolitik den Parteivorstand zu unterrichten und die in gegenseitiger Aussprache als Richtlinien erarbeiteten Grundsätze jeweils zu vertreten.

Genossinnen und Genossen! Wir haben in dem Referat des Genossen Schumacher und den zahlreichen Ergänzungen gehört, vor welch ungeheueren Aufgaben wir in Deutschland stehen. Wir wissen, daß auf uns Sozialdemokraten die ganze zivilisierte Welt blickt und sich fragt, ob es uns gelingt, unsere Prinzipien in politische Taten umzuwandeln. Ich bin überzeugt, daß wir nach den drei Jahren, in denen wir die Organisation wieder aufgebaut haben, auf diesem Parteitag aller Welt gegenüber bekunden müssen, daß wir gewillt sind, mit dem Instrument „Partei“, das wir in dieser Zeit wieder schufen, unsere Prinzipien vom kleinsten Funktionär bis zum Ministerpräsidenten auch prinzipientreu zu vertreten gedenken.

Vorsitzender G n o ß: Es sind noch fünf Diskussionsredner hier gemeldet. Ich habe die Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, daß, wenn wir auch nur einigermaßen mit der Erledigung unserer Tagesordnung in dem vorgesehenen Rahmen zurecht kommen wollen, die Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt eingeschränkt werden muß, da der Genosse Ollenhauer auch noch ein Schlußwort halten will. Ich bitte also dringend jeden Genossen, der nicht unbedingt zur Sache selbst noch neues vorzutragen hat, auf das Wort zu verzichten. — Als nächster Redner hat das Wort Genosse Willi Eichler.

Willi Eichler, Köln: Es ist auf diesem Parteitag sehr oft davon gesprochen worden, daß die Viermächtepolitik jetzt zusammengebrochen sei. Wenn wir zu den tieferen Gründen dieses Zusammenbruchs kommen wollen, und zu einer neuen Politik, dann können wir nicht nur davon sprechen, daß die Viermächtepolitik in Deutschland zusammengebrochen sei. Denn in Wirklichkeit, so scheint mir, ist etwas ganz anderes zusammengebrochen, nämlich die Politik des allgemeinen Paktierens mit dem Teufel, eines Paktierens zur Rettung des Großkapitals und zur Rettung der eigenen nationalen Haut. Diese Politik, die, als Hitler zur Macht kam, geteilt wurde über den großen Umweg vom Vatikan über die westlichen Demokratien bis zum Kreml — diese Politik des Appeasement, des Verrats der eigenen Prinzipien, hat seit Jahren Niederlagen erlitten. Und in dieser Serie von Niederlagen ist nun auch die Konzeption der Viermächtepolitik über die Aufteilung Europas als eine Aufteilung von Völkern unter bestimmte Machtgruppen in der Tat und verdienstermaßen zusammengebrochen. Wer einmal mit solchem Verrat seiner eigenen Prinzipien und der Weltsicherheit beginnt, der darf sich nicht wundern, wenn über die Teilung eines der Beteiligten am Kampf gegen Hitlerdeutschland, nämlich über die Teilung Polens hinweg und über die Deportierung der Ostdeutschen, über die Versklavung Osteuropas hinaus ein solch moralischer Sumpf in der internationalen Politik entsteht, daß wir bis heute Mühe haben, überhaupt ein klares Zeichen von eindeutig anständiger Richtung in dieser Politik zu entdecken. Erst wenn uns dieser moralische Sumpf vollkommen klar ist, scheint mir, wird auch die Riesenhaftigkeit der Aufgaben klar, vor denen wir stehen. In diesem Zusammenhang habe ich den Eindruck, ist nicht gebührend berücksichtigt worden, daß gerade im Kampf um Berlin heute eine Politik sich anzubahnen scheint, die wenigstens einigermaßen frei ist von rein selbstsüchtigen Motiven. Die Luftbrücke, die nach Berlin führt, ist ganz gewiß nicht etwas, was nur erklärt werden kann mit dem nationalen Interesse Englands und Amerikas. (Beifall.) Wir haben allen Grund, den Anstrengungen aller Beteiligten an dieser Luftbrücke unseren Dank auszusprechen. Ich denke, daß das zu dem Dank an die Berliner Genossen dazu gehört. Ich glaube, das ist ein Punkt, der in der Diskussion vergessen worden ist, der in der Diskussion eines sozialdemokratischen Parteitages aber eigentlich nicht fehlen dürfte. Wir haben von der notwendigen Hilfe, die heute von allen geleistet werden muß, gesprochen. Es ist bei dieser Hilfe klar zum Ausdruck gekommen, daß hier das erstmal das Bewußtsein einer Verantwortung für das Schicksal anderer Völker übernommen werden muß, auch wenn sich die Übernahme dieser Verantwortung im Augenblick und vielleicht überhaupt nicht im materiellen Sinne bezahlt macht. Das scheint mir ein Schulbeispiel für die Konzeption einer internationalen Politik zu sein, die in der Tat die Lösung beinahe jeder bedeutenden nationalen Aufgabe, auch jeder nationalen deutschen Aufgabe, als unlösbar erkennt, wenn sie nicht in Übereinkunft und in Zusammenarbeit mit den anderen Völkern erfolgt. Nur diese Grundhaltung läßt uns die richtige Stellung gewinnen, auch zur Lösung unserer eigenen deutschen Probleme. Deshalb scheint mir auch die Ablehnung der Weststaatskonzeption durch unsere Partei so bedeutungsvoll. Sie ist nicht nur deshalb wichtig, weil wir damit einer Teilung Deutschlands das Wort reden würden; sie ist vor allem wichtig, um der Welt zu zeigen und auch unseren Deutschen, daß es hier keine Teillösungen gibt, die auch Europa endgültig teilen würden.

Der Genosse Brandt hat in dem Versuch, der europäischen Aufgabe einen konkreten Antrieb zu geben, darauf hingewiesen, daß es nötig wäre, eine sogenannte funktionelle europäische Zusammenarbeit in die Wege zu leiten, d.h. eine Zusammenarbeit, die sich auf einer Reeuropäisierung des Transport-, des Kreditwesens und einer Reihe anderer Möglichkeiten aufbaut. Ich glaube, daß das gut, aber nicht genug ist. Es wird europäisches Zusammenarbeiten dieser Art sicher auch von anderen Leuten versucht werden, weil es wirtschaftlich rentabel ist, wirtschaftlich vernünftig. Aber es genügt ja nicht, daß wir vielleicht ein europäisches Stahlkartell bekommen oder eine Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen der I. G.-Farben oder daß irgendwelche anderen Konzerne Anstrengungen solcher

Art machen. Worauf wir als deutsche Sozialisten, und worauf alle Sozialisten ihre Angriffe konzentrieren müssen, das ist die Zwangsvorstellung der nationalen Souveränität. Diese angebliche Idee, die noch nie eine Idee war, sondern ein Hirn-  
gespinnt verruchter Machtpolitik, diese „Idee“ muß aus den Köpfen radikal ausgemerzt werden, und sie ist es heute bei weitem nicht. Was an internationaler Zusammenarbeit bis heute angesponnen ist, ist sehr dürftig. Wir, die wir im Wirtschaftsrat Gelegenheit hatten, uns mit den inneren Zusammenhängen des Marshall-  
planes auseinanderzusetzen, müssen dabei feststellen, daß diese Zusammen-  
arbeit heute beinahe, oder ich möchte sagen von allen Völkern ohne Aus-  
nahme dazu benutzt wird, aus dem gemeinsamen Topf möglichst viel heraus-  
zubekommen und möglichst wenig hineinzutun. Es ist keineswegs die Vorstellung  
verbreitet, daß man heute wirklich die nationalen Wirtschaften nicht auf Kosten  
der anderen wieder aufbauen sollte, und tatsächlich kann man sie endgültig über-  
haupt nicht mehr aufbauen ohne engen Zusammenhang mit den anderen nationalen  
Wirtschaften. Der Skandal, der sich bei der Demontage der südbadischen Uhren-  
industrie gezeigt hat, indem der Vorsitzende des englischen Uhren-Industriellen-  
verbandes öffentlich erklärte, es sei seinem Einfluß mit zuzuschreiben, daß die  
Produktionsquote für Uhren in dieser Gegend von 78 % auf 50 % herabgesetzt  
wurde, dieses Beispiel zeigt, daß auch in einem Lande, in dem eine Labour-Regie-  
rung an der Macht ist, noch Kräfte winken, die weit davon entfernt sind, dem  
sozialistischen Programm ihrer Regierung zu folgen. Bei aller Bewunderung für  
die Anstrengungen der englischen Genossen scheint mir dieser Hinweis auf die  
Unmöglichkeit der nationalen Begrenztheit eines echten Sozialismus hier nötig zu  
sein. Es ergibt sich deshalb die Aufgabe, diejenigen zu bemühen, die dem Programm  
und ihren Grundsätzen nach dazu bereit und verpflichtet sind, und das ist,  
Genossen, die sozialistische Internationale, die bis heute noch nicht eigentlich  
besteht. Deshalb, weil wir hier ja soviel Vertreter der Internationale haben, glaube  
ich, ist die Erörterung der Reaktivierung einer internationalen sozialistischen  
Kampfgemeinschaft unbedingt vonnöten. (Beifall.) Auf dem Pariser Kongreß der  
Internationale im April dieses Jahres ist beschlossen worden, ein Büro zum Studium  
und zur Propagierung eines Vereinten Europa einzusetzen. Dieses Büro ist inzwi-  
schen auch gegründet worden. Es hat seinen Sitz in Paris, aber das Budget dieses  
Büros ist so groß, daß man in der Öffentlichkeit eigentlich gar nicht darüber reden  
könnte. Wenn man denkt, daß von dieser Zentrale aus Inspirationen ausgehen  
sollen zur Bildung eines Europas, das von moralisch einwandfreien Prinzipien  
geleitet wird, dann glaube ich, ist von den ersten Anfängen dieses Büros bis zur  
Möglichkeit der Verwirklichung seiner Aufgaben noch ein großer Schritt nötig.  
Dieses Büro, so scheint mir, hat viele Aufgaben, deren Lösung heute allen auf den  
Nägeln brennt, selbst da, wo sie eigentlich wie eine deutsche Angelegenheit aussehen.

Damit komme ich zur Frage der Ruhr und der Sozialisierung in Nordrhein-  
Westfalen. Die Internationalisierung des Ruhrgebietes und der gesamten euro-  
päischen Schwerindustrie wäre eine Aufgabe, die von internationalen Sozialisten  
und nur von ihnen vertreten werden kann, weil nur bei ihnen sicher ist, daß nicht  
irgendwelche Hintergründe kapitalistischer Machtinteressen hier eine angebliche  
Internationalisierung der Ruhr anstreben, die in Wirklichkeit nichts weiter als  
eine Annexion bedeuten würde. Diese Aufgabe und eine Reihe weiterer angeblich  
deutscher Aufgaben, auch die Frage der Behandlung Westdeutschlands und die  
Behandlung der Ostzone wären etwas, was den Internationalisten, und nur ihnen,  
zugemutet werden kann, aber auch zugemutet werden muß, und in diesem Rahmen  
gewinnt die internationale Tätigkeit deutscher Sozialisten wirkliche Kraft und  
Inspiration. (Beifall.)

Peter Jacobs, Trier: Der Anregung des Genossen Gnoß auf Abkürzung der  
Debatte hätte ich sehr gern entsprochen, wenn ich nicht glaube, auf einen beson-  
deren Umstand hinweisen zu müssen. Das ist die Tatsache, daß nach unserer Auf-  
fassung die Partei die Politik allzusehr aus der Perspektive der Bizone sieht, ohne  
Berücksichtigung der besonderen Bedingungen, unter denen wir in der französischen

Zone leben. Es bedarf durchaus nicht eines so massiven Materials wie des Eisens, um einen Vorhang wirksam werden zu lassen. Diese unterschiedlichen Bedingungen äußern sich nicht nur in einem verdorbenen Magen gelegentlich einer Reise in die Bizonen als Folge dort erhöhter, bei uns jedoch noch unbekannter Genüsse. Wir haben größte Bedenken gegen die im Rahmen der deutschen Zuständigkeiten nicht ausgenutzten Möglichkeiten in der so wichtigen Frage der Länderbildungen. Ihre sachgemäßere Behandlung wäre schon aus rein wirtschaftlichen und politischen Erwägungen notwendig gewesen. Der Genosse Lüdemann hat mit Recht auf die Tatsache der Nichtexistenzfähigkeit eines Gebildes wie das von Rheinland-Pfalz hingewiesen. Die Zurückweisung des vom Landtag einstimmig angenommenen Gesetzes über die Kriegsopterversorgung durch die französische Militärregierung ist eine einzige Demonstration für diese Behauptung und zeigt, daß dieses Land finanziell nicht in der Lage ist, ein Minimum an sozialen Verpflichtungen zu erfüllen. Ich nehme aber auch die Anwesenheit des von uns verehrten und geschätzten Genossen Grumbach als dem Vertreter der französischen sozialistischen Partei zum Anlaß, ihn auf gewisse Besonderheiten unseres Verhältnisses zu Frankreich als Besatzungsmacht hinzuweisen, da wir gerade bei dem Genossen Grumbach um jemanden wissen, der für die Nöte und Verhältnisse auch in unserem Lande Verständnis hat. Wir Sozialdemokraten wissen, ja, wir wissen es ganz besonders, daß einem Volke niemals die Freiheit auf den Spitzen der Bajonette einer Besatzungsarmee gebracht wird. Wir wollen trotzdem versuchen, die aus der Realität des Vorhandenseins einer Besatzungsmacht sich ergebenden Notwendigkeiten anzuerkennen, allerdings unter der Voraussetzung, daß diejenigen, die sich strebend bemühen, Bedingungen dabei offen bleiben, die ihnen den Boden nicht unter den Füßen wegnehmen. Darauf, Genossen, muß im besonderen hingewiesen werden, weil auch in unserem Verhältnis zu einzelnen Stellen der Besatzungsmacht es angebracht erscheint, sie daran zu erinnern, daß die politische Ehre von der persönlichen Ehre nicht zu trennen ist.

Der Versuch der Sozialdemokratie, in Rheinland/Pfalz gegebene Möglichkeiten der Länderumbildung nutzbar zu machen, hat in den eigenen Reihen der übrigen Zonen nicht überall den Widerhall gefunden, den wir erwartet hatten. Es sind nicht nur wirtschaftliche und soziale Gründe, die uns Veranlassung geben, dieses von uns immer nur als Provisorium betrachtete Gebilde — besser heute wie morgen wieder aufzulösen. Vielleicht ist für unsere Stellungnahme noch entscheidender die politische Gefahr, die an dem Tage eines Regimewechsels in Frankreich entsteht, dessen Grundlage in den Beziehungen unserer beiden Völker untereinander in der Aufrechterhaltung eines historisch deutsch-französischen Gegensatzes zu suchen ist. Wenn dieser beherrschende Grundsatz seinen Niederschlag in der französischen Besatzungszone findet, dann ist damit das Land Rheinland/Pfalz erneut ein neuralgischer Punkt im Verhältnis unserer beiden Völker zueinander. Niemand gibt uns die Garantie, daß der Tag nicht mehr fern ist, an dem dieser angeedeutete Regimewechsel in Frankreich sich vollzieht. Solange es noch einen Sinn hat, bitten wir Frankreich, sich endlich einmal darauf zu besinnen, daß das, was es gegenüber den wirklichen demokratischen Kräften in Deutschland zu tun verpflichtet war, meistens zu spät geschehen ist (Beifall) und es damit nicht nur um seine psychologische, sondern auch seine materielle Wirkung gebracht wurde. In Frankreich ist man anscheinend immer nur bereit, Konzessionen unter einem gewissen Druck zu machen, die dann in Deutschland solchen Kräften zugute kommen, denen eine Verständigung mit Frankreich stets nur eine Angelegenheit eigener machtpolitischer Ohnmacht ist.

Wir bitten deshalb, das Gespräch über die Länderbildung baldmöglichst wieder aufzunehmen, und zwar im Interesse der Bereinigung der Verhältnisse zwischen unseren beiden Nachbarvölkern. Wir freuen uns, in der französischen sozialistischen Partei eine in diesem Lande wirksame Kraft zu wissen, die aus europäischer Konsequenz heraus die Gebote der Vernunft in ihrer politischen Haltung beachtet. Sie macht damit im Effekt auch eine gute französische Politik. Wir unsererseits sollten Frankreich als Volk nicht mehr zumuten, wie unter den gegebenen Um-

ständen von ihm verlangt werden kann. Denn auch in Frankreich gibt es kleine Leute, die nicht über ihren Gartenzaun hinauszusehen vermögen, auf deren Interessen aber Rücksicht zu nehmen ist. Wir Sozialdemokraten sollten deshalb uns gegen eine mit den Gesetzen der Logik nicht in Einklang zu bringende Auffassung des Durchschnittsbürgers bei uns zu Lande zur Wehr setzen, die sich daran gewöhnt hat, Frankreich als Volk wie auch als Individuum als minderwertig zu betrachten, um von demselben Volk, nur weil es in unserem Interesse gelegen ist, eine vollkommene Politik zu verlangen. Auf der Basis dieser gewandelten Einstellung haben wir das Recht, Frankreich klar zu machen, daß es bei aller Anerkennung seines Sicherheitsbedürfnisses und seines Anspruches auf Wiedergutmachung, nicht möglich ist, den ihm als 40-Millionenvolk zugefügten Schaden in seiner nur aus fünf Millionen Einwohnern bestehenden Besatzungszone auch nur halbwegs kompensieren zu können. (Beifall.) Frankreichs Verlangen hat zur Folge einen Lebensstandard für die in seiner Zone lebenden Menschen, der noch weit unter dem liegt, den aufrecht-zuerhalten auch noch in einem geschlagenen Deutschland möglich ist. Die weitere Folge ist unter Umständen die Schaffung von politischen Verhältnissen, die uns je nach der Konzeption, die in Frankreich über Deutschland vorherrscht, in eine ähnliche Situation wie das Saargebiet bringt. Daß das auf die Dauer gesehen auch für Frankreich nicht von Vorteil ist, das einzusehen bitten wir. Unbegreiflich ist uns aber auch, wie Frankreich als Besatzungsmacht durch seine Vertreter sich in seiner Zone Kräfte bedient, eben aus einem falsch verstandenen Sicherheitsbedürfnis heraus, die nach unserer Auffassung alles andere als geeignet sind, der wirklichen Klärung des deutsch-französischen Verhältnisses zu dienen. Es ist ein Unglück, daß Frankreich stets den Cordon Sanitaire an die falsche Stelle legt, nämlich gegenüber der deutschen Sozialdemokratie. Wir glauben nicht erst den Nachweis erbringen zu müssen, darum zu wissen, daß von dem Verhältnis Frankreichs und Deutschlands untereinander mehr abhängt als von sonstigen zwischenstaatlichen Beziehungen, sondern daß in den friedlichen Beziehungen dieser beiden Völker der Schlüssel für den Frieden Europas geborgen liegt. Weil wir als Sozialdemokraten an die Realität der Worte glauben, möchten die dem gewaltigen Tongemälde eines deutschen Meisters, das gestern hier anläßlich der feierlichen Eröffnung dieses Parteitagcs erklang, zugrundeliegen. Deshalb bitten wir Frankreich, fernerseits daran glauben zu wollen, daß in unserem Lande Kräfte wirksam sind, denen es ernst mit einer deutsch-französischen und damit europäischen Verständigung ist. Deshalb aber auch unsere Bitte, die Politik der Vorsicht, der Diffamierung, die Politik des Cordon Sanitaire gegenüber der deutschen Sozialdemokratie ad acta zu legen. Eine Politik der Vernunft, also eine Politik der Stärkung der deutschen sozialdemokratischen Kräfte, ist die beste Garantie für ein berechtigtes Sicherheitsbedürfnis Frankreichs. (Beifall.)

Heinrich Jochem, Oberhausen: Der Genosse Arp, Kiel, hat bereits vorhin auf die Bedeutung der Anträge 3, 4 und 5 hingewiesen, die den Parteitag beauftragen, ein Aktionsprogramm unserer Partei auszuarbeiten. Er hat auch den Wunsch an den Parteitag ausgesprochen, diese Anträge zugunsten des Antrages 60 des Parteivorstandes anzunehmen, der die Bildung eines solchen Ausschusses seitens des Parteivorstandes vorsieht. Ich schlicße mich dieser Bitte an und ersuche den Parteitag, die Schaffung eines solchen Ausschusses selbst zu bestimmen, und zwar aus der Sorge heraus, die uns aus den Erfahrungen der letzten drei Jahre bewegt. Wir mußten feststellen, daß in bestimmten Situationen eine einheitliche Stellung und Haltung der Partei in den Ländern nicht eingehalten wurde und daß dadurch das Gesamtbild der politischen Haltung der Partei ein zerrissenes Bild gegenüber der Bevölkerung werden mußte.

Wenn gestern hier in dem Referat unseres Genossen Schumacher die Worte gebraucht wurden, daß weder in Deutschland noch in Europa ohne die Sozialdemokratische Partei eine dauerhafte Politik betrieben werden kann, dann, Genossen und Genossinnen, glaube ich mich zu entsinnen, daß auch in der Zeit vor 1933 diese Redewendung sehr häufig gebraucht wurde und daß trotzdem dann eine Zeit

über uns hereinbrach, in der ohne uns Politik gemacht wurde. Diese Redewendung klingt nach außen sehr gut, aber sie kann zu einer hohlen Redensart werden, wenn sie nicht begleitet und unterstrichen wird von einer Haltung, die im Einklang zu der Theorie steht. Wir haben uns unsere Gegner genau angesehen, um sie zu erkennen und ihre Macht richtig einzuschätzen. Wir sind als sozialdemokratische Bewegung eingekellt zwischen zwei große Pole. Für uns gilt es, die Frage zu klären, ob wir unabhängig von der Politik dieser beiden Pole, eine Basis finden können, die geeignet ist, die Massen an uns zu ziehen. Ich brauche von der einen Machtgruppe, die des Ostens, nichts zu sagen. Das ist hier auf dem Parteitag in eindeutiger Weise geschehen. Wir haben uns aber auch die andere Seite genau angesehen, jene Machtgruppe des Westens, insbesondere Amerika. Natürlich müssen wir den Marshall-Plan anerkennen, weil wir ihn brauchen. Ob wir aber die Politik, die mit diesem Plan verbunden ist, so ohne weiteres mitmachen, das ist die Frage, die wir zu klären haben. Wir stellten fest, daß immer dann, wenn in den Ländern Gesetze angenommen werden, die irgendwie den sozialistischen Grundsätzen entsprechen, diese Gesetze von der Militärregierung nicht bestätigt wurden. Ich denke an das Gesetz des Landes Nordrhein/Westfalen über die Gegenzeichnung der Betriebsräte zu den monatlichen Produktionsmeldungen, das unseren Betriebsräten erhebliche Rechte in die Hand gab und damit den Anfang zur Demokratisierung der Wirtschaft bildete. Ich denke an das Gesetz zur Sozialisierung des Ruhrkohlenbergbaues dieses Landes, ich denke auch an das Betriebsrätegesetz des Landes Hessen. Immer wieder, wenn irgendwelche grundlegenden Neuregelungen, die im Interesse der Arbeiterschaft liegen, getroffen werden sollen, zeigt sich, daß die Besatzungsmächte uns in den Arm fallen und mit der deutschen Reaktion gemeinsame Sache machen. Wir wollen zu diesen Dingen jetzt eine klare Haltung einnehmen. Daß ein General Clay und die hinter ihm stehenden Mächte keine Politik betreiben können, die uns not tut, ist erklärlich, weil diese Menschen aus einem Lande kommen, das eine ganz andere Wirtschaftsstruktur besitzt als die Europas oder gar Deutschlands. Wenn wir in dem reichen Amerika lebten, würden auch wir wahrscheinlich nicht viel über Wirtschaftsdemokratisierung und Vergesellschaftung sprechen. Ein Beweis dafür mag sein, daß eine marxistisch-sozialistische Bewegung dort nicht besteht. Wir befinden uns in einer völlig anderen Situation. Deshalb können wir der Geistesrichtung der Militärregierung nicht folgen und müssen eine eigene politische Haltung beziehen. Die Besatzungsmächte sollten einsehen, daß diesen Dingen Rechnung getragen werden muß. Wir müssen zu diesen Machtgruppen eine andere Haltung einnehmen.

Wenn gestern Genosse Henßler meinte, daß es möglich sein müßte, die Sozialisierung unserer Schlüsselindustrien mit Hilfe des linken Flügels der CDU durchzuführen, so möchte ich demgegenüber sagen, daß es uns nicht gelingen wird, die CDU auf diese Basis zu bekommen, oder aber wir müssen ein gutes Stück unserer Grundsätze der Sozialisierung aufgeben. Das beweisen die Anträge Dr. Adenauers und die Besprechungen mit der CDU-Fraktion im Landtag von Nordrhein/Westfalen. Wenn Genosse Henßler gestern sagte, daß wir unter Umständen zu einer Volksabstimmung in dieser Frage schreiten müßten, dann möchte ich bitten, daß der Parteitag dieser Forderung einen viel stärkeren Rückhalt gibt. Wir müssen uns darüber klar sein, daß das deutsche Volk in einer Volksabstimmung zu dieser Frage eine positive Haltung einnehmen und sich mit mindestens 70 % Ja-Stimmen für die Vergesellschaftung entscheiden würde. Eine solche Aktion würde auch den Besatzungsmächten gegenüber zeigen, daß das deutsche Volk die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien wünscht. Ich bitte, daß der Parteivorstand eine solche Aktion vorbereitet, um eine sozialistische Politik in Deutschland zu ermöglichen und den Besatzungsmächten zu zeigen, daß sie uns, wenn sie schon demokratische Politik in Deutschland durchzuführen wünschen, nicht bei jeder Gelegenheit daran hindern. Wir müssen diesen Schritt auch deshalb tun, um der gequälten Menschheit zu zeigen, daß es aus dem Dilemma, in das uns der Weltkrieg gebracht hat, einen Ausweg nur dann gibt, wenn der Sozialdemokratischen Partei die Möglichkeit gegeben wird, die sozialistischen Grundsätze zu verwirklichen. (Beifall.)

Vorsitzender Gnoß erteilt dann zunächst das Wort

Herbert Wehner, Hamburg: Von diesem Parteitag erwarten nicht nur die Parteimitglieder, sondern auch breite Massen außerhalb unserer Partei etwas Besonderes. Das Referat des Genossen Kurt Schumacher wird, glaube ich, in vielen ausschlaggebenden Fragen klärend wirken. Aber es wäre zu wenig, wenn der Parteitag nur dieses Referat zu bieten hätte.

Es wurde der Gedanke ausgesprochen, daß das Schicksal der Demokratien Mittel- und Westeuropas vom sozialen Gehalt abhängig ist, den man ihnen zu geben vermag. Das ist, so scheint mir, der entscheidende Punkt. Es genügt nicht, allgemein von der Expansion des Ostens und den kapitalistischen Interessen im Westen zu sprechen. Die Expansion des Ostens kann sich — das ist das Besondere an ihr — genau so weit ausbreiten, als es ihr möglich gemacht wird, vorzudringen. Die Grenze ihres Vordringens bilden tiefgreifende soziale Reformen. Wir in Deutschland haben im Kampf um unsere eigene Existenz eine europäische Mission zu erfüllen.

Wenn man das, was unsere Partei zur Zeit tut und aufzuweisen hat, kritisch prüft, so hebt sich der Kampf in und um Berlin ab. Es genügt nicht, daß wir den Berlinern unsere Bewunderung aussprechen, sondern wir sollten überlegen, wie wir, über das bisher geleistete bescheidene Maß materieller Solidarität hinaus, im Westen Deutschlands ein politisches Äquivalent zu diesem Kampf finden und leisten können. Die Berliner sagen hier in ihrer sympathisch bescheidenen Weise, sie täten nichts als ihre Pflicht. Ich glaube, die Pflicht des Parteitages ist es, zu einem Ergebnis zu kommen, wie wir diesen Kampf in Berlin, der ein Kampf von gesamtdeutscher Bedeutung ist, überall in unseren Gebieten mit gleicher Stärke, mit gleicher Vehemenz unterstützen und führen, so daß es in der Welt nicht mehr überhört werden kann. Bei diesem Kampf geht es nicht, wie viele im Westen noch meinen, einfach um Interessen der Besatzungsmächte. Wir müssen erreichen, daß — wie es die Berliner zum erstenmal erreicht haben — das ganze deutsche Volk nicht mehr überhört werden kann.

Wir erleben zur Zeit eine Inflation der großen Worte. Man spricht von Europa-Union, gesamteuropäischem Parlament, Weltregierung und andern an und für sich erstrebenswerten Dingen. Wie aber verhalten sich viele ihrer Befürworter zu den brennenden Fragen, von denen Europas Schicksal abhängt? Wenn es richtig ist, daß das Schicksal Europas von dem sozialen Gehalt abhängt, den man den mittel- und westeuropäischen Staaten geben wird, dann haben diese tönenden Worte nur zweitrangige Bedeutung. Wir sollten unsere Aktivität nicht darauf verschwenden, in diesen Gleisen mitzulaufen. Wenn Europas Schicksal davon abhängt, welchen sozialen Gehalt man den Staaten Mittel- und Westeuropas zu geben vermag, so bedeutet das, daß vor allem die noch vorhandenen Produktionsmöglichkeiten maximal ausgenützt werden müssen. Deshalb ist es von europäischer Bedeutung, ob man uns Deutschen die Möglichkeit gibt, das, was uns geblieben ist an Produktionsmitteln, maximal auszunützen und auszuweiten. Heute noch gibt es sogenannte nationale Programme, die dem tatsächlichen europäischen Wiederaufbau entgegenstehen. Die demokratischen Sozialisten Europas müssen sich klar darüber werden, daß es von der maximalen Steigerung der Produktion abhängt, ob die Demokraten des Westens und Mitteleuropas erhalten werden und Einfluß auf die Entwicklung im Osten gewinnen können. Der Kampf um den Osten kann nur mit durchgreifenden sozialen Reformen im Westen geführt werden. Ich halte nichts von der heute hier vorgetragenen „optimistischen“ Vorstellung, wir müßten sozusagen von selbst wieder nach dem Osten kommen, weil die Erde rund sei. Ein solcher Optimismus mag beruhigend sein, aber er ist unwirklich. Die unterdrückte und zu Grabe getragene freie Arbeiterbewegung der osteuropäischen Länder kann nicht morgen oder übermorgen sozusagen von selbst wieder auferstehen. Wer die Furchtbarkeit des totalitären Regimes im Osten kennt, weiß, daß es nicht eine Frage von wenigen Jahren ist, sondern daß man dort für Generationen die physische und geistige Möglichkeit der Wiedererweckung einer freien, selbständigen Arbeiterbewegung ausrötet. Spielt nicht mit dem Gedanken, der demokratische Sozialismus

werde dort sozusagen von selbst wiederkehren! Ich habe zum erstenmal Gelegenheit, auf einem Reichsparteitag der SPD zu sprechen; ich war früher Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei. Zur Sozialdemokratischen Partei bin ich gekommen, weil mir klar wurde, daß der Sozialismus untrennbar mit der Freiheit verbunden ist, und daß man dafür kämpfen muß. In der Kommunistischen Partei gibt es Tausende und aber Tausende, die über die Ereignisse und die Entwicklung in ihrer eigenen Partei tief unzufrieden und unglücklich sind. Aber woran liegt es, daß sie nicht zu uns kommen? Es liegt daran, daß wir selbst glauben, diese Unzufriedenheit müsse sich von allein in einer Art von Selbstlauf ihre Entwicklung bahnen. Wir ringen zu wenig um diese Menschen. Wir müssen ihnen und allen zeigen: Hier steht das Freiheitliche und Sozialistische, das es in Europa gibt! Aber sie sehen bei uns viel Bürokratismus, viel Schablone, und sie sehen bei uns allzuviel Selbstzufriedenheit im Beharren auf alten Traditionen. (Beifall.) Wir haben viel von dieser Tradition zu pflegen, aber das ist nicht alles.

Genossinnen und Genossen! Ich habe hier zu einem Antrag zu sprechen, über den wir uns leider mit den Genossen aus der französischen Zone nicht rechtzeitig verständigt haben. Es handelt sich um den Antrag 9, der davon ausgeht, daß der Friede ohne eine grundlegende Änderung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich unmöglich erscheint. Wir wollten damit nicht eine neue Platitude aussprechen. Wir wollen auch nicht die Schwierigkeiten unterschätzen, die in der französischen Zone selbst herrschen. Aber ein Genosse aus der französischen Zone hat hier gesagt, es werde zuviel in Zonen gedacht und gehandelt. Nun, wir wollten jedenfalls einmal einen Versuch machen, ein Wort über das diplomatisch Übliche hinaus zu sagen. Unsere Vorschläge sind nicht umwälzend. Aber uns scheint, daß wir besondere Anstrengungen machen müssen, um mit den arbeitenden Massen in Frankreich in Berührung zu kommen. Wir, die wir Einfluß auf die isolierten und abgeschnürten Massen des Ostens gewinnen wollen und müssen, sollten nicht imstande sein, das Ohr der arbeitenden Massen Frankreichs zu finden? Wir haben keine Illusionen. Ein großer Teil der französischen Arbeiter befindet sich heute in der Einflußsphäre eines von Moskau gesteuerten Nationalismus. Aber wir müssen gerade darum besondere Anstrengungen machen. Gestern ist hier das Wort gefallen, daß wir nicht wüßten, was zur Zeit zwischen den Vertretern der vier Besatzungsmächte ausgehandelt wird. Gerade deshalb muß es in unserem Interesse, im Interesse des internationalen demokratischen Sozialismus, liegen, soviel wie möglich positive Tatsachen zu schaffen. Gehen wir davon aus, daß das Schicksal Europas abhängt von dem sozialen Gehalt, den wir den Ländern Mittel- und Westeuropas zu geben vermögen, dann fällt auf die deutsche Sozialdemokratie eine entscheidende Aufgabe, obwohl gerade sie — verglichen mit den sozialdemokratischen Parteien anderer europäischer Länder — noch am wenigsten Bewegungsfreiheit besitzt. (Beifall.)

Vorsitzender G n o B: Ich habe mit Befriedigung festgestellt, daß die Bericht-erstatlerin der „Freiheit“ eifrig mitgeschrieben hat, als der Vorredner über seine Erfahrungen in der Ostzone sprach. Ich möchte dem Wunsch Ausdruck geben, daß wir morgen auch darüber etwas in der „Freiheit“ lesen. Das Wort hat jetzt

Erich Gerlach, Göttingen: Ich habe zu Antrag Nr. 3 des ÜBz. Göttingen zu sprechen. Dieser Antrag sieht vor, daß wir die theoretischen und praktischen Grundsätze der Partei in einem Programm zusammenfassen sollen. Ich glaube, über diesen Antrag sollten wir eigentlich nicht mehr diskutieren. Es wird zwar von vielen Genossen eingewandt, die Zeit sei noch nicht reif, jetzt ein Programm zu formulieren, die Verhältnisse seien noch zu wenig geklärt. Dieses Argument trifft nicht zu, es beweist vielmehr das Gegenteil. Wenn wir überhaupt ein Programm brauchen, dann in einer Zeit, in der sehr große Aufgaben vor uns stehen. Das gesellschaftliche System, mit dem wir uns auseinandersetzen haben, hat eine Vielzahl von strukturellen Veränderungen erfahren. All unser bisheriges programmatisches Gedankengut wurde hierdurch, wenn nicht entwertet, so doch weitgehend entaktualisiert. Wir brauchen eine neue Analyse, die uns in dem scheinbaren

Chaos der Ereignisse die neuen Gesetzmäßigkeiten enthüllt. Die so aufgezeigten Entwicklungstendenzen müssen dann die Grundlage unserer politischen und taktischen Formulierungen sein. Dieses Programm muß populär sein und in die Massen hinausgetragen werden. Marx sagte: Die Idee wird zur materiellen Gewalt, wenn sie die Massen ergreift. Diese „materielle“ Gewalt haben wir zum guten Teil erst noch zu schaffen, wenn wir unsere Aufgabe lösen wollen.

Ich möchte hier noch auf die Tradition der Partei hinweisen. Zusammen mit der Entstehung unserer Partei erlebten wir eine neue Entwicklung in den Wissenschaften. Etwa zugleich mit ihr entstand die sogenannte Gesellschaftswissenschaft. Die Gründer unserer Partei, Marx und Engels, sind geradezu Wegbereiter dieser Wissenschaft gewesen, die es möglich macht, auf Grund wissenschaftlicher Erkenntnis der Gesellschaft die Grundsätze für die praktische Politik zu formulieren. Wir erleben heute das groteske Bild, daß in einer Zeit, in der die bürgerliche Wissenschaft sich mit Marx auseinandersetzt und viele seiner Erkenntnisse in ihr System einzubauen beginnt, viele in unserer Partei glauben, auf das Marx'sche Fundament verzichten zu können. Ich glaube, das ist ein Luxus, den wir uns nicht leisten können. Wir müssen eine Partei sein, die auch wissenschaftlich auf der Höhe der Zeit ist. Wir wollen grundlegende Eingriffe in den heutigen Gesellschaftsorganismus durchführen. Dazu müssen wir ihn kennen, um auch die richtigen Schritte zu tun. Die richtigen Schritte sind aber die, die praktische Resultate bringen. Wir wollen keine falschen und übereilten Schritte tun, aber auch keine notwendigen und möglichen unterlassen. Wir wollen die Gesellschaft verändern und nicht etwa nur Verwaltungsarbeit auf dem Boden des Kapitalismus leisten.

Gestern sprach hier der Genosse Vorrink davon, daß wir aufhören sollten, die Internationale zu singen. Wir sollten lieber beginnen, die kleinen konkreten Schritte zu formulieren und zu verwirklichen, die uns auf dem Wege zu einer internationalen Organisation wirklich weiterbringen. Noch ein anderes Problem ist ebenso wichtig, nämlich das des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Dieses Problem müssen wir genau klären, wenn wir ein maximales Tempo des Überganges erreichen wollen.

Diese Aufgaben erfordern ein populäres und konkretes Programm. Hiermit komme ich zu der Besonderheit unseres Göttinger Antrages. Wir glauben, daß dieses Programm wirklich Gemeingut der Partei werden muß, daß die gesamte Partei beteiligt sein muß an der Herausbildung dieses Programmes. Es muß eine große Kollektivarbeit der Partei sein, die die Partei zu einer Einheit zusammenschweißt und belebt. Wir möchten deshalb, daß alle Bezirke an dieser Arbeit beteiligt sind und schlagen vor, daß die Programmkommission sich zusammensetzt aus fünf Mitgliedern, die der Parteivorstand vorschlägt und je einem Bezirksdelegierten. Ich bitte daher, dem Antrag Nr. 3 zuzustimmen.

Vorsitzender Löbe: Zum Schluß hat das Wort

Erich Ollenhauer: Genossinnen und Genossen! Zu diesem Punkt der Tagesordnung stehen auch die Anträge in der Vorlage Nr. 4, Nr. 3 bis 9 zur Entscheidung, ferner die Anträge, die in dem Nachtrag zur Vorlage Nr. 4 den Delegierten unterbreitet worden sind, 59 und 60. Ich möchte zunächst einige Bemerkungen machen zu den Anträgen 3, 4 und 5. Alle diese Anträge richten an den Parteitag oder an den Parteivorstand die Aufforderung, eine Programmkommission zur Ausarbeitung eines neuen Parteiprogramms wählen zu lassen. Parteivorstand und Parteiausschuß haben sich mit diesen Anträgen beschäftigt. Wir glauben, daß auch heute noch erhebliche tatsächliche Schwierigkeiten vorhanden sind, ein endgültiges Parteiprogramm zu formulieren. Schwierigkeiten, die sich einfach aus der Tatsache ergeben, daß sich in Deutschland die Entwicklung des politischen Lebens noch unter außergewöhnlichen Umständen vollzieht und daß außerdem nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt eine Reihe von neuen Problemen in der Kriegs- und Nachkriegszeit aufgetaucht sind, die noch keine endgültige Beantwortung gefunden haben. Es ist für die deutsche Sozialdemokratie eine sehr schwierige Aufgabe, nachdem sie so lange an der Teilnahme an internationalen

theoretischen Diskussionen verhindert war, jetzt wieder Anschluß an diese Auseinandersetzungen des demokratischen Sozialismus in allen Ländern Europas zu finden. Wir müssen aber versuchen, diesen Anschluß möglichst bald zu gewinnen. Die Tatsache, daß heute jedenfalls im sozialistischen Sektor die Barrieren gefallen sind, daß wir wieder ein Glied der internationalen Arbeitsgemeinschaft geworden sind, gibt uns die Möglichkeit, auch auf diesem Gebiet unseren Beitrag zu leisten und gleichzeitig von den Erfahrungen und Erkenntnissen zu lernen, die sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten in der ausländischen sozialistischen Bewegung entwickelt haben. Trotz all dieser objektiven Schwierigkeiten sind der Parteivorstand und Parteiausschuß der Auffassung, daß wir einer Untersuchung und einer Bearbeitung dieser prinzipiellen Fragen nicht ausweichen sollen, sondern daß wir den Versuch machen sollen, zu einer neuen programmatischen Formulierung unserer Aufgaben und Ziele zu kommen. Wir haben deshalb dem Parteitag den neuen Antrag Nr. 60 unterbreitet, in dem wir den Parteivorstand beauftragen, unverzüglich eine solche Programmkommission einzusetzen. Wir bitten den Parteitag, den Antrag Nr. 60 an Stelle der Anträge 3, 4 und 5 anzunehmen, damit der Parteivorstand sich sowohl über die personelle Zusammensetzung wie auch über das sachliche Aufgabengebiet dieser Programmkommission im einzelnen gründlicher unterhalten kann, als es hier im Rahmen des Parteitages möglich ist. Aus der Formulierung dieses Antrages geht hervor, daß es sich hier nicht um ein Begrüßnis erster Klasse handelt, sondern daß wir einfach den Versuch gemacht haben eine Form zu finden, die das denkbar beste Resultat einer solchen Arbeit ermöglicht.

Was wir von einer Beratung über eine neue programmatische Grundlage der Partei erhoffen, ist eine interne, aber offene und breite Aussprache über die Probleme. Ich weiß nicht, wann die Programmkommission zu ersten vorläufigen Resultaten kommt, wann diese Aussprache in der Partei beginnen kann, aber ich glaube, daß es die allgemeine Überzeugung auch des Parteitages ist, daß ein neues Parteiprogramm hervorgehen muß aus einer echten demokratischen Meinungs- und Willensbildung der gesamten Partei. Ich bitte also, daß die Delegierten des Parteitages sich damit einverstanden erklären, daß wir den Antrag Nr. 60, mit dem konkreten Auftrag an den Parteivorstand, an Stelle der Anträge 3 bis 5 annehmen.

Der Genosse Markscheffel hat den Antrag Nr. 6 begründet, er bezieht sich auf die Aufgabe des Parteivorstandes, als Koordinierungsinstanz aller Teile der Partei zu wirken. An sich ist dieser Antrag nach dem Aufbau und nach dem Wesen unserer Organisation eine Selbstverständlichkeit, aber auch wir glauben, daß eine solche Unterstreichung der Funktion des Parteivorstandes in der gegenwärtigen Situation nützlich ist. Wir empfehlen also die Annahme des Antrages Nr. 6.

Wir empfehlen ferner Annahme des Antrages Nr. 7 des Kreises Stuttgart. Wir glauben, daß die darin enthaltene Bestätigung unseres Bremer Beschlusses im Interesse unserer politischen Arbeit und im Interesse unserer Unterstützung der Sozialdemokraten im Saargebiet liegt.

Der Antrag Nr. 8 ist durch die von uns vorgelegte neue EntschlieÙung, formuliert im Antrag Nr. 59, erledigt, denn in dieser EntschlieÙung ist die Frage der Demontage behandelt worden, und zwar, wie ich glaube, im Sinne der Auffassung aller Delegierten des Parteitages.

Wir sind außerdem im Prinzip für die Annahme des Antrages Nr. 9 der Landesorganisation Hamburg. Wir hatten unsere Hamburger Genossen gebeten, diesen Antrag noch insofern zu erweitern, daß wir in diesem Antrag deutlich zum Ausdruck bringen, daß wir mit allen sozialistischen Parteien in ein möglichst enges Arbeits- und gegenseitiges Informationsverhältnis kommen wollen. Unter dieser Voraussetzung sind wir auch für die Annahme des Antrages Nr. 9. Wir verstehen vor allem die Beweggründe, die die Hamburger Genossen veranlaßt haben, diesen Antrag zu stellen. Es ist auch unsere Auffassung, daß insbesondere ein enges Freundschaftsverhältnis zwischen der französischen Sozialistischen Partei und der deutschen Sozialdemokratie von entscheidender Bedeutung ist für die positive Entwicklung einer engeren Zusammenarbeit aller europäischen Länder.

Genossen und Genossinnen! Anschließend möchte ich noch einige Bemerkungen machen zu dem Verlauf der Diskussion über das Referat des Genossen Schumacher. Ich will mich dabei auf die Punkte beschränken, die Gegenstand der Diskussion waren. Ich will nicht noch einmal auf alle die programmatischen Erklärungen eingehen, die Genosse Schumacher in seinem Referat niedergelegt hat und die offensichtlich die Zustimmung des Parteitages gefunden haben. Einige Fragen aber sind aus der Fülle der Probleme hier in der Diskussion wiederholt angesprochen worden, und ich möchte dazu hier im Auftrage des Parteivorstandes noch einige ergänzende Bemerkungen machen.

Genossen und Genossinnen! Der Genosse Willi Brandt vor allem hat in seiner Rede über die Bedeutung einer praktischen Zusammenarbeit der europäischen Länder in der Richtung einer Europa-Union eine Reihe von sehr bemerkenswerten Gedankengängen entwickelt. Wir teilen in allen wesentlichen Punkten die Auffassung, die er vertreten hat, aber ich möchte doch angesichts der großen aktuellen Bedeutung dieser Frage noch einige Bemerkungen hinzufügen.

Die Deutschen und insbesondere die deutsche Sozialdemokratie, die ja seit langem und für lange Zeit allein die Ideen einer europäischen Zusammenarbeit vertreten hat, sind in der Diskussion dieser Frage heute in einer besonderen Situation, weil die Diskussion über die Europa-Union in Deutschland immer überschattet ist durch die Tatsache, daß Deutschland heute noch weitgehend durch die Besatzungsarmeen europäischer und außereuropäischer Staaten verwaltet wird. Es ist selbstverständlich, daß selbst die humanste militärische Verwaltung eines Landes eine Fülle von Komplikationen und Schwierigkeiten mit sich bringt.

Wenn wir heute zur Frage einer engeren Zusammenarbeit Europas Stellung nehmen, dann müssen wir dieses Problem sehen, nicht nur unter dem Gesichtspunkte der Erfahrungen eines militärisch besetzten Landes, sondern müssen es sehen unter dem Gesichtspunkte der allgemeinen politischen Probleme, die heute eine engere Zusammenarbeit der europäischen Völker erfordern. Nur so können wir zu einer gerechten und konstruktiven Mitarbeit an der Gestaltung europäischer Vorstellungen kommen.

Bei aller Kritik, bei aller Distanzierung von der Praxis der Besatzungspolitik in Deutschland sind wir uns darüber klar, daß heute auf deutschem Boden, aber auch darüber hinaus in Europa und in der Welt um eine entscheidende politische Frage der zukünftigen Gestaltung Europas und der Welt gerungen wird. Diese entscheidende Frage ist: Soll Europa in Zukunft eine freie demokratische Gemeinschaft der Völker sein, oder soll Westeuropa einschließlich Westdeutschland unter eine neue totalitäre Diktatur gezwungen werden? Wir Sozialdemokraten sind uns darüber klar, daß in dem Augenblick, in dem es den totalitären Kräften im Osten gelingen wird, die Barriere, die heute an der Besatzungsgrenzlinie an der Elbe liegt, zu überspringen, um in Westdeutschland und in Westeuropa ein totalitäres Regime aufzurichten, daß in diesem Augenblick die Existenz einer freien sozialistischen Arbeiterbewegung gefährdet und die Aussichten auf eine Verwirklichung unserer Ziele auf abschbare Zeit einfach nicht mehr gegeben sind. Wenn es also darauf ankommt, die Frage zu beantworten, ob Westdeutschland und Westeuropa, ob für ganz Deutschland in der Zukunft eine freie demokratische Entwicklung ermöglicht werden soll, wenn es darauf ankommt, die Basis für unsere eigene Zielsetzung zu erhalten, dann ist es klar, daß die deutschen Sozialisten, daß die deutschen Demokraten, trotz aller Einschränkungen und trotz aller Reserven gegenüber der Praxis der Militärregierungen in Deutschland eindeutig und kompromißlos auf der Seite der demokratischen und freiheitlichen Kräfte Europas und der Welt stehen.

Ich möchte aber hinzufügen, daß eine Vereinigung der europäischen Staaten an sich noch keine Garantie dafür bietet, daß diese Vereinigten Staaten von Europa einen dauernden Erfolg im Kampf gegen totalitäre Bestrebungen erzielen. Es gibt heute in Europa sehr viele Anhänger — aus allen politischen Lagern — für die Idee einer gemeinsamen Organisation der Völker Europas. Diese Bewegung ist gewachsen unter dem Eindruck der Gefährdung der Freiheit der Völker durch den neuen totalitären Vorstoß aus dem Osten. Wenn aber dieses Vereinigte Europa

eine dauernde und effektive Widerstandskraft gegen eine diktatorische Alleinherrschaft in Europa bilden soll, dann muß dieses neue Europa aufgebaut werden unter positiven Zielvorstellungen. Es genügt nicht, daß man die Vereinigten Staaten von Europa als einen Antiblock gegen irgendeine andere Kraft schafft, es genügt nicht, daß wir dieses neue Europa aufbauen unter negativen Formulierungen.

Nicht alle Unterstützer der Idee einer schnellen organisierten Vereinigung der Staaten von Europa haben eine konstruktive und fortschrittliche Vorstellung vom Inhalt dieses europäischen Staatenbundes. Es gibt sehr viele, die unter fortschrittlichem Namen den Versuch machen, alle konservativen und reaktionären Kräfte Europas zu sammeln, nicht um ein neues Europa aufzubauen, sondern um in diesem Europa den alten konservativen Status auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet zu erhalten. Die einzig wahre und auf die Dauer wirksame Alternative gegenüber dem Expansionsanspruch aus dem Osten ist, daß wir Vereinigte Staaten von Europa schaffen, die eindeutig und klar auf der Basis der Demokratie und des sozialen Fortschritts errichtet und gestaltet werden.

Es ist richtig, die Kraft der sozialistischen Arbeiterbewegung in Europa allein reicht nicht aus, um heute oder morgen dieses Ziel zu verwirklichen. Wir müssen in diesem Kampf um das neue Europa Bundesgenossen haben, aber, Genossen und Genossinnen, es müssen Bundesgenossen sein, die in der prinzipiellen Frage der Demokratie, der Freiheit des Individuums und der Freiheit der Völker, der demokratischen Selbstverwaltung der Völker, absolut mit uns übereinstimmen. Jede Belastung dieser Idee, einer der politischen Entwicklung unserer Zeit, mit dem Versuch, auf diese Weise eine überholte gesellschaftliche, politische oder soziale Ordnung zu konservieren, muß zum Untergang dieser Idee führen.

Der europäische Gedanke ist heute in Deutschland außerordentlich populär. Wir sollten uns aber darüber keiner Täuschung hingeben, daß es heute in Deutschland viele Menschen gibt, deren politische Heimat in einem sehr engen Nationalismus liegt und die sich heute zu Europa bekennen, weil sie aus der Not eine Tugend machen, weil sie unter den jetzt gegebenen Machtverhältnissen keine andere Möglichkeit sehen, Deutschland wieder in das Kräftespiel der Nationen einzugliedern. Auch hier möchte ich sagen: Die Frage, ob Deutschland von heute und morgen in diesem neuen Europa ein politisches und moralisches Gewicht hat, hängt auch von der Haltung der Deutschen selbst ab. Es ist unsere Aufgabe, in Deutschland daran zu arbeiten, daß die Menschen, die sich heute zu dieser europäischen Idee bekennen, sie nicht nur betrachten als ein neues taktisches Mittel nationaler Politik, sondern daß wir lernen, europäisch zu denken und auch unsere eigenen Notwendigkeiten in diese höhere Gemeinschaft der Völker einordnen. Eines der großen Hindernisse, die der politischen Erziehung der Deutschen zur Demokratie und zu europäischen Vorstellungen entgegenstehen, ist die einfache Tatsache, daß heute, drei Jahre nach dem Ende der Hitler-Diktatur, wesentliche Teile der Deutschen die Folgen einer systematischen Absperrung des deutschen Volkes von der Außenwelt und die Folgen einer einseitigen Darstellung der Verhältnisse außerhalb Deutschlands noch nicht völlig überwunden haben. Wir müssen mit der ganzen offenen Bereitschaft zum Lernen untersuchen, unter welchen Bedingungen die anderen Völker Europas heute arbeiten, denn nur dann, wenn wir uns die Mühe machen, auch die Probleme eines Landes wie Frankreich oder England oder der Länder, die heute die Benelux-Staaten bilden, zu untersuchen und zu begreifen. Eine echte, dauerhafte, wirklich erfolgreiche Zusammenarbeit ist nur möglich, wenn diese Kenntnis von den Bedingungen in den anderen Ländern in unserem Volke eine selbstverständliche Voraussetzung jeder Diskussion über die Europa-Union ist. Es genügt nicht, daß wir in Kundgebungen und Entschließungen uns zur Europa-Union bekennen, es ist eine aktuelle politische Aufgabe unserer Partei, alle die Probleme zu diskutieren und an ihrer Lösung mitzuarbeiten.

Genosse Willi Eichler hat darauf hingewiesen, daß es notwendig ist, eine Aktivierung der Internationalen Arbeitsgemeinschaft der sozialistischen Parteien herbeizuführen. Auch hier liegen die Dinge auf der gleichen Ebene. Diese Internationale Arbeitsgemeinschaft der Parteien wird soviel an politischer Schlagkraft aufbringen,

als es den sozialistischen Parteien gelingt, die Probleme der europäischen Politik durch konstruktive Vorschläge zu lösen.

Es wird darauf ankommen, daß die Sozialisten in allen Ländern, die an der Führung ihres Landes durch Teilnahme an der Regierung oder durch das Gewicht ihrer Partei einen großen Einfluß auf die Politik ihres Landes haben, daß diese sozialistischen Parteien sich in ihrer Politik mehr als bisher koordinieren, nicht in programmatischen Erklärungen, sondern in der Ausarbeitung praktisch konstruktiver Lösungen. Unser Beitrag kann unter den heute gegebenen Umständen nicht sehr groß sein, aber in dieser Frage sollten wir so handeln, als ob wir die Verantwortung für das ganze deutsche Volk gegenüber dieser Arbeitsgemeinschaft tragen.

Dann, Genossen und Genossinnen, einige Bemerkungen zu einem anderen Kapitel. Es ist vom Genossen Lüdemann auf das sehr bedeutungsvolle Problem der Fürsorge für die Flüchtlinge hingewiesen worden. Hermann Lüdemann hat sehr kritische Bemerkungen über die bisherige Behandlung dieser Angelegenheit gemacht. Da, wo in der Sozialdemokratischen Partei oder bei sozialdemokratischen Funktionären in den Gemeindeverwaltungen oder in den Länderregierungen offensichtlich Fehler gemacht worden sind, werden wir sie frei und offen behandeln und auf ihre Abhilfe drängen. Aber ich möchte doch hier feststellen, daß es der sachlichen Diskussion dieses Problems nicht dient, wenn die Behauptung aufgestellt wird, daß Tausende von sozialdemokratischen Bürgermeistern in dieser Frage ihre Pflicht nicht erfüllt haben. Ich weiß, es gibt solche Fälle, aber diese Behauptung geht weit über die Wirklichkeit hinaus. Wir sind nicht dazu da, vor dem Forum der Öffentlichkeit die Leistungen der Partei durch solche Verallgemeinerungen in ein falsches Licht setzen zu lassen. (Sehr richtig.)

Seien wir in dieser Frage ganz offen, und zwar einfach deshalb, weil diese Frage eine Schicksalsfrage für acht Millionen Menschen in Deutschland ist, die die schwersten Lasten zu tragen haben. Es liegt nicht im Rahmen der menschenmöglichen Gegebenheiten, dieses Problem von heute auf morgen endgültig zu lösen. Wir würden uns sehr schwer versündigen und unaufrichtig gegenüber den Opfern der Hitler-Diktatur sein, wenn wir eine andere Auffassung propagieren würden. Auf der anderen Seite kann wohl kein Zweifel darüber bestehen, daß das Wenige und Unvollkommene, das bisher auf dem Gebiete der Eingliederung der Flüchtlinge in das gesellschaftliche, wirtschaftliche und soziale Leben Deutschlands geschehen ist, unter der Führung der deutschen Sozialdemokratie geschehen ist. Wir haben in der Masse der Flüchtlinge eine sehr große Skepsis gegenüber den politischen Parteien, und es gibt bei diesen Flüchtlingen ziemlich phantastische Vorstellungen, als sei es möglich, durch die Schaffung neuer Organisationen dieses Problem zu lösen. Die Frage, wie sich das Schicksal dieser Vertriebenen in den nächsten Jahren gestalten wird, hängt nicht davon ab, ob wir diese oder jene Neuorganisation der Flüchtlinge schaffen, sie hängt letzten Endes davon ab, wie groß der politische Einfluß der Sozialdemokratie in Deutschland sein wird. (Beifall.)

Es gibt für uns praktische Probleme auf diesem Gebiet, und eines dieser praktischen Probleme hat Hermann Lüdemann hier mit Recht angeschnitten. Es muß in den drei Westzonen Deutschlands endlich dazu kommen, daß die Frage der Verteilung der Flüchtlinge und die Frage der Verteilung der Lasten aus der Versorgung der Flüchtlinge, aus dem Streit von Länderinteressen herausgenommen und durch zentrale Anweisungen geregelt wird. (Beifall.)

Wir haben eine rein sozialdemokratische Regierung in den drei Westzonen, das ist unsere Regierung in Schleswig-Holstein. Unsere Genossen stehen da vor einer außerordentlich schweren Situation, weil in diesem Land praktisch jeder zweite Einwohner ein Flüchtling ist. Es ist einfach ein Gebot der politischen Klugheit, daß wir Mittel und Wege finden, um die übergroßen Lasten eines finanzschwachen Landes so zu verteilen, daß dieses Land eine konstruktive fortschrittliche Politik treiben kann. Ich hoffe, daß im Zuge des Aufbaus eine einheitliche Verwaltung für Westdeutschland die Flüchtlingssorge durch eine zentrale Stelle für dieses Gebiet geregelt werden kann, die über die nötige Autorität und über die nötige Macht

verfügt, um über egoistische Interessen einzelner Gebiete hinweg diese ungeheure Belastung des ganzen Volkes gleichmäßig auch auf alle Teile des Landes zu verteilen.

Dann zu einem anderen Gebiet. Genosse Lüdemann hat, obwohl es nicht zu diesem Punkt der Tagesordnung gehört, auch einige Bemerkungen gemacht über das Problem VVN und Neuorganisation der Opfer des Faschismus. Ich will der Diskussion des Parteitages heute nachmittag nicht vorgreifen, aber eines möchte ich noch sagen. Gerade die Erfahrungen in den letzten zwei Jahren sollten uns davor bewahren, durch die Schaffung von neuen Organisationen neben den politischen Parteien gewollt oder ungewollt das Spiel der Kommunisten zu betreiben, die gerade durch solche Sonderorganisationen den politischen Einfluß erringen möchten, den sie unter dem Namen ihrer Partei nicht erringen konnten. (Zuruf: Sehr richtig! Beifall.) Wie gesagt, wir werden über die Sache selbst noch sprechen, aber ich bin der Auffassung, daß jeder, der sich als Opfer des Faschismus fühlt, jeder, der ein Kämpfer gegen das Dritte Reich war, heute in Deutschland eine eindeutige politische Heimat hat, nämlich die der deutschen Sozialdemokratie. (Beifall.)

Ein anderes Problem. Hermann Lüdemann hat einige Bemerkungen über die Frage der Neugliederung der deutschen Länder gemacht. Ich möchte dazu feststellen, daß die Sozialdemokratische Partei in allen Diskussionen über die zukünftigen Gebietsgliederungen Deutschlands keinen Zweifel darüber gelassen hat, daß, wenn wir zum Aufbau einer einheitlichen neuen deutschen Republik kommen, die Frage der Neugliederung Deutschlands in Länder für uns vordringlich auf der Tagesordnung steht. Es ist selbstverständlich, daß wir die Regelung, die heute in Deutschland geschaffen ist, nicht als endgültig anerkennen. Es gibt kaum ein Land in Deutschland, das in seiner alten Form noch besteht, es gibt kein Land in Deutschland, das aus dem freien Willen der Bewohner dieses Landes geschaffen wurde. Es sind Länder geschaffen worden in erster Linie unter den Gesichtspunkten der Bedürfnisse oder der politischen Vorstellungen der einzelnen Besatzungsmächte. Auf dieser Basis kann die Neugliederung Deutschlands nicht erfolgen und nicht von Dauer sein. (Beifall.)

Es ist richtig, im Londoner Abkommen und in den drei Dokumenten, die die Militärgouverneure den deutschen Ministerpräsidenten übergeben haben, ist den Ministerpräsidenten auch die Aufgabe übertragen worden, den Militärregierungen Vorschläge zu machen für die Änderungen von Ländergrenzen, die die Deutschen für möglich und notwendig halten. Wir haben diesen Auftrag an die Ministerpräsidenten begrüßt, weil in dem Augenblick, in dem die drei Westzonen zu einer Verwaltungseinheit zusammenwachsen, auch der letzte Grund für die Aufrechterhaltung bestimmter einzelner Länder im Südwesten Deutschlands wegfällt. Wir haben in Übereinstimmung mit den Wünschen und Vorstellungen unserer Partei in Südbaden und Südwürttemberg auf der Linie gearbeitet, nach dem Inkrafttreten der Londoner Abmachungen und der neuen deutschen Verwaltung für Westdeutschland ein einheitliches Land Württemberg/Baden zu schaffen. Aber, Genossen und Genossinnen, der Parteivorstand hat in eingehenden Beratungen, und zwar gemeinsam mit den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten und den Ministern der drei Westzonen ebenso eindeutig festgestellt, daß auf der Basis des Auftrages der Militärgouverneure an die Ministerpräsidenten eine gesamtdeutsche Regelung der Länderfragen zur Zeit nicht möglich ist. Aus zwei Gründen: Die Frage der zukünftigen Gestaltung Deutschlands muß beantwortet und entschieden werden können vom ganzen deutschen Volke. Es gibt gerade in diesem Punkte keine Möglichkeit, nicht einmal eine Möglichkeit für eine provisorische, sogenannte westdeutsche Lösung, denn wenn wir die neuen deutschen Länder in ein inneres Gleichgewicht bringen wollen, dann müssen wir auch frei sein zu entscheiden, wie die Teile Deutschlands aussehen sollen, die sich in der russischen Besatzungszone befinden. (Beifall.)

Zweitens aber, eine solche wichtige Entscheidung kann nur dann dauerhaft sein, wenn sie vom deutschen Volke frei getroffen werden kann. Solange wir in Deutschland Besatzungsmächte haben, und wenn sie auch ihre Vollmachten und Rechte weitgehend abbauen, würde eine solche Gliederung Deutschlands immer bedeuten,

daß nicht nur innere deutsche Lebensinteressen zur Entscheidung stehen, sondern Interessen der Mächte, die heute in Deutschland als Besatzungsmacht die wirkliche Kontrolle ausüben.

Zum Dritten, Genossen und Genossinnen, eine ganz unpolemische Bemerkung: Für jeden, der die Dinge in den letzten Jahren in Deutschland erlebt hat, ist es völlig klar, daß eine Übertragung dieser Entscheidung an die Länderregierungen zu keinem positiven Ergebnis führen kann. Denn wenn dieses Problem einmündet in eine Auseinandersetzung zwischen den Interessenten namentlich der einzelnen Länderregierungen, ob dieses Land so oder so, kleiner oder größer gestaltet werden soll, dann kommt dabei keine dauerhafte gesamtdeutsche Lösung heraus. (Beifall.) Das liegt in der Natur der Sache. Aus diesem Grunde hat der Parteivorstand die Auffassung vertreten, in diesem Augenblick das unbedingt Notwendige zu tun und zu fördern, aber nicht darüber hinaus den Versuch zu machen, eine Aufrollung des Gesamtproblems herbeizuführen. Das heißt nicht, daß für uns diese Frage nicht mehr auf der Tagesordnung steht. Im Gegenteil, wenn wir in Deutschland vor die Entscheidung gestellt werden, eine neue deutsche Demokratie aufzubauen, dann wird die Frage der Aufgliederung nach Ländern eines der entscheidenden politischen Probleme sein. Wir haben im Parteivorstand beschlossen, daß wir schon in der nächsten Zeit im Rahmen des Verfassungspolitischen Ausschusses uns speziell auch mit dieser Frage beschäftigen wollen. Und nun, Genossinnen und Genossen, noch einige abschließende Bemerkungen zu einer anderen Frage, auf die ich gestoßen bin durch die Ausführungen des Genossen Arp. Genosse Arp hat hier kritische Bemerkungen über die Politik der Partei gemacht. Das ist sein gutes Recht. Ich wünsche nur, daß, wenn wir hier über die Politik der Partei kritisch diskutieren, daß wir dann so konkret und so klar und bestimmt wie möglich sind. Denn nur dann kann eine solche kritische Diskussion für die Entwicklung des politischen Willens der Partei nützlich sein. Der Genosse Arp hat z. B. gesagt, die Partei solle Schluß machen mit der Tolerierungspolitik. Genossinnen und Genossen, ich weiß nicht, wo heute in den Ländern oder sonstwo die deutsche Sozialdemokratie eine Tolerierungspolitik betreibt. Ich weiß auch nicht, ob sich diese Bemerkungen auf das Verhältnis zwischen Partei und Besatzungsmächten bezieht oder Deutschen und Besatzungsmächten oder auf das Verhältnis unter den Deutschen in den einzelnen Länderregierungen. Bei aller Kritik, die wir im einzelnen an der Politik der Besatzungsmächte üben, ist die Partei, glaube ich, sich darin einig, daß wir durch eine loyale Zusammenarbeit mit den Besatzungsmächten die Entwicklung zu einer unabhängigen, lebensfähigen Demokratie in Deutschland fördern.

Die Frage, wie wir uns in den einzelnen Länderregierungen verhalten, ist eine Frage der politischen Machtkonstellation, eine Frage der politischen und ökonomischen Bedingungen in den einzelnen Ländern. In jedem Falle und in jedem deutschen Lande, ob wir in der Regierung oder in der Opposition sind, ist die Entscheidung in Übereinstimmung mit dem Willen der Parteiorganisation selbst gefällt worden. Wir treiben keine Politik der Koalition unter allen Umständen, und jede Parteiorganisation in jedem Land ist frei, jeden Tag von neuem zu prüfen, ob sie ihre Mitarbeit in der Regierung oder ihre Opposition aufrechterhalten will. Was wir aber für notwendig halten, ist, daß sie die Frage prüft und entscheidet nach der Untersuchung der Bedingungen in jedem einzelnen Lande. Es wird zwar sehr oft von unseren Gegnern behauptet, daß wir eine zentralistische Partei seien, bei der an einer Stelle auf den Knopf gedrückt wird, und dann muß die ganze Partei parieren. Ich möchte dazu feststellen: Der Parteivorstand hat in den Fragen der Länderpolitik in den allerseltensten Fällen eingegriffen und nur dann, wenn es sich um Entscheidungen oder Fragen handelt, die von allgemeiner Bedeutung für die gesamte Partei waren.

Unter diesen praktischen Gesichtspunkten sollten wir auch weiterhin unser Verhältnis zur deutschen Verwaltung oder zu den Besatzungsmächten untersuchen, und wir sollten nicht mit Schlagworten kommen, die unter den heutigen Bedingungen in Deutschland und in der Sozialdemokratie keine reale Bedeutung haben.

Dann hat Genosse Arp gefordert, daß die Partei eine kämpferische und revolu-

tionäre Partei werden soll. Ja, Genossen, einverstanden, sehr einverstanden. Die Sozialdemokratie wird in den nächsten Monaten in außerordentlich ernste soziale und politische Kämpfe verwickelt werden. Die Frage, wie diese Kämpfe entschieden werden, wird in hohem Maße von der inneren Kampfkraft der Sozialdemokratie selbst abhängen. Aber, Genossen und Genossinnen, ich glaube, es ist an der Zeit, daß wir im Jahre 1948 uns darüber einig werden müssen, daß der kämpferische und der evolutionäre Charakter unserer Partei sich heute anders gestaltet und anders sichtbar werden muß als zwanzig Jahre zuvor. Ich meine zwei Dinge. Wir stehen als Sozialdemokratie wie alle anderen politischen Parteien immer noch vor der Bewährungsprobe im politischen Leben Deutschlands nach der Hitlerdiktatur. Wir haben eine stolze Organisation, wir sind die geschlossenste Partei, die es in Deutschland gibt; aber, Genossinnen und Genossen, ich glaube, niemand von uns täuscht sich darüber, daß die innere Gestaltung dieser Partei noch längst nicht durch alle Bewährungsproben gegangen ist.

Jawohl, wir müssen noch eine Aufgabe lösen, und diese Aufgabe besteht darin, daß wir über den Stamm unserer Wähler und Anhänger hinaus in den Kern jener Wählerschichten vordringen, die bisher, traditionell gebunden, nicht sozialdemokratisch, sondern bürgerlich gewählt haben, obwohl sie nach ihren sozialen und geistigen Interessen in die Reihen einer demokratischen und sozialistischen Partei gehören. Diese Frage ist mit rhetorischen und werbetechnischen Mitteln allein nicht zu lösen. Sie wird nur dann positiv für den demokratischen Sozialismus in Deutschland beantwortet werden, wenn die deutsche Sozialdemokratie nicht nur in ihren Erklärungen, sondern auch in ihrer alltäglichen Wirklichkeit eine politische Heimat wird für alle, die fortschrittlich sind, ohne Rücksicht darauf, aus welchen weltanschaulichen oder ethischen Motiven sie zur Demokratie kommen. (Beifall.) Es ist die Merkwürdigkeit, die Einzigartigkeit unserer Lage, daß die objektiven materiellen Bedingungen für eine soziale Demokratie heute in Deutschland schwerer sind als jemals zuvor. Aber auf der anderen Seite war noch niemals in dieser Bevölkerung die innere Bereitschaft zu einer neuen politischen Konzeption, die die persönliche und politische Freiheit des einzelnen Individuums respektiert, so groß wie heute. Hier liegt eine große Chance der deutschen Sozialdemokratie. Wenn wir von revolutionärer Erneuerung sprechen, dann beginnt sie hier, nämlich diese Partei wird eine revolutionäre Durchschlagskraft bekommen, wenn sie aus diesem Geiste der Aufgeschlossenheit, der wirklichen inneren Toleranz für alle Menschen, die in Deutschland menschlich und sozial fühlen, einfach die Volkspartei wird. (Beifall.)

Und dann ein zweites Wort: revolutionär und kämpferisch. Ja, Genossen und Genossinnen, ich glaube, wir alle wissen aus unserer politischen Erfahrung seit 1945, daß die Menschen in Deutschland anders reagieren als vor 1933. Propaganda mit den letzten Zielsetzungen Sozialismus, Internationale, klassenlose Gesellschaft, Sozialisierung: Propaganda dieser Art allein hat heute in Deutschland bei den Besten, die nach einer politischen Entscheidung suchen, keine anziehende und zündende Kraft mehr. Was die Menschen heute in Deutschland wissen wollen, vor allem die Großzahl derer, die ihre ganze individuelle Existenz erschüttert und zerbrochen sehen, ist, wie wir uns praktisch die Demokratie und die neue soziale Gemeinschaft vorstellen. (Beifall.)

Ich persönlich, und ich glaube, wir alle im Parteivorstand, haben eine viel ernstere Kritik an dem jetzigen Status der Partei zu üben, als sie hier von irgend jemand geübt worden ist, nämlich die Kritik, daß wir bisher weder die Zeit, noch die Kraft, noch die Menschen aufgebracht haben, die unserer Partei ein Programm entwickeln, in dem konkret gesagt wird, welche praktische politische, ökonomische Politik die Sozialdemokratie in der nächsten Zukunft in Deutschland durchführen wird. Das ist die wirklich revolutionäre Aufgabe, die wir zu lösen haben: hier in Deutschland den Menschen ein neues Vertrauen zu den politischen Faktoren dadurch zu geben, daß wir ihnen klar, konkret, bestimmt und ohne Übertreibung sagen: Wenn wir von Demokratie und Sozialismus sprechen, dann meinen wir, daß dieses Deutschland von morgen tatsächlich so und so aussehen soll. Die Frage, ob wir

diese Aufgabe in den nächsten Jahren lösen können, wird für die politische Zukunft der deutschen Sozialdemokratie entscheidend sein.

Genossen und Genossinnen! Ich möchte meine Bemerkungen schließen. Wir haben hier in der allgemeinen politischen Diskussion einen einheitlichen Willen und eine einheitliche Vorstellung der Partei feststellen können. Das ist ein wichtiger politischer Faktor. Wir brauchen die innere Einheit und diese Übereinstimmung in der großen Linie unserer Politik deshalb, weil wahrscheinlich noch in diesem Jahre das Volk, das hier in den Westzonen lebt, zum erstenmal seit 1932 vor eine echte politische Entscheidung gestellt werden wird, nämlich vor die Frage, wie das erste gemeinsame Parlament für die drei Westzonen in seiner politischen Zusammensetzung aussehen soll. In diesem Parlament möchten wir die echten Lebensfragen der Deutschen zur Tagesordnung stellen, nämlich die Frage, wie dieser Teil Deutschlands als Vorleistung für Gesamtdeutschland nicht nur politisch, demokratisch verwaltet werden soll, sondern welchen sozialen Inhalt diese Demokratie haben soll.

Es wird von unserer Aktivität, von der Klarheit unserer politischen Vorstellungen abhängen, ob wir auf dem Wege zu einer demokratischen und sozialen Gestaltung Deutschlands auf den Trümmern des Dritten Reiches ein großes Stück vorankommen. Ich bin überzeugt, daß die Partei sich der Bedeutung dieser politischen Entscheidung bewußt ist. Aber lassen Sie mich noch einmal zum Schluß sagen: Der Ausgang dieses Kampfes wird nicht allein davon abhängen, ob unsere Organisation und unsere Propaganda funktionieren. Der Ausgang dieses Kampfes wird davon abhängen, ob von dieser Partei aus eine innere wärmende und überzeugende Kraft ausgeht, die den Millionen von Menschen, die hoffnungslos und zweiflerisch geworden sind, die Überzeugung gibt, daß eine soziale Demokratie, repräsentiert durch die deutsche Sozialdemokratie, tatsächlich der Ausgangspunkt, die Basis für eine hellere und glücklichere Zukunft sein kann. (Beifall.)

Vorsitzender G н о б : Genossinnen und Genossen! Wir kommen nunmehr zur Abstimmung. Der Einfachheit halber wird es zweckmäßig sein, daß wir den Antrag 60 des Parteivorstandes annehmen, der folgendermaßen lautet:

„Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, unverzüglich eine Programmkommission einzusetzen. Der Entwurf der Programmkommission für ein Parteiprogramm ist der Gesamtpartei zur Diskussion zu unterbreiten, bevor er dem Parteitag zur Beschlußfassung vorgelegt wird.“

Sollte dieser Antrag zur Annahme kommen, dann würde das bedeuten, daß damit die Anträge Nr. 3, 4 und 5 erledigt werden. Ich höre gegen dieses Verfahren keinen Widerspruch. Wir kommen zur Abstimmung über den im Nachtrag zur Vorlage Nr. 4 unter Nr. 60 aufgeführten Antrag des Parteivorstandes und des Parteiausschusses, den ich eben verlesen habe. Wer für die Annahme dieses Antrags ist, bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich danke sehr! Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich stelle fest, daß dieser Antrag gegen acht Stimmen angenommen wurde. Damit sind die oben gekennzeichneten Anträge erledigt. Es kommt dann zur Abstimmung des Antrags Nr. 6 des Bezirksverbandes Rheinhessen:

„Der Parteitag wolle beschließen:

Der Parteitag ist ermächtigt und verpflichtet, für die Koordinierung der sozialdemokratischen Politik in den einzelnen Ländern Deutschlands Sorge zu tragen. Die Exponenten der deutschen Länderpolitik innerhalb der Sozialdemokratischen Partei verpflichten sich, Koordinierungsbeschlüsse und Richtlinien des Parteivorstandes und des Parteiausschusses innezuhalten. Sie verpflichten sich ferner, in kritischen Situationen und bei möglicher Überschneidung von Kompetenzen im Rahmen der Länderpolitik den Parteivorstand zu unterrichten und die in gegenseitiger Aussprache als Richtlinien erarbeiteten Grundsätze jeweils zu vertreten.“

Partei Vorstand und Parteiausschuß empfehlen, diesen Antrag anzunehmen. Eine gegenteilige Auffassung ist hier nicht kundgetan worden. Wer also für die Annahme dieses Antrages ist, bitte ich, eine Hand zu heben. Ich danke Ihnen. Ich bitte um die Gegenprobe. Dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Nr. 7, der hier in der Diskussion begründet wurde und der den schon einmal durch den Genossen Löbe verlesenen Ergänzungsantrag erfährt. (Er wird nochmals zur Verlesung gebracht.) Im Anschluß an den letzten Absatz der gedruckten Vorlage wird folgendes eingefügt: „Nicht weniger herzlich begrüßt der Parteitag die Genossen in den ostdeutschen Gebieten. Die deutsche Sozialdemokratie wird nicht ruhen, bis die Wiedervereinigung dieser Gebiete mit Deutschland im Geiste europäischer Gemeinschaft und im Zeichen der demokratischen Freiheiten vollzogen ist.“ Wer für die Annahme dieses Antrages Nr. 7 ist, einschließlich des soeben bekanntgegebenen Ergänzungsantrags, den bitte ich, eine Hand zu erheben. Ich danke und bitte auch um die Gegenprobe. Es ist einstimmig beschlossen worden. (Beifall.)

Auch der Antrag Nr. 8 wäre erledigt, wenn wir gleich zur Abstimmung über den Vorschlag des Partei Vorstandes und des Parteiausschusses kommen, der im Antrag Nr. 60 als Entschließung zum Referat des Genossen Dr. Kurt Schumacher vorgeschlagen worden ist.

Antrag 59 in dem Nachtrag zur Vorlage Nr. 4. Es sind auch hier gegenteilige Auffassungen über den Inhalt dieser Entschließung nicht in der Diskussion vertreten worden. Wer für die Annahme und damit für die Willenserklärung des Parteitages zum Referat des Genossen Dr. Kurt Schumacher ist, bitte ich, eine Hand zu erheben. Ich danke sehr. Ich bitte auch um die Gegenprobe. Die Entschließung des Partei Vorstandes und Parteiausschusses zum Referat des Genossen Dr. Kurt Schumacher ist damit einstimmig angenommen.

Wir kommen dann zu dem Antrag, der als Antrag Nr. 9 in der ersten Vorlage Nr. 4 abgedruckt ist und der in einer neuen Fassung vorhin verteilt wurde. Es handelt sich um Antrag Nr. 67. Der Antrag ist die Stellungnahme des Parteitages zu den Ausführungen der Vertreter der ausländischen Bruderorganisationen, vor allem der Sozialistischen Partei Frankreichs. Da ich annehme, daß die abgeänderte Vorlage allen Delegierten zugegangen ist, erübrigt sich eine Verlesung dieses Textes. Wir kommen zur Abstimmung über Antrag 67 an Stelle des Antrages 9. Wer für die Annahme dieses Antrages ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. Ich bitte um die Gegenprobe. Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden. Damit, Genossinnen und Genossen, sind die Anträge zum zweiten Punkt der Tagesordnung erledigt.

Ich habe nunmehr die Pflicht, dem Parteitag die eingegangenen Vorschläge für die Neuwahl des Partei Vorstandes und der Kontrollkommission bekanntzugeben. Als Frist für die Einreichung dieser Vorschläge war heute vormittag 11 Uhr angesetzt. Bis zu diesem Zeitpunkt gingen folgende Vorschläge ein:

1. Vorsitzender: Dr. Kurt Schumacher. (Beifall.)

2. Vorsitzender: Erich Ollenhauer. (Beifall.)

Besoldete Vorstandsmitglieder: Herta Gotthelf, Egon Franke, Fritz Heine, Herbert Kriedemann, Alfred Nau.

Als unbesoldete Vorstandsmitglieder des Partei Vorstandes sind in Vorschlag gebracht worden:

Albrecht, Lisa, München; Baur, Valentin, Augsburg; Bögl, Franz, Neustadt; Borowski, Richard, Hannover; Brandt, Willy, Berlin; Eichler, Willi, Köln; Fischer, Willi, Nürnberg-Fürth; Gayk, Andreas, Kiel; Görlinger, Robert, Köln; Grimme, Adolf, Hannover; Gnoß, Ernst, Düsseldorf; Groß, Emil, Blefeld; Henßler, Fritz, Dortmund; Jaksch, Wenzel; Kaisen, Wilhelm, Bremen; Knothe, Willi, Frankfurt; Krahnstöver, Anni, Kiel; von Knöringen, Waldemar, München; Meitmann, Karl, Hamburg; Menzel, Walter, Düsseldorf; Neumann, Franz, Berlin; Reuter, Ernst, Berlin; Schmidt, Carlo, Tübingen; Schöttle, Erwin, Stuttgart; Schroeder, Louise, Berlin; Selbert, Elisabeth, Kassel; Steinhoff, Fritz, Hagen; Veith, Hermann, Stuttgart.

Mir wird eben mitgeteilt, daß der Genosse Willy Brandt verzichtet. Ich frage, ob einer der vorgeschlagenen und hier bekanntgegebenen Genossinnen und Genossen die Wahl nicht annehmen will. Der Name Brandt wird von der Liste gestrichen und beim gedruckten Stimmzettel nicht in Erscheinung treten.

Die Kontrollkommission soll nach den Vorschlägen, die uns jetzt vorgelegt sind, folgende Zusammensetzung haben:

Bratke, Gustav, Hannover; Damm, Walter, Pinneberg; Höcker, Heinrich, Herford; Richter Georg, Düsseldorf; Schönfelder, Adolf, Hamburg; Seeser, Karl, Bayreuth; Steffen, Jakob, Mainz; Ullrich, Fritz, Stuttgart; Wittrock, Christian, Kassel.

Das sind die Vorschläge, die mir zur Wahl der Kontrollkommission unterbreitet sind.

Vorsitzender Löbe: Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung, Arbeitsberichte des Parteivorstandes. Das Wort hat zunächst Genosse Franke.

## Bericht des geschäftsführenden Parteivorstandes

### Organisation

Egon Franke: Ergänzend zu dem Bericht im Jahrbuch 1947 über die organisatorische Entwicklung der Partei noch einige Bemerkungen. Die in den Jahrbüchern 1946 und 1947 angegebenen Zahlen zeigen, daß die Organisation von Monat zu Monat und von Jahr zu Jahr gewachsen ist. Stillstand oder gar Rückgang an Mitgliedern oder Ortsvereinen ist in keinem der Parteibezirke festzustellen gewesen. Allein im Jahre 1947 ist die Zahl der Ortsvereine um 1059 gestiegen, so daß nunmehr in fast 40% aller selbständigen Gemeinden, deren Gesamtzahl in den Westzonen einschließlich Berlins 23 500 beträgt, Ortsvereine der Partei bestehen. Hinzu kommen noch zahlreiche Stützpunkte und Einzelmitglieder in kleinsten Gemeinden und Flecken, die es uns ermöglichen, bis fast in die letzte Ortschaft vorzudringen, um besonders in Wahlzeiten unsere politische Werbung und Propaganda zu ermöglichen. 188 291 neue Mitglieder wurden 1947 geworben und der Partei zugeführt.

Nach dem bisherigen Überblick und den Berichten aus den Bezirken wird auch über dieses Jahr auf dem nächsten Parteitag zu berichten sein, daß die organisatorischen Zahlen in allen Bezirken eine aufsteigende Linie zeigen.

Im zurückliegenden Jahre wurden die Verbindungen der Partei zu den anderen sozialistischen Parteien der Welt wiederhergestellt durch einen mit großer Mehrheit gefaßten Beschluß, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in die internationale Arbeitsgemeinschaft aufzunehmen. Die Teilnahme der vielen internationalen Gäste an unserem diesjährigen Parteitag zeigt, daß es eine herzliche Verbundenheit geworden ist.

Neben der Erweiterung unserer internationalen Beziehungen wurden im zurückliegenden Jahre durch fleißige Arbeit in vielen Sitzungen der verschiedenen Fachausschüsse Spezialfragen behandelt und Richtlinien erarbeitet, die allen Funktionen der Partei in der praktischen Arbeit zugute kamen. Alles in allem eine gute Entwicklung der Parteiarbeit, die noch nicht restlos zufriedenstellend ist, aber doch einen bedeutsamen Fortschritt gegenüber den ersten Jahren darstellt. Neben den zahlreichen im Jahrbuch aufgezählten Ausschüssen bestehen zentrale Arbeitsgemeinschaften der Studenten, Lehrer, Ärzte und Juristen, die gleichfalls im zurückliegenden Jahre Konferenzen und Sitzungen abhielten.

Zu Steigerung unseres politischen Einflusses wurden neben der Wohnbezirksorganisation, die sich bestens bewährt hat, in den wichtigsten Industriegebieten Betriebsgruppen der SPD gebildet. Ihre Aufgaben sind es, politische Agitation in den Betrieben durchzuführen (die zwar noch bedeutend gesteigert werden muß) und den Versuch der Kommunisten zurückzuweisen, über die Betriebe und die Gewerkschaften wichtigste Schlüsselfunktionen in einem Ausmaß zu besetzen, das in einem umgekehrten Verhältnis zur Zahl ihrer politischen Anhänger steht.

Ergebnisse der Betriebsrätewahlen aus der jüngsten Zeit in allen Teilen unseres Organisationsgebietes, ob in Berlin, im Ruhrgebiet, in Süd- oder Norddeutschland, zeugen von der erfolgreichen Tätigkeit der Betriebsgruppenarbeit der Partei in Betrieben und Werkstätten.

Zur Förderung und klaren Umreißung ihrer Aufgaben wurde beim Parteivorstand ein Ausschuß gebildet, der wiederholt zu Sitzungen während des vergangenen Jahres zusammentrat, die besonderen Fragen diskutierte und die ersten Verbindungen zwischen den interessierten Genossinnen und Genossen herstellte. Mitteilungsblätter, Schulungskurse, Konferenzen und Versammlungen trugen zu den Erfolgen in den einzelnen Gebieten wesentlich bei.

Der in der Vorlage Nr. 4 aufgeführte Antrag Nr. 17 der Landesorganisation Hamburg unterstreicht erneut die Wichtigkeit der Betriebsgruppenarbeit. Parteivorstand und Parteiausschuß empfehlen, diesen Antrag anzunehmen und als Material an den Ausschuß für Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit zu überweisen.

In diesem Zusammenhang ist der Antrag Nr. 18 des Unterbezirks Weser zu behandeln, der dem Parteivorstand empfiehlt, mit den Gewerkschaften dahingehend zu verhandeln, daß als Träger der Maifeiern die Sozialdemokratische Partei gilt. Dieser Antrag ist zurückgezogen. Der Antragsteller möchte aber zum Ausdruck bringen, daß die Partei den 1. Mai zu einem internationalen, sozialistisch betonten Feiertag überall da, wo es nur irgend möglich ist, gestaltet.

Zum organisatorischen Teil des Berichtes des Parteivorstandes gehören auch die Fragen, die im Zusammenhang mit der VVN entstanden sind. Den politisch, rassistisch und religiös Verfolgten gehört die vorbehaltlose Unterstützung, Hilfe und Kraft der Partei. Auf dem ersten Parteitag, im Mai 1946 in Hannover, wurde diese Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht durch ein feierliches Bekenntnis und die Übernahme der Verpflichtung, zu arbeiten und zu kämpfen, damit die unsterbliche Idee der Freiheit, der Menschenwürde, der Gerechtigkeit und des Friedens Wirklichkeit werde. Durch die Annahme eines Antrags auf dem Parteitag 1947 in Nürnberg wurden die Vertreter der Partei in allen Parlamenten verpflichtet, für die berechtigten Forderungen der ehemals Verfolgten einzutreten. Seither sind gesetzliche Bestimmungen, soweit deutsche Zuständigkeiten gegeben waren, unter aktivster Mitarbeit sozialdemokratischer Parlamentarier in zahlreichen Ländern geschaffen.

Der bisherige Bezirk Oberrhein, der neuerdings die Bezeichnung Mittelrhein führt, hat dem Parteitag den Antrag Nr. 10 unterbreitet, der erneut alle Vertreter der Partei in Parlamenten und verantwortlichen Regierungsstellen verpflichtet, für die berechtigten Forderungen der Verfolgten einzutreten und durch Einbringung von Gesetzen das Problem der Wiedergutmachung gesetzlich zu regeln und zu verankern. Parteivorstand und Parteiausschuß empfehlen dem Parteitag, den Antrag 10 anzunehmen.

Der Parteivorstand empfiehlt, den Antrag Nr. 16 aus dem Bezirk Mittelrhein, der die alljährlich an einem bestimmten Tage wiederkehrenden würdigen Gedenkfeiern zur Erinnerung an die durch den Naziterror gefallenen Freiheitskämpfer fordert, an den Parteivorstand als Material zu überweisen mit der besonderen Maßgabe, zu überprüfen, in welcher Form ein würdiges Gedenken tatsächlich durchzuführen ist.

In einem gewissen Zusammenhang mit meinen oben erfolgten Ausführungen stehen die Anträge Nr. 11 bis einschließlich Nr. 15, die zur VVN und zu dem Beschluß des Parteivorstandes vom 6. Mai d. J. Stellung nehmen, der da besagt, daß die Mitgliedschaft in der VVN unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der SPD ist. Seit über zwei Jahren beschäftigt sich die Partei in ihren gewählten Körperschaften mit der VVN. Das vorliegende und allen Delegierten überreichte Parteitagmaterial enthält eine Zusammenstellung der wichtigsten Daten und zeigt auf, daß der Parteivorstand sich eingehend mit dieser Frage befaßt hat. Trotz oder gerade wegen der kritischen Stellungnahme des Parteivorstandes und Parteiausschusses zur VVN nahm die Entwicklung und Tätigkeit sowie die Tendenz der Publikationen der VVN immer mehr den ausgesprochenen Charakter einer poli-

tischen Hilfsorganisation der Kommunisten an. Diese Feststellungen wurden nach eingehenden Beratungen der Vertreter aus allen Bezirken der Partei gemacht und führten dazu, dem Parteivorstand zu empfehlen, einen Beschluß zu fassen, der besagt, daß die Mitgliedschaft in der VVN unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der SPD ist.

Parteivorstand und Partelausschuß empfehlen, die zu diesem Punkt vorliegenden Anträge wie folgt zu behandeln: Antrag 11 des Unterbezirks Essen anzunehmen, Antrag 12 erledigt sich durch die anderen vorliegenden Anträge; die Anträge 13, 14 sowie 15 abzulehnen. Zu Antrag 15 ist noch zu bemerken, daß es selbstverständlich dem Parteivorstand zustehen muß, Beschlüsse zu fassen. Dem Parteitag hat der Parteivorstand Rechenschaft abzulegen.

Nun noch einige Worte zu den besonderen organisatorischen Anträgen im Zusammenhang mit unserem Parteistatut. Die bevorstehende Neuordnung des westlichen Teiles Deutschlands wird vollkommen neue Situationen für organisatorische Regelungen und Formen auch unserer Parteiorganisation ergeben. Zahlreiche Anregungen zur Abänderung unseres Statuts aus den Bezirken von Genossinnen und Genossen, die täglich in der praktischen Organisationsarbeit stehen, zeugen von dem lebhaften Interesse, das der Gestaltung der Gesetze der Partei entgegengebracht wird. Es wäre jedoch meines Erachtens verfrüht, die im Verlauf eines oder mehrerer Jahre festgestellten Mängel durch die Annahme oder Ablehnung des einen oder anderen vorliegenden Antrags zur Abänderung des Parteistatuts beheben zu wollen.

Die vorliegenden Anträge 54 bis 58 zum Organisationsstatut sollen auf Vorschlag des Parteivorstandes und Partelausschusses als Material dem Parteivorstand überwiesen werden mit der Maßgabe, daß der Organisationsausschuß in Verbindung mit den Bezirksorganisationen dem nächsten Parteitag ein überarbeitetes oder neues Statut zur Beschlußfassung vorlegt.

### Finanzen und Verwaltung

Alfred Nau: Wenn wir in den Rechenschaftsberichten vor dem Parteitag Angaben über die Mitgliederbewegung machen, dann haben wir die Verpflichtung, nachzuweisen, daß es sich bei den von uns genannten Mitgliederzahlen nicht nur um das Ergebnis einer lediglich kunstvollen Statistik, sondern um echte Zahlen handelt. „Nur wer zählt — zählt!“ Diese Formulierung stammt nicht von uns. Wir haben sie einem Rundschreiben des Zentralsekretariats der SEP an die „Genossen Kassierer“ entnommen, das kürzlich in unseren Besitz gelangte. Offenbar gewinnt man auch bei der SEP die Einsicht, daß Papiersoldaten kein Gewicht für die Organisation haben. Wir haben uns schon immer an diesen an und für sich selbstverständlichen Grundsatz gehalten und können mit Genugtuung berichten, daß die Beitragsmoral unserer Mitglieder hervorragend gut ist.

Im Jahre 1947 betrug die durchschnittliche Beitragsleistung der Gesamtmitgliedschaft rund 93 %. Aus den Abrechnungen der Bezirke der ersten beiden Quartale von 1948 ersehen wir, daß diese außerordentlich gute Beitragsleistung erhalten geblieben ist. Die rund 900 000 Mitglieder der Partei sind also zahlende und deshalb auch als echte Mitglieder zu bezeichnen. Die Einnahmen an Beiträgen betragen 1947 rund 9½ Millionen Mark. Jedes Mitglied leistete damit im Durchschnitt einen Beitrag von 11,65 Mark im Jahre. Im Jahre 1928 lag der durchschnittliche Jahresbeitrag bei 7,56 Mark. Ergänzend muß noch hinzugefügt werden, daß die Bezirke für Sammlungen und Neuaufnahmen rund 2½ Millionen Mark vereinnahmten.

Mit Betonung dürfen wir feststellen, daß die Einnahmen unserer Bezirksverbände den Betrag von 12 Millionen erreichten. Diese 12 Millionen Mark verkörperten eine imponierende Finanzkraft. Eine besondere Bedeutung erhält diese Summe durch die Tatsache, daß sie sich aus Millionen von kleinen und kleinsten Beiträgen zusammensetzt. Die vielen Tausende unserer Funktionäre, die draußen als Kassierer ihre Tätigkeit ausüben, haben eine gewaltige Arbeit geleistet. Diese Anerkennung vor dem Parteitag auszusprechen, ist uns eine innere Pflicht. Unsere

Funktionäre sollen damit auch erkennen, welche Kraft durch ihre Arbeit geschaffen wurde. Wir sind überzeugt davon, wenn dem letzten unserer Kassierer in den Distrikten, Abteilungen und Ortsvereinen die hohe Bedeutung seiner Funktion bewußt wird, dann muß die Arbeit noch erfolgreicher gestaltet werden können. Alle diese Genossen tragen vor der Partei eine hohe Verantwortung. Durch ihre saubere, emsige Kleinarbeit ist die große Organisation der Partei geschaffen worden. Diese Organisation weiter auszubauen, um die politischen Zielsetzungen zu erreichen, ist die Aufgabe der Gegenwart. Dazu gehört im besonderen die Verstärkung der Finanzmittel.

Nach unserer Auffassung sind in einer Reihe von Bezirken vorhandene Finanzquellen nicht genügend erschlossen. Damit meinen wir in erster Linie die unzureichende Erfassung der wirtschaftlich bessergestellten Parteimitglieder durch höhere Beiträge. Wir glauben sagen zu können, daß die Bereitschaft unserer Genossen und Genossinnen in genügendem Umfang vorhanden ist. Während bei einigen Bezirken der Umsatz der höheren Wertmarken nur 1 1/2 bis 3 % ausmacht, steigt sich bei anderen dieser Umsatz bis auf 27 % der insgesamt umgesetzten Beitragsmarken. Dieser sehr unterschiedliche Verkauf beweist, daß wir durch systematische Arbeit und Werbung für den höheren Beitrag der Partei eine dauernde Erhöhung der laufenden Einnahmen organisieren können. Jeder Genosse, der durch seine Funktion mit dazu beiträgt, die Finanzgrundlage der Partei zu verstärken, erfüllt eine hohe politische Aufgabe. Die Höhe der Beiträge wird von den einzelnen Bezirken bestimmt. Wenn auch in fast allen Bezirken entsprechend der Verpflichtung im Statut progressive Beiträge erhoben werden, so ist doch eine sehr unterschiedliche Regelung entstanden. So ist verständlich, daß lange vor dem Parteitag Wünsche an uns herangetragen wurden, um eine einheitliche progressive Beitragsstaffelung durch Parteitagbeschuß einzuführen.

Es liegt dem Parteitag zu Punkt 3 b der Tagesordnung der Antrag Nr. 19 des Bezirksvorstandes Hessen-Süd vor. Die in diesem Antrag vorgeschlagene Staffelung deckt sich nicht ganz mit der von uns schon früher herausgegebenen Empfehlung. Wir haben uns mit den Genossen des Bezirks Südhessen in Verbindung gesetzt, um eine Verständigung über die zweckmäßigste Lösung herbeizuführen. In Übereinstimmung mit diesen Genossen schlagen wir die Beitragsstaffelung vor, die heute morgen als Nachtrag zur Vorlage Nr. 4 den Delegierten überreicht wurde:

	bis 300,— DM . . . .	1,— DM
von 301,— bis 350,— DM . . . .		2,— DM
von 351,— bis 400,— DM . . . .		3,— DM
von 401,— bis 500,— DM . . . .		5,— DM
von 501,— bis 600,— DM . . . .		7,— DM
von 601,— bis 800,— DM . . . .		10,— DM
von 801,— bis 1000,— DM . . . .		20,— DM
von 1001,— bis 1200,— DM . . . .		25,— DM
über 1200,— DM . . . .		30,— DM
für Ehefrauen und nicht berufstätige Familienmitglieder . . . .		—,50 DM

Der Parteivorstand hat beschlossen, diesen Antrag dem Parteitag zur Annahme zu empfehlen.

Der Antrag 20 des Bezirksvorstandes Südhessen befaßt sich ebenfalls mit der Beitragsfrage. Es wird hier eine generelle Festlegung für Erwerbslose verlangt. Mit dieser Frage hat sich kürzlich eine Konferenz der Bezirkskassierer beschäftigt. Es wurde einheitlich die Meinung vertreten, daß es aus psychologischen Gründen im Interesse der erwerbslosen Mitglieder richtig ist, wenn man auch ihnen die Möglichkeit gibt, zahlende Mitglieder zu bleiben. Wir bitten euch, diesem Antrag mit einer kleinen Änderung zustimmen zu wollen, damit auch hier eine einheitliche Regelung erfolgt. Wir schlagen vor, die unterste Begrenzung dieses Erwerbslosenbeitrags mit 25 Pfennig festzusetzen mit der weiteren Maßgabe, daß auch diese

Marke für solche Parteigenossen verwandt werden kann, die als Rentner und Invaliden ein sehr geringes Einkommen haben. Wir müssen damit rechnen, daß im Ablauf der durch die Währungsreform hervorgerufenen Spar- und Abbaumaßnahmen das Problem der Erwerbslosen uns stärker beschäftigen wird.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich einige Bemerkungen zur Währungsreform machen. Die hinter uns liegende Neuordnung des Geldwesens hat für die Parteiorganisation eine besonders schwierige Situation gebracht. Die geldliche Substanz ging bis auf einen Bruchteil verloren. Neben den mehrere Millionen umfassenden Kassenbeständen unserer 9500 Ortsvereine bezifferten sich die Konten unserer Bezirksorganisationen auf rund 4 Millionen Mark. Durch die Währungsreform erfolgte eine Reduzierung auf rund 200 000 Deutsche Mark. Während die laufenden Ausgaben in alter Höhe fällig waren, mußten wir andererseits völlig von neuem anfangen. Dieser Neubeginn in der Finanzierung ist nicht zu vergleichen mit der Aufbauarbeit von 1945. Ohne Zweifel mußte hier die Partei eine besondere Belastungsprobe auf sich nehmen. Nachdem heute fast zwei Monate nach der Währungsreform hinter uns liegen, haben wir den ersten Überblick gewinnen können, wie die große Organisation der deutschen Sozialdemokratie diese Schwierigkeiten gemeistert hat.

Die währungspolitischen Maßnahmen des 20. Juni lösten die Erklärung des finanziellen Notstandes der Partei aus. Die verschiedensten Bezirksverbände entwickelten eine begrüßenswerte Initiative, um durch eine Reihe von Sonderaktionen flüssige Mittel zu gewinnen. Die Einsicht und Bereitwilligkeit der Hunderttausende unserer Partemitglieder, ihre finanzielle Verpflichtung zu erfüllen, sicherten den Erfolg. Die uns vorliegenden Berichte weisen auf, daß die Beitragszahlungen in alter Höhe bei den Ortsvereinen eingingen. Diese erfreuliche und positive Feststellung verbinden wir mit der Aufforderung an alle unsere Ortsvereine, die Weiterleitung der Beitragsanteile für die Bezirksvorstände und damit auch für den Parteivorstand noch schneller als bisher durchzuführen. Wir haben zwar Verständnis dafür, daß die Instanzen, die zunächst für die Kassierung verantwortlich sind, ihren Geldbedarf sicherstellen. Wir glauben jedoch, die Erwartung auszusprechen zu müssen, daß die Phase der finanziellen Sättigung unserer Ortsvereine abgeschlossen ist.

Für die Überwindung der durch die Währungsreform hervorgerufenen finanziellen Krise waren und sind entscheidend:

1. die Tatsache, daß sich die Partei bereits vorher aller Konsequenzen bewußt war;
2. der entschlossene Wille der Organisation, durch die Folgen der Geldzusammenlegung keine Lähmungserscheinungen auftreten zu lassen;
3. die Erkenntnis, daß die organisatorische Schlagkraft erhalten bleiben muß, um die politischen Aufgaben erfüllen zu können.

Obwohl wir noch in der Überwindung der Krise stehen, dürfen wir heute schon sagen, daß die Partei auch diese Bewährung überstehen wird. Wir waren und sind dabei ausschließlich auf die eigene Kraft angewiesen. Unsere Geldkonten sind der allgemein gültigen Abwertung unterzogen worden. Im Gegensatz zur Ostzone gab es keine Sonderstellung für die politischen Parteien. Das Riesenvermögen der SED ist von jeder Entwertung ausgenommen worden. Wir sind darüber unterrichtet, daß die so erhaltenen Millionenbeträge zum Teil für die laufende Finanzierung der Kommunistischen Partei der Westzonen verwandt werden. Hier liegt die unverkennbare Absicht vor, durch eine solche Manipulation der KPD in den Westzonen ein finanzielles Übergewicht anderen Parteien gegenüber zu schaffen. Wir unterschätzen die damit verbundene Gefahr nicht und müssen uns durch erhöhte Aktivität dieser kommunistischen Infiltration erwehren.

In Berlin ist durch die Existenz von zwei verschiedenen Währungen eine besondere finanzielle Situation für die Parteiorganisation entstanden. Bei der Umwechslung des Geldes ist es den Russen gelungen, umfangreiche Beträge, ins-

besondere unserer Verlage, zu blockieren. Durch den sehr kleinen Umlauf der D-Mark-Noten ist eine starke Verknappung der flüssigen Mittel eingetreten, die sich verhängnisvoll bei der Arbeit unserer Berliner Partei auswirkt.

Wir glauben, der Meinung der Gesamtpartei Ausdruck zu geben, wenn wir wünschen, daß der heroisch geführte Kampf unserer Berliner Freunde nicht an der Knappheit der Finanzen scheitern darf. Im Bewußtsein der Tatsache, daß der Kampf um die Freiheit in Berlin nur durch eine starke Organisation der Partei geführt werden kann, glauben wir, daß die Gesamtpartei zu einer materiellen Hilfe bereit ist. Auch zu dieser Frage liegt ein Antrag Nr. 21 aus dem Bezirk Frankfurt vor.

Der Parteivorstand bittet aus politischen und solidarisichen Gründen, diesen Antrag anzunehmen. Gestern wurde der Berliner Partei durch die Bezirksorganisation westliches Westfalen 10 000 DM überreicht. Soeben erfahren wir, daß der Bezirksvorstand Hessen-Kassel 8000 DM und Braunschweig ebenfalls 8000 DM für die Berliner Organisation zur Verfügung gestellt haben. Die Belegschaft der Hamburger Hochbahn erzielte durch eine Sammlung innerhalb des Betriebes eine Spende von 5500 DM, die bereits nach Berlin überwiesen worden ist.

Im Zusammenhang der Währungsreform einige Worte zur Steuergesetzgebung: Die gleichzeitig mit der Geldreform erlassenen Steuergesetze brachten eine Erfüllung einer alten Forderung der Partei. Die politischen Parteien mußten nach den alten Gesetzen für ihre Beitragseinnahmen Steuern zahlen. Unseren intensiven Bemühungen, die von den Genossen unserer Fraktion des Wirtschaftsrates aufs beste unterstützt wurden, ist es gelungen, die Steuerfreiheit in dem neuen Gesetz zu verankern. Wir betrachten diese Steuererlasse als längst fällige Maßnahme im Rahmen der Wiedergutmachung für politische Parteien.

Die Forderung auf Wiedergutmachung der Vermögensschäden, die durch die Verbrechen des Naziregimes entstanden sind, ist eine grundsätzliche Forderung der Partei. Wir haben nach dem Zusammenbruch von 1945 erwartet, daß im Rahmen dieser notwendigen Wiedergutmachung zumindest eine sofortige Rückgabe des 1933 gestohlenen Eigentums erfolgt. Die Entwicklung zeigt, daß wir aufs tiefste enttäuscht worden sind. Wir bedauern deshalb, folgendes feststellen zu müssen:

1. Fast zwei Jahre haben die Alliierten benötigt, um den ersten Erlaß, der lediglich eine Richtlinie zu diesem Problem darstellt, herauszugeben.
2. Unseren Wünschen auf einheitliche Regelung in den Westzonen ist nicht entsprochen worden. Die Ausführungsgesetze sind sehr unterschiedlich und zonal beschränkt.
3. Im Gegensatz zur französischen und amerikanischen Zone ist für die britische Zone bisher kein Gesetz zur Wiedergutmachung erlassen worden.

Wie ist die Situation in dieser Frage in der englischen Zone? Für die Befriedigung unserer berechtigten Ansprüche ist nichts geschehen. Vor einigen Monaten sind für die Forderungen der Genossenschaften und Gewerkschaften besondere Prüfungsausschüsse eingesetzt worden.

Diese Ausschüsse haben eine außerordentlich wichtige Funktion. Sie erwerben bei ihrer Konstituierung das jeweils zur Rückführung bestimmte Vermögen mit dem Auftrag, den Geschädigten ihren Besitz zurückzugeben. Ende Juli wurde uns bekannt, daß auch für die Ansprüche der politischen Parteien ein besonderer Prüfungsausschuß gebildet werden soll. Ein Beauftragter des PV hatte Gelegenheit, den Wortlaut der beabsichtigten Verordnung einzusehen. Bei der besonderen Bedeutung und der hohen Funktion dieses Prüfungsausschusses war für uns die Frage der Zusammensetzung von entscheidender Bedeutung. Was stellt sich heraus: Während man den Genossenschaften vier und den Gewerkschaften zwei Vertreter zubilligt hatte, soll sich der Prüfungsausschuß für die politischen Parteien lediglich aus Berufsrichtern zusammensetzen. Hier besteht die große Gefahr von Fehlentscheidungen, die nur sehr schwer revidierbar sind.

Wir haben deshalb sofort bei der britischen Militärregierung in Berlin protestiert. Angesichts der Tatsache, daß neben den Ansprüchen der Genossenschaften und Gewerkschaften das SPD-Vermögen den weitaus größten Teil im politischen Wiedergutmachungskomplex darstellt, haben wir gleichzeitig konkrete Vorschläge für die praktische Regelung des Abwicklungsverfahrens überreicht. Die Militärregierung in Berlin hat nach Prüfung unserer Eingabe unseren Protest für berechtigt erklärt. Wir mußten deshalb annehmen, daß entsprechend unserer Forderung Vertreter der Partei zugelassen werden.

Vor einigen Tagen wurde dem Zonenbeirat der Text der Verordnung zur Wiedergutmachung für politische Parteien zugeleitet mit der Bemerkung, daß die Veröffentlichung bevorstehe. Überraschenderweise geht aus dem Text hervor, daß man sich über unseren Protest hinweggesetzt hat und an der alten Form der Zusammensetzung durch Berufsrichter festhält.

Diese Art der Behandlung der größten politischen Partei durch Organe der britischen Militärregierung ist für uns untragbar, und wir erklären hier vor dem Parteitag ganz eindeutig, daß wir kein Vertrauen zu dieser Regelung haben. Wir verlangen unsere Mitwirkung, damit endlich unser gestohlenen Eigentum wieder Besitz der Partei wird.

Die Bearbeitung der Wiedergutmachungsfragen ist sehr kompliziert, da ein erheblicher Teil unseres Vermögens durch die Nazis verschoben wurde. Der Parteivorstand hat die zentrale Führung der äußerst schwierigen Arbeit übernommen. Wir müssen jedoch die ganze Partei auffordern, uns bei der Wiederfindung der verschobenen Werte zu helfen. In der französischen und amerikanischen Zone sind bereits einige Erfolge zu verzeichnen.

So können wir berichten, daß die Druckereien in Mannheim und Singen sowie Grundstücke in Stuttgart wieder in den Besitz der Partei übergegangen sind.

Mit ganz besonderer Aufmerksamkeit haben wir uns um das Karl-Marx-Haus in Trier bemüht. Wir haben seit 1945 nichts unversucht gelassen, um das in der gesamten internationalen Arbeiterbewegung bekannte Geburtshaus von Karl Marx zurückzugewinnen. Dabei konnten wir feststellen, daß die kommunistische SED den Versuch machte, dieses Haus für sich zu reklamieren. Der selbstverständliche Anspruch der Sozialdemokraten wurde durch eine internationale Feler, die im vergangenen Jahr in Trier stattfand, unterstrichen. Unser sehr energisch geführter Kampf um die Rückführung hat nunmehr seinen Abschluß gefunden. Mit besonderer Freude kann ich dem Parteitag mitteilen, daß dieses historische Haus seit zwei Tagen, seit Sonnabend, dem 11. September, wieder Eigentum der Partei geworden ist.

Dieser Erfolg wird für uns der Ansporn sein, mit noch größerer Aktivität eine umfassende Wiedergutmachung durchzusetzen. Wir legen Wert darauf zu betonen, daß wir damit nicht nur die Rückführung unseres gestohlenen Vermögens meinen, sondern eine Befriedigung aller solcher Vermögensschäden fordern, die bei Tausenden von unseren besten Funktionären entstanden sind.

### Presse und Propaganda

Fritz Heine: Die neue deutsche Presse hat in knapp zwei Jahren einen sehr wesentlichen Erfolg erzielt: Sie hat das Vertrauen des größeren Teils der deutschen Bevölkerung in die Presse wieder erweckt! Das ist eine hohe Leistung angesichts des totalen Vertrauensschwundes, den die Zeitungen im tausendjährigen Reich erlitten hatten. Wir glauben, daß zu dieser Wiedergewinnung des Vertrauens nicht unwesentlich beigetragen hat, daß eine größere Zahl sozialdemokratischer Journalisten im neuen Pressewesen führend tätig sind.

Wir müssen aber mit Besorgnis feststellen, daß das neue Pressewesen nicht nur im Sowjetbereich durch die Gleichschaltung gefährdet ist, sondern daß sich auch in den Westzonen die ersten Anfänge einer bedrohlichen Entwicklung bemerkbar machen. Die bevorzugte Lizenzierung privatkapitalistischer Verlage durch die Militärregierungen und die Aufhebung der Bewirtschaftung durch die

CDU drohen das ganze kunstvolle Lizenzierungsprogramm zunichte zu machen. Wir sehen in dem jetzt beginnenden schamlosen Handel mit Lizenzen die Gefahr daß neue Hugenbergkonzerne und Generalanzeiger entstehen.

Der Entschluß der drei großen Besatzungsmächte, durch eigene oder kontrollierte Zeitungen das deutsche Zeitungswesen zu bereichern, wird von uns mit gemischten Gefühlen betrachtet. Daß die „Tägliche Rundschau“ der russischen Armee Verleumdungsfeldzüge gegen Wehrlose unternimmt, wundert uns nicht — und regt uns auch nicht mehr auf.

Wir bedauern aber, daß in den journalistisch beispielhaften Zeitungen der amerikanischen und britischen Besatzungsmacht Tendenzen sichtbar sind, die nicht immer im Einklang mit der erklärten Überparteilichkeit stehen. Uns ist zuverlässig bekannt geworden, daß in diesen Blättern Nachrichten über die SPD nicht immer nach ihrer sachlichen oder publizistischen Bedeutung, sondern manchmal nach ideologischen und sogar nach geschäftlichen Überlegungen beurteilt und dementsprechend veröffentlicht oder nicht veröffentlicht werden. Wir wünschen, daß diese Zeitungen recht bald zu ausschließlich unter deutscher Kontrolle stehenden Organen gemacht werden.

Zwischen einigen wenigen Zeitungen und den Parteien hat es Auseinandersetzungen gegeben, die im Interesse aller Beteiligten besser unterblieben wären. Es gibt einige Organe, die offenbar im Kampf gegen die Parteien nicht von der Kritik ausgenommen werden. Es gibt sicher auch sozialdemokratische Aktionen, die der Kritik bedürfen. Wir werden für sachliche Kritik immer dankbar sein. Wer heute das rein negative Antiparteiengeschrei mitmacht, der macht sich damit zum Wegbereiter für totalitäre Bestrebungen. Wir wünschen, daß Presse, Parteien und Verwaltung in Zukunft mehr Verständnis als bisher für die Probleme des anderen aufbringen. Wir bitten alle sozialdemokratischen Vertrauensleute, sich die engste Zusammenarbeit mit Presse und Rundfunk zur besonderen Aufgabe zu machen.

Wir müssen mit tiefer Enttäuschung feststellen, daß in der US-Besatzungszone, als der einzigen der Westzonen, noch immer keine Parteizeitungen erlaubt sind. Ich glaube, der gesamte Parteitag stimmt uns zu, wenn wir diesen Zustand für unerträglich halten und von der amerikanischen Militärregierung fordern, daß sie nun endlich Parteizeitungen zuläßt. Wir fordern die Zulassung vor allem aus allgemeinen politischen Gründen; aber auch aus Gründen der Gerechtigkeit. Die Nazis haben in diesem Gebiet seinerzeit 34 sozialdemokratische Tageszeitungen geraubt. Wir meinen, daß es jetzt, 3 1/2 Jahre nach dem Ende des Nazireiches, reichlich an der Zeit ist, dieses Unrecht wiedergutzumachen.

Der Delegierten liegt ein Antrag Nr. 61 des Parteivorstandes und Parteiausschusses vor, der im Sinne dieser Ausführungen gehalten ist. Wir bitten um Annahme dieser Resolution. Durch die Annahme wäre Antrag Nr. 24 erledigt.

Wir haben über die Entwicklung der sozialdemokratischen und der parteinahen Zeitungen bereits im Jahrbuch berichtet. Inzwischen ist durch die Währungsreform und Lockerung der Bewirtschaftung die große Bewährungsprobe für alle Zeitungen entstanden. Jetzt, ein Vierteljahr danach, können wir mit Befriedigung feststellen, daß fast alle der SPD nahestehenden Zeitungen in der britischen Zone die Bewährungsprobe nicht nur überstanden, sondern auch erfolgreich bestanden und in den meisten Fällen viele neue Leser hinzugewonnen haben. Während die 200 SPD-Zeitungen vor 1933 in ganz Deutschland wenig mehr als eine Million Auflage hatten, haben die heutigen 17 Zeitungen in zwei Fünftel des früheren Deutschlands über 2 600 000 Auflage. Mehr als zehn Millionen lesen heute sozialdemokratische Zeitungen.

Aus Funktionärskreisen wird gelegentlich Kritik geübt an diesem neuen Zeitungstyp, weil er zu wenig parteibetont sei. Daran ist manches richtig, aber wir meinen, daß dieser neue Zeitungscharakter keinesfalls verändert werden sollte. Wer heute sozialdemokratische Zeitungen im Stil der Weimarer Zeit fordert, der verzichtet damit von vornherein auf Massenbasis und Massenaufgabe. Wir wünschen eine klare Zweiteilung der Aufgaben: auf der einen Seite die parteinahen volks-

tümlichen Massenzeitungen und auf der anderen Seite die ausgesprochenen SPD-Mitteilungsblätter und Zeitschriften, die Mitgliedern und Funktionären die dringend erforderliche zusätzliche politische Information geben.

Der Nürnberger Parteitag hat dem Parteivorstand einen Antrag überwiesen, der die Schaffung eines Zentralorgans zum Ziel hatte. Wir freuen uns, dem Düsseldorfener Parteitag berichten zu können, daß dieser Antrag erledigt ist und das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands unter dem Titel „Neuer Vorwärts“ von nun an regelmäßig erscheint. Es wird das Veröffentlichungs-, das Diskussions- und das Kampforgan der Sozialdemokratie gegen alle Gegner werden. Wir appellieren an die Partei: Sorgt mit dafür, daß der „Neue Vorwärts“ politisch und auflagenmäßig die zentrale Stellung erhält, die er als Sprachrohr der stärksten deutschen Partei verdient.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Parteitag, die Anträge Nr. 22 und Nr. 23, die sich auf zentrale Publikationen beziehen, dem Parteivorstand zu überweisen.

Im Berichtsjahr haben Zehntausende sozialdemokratischer Funktionäre ein enormes Maß an Propaganda und Werbung geleistet. Die Steigerung der Mitgliederzahlen, die Wahlergebnisse und die Veranstaltungszahlen sind ein Gradmesser für die geleistete Arbeit. Das bisher Geschaffene darf aber nur als ein Anfang gewertet werden. Die Währungsreform darf nicht dazu führen, daß wir die Aufwendungen für die Propaganda vermindern. Wir sind uns sicher einig, daß wir aus Partei nicht Bürokratie und Verwaltung, sondern in erster Linie Kampf und Propaganda zu betreiben haben.

Es ist nicht möglich, in diesen 10-Minuten-Berichten die Arbeiten der verschiedenen Abteilungen des Parteivorstandes darzustellen. Wir verweisen auf das Jahrbuch. Aber abschließend ein Hinweis auf unsere Kriegsgefangenenarbeit. Parteivorstand und Parteiausschuß haben dazu Antrag 82 vorgelegt. Seit dem Tage, an dem russischerseits statt der erwarteten 4 Millionen Kriegsgefangene 890 000 genannt wurden, hat die Sozialdemokratische Partei nicht mehr aufgehört, die Aufmerksamkeit auf die verschwundenen Millionen-Kriegsgefangener zu lenken. Die Aufgabe wird uns nicht leicht gemacht. Erst vor 8 Tagen hat die französische Militärregierung den Aushang unserer Kriegsgefangenen-Wandzeitung verboten, weil sie Angriffe auf eine befreundete Macht enthalte. Sie enthält die Wahrheit und nichts als das. Wir haben durch diese Arbeit einen Teil der Geheimnisse des Verschwindens aufgedeckt. Wir haben in mehr als einjähriger Arbeit das einzige in Deutschland existierende Verzeichnis der russischen Kriegsgefangenenlager aufgestellt. Aber was noch wichtiger ist: Wir haben erreicht, daß die Welt aufmerksam wurde, daß sie nach dem Schicksal der Verschwundenen fragt und daß durch unsere Arbeit nicht nur Tausende von Familien wieder zusammengefunden haben, sondern auch, daß durch dieses Trommeln sehr viel mehr Kriegsgefangene aus Rußland herausgekommen sind, als wenn wir die Molotowschen Zahlen einfach hingenommen hätten. Die Sozialdemokratie hat die Sache der Kriegsgefangenen zu der ihren gemacht. Wir sind entschlossen, diese Arbeit fortzusetzen — bis der letzte Gefangene und der letzte Verschleppte frei und bei uns in Deutschland ist.

#### Frauenreferat

Herta Gotthelf: Ideen, auch die besten, können niemals durch Gewalt und Terrormethoden auf die Dauer wirksam gemacht werden. Nur wenn die Mehrheit eines Volkes aus freiem Entschluß und mit wirklicher Überzeugung bereit ist, sich dafür einzusetzen, wird eine Idee einen dauernden Erfolg haben. Die Mehrheit unseres Volkes sind heute Frauen. Aus diesem Grunde ist es für uns eine politische Notwendigkeit, diese Frauen für uns zu gewinnen.

Bevor ich einiges über unsere Arbeit in dieser Richtung sage, möchte ich auch an dieser Stelle einmal in aller Deutlichkeit aussprechen:

Wir sind es satt, immer wieder davon zu hören, daß „die“ deutsche Frau so ganz besonders unpolitisch sei. Der Durchschnitt der deutschen Frauen ist nicht

politischer oder unpolitischer als der Durchschnitt der Frauen in jedem anderen Lande. Man könnte im Gegenteil vielleicht sagen, daß besonders die Kriegs- und Nachkriegsjahre in Deutschland einen neuen Frauentyp herausgebildet haben, der, wenn auch noch nicht in seiner Mehrheit bewußt politisch, so doch lebensnaher und unabhängiger ist, als es die Frauen in Deutschland jemals gewesen sind.

In den Schrecken des Bombenkrieges und in den schweren Nachkriegsjahren haben es die deutschen Frauen gelernt, „ihren Mann zu stehen“. Durch ihre Tapferkeit und Umsicht, durch ihren Willen, auch unter den schwersten Lebensbedingungen für sich und ihre Familien noch ein einigermaßen würdiges Leben zu gestalten, haben sie es verhindert, daß unser Volk in den hinter uns liegenden schrecklichen Notjahren in völliger moralischer Apathie versunken ist.

Unsere Aufgabe ist es nun, diesen Mut und diese Lebenstüchtigkeit auch für das politische Leben wirksam zu machen.

Zahlen allein besagen noch nichts für die innere Stärke einer politischen Partei. Trotzdem ist es notwendig, den politischen Vortrupp unserer Idee, wie ihn die Sozialdemokratische Partei darstellt, so groß und schlagkräftig wie nur irgend möglich zu machen.

Was nun die Zahlen der weiblichen Mitglieder anbetrifft, so hatten wir am

31. Dezember 1946	109 215 weibliche Mitglieder, gleich 15,4 Prozent
31. Dezember 1947	162 187 weibliche Mitglieder, gleich 18,3 Prozent
31. März 1948	167 317 weibliche Mitglieder, gleich 18,8 Prozent

Es ist uns also gelungen, in 15 Monaten fast 60 000 neue weibliche Mitglieder unserer Partei zuzuführen.

Wenn auch insbesondere der wachsende prozentuale Anteil der Frauen an der Gesamtmitgliedschaft erfreulich ist, so dürfen wir mit unserm Erfolg bei weitem nicht zufrieden sein.

Ich will hier im einzelnen nichts über die Methoden und Notwendigkeiten der politischen Schulung und Werbung unter den Frauen sagen, möchte aber in diesem Zusammenhang auf den vom Unterbezirk Göttingen eingebrachten Antrag hinweisen, der in seiner vom Parteivorstand und Partelausschuß vorgeschlagenen endgültigen Form als Antrag 64 der Vorlage Nummer 4 heißt:

„Die Bezirke sind beauftragt, zur stärkeren Heranziehung der Frauen jährlich eine Frauenwerbeweche abzuhalten. Während dieser Woche soll die gesamte Parteiforganisation in den Dienst der Frauenwerbung gestellt werden.“

Eine Reihe unserer Bezirke haben bereits solche Frauenwerbewochen abgehalten, und ich möchte besonders auf das Beispiel des Bezirkes westliches Westfalen hinweisen, der im Oktober vorigen Jahres, gerade in der Zeit der tiefsten Depression und des größten Hungers eine zehntägige Frauenwerbung durchführte, unter Einsatz aller Möglichkeiten unserer Parteiforganisation. 5000 neue weibliche Mitglieder wurden während dieser Zeit gewonnen.

Die Hauptsache bei dieser Art von Werbung ist, daß unsere Genossen ebenso wie die Genossinnen sich voll und ganz für die Arbeit einsetzen und daß jeder einzelne, ob Mann oder Frau, erkennt, daß die Gewinnung der Frauen für die Idee des demokratischen Sozialismus eine Vorbedingung für unseren politischen Erfolg ist.

Im September 1947 wurde vom Parteivorstand als zentraler Fachausschuß ein Ausschuß für Frauenfragen ins Leben gerufen, dem zwölf Genossinnen und vier Genossen angehören. Wir haben ganz bewußt Genossen in diesen Ausschuß hineingewählt, um damit zu bekunden, daß die sogenannten Frauenfragen Fragen von allgemeiner Bedeutung sind.

Da Sie im gedruckten vorliegenden Bericht ausführlicher über unsere Arbeit des letzten Jahres nachlesen können, will ich die noch zur Verfügung stehende Zeit dazu benutzen, Ihnen von unserer Frauenkonferenz Bericht zu erstatten, die vom 7. bis 9. September in Wuppertal stattgefunden hat, da sie ein Spiegelbild unserer Arbeiten und Probleme ist.

Ein kurzer gedruckter Bericht nebst Text der angenommenen Anträge ist an die Delegierten bereits verteilt worden.

Zum ersten Male waren auf dieser Frauenkonferenz Männer und Frauen als Delegierte vertreten, und wir hoffen, daß dieses Prinzip auch in den Bezirks- und Unterbezirkskonferenzen sich immer mehr durchsetzt, da wir die Erfahrung gemacht haben, daß es sich für die Arbeit sehr bewährt. Wir haben gut und kameradschaftlich zusammen gearbeitet und gemeinsam zu einigen heute für die Frauen bedeutsamen Problemen Stellung genommen.

Erich Ollenhauer gab uns einen Bericht über die politische Situation, Elisabeth Selber sprach über die Rechtsstellung der Frau, Irmgard Enderle über die Bedeutung der Frauenerwerbsarbeit, Nina Andersen, Dänemark, über die Lage der Frauen in den anderen Ländern.

Unter den auf der Frauenkonferenz angenommenen Anträgen war auch der vom Unterbezirk Göttingen dem Parteitag vorgelegten Antrag 26, jetzt Antrag 65 in der Vorlage Nummer 4. Der Antrag lautet in seinem vom Parteivorstand und Parteiausschuß vorgeschlagenem Text:

„Der Parteivorstand wird beauftragt, gemeinsam mit den zuständigen sozialdemokratischen Fraktionen dafür zu sorgen, daß der Grundsatz der vollen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Frauen auf allen Rechtsgebieten verwirklicht wird.

Die Durchführung dieses Grundsatzes ist eine der vordringlichsten Aufgaben der Sozialdemokratischen Partei.“

Ich glaube, daß dieser Text so klar und verständlich die Einstellung unserer Partei zu diesen Fragen ausdrückt, daß ich dem nichts hinzuzufügen habe.

Zum Thema „Frauenerwerbsarbeit“ forderte unsere Frauenkonferenz neben dem gleichen Lohn für gleiche Arbeit und Leistung die Bereitstellung von Lehrstellen für weibliche Jugendliche. Außerdem waren wir der Meinung, daß bei notwendig werdenden Entlassungen nicht die Frauen und nicht einmal die verheirateten Frauen als erste entlassen werden sollen, sondern daß solche Entlassungen, falls sie überhaupt vorgenommen werden müssen, bei Männern und Frauen nach sozialen Gesichtspunkten durchgeführt werden.

Dem Parteitag liegen Anträge zur Wohnraumbeschaffung und der Baupolitik ganz allgemein vor. Unsere Frauenkonferenz fordert, daß bei jenen Plänen, in denen ja auf lange Sicht gearbeitet werden soll, die Erstellung von Kleinstwohnungen für berufstätige alleinstehende Männer und Frauen nicht vergessen werden soll. Selbstverständlich waren wir der Meinung, daß die vordringlichste Aufgabe die Herstellung von Wohnungen und Bereitstellung von Wohnraum für Vertriebene, Ausgebombte und Heimatlose ist.

Ein besonderer Antrag beschäftigte sich mit der Frage der Seifenzuteilung, die für die drei Westzonen und Berlin mehr als unzureichend ist.

Das Frauenbüro hat nach Anklündigung der Streichung der Monatsration für August, die vom Amt für Ernährung und Landwirtschaft vorgenommen wurde mit der Begründung, daß von alliierter Seite die Einfuhr der notwendigen Rohstoffe nicht in ausreichendem Maße genehmigt und gesichert sei, an die Generäle Clay und Robertson ein Protesttelegramm geschickt.

Die Antwort lautet, daß diese Frage in die Kompetenzen der deutschen Behörden gehöre, und wir bitten dringend im Interesse der davon Betroffenen, daß sich die deutschen und alliierten Behörden einig werden, wer nun wirklich schuld ist an diesen katastrophalen Zuständen, und daß schleunigst Abhilfe geschaffen wird.

Nur noch zwei Anträge möchte ich aus allen denen, die gleichermaßen wichtige Fragen behandeln, herausgreifen.

Die Frauenkonferenz fordert in einer Resolution die Einziehung der Vermögen aller führenden Nazis und Kriegsverbrecher. Es ist ein Hohn auf die Leiden der Opfer des Faschismus und des von den Nazis angezettelten Krieges, wenn die Familien führender Nazis und führender Industrieller, die es den Nazis erst er-

möglichst haben, ihre verbrecherische Politik zu betreiben, nicht nur im Wohlstand, sondern oft sogar im Luxus leben, während Millionen von Heimatlosen, Ausgebombten, Kriegerwitwen und -waisen im tiefsten Elend vegetieren.

Der zweite Antrag fordert vom Parteivorstand die baldige Herausgabe eines sozialdemokratischen Schulprogramms. Auch hierzu ist es nicht notwendig, viel zu sagen, denn jeder von uns weiß, wie sehr wir ein solches sozialistisches Schulprogramm vermissen.

In diesem Jahr hatten wir die große Freude, eine ganze Reihe ausländischer Genossen und Genossinnen auf unserer Konferenz zu begrüßen, und zwar u. a.:

Nina Andersen, Dänemark,  
Margarete Herbison, England,  
Dora Segall, England,  
Dorle und Wilm Sander, England,  
Lotte und Paolo Treves, Italien,  
Ferdinande Flosmann, Österreich,  
Rosel Jochmann, Österreich,  
Margaret Kissel-Brutschy, Schweiz.

Zum Schluß unserer Konferenz wandten wir uns mit einem besonderen Aufruf an die deutschen Frauen. Wir sind der Meinung, daß es keine Frauenfragen gibt, die gelöst werden können, solange wir in einer Gesellschaftsordnung der sozialen Ungerechtigkeit, der Ausbeutung und der persönlichen Raffgier und Selbstsucht leben. Erst wenn die Grundlagen unseres menschlichen Zusammenlebens geändert sind, wenn an Stelle des Profits für einige wenige der Grundsatz des größtmöglichen Wohlstandes für alle getreten ist, erst dann werden auch die Frauen ihre volle politische, wirtschaftliche und soziale Gleichberechtigung errungen haben.

Es ist hier verschiedentlich von der Tendenz gesprochen worden, die leider nur zu oft von jenen vertreten wird, die uns zu Demokraten erziehen wollen, nämlich die Verächtlichmachung der Parteipolitik. Auch den Frauen versucht man einzureden, daß „als Frauen“ sie eigentlich „über den Parteien“ stünden. Es ist unsere Aufgabe, es ganz klar zu machen, daß auch die Frauen, und gerade die Frauen, die Verpflichtung haben, sich in den großen politischen, sozialen und ökonomischen Auseinandersetzungen unserer Zeit klar zu entscheiden, d. h. Partei zu ergreifen.

In der Bibel, in der viele weise Dinge stehen, steht auch etwas von den „Lauen“, die „ausgesplen“ werden sollen. Wir wollen in unserer Arbeit dazu beitragen, daß die Zahl der „Lauen“ immer kleiner wird.

Zum Schluß möchte ich sagen, daß, obwohl es noch manche Orte gibt, in denen unseren Genossinnen von unseren eigenen Männern die Arbeit nicht gerade leicht gemacht wird, wir im letzten Jahr auch in der Zusammenarbeit innerhalb der Partei Fortschritte gemacht haben. Wir wollen als Sozialistinnen keinen Kampf der Geschlechter gegeneinander, sondern den gemeinsamen Kampf von Männern und Frauen für soziale Gerechtigkeit, für Freiheit und Frieden, für demokratischen Sozialismus.

Vorsitzender Groß: Es folgt der

#### Bericht der Kontrollkommission

Adolf Schönfelder, Hamburg: Der Bericht der Kontrollkommission ist im Jahrbuch der Partei der kürzeste, und ich kann mich jetzt noch viel kürzer fassen. Ich darf, genau wie im vorigen Jahre in Nürnberg, an die Spitze meiner Bemerkungen den Satz stellen: Es sind keine Beschwerden über den Parteivorstand oder eine andere Körperschaft der Partei bei der Kontrollkommission eingegangen. (Beifall.) Damit sollen nicht die Vorzüge der Kontrolle bewiesen sein, sondern die Güte der Arbeit unserer Parteiorganisation.

Genossinnen und Genossen! Seit Nürnberg haben wir ein sehr kritisches Jahr durchgemacht, kritisch aber nicht nur in der Politik, sondern insbesondere auch für unsere Partei in geschäftlicher und finanzieller Beziehung. Es hat der ganzen Rührigkeit und Tüchtigkeit unseres Kassierers bedurft, um über die kritische Situation der Umstellung von der Reichsmark auf die D-Mark hinwegzukommen. Unser Kassierer, es ist mir ein Bedürfnis, das festzustellen, hat sich gerade in dieser kritischen Situation auf das Beste bewährt. (Beifall.) In dieser Situation wäre es vielleicht noch leichter geworden, über die Schwierigkeiten hinwegzukommen, wenn die Bezirke sich noch mehr daran erinnert hätten, daß für die Genossen mit besserem Einkommen noch etwas energischer von den Bestimmungen Gebrauch gemacht worden wäre, mit höheren Beiträgen die Partei zu unterstützen. Ich halte es für gut und nützlich, daran zu erinnern, denn die Statistik beweist es, daß es in den Bezirken sehr unterschiedlich ist, und was in dem einen Bezirk sehr gut war, dürfte in dem anderen schließlich auch so gut sein.

Genossinnen und Genossen! Daß die Abrechnung gestimmt hat, haben wir durch unsere Unterschrift bewiesen. Es bleibt nur noch jetzt die Aufgabe, den formellen Antrag zu stellen, dem Parteivorstand Entlastung zu erteilen. (Beifall.)

Vorsitzender Löbe: Wie im Vorjahre wird im Auftrage des Parteivorstandes der Verlag Auerdruck, Hamburg, das Ergebnis des Parteitages in Broschürenform herausbringen. Das Kurzprotokoll wird am 30. September zum Versand an die Bezirke fertiggestellt sein. Die Broschüre wird an die Bezirke für 40 Pf. in D-Mark-Währung geliefert. Der Verkaufspreis soll 50 Pf. betragen. Die Bezirke werden gebeten, Bestellungen noch während des Parteitages im Büro des Parteivorstandes abzugeben.

Nun, Genossen, müssen wir eine Beschwerdekommision wählen, da ein Einspruch des Bezirks Oberrhein, Köln, gegen einen Urteilsspruch eines Parteischiedsgerichts vorliegt. Ich habe eine Vorschlagsliste hier:

Vorsitzender: Adolf Schönfelder,  
Beisitzer: Karl Gehrman,  
Otto Bennemann,  
Fritz Helmstädt,  
Lisa Albrecht,  
Paul Schäfer,  
Peter Jacobs.

Sind Sie mit diesem Vorschlag einverstanden? Das scheint der Fall zu sein. Im Laufe des Vormittags ist auch der Genosse Wilhelm Dittmann aus der Schweiz zu uns gekommen. (Beifall.)

Dann darf ich noch ein Telegramm verlesen:

„Herzliche Grüße in Eurem Kampf für Recht und Freiheit...“ (Die Fortsetzung des Telegramms und vielleicht sechs bis sieben Namen waren wegen des Aufbruches einer Reihe von Genossen nicht mehr verständlich. Siehe Begrüßungen und Telegramme.)

Wir treten jetzt in die Mittagspause ein und beginnen um 15 Uhr wieder.  
Schluß der Vormittagsitzung 13.25 Uhr.

## Nachmittagssitzung

Um 15.15 Uhr eröffnet Vorsitzender Paul Löbe die Versammlung und erteilt das Wort

Arthur Hauck, Düsseldorf: Wir haben auf diesem Parteitag das Wort Demokratie wohl von allen Rednern, die hier gesprochen haben, gehört. Am deutlichsten hat uns das Wort Demokratie unser Genosse und Freund aus der Schweiz dargelegt, Wirkliche Demokratie von unten her. Die breite Masse des Volkes bestimmt das Wesen der Demokratie. Dieses Wort darf aber nicht nur eine Forderung sein, die wir nach außen und an andere stellen, sondern es muß auch der Begriff der Demokratie innerhalb unserer eigenen Organisation sein. Der schlimmste Feind der Demokratie ist die Bürokratie. Hier erleben wir, daß uns der Parteivorstand ein Diktat auferlegt hat, nämlich daß Mitglieder der VVN evtl. aus der Partei ausgeschlossen werden, da es nicht vereinbar sei, zu gleicher Zeit die Mitgliedschaft in der SPD und der VVN zu haben. Man hat leider nicht die Meinung der Genossinnen und Genossen im Lande hierzu gehört. Wenn man sie hörte, hat man sie nicht beachtet. Ich weiß, daß schon 1946 bereits seitens des Bezirkssekretariates hier in Düsseldorf schon einmal nachgehört wurde, welche Auffassung unter den Genossen innerhalb der VVN besteht bezüglich einer Auflösung oder einem Austritt aus der VVN. Innerhalb des Bezirkes besteht keine Neigung, die Mitgliedschaft zur VVN aufzugeben. Und zwar deshalb, weil hierzu keine Veranlassung gegeben ist bzw. wir keine Veranlassung erkennen konnten. Wenn nun trotzdem der Parteivorstand einen solchen Beschluß gefaßt hat, muß ich der Auffassung sein, daß der Beauftragte des Bezirkes den Parteivorstand von der wirklichen Stimmung innerhalb der Genossen in der VVN nicht unterrichtet hat. Der Parteivorstand hat sich also auf falsche Berichte gestützt, wenn er eine derart scharfe Trennungslinie gezogen hat. Wenn die Verdächtigung hier zum Ausdruck gebracht worden ist, daß es sich bei der VVN um eine Gründung der KPD handelt, zumindest aber eine Organisation zur Propaganda der KPD, so ist das nach meiner Auffassung nicht richtig. Wir müssen uns darüber klar sein, zum mindesten in den Kreisen der politisch Verfolgten, welche vom Naziregime besonderen Schaden erfahren haben und Widerstandskämpfer gewesen sind, daß die Gründung der VVN sofort nach der Befreiung aus dem KZ erfolgte. Noch bevor an irgendeine Parteigründung gedacht werden konnte oder eine solche erfolgen konnte, war bereits diese Vereinigung ins Leben gerufen und zwar mit dem Ziele, die Kämpfer und die Opfer des Nationalsozialismus hier zusammenzufassen zum treuen Gelöbnis der Verwirklichung, daß eine Praxis, wie sie unter dem Naziregime geübt worden ist, nie wiederkehren kann. Das waren die Grundgedanken, die besonders auch dahin gingen, die Schuldigen zu finden und einer gerechten Strafe zuzuführen, die Schuldigen, die die Verbrechen an der Menschheit, an den Genossinnen und Genossen begangen haben. Es muß heute hier auch gesagt werden, daß im wesentlichen bisher kaum eine der sogenannten demokratischen Parteien es gewagt hat, entschieden oder offensichtlich die Interessen der Nazi-Geschädigten abzulehnen, wenn auch vielleicht manche nur mit Widerwillen zugestimmt haben. Aber schon die Zustimmung hierzu hat die Vereinigung geschaffen, die es möglich machen kann, im öffentlichen politischen Leben Einfluß zu nehmen auf alle Kreise, die das Wort der Demokratie nur im Munde führen, und auf sie einzuwirken, daß sie den Kampf mitführen gegen Nazismus und gegen die Verbrecher, welche an dem vergangenen System schuldig sind. Einer solchen Vereinigung anzugehören, kann nicht gegen die Grundsätze der Sozialdemokratischen Partei verstoßen. Diese Gemeinschaft aufzulösen, ist eine Zumutung, die wirklich nicht am Platze sein kann. Wenn hier gesagt wird, daß diese Organisation nur eine versteckte Organisation der Kommunisten sei, so kann dem nicht zugestimmt werden. Denn die Zusammensetzung in der VVN ist keinesfalls maßgeblich auf Seiten der Kommunisten. Selbst in dem sogenannten Rat der VVN, in dem auch die gesamte Ostzone vertreten ist, sind nur 18 Vertreter der Kommunisten und der SED, sieben Mitglieder

der SPD, vier der CDU, zwei der FDP, ein Rassischverfolgter, zwei Religionsverfolgte. Also, wo ist hier die Mehrheit der Kommunisten? Sie ist nicht gegeben. Im übrigen möchte ich nur darauf hinweisen, wenn hier Widersprüche erfolgen, daß es die eigene Schuld unserer Parteigenossen ist, wenn sie sich nicht entsprechend in der VVN betätigt haben und Ämter in der VVN bisher abgelehnt haben. Hätten sie ihre Pflicht erfüllt, wie es unsere Aufgabe in allen unseren Organisationen ist, in denen wir tätig sein sollen, dann mußten sie auch die Posten annehmen und besetzen. Dann wäre es ausgeschlossen, daß ein irgendwie maßgeblicher Einfluß der KPD zu verzeichnen wäre. Im übrigen wird das Organ der VVN nicht von einem Kommunisten geleitet, sondern von einem Redakteur, der der CDU angehört und dem man gewiß nicht den Vorwurf machen kann, daß er im kommunistischen Sinne redigiert. Wer die Zeitung liest, wird diesen Vorwurf auch nicht zu erheben wagen.

Es wird mir bekanntgegeben, daß meine Redezeit abgelaufen ist. Ich möchte zum Schluß darauf hinweisen, daß im übrigen auch die Zusammensetzung aller anderen ähnlichen Organisationen keineswegs derartig ist, daß dort die KPD überwiegen könnte, sondern auch in allen maßgeblichen Instanzen ist die KPD meist nur mit einem Drittel vertreten. In Schleswig-Holstein haben wir sogar den 1. und 2. Vorsitzenden von der SPD gestellt. Mit dem gleichen Recht könnte man ja verlangen, daß auch alle Genossen in allen anderen Organisationen, in denen Kommunisten an der Spitze stehen, dazu müßten auch die Gewerkschaften gehören, vor den gleichen Entschluß gestellt würden. Von den anderen Organisationen verlangt man es aber nicht. Auch bei den monarchistischen Organisationen wird kein Wort darüber verloren. Ich bitte daher, bei der Abstimmung diese Gedankengänge zu berücksichtigen.

Das Wort erhält sodann der Oberbürgermeister von Iserlohn,

Werner Jacobi, Iserlohn: Ich fürchte, ich muß Sie enttäuschen. Ich habe lediglich den Auftrag, einen Antrag zu begründen, den der Bezirk West-Westfalen eingereicht hat, der sich jedoch noch im Druck befindet. Es handelt sich um einen Antrag, der den Versuch macht, eine andere Zusammensetzung des Parteiausschusses zu erreichen. Unser Begehren zielt darauf ab, den § 22 des Organisationsstatutes abzuändern, und zwar in der Form einer sofortigen Änderung des Organisationsstatutes mindestens in einem Punkt.

Da der Antrag noch nicht vorliegt, erlaube ich mir, ihn zu verlesen. Er hat folgenden Wortlaut:

„Der Bezirk westliches Westfalen der Sozialdemokratischen Partei stellt folgenden Antrag an den Parteitag:

§ 22, Satz 1 des Organisationsstatutes wird gestrichen. In Abänderung der bisherigen Regelung wird bestimmt: Im Parteiausschuß erhalten die Bezirke für jede angefangenen 50 000 Mitglieder ein Mandat.“

Die bisherige Regelung des § 22, Satz 1 des Organisationsstatutes sah vor, daß die Bezirksvorstände ohne Rücksicht auf die Größe der Bezirke mit je einem Mitglied im Parteiausschuß vertreten waren. Der Bezirk westliches Westfalen ist der Auffassung, daß eine derartige Zusammensetzung des Parteiausschusses in der heutigen Zeit ungenügend ist. Er vertritt die Meinung, daß der Parteiausschuß der Ersatz des Parteitages in der Zeit zwischen seinen Jahresversammlungen ist. Daß es in einer Zeit täglich neuankommender politischer Probleme, die sich von Woche zu Woche, von Monat zu Monat ändern können, nötig ist, den Parteiausschuß zu einem Spiegelbild der parteigenössischen Meinung aller Bezirke zu machen, ist nicht abzustreiten. Der Bezirk Westliches Westfalen ist daher der Meinung, daß dem Parteiausschuß eine Zusammenstellung gegeben werden muß, die dieses Bild der Parteiorganisation widerspiegelt. Nur auf diese Weise können Kritiken, wie sie vorhin von einem Vorredner geäußert wurden, zurückgedrängt werden. Denn der Parteiausschuß wird in allen entscheidenden Fragen gehört. Deshalb glauben wir, daß es im Interesse der Partei ist, wenn der Parteiausschuß eine entsprechende

Änderung erfährt und sich in seiner Zusammensetzung nach der Stärke der Bezirke richtet. Wenn der Gen. Franko der Meinung ist, daß die bevorstehende Änderung des staatsrechtlichen Zustandes hier im Westen auch für die Parteiorganisation fraglos gewisse Änderungen zur Folge hätte, so muß ich darauf hinweisen, daß auch Organisationsschemen eine starke Beharrungskraft in sich haben. Wir sind der Meinung, daß wir bis zum nächsten Jahr nicht warten können. Aus diesem Grunde und im Interesse der Gesamtpartei bitten wir, den Antrag, der durch andere Bezirke in genügender Weise unterstützt wird, entsprechend unserem Vorschlag anzunehmen und eine sofortige Änderung des Organisationsstatutes in der vorgeschlagenen Form vorzunehmen.

Louis Biester, Hamburg: Ich will mich zunächst mit der Zusammensetzung der Ausschüsse befassen. Der Parteiausschuß muß die Vorarbeiten für alles leisten. Das muß auch in der Besetzung des Parteiausschusses zum Ausdruck kommen. Ich möchte ferner den kommunalpolitischen Ausschuß nennen, der aus Vertretern der gesamten Bezirke zusammengesetzt war. Wir haben natürlich auch Fachleute nötig. Niemals kann aber ein Ausschuß so zusammengesetzt sein, daß die Verwaltungsbürokratie die Politik der Partei bestimmt. Der kommunalpolitische Ausschuß ist aufgelöst und ein neuer ist gebildet worden. Der besteht im wesentlichen aus Kreisdirektoren, Oberkreisdirektoren, Oberbürgermeistern und Bürgermeistern, also Leute, die lediglich in der Verwaltung stehen und lediglich mit Sachkenntnis an die Dinge herangehen. Ein solcher Ausschuß ist unmöglich. Wir verlangen, daß die Ausschüßarbeiten nach den Erfahrungen der früheren Parteiausschüsse aufgebaut werden. Die Ausschüsse müssen gebildet werden aus Vertretern der Bezirke. Ähnlich ist es im Agrarausschuß, in dem Leute tätig sind, die noch nie im bestehenden Agrarausschuß gearbeitet haben. Die Erfahrungen aus der Bezirksarbeit und Sachkenntnis vereint müssen die Vorschläge gestalten.

Auch in der Durchführung der Bodenreform haben wir ähnliche Erfahrungen machen müssen. Die Landsmannschaften, die Landesverwaltungen und Regierungen haben von diesen Beschlüssen keine Kenntnis genommen. Es ist für uns nicht tragbar, wenn eine fortschrittliche Idee durchgeföhrt werden soll, und die Gegner mit Beispielen kommen aus der praktischen, von Sozialdemokraten bestimmten Politik anderer Gebiete, die gegen die durchzuföhrende Idee sprechen.

Auch die Ministerpräsidenten und Landtagsabgeordneten, die von unserer Partei gestellt werden, sind nicht Herren der Partei. Es ist nicht so, daß die Partei von dem Verwaltungsapparat Befehle empfängt, sondern umgekehrt: die Befehle werden von der politischen Linie und von der Masse der Partei gegeben. (Beifall.)

Jeannette Wolff, Berlin: Ich hatte eigentlich den Auftrag, zu dem von verschiedenen Bezirken unterschriebenen Antrag zur Wiedergutmachungsfrage, der dem Parteitag vorliegt, zu sprechen. Die Ausführungen, die der Genosse Hauck im bezug auf die VVN gemacht hat, verpflichten mich, aus meiner speziellen Kenntnis der Sachlage, Aufklärendes dazu zu sagen. Seine Frage „Wer ist maßgebend in der VVN?“ und „Wer gibt den Ausschlag?“, dazu wäre hier an dieser Stelle verschiedenes zu sagen. Die Annahme des Genossen Hauck, daß die VVN eine überparteiliche Organisation sei, und wir als Sozialdemokraten in ihr richtunggebend, ist irrig. Alle Dinge, die von der VVN in die Öffentlichkeit getragen werden, sollen absichtlich irreföhrend wirken. Sicherlich stimmt es, daß der VVN der Auftrag geworden ist, gegen den Antisemitismus öffentlich zu kämpfen, jedoch kommt diese Parole von einer politischen Stelle, die uns nicht unbekannt ist. Das Wirken der VVN ist, hinter der Propaganda für Überparteilichkeit, einseitig sedtisch. Es wundert mich nicht, daß die Genossen im Westen, die ODr sind, durch die VVN-Propaganda der Überparteilichkeit stark beeindruckt sind. Wir in Berlin wissen, daß die ganze Arbeit der VVN nichts weiter ist als die Arbeit einer neuen Auffangorganisation für die tagtäglich ihre Plattform mehr verlierende SED, und wir wissen auch heute, daß die Gründung dieser VVN eine befohlene Angelegenheit der SMA war, ebenso wie der Demokratische Frauenbund, der Kulturbund, die FDJ und andere. Auf der einen Seite bekämpft man in der VVN den Antisemitis-

mus, und auf der anderen Seite gestattet man den ehemaligen Pgs. die Gründung der „National-Zeitung“, und gleichzeitig mit dieser Zeitung gestattet man die Gründung einer Nationaldemokratischen Partei, die die ehemaligen Pgs. umfaßt. Es war kein geringerer als Wilhelm Pieck, der Großvater der ostfischen „Volksdemokratie“, der in einer öffentlichen Versammlung am Wedding davon sprach, daß man den kleinen Pgs. eine politische Heimat geben müsse und ihnen eine politische Partei sowohl als auch eine Zeitung zugestehen müsse. Kurze Zeit nach dieser Ankündigung durch Wilhelm Pieck wurde mit Genehmigung der sowjetischen Besatzungsmacht, und selbstverständlich auch der Genehmigung der SED, die Nationaldemokratische Partei gegründet und die „National-Zeitung“ geschaffen. Es ist daher nicht sonderbar, daß in der Redaktion der „National-Zeitung“ Menschen sitzen, die vorher Funktionäre in der SED waren. Es ist weiter nicht verwunderlich, daß diese Zeitung in ihrer Erstausgabe auf der Titelseite unter schwarzer Umrandung der Berliner Leserschaft eine Aufforderung präsentierte, den kleinen Pgs. wieder zu ihrer Existenz zu verhelfen, die ihnen widerrechtlich genommen worden sei. Diese „National-Zeitung“ schrieb dann ferner, daß sie Beiträge zur Gründung einer Existenz für die Pgs. in ihrer Redaktion in Empfang nehme. Diese „National-Zeitung“ hat vor kurzem die Frechheit besessen, auf der ersten Seite einen durchaus antisemitischen Artikel gegen die Insassen der Berliner DP-Lager zu veröffentlichen. Und nun werden Sie mich sicherlich fragen: Was hat denn die „National-Zeitung“ und die zu ihr gehörige Partei mit der VVN zu tun? Ich möchte die Antwort folgendermaßen geben: Der Genosse Hauck war der Ansicht, daß nirgendwo innerhalb der VVN die KPD oder SED, was ja schließlich dasselbe ist, einen maßgebenden Einfluß auf die Führung habe. Ich glaube, lieber Genosse Hauck, du hast bei der Beurteilung dieser Angelegenheit eine Sonnenbrille aufgehakt und die Dinge so gesehen, wie du sie sehen wolltest. Ich glaube, wir müssen uns einmal nur mit Tatsachen befassen und uns ernstlich fragen: Wer leitet und wer wird geleitet? Dazu folgende Tatsachen:

Wer hat die VVN gegründet? Wer waren die Leiter und wer die Veranlasser? Zwei Dinge waren die Veranlassung!

1. Daß der KPD-Mann Karl Raddatz, der bis dahin in Berlin die Leitung des Hauptausschusses „Opfer des Faschismus“ hatte, plötzlich von der Alliierten Kommandantur aberberufen wurde, weil er seine Stelle zu Propagandazwecken für die KP/SEP gebraucht hatte und auf Bogen, deren Kopfaufschrift „Hauptausschuß Opfer des Faschismus“ war, Einladungen zu kommunistischen Versammlungen herausgeschickt hatte. Für diesen Mann mußte dann eine neue Stelle geschaffen werden, und man begann, die Gründung der VVN in die Wege zu leiten, allerdings noch ziemlich heimlich. Dann kam der 20. Oktober 1946, der Tag der Stadtverordnetenwahl! 80% der Berliner Bevölkerung erklärten sich gegen den Kommunismus, und nun wuchsen die sogenannten überparteilichen Organisationen der SEP/KP, die auch der Genosse Hauck angeführt hat, wie Pilze aus der Erde. Hauck sprach auch von einer Dauerorganisation. In all diesen Organisationen, ganz gleich wie sie hießen, sind dieselben Kräfte am Ruder, genau wie in der SED/KP. Meistens haben sie Doppelfunktionen in der Partei und in diesen sogenannten parteipolitischen Organisationen. Wir nennen sie hier in Berlin nur „Tarnorganisationen“. Sie sind alle auf Veranlassung der sowjetischen Besatzungsmacht und der SED ins Leben gerufen worden, um dem verstopften Quell wieder neuen Zustrom zuzuführen.

Ich hoffe, daß der Berichterstatler der „Freiheit“ genau aufpaßt, damit er feststellen kann, wie wir in Berlin diese auch ihm nahestehenden Organisationen durchschaut haben. Vielleicht gehen auch ihm einmal die Augen auf, was gespielt wird. Der Leiter der VVN ist Walter Bartel, er ist der Generalsekretär von Wilhelm Pieck. Er ist einer der aktivsten Kommunisten, die man sich denken kann und er ist der Spiritus rector der VVN in Berlin. An der Spitze der Gesamtorganisationen steht der KPD-Mann Karl Raddatz, und der ist ein ganz aktiver Kommunist. Und wenn nun wirklich einmal Unpolitische in den Vorstand hineingewählt werden, dann glaubt doch nur nicht, daß damit die Richtung dieser Orga-

nisation geändert werden kann, die von einer ganz bestimmten Zentralstelle geleitet wird. Bezeichnend ist der Tag, an dem die VVN gegründet wurde, nämlich kurz nach dem 20. Oktober 1946. Ich kenne unter den KP-Leuten viele KZler, die dasselbe Leid getragen haben wie ich, und ich bin die letzte, ihre wirkliche Meinung zu unterschätzen oder ihren ehrlichen Willen nicht zu achten. Aber darauf kommt es im Moment gar nicht an. Die Kameradschaft zu den KZlern darf nicht Veranlassung werden, daß wir eine Organisation schaffen, die als Propagandamittel für die SEP und für den ostischen Terror gebraucht wird.

Auch ich gehöre zu denjenigen, die stets der Meinung waren, daß die Menschen, die einmal hinter Stacheldraht das Schrecklichste erlebt haben und die Millionen Menschen neben sich sterben sahen, durch die Wut der Diktatoren, die besten Kämpfer für die Freiheit sein würden, daß ihnen diese Freiheit über alles gehen würde. Ich habe aber dann feststellen müssen, daß es zwar gute Kameradschaft unter den einzelnen KZlern, die verschiedene politische Richtungen haben, geben kann; aber als der Buchenwald-Tag kam, da habe ich den letzten Rest von Vertrauen für die Überparteilichkeit dieser Tarnorganisation verloren. Wer von euch, der auf der Buchenwald-Tagung war, hat denn das Lager Buchenwald gesehen? Wenn war es gestattet, hineinzugehen? Keinem! Nicht einmal den SEP-Leuten. Und daß auf dieser Buchenwald-Tagung offiziell für die Volksdemokratie gesprochen worden ist und in einer Art vorgegangen wurde, daß man glaubte, die alte SA-Formation wieder aufmarschieren zu sehen, entspricht den Tatsachen!

Genossen und Genossinnen! Niemand hat mehr als wir KZler daran geglaubt, daß es nie mehr KZs geben dürfte, wenn wir einmal wieder in die Freiheit kommen und politisch wieder in Aktion treten. Und doch, die KZs existieren in der Ostzone und in einem sind eine Menge der verschwundenen Freiheitskämpfer für Demokratie und Sozialismus, und sie werden noch lange darin sein, und wir bekommen von ihnen kaum ein Lebenszeichen. Gerade wir als KZler, liebe Genossen und Genossinnen, hätten uns am allerstärksten gegen neue KZs zur Wehr setzen müssen, und das hat die VVN niemals getan! Wer solche KZs duldet, der macht sich schuldig an der deutschen Bevölkerung, die nach dem Zusammenbruch einer zwölfjährigen Diktatur sich bemüht, eine demokratische Plattform für einen neuen sozialistischen und demokratischen Staat zu schaffen.

Genossinnen und Genossen! Sie hier im Westen sehen die Dinge nicht so klar, hier wird Ihnen gestattet, in den VVN-Vorstand einen CDU-Mann, dort einen LDP-Mann und dort ein halbes Dutzend Unpolitische hineinzunehmen, die nichts anderes sind, als verkappte Anhänger der KP/SEP. Aber wie ist es denn in Wirklichkeit? Der Genosse Hauck sagte, hier im Westen leitet ein CDU-Mann die VVN-Zeitung. Ist ein CDU-Mann unbedingt ein Freiheitsbringer für einen wirklichen Freiheitskämpfer? Ich glaube, wir als Sozialdemokraten können für uns allein in Anspruch nehmen, daß wir ein wirkliches demokratisches Deutschland wollen. Heute arbeiten wir in Berlin mit der CDU und der LDP zusammen, weil es um die Freiheit und das nackte Leben der Berliner Bevölkerung geht. Wir müssen aber der Wahrheit die Ehre geben und erklären, daß die CDU und die LDP noch lange in der Blockpolitik in der Ostzone mit der SEP gesessen hat, während wir schon den Kampf um die Demokratie in Berlin aufnahmen. Das Zusammenarbeiten in der Blockpolitik hat so lange gedauert, bis ein Riß durch beide Parteien gegangen ist und die SMA den führenden Leuten der CDU und FDP die Arbeit in ihren eigenen Organisationen verbot. Weil wir verhindern wollen, daß durch die VVN auch ein Riß in unsere Partei kommt, möchte ich den Genossen folgendes sagen:

Wie steht ihr dazu, daß in der Ostzone der VVN-Vorstand bestimmt wird von der SEP und der sowjetischen Militärregierung?

Wie steht ihr dazu, wenn ich euch folgende Illustration dazu gebe? In Puttitz/NM. war die VVN gegründet und der Vorstand zusammengesetzt aus Zuchthauslern und politischen KZlern aus der Nazizeit. Der SEP und der SMA paßte dieser Vorstand nicht, er wurde abgesetzt und in die Leitung der VVN der Kkommunist Laube, der niemals ein KZ gesehen hat, gesetzt. Laube war in der ganzen Nazizeit in Sowjet-Rußland und hat die Dinge nur aus der Vogelperspektive gekannt. Und

wer ist seine Frau? Diese war Oberkapo im Frauenlager in Auschwitz. Sie war dabei, wo Tausende von Frauen durch den Gaskamin gejagt wurden. So sieht in Wirklichkeit die Überparteilichkeit der VVN aus!

Carl Zöllig, Düsseldorf: Ich übertreibe wohl nicht, wenn ich behaupte, daß unsere kommunalpolitische Arbeit noch nie so bedeutungsvoll war wie in der Jetztzeit. Um so bedauerlicher ist es, daß bis heute noch keine Klarheit besteht über den Aufbau unseres Staates und dadurch auch keine Klarheit besteht über die Verteilung der Aufgabengebiete. Auch die Finanzverhältnisse der Gemeinden sind noch gänzlich ungeklärt. Das alles bringt es mit sich, daß die Initiative der Gemeindevertretungen stark gehemmt ist. Es entsteht die Frage, hat die Partei alles getan, was möglich war, um die Arbeit unserer Genossen in den Gemeindeparlamenten zu fördern? Ich glaube, daß diese Frage verneint werden muß. Zwar hat die Partei schon sehr früh diese Frage auf die Tagesordnung gesetzt, es kam zur Bildung eines kommunalpolitischen Ausschusses und Beirates. Dieses Gremium hat wertvolle Arbeit geleistet. Auf der Konferenz dieses Ausschusses in Köln wurde die Auffassung der Vertreter aus allen Westzonen in einer umfangreichen EntschlieÙung niedergelegt. Auf derselben Konferenz wurde der Parteivorstand u. a. ersucht, sobald wie möglich die im Jahre 1929 herausgegebenen kommunalpolitischen Richtlinien zu überarbeiten und sie den Genossen zuzustellen. Auch eine Reihe dringender anderer Forderungen wurden aufgestellt, die ich im einzelnen hier nicht aufzuführen brauche, da sie auf Seite 111 und 112 des Handbuches der Partei für das Jahr 1947 aufgeführt sind. Leider hat der Parteivorstand bisher noch keine dieser Wünsche erfüllt. Und das Ergebnis? Die Einheitlichkeit der Haltung unserer Genossen in den Gemeindeparlamenten, auf die wir seit jeher so stolz waren, ist dahin. Es kommt sehr oft vor, daß unsere Fraktionen bei Abstimmungen in der Gemeindevertretung auseinanderfallen, und sehr oft können wir feststellen, daß alte sozialdemokratische Grundsätze von unseren Vertretern in den Gemeindeparlamenten nicht beachtet werden. Das ist auch erklärlich, denn im starken Maße sind seit 1945 Neulinge auf kommunalpolitischem Gebiet in die Gemeindeparlamente eingeströmt. Gerade dieser Umstand hätte den Parteivorstand veranlassen müssen, so schnell wie möglich die oben angeführten Wünsche der Kölner Konferenz zu verwirklichen. Seit der Konferenz in Köln hat man nichts mehr von der Existenz des kommunalpolitischen Ausschusses gehört. Ja, wie es jetzt heißt, hat der Parteivorstand diesen Ausschuß aufgelöst. Wenn das wahr ist, dann ist doch die Frage gestattet: Wer hat dem Parteivorstand das Mandat zur Auflösung dieses Ausschusses gegeben? Wenn eingewendet wird, daß der Ausschuß nicht von einem Parteitag gewählt, sondern vom Parteivorstand eingesetzt worden ist, so bin ich doch der Meinung, daß der Parteivorstand nicht ohne den Parteitag diesen Ausschuß wieder auflösen kann. Es ist die Frage aufzuwerfen, was aus der Kölner EntschlieÙung geworden ist. Der Parteitag muß meines Erachtens vom Parteivorstand verlangen, daß er den Ausschuß schnellstens zusammenruft, um Wege zu suchen, wie so bald wie möglich unseren Genossen das Rüstzeug für ihre Arbeiten übermittelt werden kann. Wir rechnen damit, daß die kommenden Wahlen den Einfluß unserer Genossen in den Gemeindeparlamenten wesentlich verstärken werden. Es ist die Pflicht der Partei, dafür zu sorgen, daß, wenn die neu gewählten Gemeindevertretungen zusammentreten, das Versäumte nachgeholt ist, damit die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß die Einheitlichkeit und Grundsätzlichkeit in der Haltung der sozialistischen Gemeindevertretungen gewährleistet wird.

Heinrich Schroth, Solingen: Der Genosse Schönfelder hat dem Parteivorstand, und zwar besonders den Teilen, die die organisatorischen Arbeiten zu betreiben haben, eine Anerkennung gezollt, die ich leider nicht teilen kann. Wir haben zwar den Parteivorstand, aber ich habe so manchmal das Gefühl, daß er nicht die notwendige Verbindung zu den Einheiten der Partei hat, sonst könnte es nicht möglich sein, daß sich ein Partikularismus breitmacht. Hier ist eine

Aufgabe, die wir schon beim vorigen Parteitag zu bewältigen hatten, die sich aber bis jetzt nicht wesentlich gebessert hat. Ich möchte das an einigen Beispielen deutlich machen.

In der Frage der Entnazifizierung betonte die Fraktion des Landtages Nordrhein-Westfalen, wir machen nicht mehr mit. Sie hat diesen Beschluß sachlich begründet, und ich glaube, es gibt heute keinen Menschen in der Partei, der noch sonderlich begeistert wäre von der Tätigkeit in den Entnazifizierungsausschlüssen. Trotz dieses Beschlusses sind alle Entnazifizierungsausschußmitglieder noch lustig tätig. Ich weiß nicht, ob die Autorität der Partei nicht soweit geht, einmal gefaßte Entschlüsse in der Partei auch wirksam werden zu lassen.

Es gibt noch andere Dinge, die auf der gleichen Basis liegen und die in den Beschlüssen des Parteivorstandes zum Ausdruck kommen, z.B. die Beschlüsse, die indirekten Wahlen zu einem deutschen Parlament und verfassunggebenden Versammlung nicht guthelßen zu können; sie waren unannehmbar nach dem Beschluß des Parteivorstandes und sind doch auf indirektem Weg nachher zustande gekommen.

Parteilgenossen! Wenn so zwischen Beschluß und Handlung Differenzen sind, wenn so Lücken aufklaffen, dann muß etwas nicht in Ordnung sein, dann muß in der Organisation einmal Nachschau gehalten werden. Es ist zu überlegen, wie diese Dinge zu ändern und zu bessern sind.

Der Genosse Heine hat heute den Parteizeitungen das Wort geredet, die von ungeheurer Bedeutung sind. Ich gebe ihm bis zu einem gewissen Grade recht; aber wenn wir so weit kommen, daß die Parteizeitungen in unserem Bezirk nur in sehr beschränktem Maße Kenntnis von einem sozialdemokratischen Parteitag nehmen, dann, Genossen, fehlt mir dafür jedes Wort. Ich will nicht sagen, daß unsere Parteizeitungen oder die Zeitungen, die zur Zeit für die Sozialdemokratische Partei lizenziert sind, nunmehr vielleicht so werden sollen, wie 1933 unsere Parteizeitungen waren — man kann da einen gewissen Spielraum lassen —, aber in gewissen Bezirken verlangen wir ein Bekenntnis zur Sozialdemokratischen Partei, wie die Zeitungen, die zu anderen Richtungen tendieren, ebenfalls zu tun bereit sind.

Genossen! Jetzt noch zum Antrag des Ortsvereins Solingen zur VVN. Dazu ein paar Worte zu den sehr temperamentvollen Ausführungen unserer Genossin Jeannette Wolff. Parteilgenossen! Wir wollen uns nicht darüber streiten, was die VVN ist, wer sie beherrscht und wer nicht. Aber ich möchte eine andere Organisation entgegenhalten; ich nenne einige Namen: Kardinal Innitzer, Kardinal Faulhaber und Kardinal Frings sind neben ihrer Tätigkeit als Kirchenfürsten mindestens ebenso bedeutsame Politiker und stehen einer Organisation vor, in der zumindest eine ganze Reihe Sozialdemokraten tätig sind. Über die Rolle der ODU, deren Tätigkeit die Arbeit dieser Männer gewidmet ist, brauchen wir kein Wort mehr zu verlieren. Das ist in dem Referat Kurt Schumachers gestern zum Ausdruck gebracht worden. Ich glaube, mindestens so gefährlich, wie der sogenannte Faschismus war, ist auch der „schwarze Faschismus“! Und mindestens so gefährlich wie Pleck und Grotewohl ist in meinen Augen auch der Herr Adenauer, der sich der Dienste dieser Leute bedient. Aber ich habe nicht gehört, daß die Mitgliedschaft in der Kirche unvereinbar sei mit der Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei. (Beifall.) Parteilgenossen! Wenn dem so ist, dann frage ich: Sind nicht in der VVN wichtige, brave, und vor allen Dinge aktive Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei? Sind es nicht wertvolle Leute, die im Konzentrationslager ihre Zugehörigkeit zur freiheitlichen Organisation und ihre Bereitschaft, für die Demokratie Opfer zu bringen, bekundet haben? Unsere Genossen, die in dieser Frage tätig waren, haben das Recht, wenn so über ihre Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei entschieden werden soll, dazu gehört zu werden. Der Parteivorstand hätte die Möglichkeit gehabt, dieses Thema auf dem Parteitag in Nürnberg zu verhandeln, da diese Frage uns in aller Öffentlichkeit vor dem Parteitag beschäftigte und dort Beschlüsse auslöste. Ich sage auch nicht, daß ich der Meinung sei, daß der Parteivorstand nicht beschließen soll. Ich wünschte, daß er etwas mehr täte. Aber Genossen, man muß soviel Fingerspitzengefühl haben,

zu wissen, was man selbst beschließen kann und was man zur Beschlußfassung der Betroffenen behalten muß. Es gibt heute — ich betone das gar nicht — in der Sozialdemokratischen Partei auch eine Menge Nationalsozialisten. Ich lehne es ab, daß diese Leute über mich richten, der ich zu Beginn des Jahres 1933 von den Nationalsozialisten fast zu Tode geprügelt worden bin.

Deshalb glaube ich, kann der Parteitag dem Antrag des Ortsvereins Solingen, dem Antrag 15, zustimmen, der nichts anderes bezweckt, als daß sich in diesen wichtigen und entscheidenden Fragen der Parteivorstand vorher die Zustimmung der Mitgliedschaft einholt.

Im übrigen muß ich zum Schluß dazu bemerken: ich bin nicht für Alte-Kämpfer-Organisationen. Ich glaube, daß, wenn wir uns zu entscheiden haben als Kämpfer der Sozialdemokratischen Partei, auch nur diese Partei in Frage kommt.

Ernst Schumacher, Würzburg: Genossinnen und Genossen! Die Funktion und der Umfang unserer Parteilorganisation müßten ohne die Kraft der politischen Idee erfolglos bleiben. Das sagte uns heute morgen Erich Ollenhauer. Es bedingt das eine das andere. Wir müssen auch hier, und vielleicht gerade hier, zu unserer Organisation kritisch Stellung nehmen. Der Grad der politischen Bildung und Fähigkeit unserer Mitglieder entspricht vollkommen der deutschen Situation nach dem Nazismus und nach dem Kriege. Wir sind aus der Zeit der Improvisation der organisatorischen Arbeit noch nicht heraus. Wir haben in unseren Reihen noch nicht die Klarheit, die Zweckmäßigkeit und die Einheit gefunden, die die Sozialdemokratische Partei Deutschlands haben muß. Die Kompetenzgliederung in unserer Partei, vom Ortsverein bis in die höheren Parteinstanzen, entspricht absolut nicht immer der Zweckmäßigkeit unserer politischen Arbeit. Wir könnten für viele Instanzen, bis unten zum Ortsverein, den Funktionären mit besonderen Kompetenzansprüchen sagen: Genossen, in der Beschränkung zeigt sich der Meister! Heute ist die Partei oft nur eine Partei-Behörde. Die Organisation muß aber die Kraft sein, die der Idee den Erfolg schafft. Deshalb müssen wir die Organisation zu dem Kraftwerk machen, das heute bei den uns gestellten Aufgaben die höchste Kapazität entwickeln kann. Genossen, was ich meine, ist, daß mit den vielen Reden über Einzelheiten in der Partei, wie z. B. zu dem VVN-Komplex, viel zu viel Kraft verbraucht wird, die sehr viele Genossen beim Aufbau einer festen und klaren Organisation besser verwenden könnten. (Beifall.) Wir haben so viele in der Öffentlichkeit tätige Funktionäre, die trotz der großen Belastung, die die vielen Detailfragen unserer Zeit mit sich bringt, sich in der Zukunft mehr für den ehrenamtlichen Dienst in der Partei interessieren müssen. (Beifall.) Das trifft nicht nur für einzelne Bezirke oder Unterbezirke zu. Es ist eine starke Krise in der Organisation seit der Währungsreform zu überwinden, die nur durch vermehrte ehrenamtliche Kraft in der Partei überwunden werden kann. Diese Aufgabe erfüllt sich nicht allein mit Mitgliederwerbung und Propaganda, die primäre Aufgabe der Organisation muß die Schulung und die Bildung unserer Mitglieder sein, um aus dem Zustand herauszukommen, daß sich Jungsozialisten bis zu 40 Jahren in Sondergruppen für die Parteilarbeit vorbereiten wollen. Es ist in unserer Organisation noch viel zu viel die Meinung vertreten, daß wir durch amtliche Arbeit in der Organisation die Arbeit der ehrenamtlichen Funktionäre ersetzen können. Unser Verhältnis zu den Gewerkschaften, unser Verhältnis zu den Genossenschaften, unsere Aufgabe für die Jugend können wir mit Erfolg nur leisten, wenn jeder an seiner Stelle dafür sorgt, daß zu der vielen hauptamtlichen Arbeit in der Partei in vermehrtem Maße die organisatorische Arbeit aller kommt. Die volle Parteilwürde hat jeder erst, wenn er mit Würde die schwere Bürde der Partei leistet. (Beifall.)

Arthur Arzt, Wiesbaden. Hochverehrte Parteigenossinnen und Parteigenossen! Ich bin leider gezwungen, Ihre Aufmerksamkeit noch einmal auf die Anträge zu richten, die sich mit der VVN beschäftigen und die niedergelegt sind in den Anträgen von Frankfurt und Wiesbaden. Ich bitte dringend um Ihre

geschätzte Aufmerksamkeit, weil ich das Problem von einem Punkte aus beleuchten will, den ich als bedeutend für die gesamte Partei erachte.

Wir hatten unserem Wiesbadener Antrag eine Begründung vorausgeschickt, die leider nicht abgedruckt erscheint, welche lautet: Der Beschluß, die Zugehörigkeit zur VVN verträgt sich nicht mit der Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei, ist von so tiefer, welttragender Bedeutung, daß der Parteivorstand von sich aus einen solchen Beschluß nicht fassen kann. Nach unserer Meinung hat er seine Kompetenz bei weitem überschritten. (Beifall.) Die Unterstreichung dieses Punktes erscheint mir von prinzipieller Wichtigkeit. Worauf alles ankommt, ist, daß die Demokratie unter allen Umständen erhalten bleibt und daß die Sozialdemokratische Partei bestrebt sein muß, die aktive Willensbildung von unten auf zu fördern und zu achten. Wir haben bereits die Tatsache zu verzeichnen, daß viele Parteigenossen sagen: Wir sind nichts weiter mehr als Befehlsempfänger. Ich untersuche nicht, ob das richtig oder falsch ist, aber diese Tatsache selbst muß uns aufmerksam machen, daß wir keine Methoden einreißen lassen, die etwa nach Politbüro riechen. Deshalb betonen wir, daß ein solcher Beschluß nur auf dem Parteitag gefaßt werden kann. Wenn der Parteitag beschließt und dem Parteivorstand recht gibt, dann sind wir selbstverständlich als gute Demokraten gewillt, uns diesem Votum zu unterwerfen. Wir möchten also einen Riegel gegen jede Selbstherrlichkeit des Parteivorstandes vorgeschoben wissen. Zur Sache selbst muß ich sagen, daß der Beschluß des Parteivorstandes sehr schlecht vorbereitet war und daß wir hier eine bedauerliche Art von Dilettantismus feststellen müssen. Der Parteivorstand hat völlig vergessen, daß in verschiedenen Bezirken die VVN politische Funktionen hat, die ihr von der Militärbehörde übertragen worden sind. Ehe man nicht eine selbständige Organisation aufgebaut hat, die das ersetzt, was bisher der VVN zugebilligt war, sollte man einen solchen Beschluß nicht in die Öffentlichkeit gehen lassen.

Es wäre auch notwendig gewesen, sich erst mit anderen Parteien in Verbindung zu setzen, um einen solchen Antrag auf breiterer Plattform vorbereiten zu können.

Das Material, das der Parteivorstand für seine Haltung verbreitet hat, ist mehr umfangreich als stichhaltig. Er sieht die Dinge viel zu sehr mit der Brille von Berlin und der Ostzone an, ohne das Gesamtbild zu betrachten. Parteigenossen: Wir wissen, daß die Begründung des Parteivorstandes hinsichtlich der Ostsektoren ohne weiteres zutrifft. Wir wissen, daß die Kommunisten jede Organisation benutzen, um von dort aus ihre politische Gedankenwelt vorzutragen. Das ist beinahe eine Selbstverständlichkeit, und ich wünschte bloß, daß diese Aktivität unsere eigenen Parteigenossen mehr auszeichnen würde. (Beifall.) Wenn nämlich im Westsektor Beschlüsse gefaßt sein sollten, die der Sozialdemokratie nicht passen, dann läge das an der Schlafmützigkeit und Inaktivität unserer eigenen Parteigenossen. (Beifall.) Wo nämlich unsere Parteigenossen ihre Pflicht getan haben, waren bedauerliche Beschlüsse oder gar das Aufkommen einer rein kommunistischen Agitation überhaupt unmöglich. Auch in anderen Körperschaften sind Beschlüsse gefaßt worden, die ein Sozialdemokrat nur bedauern kann. Ich erinnere an Beschlüsse der Gewerkschaften, an ihre Streiks usw., die den ganzen Streikgedanken lächerlich gemacht und abgestumpft haben, nicht allein zum Schaden der Partei, sondern zum Schaden von ganz Deutschland. Dem Parteivorstand ist es aber nicht eingefallen zu sagen: Die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft verträgt sich nicht mit der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei.

Ich möchte noch an ein anderes Beispiel erinnern, das zeigt, wie vorsichtig man mit Anschlußanträgen und deren Begründung sein muß, damit nicht andere Ausschlußanträge uns vielleicht morgen die Zugehörigkeit zur Europäischen Union verbieten. Auf einem Parteitag haben wir die sogenannte Nelsonsgruppe oder den ISK ausgeschlossen gegen den Widerstand der Delegierten aus Sachsen und anderen Teilen Deutschlands. Heute nehmen Mitglieder der ISK ganz hervorragende Positionen in der Partei ein, obgleich der Ausschluß noch nicht offiziell aufgehoben ist. Sie sehen, zu welch lächerlichen Konsequenzen Ausschlußanträge führen können.

Ich habe leider keine Zeit, Ihnen auseinandersetzen, was wir aus der VVN hätten machen können. (Hört, hört!) Aber auf einen Punkt muß ich hinweisen. Der berühmte Victor Gollancz hat seinen heldenmütigen Kampf gegen die Gesamtschuld des deutschen Volkes basiert auf die Tatsache der Opfer des Faschismus. In seiner kleinen Broschüre „Was Buchenwald wirklich bedeutet“ weist er nach, daß die Tausende und aber Tausende Opfer der Konzentrationslager der lebendige Beweis sind gegen die Behauptung der Gesamtschuld des deutschen Volkes. Es sind also alle die Menschen, die sich in der VVN vereinigt haben. Wie können wir dieses lebendige Kapital, welches historisch in der VVN vereinigt ist und in welcher hervorragende Parteigenossen in führenden Positionen der Westzonen ihre ehrliche Arbeit getan haben und in gutem sozialdemokratischem Sinne wirkten, durch einen Beschluß des Parteivorstandes so schnell beiseite schieben!

Deshalb bedaure ich, daß der Parteivorstand unserer Bitte nicht nachgekommen ist, sich noch einmal die ganze Angelegenheit durch den Kopf gehen zu lassen. Nachdrücklich aber möchte ich noch einmal betonen, daß derartige Beschlüsse lediglich den Kompetenzen des Parteitages vorbehalten sein müssen, daß sie die Kompetenz des Parteivorstandes überschreiten. (Beifall.)

Geldern, Kempen: Genossinnen und Genossen! Der zweite Tag des Parteitages ist fast zu Ende. Morgen steht der letzte Tag des Parteitages vor uns. Die Aufgabe des Parteitages ist es m. E. zweifellos, für ein weiteres Jahr maßgeblich die Arbeit der Partei zu bestimmen. Ich gehöre zu dem Kreis der jüngeren Generation der Partei. Ich gehöre zu dem Kreis derjenigen Menschen, die noch suchen nach einem Weg und diesen Weg in der Sozialdemokratischen Partei zu finden hoffen. Wenn ich mir nun aber den Ablauf des vorigen Parteitages und den von heute vor Augen halte, bei allem Verständnis für die augenblicklichen Verhältnisse in Berlin, für die Situation in der Stellungnahme gegenüber der Mitgliedschaft zur VVN, dann kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, als wenn ein großer Teil unserer Delegierten blind der Tatsache gegenüber steht, daß wir auf Grund der vor Monaten stattgefundenen Währungsreform Millionen von vollständig verarmten Menschen haben. Ich kann mich des Eindrucks nicht verschließen... (Unterbrechung durch den Vorsitzenden: Sie sprechen nicht zur Tagesordnung!) ..., daß wir uns dessen nicht bewußt sind, daß Millionen von Menschen nicht ein ordentliches Dach über dem Kopf haben.

Ich möchte deshalb den Antrag — zur Geschäftsordnung — einbringen, über die Währungsreform oder mehr oder weniger wichtige Punkte und Anträge zum Parteitag nicht über das unbedingt notwendige Maß hinaus zu diskutieren und die Zeit zu beschränken. Ich bitte die Genossinnen und Genossen, die zu Anträgen und Problemen Stellung nehmen, das nicht in wiederholender Form zu tun, denn der Parteitag ist nicht nur für diese Dinge da, sondern auch, um Wege zu suchen und zu finden zu konkreten Grundlagen für die Zukunftarbeit. Wenn ich mir die Ausführungen des Genossen Lüdemann und des Genossen von Hamburg vergegenwärtige, die wirklich Maßgebendes und Konkretes in sich hatten, dann bedaure ich, daß Genossen zu Dingen Stellung nehmen, die weit von dieser konkreten Linie liegen.

Ich möchte nicht den Antrag auf Schluß der Debatte einbringen, sondern ich möchte lediglich die Parteifagsleitung bitten, die Aussprache über die einzelnen Punkte auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken. (Beifall.)

Der Vorsitzende bittet, das zu befolgen.

Herbert Wehner, Hamburg: Genossinnen, Genossen! Ich wollte einige Worte zu dem Antrag 17 von Hamburg sagen. Der Parteivorstand empfiehlt, diesen Antrag an eine Kommission zu überweisen, die schon besteht. Unser Antrag fordert aber die Bildung einer speziellen Kommission zum Studium und zur Förderung der Arbeit sozialdemokratischer Betriebsgruppen. Wenn jetzt gesagt wird, dieser Antrag solle als Material irgendwohin verwiesen werden, so befürchten wir, daß man der Notwendigkeit, der wir mit unserem Antrag Rechnung tragen wollten, nicht gerecht wird. Wir wollen nämlich die Aufmerksamkeit darauf lenken,

daß die bisherige Arbeit noch nicht genügt. Wenn wir nach neuen organisatorischen Formen suchen, so müssen wir uns darüber klar werden, daß wir in manchen Dingen weit über das hinausgehen müssen, was wir sozusagen gewohnt sind. Es wäre schade, wenn dieser Antrag in einer Kommission verschwinden würde, die sich mit im Grunde genommen ganz anderen Aufgaben dringlicher Art zu beschäftigen hat, mit dem Studium von Aufgaben gewerkschaftlicher Art. Bei der Arbeit sozialdemokratischer Betriebsgruppen aber handelt es sich darum, der Partei ein politisches Fundament und ein Rückgrat in den Betrieben zu geben. Das ist notwendig, vor allem auch auf Grund der ganz veränderten Situation in den Gewerkschaften. Darüber brauche ich vor diesem Kreis nicht ausführlicher zu sprechen, aber ich möchte gerade diesen Gedanken zu bedenken geben. Auf Grund der veränderten Situation in den Gewerkschaften brauchen wir Betriebsgruppen, die mehr sind als Organisationen, die gelegentlich einmal eine Versammlung machen oder Schwierigkeiten ausbügeln. Hier wurde unter Beifall festgestellt, daß die Hamburger Hoch- und Straßenbahner auf Initiative ihrer Betriebsgruppen nach der Währungsreform mehr als 5000 DM für Berlin gesammelt haben. Glaubt Ihr, das hätte man machen können ohne die tägliche Arbeit unserer Betriebsgruppen? Das kann man nur, wenn die Belegschaften die Existenz unserer Betriebsgruppen im täglichen Leben spüren, wenn wir um ihr Vertrauen kämpfen. Wir möchten mit unserm Antrag erreichen, daß alle Erfahrungen zum Beschreiten neuer Wege ausgewertet werden. Sollte der Parteitag unsern Antrag an die bestehende Kommission verweisen, so bitten wir darum, in deren Rahmen eine Unterkommission einzusetzen, die sich aus Praktikern zusammensetzt und speziell die in unserem Antrag gekennzeichneten Aufgaben bearbeitet.

Gestatten Sie mir noch zu einigen anderen Punkten einige Ausführungen: einige Worte zum Punkt VVN. Diejenigen Genossen, die das Weiterverbleiben in der VVN befürworten, und diejenigen, die meinen, der Parteivorstand habe nicht demokratisch gehandelt und nur der Parteitag hätte einen Beschluß fassen dürfen, diese Genossen haben bei der Begründung ihres Standpunktes ausschließlich über gestern und vorgestern gesprochen. Sie haben gar keinen Blick für das Heute und Morgen. Hier liegt die große Gefahr, sich in bestimmten Traditionen zu verheddern. Formalistische Auffassungen von Demokratie feiern bei solcher Argumentation Triumphe. Die andern benützen unseren spießbürgerlichen Formalismus, um uns übers Ohr zu hauen.

Das Erlebnis der Konzentrationslager und der Illegalität wird von den kommunistischen Strategen kaltblütig ausgebeutet, wir werden zu Gefangenen einer Sentimentalität, die sie als Trick benützen. Die kommunistische Parteistrategie bedient sich für ihre Zwecke des Beharrens auf lokalen demokratischen Rechten in unseren Reihen, das die kommunistischen Parteiführer in ihrer eigenen Partei mit Stumpf und Stiel ausrotten würden.

Es ist hier davon gesprochen worden, daß die VVN auch die Grundlage bilde, um den Geist wachzuhalten, die Schuldigen am Terror von gestern der Bestrafung zuzuführen. Es gibt offensichtlich ehrliche Sozialdemokraten, die sich dieser Illusion hingeben. Zu ihnen möchte ich sprechen, nicht zu Agenten, denen gegenüber Argumente wirkungslos wären. Aber oft hängen selbst ehrliche Sozialdemokraten unbewußt irgendwie an irgendeinem Faden, der von sehr geschickten Menschen gesponnen wird.

Wenn es so wäre, daß die Organisation der VVN dazu dienen müßte, den Gedanken der Verfolgung und der Bestrafung der Schuldigen von gestern wachzuhalten — abgesehen davon, daß wir uns als Partei Manns genug fühlen könnten, das zu machen —, müßte man fragen: Wo hat die VVN dazu beigetragen, die Schuldigen, die Mörder an Tausenden von Kommunisten während ihrer Illegalität, nicht nur in Rußland, sondern auch in Deutschland, zur Verantwortung zu ziehen? (Beifall.) In Rußland sind mehr als Dreiviertel der kommunistischen Emigration verschwunden. Sie wurden liquidiert, ohne daß ein Hahn danach krähen durfte. Einige werden als Opfer des Faschismus ausgegeben und sind von andern umgebracht worden. (Zustimmung.) Das ist Punkt für Punkt zu beweisen. Genossen,

mit dem Gesicht zum Gestern zu kann man nicht Politik für heute und morgen machen. Man kann nicht auf der einen Seite der Partei und ihrem Parteivorstand vorwerfen, sie koordinierten nicht genug, um gleichzeitig in diesem Falle einer völligen Desorganisation, die das Gegenteil von Koordination ist, das Wort zu reden. Denn darum handelt es sich. Man kann nicht gleichzeitig den Kampf führen um das Selbstbestimmungsrecht und die Selbstverwaltung Berlins und den Kampf gegen den Terror in der Ostzone, wenn man in den Westzonen mit diesen Leuten zusammengeht und in derartigen Vereinigungen... (Die weiteren Worte des Redners sind infolge des Beifalls nicht verständlich geworden.)

Genossinnen und Genossen! Hier ist ein Problem der Koordination, Koordination im Kampf gegen den Feind, der uns im Moment am meisten zu schaffen macht. Redet doch nicht sentimental von der „Brücke nach dem Osten“ und von Gefühlen mit den im Osten leidenden Menschen. Nein, bekämpft ihre Henker und die, die sie gefangen halten! Das ist das Problem. Die Partei zerfiel in einen Haufen von Diskutierklubs, wenn sie zuließe, daß ihre Exekutive nicht das Recht hätte, in bestimmten wichtigen politischen Situationen politisch richtige Maßnahmen durchzusetzen. (Beifall.)

Gestatten Sie mir zum Schluß noch ein Wort, Genossinnen und Genossen! Einer der leitenden Leute der VVN in der britischen Zone, der Zonensekretär Schwarz, bezeichnet sich als Sozialdemokrat. Er ist es nicht. (Zuruf: Er ist es nicht.) Der Mann, der behauptet, er sei Sozialdemokrat, brachte es fertig, ehemaligen politischen Gefangenen, die ihm nicht genehm waren, ungeachtet dessen, daß sie fünf Jahre in deutschen Zuchthäusern gesessen haben, den sogenannten Paß zu verweigern, weil die herrschende kommunistische Parteibürokratie sie als Gegner betrachtete. Einem alten Kommunisten gegenüber gab Schwarz als Begründung für die Verweigerung des Passes die Erklärung: Darüber haben nicht wir zu entscheiden, darüber entscheidet die Kaderabteilung der KPD. So ist es. Die „Kaderabteilung“ der KPD entscheidet. Die Sozialdemokraten hätten, auch wenn sie eine formale Mehrheit hätten, in diesen Vereinigungen nichts zu sagen. Diejenigen, die das nicht sehen wollen, wissen nicht, daß sie gasgeführt und gegen die eigene Partei als Stoßbrecher eingesetzt werden. (Beifall.)

Wilhelm Nießwandt, Essen: Parteigenossen und Parteigenossinnen! Genosse Ollenhauer hat in seinem Schlußwort eine Erklärung gefunden, die da lautet, wenn es der Partei gelingt, auch in die Reihen der Bevölkerung einzubrechen, die noch nicht zu uns gehört, dann kann die Partei die Volkspartei werden. Ich möchte hier folgendes sagen: Um eine Volkspartei zu werden, oder besser ausgedrückt, um die Partei des deutschen Volkes zu werden, bedarf es einer absolut straffen Organisation. Um dieser Organisation willen hat Essen den Antrag an den Parteitag gelangen lassen. Wir betrachten eine Organisation, die sich heute noch als VVN repräsentiert, als absolut überflüssig. Wir empfehlen dem Parteitag, diesen Antrag anzunehmen und somit die Diskussion über dieses Problem zu beenden.

Was mich weiter veranlaßt hat, liegt auf der Ebene der einzelnen Sparten, die die Partei aufzuweisen hat, und über die die einzelnen Sachbearbeiter hier Bericht erstattet haben. Unter diesen befindet sich die Betriebsorganisation. Welche Bedeutung die Partei dieser Sparte beizumessen hat, haben jedenfalls die Verhältnisse im Ruhrgebiet gezeigt. Ich darf behaupten, daß von dort aus der Auftrieb zu verzeichnen ist, die Betriebsräte maßgebend zu beeinflussen, und das nur deswegen, weil diese Organisation zu funktionieren beginnt. Aber sie hat über diese wahltechnischen und aufklärenden Begriffe hinaus eine besondere Bedeutung, und zwar in der Richtung, wenn wir das, was uns Berlin gezeigt und was uns der Ostsektor immer wieder dokumentiert, verhindern wollen, dann muß für diese Betriebsorganisation eine Parole gelten: Schlagt die Kommunisten, wo ihr sie trefft! Nur so und in dieser Form vermögen wir die Betriebe von dem Einfluß dieser Leute zu befreien. Dazu gehört aber auch folgendes, daß die anderen Sparten, die innerhalb unserer Organisation zu verzeichnen sind, nicht nur dazu dienen, um vorhandene Parteigenossen zu sammeln, sondern auch in diesen Sparten Parteiarbeit zu leisten. Das betrifft die Justiz und all die anderen Gruppen, die hier aufgeführt worden

sind. Auch dort sollen diejenigen, die als Parteigenossen dort stehen, eine Arbeit in diesem Sinne leisten. Nicht nur ein Flugblatt, nicht nur ein gesprochenes Wort in der Versammlung, sondern die Arbeit an Ort und Stelle kann die Entscheidung herbeiführen. Eine andere Frage, die eine Rolle in der Berichterstattung gespielt hat, war die Frage der Koordination. Ich möchte den Vorstand bitten, darauf zu achten, daß, wenn man von Koordination spricht, besonders auch mit den Genossen, die in wirtschaftlichen Organisationen eine führende Rolle spielen, bevor sich Dinge ereignen oder eine gesetzliche Regelung in den Parlamenten geplant ist, eine Koordination vorgenommen wird. Ich möchte damit die Doppelgleichzeitigkeit in der Vorbereitung von Gesetzen vermeiden. Ebenfalls aber soll sich auch das Referat Wirtschaft in bezug auf die Gestaltung der Wirtschaftsorganisationen den Kopf zerbrechen, inwieweit man hier diejenigen Kreise anzusprechen vermag, die dazu dienen sollen, die Partei zur Partei des Volkes werden zu lassen. Danach haben wir unsere praktische Arbeit auszurichten und somit auch unserer Presse die Richtung zu geben, in der sie zu arbeiten hat. Dann werden wir uns im nächsten Jahr über manchen Fortschritt, der erzielt worden ist, unterhalten können. (Beifall.)

Vorsitzender: Genosse Mellmann hat auf das Wort verzichtet. Das Wort hat Genosse Carlo Schmid.

Carlo Schmid, Tübingen: Genossinnen und Genossen! Das Problem VVN darf nicht für sich allein betrachtet werden, sondern nur im Zusammenhang mit der gesamten politischen Strategie der Kommunisten. Die Kommunisten haben längst eingesehen, daß sie bei uns in Deutschland keine Chance haben, im offenen Kampf der Ideen und auch im offenen Kampf der wahren Kräfte Raum zu gewinnen. Sie sind statt dessen zu der Methode des Trojanischen Pferdes übergegangen, gelegentlich auch zu der des Trojanischen Esels. (Heiterkeit.) Sie haben unter überaus vielen, sehr „ehrenwerten“, Bemühungen und auch manchen Sentimentalitäten sogenannte neutrale Gruppen geschaffen, mit denen sie in die politischen Parteien den Hader und die Spaltung tragen wollen.

Die Partei stand im letzten Jahre vor der Frage, wie sie unseren Berliner Genossen in ihrem Kampf gegen den Terror der SED am wirksamsten helfen könnte. Dabei spielte eine große Rolle die Erwägung, daß gerade damals die SED die VVN als einen ihrer Rammböcke gegen die Partei einzusetzen begann. Um den Berlinern zu helfen, hat der Parteivorstand den Beschluß gefaßt, der einigen unserer Genossen nicht gefallen hat. Wenn wir nicht gehandelt hätten, hätten wir unsere Pflicht versäumt. Man hat zu meinem Bedauern hier davon gesprochen, daß dieses Verhalten nach Methoden des Politbüros rieche, aber haben wir denn vergessen, daß zwischen zwei Parteitagen es der Parteivorstand ist, der aus dem Mandat der gesamten Partei heraus die dringlichen politischen Entscheidungen zu treffen hat? (Zuruf: Sehr richtig.) Es ist Sache des Parteitag, den Parteivorstand sachlich zu desavouieren, wenn er schon meint, der Parteivorstand habe falsch gehandelt. Aber dem Parteivorstand übel zu nehmen, daß er gehandelt hat und zu behaupten, handeln sei undemokratisch, scheint mir nicht richtig zu sein.

Man hat auch davon gesprochen, daß man sich vorher hätte mit den Genossen verständigen müssen, die in der VVN sind. So etwas mag das eine oder andere Mal taktisch geschickt und klug sein, aber prinzipiell gesehen ist das ein verhängnisvoller Standpunkt. Wenn wir einmal anfangen, in der SPD eine Naziverfolgtenfraktion aufzumachen, dann die Frauenfraktion, eine Bauernfraktion usw., und wenn Beschlüsse der Parteiorgane nur im Einverständnis mit diesen Fraktionen ergehen dürfen, dann ist die Einheit der Partei dahin. Es gibt in der Partei nur Gesamtentscheidungen und keine Entscheidungen bestimmter Gruppen innerhalb der Partei. Man spricht gelegentlich davon, das sei etwas wie Terror und gebraucht dann das Wort „Hannover“ mit einem ausgesprochen wenig wohlwollenden Akzent. Eine Partei wie die unsrige steht und fällt mit der Fähigkeit ihrer Mitglieder zur Parteidisziplin. Parteidisziplin bedeutet nicht den Zwang zu einer bestimmten Meinung. Wir sind eine demokratische Partei, jeder kann zu den Dingen die Meinung haben, die ihm paßt; wenn

aber die verfassungsmäßigen Körperschaften der Partei einen Beschluß gefaßt haben und die Partei zur Aktion übergeht, dann gibt es nur die Einheit der Aktion. (Zuruf: Sehr gut!) Niemand ist gezwungen, sich daran zu beteiligen; wer aber als Sozialdemokrat in seiner Eigenschaft als Sozialdemokrat auftritt und damit die Partei mittelbar oder unmittelbar engagiert, der muß im Rahmen der Aktions-einheit der Partei auftreten. (Beifall.) Das wird manchmal Konflikte bringen. Ich kann verstehen, daß mancher Genosse, der in der VVN ist, unter einem schweren inneren Druck steht; aber man muß sich entscheiden können. Es gibt absolute Prioritäten in allen Dingen, die uns angehen. An erster Stelle steht aber immer die Gesamtpartei und ihr gegenüber ist alles andere sekundär. (Beifall.) Man kann nicht Sozialdemokrat sein und gleichzeitig noch eine ganze Reihe anderer Dinge vertreten, wenn diese anderen Dinge im Widerspruch zur Parteieinheit stehen. Das ist Parteidisziplin und nicht etwa Knechtung und Vergewaltigung des Gewissens!

Manche unserer Genossen glauben, wir sollten in der VVN bleiben, denn da und dort hätten wir eine Mehrheit und fast nirgends hätten diese Kommunisten. Es kommt doch bei einer so geschlossenen Aktionsgruppe, wie es die KfP ist, nicht darauf an, ob sie die formale Mehrheit hat; es genügt völlig, wenn sie Schwerpunkte bilden kann. Solche Schwerpunkte, einheitlich dirigiert, bedeuten mehr als eine Majorität, die nicht gesteigert und nicht kommandiert ist. Deswegen nützen uns die gelegentlichen Mehrheiten, die wir haben, und die paar Sekretariate gar nichts.

Wenn man glaubt, es lohne sich, in der VVN zu sein, um dort belehrend wirken zu können, mein Gott: sind wir denn in Schilda oder auf dem Parteitag? Es handelt sich doch nicht darum, daß dort mehr oder weniger schlecht informierte politische Gegner sind, auf die wir belehrend einwirken können — es stehen doch dort Leute, die sich zu einer Organisation bekennen, die am Tage nach ihrem Machtantritt ihre politischen Meinungsverschiedenheiten mit uns im Wege des Genickschusses entscheiden wird! (Zuruf: Sehr richtig! Beifall.) Ich glaube, daß es nicht gerade die intelligentesten Kälber sind, die sich ihre Metzger selber holen. (Beifall.)

Fritz Polenz, Hannover: Genossen und Genossinnen! Ich will die Bedeutung des Punktes der Tagesordnung „Arbeitsbericht des Parteivorstandes“ nicht verkleinern; ich bin mir klar darüber, daß eigentlich über einzelne Punkte noch viel mehr gesagt werden müßte, aber wir stehen vor der Wahl: entweder wir diskutieren noch stundenlang über die Arbeitsberichte und es kommen die wichtigsten Punkte, wie „Bericht der Fraktion des Wirtschaftsrates“, „Soziale Neuordnung als sozialistische Gegenwartsaufgabe“ heute und morgen viel zu kurz, oder wir beenden jetzt die Diskussion. Ich stelle daher den Antrag auf Schluß der Debatte. (Beifall.)

Vorsitzender: In die Rednerliste sind noch einige Redner eingetragen. Wünscht jemand gegen diesen Schlußantrag zu sprechen? (Niemand meldet sich.) Dann bitte ich diejenigen, die zustimmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich darf um die Gegenprobe bitten. — Mit sehr großer Mehrheit ist der Antrag angenommen. Nun habe ich zunächst mitzuteilen, daß Dr. Philipp Auerbach jetzt telefonieren läßt, daß er infolge dringender Besprechungen leider nicht abkommen kann. Er bittet, freundliche Grüße schicken zu dürfen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die mit diesem Punkt der Tagesordnung in Verbindung stehenden Anträge. Das Schlußwort hat zuvor der Genosse Egon Franke.

Egon Franke, Hannover: Genossinnen und Genossen! Ich kann mich recht kurz fassen, da von den Diskussionsrednern all die Fragen erörtert wurden, die im Zusammenhang mit dem VVN-Problem zu behandeln waren. Vorweg möchte ich die organisatorischen Dinge ansprechen, um dann zum Schluß die VVN-Frage noch einmal kurz zu streifen.

Parteiivorstand und Parteausschuß schlagen dem Parteitag vor, alle Abänderungsanträge zum Parteistatut dem Parteiivorstand zu überweisen, um in einer Organisationskommission unter Berücksichtigung aller Momente eine etwa erforder-

liche Satzungsänderung vorzubereiten. Auch die durch den Genossen Werner Jacobi als Sprecher für mehrere Bezirke beantragte Veränderung der Zusammensetzung des Parteiausschusses ist nicht nur eine Frage technischer Art, sondern eine prinzipielle Frage, und ich möchte bitten, daß dieser Gesichtspunkt beachtet wird. Erst nach der Beratung mit Vertretern der Bezirke, die eine andere Auffassung vertreten, können wir zu einer Einigung kommen, die im Interesse der Gesamtorganisation, auch der kleineren Bezirke, liegt. Ich glaube, daß es zu verantworten ist, bis zum nächsten Parteitag noch mit den jetzigen Satzungen weiterzuarbeiten.

Zur Frage der VVN, Genossinnen und Genossen, ist festzustellen, daß der Beschluß des Parteivorstandes nicht gefaßt wurde, ohne die Beteiligten zu hören! Allerdings wurden die Vertreter der Bezirke, wurde die Parteiorganisation befragt und nicht die VVN! Ich glaube, das ist eine Tatsache, die Beachtung finden sollte. Wir haben uns seit mehr als zwei Jahren in der Partei mit den Beteiligten wiederholt über die Frage der VVN unterhalten. Wir hätten in Nürnberg auf dem Parteitag bereits einen Beschluß fassen können, der die endgültige Entscheidung in der VVN-Frage vor Jahresfrist herbeigeführt hätte. Aber gerade weil uns daran lag, mit den beteiligten Genossinnen und Genossen in Konferenzen und Verhandlungen einig zu werden, haben wir in Nürnberg auf einen Beschluß verzichtet. Seit Nürnberg fanden verschiedene Konferenzen statt. Ich glaube, kein Geheimnis zu verraten, wenn ich sage, daß im September des Jahres 1947 eine Anzahl von Genossinnen und Genossen auf der Konferenz in Springe noch anderer Meinung gewesen sind, als sie es im Mai dieses Jahres waren. Wir haben tatsächlich das nur Erdenkliche getan, um die Mitglieder an der Diskussion dieser Frage zu beteiligen. Zwei Jahre sind wahrlich eine Zeit, die ausreichen muß, um einen Schluß zu finden. Wenn es in Deutschland eine Partei gibt, in der die gesamte Mitgliedschaft an Entscheidungen beteiligt ist, Genossinnen und Genossen, dann ist es die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Genossinnen und Genossen, zum Abschluß kommend, möchte ich nochmals empfehlen, die Anträge bei der Abstimmung so zu behandeln, wie der Parteivorstand und Parteiausschuß es vorschlagen.

Vorsitzender Gnosß: Die vier anderen Referenten haben auf das Schlußwort verzichtet. Wir klären zum Antrag der Kontrollkommission, dem Parteivorstand Entlastung zu erteilen. Ich bitte die Genossen, die dem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Dann bitte ich um die Gegenprobe. (Erfolgt.) Soweit ich sehen kann, ist keine Stimme dagegen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Anträge, die zu Punkt 3 der Tagesordnung vorliegen.

Zunächst Antrag Nr. 10 des Bezirks Obere Rheinprovinz, in der Vorlage Nr. 4, die Ihnen vorliegt, die Frage der Pflicht der Wiedergutmachung der Schäden der Verfolgten des Naziregimes. Wer für die Annahme dieses Antrages ist, bitte ich die Hand zu erheben. (Erfolgt.) Ich darf Sie um die Gegenprobe bitten. (Erfolgt.) Der Antrag ist einstimmig angenommen. (Zuruf: Ich bitte um die Nummer des Antrages!) Die Nummer des Antrages habe ich Ihnen gesagt, es ist Nr. 10. (Zuruf: Es ist schlecht zu hören!)

Es kommt nunmehr die Abstimmung zu Antrag Nr. 11 derselben Vorlage vom Unterbezirk Essen, in dem praktisch die Bestätigung des Beschlusses des Parteivorstandes in Sachen VVN durch den Parteitag vorgenommen wird. Wer für den Antrag ist, den bitte ich die Hand zu erheben. (Geschicht.) Ich danke, ich bitte um die Gegenprobe. (Erfolgt.) Der Antrag ist gegen 21 Stimmen angenommen.

Damit wären alle Anträge, die sich mit dieser Frage beschäftigen, und zwar die Anträge Nr. 12, 13 und 14, erledigt. Der Antrag Nr. 15 hat einen anderen Inhalt. Durch diesen Antrag wird dem Parteivorstand das Recht bestritten, einen solchen Beschluß fassen zu können. Ich wäre der grundsätzlichen Bedeutung wegen der Meinung, daß über diesen Antrag besonders abgestimmt werden muß. Es erhebt sich dagegen kein Widerspruch, wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Annahme des Antrages Nr. 15 der Ortsgruppe Solingen ist, den bitte ich die Hand zu erheben. (Geschicht.) Ich danke! Ich bitte um die Gegenprobe. (Erfolgt.) Der Antrag ist mit übergroßer Mehrheit abgelehnt.

Antrag 16, gestellt vom Bezirk Obere Rheinprovinz, befaßt sich mit der Frage der Veranstaltung von würdigen Gedenkfeiern zur Erinnerung an die durch den Naziterror gefallenen sozialdemokratischen Freiheitskämpfer. Es wird vorgeschlagen, diesen Antrag dem Parteivorstand zur weiteren Veranlassung zu überweisen. Wer dafür ist, diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen, bitte ich die Hand zu erheben. — Bitte die Gegenprobe. — Es ist gegen zwei Stimmen so beschlossen worden.

Antrag 17 der Landesorganisation Hamburg. Er wünscht, daß unverzüglich eine Kommission zum Studium und zur Förderung der sozialdemokratischen Betriebsgruppenarbeit gebildet wird. Es wird vorgeschlagen, diesen Antrag an den Parteivorstand und den Betriebs- und Gewerkschaftsausschuß zu überweisen. Wer für die Erledigung dieses Antrages in diesem Sinne ist, bitte ich eine Hand zu erheben. — Danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Es ist gegen 23 Stimmen so beschlossen worden.

Antrag 18 des Unterbezirks Unterweser wurde zurückgezogen und gelangt nicht zur Abstimmung.

Wir kommen zu den Anträgen zu Punkt 3 b der Tagesordnung. Zunächst Antrag 19 des Bezirksvorstandes des Bezirkes Hessen-Süd betreffend die Festlegung der Beiträge innerhalb der Partei gestaffelt nach den Einkommensverhältnissen. Eine Abänderung hierzu ist im Antrag 66 formuliert. Die gedruckte Vorlage ist verteilt worden und liegt den Delegierten vor. Ich hoffe, daß alle davon Kenntnis genommen haben. Wir kommen zur Abstimmung des Antrages 66 an Stelle von Antrag 19. Wer für die Annahme dieses Antrages ist, bitte ich eine Hand zu erheben. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Der Antrag ist gegen 16 Stimmen angenommen worden.

Antrag 20 des Bezirksvorstandes des Bezirkes Hessen-Süd sieht die Regelung der Beiträge für Erwerbslose vor. Es wird vorgeschlagen, ihn anzunehmen mit den Abänderungsvorschlägen des Genossen Nau, an Stelle von 30 Pf. 25 Pf. als vorläufigen Beitrag für Erwerbslose festzulegen. Wer für die Annahme des Antrages ist, bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich danke. Gegenprobe. — Der Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Antrag 21 des Bezirksvorstandes des Bezirkes Hessen-Süd beschäftigt sich mit der finanziellen Unterstützung unserer Berliner Parteilorganisation. Wer für die Annahme dieses Antrages ist, bitte ich, die Hand zu erheben. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Der Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Zu Punkt 3 c der Tagesordnung stehen folgende Anträge zur Erledigung: Zunächst Antrag 22, Unterbezirk Göttingen. Hier wird gewünscht, daß der Parteivorstand die Herausgabe einer Zeitschrift für „Theorie und Praxis des Sozialismus“ vorbereiten soll. Es wird vorgeschlagen, den Antrag dem Parteivorstand zu übergeben. Wer für die Überweisung ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Einstimmige Überweisung ist beschlossen.

Antrag 23 stammt ebenfalls vom Unterbezirk Göttingen. Auch hier wird vorgeschlagen, diesen an den Parteivorstand zu überweisen. Damit ist zunächst einmal, glaube ich, der Versuch gemacht, dem Antrag Rechnung zu tragen. Wer für die Überweisung des Antrages 23 an den Parteivorstand ist, bitte ich um das Handzeichen. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Es ist einstimmig so beschlossen.

Antrag 24, von Groß-Frankfurt gestellt, ist praktisch durch den Antrag 61, der hier eingereicht worden ist, überholt. Der Vorschlag ist zu finden im Nachtrag zu Vorlage Nr. 4. Wer für den neuen Antrag ist, bitte ich eine Hand zu erheben. — Danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Die Entschließung ist einstimmig angenommen.

Zu Punkt 3 d der Tagesordnung liegt zunächst Antrag 25 des Unterbezirks Göttingen vor. Es handelt sich um die Unterstützung der Frauenwettbewerbe durch eine Frauenwerbewoche. Es wird vorgeschlagen, den Antrag anzunehmen und dabei die Antragsabänderung durch den Antrag 64 in der Nachtragsvorlage mit zu berücksichtigen. Der Antrag würde dann durch den Ergänzungsantrag 64 folgendermaßen lauten:

„Die Parteibezirke werden beauftragt, zur stärkeren Heranziehung der Frauen jährlich eine Frauenwerbeweche abzuhalten. Während dieser Werbeweche soll, die gesamte Parteiorganisation in den Dienst der Frauenarbeit gestellt werden.“

Wer für die Annahme dieses Antrages ist, bitte ich, die Hand zu erheben. — Danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Es ist einstimmig so beschlossen worden.

Antrag 26, ebenfalls Unterbezirk Göttingen, beschäftigt sich mit der Frage der Rechtsstellung der Frau im bürgerlichen Leben. Es wird vorgeschlagen, diesen Antrag mit einem Abänderungsantrag des Parteivorstandes und Partelausschusses, der unter Antrag 65 zu finden ist, anzunehmen. Danach würde der Antrag lauten:

„Der Parteivorstand wird beauftragt, gemeinsam mit den zuständigen sozialdemokratischen Fraktionen dafür zu sorgen, daß der Grundsatz der vollen staatsbürgerlichen Gleichstellung der Frau auf allen Rechtsgebieten verwirklicht wird. Die Durchführung dieses Grundsatzes ist eine der vordringlichsten Aufgaben der Sozialdemokratischen Partei.“

Wer für die Annahme dieses Antrages ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. — Ich danke. Wer gegen den Antrag ist, bitte ich ebenfalls, sich zu melden. — Ich stelle einstimmige Annahme fest.

Damit, Genossinnen und Genossen, sind auch die Anträge, die zu diesem Punkt der Tagesordnung gestellt waren, erledigt. (Zuruf: Antrag 70!) Ich bitte um Entschuldigung. Es ist ein Abänderungsantrag. Wenn der Beschluß von eben Gültigkeit haben soll, kann ich über diese Vorlage nicht mehr abstimmen lassen. Praktisch handelt es sich hier um eine Erweiterung des Antrages 10. Der letzte Absatz fehlt:

„Ebenso soll die Partei alles tun, um den Opfern einer neuen Diktatur, die Gesundheit, Freiheit und Existenz einbüßen oder in ihrer Freiheit gefährdet sind, zu einer neuen Existenz und einer neuen Heimat zu verhelfen.“

Es verschlimmert nichts, wenn wir neben Antrag Nr. 10 auch über diesen Antrag Nr. 70 abstimmen und beschließen. Wer für die Annahme dieses Antrages Nr. 70 ist, bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich danke sehr. Ich bitte um die Gegenprobe. — Es ist einstimmig beschlossen.

Es liegt außerdem, bis jetzt aber noch nicht verteilt, der Antrag des Bezirks westliches Westfalen vor, unterschrieben von mehr als 30 Delegierten. Der Antrag verlangt die Umänderung des § 22 unseres Statuts in der Zusammensetzung des Partelausschusses. Der Genosse Jacobi hat diesen Antrag vorhin begründet. Der Genosse Franke hat vorgeschlagen, diesen Antrag dem Organisationsausschuß zu überweisen, damit er im Zusammenhang mit der endgültigen Neuberatung des Organisationsstatuts berücksichtigt wird. Es handelt sich dabei um die Anträge, die unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ stehen. Ich bitte, daß wir über diesen Antrag dann gemeinsam mit den Anträgen der 1. Vorlage abstimmen. Ich glaube, wir sind uns darüber einig, daß der Antrag auch am besten hier hineinpaßt. — Ich höre keinen Widerspruch. Dann wird über diesen Antrag beim Tagesordnungspunkt „Verschiedene Anträge“ noch einmal zu verhandeln sein.

Es ist nunmehr beabsichtigt, bevor wir das Referat des Genossen Kriedemann über die Arbeit des Wirtschaftsrates entgegennehmen, die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission vorzunehmen, und dann im Verlauf der weiteren Verhandlungen eine Auszählung der Stimmzettel vorzunehmen. Die Stimmzettel werden jetzt verteilt. Ich mache für die Durchführung des Wahllaktes darauf aufmerksam, daß wir dazu eine kleine Änderung unserer früheren Beschlüsse vornehmen müssen, in denen die Zusammensetzung des Parteivorstandes festgelegt wurde. Es war auf dem Parteitag in Nürnberg beschlossen worden, daß neben den beiden Vorsitzenden sechs besoldete Vorstandsmitglieder gewählt werden sollen; aber es war ausdrücklich eine dieser Stellen freigelassen worden. Sie sollte dann besetzt werden, wenn Parteivorstand und Partelausschuß die geeignete Persönlichkeit dafür gefunden haben. Jetzt haben wir in unserer Vorstandswahl wiederum nur sieben besoldete Vorstandsmitglieder, müssen also jetzt beschließen, daß

1. die Zahl der besetzten Vorstandsmitglieder auf 7, die Zahl der unbesetzten auf 23, und die Gesamtzahl der Parteivorstandsmitglieder auf 30 festgelegt wird.

Wer dafür ist, daß dieser Antrag, den ich anschließend noch einmal verlese:

„Der Parteivorstand besteht aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden, fünf besetzten Mitgliedern und 23 unbesetzten Beisitzern“,

wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Es ist, soweit ich sehen kann, gegen drei Stimmen beschlossen worden. Nun zur Durchführung der Wahl des Parteivorstandes. Es stehen auf dem Stimmzettel, der jetzt zur Verteilung kommt, zunächst in einer besonderen Gruppe die beiden Vorsitzenden Dr. Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer und in der nächsten Gruppe weitere fünf besetzte Mitglieder des Parteivorstandes. Dann folgen die Vorschläge, die für die unbesetzten Beisitzer gemacht worden sind. Ich möchte jetzt schon auf folgendes aufmerksam machen. Wenn auch der Stimmzettel alle Namen enthält, so ist doch praktisch in den drei Gruppen eine besondere Abstimmung dadurch gegeben, daß für die besetzten Parteivorstandsmitglieder keine anderen Vorschläge gemacht worden sind. Für die Wahl ist ferner die Hälfte der abgegebenen Stimmen erforderlich. Von den unbesetzten Mitgliedern des Parteivorstandes, die zur Wahl stehen, sind soviel Namen zu streichen, daß nicht mehr als 23 unbesetzte Mitglieder des Parteivorstandes übrig bleiben. Stimmzettel, die mehr als 23 Namen unbesetzter Mitglieder des Parteivorstandes enthalten, sind ungültig. Ich werde von der Genossin Gotthelf darauf aufmerksam gemacht, daß nach einem Beschluß des Nürnberger Parteitages mindestens vier Genossinnen unter den Parteivorstandsmitgliedern sein sollen. Ich bitte, das zu berücksichtigen. (Beifall.) Also noch einmal: Von der Liste der unbesetzten Mitglieder sind soviel Namen zu streichen, daß insgesamt 23 stehen bleiben. Stimmzettel mit mehr als 23 Namen sind ungültig. Die Stimmen werden ausgezählt. Ich bitte, die Wahl entsprechend vorzunehmen, und werde die Stimmzettel später durch die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission einsammeln lassen. Die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission werden gebeten, sich hier vorn einzufinden. Ich nehme an, daß kein Widerspruch erfolgt, wenn ich feststelle, daß die Mandatsprüfungskommission die Funktion der Wahlkommission ausüben soll. Ich höre keinen Widerspruch. Die Mandatsprüfungskommission übernimmt auch die Funktion der Wahlprüfungskommission. Sind die Stimmzettel jetzt da? Wir werden, bis die Stimmzettel verteilt sind, fünf Minuten Pause eintreten lassen und dann zur Erledigung des Tagesordnungspunktes 4 das Referat des Genossen Herbert Kriedemann hören. Bei der Abgabe der Stimmzettel muß die Delegiertenkarte vorgezeigt werden.

Damit kein Irrtum entsteht: Unter den vorgeschlagenen unbesetzten Parteivorstandsmitgliedern befand sich heute vormittag auch der Genosse Wenzel Jaksch. Sie finden den Namen nicht auf der Vorschlagsliste. Der Genosse Wenzel Jaksch ist durch eine schriftliche Erklärung von dieser Nominierung als Mitglied des Parteivorstandes zurückgetreten. Ich möchte dies nur zur Information sagen.

Ich werde gefragt, wieviel Namen gestrichen werden müssen, damit die Liste gültig ist. Es werden 23 Mitglieder gewählt, 26 Namen sind auf der Liste enthalten. Es müssen also mindestens drei Namen gestrichen werden. Ich bitte nunmehr die Mandatsprüfungskommission, die Stimmzettel einzusammeln.

Wir kommen zu Punkt 4 der Tagesordnung. Der Tagesordnungspunkt sieht vor:

#### Bericht der Fraktion des Wirtschaftsrates

Es spricht Genosse Kriedemann.

Herbert Kriedemann, Frankfurt am Main: Genossen und Genossinnen, wenn jetzt über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Wirtschaftsrat berichtet wird und damit dieses Stück sozialdemokratischer Parteilarbeit zu seiner

Beurteilung unterbreitet wird, dann erscheint es mir notwendig, bei allen Bemühungen den Bericht so kurz wie möglich zu fassen.

Eine Reihe von Mißverständnissen unter uns in bezug auf die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Wirtschaftsrat sind wohl nur darauf zurückzuführen, daß in der Öffentlichkeit, manchmal in unserer eigenen Partei, über den Wirtschaftsrat, seine Zuständigkeit und über unsere, der Fraktionstätigkeit nicht genügend Kenntnis vorhanden war.

Als in der britischen Zone zunächst die Zentralämter zur möglichst einheitlichen Regelung der großen lebenswichtigen Fragen, wie Wirtschaft, Ernährung, Verkehr, Finanzen usw. eingerichtet wurden, haben wir Sozialdemokraten in der Schaffung dieser Ämter einen ersten Schritt zur Wiederherstellung eines Minimums an staatlicher Ordnung gesehen, und wir haben keinen Zweifel daran gelassen, daß wir diesen ersten Schritt begrüßen und daß wir ihm mitmachen wollen. Als dann zwischen den beiden Besatzsmächten im Westen, den Engländern und Amerikanern, das Übereinkommen zustande kam, das das Vereinigte Wirtschaftsgebiet schuf, die wirtschaftliche Gleichstellung der beiden Zonen, haben wir auch darin einen Schritt gesehen, der unsere Zustimmung finden mußte, und in einer Entschließung hat der Parteivorstand und der Parteiausschuß dieser Auffassung Ausdruck gegeben, natürlich nicht ohne auch bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß eine solche Vereinigung von zwei Zonen nur ein Provisorium sein könne und daß dadurch die Vereinigung des ganzen ehemaligen Reichsgebietes nur noch notwendiger wird. Wir haben aber zugleich mit unserer Forderung, daß wir in diesen großen und lebenswichtigen Fragen einheitliche Verwaltungsstellen haben müssen, nachdrücklich gefordert, daß diese Ämter für uns selbstverständlich sofort unter parlamentarische Kontrolle gestellt werden müssen. So gesehen ist der Wirtschaftsrat, der jetzt vor etwa einem Jahr in Weiterentwicklung der Schaffung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes durch Dekret der Militärregierung errichtet wurde, eine Maßnahme, die unserer sozialdemokratischen Forderung entsprach, wenn auch nur sehr teilweise und vor allen Dingen außerordentlich verspätet. Aus der Tatsache, daß wir Sozialdemokraten uns von allem Anfang an, als von Deutschland überhaupt noch nicht gesprochen wurde und der Gedanke der Aufspaltung Deutschlands in Ländern nicht nur bei den Siegermächten auf viel Gegenliebe stieß, sondern auch innerhalb Deutschlands für unseren sozialdemokratischen Geschmack dieser Gedanke mit Begeisterung aufgenommen worden ist, für die zentrale Regelung der großen lebenswichtigen Fragen ausgesprochen haben, hat man uns oft den Vorwurf gemacht, wir seien eben eine zentralistische Partei. Genossen! Lassen Sie mich offen aussprechen, daß es bei diesem ersten provisorischen Schritt in der Richtung auf Einheitlichkeit in diesen Zentralfragen auch unter uns solche Kritiken gegeben hat. Ich glaube, wenn alle diese Dinge ruhiger und abschließend beurteilt werden können, als es in dieser Periode der Fall ist, dann würde klar erkenntlich werden, daß schnell und ohne besondere Rücksichtnahme auf gewisse Stimmen in der Welt die Partei sich wieder auf den Standpunkt gestellt hat, auf dem sie früher gestanden hat und daß sie nicht vergessen hat, daß sie die Reichspartei gewesen ist. Unsere innerdeutschen politischen Gegner, die sich etwas darauf zugute tun, daß sie Föderalisten sind und die uns gern den Vorwurf des Zentralismus machen, haben immerhin recht schnell die Bedeutung der zentralen Einrichtungen erkannt und haben nicht ohne Erfolg und auch nicht ohne wohlwollende Unterstützung von seiten der Siegermächte den Kampf um die Beherrschung dieser Zentralämter aufgenommen mit viel mehr Heftigkeit, als sie sich unserer Forderung nach Schaffung einer echten parlamentarischen Kontrolle für die Einrichtungen angeschlossen haben. Es wird noch in unserer Erinnerung sein, und für den Fall daß es nicht so sein sollte, ist es nur gut, daran zu erinnern, daß trotz des föderalistischen Geschreis und der föderalistischen Reklame, die die bürgerlichen Parteien immer gemacht haben, ihr Interesse an den Zentralämtern so groß war, daß nur ein einziges von ihnen — und auch das nur für eine Zeit — von einem Sozialdemokraten besetzt werden konnte.

Im vollen Bewußtsein der Tatsache, daß das, was mit dem Wirtschaftsrat geschaffen worden war, den Anforderungen, besonders den deutschen Notwendigkeiten entsprach, und daß bei der Schaffung der bizonalen Wirtschaftsverwaltung auf fundamentale sozialdemokratische Gesichtspunkte und Erfahrungen keine ausreichende Rücksichtnahme von seiten der Besatzungsmächte genommen worden war, sind die Sozialdemokraten nach Frankfurt gegangen, bereit zur Mitarbeit, bereit, unser Stück Verantwortung auf unsere Schultern zu nehmen. Wir haben das getan in der Überzeugung daß wir nicht warten können, bis von irgendwoher, von irgendwem oder vielleicht von selber das notwendige Maß an staatlichen Organisationen wieder geschaffen werden würde, was in der Konsequenz des Dritten Reiches und seiner Zerstörung für Deutschland verlorengegangen war. Es war uns völlig klar, daß Deutschland nicht wie der Phönix aus der Asche wieder dastehen würde und wir solange warten könnten. Wir waren deshalb bereit, den schwierigen und für alle Beteiligten außerordentlich unbefriedigenden Weg zu gehen, auf dem allein das Ziel der Wiederherstellung deutscher staatlicher Organe unter parlamentarische Kontrolle erreicht werden kann. Wir waren uns außerdem klar, daß es in Frankfurt nicht etwa zur Debatte stand, nun Parteipolitik im engsten Sinne des Wortes zu betreiben. Wir wußten, daß es sich hier um ein Provisorium, um eine Notlösung handelte, deren erste Aufgabe es sein mußte, die Fragen zu lösen, die aus der unmittelbaren, insbesondere ökonomischen Not des deutschen Volkes auf der Tagesordnung standen. Wir waren bereit, an der Lösung dieser Fragen zusammen mit allen Parteien zu arbeiten, die mit uns unter den gleichen Voraussetzungen nach Frankfurt gekommen waren. Es hat uns dabei keine Furcht vor der Koalition bewegt und wir haben in keinem Falle von vornherein das Bedürfnis gehabt, uns ängstlich abzugrenzen; das entspricht in keiner Weise sozialdemokratischer Tradition. Wir haben deswegen auch mit der anderen Partei, die in der gleichen Stärke wie wir, wenn auch mit entsprechenden Bundesgenossen ausgerüstet, in Frankfurt in Erscheinung trat, ganz offen über diese Dinge gesprochen. Das Angebot, das wir der CDU zu machen hatten, war loyal und, wie wir auch heute noch meinen können, durchaus vernünftig. Wir wollten mit ihr die Verantwortung teilen und mußten deshalb auch die Möglichkeit der Einflußnahme mit ihr teilen. Es ist ja kein Geheimnis, sondern eine Tatsache, daß die CDU wesentliche Teile ihrer politischen Kräfte aus dem Sektor der Wirtschaft holt, die man unter uns auf Grund alter Erfahrungen immer noch gern in Anführungsstrichen schreiben möchte. Daraus ergab sich für uns von selber, daß wir als ein gewisses Gegengewicht, als einen Ausgleich, unseren Einfluß nehmen mußten auf die Wirtschaftsverwaltung, auf die Organe die die wirtschaftlichen Kräfte, das Unternehmertum usw. kontrollieren, lenken, ihnen Richtung und Weg weisen. Daraus ergab sich für uns die Forderung, daß der „Direktor“ der Verwaltung für Wirtschaft ein „Sozialdemokrat“ sein müsse.

Man hat uns damals von unseren politischen Gegenspielern immer vorgehalten, daß wir auf diesem Wege schon sehr weit gegangen seien, da wir auch die Wirtschaftsminister in den Ländern hätten, und daß es deshalb ein Akt der ausgleichenden Gerechtigkeit sei, wenn der zentrale Direktor nun ein CDU-Mann sei. Wir haben uns große Mühe gegeben, die CDU über dieses offensichtliche Mißverständnis aufzuklären. Denn sowohl nach dem Wortlaut der Proklamation wie auch nach unserer eigenen Vorstellung von den Zuständigkeiten zwischen der zentralen Einrichtung und den Ländern war es völlig klar, daß die Wirtschaftsminister nach der Schaffung der bizonalen Einrichtung an Bedeutung verlieren müßten gegenüber der Zentralverwaltung und daß zu den Wirtschaftsministern in den Ländern der Direktor als eine notwendige Ergänzung, als eine — ich möchte sagen — Zusammenfassung hinzunehmen wäre, daß aber nach wie vor die Teilung zwischen diesen beiden Parteien notwendig und gegeben sei, indem die eine sich auf die Wirtschaft schlechthin stützen, die andere den maßgebenden Einfluß auf die Wirtschaftsverwaltung haben müsse. Wir haben dabei gleich zum Ausdruck gebracht, daß es ja in wesentlichen unsere Aufgabe sein würde, im Kampf um die Überwindung der ökonomischen Schwierigkeiten, im Kampf um

den Wiederaufbau der zerschlagenen deutschen Volkswirtschaft die arbeitenden Menschen aufzurufen zu den großen Anstrengungen und Opfern, ohne die der Neuaufbau bei aller Anerkennung der Unternehmerinitiative nun einmal nicht geleistet werden kann, daß wir aber, wenn wir die Verantwortung dafür übernehmen würden, wenn wir die arbeitenden Menschen zu dieser Leistung aufrufen wollten, sogar sehr weitgehende Garantien werden geben müssen, vor allem die Garantie, daß die Früchte ihrer Anstrengungen, ihrer Entbehrungen, ihrer Opfer auch ihnen selber zugute kämen und nicht dazu dienen, den Profit wieder in Gang zu bringen. Diese unsere Forderung, wurde von der CDU und den mit ihr verbündeten Parteien rundheraus abgelehnt. In der Art der Ablehnung blieb kein Zweifel daran, daß die Leute auch genau wußten, warum sie für sich diese zentrale Kommandostelle in der Wirtschaftsverwaltung haben wollten. Man hat auch uns aus eigenen Reihen manchmal gesagt, daß wir in dieser Frage vielleicht zu hartnäckig gewesen wären und daß wir es uns doch hätten zutrauen müssen, mit der CDU fertig zu werden. Man hat darauf hingewiesen, daß man in anderen Ländern auch mit der CDU in Koalition sei und daß es recht und schlecht gehe. Genossinnen und Genossen, es muß immer wieder gesagt werden, daß der Unterschied zwischen der CDU und Frankfurt und der CDU, so wie sie sich in den Länderparlamenten präsentiert, nicht übersehen werden darf. Es ist nämlich etwas wesentlich anderes, ob ein Parlament zustandekommt aus direkten Wahlen in der Form, daß jeder einzelne, der sich um einen Sitz in diesem Parlament bemüht, mehr oder weniger an seine Wähler heranreichen muß, oder ob ein Parlament durch indirekte Wahlen entsteht, indem aus den Landtagen die Abgeordneten entsandt werden, wie der Frankfurter Wirtschaftsrat zustandegekommen ist. Ich bin der festen Überzeugung, daß eine solche Elite von Generaldirektoren und anderen maßgebenden Leuten niemals nach Frankfurt gekommen wäre, wenn sie einzeln den Wählern der CDU hätten präsentiert werden müssen. Aber nach Frankfurt sind sie gekommen, und wir haben das merkwürdige Schauspiel erlebt, daß Männer, die zwar gewohnt sind, Einfluß auf die Politik zu nehmen, weil sie den Zusammenhang zwischen Politik und Wirtschaft außerordentlich gut begreifen, es nicht für ausreichend gehalten haben, diesen Einfluß auf indirektem Wege zu nehmen. In Frankfurt sind sie höchstpersönlich aufgekreuzt. Und das ist das Entscheidende an der rechten Seite dieses Hauses, daß dort die Kräfte sitzen, die genau wissen, worauf es ankommt, und die keinen Augenblick gezögert haben, selber da zu sein, wo die Entscheidungen fallen.

Angesichts der Ablehnung der CDU und angesichts der Tatsache, daß die ODU aus den übrigen bürgerlichen Parteien genügend Anhang hatte, um allein über eine ausreichende Mehrheit zu verfügen, blieb uns nichts anderes übrig als die Opposition. Dazu haben wir uns denn auch entschlossen, obwohl wir uns der Tatsache bewußt waren, daß unter den obwaltenden Verhältnissen die Opposition außerordentlich begrenzte Möglichkeiten habe.

Man hat uns gelegentlich den Vorwurf gemacht, daß wir zwar in die Opposition gegangen wären, daß aber diese Opposition nicht in allen Fällen genügend drastisch in Erscheinung getreten sei. Ich hoffe im einzelnen noch den Nachweis dafür erbringen zu können, daß das nicht so sehr an unserer schwankenden Haltung, als an den besonderen Frankfurter Verhältnissen liegt. Im übrigen haben wir uns, als wir uns zu dieser Haltung entschlossen, völlig klargemacht, daß wir nicht der Verpflichtung enthoben wären, mit aller Kraft daran zu arbeiten, daß aus Frankfurt ein Maximum an positiver Leistung für die arbeitenden Menschen herausbekommen würde, und wir haben uns niemals vorgenommen, eine negative, ablehnende Haltung nur aus Opposition einzunehmen.

Unter diesen Umständen sind wir an die Arbeit gegangen mit einer Fraktion, die zunächst bei 52 Abgeordneten aus 20 Sozialdemokraten, nach der Verdoppelung des Wirtschaftsrates auf 104 Mitglieder aus 40 Sozialdemokraten bestand. Wenn es sich zum erstenmal seit dem Zusammenbruch beim Wirtschaftsrat um eine zentrale Einrichtung handelt, die über die einzelnen Ländergrenzen hinausging, war es für uns eine Selbstverständlichkeit, daß die Zusammensetzung der Fraktion

eine Angelegenheit der Gesamtpartei sein müsse. Wir können mit Genugtuung konstatieren, daß sich dieser Ansicht keine einzige Landtagsfraktion verschlossen hat. Es hat gar keine Schwierigkeit gemacht, Männer und Frauen nach Frankfurt zusammenzubringen, mit denen mit Aussicht auf Erfolg an die Lösung der Aufgaben herangegangen werden konnte. Mit kameradschaftlichem Rat, mit der Organisation der Partei und insbesondere den Landtagsfraktionen sind die Wahlen überall so vonstatten gegangen, wie es für das Zustandekommen einer repräsentativen und funktionsfähigen sozialdemokratischen Wirtschaftsfraktion notwendig war. Das hat es uns ermöglicht, außerordentlich aktiven Anteil an der Frankfurter Arbeit zu nehmen. Es darf festgestellt werden, daß in weiten Kreisen, auch über die deutschen Kreise hinaus, der Beweis dafür erbracht werden konnte, daß es den Sozialdemokraten mindestens sehr ernst ist, wenn sie Mitbestimmungsrecht, wenn sie Beteiligung an der Verantwortung fordern. Ich glaube, daß wir Sozialdemokraten in Frankfurt mehr als einmal unter Beweis haben stellen können, daß wir es sind, die an der Weiterentwicklung der Frankfurter Organe den größeren Anteil haben. Und nicht nur einmal kann darauf hingewiesen werden, daß, wenn man irgendwo einer Entscheidung auszuweichen versuchte, die sozialdemokratischen Mitglieder zur Stelle waren und bereit waren, ihren Standpunkt zu vertreten.

In dem Bewußtsein unserer Verpflichtung nach dieser Richtung haben wir an den einzelnen Gesetzen mitgearbeitet. Ich habe, veranlaßt durch die Verpflichtung dieser Berichterstattung, noch einmal das gesamte Material durchgesehen, was im Laufe dieses Jahres, dieses reichlichen Jahres, durch den Frankfurter Wirtschaftsrat gegangen ist. Mit Genugtuung kann dabei festgestellt werden, wie groß der sozialdemokratische Einfluß auf die Ausgestaltung der Dinge im einzelnen war, die leider in der breiten Öffentlichkeit nicht beachtet worden sind aus Gründen, die wir ja alle kennen. Es fehlt in unserem Volke an dem nötigen Verständnis dafür, daß es nicht genug ist, sich dafür zu interessieren, ob und wann die Rationen größer werden, sondern daß es auch notwendig ist, sich um die Einrichtung zu kümmern, auf die man nicht verzichten kann, auch dann nicht, wenn man um die Verbesserung der Rationen kämpfen will.

Vor allem in den Ausschüssen des Wirtschaftsrates hat sich die Qualität der Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion oft genug erweisen können, in Sachkenntnis, in der Bereitschaft zu ernster Arbeit. Es ist immer unser großer Schmerz gewesen, daß dieses Maß an Arbeit, das auch an jeden einzelnen hohe Anforderungen gestellt hat, nicht nur nicht in der breiten Öffentlichkeit, sondern auch in der Parteiöffentlichkeit nicht ausreichend in Erscheinung getreten und gewürdigt worden ist. Wir wissen, unter welch schwierigen Verhältnissen die Presse heute arbeitet. Wir kennen auch die Mangelhaftigkeit unserer eigenen publizistischen Bemühungen im Anfang und wir kennen sie aus dem Wirtschaftsrat besonders gut, weil wir heute noch nicht vergessen haben, unter welch primitiven Voraussetzungen diese Arbeit angefangen werden mußte. Es hat eine ganze Reihe von notwendigen Maßnahmen gegeben von nicht unerheblicher Tragweite, bei denen wir mit allen anderen Parteien gemeinsam arbeiten und stimmen konnten. Aus dieser Tatsache ist oft der Eindruck entstanden, als machten wir in Frankfurt eigentlich doch alles mit. Und darüber ist der große Gegensatz nur zu häufig übersehen worden, der doch zwischen den Parteien, die die Verantwortung tragen, die Regierung tragen kann man in diesem Falle nicht sagen — und uns in Erscheinung getreten ist bei allen grundsätzlichen Wirtschaftsgesetzen. Ich darf mich der Kürze wegen auf eine ganze Reihe von Ausführungen beziehen, die im Referat von Kurt Schumacher nachzulesen sind. Aber ich darf ausdrücklich an den ersten Fall erinnern, in dem der Gegensatz klar zum Ausdruck kam: an das Bewirtschaftungsnotgesetz. Damals kam es darauf an, ein Höchstmaß an wirtschaftlicher Vernunft durchzusetzen und aufrechtzuerhalten. Das Bewirtschaftungsnotgesetz, wie es zum Schluß hieß, hat die Aufgabe, alle die Maßnahmen neu zu fassen und wirksam zu gestalten, die mindestens nach unserer Auffassung notwendig waren, um in einem Volke, das so Mangel leidet und dem so wenig an

Mitteln und Möglichkeiten übrig geblieben ist, wie dem deutschen Volke, diesen Mangel zu beseitigen, die Versorgung der breiten Schichten zu sichern. Wir konnten dabei auf sehr erhebliche Vorarbeiten zurückgreifen, die noch aus der Zeit stammen, die vor dem Wirtschaftsrat lag und in der Genosse Agartz die Verwaltung für Wirtschaft aufbaute. Die CDU hat damals schon keinen Zweifel daran gelassen, daß sie diese erste Gelegenheit benutzen wollte, um soviel wie möglich von diesen sozialen Sicherungsmaßnahmen zugunsten der Verdienner abzuschaffen. Damals war sie in der Wahl ihrer Ausdrücke noch sehr vorsichtig, und es wäre nicht sehr schwer gefallen, darauf hereinzufallen. Und trotzdem war schon klar erkennbar, daß sie jeder konkreten Formulierung und jeder Erklärung zu einer sozialen Wirtschaftsordnung ausweichen wollte. Der Herr Nägel, der damals der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses war, konnte noch erklären, daß die Fragen der Bewirtschaftung zu den vordringlichsten Problemen der Arbeit des Wirtschaftsrates gehörten und daß es das Ziel der Bewirtschaftungsmaßnahmen sei, die Interessen des letzten Verbrauchers wahrzunehmen. Sein Fraktionskollege und späterer Nachfolger im Vorsitz des Wirtschaftsausschusses, der Herr Häffner, hat dann schon zu jener Zeit sehr viel deutlicher gesagt, daß es ihm auf eine bestimmte Art von Freiheit ankäme. So kam es bei diesem ersten wirtschaftspolitischen Grundgesetz dazu, daß wir es ablehnten, nachdem alle unsere bis ins einzelne ausgearbeiteten Abänderungsanträge von einer kompakten Mehrheit beseitigt worden waren. Was übrig blieb, war eine Reihe von lapidaren Redensarten, von Proklamationen. Und wie sehr, besser gesagt, wie wenig die Parteien, die diesem Gesetz zustimmten, daran dachten, diese Bestimmungen auch in der Praxis wirklich zur Anwendung zu bringen, geht z. B. ganz typisch daraus hervor, daß man eine Strafbestimmung, die gegen einen ganz groben fahrlässigen und lebensgefährlichen Verstoß gegen die Bewirtschaftungsvorschriften in Höhe von einer Million Mark vorgesehen war, mit den Stimmen der CDU und gegen uns auf 100 000 Mark herabsetzte, ein Betrag, der in der Zeit des Schwarzen Marktes immerhin noch als Geschäftskosten abgebucht werden konnte.

Es muß nach jenem Auftakt allen, die noch zweifeln, klar sein, daß mit einer Mehrheit, die so an die Dinge herangeht, ein Kompromiß für die Sozialdemokraten unmöglich sei. Wir alle werden uns daran erinnern, wie drastisch sich das einmal ausgedrückt hat, als ein sozialdemokratischer Antrag, der Hausbrandbeförderung die erste Priorität einzuräumen, abgelehnt worden ist mit der Begründung eines der Mitglieder der CDU-Fraktion, daß es viel sozialer sei, zunächst einmal die Industriekohlen zu befördern. Ja, Genossen, im Kampf gegen solche Wirtschaftsgesinnung muß einem sehr schnell klar werden, daß bei aller Anerkennung der Notwendigkeit zum Kompromiß doch verhältnismäßig sehr enge Grenzen dem Kompromiß gezogen sind. Wir haben uns nach diesen Erfahrungen selbstverständlich nicht davon abbringen lassen, immer weiter ernsthaft und zielbewußt mitzuarbeiten. Wir haben uns insbesondere auf das zentrale Problem jener Periode, die Hörtung, konzentriert. Ich möchte trotz der Kürze der Zeit jetzt mindestens eben ein Problem anrühren, über das mir eine offene Aussprache, wenn sie noch nötig ist, unverzichtbar erscheint. Ich glaube nicht, daß es gut wäre, gerade im Interesse der Dinge, die noch kommen, an solchen schwierigen und etwas belasteten Punkten mehr oder weniger elegant vorbeizugehen. Wir haben einmal vor der Notwendigkeit gestanden, uns an einer Aktion zu beteiligen, die in breiten Kreisen des deutschen Volkes nicht verstanden wurde. Ich glaube auch heute noch nicht, weil sie nicht richtig war. Ich meine, um es mit einem Wort klarzumachen, das sogenannte Speisekammergesetz. Es war uns bekannt, daß große Mengen von Lebensmitteln, auch von importierten Lebensmitteln, der allgemeinen Hörtung in zunehmendem Maße zum Opfer fielen in einer Zeit, in der die Brotrationen und die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln nicht mehr aufrecht-erhalten werden konnte.

Gründe für die Hörtung hat es von seiten der bürgerlichen Theoretiker in großer Zahl gegeben. Aber uns waren die hungernden Menschen und die

drohenden Unruhen wegen der immer schlechter werdenden Versorgung doch deutlicher als diese theoretischen Gründe. Damals wurde von seiten der Militärregierung nachdrücklichst klargemacht, daß es gar nicht so einfach sein würde, auch für das nächste Jahr — das laufende Jahr — 800 Millionen Dollar vom amerikanischen Senat bewilligt zu bekommen, weil längst nicht alle Leute in Amerika diese vordringliche deutsche Sorge akzeptieren. Man hat uns aufgefordert zu einer überzeugenden Demonstration des guten deutschen Willens. Die bürgerlichen Parteien haben zunächst einmal mit Entrüstung eine solche Aktion von sich gewiesen. Es ist ihnen verhältnismäßig leicht gefallen, breite Schichten des deutschen Volkes gegen dieses Gesetz einzunehmen, und es ist ihnen diese Arbeit insbesondere dadurch erleichtert worden, daß ein Mann, dem es auf wirksame Schlagzeilen wirklich mehr ankam als auf eine vernünftige Arbeit, das Wörtchen „Speisekammergesetz“ lancierte. Wir haben uns tagelang mit der CDU um eine Formulierung dieses Gesetzes herumgeschlagen, die unserer Meinung nach einen wirksamen Kampf gegen die Hortung von Lebensmitteln auf breiter Grundlage ermöglichte. Es gibt noch genügend Genossen in der Fraktion, die sich alle jener Wochen erinnern, in denen es für den einzelnen kaum ein Dutzend Stunden für den Schlaf gab und wobei es uns doch gelungen ist, eine Reihe von Vorschriften durchzusetzen, die sehr wirkungsvoll hätten ausgestaltet werden können: Die Einschaltung von demokratischen Ausschüssen, die Ermächtigung der Verwaltung zu einem abgekürzten Strafverfahren. Wir haben — das sage ich heute noch einmal in Erinnerung an jene Bemühungen — damals die Hoffnung gehabt, daß auch in der Breite der politischen Organisationen diese Anstrengungen begriffen werden würden und daß man von der Möglichkeit Gebrauch machen würde, den Hortern von Lebensmitteln, die es ja doch gab, die sogar häufig bekannt waren und die sich nur hinter der immer schlechter funktionierenden Verwaltung verstecken konnten, wirksam zu Leibe zu gehen.

Es ist uns damals nicht leicht gefallen bei der Fraktion, bei der Stange zu bleiben angesichts der sehr negativen Kritik, die unsere Anstrengungen gefunden haben. Es hat in unseren Reihen nicht an Bemerkungen gefehlt, die etwa in der Richtung gingen, daß wir nicht verpflichtet seien, den Amerikanern, wenn sie ein solches Gesetz bestellen, es frei Haus zu liefern. Nun, der Wirtschaftsrat hat die Verantwortung dafür, daß die Bevölkerung der Doppelzone einheitlich ernährt wird, und er hat die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Verwaltung in dieser Richtung funktioniert. Wir haben Erfahrungen genug gesammelt, wie wenig für uns im Kampf für die Sicherung des nackten Lebens sich gerade die schwächsten Schichten unseres Volkes auf diejenigen Deutschen verlassen können, die über die Dinge verfügen, die den anderen fehlen. Wir haben uns damals etwa in der Lage eines Vaters befunden, der für seine hungernden Kinder um Brot bitteln muß. Wir konnten an der Tatsache nicht vorbeigehen, daß mehr als die Hälfte des deutschen Getreideverbrauches aus dem Ausland eingeführt werden mußte. Wir haben es unserer nationalen Würde nicht für abträglich gehalten, dieser Tatsache auch den schuldigen Respekt zu bezeugen.

Wenn zum Schluß mit den Stimmen aller Parteien dieses Gesetz zur Aufspürung gehorteter Lebensmittel angenommen worden ist, dann glaube ich, daß wir Sozialdemokraten dann besonders keine Veranlassung haben, uns unserer Mitwirkung zu schämen. Ich möchte diesen Hinweis nur benutzen, um auch einmal von dieser Seite her auf das Problem hinzuweisen, wie es sich etwa darstellt in einer Bemerkung, die der CDU-Abgeordnete Hermes noch vor kurzer Zeit in Erinnerung an jenes Gesetz machte, als er den Sozialdemokraten vorwarf, sie trügen nicht bei, berechnete deutsche Ansprüche gegenüber den Besatzungsmächten durchzusetzen, und uns sozusagen dieses Speisekammergesetz als eine sozialdemokratische Initiative in die Schuhe schieben wollte.

Mit der Hortung von Lebensmitteln fing es an. Dann haben wir unsere ganze Anstrengung auf die Bekämpfung der Hortung überhaupt gerichtet und eine ganze Periode hindurch stand das öffentliche politische Leben unter dem Eindruck der sozialdemokratischen Initiative, die Kampf gegen die Hortung, als wir angingen,

ein Speisekammergesetz für die Industrie zu machen. Mit welchen Kräften wir auf der anderen Seite zu rechnen haben, wird vielleicht am deutlichsten durch den Antrag, den die CDU-Mehrheit im Wirtschaftsausschuß der Verwaltung für Wirtschaft gab, als unser sozialdemokratischer Gesetzesantrag im Ausschuß zur Debatte stand. Es wurde nämlich die Beratung des Ausschusses unterbrochen, um der Verwaltung für Wirtschaft die Gelegenheit zu geben, der Verwaltung, die, nebenbei bemerkt, bereits in Händen von Herrn Erhard war, festzustellen, ob überhaupt gehortet würde. Wenn schließlich das Enthortungsgesetz, das auf unsere Initiative hin gefordert und durchgesetzt wurde, mit den Stimmen der anderen Parteien angenommen wurde, dann war es dabei völlig klar, daß von dem, was wir ursprünglich gewollt hatten, nur wenig übrigblieb und daß man den Rest überhaupt nur schluckte, weil man glaubte, sich auf die Verwaltung, die in so bewährten Händen war, verlassen zu können. Die würde den Rest der Gefahren für die Horter schon beseitigen. Immerhin war der Mann, der in jenen Zeiten für die Wirtschaftspolitik im Rahmen der Verwaltung zuständig war, Prof. Erhard geworden, nachdem der erste Repräsentant der CDU, Herr Dr. Semler, wegen seines etwas reichlich, sagen wir mal: undisziplinierten, nationalistischen Verhaltens unter ausdrücklicher Zustimmung der Sozialdemokraten von den Besatzungsmächten abserviert worden war. Herr Erhard hat im Gegensatz zu den sozialen Proklamationen seiner Partei doch alles getan, um in der Periode der Hortung ein Maximum an Profit für die Kreise herauszuholen, die ihn mit ihrem Vertrauen in dieses Amt hineingetragen haben. Er hat das nicht nur in der Theorie getan, sondern während im Wirtschaftsrat auf unsere Initiative hin über Maßnahmen gegen die Hortung beraten wurde, passierten immerhin so merkwürdige Unglücksfälle wie der, daß die Bezugscheine für die drei Monate vor der Währungsreform, Bezugscheine für Waren, die zufällig nicht auf dem Kompensationswege verschwunden waren, sondern die nachweislich da waren, doch erst zwei oder drei Tage vorher in die Hände der Wirtschaftsministerien kamen, weil, wie man uns sagte, die Verwaltung mit ihrer Druckerlei Schwierigkeiten hatte und diese Bezugscheine deswegen nicht mehr für schlechtes Geld eingelöst werden konnten. Alles, was sich an reaktionärer Gesinnung in dem Begriff Hortung ausdrückte — und wir haben ja gesehen, was dahinter steckte, als nach der Währungsreform die Läden aufgingen und alles da war, was vorher gefehlt hatte —, ist verstärkt nach vorn gestoßen nach der Währungsreform im Kampf unter der Parole der freien Wirtschaft. Uns Sozialdemokraten war es absolut klar, daß wir nach der Währungsreform insofern vor neuen Verhältnissen stehen würden, als die Möglichkeit für eine größere Bewegungsfreiheit und die Notwendigkeit neuer Methoden gegeben war.

Wir haben nicht erst gewartet, bis auf der anderen Seite die dazu notwendigen Vorschläge gemacht wurden. Zugleich mit der Währungsreform hat die Fraktion die Initiative ergriffen und hat Maßnahmen zur Sicherung der Produktion, Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, Maßnahmen zur Unterbindung der Kompensationen gefordert. Wie ernst es uns damit war, die psychologischen und materiellen Chancen, die mit der Währungsreform gegeben waren, auszunutzen, beweist vielleicht am deutlichsten die Tatsache, daß es ein sozialdemokratischer Antrag war, der den Exportbonus B, dieses sehr gefährliche Spaltmittel innerhalb der Arbeiterschaft, abschaffen wollte. Während wir uns ernsthaft bemühten, ohne Rücksicht auf die propagandistische Wirkung, wie es dieser Antrag zum Exportbonus B beweist, mit den Dingen fertig zu werden, ging es der CDU und ihren Verbündeten nur darum, freie Bahn für die zu bekommen, die sie deshalb für tüchtig halten, weil sie viel Geld besitzen. Sie legten dem Wirtschaftsrat das Leitsatzgesetz vor, das dem Direktor, dem Beauftragten jener Kreise, die Vollmachten gab, an Stelle der Wiederherstellung der mit schlechtem Gelde aufgebauten Ordnung auch die letzten Schleusen wieder wegzunehmen. Wir haben uns gegenüber dem Leitsatzgesetz bemüht, ein Minimum an parlamentarischer Sicherheit einzuführen; wir haben gefordert, daß der Direktor auch bei den Maßnahmen, die so eilig sein würden, daß der Wirtschaftsrat sie nicht in jedem Falle würde persönlich behandeln können, doch ein funktionierender parlamentarischer Ausschuß in Funktion treten müsse,

weil wir nicht in der Lage waren, dem Direktor so viel Vollmacht zuzuerkennen. Als auch dieses Minimum an Sicherheit abgelehnt worden war, haben wir diesem Gesetz ebenfalls unsere Zustimmung versagt.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit ein Wort über den Länderrat sagen, der ja in gewissem Umfang auch ein Stück der bizonalen Wirtschaftsverwaltung ist und dessen Maßnahmen heute kritisiert worden sind, insbesondere wo sozialdemokratische Mitglieder im Länderrat anders abgestimmt haben als die sozialdemokratische Fraktion im Wirtschaftsrat. Ich tue das nur eingeschränkt, denn ich bin nicht beauftragt und fühle mich nicht berufen, für den Länderrat Bericht zu erstatten. Aber gerade weil die Haltung des Länderrates zu dem Leitsatzgesetz häufig mißverstanden worden ist, erscheint es mir notwendig, hier darauf hinzuweisen, daß Erhard persönlich vor dem Länderrat genau das zugebilligt hat, nämlich eine solchen Überwachungsausschuß, den seine Partei der SPD-Fraktion im Wirtschaftsrat verweigerte. Wir haben laufend jede Gelegenheit benutzt, zwischen der Fraktion im Wirtschaftsrat und den sozialdemokratischen Ministern und Mitgliedern des Länderrats Abstimmungen vorzunehmen, um ein Höchstmaß an gemeinsamem Auftreten zu ermöglichen. Nachdem es dem Länderrat gelungen war, die sozialdemokratische Forderung in Form dieser bindenden Erklärung von Erhard durchzusetzen, hatte der Länderrat gar keine Veranlassung, diesem Gesetz nicht zuzustimmen, obwohl wir es vorher abgelehnt hatten. Die Sozialdemokraten aus dem Wirtschaftsrat haben sich dann auch in dem bewußten Ausschuß aller der Möglichkeiten bedient, die da gegeben waren; Möglichkeiten, die immer begrenzt werden durch die Tatsache, daß wir dort stimmenmäßig in der Minderheit sind und daß wir von keiner anderen Partei auf Unterstützung rechnen können. Wir haben keine Verbündeten, wie sie die CDU hat; denn daß die Kommunisten von unserer Stimmzahl zunächst einmal abgezählt und dann auf der anderen Seite des Hauses wieder hinzuaddiert werden müssen, diese alle Erfahrung hat sich auch in Frankfurt erneut bestätigt.

Aus all dem ergab sich für die sozialdemokratische Fraktion im Wirtschaftsrat als Konsequenz, den Mißtrauensantrag gegen Erhard zu stellen, der nun mal der Träger der Wirtschaftspolitik ist, die dort drüben von der Mehrheit eingeleitet wurde und von ihr politisch gedeckt wird und zu verantworten ist. Wir haben keinen Augenblick geglaubt, daß diese Mehrheit ihren Wirtschaftsdirektor auf Grund des sozialdemokratischen Mißtrauensantrags fallenlassen würde. Wenn aber auch in der eigenen Partei hier und da der Eindruck entstanden ist, als wären wir in Wirklichkeit gar nicht bereit gewesen, von einem positiven Ausgang des Mißtrauensantrags Gebrauch zu machen, dann möchte ich mit aller Entschiedenheit darauf hinweisen, daß wir, als wir den Antrag stellten, uns sehr wohl auch der Konsequenz bewußt waren, die sich daraus für uns ergeben konnte. Wir hätten keinen Augenblick gezögert, einen geeigneten Mann auf den Platz zu stellen, der dann frei geworden war, um dadurch die CDU erneut in die Lage zu bringen, gegen klar und eindeutig formulierte sozialdemokratische Anträge zu stimmen.

Bei der Gelegenheit ist es bezeichnend für die ungesunde und unklare Atmosphäre, in der sich die Frankfurter Vorgänge auch heute noch abspielen, wenn bis in die Reihen unserer Partei geglaubt worden ist, daß von den 40 Sozialdemokraten elf bei der Abstimmung gefehlt haben. Es war nicht eine reine Freude, als aus soundso vielen Teilen der Organisation Briefe an uns kamen, die einfach die Behauptung aussprachen, die Fraktion habe vorsorglicherweise soundso viele ihrer Abgeordneten abkommandiert. Inzwischen dürfte es sich herumgesprochen haben, daß von den Fehlenden nur sieben Sozialdemokraten waren. Sowenig ich einen Zweifel daran lassen möchte, daß die Fraktion in ihrer Gesamtheit das Fehlen ihrer sieben Genossen wie das Fehlen jedes einzelnen Genossen bedauert, auch wenn er aus triftigen Gründen fehlte, so will ich doch mit aller Entschiedenheit sagen, daß die sieben, die hier gefehlt haben, aus sehr triftigen Gründen fehlen mußten und bei keinem von ihnen auch nur der Verdacht einer politischen Krankheit Herrn Erhard zu Gefallen vorliegt.

Man hat uns von selten unserer Gegner immer wieder den Vorwurf gemacht,

wir betreiben eine negative Politik, wir kritisieren nur und wären zu nichts Positivem bereit. Wir üben Abstinenz, hat man aus unsren eigenen Reihen oft gesagt. Weder der eine noch der andere Vorwurf besteht zu Recht, und es hat zu jedem einzelnen Gesetz, zu dem wir Sozialdemokraten in der Frage der Wirtschaftspolitik nein gesagt haben, bei allen Maßnahmen, die uns notwendig erschienen, um ein Maximum von sozialer Sicherheit in unserem so schwer geschlagenen Volk zu schaffen, an präzisen sozialdemokratischen Vorschlägen nicht gefehlt. Ich kann hier glücklicherweise darauf verzichten, das im einzelnen darzutun, da Genosse Veit, der Wirtschaftsminister aus dem Lande Württemberg-Baden, dazu noch ausführlich reden wird. Er ist insbesondere dazu berufen, weil er als Wirtschaftsminister zu dem Kreis gehört, der mit der SPD-Fraktion laufend zusammenarbeitet und die Fraktion berät. Ich kann nur das eine mit aller Überzeugung feststellen, daß sich die Fraktion darauf berufen kann, viel Arbeit geleistet zu haben, Arbeit immer im Sinne der positiven Beeinflussung dessen, was in Frankfurt zur Debatte stand. Eine beachtliche Reihe von Gesetzen ist mit sozialdemokratischem Einfluß zustande gekommen, und wenn es auch Gesetze sind, die in der breiten Öffentlichkeit nicht populär geworden sind, so haben sie doch ihre Bedeutung.

Ich darf hier insbesondere das Gesetz über die Neuordnung der landwirtschaftlichen Veranlagung und Ablieferung nennen, ein Gesetz, das heute schon von der CDU mit aller Macht bekämpft wird und an dem wir Sozialdemokraten noch festhalten, weil es ein Stück der Planung gesetzlich festlegt, das uns einmal vor der Landwirtschaft in hervorragendem Maße legitimieren wird, wenn die breiten Schichten der bäuerlichen Bevölkerung erkennen werden, daß es mit den schönen Redensarten, die die CDU veranlaßt, nicht allein getan ist. (Zuruf: Sehr richtig!) Obwohl dieses Gesetz aus sozialdemokratischer Initiative stammt und wir bis zum letzten Augenblick um die wirkungsvolle Ausgestaltung dieses Gesetzes ehrlich gerungen haben, haben wir es bei der dritten Lesung abgelehnt, ganz einfach deswegen, weil wir einen Punkt, auf den die CDU mit solchem Nachdruck Wert legte, um sich zu legitimieren, nicht herausbekommen konnten. Es sollte so eine Art Trostpreis verabreicht werden. Es wurde von freien Spitzen in dem Gesetz geredet, die es erstens im Interesse der Volksernährung nicht geben dürfte und auch nicht geben würde wegen der Mangelhaftigkeit der deutschen Produktion und weil wir auch unter diesem Gesichtspunkt niemandem, insbesondere den Bauern, etwas versprechen wollten; denn wir wußten, daß es sich nicht realisieren lassen würde. Wir haben konsequent dieses Gesetz abgelehnt, obwohl wir, ich sage noch einmal mit allem Nachdruck, wissen, daß es ein Gesetz aus sozialdemokratischer Wirtschaftsauffassung ist. Das gleiche gilt von einer ganzen Reihe von anderen Gesetzen, denen wir sowohl die berechtigten Ansprüche der Landwirtschaft wie ihre besondere Notwendigkeit, denen sie gegenübersteht, wenn sie so viel zur deutschen Ernährung beitragen soll, wie der deutsche Boden hergibt, gegenüberstellen, ohne daß wir dabei die Verbraucher vergessen haben. So haben z. B. unsere Anstrengungen gegen die Handelsspannen für Kartoffeln doch eine Senkung um 50 % bewirkt, und wenn die Handelsspannen heute noch zu hoch erscheinen mögen, der soll sich doch klar darüber sein, wie massiv von der anderen Seite in all diesen Fragen der Interessenstandpunkt vertreten wird.

Auf sozialdemokratische Initiative ist insbesondere auch die Einrichtung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Berlin zurückzuführen. Wir haben schon mehr als einmal Gelegenheit gehabt, zu konstatieren, wie wenig den anderen an unserer sozialdemokratischen Initiative liegt. Noch vor wenigen Tagen — es sind ja im Saal einige Berliner Genossen, die an diesen Verhandlungen teilgenommen haben — wurde die Sitzung des Ausschusses unterbrochen, um einmal ohne die Gäste mit den Frankfurter Abgeordneten allein zu reden, und dabei wurde versucht, uns davon zu überzeugen, daß das doch alles sehr gefährlich sei. Nun, wir haben gesagt, was zu sagen war, und ich glaube, daß der Ausschuß für die Zusammenarbeit mit Berlin erst am Anfang seiner Aufgabe steht. Sie wissen, daß zwar alle Deutschen sehr bereitwillig für Berlin die Stimme erheben; aber

Sie haben vielleicht auch schon gemerkt, daß nicht alle gleichermaßen bereit sind, sich das etwas kosten zu lassen. Es wird die Aufgabe dieses Ausschusses sein, Berlin an die Westzonen zu binden und um jeden Fußbreit Boden zu kämpfen.

Die gleiche Bedeutung haben wir den Fragen des Europaplanes zuerkannt, und mit der gleichen Anstrengung haben wir uns bemüht, den Europaplan aus den Händen der internationalen Geschäftemacher herauszuholen, die zwar gern an dem, was der Plan bringt, verdienen möchten, die aber doch das Wort Plan so verabscheuen, daß sie auch kein Minimum an Planmäßigkeit in der eigenen deutschen Wirtschaft passieren lassen wollen. Dabei ist doch die erste Voraussetzung, daß der Europaplan, in den bekanntlich das Vereinigte Wirtschaftsgebiet eingeschlossen ist, funktioniert, daß auch die innerdeutsche Wirtschaft in dem Geist betrieben wird, der dem Europaplan entspricht. Die sozialdemokratische Fraktion ist sich klar darüber, daß unbeschadet aller Deklamation von allen Seiten des Hauses ihr die Aufgabe ganz allein zufällt, den Geist und die Prinzipien zu verteidigen, aus denen wir eine wirtschaftliche Gesundung Europas erwarten. Die Fraktion hat nie den Ehrgeiz gehabt, ihre politischen Entscheidungen, soweit in Frankfurt politische Entscheidungen zu treffen waren, ohne Rücksicht auf die Haltung und die Beschlüsse des Parteivorstandes als der legitimierten Vertretung der Partei zu fassen. Sie hat auch nicht den Ehrgeiz gehabt, ihre sachlichen Entscheidungen aus sich heraus zu gewähren, und hat zur gründlichen Vorbereitung ihrer Beschlüsse und ihrer Maßnahmen sich immer des Rates und der Hilfe aller in Frage kommenden Kräfte in der Partei bedient. Wir haben in Frankfurt laufend Beratungen größeren und kleineren Umfangs mit den zuständigen Sachverständigen. Die Wirtschaftsminister, unser Einfluß in der Ernährungsverwaltung, unsere Möglichkeiten in den Ländern, alles wird in Anspruch genommen, um der Fraktion eine folgerichtige sozialdemokratische Politik zu ermöglichen. Wir haben alle Veranlassung, den vielen Genossen ausdrücklich dafür zu danken, daß sie sich immer wieder so bereitwillig der Fraktion für diese Beratungen zur Verfügung stellen. Wir haben damit zugleich auch ein gutes Stück Koordinierung innerhalb der Partei geleistet, wobei keineswegs übersehen werden soll, daß auf diesem Felde noch außerordentlich viel zu tun ist. Wenn wir es trotzdem, trotz dieser Beratungen, obgleich wir uns alle als Sprachrohr der Partei fühlen, nicht allen recht machen konnten, dann ist das eine unvermeidbare Erscheinung in einer Zeit, in der auch unsere eigene Partei an den Folgen dieser allgemeinen innerdeutschen Auflösung leidet. Es gibt nun einmal gegensätzliche Interessen; es gibt sie in den Ländern, in den einzelnen wirtschaftlichen Sparten, und auf beiden Ebenen gibt es Sozialdemokraten. Wir erinnern uns alle an das leidvolle Kapitel des Kartoffelkrieges, und wir wissen, wie schwer es oft in der Fraktion gewesen ist, den richtigen sozialdemokratischen Standpunkt herauszuarbeiten und zu vertreten, mit dem wir bei allen Sozialdemokraten bestehen konnten.

Genossen! Ich glaube, daß diese Periode der Gegensätzlichkeit im wesentlichen abgeschlossen ist. Wir alle haben ja die Hoffnung, daß das, was jetzt in Bonn als neues Statut erarbeitet wird, die Unklarheiten in den Zuständigkeiten ein für allemal beseitigt.

Ich halte es für völlig überflüssig, auf diese alten Dinge heute hier einzugehen, und nichts wäre mir und den Genossen in der Fraktion unsympathischer, als wenn der Eindruck entstehen könnte, wir wollten hier nun mit aller Gewalt hinterher recht behalten. Wir waren uns der Tragik der Konflikte in vollem Umfang bewußt; wir wußten auch, wie es hier und da in den einzelnen Ländern aussah, und haben Respekt vor den Anstrengungen der Genossen gehabt, die nun das Glück hatten, mit ihrer Verantwortlichkeit auf das eine oder andere Land beschränkt zu sein, und die sich dieser Aufgabe mit ihrer ganzen Kraft widmen konnten. Wir haben es doch für unsere Aufgabe gehalten, unter Inkaufnahme aller persönlichen Schwierigkeiten, die damit verbunden waren, die Interessengegensätze zu überwinden und zu überbrücken und eine sozialdemokratische Politik aufrechtzuerhalten und im Kampf um die Wiederherstellung der Einheitlichkeit durchzusetzen und nicht untergehen zu lassen.

Solche Interessengegensätze sind auch innerhalb der einzelnen beruflichen Gruppen gegeben, und in der Fraktion ist manches ausgetragen worden. Als ein Beispiel dafür will ich ein Gesetz zitieren, das in jüngster Vergangenheit behandelt worden ist: das Gesetz über die Wiederherstellung der Gewerbefreiheit. Es gibt wahrscheinlich kaum einen Berufsverband, in dem es nicht auch Sozialdemokraten gibt, die in diesem Verband ihre Interessen wahrzunehmen haben und die natürlich kommen und ihren Standpunkt auch an die Fraktion heranbringen. Man hat uns darauf aufmerksam gemacht, daß wir ja geradezu den Gedanken der Planwirtschaft preisgeben würden, wenn wir uns für die Gewerbefreiheit einsetzen würden. Auf der anderen Seite kamen die Genossen, die die Flüchtlinge vertreten, und fordern, daß man endlich den Flüchtlingen eine Chance gäbe, indem man die Gewerbefreiheit durchsetzt.

Genossen! Das sind Gesichtspunkte, mit denen wir uns auseinanderzusetzen haben. Vielleicht erklärt das und sagt einiges über die Art, in der die Fraktion versucht hat, ihre Aufgabe zu lösen und darzustellen, wie wir zu unserem Beschluß gekommen sind. Wir wissen, daß es in der Planwirtschaft die Gewerbefreiheit im ganzen nicht geben kann. Wir haben deshalb bei der ersten Lektüre der ersten Vorlage es außerordentlich begrüßt, daß darin stand: Niemand darf ohne ausdrückliche Erlaubnis Industrien einrichten. Wir haben uns aber auf der anderen Seite auch gar nicht gewundert, als die Mehrheit zunächst einmal diese Einschränkung herausstrich und ihre planwirtschaftlichen Bedenken nur noch in bezug auf den Einzelhandel hatte.

Wir hätten uns vormachen können, daß es das kleinere Übel sei, zwar auf die Investitionskontrolle oder auf die Verhütung von Fehlinvestitionen zu verzichten, aber wenigstens die Fehlinvestitionen, wenn es solche sind, auf dem Gebiete des Einzelhandels durchzusetzen, sei es auch zum Schaden der Flüchtlinge, wenn sie einen Laden aufmachen wollen. Wir waren uns darüber klar, daß es in Frankfurt unter den dortigen Kräfteverhältnissen nicht möglich sein würde, die planwirtschaftlichen Grundsätze zum Zuge zu bringen. Denn niemand in der CDU hat ein Interesse daran, jemand an der Errichtung einer neuen Industrieanlage zu hindern, wenn er meint, damit Geld verdienen zu können, ob das volkswirtschaftlich vernünftig ist oder nicht. Wir haben aus dem Gesetz herausgeholt, was herauszuholen war, nämlich die Sicherheit der vollen Entfaltungsmöglichkeiten der Genossenschaften. Es wird ja bekanntlich auch die auf den ersten Blick vernünftige Beschränkung der Gewerbefreiheit auf dem Sektor des Einzelhandels dazu benutzt, den Genossenschaften das Leben schwer oder unmöglich zu machen. Wir brauchen im Rahmen unserer wirtschaftspolitischen Vorstellungen die Genossenschaften mindestens ebenso wie die Investitionskontrolle. Wenn wir unter den gegenwärtigen Verhältnissen gegen eine Investitionspolitik nicht durchdringen konnten, dann haben wir wenigstens die Gelegenheit benutzt, den Genossenschaften das Feld zur freien Entfaltung zu erobern. Ich glaube auch, Genossen, daß die Fraktion mit dieser Haltung bestehen kann.

Wie sehr wir bereit sind, Forderungen aufzustellen, und wie wenig wir uns vor Schwierigkeiten gefürchtet haben, das darf ich an dem jüngsten Produkt von Frankfurt darstellen, an dem Gesetz über die Wirtschaftsstellen. Vielleicht ist es noch nicht bekannt. Die Militärregierung hat dem Drängen der Wirtschaft nachgegeben und ihren Wunsch ausgesprochen, daß man zur Vereinfachung der Verwaltungsprozedur es der Wirtschaft selbst überlassen möge, Rohstoffe zu verteilen und andere Maßnahmen von Interesse besonders auf dem Gebiete des Außenhandels zu besorgen. Die Militärregierung hat sogar ausdrücklich gesagt, daß sie eine Beteiligung der Gewerkschaften an diesen zu errichtenden Stellen für richtig hält. Für uns ging es dabei um eine Frage prinzipieller Bedeutung. Wir können uns keine Selbstverwaltung der Wirtschaft vorstellen, ohne daß die Gewerkschaften daran beteiligt sind. Für uns ist die Forderung nach der paritätischen Besetzung unabdingbar. So haben wir unsere Abänderungsanträge zu dem Gesetz, das die Verwaltung vorgelegt hat, formuliert. In diesem Falle ist es zum erstenmal gelungen, bei dieser zugespitzten Fragestellung auch die Gewerkschafter der CDU

dazu zu zwingen, für einen sozialdemokratischen Antrag gegen die Mehrheit ihrer eigenen Fraktion zu stimmen. Wir haben uns von unseren Abänderungsanträgen auch nicht durch den Hinweis auf die Wünsche der Militärregierung abbringen lassen und riskieren es ganz einfach, daß die Militärregierung wegen des Nichtrespektierens ihrer Wünsche gegen Einbeziehung der Gewerkschaften auf Grund unserer Initiative dieses Gesetz ablehnen wird. Aber wir haben es nicht für unsere Aufgabe gehalten, dieser Möglichkeit dadurch auszuweichen, daß wir einer Angelegenheit zustimmen, die in vollem Umfang im Widerspruch zu unseren grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Auffassungen steht, in denen die Gewerkschaften einen breiten Raum einnehmen.

Genossinnen und Genossen! Lassen Sie mich zum Schluß folgendes sagen: Es wird ja wahrscheinlich über die Tätigkeit einer SPD-Fraktion nur einmal vor dem Parteitag berichtet werden. Wir haben alle, wie gesagt, die Hoffnung, daß dieses unbefriedigende — ich sage ausdrücklich: für alle direkt Beteiligten geradezu quälende Zwischenspiel möglichst bald durch eine neue Form abgelöst wird, die zweifellos aber auch nur provisorisch ist, die aber der endgültigen Ordnung schon ein ganzes Stück näherkommen wird. Wenn wir die Tätigkeit der Wirtschaftsratsfraktion der Beurteilung des Parteitages unterbreiten, dann wissen die Mitglieder der Fraktion am besten, was noch hätte besser gemacht werden können. Wir ziehen uns dabei keineswegs hinter die Entschuldigungen zurück, die sich aus den objektiven Schwierigkeiten in reichem Maße ergeben würden. Die meisten von uns sind Anfänger im parlamentarischen Leben und sind noch so jung, daß sie keine Gelegenheit hatten, in der parlamentarischen Praxis der Weimarer Koalitionspolitik Erfahrungen zu sammeln. Aber sie sind alt genug, um aus den Resultaten dieser Periode einiges gelernt zu haben, und wir sind nicht bereit, diese Lehren schnell wieder zu vergessen. Wenn man das abzieht, was sich als unbefriedigend und notwendig aus dem Übergangscharakter dieser Periode ergibt, glaube ich sagen zu dürfen, daß die ersten sozialdemokratischen Schritte auf einer zentralen Plattform, die noch keineswegs alle Voraussetzungen erfüllt, in einer guten Richtung eingeschlagen worden sind. Wir wissen genau, daß die Kooperation mit anderen Parteien notwendig ist. Wir sind keine Partei, die nach der Alleinherrschaft strebt. Wir haben in Frankfurt bisher — und ich nehme an, wir werden das auch unbedrückt fortsetzen — unseren Gegenspielern bewiesen, daß wir gewillt sind, die gute sozialdemokratische Tradition fortzusetzen, die gekennzeichnet ist durch die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung. Wir haben, glaube ich, aber auch recht eindeutig klargemacht, daß man auf die schlechte Tradition verzichten muß, die Sozialdemokratie für parteipolitische Geschäfte zu mißbrauchen. Ich hoffe, daß wir und die anderen einige Erfahrungen gesammelt haben, die einer zukünftigen parlamentarischen Zusammenarbeit nur dienlich sein können, und daß wir einige Vorarbeit geleistet haben für eine sozialdemokratische Fraktion, die in einem direkt gewählten Parlament vor einer größeren und schwierigeren Aufgabe stehen wird, als es die war, vor der die Wirtschaftsratsfraktion stand, und um deren Lösung sie sich mit bestem Willen und mit aller ihr zur Verfügung stehenden Kraft ehrlich bemüht hat. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Groß: Wir brechen damit für heute die Verhandlungen ab. Ich darf alle Teilnehmer auf die Dampferfahrt aufmerksam machen und bitte, sich unmittelbar nach dem Essen auf dem Dampfer an der Rathausbrücke einzufinden. Morgen vormittag beginnen wir die Verhandlungen um 8.30 Uhr. Für heute sind die Verhandlungen geschlossen.

Schluß der Sitzung 10.30 Uhr.

## Dritter Verhandlungstag

(Dienstag, 14. September 1948)

### Vormittagssitzung

Vorsitzender: Die Verhandlungen des Parteitages sind wieder eröffnet. Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, wird der Genosse Ernst Schumacher das Ergebnis der Wahlen des Parteivorstandes und der Kontrollkommission bekanntgeben.

#### Ergebnis der Wahlen des Parteivorstandes und der Kontrollkommission

Ernst Schumacher: Der Parteitag wählte den Parteivorstand und die Kontrollkommission mit folgenden Resultaten:

Für die Wahl des Parteivorstandes wurden von 366 stimmberechtigten Teilnehmern des Parteitages 357 gültige Stimmzettel abgegeben. Es wurden gewählt; als Parteivorsitzender:

Dr. Kurt Schumacher mit 356 Stimmen

als Stellvertreter des Parteivorsitzenden:

Erich Ollenhauer mit 341 Stimmen

Zu besoldeten Mitgliedern des Parteivorstandes wurden gewählt:

Herta Gotthelf mit 341 Stimmen

Alfred Nau " 339 "

Fritz Heine " 331 "

Egon Franke " 309 "

Herbert Kriedemann " 240 "

Zu unbesoldeten Mitgliedern des Parteivorstandes wurden gewählt:

Louise Schroeder mit 350 Stimmen

Franz Neumann " 350 "

Andreas Gayk " 341 "

Franz Bögler " 339 "

Waldemar von Knöringen " 330 "

Fritz Henßler " 334 "

Ernst Reuter " 332 "

Ernst Gnoß " 329 "

Carlo Schmid " 329 "

Lisa Albrecht " 327 "

Wilhelm Kaisen " 322 "

Willy Eichler " 321 "

Walter Menzel " 318 "

Willi Fischer " 309 "

Anni Krahnstöver " 307 "

Erwin Schoettle " 306 "

Karl Meltmann " 299 "

Willi Knothe " 295 "

Ellsabeth Selbert " 293 "

Emil Groß " 277 "

Robert Görlinger " 268 "

Valentin Baur " 243 "

Adolf Grimme " 239 "

Außerdem erhielten:

Richard Borowski	223 Stimmen
Fritz Steinhoff	223     "
Hermann Veit	219     "

Für die Wahl der Kontrollkommission wurden 353 Stimmzettel abgegeben. Ein Stimmzettel war ungültig; es verblieben 352 gültige Stimmzettel. Gewählt wurden:

Gustav Bradtke	mit 349 Stimmen
Adolf Schönfelder	" 346     "
Jakob Steffen	" 346     "
Fritz Ulrich	" 346     "
Heinrich Höcker	" 344     "
Georg Richter	" 344     "
Karl Seeser	" 344     "
Christian Wittrock	" 343     "
Walter Damm	" 342     "

Die Mandatsprüfungskommission in ihrer Eigenschaft als Wahlkommission gestattet sich, sicherlich auch im Namen des Parteitag, dem neugewählten Parteivorstand die besten Wünsche für die bevorstehende schwere und verantwortliche Arbeit zum Ausdruck zu bringen. (Bravo!)

Wir alle sind uns bewußt, Genossen und Genossinnen des Parteivorstandes, daß euch nicht nur durch dieses große Vertrauen eine ehrende Anerkennung eurer Persönlichkeit zuteil wurde, sondern ein Auftrag für Aufgaben, deren Bedeutung und Ergebnisse schon in nächster Zeit von entscheidender Wirkung für unsere Partei, für unsere politischen Aufgaben und für unser ganzes Volk sein werden. Eure Tätigkeit wird auch von internationaler Bedeutung sein. Dafür wünschen wir euch gute Verrichtung. Unsere größte Freude ist, daß der Parteitag Kurt Schumacher zur Genesung so einmütig sozialdemokratische Kameradschaft bewiesen hat. Die gleiche charaktervolle Haltung wird dem Genossen gegenüber bewiesen, der seit Monaten erfolgreich schwerste Arbeit leistete: Erich Ollenhauer.

Das Bekenntnis für die Genossen in Berlin, die Anerkennung der politischen und menschlichen Qualitäten unserer Louise Schroeder, Franz Neumanns und Ernst Reuters durch hervorragende Wahl in den Parteivorstand ist der Dank der Partei, die stolz auf euch ist. Mit euch für die Partei: An die Arbeit, Genossen! (Langanhaltendes Händeklatschen.)

Vorsitzender G n o ß : Das Wort hat zunächst der Genosse Ollenhauer.

Erich Ollenhauer: Genossen und Genossinnen! Im Namen aller Mitglieder des Parteivorstandes möchte ich dem Parteitag danken für das Vertrauen, das dem Parteivorstand durch diese Wahl zum Ausdruck gebracht wird. Wir versprechen der Partei, daß wir im kommenden Jahr alle uns möglichen Anstrengungen machen werden, um die schweren politischen Aufgaben, die vor uns liegen, mit Erfolg zu lösen.

Ich möchte zu dem Wahlergebnis nur noch eine Bemerkung machen: Der Parteivorstand bedauert es außerordentlich, daß unser Genosse Hermann Veit nicht mehr im Parteivorstand ist. Hermann Veit hat, vor allem auf dem Gebiete unserer wirtschaftspolitischen Arbeit, eine große und aktive Rolle gespielt, und angesichts der Aufgaben, die uns gerade auf diesem Gebiet bevorstehen, ist seine Mitarbeit an zentraler Stelle für die Partei unbedingt erforderlich. Selbstverständlich haben wir das Resultat der Wahl durch den Parteitag zu respektieren; aber wir haben uns überlegt, in welcher Weise wir uns die verantwortliche Mitarbeit unseres Genossen Veit weiterhin sichern können, und der geschäftsführende Parteivorstand hat beschlossen, den Genossen Hermann Veit zum Vorsitzenden des Wirtschaftspolitischen Ausschusses beim Parteivorstand zu wählen, damit er an dieser Stelle auf diesem Gebiete auch weiterhin für die zentralen Aufgaben der Partei zur Ver-

fügung steht. (Beifall, Händeklatschen.) Ich entnehme eurem Beifall, daß ihr mit dieser Regelung einverstanden seid, und ich danke euch.

Vorsitzender G n o ß: Parteigenossen und Parteigenossinnen! Ich möchte die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne den Genossen und Genossinnen, die in der Mandatsprüfungskommission und damit auch in der Wahlkommission ihres Amtes gewaltet haben, für diese Tätigkeit den Dank des Präsidiums und, wie ich glaube, auch den Dank des gesamten Parteitages zum Ausdruck zu bringen.

Bevor wir nun zur Tagesordnung schreiten, hat der Genosse Mattik noch das Wort zu einer Erklärung.

Kurt Mattik, Berlin: Genossen und Genossinnen! Heute morgen erreichte uns Berliner eine schreckliche Kunde. Die ersten der 90 Verhafteten wegen der von der Markgraf-Polizei provozierten Schlägereien „Unter den Linden“ wurden gestern vor ein russisches Militärgericht gestellt. Ohne deutsche Verteidigung, ohne jede Fühlungnahme mit der Außenwelt oder Verwandten oder Freunden wurden sie abgeurteilt: Je Person 25 Jahre Zwangsarbeit. (Empörte Pfui-Rufe.) Genossen und Genossinnen! Von einem russischen Militärgericht zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt zu werden heißt, daß man seine Heimat nie mehr wiedersehen wird. (Zurufe: Das bedeutet Tod!) Genossen und Genossinnen! Gestern fiel hier an diesem Rednerpult ein geflügeltes Wort: Der Solinger erklärte, welcher Unterschied ist denn eigentlich zwischen dem schwarzen Faschismus im Rheinland, zwischen dem braunen Faschismus und dem roten Faschismus? Ich glaube, wenn auch dieses Urteil nicht mehr notwendig war für die Mehrzahl der Sozialdemokraten und der Menschen in Deutschland, so trägt das Urteil aber dennoch hoffentlich dazu bei, zu zeigen, welcher Unterschied darin liegt, ob man im Rheinland lebt oder ob man in der Ostzone leben muß. Genossen und Genossinnen! Was bedeutet dieses Urteil? Es ist der Versuch einer Macht, die mit ihrer ganzen Politik in Europa gescholtet ist, die letzte Warnung an alle diejenigen auszusprechen, die den Versuch machen, mit demokratischen Mitteln, das heißt mit den Mitteln der Menschlichkeit, sich einer Entwicklung zu erwehren, die den Untergang Europas nach sich ziehen würde.

Genossen und Genossinnen! Am Sonntag war in Berlin eine zweite Kundgebung, eine Kundgebung der VVN im Lustgarten. Aus allen Gebieten der Ostzone mit Befehlen an alle Klassen der Berliner Ostschulen hat man versucht, diese Kundgebung zu füllen. Ein Vergleich zu der Kundgebung der Berliner Bevölkerung ist nicht möglich, zahlenmäßig sowie in der Art der Kundgebung. Die Kundgebung der VVN wurde dazu benutzt, um eine unverschämte Hetze gegen alle freiheitsliebenden Kräfte in Deutschland auszuüben, alles unter dem Zeichen der VVN mit dem Versuch, die Opfer des Faschismus zu benutzen, um die wirklichen Gegensätze, die eine Besatzungsmacht in Deutschland entwickelt hat, zu über-tünchen und die Mehrzahl der Opfer des Faschismus zu täuschen.

Ich sehe es als notwendig an, eine kurze, sachliche Erklärung zu den Vorgängen abzugeben, die zu diesen Urteilen geführt haben. Vorweg aber eine andere Mitteilung. Als die ersten provozierten Schlägereien gegen einzelne Stadtverordnete vor dem Stadthaus vor sich gingen, da wurden u. a. auch von den einzelnen kommunistischen Schlägern, die besonders hinbestellt waren, amerikanische und englische Vertreter der Militärregierungen angepöbelt und angegriffen. Die Markgraf-Polizei oder auch die russische Besatzungsmacht, die vor dem Stadthaus genau dieselben Rechte haben wie „Unter den Linden“, hat gegen diese provozierten Schlägereien nichts anderes zu tun gewußt, als die Schläger zu schützen und nicht die Geschlagenen, die als Einzelpersonen sowieso keine Möglichkeit hatten, sich dagegen zu wehren.

Was hat sich nun „Unter den Linden“ abgespielt? Von 300 000 Menschen, die von einer Kundgebung für Frieden und Freiheit wieder nach Hause wollten, mußte ein Teil notgedrungen durch das Brandenburger Tor zurückgehen, wenn sie einen Bahnhof erreichen wollten. Fünf Bahnhöfe gibt es in der Umgebung

des Platzes der Republik überhaupt noch. Folglich mußten Zehntausende von Menschen ohne jeden anderen Grund als den, ihren Bahnhof zu erreichen, um nach Hause zu gelangen, durch das Brandenburger Tor in Richtung Friedrichstraße. Als sie bereits durch die Tore waren, versuchte die Markgraf-Polizei die Straßen plötzlich abzuriegeln. Jeder, der einmal an einer Massenkundgebung teilgenommen hat, weiß, daß ein solches Unterfangen unmöglich ist, weil Tausende von Menschen immer wieder nachdrängen. Somit genieten die Vordenen dieser nach Hause strömenden Menschen in das unvermeidlich provozierte Gedränge mit der Markgraf-Polizei, und erst als die ersten Schüsse, angeblich noch Schüsse in die Luft, erfolgten, bewarfen die Menschen, die keinen anderen Weg mehr wußten, die schießenden Polizisten mit Steinen. Das ist die Ursache, die zu diesen Schandurteilen von gestern geführt hat.

Genossen und Genossinnen! Außer diesen fünf sind noch etwa 85 aus dieser Schlägerel in Haft, und außer diesen 85 noch etwa 45 Menschen, die nichts weiter getan haben, als sich auf Anordnung des Oberbürgermeisters zur Verfügung zu stellen, um das Stadthaus gegen Schlägerkolonnen zu schützen. Derselben Justiz, die gestern diese Urteile gefällt hat, stehen zur Zeit noch zirka 130 Personen zur Verfügung, um ein gleiches Urteil gegen sie zu fällen. Dieses Urteil hat aber auch die Aufgabe, den letzten Berliner und den letzten Bewohner der Ostzone zu mahnen. Jede demokratische und freiheitliche Regung wird mit diesem Urteil aufgehoben. Wir kämpfen in Berlin und in der Ostzone seit drei Jahren gegen dieses System. Der Kampf hat dazu geführt, daß die übergroße Mehrzahl aller Bewohner Berlins und der Ostzone sich zusammengefunden hat zu einer einheitlichen Widerstandsfront gegen den Terror und gegen die Unfreiheit. Die Besatzungspolitik der Russen ist am Ende ihres Lateins. Sie hat versagt und steht vor der Entscheidung, Deutschland mit militärischen, mit brutalsten blutigsten Mitteln zu unterdrücken oder abzuziehen.

Wir haben die Aufgabe, alle Kräfte in Deutschland und in Europa zu entfalten, um sie zum Abziehen zu zwingen. (Bravorufe.)

Genossen und Genossinnen! Dieses Urteil muß uns und allen Kräften, die daran arbeiten, zeigen, daß es mit diesem System und mit diesen Kräften keine Verständigung gibt unter den gegenwärtigen Verhältnissen. (Bravo.) Sie wollen keine Verständigung, sie beschließen 15½jährige Kinder, die sich zum Schutz vor Krankenschwestern stellten und verurteilen diejenigen, die mit diesen Kindern die Straße entlang gehen, zur Zwangsarbeit nach Sibirien.

Genossen und Genossinnen! Die Sozialdemokratische Partei als die stärkste Organisation Deutschlands hat die Aufgabe, allen Kräften in Europa und auch den Besatzungsmächten zu sagen: Es ist genug! (Langanhaltender Beifall.) Wir haben drei Jahre lang gehofft, daß es Nachkriegserscheinungen seien. Nein, es sind Erscheinungen einer neuen Zeit, die über Europa kommen soll, und in diesem Saal sollten die Letzten von uns erkennen, daß Moskau nicht links, sondern östlich von der Sozialdemokratie steht.

Genossen und Genossinnen! Wir möchten dem Parteitag eine Entschliebung vorlegen mit der Bitte, sich einmütig hinter diese Entschliebung zu stellen:

*„Mit Empörung und Abscheu nimmt der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei in Düsseldorf die verbrecherischen Schandurteile der sowjetischen Massenjustiz gegen friedliche Demonstranten für Recht und Freiheit zur Kenntnis. Solange deutsche Kommunisten sich zu Handlungen dieser Besatzungsmacht hergeben, tragen sie die volle Verantwortung für diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Der Parteitag appelliert an die Welt, mit der Aufforderung, diese Macht durch das Gewicht der öffentlichen Meinung zur Aufgabe einer solchen barbarischen Politik auf europäischem Boden zu zwingen.“*

Genossen und Genossinnen! Aber denen, die heute und morgen nach Sibirien abwandern, rufen wir zu: Ihr leidet nicht umsonst, der Tag wird kommen! (Lang-

anhaltender Beifall. Spontan stimmen die Delegierten des Parteitages die Internationale an.) Der Vorsitzende bringt den Ruf aus: „Freiheit! Freiheit! Freiheit!“

Vorsitzender Ernst Gnoß: Nach diesem einmütigen Bekenntnis des Parteitages zu den Opfern bolschewistischer Gewaltmethoden und kommunistischer Politik erübrigen sich viele Worte. Die Erklärung, die von dem Genossen Mattik hier eben verlesen worden ist, entspricht der einmütigen Auffassung des Parteitages. Der Appell an die Welt, der damit zum Ausdruck gebracht ist, ist der Schrei nach Gerechtigkeit für die geprügelten, unterdrückten und terrorisierten Menschen. (Beifall.) Wir aber geloben, nie zu erlahmen im Kampf für die Freiheit, im Kampf für Demokratie, im Kampf für Sozialismus hier im Westen Deutschlands, um wieder voll frei zu sehen unsere Brüder im Osten. (Beifall.) Mit dieser Erklärung, Genossen und Genossinnen, und dieser stillen Minute gedenken wir dieser Opfer, die in Berlin, in der Ostzone für die Freiheit und die Menschlichkeit liden.

Damit, GenossInnen und Genossen, kommen wir zur Erledigung unserer weiteren Tagesordnung. Das Wort hat nunmehr der Genosse Hermann Veit:

### Grundsätze sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik

Hermann Veit: Mit dröhnendem Beifall hat der Zonen-Parteitag der CDU in Recklinghausen dem wirtschaftspolitischen Referat des Direktors der Verwaltung für Wirtschaft, Herrn Professor Erhard, zugestimmt. In einer Resolution, die im Anschluß an das Referat angenommen wurde, fordert der Parteitag „die konsequente Fortsetzung des von der CDU im Wirtschaftsrat eingeschlagenen Weges“. Die CDU befindet sich mit ihrer Einstellung zum neuen Wirtschaftskurs im besten Einvernehmen mit Industrie- und Handelskreisen, die ebenfalls die Erhardsehe Politik mit dankbarem Beifall quittiert haben. Vor Volksgruppen zu sprechen, in denen sich keine Sachwertbesitzer befinden, hat Herr Professor Erhard bisher sorgsam vermieden, vermutlich, um die gute Meinung, die er von seiner Wirtschaftspolitik hat, nicht trüben zu lassen. Hätte er die Möglichkeit, einmal vor dem ganzen Volk den neuen Kurs zu vertreten, würden ihm andere dröhnende Geräusche als die des Beifalls in die Ohren gellen.

Wir beneiden weder Professor Erhard um den Beifall, noch die CDU um die Verantwortung, die sie mit der Billigung dieser Wirtschaftspolitik erneut übernommen hat, eine Verantwortung, die aber unteilbar ist und nicht mit billigen Formulierungen abgeschwächt werden kann, wie die der Wahlparole der CDU für den kommenden Wahlkampf, wo es heißt: „Der CDU ist die Verbesserung unserer Lebenshaltung zu danken. Sie kann für das Stolzen der Preise nicht verantwortlich gemacht werden.“ Wofür die CDU verantwortlich zu machen ist, wird das Volk und nicht ihr Parteitag entscheiden.

Die Änderung des wirtschaftlichen Kurses fällt zeitlich zusammen mit der Währungsreform. Ihre Notwendigkeit war seit langem in Deutschland unbestritten, ihre Verwirklichung ein immer dringlicheres Postulat des ganzen Volkes ohne Unterschied der Parteien. Die Wiedereinführung eines funktionsfähigen Geldes bedeutet die Beseitigung einer der verderblichsten Schranken eines normalen Wirtschaftsablaufs und damit unter jeder Wirtschaftsform einen Fortschritt zur Gesundung des Wirtschaftslebens. Dieser Fortschritt, der sich insbesondere in der Steigerung der Arbeitsleistung und der Ausweitung der Produktion zeigt, ist ein Erfolg der Währungsreform und nicht des neuen Wirtschaftskurses. Wir handeln wohl im Sinne der CDU und des Herrn Professor Erhard, wenn wir durch diese Klarstellung verhindern, daß sie mit fremden Federn geschmückt werden. Daß mit der Einführung eines funktionsfähigen Geldes die Zwangsbewirtschaftung auf vielen Gebieten aufgehoben werden konnte, insbesondere, soweit ihre Einführung eine Folge der Funktionslosigkeit der alten Reichsmark war, entsprach auch unseren Erwägungen und Forderungen. Auch an dieser Stelle treten wir der von unseren Gegnern aus durchsichtigen Gründen beharrlich wiederholten Doppeltlüge entgegen, wir seien Anhänger der Zwangswirtschaft und diese sei zum mindesten

ein Vorgesmack der sozialistischen Wirtschaftsführung. Wir sind weder die Erfinder noch die Verteidiger der Zwangswirtschaft, die von kapitalistischen Staaten immer dann eingerichtet worden ist, wenn es galt, Kriege zu führen. Mit Sozialismus hat diese verküppelte Wirtschaftsform nichts zu tun. Sie geht von der Armut des Kriegskapitalismus aus, während der Sozialismus den Reichtum einer wirtschaftlich zweckmäßig organisierten Gesellschaft zum Ziel hat.

So sehr wir demnach mit Herrn Professor Erhard einig gehen in der grundsätzlichen Ablehnung der Zwangswirtschaft, so sehr unterscheiden wir uns von ihm in der Frage, was an ihre Stelle treten und in welchem Tempo sie abgebaut werden soll. Wir unterscheiden uns schon im Ausgangspunkt. Wir gehen vom Menschen aus, dem Mittelpunkt der Wirtschaft, dem alles wirtschaftliche Geschehen zu dienen hat. Professor Erhard geht von einer Wirtschaftstheorie ehrwürdigen Alters aus, die nicht einmal in ihren Jugendjahren auf der Brust ganz fest gewesen ist. Und es war kein falscher Zungenschlag, sondern entsprach der inneren Einstellung des in seiner Theorie verlebten Professors, wenn er das Steigen der von ihm freigegebenen Preise für lebenswichtige Güter in Höhen, die weiten Volkskreisen unerreichtbar sind, lediglich als Schönheitsfehler mit einer Handbewegung abtat.

Die Grundlage der neuen Wirtschaftspolitik ist der alte Irrglaube an das ausgleichende Wirken des sogenannten freien Spiels der Kräfte in einer dem Konkurrenzkampf unterstellten Marktwirtschaft. Es ist der Glaube an die prästabilisierte Harmonie, die als unwandelbares Gesetz der Vorsehung die gerechte und gute Ordnung des menschlichen Zusammenlebens gewährleistet, wenn man nur gestatte, daß „aller Wesen unharmonische Menge“ in völliger Freiheit durcheinander klingt. Wir haben den Glauben nicht — und stützen uns dabei auf die Erfahrungen von Jahrhunderten — daß eine außerhalb des Menschen stabilisierte aprioristische Harmonie, das *laissez faire* — *laissez aller*, geradezu zur Maxime des menschlichen Handelns und zur Voraussetzung des Funktionierens vom menschlichen Willen unabhängiger Gesetze macht. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die Herbeiführung der Harmonie uns als stilles Postulat in die Brust gepflanzt worden ist, als Aufgabe, die die Menschheit entweder leisten oder an der sie zerbrechen muß. Und wir möchten glauben, daß diese Auffassung dem christlichen Sittengesetz weit besser entspricht als die Vorstellung, der ungezügelte Egoismus aller gegen alle führe zwangsläufig zur Harmonie aller mit allen.

Aber abgesehen von dieser weltanschaulichen Differenzierung der Standpunkte, zwingen ökonomische Gründe zur Ablehnung der Erhardschen Theorie. Die immanenten Gesetze der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung haben den viel gerühmten Markt zu einem Torso werden lassen, der Wettbewerb ist unter dem Zwang der Kapitalintensivierung mehr und mehr dem Diktat der Inhaber wirtschaftlicher Schlüsselstellungen gewichen, das freie Spiel der Kräfte ist auf weiten Gebieten durch eine Planwirtschaft ersetzt worden, aber nicht eine Planwirtschaft des Volkes, die sich von den gemeinsamen Interessen aller leiten läßt, sondern eine Planwirtschaft der ausschließlich vom Gewinn orientierten Unternehmer und ihrer Zusammenschlüsse. Der starke politische Einfluß der wirtschaftlichen Machthaber machte den Staat zu ihrem Bundesgenossen. Nationalstaatliche Wirtschaft, Protektionismus, Abschneidung vom Weltmarkt, Währungsverfall und -manipulationen sind weitere Meilensteine auf dem Wege zur Entartung und Verkalkung des Kapitalismus.

Die Weltkriege, auf deren Entstehung diese wirtschaftliche Entwicklung nicht ohne Einfluß war, haben das ihrige dazu beigetragen, den Prozeß in unerhörtem Tempo zu beschleunigen. Und nun stehen wir in Deutschland vor einer Wirtschaft, deren organische Verbindung durch Zonengrenzen zerrissen, deren Kapazität durch Kriegszerstörungen und Demontage und den Raubbau der Kriegswirtschaft unter das Existenzminimum gesunken ist, deren Verbindung mit der Welt seit Jahren zerrissen ist, ohne Kapital, abhängig von den Siegermächten, ohne gewerblichen Rechtsschutz, ohne auch nur annähernd ausreichende Rohstoffversorgung mit einem Volk, das am Rande seiner physischen Kraft in weitesten Kreisen nicht das Not-

wendigste besitzt, wessen der Mensch zum Leben bedarf. Das ist der Zustand, den Professor Erhard für geeignet hält, den Sprung ins kalte Wasser der freien Wirtschaft zu wagen, und er hält ihn schon deshalb für gelungen, weil er schon wieder eine ganze Menge, getragen vom Fettpolster der Sachwerte oder den Rettungsringen der Hortungsläger, munter an der Oberfläche plätschern sieht. Daß ein weit größerer Teil noch nicht wieder hochgekommen ist und verzweifelt um sein Leben ringt, ist eben ein Schönheitsfehler. Es ist die geschichtliche Schuld des historischen Liberalismus, daß sich die Wirtschaft in der geschilderten Weise entwickelt hat, es ist der große Irrtum des Neu-Liberalismus, daß er den verkalkten Kapitalismus wieder zu einem springlebendigen Jüngling verjüngen zu können glaubt, und es ist die folgenschwere Einsichtslosigkeit von Professor Erhard, wenn er meint, diese Verjüngungskur sei schon erfolgreich beendet, wenn die Wirtschaft sich wieder selbst überlassen wird.

Wie sollte in unserer desolaten Wirtschaft das viel gerühmte Spiel der freien Kräfte in absehbarer Zeit zu einem Auspendeln der Preise auf einen tragbaren Stand führen? Einem durch Kapitalknappheit, durch ungentügende einsatzfähige Kapazitäten, durch Rohstoffarmut und Energiemangel noch lange Zeit unelastischem Angebot steht eine durch lebensbedrohende Mängel angestachelte ebenso unelastische, um ein Vielfaches größere Nachfrage gegenüber. Das Pendel ist durch die Freigabe der Preise auch für lebensnotwendigste Bedarfsgüter wie Schuhe, Textilien und Hausrat wie bei einem Erdbeben nach der Richtung der Preissteigerung ausgeschlagen, obgleich uns Professor Erhard einen Ausschlag in der umgekehrten Richtung prophezeit hatte. Es schlägt aber nicht zurück, sondern wird in seiner Lage durch den unverändert starken Druck einer unstillbaren Nachfrage festgehalten, ohne daß von der Seite des Angebots ein fühlbarer Gegendruck feststellbar wäre. Infolgedessen entsteht überhaupt keine Konkurrenz auf den Haupt-Mangelgebieten. Es gibt auch keinen echten Markt, sondern ausschließlich das Preisdiktat der Produzenten und Händler. Wenn sie sich nach den Preisen ihrer Berufskollegen erkundigen, so nicht, um zu Konkurrenz Zwecken ihre Ware billiger, sondern um sie ja nicht billiger zu verkaufen. Es werden aus einem unzureichenden Sozialprodukt von den Warenherzeugern und Verteilern, die sich der Preisfreiheit erfreuen, unerträgliche Gewinnmengen herausgeschnitten auf Kosten derer, denen nicht einmal die dürftigsten Existenzmittel verbleiben.

Zu dieser aus der hemmungslosen Freigabe der Preise auch für lebensnotwendige Güter entstandenen ungeheuren sozialen Gefahr gesellen sich weitere. Das notwendige Festhalten der Preise für unentbehrliche landwirtschaftliche Erzeugnisse, deren Freigabe zu einer chaotischen Entwicklung führen müßte, reißt die ohnehin schon klaffende Preisschere zwischen landwirtschaftlichen und gewerblichen Produkten vollends auf und führt jetzt schon zu gefährdrohenden Entwicklungen auf dem Ernährungssektor. Ausdehnung des Schwarzmarktes einerseits und Einschränkung der Intensivierung der Erzeugung von Hauptnahrungsmitteln werden die Folgen sein. Ein erneutes Absinken unseres Ernährungsstandards ist aber das letzte, was wir uns leisten können. Wenn Professor Erhard demgegenüber auf den großen Auftragselgang bei der landwirtschaftlichen Geräteausstellung in Frankfurt hinweist, so ist die Verkennung der wirklichen Ursachen dieser Erscheinung wiederum eine der nicht seltenen Fehldiagnosen des verantwortlichen Leiters unserer Wirtschaft. Die Freigabe wichtigster Rohstoffe ohne das Korrelat von Produktionsabreden oder Auflagen zur Herstellung wichtigster Gebrauchsgüter hat zur Folge, daß beispielsweise die Erzeugung von Arbeitsschuhen weit unter das Maß des dringenden Bedarfs herabgesunken ist. Das Leder drängt in den Luxuskonsum und die Bergarbeiter werden bald keine Schuhe mehr anzuziehen haben. So steuert sich eine Wirtschaft selbst, bei der das Geld der einzige Bezugschein ist.

Wenn wir einer Wirtschaftspolitik mit so verhängnisvollen Auswirkungen schärfsten Kampf ansagen, so tun wir es nicht einem Dogma zuliebe. Wir sind keine Dogmatiker, Herr Professor Erhard, als die Sie uns, um unsere Haltung zu verdächtigen, gern abstempeln möchten. Nicht wir, sondern Sie halten an dem Dogma einer Theorie unbelehrbar fest, obgleich Sie ihre Unrichtigkeit längst

erkannt haben müssen. Aber wir sind Fanatiker der sozialen Gerechtigkeit, und wir werden getreu unserer Tradition nie aufhören, Anwalt derer zu sein, die als die wirtschaftlich Schwachen Stiefkinder des Schicksals sind.

Das Verantwortungsgefühl für diese hilflosen Kreise unseres Volkes verbietet es uns, mit verschränkten Armen der weiteren Entwicklung zuzusehen, um an ihrem Ende angesichts der Verelendung breiter Volksschichten darauf hinzuweisen, daß wir recht behalten haben. Wir haben uns nicht auf die Kritik zu beschränken, sondern müssen auch die Wege zeigen, die nach unserer Meinung zum Wohle des ganzen Volkes gegangen werden müssen. Ein grundlegender Wandel ist allerdings so lange nicht möglich, als das Volk uns nicht ein klares Mandat zur Führung seiner Geschicke erteilt. Solange aber auch die besitzlosen Kreise der ODU noch an die von ihren Abgeordneten gewählten Direktoren der bizonalen Verwaltungen, solange sie an ihren Erhard und an ihren Storch glauben, solange bleibt uns nichts anderes übrig, als Arzt am Krankenbett der ungeratenen Sprößlinge der derzeitigen Wirtschaftspolitik zu sein. Wir waren schon bisher nicht unfähig, um die schlimmsten Auswirkungen abzuwenden, und es erfüllt uns mit Genugtuung, daß einige unserer Anregungen, allerdings unter Verschweigung unserer Vaterschaft, von der Verwaltung für Wirtschaft aufgegriffen worden sind.

Wir fordern die Aufstellung von Produktionsplänen zur Serienfertigung gediegener, aber auf das äußerste Maß verbilligter Schuhe, Textilien, Hausrat und notwendiger Möbel durch Vereinbarungen mit der Industrie oder durch Produktionsauflagen, Abkürzung und äußerste Verbilligung des Handelsweges und Verteilung an minderbemittelte Schichten des Volkes. Wir fordern, daß die aus den Heeresbeständen der Besatzungsmächte der Staatlichen Erfassungsgesellschaft für öffentliches Gut übergebenen Konsumgüter so schnell und so billig wie möglich auf den Markt gebracht werden, um dringenden Bedarf notleidender Schichten zu decken und den preissteigernden Tendenzen durch die Abziehung von Kaufkraft auf diese Waren zu begegnen.

Wir fordern vor allem, daß die Verwaltung für Wirtschaft sich entschließt, sofort eine wirksame Preiskontrollgesetzgebung in die Wege zu leiten. Sie ist dazu um so mehr verpflichtet, als sie sich in der wohl von ihr entworfenen Präambel zu dem von der Mehrheit des Wirtschaftsrats angenommenen Leitsatz-Gesetz zu dem Grundsatz bekannt hat, „daß die Auflockerung des staatlichen Warenverteilungs- und Preisfestsetzungssystems dort ihre Grenze findet, wo es darauf ankommt, den Schutz des wirtschaftlich Schwächeren zu gewährleisten“. Diese Verpflichtung ist nicht eingehalten worden, und der Gesetzbefehl, daß zur wirksamen Preiskontrolle notwendige Gesetzesgrundlagen alsbald dem Wirtschaftsrat in Vorlage zu bringen sind, ist erst nach zwei Monaten befolgt worden. Das inzwischen vom Wirtschaftsrat mit Mehrheit verabschiedete Gesetz gegen Preistreiberel ist ein für diesen Zweck durchaus ungenügendes Instrument. Mit verschwommenen Begriffen des objektiven und subjektiven Tatbestandes stellt es den Strafrichter vor eine kaum lösbare Aufgabe, zumal in der Begründung zum Gesetzentwurf ausdrücklich das Prinzip der Kostenrechnung aufgegeben und der angeblich freie Marktpreis für zulässig erklärt worden ist. Das Gesetz ist bares Geld, für die Anwälte aber zur wirklichen Senkung überhöhter Preise unbrauchbar. Wir fordern eine Preisgesetzgebung, die die Wirtschaft zwingt, bei der Preisbemessung von ihren Selbstkosten auszugehen und die Gewinn- und Handelsspannen der Verarmung unseres Volkes anzupassen, ohne daß dadurch echte auf Leistung beruhende Differenzialgewinne ausgeschlossen werden sollen, soweit sie sich in erträglichem Rahmen halten. Der Widerstand, den Herr Professor Erhard beharrlich gegen die Bindung der Preise an die Kosten leistet, stimmt uns sehr bedenklich und läßt uns an dem guten Willen zu einer wirksamen Preiskontrolle zweifeln, gibt uns aber um so mehr Veranlassung, an unseren Forderungen festzuhalten.

Was wir vorschlagen, sind nur Pflaster auf den klaffendsten Wunden, die die neue Wirtschaftspolitik dem Sozialkörper unseres Volkes geschlagen hat. Sie können lindern, aber nicht heilen. Eine Heilung kann nur die entschiedene Wendung zur sozialistischen Wirtschaftsführung bringen. Mit diesen Worten verbinden

nur unsere Gegner nebelhafte Vorstellungen mehr oder weniger zutreffenden Inhalts bis zur völligen Entstellung und Verdrehung und unterstellen uns den gleichen Mangel an Klarheit und fester Zielsetzung. Wir haben schon auf den vorangegangenen Parteitagen seit dem Zusammenbruch unser wirtschaftliches Programm mit hinreichender Deutlichkeit entwickelt, so daß jeder, der hören wollte, auch hören konnte. Wenn wir heute noch einmal in einer Resolution, die Ihnen vorliegt und deren Annahme wir Ihnen empfehlen, unsere Vorstellungen von der notwendigen Gestaltung unserer Wirtschaft in wenigen prägnanten Sätzen zusammenfassen, so geschieht das, um gegenüber dem neuen Kurs der Mehrheit des Wirtschaftsrats unsern Weg und unser Ziel eindeutig aufzuzeigen.

Unser Ziel ist, allen Menschen, die dazu willens sind, die materiellen Voraussetzungen zu verschaffen, in Freiheit ihre geistigen und körperlichen Kräfte zum Wohle der Gesamtheit zu entfalten. Das ist die Forderung nach der wirtschaftlichen Befreiung des Menschen von den unwürdigen Fesseln einer die Persönlichkeit zerstörenden, die Vermassung begünstigenden Wirtschaftsform, deren Motor egoistisches Gewinnstreben und der Expansionsdrang des Kapitals sind. Damit ist auch unser Urteil sowohl über die entwürdigende Zwangswirtschaft als auch die zur Erstarrung in Bürokratie und Reglementierung selbst privater Lebensbereiche und somit zu erneuter Unfreiheit und Diktatur führenden totalen Planwirtschaft gesprochen. Der Kommunismus ist nicht der radikalere Bruder, er ist ebenso wie der Kapitalismus der Todfeind des Sozialismus. Die Verwirklichung des Sozialismus ist — das müssen sich die Ungeduldigen unter uns sagen lassen — kein einmaliger Akt, sondern ein Prozeß, mit dem allerdings sofort begonnen werden muß. Die Welt hat keine Zeit mehr zu verlieren. Die Wirtschaft kann sich nicht selbst überlassen bleiben. Der Traum vom ausgehenden, segensreichen Spiel der freien Kräfte ist ausgeträumt. Der Staat muß zusammen mit paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern aller Wirtschaftskreise zusammengesetzten Körperschaften der Wirtschaft die Richtung ihrer Tätigkeit durch eine Planung in großen Umrissen weisen. Innerhalb dieses Rahmens soll sich der frei wirtschaftende Mensch entfalten. Wenn die Gesetze des Marktes oder die Initiative des einzelnen versagen oder zu volkswirtschaftlich oder sozial unerwünschten Ergebnissen führen, greift der Staat lenkend ein und bedient sich dazu der Wirtschaftsbeeinflussung z. B. durch Steuern, Preise, Löhne, durch Kredit- und Investitionspolitik, Außenhandelsmaßnahmen, Produktionslenkung, Lenkung des Arbeitsinsatzes und des beruflichen Nachwuchses. Die derzeitige aus der Zeit des Liberalismus übernommene Ressortverteilung der Staatsverwaltung ist für die neuen Aufgaben des Staates nicht mehr ausreichend. Die Koordinierung der für die Zielsetzung und Lenkung in Betracht kommenden Ressorts unter einheitlicher Leitung muß sichergestellt werden. Richtschnur für die Aufgabe des Staates sollen nicht nur die heute begreiflicher Weise im Vordergrund stehende Bedarfsdeckung, sondern vor allem auch die Verteilung des Sozialprodukts und die Verhinderung der Ausbeutung sein. Das ist das Kernstück unserer Wirtschaftsgestaltung. Sie verbindet volkswirtschaftliche und soziale Vernunft mit der Freiheit des Menschen zur Initiative und Entfaltung echter Leistung. Die Sozialisierung, die nicht mit Verstaatlichung zu verwechseln ist, muß dort erfolgen, wo Marktbeherrschung einzelner oder weniger Betriebe nicht oder nur mit dem Opfer technischer Fortschritte zu brechen ist. Das wird insbesondere bei den Grundstoffindustrien der Fall sein, deren Überführung in Gemeineigentum unser unverrückbares Ziel ist, und wenn die Welt voll Besatzungsmächte wäre.

Ein auskömmlicher Lebensstandard für den schaffenden Menschen muß ebenso sehr Ziel der Wirtschaftsführung sein wie die psychologisch notwendige Verbesserung des Verhältnisses der Arbeitnehmer zum Betrieb durch ein vernünftig ausgestaltetes Mitbestimmungsrecht. Wegen aller weiteren Einzelheiten verweise ich wegen der Kürze der mir zur Verfügung stehenden Zeit auf den Wortlaut der Resolution.

Freiheit und Zwang sind in unserer Zeit zum Entscheidungskampf angetreten. Wenn wir uns zur Freiheit bekennen, geraten wir in die gefährliche Bundesgenos-

senschaft jener, die unter Freiheit die Freiheit zum zügellosen Gewinnstreben, zur Ausbeutung und Bereicherung auf Kosten der Gesamtheit verstehen und den Besitzlosen die Freiheit überlassen möchten, unter Brücken zu schlafen, von der Karl Marx mit heißem Hohn gesprochen hat. Wenn wir ihnen das Feld räumen würden, wäre der heroische Freiheitskampf der Berliner, wäre unser Kampf um Deutschland und um die Menschheit verloren. Denn nicht die Bajonette der Westmächte, sondern nur die bessere Idee kann das Vordringen der östlichen Barbarei auf die Dauer verhindern. Diese bessere Idee ist die Freiheit, gezügelt vom Sittengesetz in der Brust des einzelnen, die im Mitmenschen den Bruder und nicht das Opfer zu sehen hat, und gebündelt durch das Gesetz des Staates, der Gerechtigkeit und das Wohl aller Bürger sich zur Richtschnur seines Handelns dienen lassen muß. Das ist die Freiheit, wie sie uns zu Beginn des Parteitages verheißungsvoll aus der unsterblichen Freiheitsmusik der Leonoren-Ouvertüre entgegenklang, die Freiheit, die allein die Menschheit aufwärtsführen kann im Sinne jenes Goethe-Wortes:

„Vergebens werden ungebundene Geister  
nach der Vollendung reinen Höhen streben.  
In der Beschränkung zeigt sich erst der Meister,  
und das Gesetz nur kann uns Freiheit geben.“

Vorsitzender G n o ß: Zur Geschäftsordnung hat das Wort Genosse Henßler.

Fritz Henßler, Dortmund: Ich bitte den Parteitag, damit einverstanden zu sein, daß nach der vorzüglichen Rede des Genossen Veit unmittelbar das Referat des Genossen Zorn kommt. Ich stelle den Antrag, weil ich glaube, daß ich diesen Wunsch gemeinsam mit dem Parteitag habe, daß die Diskussion sich nicht dem Gestern zuwendet, sondern dem Heute und dem Morgen. (Beifall.)

Vorsitzender G n o ß: Zur Geschäftsordnung hat das Wort die Genossin Krahnstöver.

Anni Krahnstöver, Kiel: Die außerordentlich tiefgreifenden und uns sehr erfreuenden Ausführungen des Genossen Veit berechtigen uns wohl alle zu der Annahme, daß sie es wert sind, in die weiteste Öffentlichkeit zu kommen. Wir stellen deshalb den Antrag, diese Rede sofort als Broschüre in großer Auflage der Partei zur Verfügung zu stellen. (Bravorufe.)

Vorsitzender G n o ß: Ich habe jetzt über zwei Anträge abstimmen zu lassen. Ich frage zunächst, ob gegen den geschäftsordnungsmäßigen Antrag des Genossen Henßler, jetzt das Referat des Genossen Zorn folgen zu lassen, Widerspruch erhoben wird. — Das ist nicht der Fall. Dann ist so beschlossen. Der Antrag der Genossin Krahnstöver wünscht die Drucklegung der Rede des Genossen Veit. Ich möchte auch diesen Antrag sofort erledigen. Ich glaube, aus dem Beifall schließen zu können, daß Sie dem Antrag zustimmen und der Parteivorstand danach gehalten sein wird, die Drucklegung der Rede des Genossen Veit möglichst sofort zu veranlassen. Ich glaube, daß dem irgendwelche Schwierigkeiten nicht im Wege stehen werden. Nunmehr hat das Wort Genosse Dr. Zorn.

### Soziale Neuordnung als sozialistische Gegenwartsaufgabe

Dr. Rudolf Zorn, München: In der Juli-Nummer der Frankfurter Hefte unterzieht einer ihrer Herausgeber, Walter Dirks, die CDU und die SPD einer eingehenden Kritik; es ist keine bösertige, sondern eine besorgte Kritik, die helfen möchte. Der CDU prophezeit der Verfasser, daß sie auseinanderfallen werde, wenn sie sich nicht im schlichten, christlichen Geist klüttere, wenn sie sich nicht zu einem wirklichen Opfer durchringe. Von der SPD stellt er fest, sie wäre überaltert und

in manchem veraltet, Sie habe das Erbe des Marxismus verschleudert, statt es zu mehren; sie habe zwar Konzepte, aber kein Konzept. Ohne Konzepte aber könne man keine Geschichte machen, höchstens Geschichte erleiden. Er kommt zu dem Schluß, daß die SPD das schwere Kunststück vollbringen müsse, eine neue sozialistische Ordnung zu erkämpfen und zugleich den Staatsapparat zu bedienen. In der bisherigen Praxis habe die SPD über die Verantwortung für die Gegenwart häufig die Verantwortung für die Zukunft vergessen.

Genossen! Wenn wir ehrlich in uns gehen, müssen wir zugeben, daß in dieser Kritik etwas Wahres steckt. Es scheint in der Tat bisweilen so, daß wir keine richtungweisende politische Konzeption haben. Unser politisches und wirtschaftliches Ziel zeigt sich uns nur in nebelhaften Umrissen; es hat in entscheidenden Zügen noch keine klare Gestalt; es fehlt an der Vorstellung, wie die Ordnung unserer Gesellschaft in Zukunft aussehen muß, wenn wir das alte und doch ewig junge sozialistische Fernziel der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit verwirklichen wollen.

Wenn unsere Funktionäre in den Versammlungen draußen im Land von unserer Zukunft reden, dann tun sie es allzuhäufig im Stil und mit dem Rüstzeug des Erfurter Programms vom Jahre 1891. Sie sprechen nach überalterten Schablonen von der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, von der totalen Planwirtschaft und bieten damit nur einen verdünnten Aufguß der kommunistischen Rezepte. Die Massen aber fühlen, daß bei einer solchen Agitation etwas nicht mehr in Ordnung ist, daß Theorie und Praxis nicht mehr übereinstimmen; und viele verlassen unbefriedigt, ungeklärt und voller Zweifel solche Versammlungen. Was vor 57 Jahren, als das Erfurter Programm herauskam, noch revolutionär war und als Ziel in weite Ferne gerückt schien, das ist heute dank der unermüdlichen Arbeit und dank der Schlagkraft unserer Partei Wirklichkeit geworden. Es gilt daher heute, neue Aufgaben zu stellen und neue Ziele zu stecken; das haben wir in den letzten Jahrzehnten leider versäumt und dadurch an zukunftssträchtiger Spannung verloren. Wir sind völlig in den Gegenwartsaufgaben aufgegangen. Wir haben in kleinen Bereichen reformiert, wir haben für soziale Verbesserungen gekämpft, wir sind immer und überall für die Freiheit und für die soziale Gerechtigkeit eingetreten. Aber wir haben bei unserer politischen Arbeit zwei Versäumnisse begangen: Über der Sorge um eine gerechte Verteilung des Sozialproduktes haben wir die Gestaltung der wirtschaftlichen Produktion der bürgerlichen Rechten überlassen, und wir haben das Zukunftsbild der neuen Ordnung den Kommunisten ausgeliefert. So sind wir in diesen zwei wichtigen Bereichen wirkungslos geblieben.

Wenn wir die Zukunft gewinnen wollen, müssen wir diese Versäumnisse nachholen. Wir müssen uns um die Neugestaltung des ganzen Lebens kümmern, nicht bloß um Ausschnitte daraus. Wir müssen uns ein Bild von dieser Zukunft machen, an dem sich unsere Abgeordneten in den Parlamenten, unsere Bürgermeister in den Gemeinden und unsere Minister in den Regierungen bei ihrer praktischen Arbeit orientieren können. Dieses Bild müssen wir uns erarbeiten; wir müssen die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Erscheinungen und ihre funktionalen Zusammenhänge mit wissenschaftlicher Genauigkeit untersuchen und auf Grund des Untersuchungsergebnisses unsere politischen Aktionen entwickeln. Es genügt nicht mehr, mehr oder weniger imaginäre Forderungen zu erheben; wir müssen darauf achten, daß unsere Forderungen in der Praxis auch verwirklicht werden können; und wir müssen den festen Willen haben, diese Forderungen auch in die Tat umzusetzen, wenn wir Gelegenheit dazu haben. Das ist die Arbeitstechnik, die wir auf allen Gebieten anwenden müssen. Dies hatte wohl auch August Bebel im Auge, als er das Wort prägte, das dem ersten Eindruck befremdend und lächerlich erscheint: „Sozialismus wäre auf allen Gebieten menschlicher Tätigkeit angewandte Wissenschaft.“ Wo eine solche Arbeitstechnik fehlt, da fehlt es immer auch an der nüchternen Erkenntnis der Wirklichkeit, da beherrschen Vorurteile und Schlagworte das Feld. Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, daß die Vorurteile beseitigt, daß die Herrschaft der Schlagworte eingedämmt wird und daß auch der Laie versteht, was wir in Praxis wollen.

Es fehlt heute auf allen Gebieten, besonders aber auf dem wirtschafts- und gesellschaftspolitischen, an klaren Vorstellungen; darum sind gerade diese Gebiete der bevorzugte Tummelplatz der Schlagworte. Wenn zehn Wissenschaftler das Wort Kapitalismus verwenden, so haben kaum neun darüber die gleiche Vorstellung. Und wenn die Menschen vom Sozialismus reden, so sind die Anschauungen darüber nicht weniger bunt und verschiedenartig. Ja, nicht einmal die Anhänger des Marxismus haben über diesen die gleichen Anschauungen. Die Bolschewisten lassen nur den Leninismus und Stalinismus als einzig richtige Deutung gelten. Wir Sozialisten des Westens lehnen zwar diese Russifizierung des Marxismus ab, die heute für die Kommunisten der ganzen Welt Richtschnur und Modell ist; aber wir selber haben kein klares Marx-Bild geschaffen. Wir haben es, wie schon gesagt, fast ausschließlich den Kommunisten überlassen. Ja, wir haben sogar darüber gestritten, ob wir die Erbschaft des Karl Marx antreten wollen oder nicht. Dadurch haben wir dazu beigetragen, einen Glauben bei den Massen zu zerstören. Unsere Skepsis hat übersehen, welche ungeheure Anziehungskraft von den großen Männern einer Bewegung ausgeht. Wir sind keine junge Partei und wir sind in der glücklichen Lage, bedeutende Männer und Märtyrer zu haben. Pflegen wir ihr Gedächtnis; eine große Kraft wird unserer Bewegung aus dieser Pflege des Gedächtnisses zuteil werden! Es bedarf ja durchaus keiner Geschichtsklitterung, um zu beweisen, daß das große Ziel, das Karl Marx vorgeschwebt hat, heute noch seine Leuchtkraft nicht verloren hat und daß die Impulse seines Willens auch noch unsere Impulse sind, gerade weil wir wissen, daß sein letztes Ziel die Freiheit war und nicht die Vergottung des Staates und die Vernechtung des Individuums. Seine Vorschläge zur Erreichung dieses Zieles sind allerdings gerade so zeitbedingt, wie es die Produktionsverhältnisse waren, die er kennengelernt hat. Sein Werk ist wohl in weiten Teilen veraltet. Aber es finden sich auch bedeutende Teile darin, die noch so lebendig und frisch sind, wie wenn sie heute geschrieben worden wären. Es wäre daher eine dankenswerte und gleichzeitig eine propagandistische Aufgabe erster Ordnung, aus dem Gesamtwerk des Karl Marx das herauszuschälen, was heute noch lebt. Es ist für uns ohne Belang, ob seine Mehrwertlehre richtig ist oder nicht, ob sich seine Theorien über die Akkumulation des Kapitals und über die Verelendung der Massen bewahrheitet haben oder nicht; seine Auffassungen hierüber waren bedingt und begrenzt durch die wissenschaftlichen Erkenntnisse seiner Zeit. Wollte man ihm dies zum Vorwurf machen — es wäre gerade so, wenn man den James Watt, den Erfinder der Dampfmaschine, tadeln wollte, weil er seine Maschine vor 160 Jahren nicht nach den letzten Modellen von 1948 konstruiert hat. Wir wollen von Karl Marx nicht retten, was zeitbedingt ist; dies hätte niemandem ferner gelegen als ihm selber, dem Schöpfer einer dynamischen Wirtschaftsauffassung. Er lebt als der Begründer einer großen Bewegung, als Begründer der Organisation der Arbeiterklasse, die der Welt ein anderes, sozialeres Gesicht gegeben hat; er lebt als der Prophet eines neuen Zeitalters der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit, als der Schöpfer einer Denkmethode, die uns einen wichtigen Weg der Erkenntnis dazu wies.

In Zeiten der Unklarheit und der Wirrnis tut man gut daran, zu den Quellen zurückzugehen. Wir Sozialdemokraten werden zu den Anfängen unserer sozialistischen Bewegung zurückgehen und untersuchen, was diese groß und stark gemacht hat. In unseren Anfangszeiten war die Quelle unserer Stärke wohl der unerschütterliche Zukunftsglaube der Massen an eine Ordnung der Freiheit und Gerechtigkeit. Mit dem Schwinden dieses Glaubens ist die Kraft unserer Partei trotz zahlenmäßiger Zunahme der Mitglieder immer schwächer geworden; die Opferbereitschaft der Genossen hat immer stärker nachgelassen, bis schließlich der jämmerliche Zusammenbruch im Jahre 1933 erfolgte. Es war vor 15 Jahren nicht bloß der äußere Zusammenbruch unserer Organisation, sondern auch der Zusammenbruch unserer Ideale, unseres Glaubens. Es war die Krise des Marxismus. Bereits in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg, in denen die Frage der Sozialisierung in ein akutes Stadium getreten war, regten sich bei manchen Sozialisten, und nicht den schlechtesten, die Zweifel, ob diese Vergesellschaftung der Produktionsmittel wirklich das

Allheilmittel für eine bessere Zukunft sei. Karl Marx und seine Interpreten waren, wie Sie wissen, der Meinung, daß das Gesellschaftselgentum an den Produktionsmitteln die Ausbeutung der besitzlosen Lohnarbeiterschaft beseitige, eine gerechte Verteilung des Sozialprodukts schaffe und automatisch die Konkurrenzwirtschaft durch eine Planwirtschaft ersetze. Es war Marx nicht vergönnt, Erfahrungen über die praktische Auswirkung seiner Vorschläge zu machen. Wir dagegen haben diese Erfahrungen gemacht. Wir wissen heute aus dem bolschewistischen Beispiel, daß durch die Verstaatlichung der Produktionsmittel die Schattenseiten der kapitalistischen Ordnung durchaus nicht beseitigt werden, daß durch sie weder die Freiheit noch die soziale Gerechtigkeit verwirklicht werden. Diese Erkenntnis hindert uns nicht daran, festzustellen, daß die Überführung bestimmter Produktionsmittel in Gemeineigentum zumindest eine politische Notwendigkeit erster Ordnung ist. Um die Wirtschaft der Gesellschaft neu zu ordnen, dazu ist allein die Planung und Lenkung dieser Wirtschaft nötig. Nur dadurch sind bestimmte Ziele auf dem Gebiet der Produktion und der Verteilung zu erreichen. Für die Planung und Lenkung ist es aber völlig gleichgültig, ob ein Unternehmen in Gemeineigentum steht oder ob es Privaten gehört. Die Leiter der Unternehmen haben sich auf jeden Fall den Lenkungsanweisungen zu fügen, ob sie nun einem sozialisierten oder einem staatlichen Betrieb vorstehen. Solche Gedankengänge erschienen noch vor 30 Jahren als ein gröblicher Verstoß gegen die reine Lehre des Marxismus. Man glaubte zwar schon lange nicht mehr an sie, aber man hatte nicht den Mut, es auszusprechen. Ähnlich ging es mit der Forderung des Karl Marx, daß allein die Diktatur des Proletariats die klassenlose Gesellschaft herbeizuführen vermöchte. Marx lebte bekanntlich in einer teils reaktionär-monarchistischen, teils bürgerlich-kapitalistischen Zeit. Die Erklämpfung der Freiheit schien ihm nur dadurch möglich, daß das Proletariat, also die Unfreien, zur herrschenden Klasse würde. Marx hat sich keine Gedanken darüber gemacht, wer die Diktatur des Proletariats ausüben soll. Wir aber machen uns diese Gedanken; denn wir wissen, daß die Massen die Diktatur nicht selber ausüben können, sondern nur einzelne; und so ist die Diktatur in der Geschichte immer zu Willkür und zum Mißbrauch der Macht geworden. Gerade das bolschewistische Beispiel zeigt uns, daß die sogenannte Diktatur der Arbeiterklasse zur unbeschränkten Herrschaft über die Arbeiterklasse geworden ist. Der Begriff „Diktatur“, gleichgültig, woher sie kommt, ist uns heute immer verdächtig, weil wir eben in den letzten 100 Jahren Erfahrungen gemacht haben, die Marx nicht machen konnte. Dies wußten wir alle; und noch manche andere berechnigte, sich aus den Realitäten des Lebens ergebende Zweifel an den Lehren des Marxismus hatten wir Sozialdemokraten in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg; aber wir sprachen sie nicht aus. Unsere Partei nahm nie Stellung dazu. Dadurch entstand eine gewisse Unsicherheit in der Partei, die ihr die Stoßkraft nahm. Heute dagegen bekennen wir, daß unser Ziel feststeht wie je. Es ist noch das gleiche, das Marx proklamiert hat, nämlich — ich zitiere — „eine Assoziation, in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“. Über die Frage allerdings, wie dieses Ziel zu erreichen ist, sind die Anschauungen des Karl Marx nicht mehr unsere Anschauungen.

Leider haben wir die Ideen des Karl Marx nicht weiter entwickelt; wir hatten zwar eine hervorragende Marx-Exegese, die jeden Winkel seiner Lehre durchleuchtet hat. Aber sie brachte uns das große Ziel, das Karl Marx aufgestellt hat, nicht näher. Theorie und Praxis gingen völlig getrennte Wege. Die Ideologie, die man vertrat, wurde nicht im läuternden Feuer praktischer Verwirklichung geprüft. In der Theorie war man für das Klassenkampf-Ideal, in Praxis für die gütlich-schiedliche Klassenausaindersetzung. Man trat in Theorie nach wie vor für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel ein; in Praxis war man für Kommunalisierung, Verstaatlichung und den gemischt-wirtschaftlichen Betrieb; und der Genosse Schreinermeister wollte überhaupt nicht viel von der Vergesellschaftung seiner Schreinererei wissen. Kurz und gut, die tägliche Praxis söhnte sich immer mehr mit dem herrschenden System aus und machte ganz gern ihre Geschäfte mit ihm. Die Folge dieses Zwiespalts war eine gewisse politische Unsicherheit unserer

Partei, die ihren besonderen Ausdruck in der Zerfahrenheit der Weimarer Zeit fand, und ferner eine weitgehende Zerstörung des Glaubens der Masse an die Kraft der sozialistischen Idee. Besonders unsere jungen Genossen empfinden es daher heute befremdend, wenn die Widersprüche zwischen Theorie und Praxis einfach dadurch gelöst werden, daß man kurz entschlossen allen theoretischen Ballast früherer Jahrzehnte, der die Feuerprobe des praktischen Lebens nicht bestanden hat, über Bord wirft.

Die Menschen von heute gehen über die vielen Dutzende von Definitionen und Theorien, die man einst über den Sozialismus aufgestellt hat, einfach zur Tagesordnung über. 261 verschiedene Begriffsbestimmungen darüber hat der Engländer Griffith vor 25 Jahren in einem Buch zusammengestellt. Es kommt heute nur darauf an, ob eine Theorie die Kraft gehabt hat, die Menschen zu bewegen, und ob sie diese Kraft heute noch hat. Diese Kraft hat keine einzige der vielen Theorien über den Sozialismus gehabt, außer der marxistischen. Alle anderen Lehren haben nur Sekten hervorgerufen. Selbst der sogenannte katholische Sozialismus, der sich im wesentlichen auf die päpstliche Enzyklika „Quadregimo Anno“ gründet und auf eine weitgehende Verwendung der marxistischen Theorie stützt, ist keine Volksbewegung geworden; wäre es ihm gelungen, den politischen Katholizismus in Deutschland zu prägen, es stünde wohl besser um unser Land. Die päpstliche Enzyklika ist bekanntlich nur eine Empfehlung an die Gläubigen und wird in Praxis kaum befolgt.

Im Gegensatz zu diesen Erscheinungen hat die marxistische Lehre auch heute noch trotz der Änderung der Verhältnisse die Kraft, die Massen zu bewegen. Wir dürfen sie nur nicht erstarren lassen; wir müssen sie ständig weiter entwickeln und sie ständig den gegebenen Verhältnissen anpassen. Dies ist ja auch ganz im Sinne des Karl Marx, denn es gibt kein Passpartout einer überall anwendbaren, allgemeinen historisch-philosophischen Theorie, so sagt Marx selber einmal, deren größte Tugend es sei, sozusagen überhistorisch zu sein.

Das Bild, das sich heute die Sehnsucht der Massen nach einer besseren und gerechteren Ordnung macht, ist ein anderes geworden, als es ehemals war. Die Menschen, und besonders die Jugend von heute, sind völlig voraussetzungslos, untheoretisch und undogmatisch. Programme und Manifeste haben kein Gewicht mehr; Geltung hat nur noch, was verwirklicht wird. Bei vielen Diskussionen und Unterhaltungen habe ich immer wieder die Beobachtung gemacht, daß den jüngeren Menschen gar nichts an der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und an der Planwirtschaft liegt, wenn diese Institutionen keine Besserung der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Lage bringen oder gar, wenn ihre Lage hierdurch noch verschlechtert würde, wie dies so viele Menschen aus eigener Anschauung in Sowjetrußland erlebt haben. Überhaupt stehen gerade die jüngeren Menschen allen kollektivistischen Gedankengängen sehr skeptisch gegenüber. Sie wissen, daß gegenüber dem Kollektiv, hinter dem die Autorität der ganzen Gesellschaft steht, die individuellen Forderungen viel schwieriger zu vertreten und zu verteidigen sind, als einem Privatmann, einer privaten Gesellschaft oder dem demokratischen Staat gegenüber. Sie wissen auch aus Erfahrung, daß es in den autoritären Staaten überhaupt keine Individualrechte mehr gibt, daß es keine der vielen Freiheiten der liberalen Verfassungen gibt, daß die Arbeiter kein Streikrecht haben, daß es keine Verwaltungsgerichte gibt, die die Verwaltungsakte des Staates der richterlichen Nachprüfung unterziehen und das Individuum gegen dessen Übergriffe schützen. Wäre die sozialistische Ordnung nur eine Zwangsordnung, die das Individuum der Gesellschaft unterwirft, so würden wohl die meisten Menschen der westlichen Zonen nichts vom Sozialismus wissen wollen; denn sie lehnen es ab, nur Mittel des Kollektivs, des Staates zu werden, um diesen Staat möglichst leistungsfähig zu machen, wie dies in der östlichen Ordnung der Fall ist.

Bei allen Unterhaltungen über den Sozialismus kristallisieren sich die Gespräche immer um die gleichen vier Kernforderungen, die ohne Zweifel wesentlich und unabhängig für die Neuordnung sind. Man erhebt:

1. Die Forderung eines gerechten Lohns und wirtschaftlicher Sicherheit.
2. Die Forderung der demokratischen Teilnahme an der politischen und wirtschaftlichen Macht.
3. Die Forderung der gleichen Chance für jedermann.
4. Die Forderung der Konsumfreiheit.

Zu 1. Wir wissen alle, daß man darüber streiten kann, was gerechter Lohn ist. Sicher aber ist, daß der Anteil der Arbeit am Ertrag der Wirtschaft solange ungerecht ist, als es hierdurch noch Proletariat als Klasse in einer Klassengesellschaft gibt, solange es noch eigentumslose Lohnarbeiter gibt, die nichts anderes haben als ihre Arbeitskraft. Damit ist nicht gesagt, daß die Lohnarbeit abgeschafft werden solle, wie es noch Marx gefordert hat, oder daß der materielle Antrieb zur Arbeit unter allen Umständen durch ideelle oder kollektive Antriebe ersetzt werden müsse. Dies dürfte in Praxis wohl sehr schwer, wenn nicht überhaupt unmöglich sein. Jedenfalls haben die Versuche, die damit in Sowjetrußland gemacht wurden, diese Anschauung zumindest als sehr zweifelhaft erscheinen lassen. Da diese Versuche mißlungen sind, haben die Bolschewisten Lohnunterschiede eingeführt, wie es sie in keinem kapitalistischen Land der Erde mehr gibt. Nicht die Abschaffung der Lohnarbeit, sondern der gerechte Anteil der Arbeit am Ertrag der Volkswirtschaft scheint mir die Forderung der Zeit zu sein. Diese Forderung wird auch von der katholischen Sozialethik erhoben. Gerade diese ist es auch, die alle Einwendungen, daß hierdurch häufig die Lebensfähigkeit der Unternehmen gefährdet würde, kurzerhand zurückweist mit der Forderung, daß eben dann entsprechende organisatorische Maßnahmen durchgeführt werden müßten, um dies zu verhüten.

So wichtig ein gerechter Lohn für die Neuordnung der Gesellschaft ist, so ist dieser doch noch nicht ausreichend, um den Arbeitern und Angestellten auch wirtschaftliche Sicherheit zu geben. Diese wirtschaftliche Sicherheit oder, mit anderen Worten, die Beseitigung der ständigen Bedrohung der Arbeiter und Angestellten mit Wirtschaftskrisen und mit Arbeitslosigkeit muß das A und O einer sozialistischen Neuordnung sein. Es ist unmöglich, die Massen für ein demokratisches System zu gewinnen, wenn dieses nicht in der Lage ist, eine Politik der Vollbeschäftigung zu treiben. Dieses Problem der Vollbeschäftigung oder des Rechts auf Arbeit macht — auch darüber müssen wir uns im klaren sein — tiefe Eingriffe nötig, nicht nur in die Produktion und Investition, sondern unter Umständen auch in das Privatleben der Arbeiter und Angestellten. Sie setzt eine staatliche Investitionskontrolle voraus, die Tempo und Richtung der Produktion bestimmt, sie muß Preise und Löhne überwachen, sie erfordert die Lenkung des Arbeitseinsatzes. Die Lösung dieses Kardinalproblems der Neuordnung ist in einer zügellosen Marktwirtschaft, die heute wieder ihre föhliche Urstund feiert, zweifellos unmöglich. Zur Lösung dieses Problems bedarf es aber auch nicht der totalen Planwirtschaft, wie Professor Röpke und die Neu-Liberalen behaupten. Röpke stützt diese Behauptung auf die Erfahrungen, die man in Nazideutschland und in Sowjetrußland gemacht hat. Aber diese Beispiele sind nicht stichhaltig. Die Ursachen des Zwangs in diesen Ländern waren und sind weniger wirtschaftlicher als vielmehr politischer Natur. Die nazistische Planwirtschaft diente allein der politischen Macht und der Kriegsindustrie, die bolschewistische nicht weniger. Voraussichtlich aber wird eine Lenkungswirtschaft, die lediglich die Erhöhung des Lebensstandards bezweckt, ganz anders verlaufen. Wir haben allerdings noch keine Erfahrung gesammelt, wie ein System von Lenkungsmitteln aussehen muß, um die Prinzipien der Freiheit und gleichzeitig der Sicherheit zu verwirklichen. Es ist jedoch bis jetzt nicht bewiesen, daß es unmöglich wäre. Im Gegenteil, das englische Experiment scheint vielmehr den Beweis zu erbringen, daß dies sehr wohl möglich ist. Es wird Sache der Fachleute, der Wirtschaftstheoretiker und Wirtschaftspraktiker sein, den Politikern

die Wege vorzuschlagen, wie dieses Ziel erreicht werden kann. In Sowjetrußland wird die Vollbeschäftigung durch Arbeitszwang und durch Verschickung in Arbeitslager erreicht, in denen heute ebensoviele Menschen Sklavenarbeit verrichten, wie in der ganzen russischen Industrie Normalarbeiter beschäftigt sind. In der sozialistischen Neuordnung dagegen wird das Problem gelöst durch kreditpolitische Stützungsmaßnahmen, durch rechtlich geförderte Investitionsaufgaben, durch Regulierung der Arbeitszeit und dergleichen mehr.

Zu 2. was wir Sozialdemokraten von der Neuordnung in zweiter Linie fordern, ist die demokratische Teilnahme an der politischen und wirtschaftlichen Macht. Das Problem der Teilnahme an der politischen Macht dürfte im wesentlichen gelöst sein. In den letzten 150 Jahren sind die Menschen aus Untertanen zu Bürgern geworden, die durch ihre gewählten Vertreter an der politischen Macht teilhaben. Zwar befindet sich unsere heutige parlamentarische Demokratie, unsere gemeindliche Selbstverwaltung in einer Krise, und zwar dadurch, daß die wählenden Massen die gleichen Rechte haben, die einst nur die Elite hatte. Dies ist zwar eine Notwendigkeit, aber auch eine Gefahr; denn der Durchschnittswähler hat nun einmal weder die politische Bildung noch den politischen Instinkt, um nur einen Teil der politischen Verantwortung tragen zu können, die ihm die Verfassungen aufbürden. Dies gefährdet aber die Arbeitsfähigkeit der demokratischen Führer. Gerade in Zeiten der Not, wo es besonders auf Mäßigung und Klarheit des Urteils ankommt, folgen die Massen bekenntlich gerne jedem politischen Rattenfänger. In autoritären Ordnungen ist das Problem „Führer und Masse“ gelöst, allerdings mit den Methoden der Gewalt; in den Demokratien ist es bis jetzt nicht gelöst. Aufgabe unserer Zeit ist es in folgedessen, neue Formen zu entwickeln, um einerseits die Massen an der politischen Willensbildung teilnehmen zu lassen und andererseits die Demokratie arbeitsfähig zu erhalten. Hierzu bedarf es einer unermüden Erziehung der Menschen, einer ständigen Aufklärung, die bereits in der Schule einzusetzen hat, und später durch Funk, Presse und Film fortgesetzt wird. Die uns aus der Nazizeit so sattnam bekannte „Schulung“, der immer etwas Gewalttames, Tendenziöses anhaftet, und die von dieser Zeit her noch übel beleumundete Propaganda, die nichts anderes ist als offizielle Lüge, mögen durch ihre Methoden der Massenbeeinflussung Augenblickserfolge erzielen; Dauererfolge gewährleistet immer nur eine systematische Erziehung und sonst nichts. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß Sozialismus in erster Linie ein Erziehungsproblem ist. Unseren Parteschulen, die nun allerorts eröffnet werden, kommt daher eine besonders wichtige Funktion zu.

Während das Problem der Beteiligung der Massen an der politischen Macht trotz des augenblicklichen Krisenzustands im allgemeinen als gelöst anzusehen ist, ist das Problem der Wirtschaftsdemokratie heute noch nicht gelöst. Wir wissen aus der Erfahrung der Weimarer Zeit, daß die politische Demokratie ohne Demokratisierung der Wirtschaft keinen Bestand haben wird. Die Wirtschaftsdemokratie fordert, daß der Arbeiter und Angestellte aus einem dem Betriebsleiter unterworfenen Wirtschaftsobjekt zu einem Wirtschaftsbürger wird, der diesem im Freiheit und Gleichberechtigung gegenübersteht. Wir haben in unserer Volkswirtschaft etwa 70 Prozent unselbständige Existenzen. Diese sind acht Stunden täglich an ihren Arbeitsplatz gebunden, auf dessen Gestaltung sie im Grunde keinen Einfluß haben. Es ist ihnen bis jetzt nicht gestattet, an den Entschlüssen des Arbeitgebers, der autoritär über ihr wirtschaftliches Wohl und Wehe entscheidet, auch nur in bescheidenem Maß mitzuwirken. Die Arbeiter und Angestellten fordern daher, daß sie an der Leitung und Verwaltung der Betriebe teilhaben können. Dies heißt durchaus nicht, daß die Betriebsentscheidungen nach dem Mehrheitsprinzip durch Betriebsleiter und Betriebsrat gemeinsam gefällt werden sollen; denn dies wäre wohl nicht selten der Untergang des Betriebes. Die Demokratisierung der Betriebe fordert aber, daß die Arbeiter wenigstens in ihren urengeinsten Angelegenheiten an der Verwaltung der Betriebe teilhaben sollen, daß sie über die Betriebsvorgänge unterrichtet werden, daß sie gehört werden, und vor allem auch, daß sie die Betriebsleitung insoweit kontrollieren, ob diese ihre

volkswirtschaftliche Funktion erfüllt. Den Betriebsräten muß auch das Recht eingeräumt werden, unter gewissen gesetzlich normierten Voraussetzungen und nach einem gesetzlich geregelten Verfahren die Abberufung eines Betriebsleiters fordern zu können, wenn dieser seine sozialen und volkswirtschaftlichen Pflichten nicht erfüllt. Wir sind zu arm geworden, um uns schlechte Betriebsleiter und Landwirte leisten zu können. Alle diese Forderungen sind auch moralisch durchaus gerechtfertigt; denn der Arbeiter trägt auf dem Umweg des Arbeitsmarktes das Betriebsrisiko in gleicher Weise wie der Kapitalgeber; infolgedessen muß danach gestrebt werden, den Arbeiter möglichst eng mit dem Wohl und Wehe eines Betriebes zu verbinden.

Es gehört zur stolzen Tradition unserer Partei, daß sie bei allen Entscheidungen über diese Fragen immer in der ersten Linie mitgekämpft hat; und dieser Tradition wird unsere Partei auch in Zukunft treu bleiben.

Zu 3. Die dritte Forderung, die die Massen an die Neuordnung stellen, ist die der gleichen Chance für jedermann. Sie darf nicht verwechselt werden mit der Forderung der Gleichheit. Diese beiden Forderungen nach Gleichheit und nach der gleichen Chance schließen sich gegenseitig aus; denn die Einräumung der gleichen Chance führt infolge der ungleichen Anlagen der Menschen automatisch zur Ungleichheit. Die Forderung nach Gleichheit war bekanntlich der Kampf der Französischen Revolution. Damals verstand man darunter die politische Gleichheit, also die Gleichheit vor dem Gesetz. Diese ist heute in allen Kulturstaaten eine Selbstverständlichkeit geworden. Anders verhält es sich mit der Gleichheit im wirtschaftlichen Bereich. Gar mancher ist der Meinung, die klassenlose Gesellschaft wäre ihre Erfüllung. Das ist allerdings ein Irrtum; denn die Forderung nach Gleichheit ist unerfüllbar; sie würde die Gleichheit der Menschen voraussetzen, die nun einmal nicht gleich sind. Die Forderung nach wirtschaftlicher Gleichheit wird daher auch kaum mehr erhoben. Mit um so stärkerer Intensität und Berechtigung wird aber die gleiche Chance für jedermann in Anspruch genommen. Diese gleiche Chance bedeutet, daß die Unterscheidung zwischen ausführender und leitender Arbeit nicht erblich sein darf, wie sie es in der kapitalistischen Ordnung ist; sie bedeutet, daß auch den Kindern der kleinen Einkommensempfänger der Weg zu den höchsten wirtschaftlichen und politischen Spitzen eröffnet wird, daß die Begabten auf Kosten der Allgemeinheit ausgebildet werden. Die kompromißlose Einräumung der gleichen Chance ist eine mächtige Waffe, um unser ganzes derzeitiges Gesellschaftsgefüge umzuordnen; denn die gleiche Chance schafft eine neue herrschende Schicht. Diese wird nicht mehr, wie bisher, durch die Größe des Vermögens und Einkommens, sondern nur durch Begabung und Leistung bestimmt. Damit würde die alte herrschende Klasse beseitigt und eine neue Elite geschaffen, eine wirklich demokratische Elite der Begabung und Leistung. Unsere alte Gesellschaftsordnung befindet sich in voller Auflösung; die alten Eliten sind nicht mehr da, neue sind im Werden. Es scheint mir eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit zu sein, die Bildung einer neuen Elite mit allen Kräften zu fördern; denn ohne Elite gibt es keine Zivilisation und keine Kultur. Es ist in diesem Zusammenhang vielleicht ganz interessant, festzustellen, wie sehr sich Sowjetrußland um die Schaffung einer neuen Elite bemüht, nachdem es seine alte Elite ausgemerzt hat. Die neue Elite Sowjetrußlands besteht allerdings aus den Partei- und Staatsfunktionären. Diese spielen bei den Sowjets eine so beherrschende Rolle, daß man sie heute bereits als eine neue Klasse, nämlich „die Klasse der Direktoren“ anspricht. Selbstverständlich kann es nicht der Sinn einer Neuordnung der Gesellschaft sein, eine neue Klasse mit alten Klassenprivilegien zu schaffen, was die Sowjets zur Zeit tun. Es ist im wohlverstandenen Interesse jeder Gesellschaftsordnung gelegen, ihren Eliten keine Privilegien zu geben, sie ständig zu ergänzen und auszuwechseln. Nur dadurch wird eine Erstarrung des Gesellschaftsgefüges verhindert, und nur dadurch kommt das Prinzip der gleichen Chance, das Prinzip der Leistung und Begabung wirklich zur Herrschaft.

Zu 4. Die vierte Forderung, die die Menschen an die Neuordnung stellen, ist die Konsumfreiheit. Man versteht darunter die Freiheit, kaufen zu können, was einem beliebt, und nicht, was eine staatliche Planungsstelle zu kaufen vorschreibt. Der Konsumzwang ist beim Westeuropäer nicht beliebt. In der heutigen Mangellage mag diese Forderung keine große Rolle spielen. Sie wird aber wieder eine Rolle spielen, wenn der dringendste Notbedarf der Menschen gedeckt ist. Es wäre sicherlich für den Westeuropäer schwer erträglich, wenn es in der sozialistischen Neuordnung das vielfältige Warenangebot der kapitalistischen Wirtschaft nicht mehr gäbe. Nun ist zweifellos die Konsumfreiheit nur im freien Markt möglich. Sie schließt aber durchaus nicht aus, daß der Markt gelenkt und manipuliert wird. Davon wird noch zu sprechen sein. Zweifellos wird es eines der schwierigsten Probleme der gesellschaftlichen Neuordnung sein, Mittel und Wege zu finden, um auch in dieser die Konsumfreiheit zu ermöglichen.

Diese vier wirtschaftlichen Grundforderungen, deren Erfüllung sich der heutige Mensch von der sozialistischen Neuordnung erwartet, können mit den Mitteln, die uns die Altväter des Sozialismus gezeigt haben, nicht erreicht werden. Das Allheilmittel war für sie, wie schon gesagt, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Mit dieser allein kann keine einzige dieser vier Forderungen erfüllt werden. Insofern diese Forderungen in die Struktur unseres derzeitigen Wirtschaftssystems eingreifen, sind sie nur zu verwirklichen durch eine entsprechende Lenkung der Wirtschaft. Es bedarf hierzu durchaus nicht der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Die Frage des Eigentums an den Produktionsmitteln ist, vom rein wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen, eine zweit-rangige Frage geworden, denn durch die Sozialisierung wird keine Tonne Kohle mehr gefördert als im Privatbetrieb; auch bringt die Sozialisierung allein noch lange keine Stärkung der Stellung des Arbeiters im Betrieb mit sich. Und trotzdem ist die Sozialisierung wenigstens gewisser Produktionsmittel ein Politikum erster Ordnung. Die Sozialisten von einst wollten im Anschluß an Karl Marx die ganze Wirtschaft vergesellschaften. Man ist jedoch, nicht zuletzt durch die Erfahrungen in Rußland, zu der Überzeugung gekommen, daß es volkswirtschaftlich geradezu schädlich sei, sämtliche Produktionsmittel in das Eigentum der Gesellschaft, des Staates, oder wer sonst dieses Kollektiv sein mag, zu überführen. Denn wir haben die Erfahrung gemacht, daß eine solche Maßnahme nicht nur Initiative und Unternehmungsgeist, ohne die die Wirtschaft nun einmal nicht zu denken ist, stark beeinträchtigt und die Wirtschaft erstarren läßt, sondern daß sie auch zu einer Macht-zusammenballung führt, die die menschliche Freiheit vernichtet und den Menschen zur Termiten macht. Andererseits aber ist man sich darüber im klaren, daß es dringend nötig ist, die sehr kapitalintensive Grundindustrie und die monopolreife Industrie in Gemeineigentum überzuführen; denn wir wollen verhüten, daß die wirtschaftliche Macht, die in diesen Unternehmungen zusammengeballt ist, sich jemals wieder in politische Macht umsetzen kann, wie wir dies gerade im Deutschland der letzten hundert Jahre bis in die jüngste Zeit hinein immer wieder erleben mußten. Selbstverständlich wollen wir auch nicht, daß an die Stelle des Privatmonopols einfach das Staatsmonopol oder ein anderes kollektives Monopol tritt; denn wir müssen auch verhüten, daß sich politische Macht in wirtschaftliche Macht umsetzt, wie etwa in Sowjetrußland. Wir wollen vielmehr die Aufspaltung der Macht, und zwar nicht bloß der politischen, sondern vor allem auch der wirtschaftlichen. Dies erreichen wir dadurch, daß wir möglichst vielgestaltige Eigentümer für die vergesellschafteten Betriebe bilden. Als solche kommen in Betracht etwa die in Hessen vorgeschlagenen Sozialgemeinschaften, die Genossenschaften, die Gemeinden, der Staat oder auch Rechtsträger besonderer Art. In einem Fall jedoch läßt sich die Sozialisierung übrigens auch als eine wirtschaftliche, nicht bloß als eine politische Zweckmäßigkeit denken, und zwar dann, wenn es gilt, Investitionsaufgaben durchzuführen, die Private nicht durchführen können oder wollen. Hier hat die Gemeinschaft einzutreten. Die Frage, die anläßlich des Problems der Sozialisierung immer wieder gestellt wird, ist die: Wie wird im sozialisierten Betrieb gewirtschaftet? Es bedarf wohl keines besonde-

ren Hinweises, daß auch der vergesellschaftete Betrieb wirtschaftlich, d. h. rechenmäßig geführt werden muß und genau so wie jeder Privatbetrieb rationell zu arbeiten hat. Sein Ziel ist nicht der Gewinn, sondern die Deckung des Bedarfes. Sollten trotzdem Gewinne gemacht werden, so fließen sie, wie es selbstverständlich ist, der Allgemeinheit zu, oder sie dienen der Verbilligung des Produkts. Daß auch im sozialisierten Betrieb die demokratische Kontrolle unerläßlich ist und daß überhaupt die sozialisierten Betriebe in erster Linie dazu berufen sind, soziale Musterinstitute zu werden, bedarf wohl keiner besonderen Erwähnung.

Wie wir Sozialdemokraten uns die Sozialisierung heute wünschen, kann nicht besser ausgedrückt werden, als es in dem Brief geschehen ist, den der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes der britischen Besatzungszone an die Abgeordneten des Landes Rheinland-Westfalen anlässlich der Debatte über die Frage der Sozialisierung des Bergbaues geschrieben hat. Hier heißt es: „Wir wünschen eine gemeinwirtschaftliche Regelung der Eigentumsverhältnisse im Bergbau, freilich in einer Form, die eine möglichst unbürokratische Wirtschaftsführung, die Entfaltung kaufmännischer und technischer Initiative und weitgehend demokratischer Selbstverwaltung gewährleistet... Wesentlich ist, daß der Kohlenbergbau dem privatwirtschaftlichen Macht- und Gewinnstreben entzogen und öffentlichen Organen überantwortet wird. Diese Forderung ist nicht an bestimmte politische Doktrinen gebunden; sie ist vielmehr längst zu einem Anliegen aller Volkskreise geworden, die sich ernsthaft um eine soziale Neuordnung bemühen. Wir wissen, daß unsere Auffassung von bedeutenden Männern des sozialen Katholizismus und Protestantismus geteilt wird. In der jungen Generation ist sie unbestritten.“ — Soweit die Gewerkschaften. Diese Stellungnahme zur Frage der Sozialisierung kann auch für uns Sozialisten bei allen unseren Sozialisierungsbestrebungen allgemeine Richtschnur sein.

Um das sozialistische Ziel, nämlich die Entproletarisierung des Proletariats und die soziale Einbürgerung der Arbeiterklasse, zu erreichen, kommt es, wie ich bereits ausführte, in erster Linie auf eine entsprechende Lenkung und Überwachung der Wirtschaft an. Diese Lenkung und Überwachung der Wirtschaft hat nichts mit der totalen Planwirtschaft zu tun; sie braucht auch durchaus nicht zur totalen Planwirtschaft zu führen, wie von den Gegnern der Lenkungswirtschaft immer behauptet wird. Die totale Planwirtschaft lehnen wir demokratischen Sozialisten ab. Das haben wir oft genug zum Ausdruck gebracht; denn wir wissen gerade so wie unsere Gegner von rechts, daß es in der totalen Planwirtschaft nur einen einzigen wirklich Freien gibt, nämlich den obersten Wirtschaftsführer, und daß alle anderen nur willenlose Werkzeuge sind. Wo aber die Freiheit beseitigt ist, da wird auch die soziale Gerechtigkeit zur Farce. So wenig, wie wir eine Befehlswirtschaft wollen, so wenig wollen wir aber auch eine uneingeschränkte Konkurrenzwirtschaft! Wir wollen vielmehr eine Ordnung, die die Schäden der uneingeschränkten Konkurrenzwirtschaft ebenso beseitigt wie die Tyrannis der Produktions- und Verteilungspläne. In dem heute wieder so modern gewordenen wirtschaftlichen Freiheitstaumel darf nicht übersehen werden, daß die freie, sich selbst überlassene Marktwirtschaft noch nie zu einem harmonischen Gleichgewicht der Kräfte geführt hat, sondern immer nur zu einer Vermachtung der Privatindustrie in Monopole und monopolähnliche Gebilde. Dagegen gibt es kein Heilmittel in der freien Wirtschaft, und auch die Neu-Liberalen, wie Prof. Röpke, haben keines gefunden, außer eben die Überwachung und Lenkung der Wirtschaft, die sie durch ein Hintertürchen in ihr System wieder hereinlassen. Ohne Lenkung der Wirtschaft kommt überhaupt keine moderne Volkswirtschaft mehr aus; es gibt ja auch kein Land mehr, in dem unbeschränkt der freie Markt herrscht, nicht einmal die USA.

Die Neuordnung der Wirtschaft muß, wie gesagt, beide Extreme, die uneingeschränkte Konkurrenzwirtschaft und die totale Planwirtschaft, vermeiden. Nur eine vernünftige Kombination beider Systeme ist ein geeignetes Ordnungsinstrument. Diese Kombination nennt die heutige Wissenschaft die regulierte Marktwirtschaft. Hierdurch wird

zum Ausdruck gebracht, daß die Institution des Marktes auch weiterhin aufrecht-erhalten bleibt, daß aber gleichzeitig Direktiven für die Produktion und Verteilung gegeben werden, um die Schwankungen der freien Marktwirtschaft zu vermeiden. Die Kontrolle ist also ein wesentlicher Bestandteil der regulierten Marktwirtschaft.

Bei dieser Art Lenkungswirtschaft handelt es sich durchaus nicht um ein Kompromiß zwischen freier Verkehrswirtschaft und totaler Planwirtschaft, sondern um ein absolut originales Wirtschaftssystem. Es wäre auch unrichtig, dieses System einer interventionistischen Wirtschaftspolitik gleichzusetzen: denn der Interventionismus begnügt sich mit der Korrektur der extremen Einzelschnelungen des Marktes, in den sonst in keiner Weise eingegriffen wird. Die Wirtschaftlenkung dagegen unterwirft den Markt bzw. die Einflußnahme auf ihn einem ganz bestimmten Ziel. Um dieses Ziel zu erreichen, wird der Markt kontrolliert und notfalls reguliert. In der totalen Planwirtschaft ist die Automatik von Angebot und Nachfrage völlig ausgeschaltet; es gibt nur den Bedarf, den die Behörde festlegt, und die Befriedigung des Bedarfs durch Zuteilung. Produktion und Konsum werden unmittelbar durch behördliche Befehle beeinflußt. In der gelenkten Wirtschaft dürfte es ausreichend sein, nur die Produktion zu lenken; die Nachfrage dagegen braucht nicht beschränkt zu werden, doch wird sie selbstverständlich beobachtet.

Die gelenkte Wirtschaft ist also eine Wirtschaft zwischen organisiertem Angebot und freier Nachfrage. In der gelenkten Wirtschaft wird es voraussichtlich genügen, durch entsprechenden Druck auf die Spartätigkeit den Investitionsbedarf sicherzustellen und in die gewünschten Kanäle zu leiten. Im übrigen wird gerade an dem Problem der Investitionskontrolle der Unterschied der drei Wirtschaftssysteme am deutlichsten. In der freien Wirtschaft werden die Investitionen nach Maßgabe eines unkontrollierten Gewinnstrebens durchgeführt, das immer wieder Krisen nach sich zieht. In der totalen Planwirtschaft werden Investitionen durch staatliche Befehle veranlaßt, und zwar meist zu ganz bestimmten, häufig unwirtschaftlichen Zwecken, wie z. B. für die Kriegsrüstung. In der regulierten Marktwirtschaft werden Investitionen durch das soziale und wirtschaftliche Bedürfnis veranlaßt und bezwecken letzten Endes die Harmonie der Gesellschaft.

Die Steuerung der Produktion dürfte in Praxis auf keine allzu großen Schwierigkeiten stoßen, wenn man bedenkt, daß etwa 80 % des Budgets des durchschnittlichen Haushalts für lebensnotwendige Güter (Wohnung, Ernährung, Kleidung) ausgegeben werden und daß die Bevölkerungsentwicklung gleichfalls bekannt ist. Die globalen Quantitäten der Produktion liegen also annähernd fest. Auf diese allein braucht sich die Lenkung zu erstrecken. Denn hier könnten auf Grund verhältnismäßig gut feststellbarer Größenordnungen auch die Preise stabil gehalten werden. Die Herstellung von billigen Bedarfsgegenständen in großen Serien kann durch Rohstoffzuweisungen, durch Verbilligungsaktionen und notfalls durch Produktionsauflagen erreicht werden.

Der nicht lebensnotwendige Bedarf dagegen kann in den lenkungsfreien Bereich der Wirtschaft abgeschoben werden und wäre zweckmäßig mit hohen Steuern zu belegen. Die Scheidung des Wirtschaftsablaufes in zwei verschiedene Bereiche, wobei der eine gelenkt, der andere frei von Lenkung ist, würde jeden unnützen Zwang vermeiden. Die Investitionskontrolle würde in dieser Art Wirtschaftsordnung niemals rigoros sein, weil man neue Investitionen ja stets in den freien Sektor verweisen kann.

Nun haben wir in der Praxis allerdings noch kein erprobtes System der gelenkten Marktwirtschaft. Zwar wird in ganz Europa irgendwie gelenkt und reguliert; das Maß der Lenkung ist jedoch von Land zu Land verschieden. Es ist sicherlich kein Zufall, daß die europäische Wirtschaft in allen Ländern zu Lenkungsmaßnahmen gekommen ist; denn nur durch die Lenkung ist es möglich, ein Höchstmaß der Produktion zu erreichen und gleichzeitig zu verhindern, daß die breiten Massen ins Elend absinken. Nur durch die Lenkung des Marktes ist es möglich, das europäische

Kardinalproblem „Preis“ und „Lohn“ zu lösen, um das es heute in allen Ländern Europas geht. Die primitiven Methoden der freien Marktwirtschaft sind dazu nicht imstande. Die moderne Wirtschaftspolitik hat nicht bloß für die „gütermäßige Deckung der Kaufkraft“ zu sorgen, wie der derzeitige Wirtschaftsdirektor in Frankfurt meint, sondern sie hat auch auf eine soziale Einkommensverteilung Rücksicht zu nehmen. Eine Wirtschaftspolitik ohne Berücksichtigung der sozialpolitischen Seite gibt es in der modernen Welt nicht mehr. Selbst in den Vereinigten Staaten ist sie seit mehr als einem Jahrzehnt völlig aus der Mode gekommen.

Man komme nicht mit dem Einwand, daß die Regulierung der Marktwirtschaft notwendig mit der Herrschaft der Bürokratie erkauft werden müßte. Es bleiben schließlich noch andere Mittel, um die Wirtschaft zu lenken als der vom Bürokraten ausgestellte Bezugschein. Und selbst wenn einige Bürokraten mehr eingesetzt werden müßten als in einer Wirtschaft des „Laissez faire“, so wollen wir sie eben einsetzen, wenn wir hierdurch eine sozialere Ordnung erzielen. Die soziale Neuordnung, die einen gerechten Lohn und wirtschaftliche Sicherheit verbürgt, ist eben — darüber müssen wir uns im klaren sein — nur zu erreichen durch die Lenkung der Wirtschaft, und zwar dergestalt, daß zumindest die Investitionen kontrolliert und gelenkt werden und ferner die Einkommensverteilung durch Steuern, Preise und Löhne nach sozialen Gesichtspunkten beeinflußt wird. Bei der Stabilisierung der Preise wird besonders den Konsumgenossenschaften als Selbsthilfeorganisationen gegen alle Arten der Preistreiberei eine bedeutende Rolle zufallen.

Ich habe in großen Zügen zu skizzieren versucht, worauf es bei der sozialen Neuordnung der Gesellschaft ankommt und mit welchen Mitteln wir dieses Ziel erreichen können. Es genügt jedoch nicht, die Neuordnung nur mit Gesetzen und Institutionen herbeizuführen und bewahren zu wollen. Der Glaube an die Wunderkraft der Gesetze und Institutionen, von dem gerade wir Sozialdemokraten vor 1933 beseelt waren, hat den Stürmen der Zeit nicht standgehalten. Gesetze und Institutionen müssen gestützt und geschützt werden von einer entsprechenden seelischgeistigen Haltung der Menschen. Daher ist auch der Sozialismus nicht denkbar ohne eine solche Haltung, ohne eine Moral der Güte, der Menschenfreundlichkeit und der Hilfsbereitschaft. Allein eine solche Moral ist der Kitt der neuen Ordnung. Ist die Neuordnung aber von einer wirklich ethischen Haltung getragen, dann sind die Menschen auch imstande, über ihre Einzel- und Sonderinteressen hinaus zu denken und immer das Ganze im Auge zu behalten. Die Zeiten sind vorüber, in denen nur Forderungen aufgestellt werden, ohne Rücksicht auf das Ganze zu nehmen. Wir müssen auf das Funktionieren der ganzen Volkswirtschaft Bedacht nehmen; dann fördern wir auch die Einzelinteressen. Dieser Gesichtspunkt kann nicht schöner und besser zum Ausdruck gebracht werden, als es der Führer der amerikanischen Automobilgewerkschaften, Walter Philipp Reuther, 1948 in einer nur aus zwei Sätzen bestehenden Resolution getan hat. Diese Resolution lautet: „Solange die organisierte Arbeiterschaft nur ihr eigenes Interesse verfolgt und auf die Interessen der anderen Werktätigen und der Allgemeinheit keine Rücksicht nimmt, kann sie den hohen Lebensstandard, den sie zu schaffen imstande wäre, nicht verwirklichen. Wir können unsere Errungenschaften nur behaupten, wenn wir mit der Gesamtheit und nicht auf deren Kosten vorwärtsschreiten.“ Diese Resolution ist heute die Richtschnur für Millionen amerikanischer Arbeiter. Ihr Grundgedanke gilt mutatis mutandis auch für unsere Partei.

Genossen! Bei allen Plänen zur Schaffung einer Neuordnung tauchen in unserer heutigen deutschen Situation sofort zwei Fragen auf. Die eine lautet: Ist es uns Deutschen angesichts unserer staatsrechtlichen Verhältnisse überhaupt erlaubt, unser Haus nach Belieben einzurichten? Und die zweite Frage ist: Ist die Neuordnung des demokratischen Sozialismus kraftvoll genug, um sich gegenüber den autoritären Systemen behaupten zu können? Wir Deutsche sind heute kein souveränes Volk; alle unsere politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen bedürfen letzten Endes der Genehmigung der Besatzungsmächte. Nun sind zweifellos, in den westlichen Zonen wenigstens, die Militärdiktaturen im ganzen gesehen loyal. Sie sind den Vorstellungen unserer Regierungsmänner im allgemeinen zugänglich. Aber

in manchen Dingen, und zwar gerade in den Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Gestaltung unseres Lebens, lassen sie uns nicht schalten, wie wir es für unser Haus notwendig halten. Ich erwähne nur die Strangullierung unseres Außenhandels, die Behandlung der Sozialisierungsfrage und der Betriebsrätegesetze. Es sei auch in aller Offenheit festgestellt, daß immer noch, drei Jahre nach der Einstellung der Kriegshandlungen, sehr erhebliche Hemmungen des deutschen Gesundungsprozesses von den Besatzungsmächten ausgehen. Ich möchte hier nur an das für uns Deutsche besonders schmerzliche Kapitel der Reparationen, Restititionen und Demontagen erinnern, die immer noch kein Ende genommen haben. Es ist entscheidend für unsere Zukunft, wieviel Maschinen und welche Maschinen von der Demontage verschont werden. Die Siegermächte müssen sich darüber im klaren sein, daß jede weitere Demontage die Preise hinaufreibt, unseren Export beeinträchtigt und unsere Lebenshaltung verschlechtert. Jüngst ging die Mitteilung durch die Presse, daß die Deutsche Reichsbahn für annähernd 300 000 Dollar Spiralbohrer einführen mußte, weil die entsprechende Werkzeugproduktion demontiert worden ist. Solche Maßnahmen der Besatzungsmächte stoßen uns immer tiefer in unser Elend und sind im Zeichen des Marshallplans überhaupt ohne jeden Sinn. Es sei aber auch anerkannt, daß die Besatzungsmächte der westlichen Zonen, im Gegensatz zur östlichen Besatzungsmacht, uns immerhin beachtliche Möglichkeiten zur selbständigen Ordnung unseres Wirtschaftslebens lassen. Sie haben nichts dagegen einzuwenden, wie wir die Ordnung schaffen, ob wir das System der Planwirtschaft beibehalten, ob wir den freien Markt oder die regulierte Marktwirtschaft einführen. Wir wären also wohl in der Lage, unser Haus nach einem Modell einzurichten, das wir für richtig halten.

Eine andere Frage ist, ob die Neuordnung kraftvoll genug ist, um dem Autoritarismus standzuhalten. Hierauf können wir nur antworten: Wir werden ihm standhalten, denn der demokratische Sozialismus ist leistungsfähiger als die totale Planwirtschaft der Kommunisten; wir werden den Nachweis erbringen, daß wir ohne Zwangsarbeit und KZ die Massen voll beschäftigen können und daß wir mit unseren Methoden der Freiheit den Massen einen besseren Lebensstandard geben als der Osten mit seinen Zwangsmethoden. Daß der demokratische Sozialismus dazu in der Lage ist, dafür haben die Länder Westeuropas den Beweis erbracht. In England, in Schweden, in Dänemark, wo die Wirtschaft nach den Prinzipien des demokratischen Sozialismus gelenkt wird, ist bekanntlich der Lebensstandard der breiten Massen unvergleichlich besser als der Lebensstandard der Arbeiter in Sowjetrußland. Jeder Fürsorgeempfänger im Westen hat es besser als der Schwerarbeiter bei den Sowjets.

Und nun, Genossen, gestatten Sie mir die praktische Anwendung dessen, was ich theoretisch darlegte, in einigen Bereichen des politischen Alltags zu skizzieren. Aus der gewaltigen Fülle der Probleme unserer Tage möchte ich vier Fragen herausgreifen, zu denen die Öffentlichkeit eine klare und zielbewusste Stellungnahme unserer Partei, als der Partei des schaffenden Volkes, verlangt. Es sind vier Fragen, die für unsere wirtschaftliche Zukunft und politische Ordnung von lebenswichtiger Bedeutung sind: Die erste betrifft den Export, die zweite den Aufbau, die dritte den Lastenausgleich, die vierte die Agrarpolitik. Außerdem möchte ich wenigstens noch fragmentarisch dartun, wie ich mir die Arbeit unserer Partei im kulturellen Bereich vorstelle.

Die Frage, die wir uns bei der Behandlung dieser gewichtigen Probleme vorzulegen haben, ist die: Welche Schritte hat unsere Partei im politischen Alltag zu gehen, um zu einer Ordnung zu kommen, die dem Modell unserer Zukunftsordnung entspricht, und ferner, um uns den Weg in diese Zukunft nicht zu verbauen? Natürlich kann ich im engen Rahmen dieses Referats nicht auf Detailfragen eingehen. Ich muß mich darauf beschränken, das Prinzipielle herauszuarbeiten.

Das volkswirtschaftlich wichtigste und dringlichste Problem ist für uns heute der Export. Er ist schlechthin unser Schicksal geworden. Einst war er nur eine wünschenswerte Ergänzung unserer Binnenwirtschaft, heute ist er die Grundlage unserer Existenz; denn ohne Außenhandel können wir das Brot nicht bezahlen,

das wir zum Leben brauchen. Dieser Zwang zum Export stellt uns heute vor eine ungeheuer schwierige, kaum lösbare Aufgabe; denn wir haben die meisten Kostenvorteile verloren, die wir einst dem Ausland gegenüber hatten. Denken Sie nur an den Verlust von etwa einem Drittel unserer Industrieanlagen durch Ausbombungen und Demontagen; denken Sie an die Einbußen in unserer einst vorzüglichen Kapitalausrüstung und unseren Fabrikationseinrichtungen, an die Verluste unserer Patente und Fabrikationsverfahren! Dazu kommt als zusätzliche Belastung, daß wir mehr einführen müssen als bisher; denn wir haben etwa sieben Millionen Menschen mehr zu ernähren, die im Westraum eng zusammengepfercht leben, und wir sind heute gezwungen, Dinge einzuführen, die wir einst selber herstellten. Geblieben sind uns nur die wenigen Rohstoffvorkommen Kohle, Eisen und gewisse Steine und Erden und als wichtigstes die Arbeitskraft unserer Bevölkerung. Sie ist zwar verarmt und ausgehungert, aber arbeitswillig und berufserfahren. Wir sind das ärmste der zivilisierten Völker geworden und können unsere notwendigen Einfuhren daher nicht mit Devisen bezahlen. Wir haben als Gegenleistung im wesentlichen nur unsere billige Arbeitskraft zu bieten. Der deutsche Arbeiter muß daher zum gleichen Lohn höherwertige Arbeit oder gleiche Arbeit zu einem niedrigeren Reallohn leisten als sein ausländischer Kollege. Aus dieser unentrichtbaren Realität ergibt sich für uns Sozialdemokraten die Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, daß der Reallohn durch Verbilligung der wichtigsten Bedarfsgüter, der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, der Textilproduktion und der Wohnungskosten möglichst günstig gestaltet wird. Dazu bedarf es vor allem einer ständigen Steigerung des Produktionsfortschrittes. Das Problem ist also, die soziale Forderung nach einer gerechten Verteilung des Sozialprodukts mit der Notwendigkeit zur Leistungssteigerung und Kapitalbildung zu koordinieren. Von der Lösung dieses Problems hängen entscheidend der soziale Friede im Volk und unsere wirtschaftliche Gesundung ab.

Diese allgemeinen Erwägungen müssen wir uns vor Augen halten angesichts der Notwendigkeit, daß die Trizone nach dem neuen Industrieplan etwa 2,1 Milliarden Dollar, das sind etwa 7 Milliarden D-Mark, an Rohstoffen und an Nahrungsmitteln einführen und bezahlen soll. Abgesehen davon, daß diese Einfuhr wahrscheinlich zu gering ist, um unser Leben fristen zu können, ist es damit noch gar nicht getan; denn wir müssen wegen des Verlustes unserer Handelsflotte sehr erhebliche Frachten für diese Einfuhr bezahlen und ferner die Kosten für ausländische Überbrückungs- und Anlaufkredite. Frachten und Kreditkosten werden auf etwa 2,2 Milliarden D-Mark geschätzt. Der heutige Außenhandel Westdeutschlands ist von diesem Ausfuhr-Soll noch sehr weit entfernt. Die gegenwärtige Exportleistung erreicht noch nicht einmal 20% dieses Solls.

Die brennende Frage ist nun: Wie soll sich eine unter den heutigen Verhältnissen so gewaltige Ausfuhr von etwa 9 Milliarden D-Mark zusammensetzen? Es ist sattsam bekannt, daß der Hauptteil unserer Bizonen-Ausfuhr aus Rohstoffen, nämlich vor allem aus Kohle und Holz und Halbfertigwaren, besteht. Dies ist geradezu die Umkehrung unserer weltwirtschaftlichen Funktion, die immer darin bestanden hat, lohnintensive Fertigwaren auszuführen. Deutschland war ja immer die Werkstatte der Welt. Mit der Kohlenausfuhr, zu der wir auch weiterhin gezwungen sein werden, können wir etwa ein Viertel des deutschen Ausfuhrüberschusses decken. Es müssen also immer noch 6,8 Milliarden D-Mark an Ausfuhr aufgebracht werden. Nun entfielen 1936 etwa 80% des Exports auf Investitionsgüter, vor allem auf Güter der eisenschaffenden Industrie, auf hochwertige deutsche Spezialitäten, elektrotechnische Artikel und Chemikalien; das sind gerade die Güter, die auch heute noch auf dem Weltmarkt von Deutschland in erster Linie begehrt werden. Erst in zweiter Linie will das Ausland von uns Verbrauchsgüter. Diese machten 1934 etwa 20% unserer gesamten Ausfuhr aus und betrafen vor allem Textilien, Lederwaren, Holzwaren, Spielwaren, keramische Erzeugnisse usw. Um die Produktionsgüterausfuhr zu entlasten, wie es vor allem von Großbritannien gewünscht wird, müßte der Konsumgüterexport gegenüber dem Vorkriegsabsatz vervielfacht werden. Der Weltbedarf ist aber hierfür gar nicht aufnahmefähig. Zu den Schwierigkeiten der natürlichen Ausfuhrbedingungen

kommen heute noch die künstlichen Schwierigkeiten der JEIA, die sich geradezu als eine Ausfuhrblockadeorganisation erwiesen hat. Aber selbst wenn die Ausfuhrhemmnisse sämtlich weggelassen würden, erscheint die Erreichung des Export-Solls von 9 Milliarden D-Mark immer noch wenig wahrscheinlich. Es ist klar, daß das Schwergewicht unserer Ausfuhr auch in Zukunft auf der Produktionsgüterindustrie und der Chemie liegen wird. Hierfür ist der Weltmarkt in erster Linie aufnahmefähig. Um unsere Zahlungsbilanz auszugleichen, müssen wir unter allen Umständen mehr Fertigwaren exportieren als 1936. Dabei stoßen wir überall auf die Konkurrenz des britischen Außenhandels, der heute infolge des Ausscheidens Deutschlands aus dem Welthandel alle wichtigen früheren Domänen des deutschen Exports besetzt hat. Es darf nicht verkannt werden, daß diese Ausfuhr für Großbritannien angesichts seiner gespannten Zahlungsbilanzsituation gleichfalls eine zwingende Notwendigkeit ist.

Wie sind nun diese Interessengegensätze zu überwinden? Man schlug die Intensivierung des intereuropäischen Handels vor; doch diese ist zum Ausgleich der Interessengegensätze zwischen der britischen und der deutschen Industrie in keiner Weise ausreichend, um so weniger, als der Osten infolge der politischen Verhältnisse nur beschränkt aufnahmefähig ist. Ausschlaggebend helfen kann hier nur, wenn die westliche Hemisphäre sich der Aufnahme europäischer Industrieerzeugnisse nicht verschließt. Meines Erachtens haben die Vereinigten Staaten nur die Wahl, entweder selbst europäische Waren in möglichst großem Umfang aufzunehmen bzw. durch größere Rohstoffeinkäufe in den Rohstoffländern die Kaufkraft für europäische Erzeugnisse zu heben oder auf eine noch nicht abschbare Zeit den europäischen Lebensstandard durch laufende Kapitalzuschüsse auf einem halbwegs erträglichen Niveau zu halten. Vielleicht ist ihnen die damit erkaufte Prosperität im eigenen Lande mehr wert als Störungen ihres Wirtschaftskreislaufes durch europäische Warenlieferungen großen Ausmaßes.

Wie haben wir Sozialdemokraten uns nun zu diesen weltwirtschaftlichen Problemen zu verhalten? Wir müssen alle Maßnahmen fördern, die die Ausfuhr steigern. Dies fordert unsere nackte Selbsterhaltung. Wir haben ferner durch entsprechende Lenkungsmaßnahmen dafür Sorge zu tragen, daß die absoluten Kosten Nachteile, die wir Deutschen heute bei der Ausfuhr auf uns zu nehmen haben, nicht allein von den Arbeitern und Angestellten, sondern vom ganzen Volk getragen werden. Dies geschieht dadurch, daß wir alle Maßnahmen unterstützen, die den Reallohn erhöhen und den Produktionsfortschritt heben.

Eine für das Leben unseres Volkes nicht minder wichtige Aufgabe als die Versorgung mit den nötigen Nahrungsmitteln durch den Export ist die Beschaffung der nötigen Wohnungen. Das Problem des Aufbaues umfaßt nicht bloß den sozialen Wohnungsbau, sondern auch den Industriebau, die öffentlichen Bauten und die Baureparaturen. So wichtig auch der Industriebau und die öffentlichen Bauten sind, so bedürfen diese doch nicht so sehr der Fürsorge der politischen Parteien; denn für den Industriebau sorgt die Unternehmerschaft, für die öffentlichen Bauten die Bürokratie. Ein Stiefkind ist nur der soziale Wohnungsbau, obgleich alle Welt die Notwendigkeit einsieht, für die Bombengeschädigten und Ausgewiesenen Wohnungen zu beschaffen. Es ist vor allem Sache unserer Partei, den sozialen Wohnungsbau trotz aller Rentabilitätsbedenken zu einer der fundamentalsten Aufgaben unserer Politik zu machen. Die anderen Parteien, die sich in der Theorie nicht weniger ernsthaft als wir mit dem deutschen Aufbau beschäftigen, müssen hier versagen; denn ihre Interessen haben sich noch nicht losgelöst von den kapitalistischen Vorstellungen, daß jede Kapitalanlage sich rentieren müsse. In der Erkenntnis der Notwendigkeit, daß die Sozialdemokratie in erster Linie dazu berufen ist, den sozialen Wohnungsbau zu fördern, haben wir in Bayern einen großzügigen Bauplan entworfen, der die Zustimmung weitester Kreise gefunden hat. Wir haben den Nachweis erbracht, daß genügend Material, Transportraum und Arbeitskräfte vorhanden sind, um unsere Baupläne sicherzustellen. Wir haben auch auf die Möglichkeit der Erschließung erheblicher Finanzierungsquellen hingewiesen,

wenn nur erst einmal der Mut gefunden wird, an diese Quellen heranzugehen. Was für bayrische Verhältnisse gilt, das gilt im großen und ganzen auch für das übrige Deutschland.

Mit einer Illusion muß allerdings gebrochen werden, und diese ist der heute in weitesten Kreisen verbreitete Glaube, man könne das Problem des Aufbaues mit den Methoden der freien Wirtschaft, durch die Automatik von Angebot und Nachfrage lösen. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß es auf dem Gebiete des Bauens eine freie Wirtschaft nicht gibt. Angesichts des ungeheuren Mißverhältnisses zwischen Wohnungsnachfrage und Wohnungsangebot kann aus sozialen Gründen eine amtliche Regelung des Wohnungsmarktes nicht entbehrt werden. Das Schicksal der Bauwirtschaft liegt infolgedessen gerade jetzt nach der Währungsreform auf Gedeih und Verderb in den Händen des Staates und der öffentlichen Kreditlenkung. Diese Kreditlenkung darf selbstverständlich nicht wie bisher allein den bürokratischen Stellen überlassen werden. Sie muß in aller Öffentlichkeit diskutiert werden; denn die Öffentlichkeit hat ein fundamentales Interesse daran, welche Teile des Einkommens für den Bausektor abgezweigt werden und wieviel für den gewöhnlichen Konsum verbraucht werden soll.

Wir hören heute häufig, daß das Bauen in unserer verarmten Volkswirtschaft ein Luxus wäre; besonders wären die Amerikaner nicht bereit, den Wohnungsbau in die erste Dringlichkeitsstufe einzureihen. Nun, daß der Wohnungsbau für die Millionen Bombengeschädigter und Ausgewiesener kein Luxus ist, sondern in die erste Dringlichkeitsstufe der volkswirtschaftlichen Bedürfnisse gehört, sollte man keinem Deutschen besonders zu sagen brauchen. Er ist aber auch im Sinn derer, die überall die wirtschaftliche Rentierlichkeit suchen, kein Luxus; denn gerade die ordnungsgemäße Ausnutzung unserer Industriekapazitäten macht den Wohnungsbau gleichfalls zur zwingenden und gleichzeitig rentierlichen Notwendigkeit. Die Ausnutzung der Industriekapazität scheitert nämlich vielfach daran, daß keine Wohnungen für die zusätzliche Verwendung von Arbeitskräften vorhanden sind. Durch zweckmäßig gesteuerten Wohnungsbau kann daher ein empfindlicher Hemmschuh unserer Produktion beseitigt werden. Der Wohnungsbau wird auch die Freizügigkeit wiederherstellen, die eine Voraussetzung für die wirtschaftlich zweckmäßige Eingliederung aller Geschädigten in unseren volkswirtschaftlichen Gesamtorganismus bildet.

Wir brauchen in der Trizone schätzungsweise 4 bis 4,5 Millionen Wohnungen. Der Nachholbedarf an Wohnungen wird auf den ungeheuren Betrag von 32 Milliarden D-Mark geschätzt. Jeder Mensch sieht ein, daß die Baufinanzierung alten Stils hier versagen muß. Die Realkreditinstitute haben kein Geld; auch die Finanzierung aus öffentlichen Etatmitteln der Länder und Gemeinden ist heute sehr begrenzt. Es ist infolgedessen nötig, außerordentliche Einnahmen zu erschließen und besondere Anreize für den Aufbau zu schaffen. Eine wichtige Quelle ist durch den Wirtschaftsrat bereits erschlossen, nämlich die Entschuldungsgewinne aus der Hypothekenabwertung. Für die Bizone ist es nun Sache der Länder, dafür Sorge zu tragen, daß diese Mittel in vollem Umfang für den sozialen Wohnungsbau verwendet werden. Hamburg, dessen Verwaltung unsere Partei maßgebend beeinflußt, hat bereits als einziges Land entsprechende Ausführungsverordnungen erlassen. Das Hamburger Beispiel kann unseren Genossen in anderen Ländern nur zur Nachahmung empfohlen werden.

Für die weitere Finanzierung ist auf die fünfprozentige Festquote zurückzugreifen. Wir legen jedoch Wert darauf, daß es den Inhabern dieser Guthaben freigestellt wird, in welcher Weise sie jene Mittel langfristig anlegen wollen. Diese beiden Finanzquellen haben den Vorteil, daß sie sofort mit sehr erheblichen Beiträgen zu fließen beginnen. Daneben ist selbstverständlich das Zwecksparen zugunsten des Wohnungsbaues durch Steuervergünstigungen und andere Anreize auf möglichst breiter Grundlage zu fördern. Eine vierte Finanzierungsquelle, die allerdings bereits für viele andere Zwecke in Anspruch genommen wird, ist der

Lastenausgleich. Es gibt wohl keine bessere und zweckmäßigere Verwendung dieser Mittel als die Schaffung von Wohnungen für Flüchtlinge und Bombengeschädigte. Diese Beträge aus dem Lastenausgleich könnten vor allem zur Finanzierung der unrentierlichen Kosten herangezogen und zinsfrei gehalten werden. Wir müssen ferner fordern, daß die Bauindustrie und Wohnungswirtschaft auch an den Marshallplanmitteln, die für Investitionszwecke bereitgestellt werden, angemessen beteiligt werden. Ich möchte in diesem Zusammenhang besonders Bezug nehmen auf die Leitsätze, die der Finanzierungsausschuß unserer Partei zur Finanzierung des Wohnungsbaues aufgestellt hat. Um aber die Bautätigkeit und vor allem den sozialen Wohnungsbau kräftig voranzutreiben, ist es notwendig, daß der Bauinvestition auf allen Gebieten der Material- und Kreditbeschaffung unter allen Umständen eine bevorzugte Priorität zugesprochen wird. In den bizonalen Planungen ist der Bauwirtschaft bisher nicht entfernt der Platz eingeräumt worden, der ihr zukommt. Nach den Frankfurter Planungsansätzen betrug der Anteil der Bauwirtschaft am gesamten Eisenverbrauch im ersten Halbjahr 1948 nur 3 Prozent, 1936 dagegen betrug der Anteil des Bausektors am gesamten Eisenverbrauch mindestens 20 Prozent. In der Investitionsperiode 1925/32 entfielen 61 Prozent der gesamten Investitionen auf Bauinvestitionen und davon allen 20 Prozent auf die Wohnungsproduktion. Heute dagegen wird die Bauwirtschaft mit ein paar Prozenten am Verbrauch von Kohle, Eisen und Holz abgespeist. Es scheint wirklich an der Zeit, mit der schon zehn Jahre andauernden Zurücksetzung der Bauwirtschaft Schluß zu machen und ihr wieder wie im Frieden den alten Platz an der Spitze der volkswirtschaftlichen Prioritätsliste einzuräumen. Auf eines möchte ich noch besonders hinweisen: Die Bauwirtschaft ist bekanntlich eine Schlüsselindustrie, etwa ein Drittel aller Werktätigen sind mittelbar oder unmittelbar in ihr beschäftigt. Eine Stilllegung oder Einschränkung der Bautätigkeit, die infolge unseres derzeitigen Deflationsprozesses droht, hat daher besonders verheerende Folgen für den Arbeitsmarkt und die ganze Volkswirtschaft. Das Bauen ist also gerade heute, nach der Währungsreform, aus wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gründen eine eiserne Notwendigkeit.

Ich nannte vorher als eine der Finanzierungsquellen auch den Lastenausgleich. Dieser Lastenausgleich wird heute allerdings für die verschiedensten Zwecke und Investitionen in Anspruch genommen. Alle sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bedürfnisse, für deren Befriedigung man zunächst keine Mittel hat, werden an den Lastenausgleich verwiesen. So ist dieser Lastenausgleich seit Jahren das Tummelfeld höchst demagogischer Versprechungen und höchst uneinsichtiger Hoffnungen geworden. Überlegt man dagegen die Dinge nüchtern, so kommt man zu der Überzeugung, daß der wirtschaftliche Erfolg des Lastenausgleichs nicht entfernt den politischen Fanfarenstößen entsprechen kann. Was ist denn überhaupt dieser Lastenausgleich, wirtschaftlich gesehen, und was will er? Er will die Vermögensverluste, die durch den Krieg und seine Folgen entstanden sind, im Rahmen des volkswirtschaftlich Möglichen auf Kosten derer ausgleichen, die ihr Vermögen in der Kriegs- und Nachkriegszeit retten konnten. Er ist also ein Verteilungsproblem, das uns die Aufgabe stellt, denen, die noch Vermögen haben, Teile davon zu nehmen und sie denen zu geben, die einst Vermögen hatten. Dazu kommen die Interessen der kleinen Sparer, die durch asoziale Schnitte der Währungsreform ihre letzte Habe verloren haben, und ferner die berechtigten Forderungen der Flüchtlinge, die nichts als ihre nackte Existenz retten konnten. Es scheint mir von Wichtigkeit zu sein, das an sich so schwierige Problem nicht noch mehr zu komplizieren, und zwar dadurch, daß verschiedene Nebenabsichten mit dem Lastenausgleich verbunden werden. Nach dem derzeitigen Stand der Diskussion werden von allen Seiten solche Nebenabsichten, wie insbesondere die der Sozialisierung, abgelehnt. Was übrig bleibt, ist noch verworren und schwierig genug. Aus der noch unübersehbaren Fülle der Gesichtspunkte, die in der öffentlichen Diskussion über den Lastenausgleich geltend gemacht werden, schälen sich besonders drei wesentliche heraus, die m. E. unter allen Umständen zu beachten sind.

1. Aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit und aus politischen Erwägungen hat die Belastung des Sachbesitzes bis an die Grenze des Tragbaren zu gehen. Es wäre schwer erträglich, wenn der unter den heutigen Umständen der Güterknappheit an sich glücklichere Sachwertbesitzer gegenüber dem Geldwertbesitzer bevorzugt würde.

2. Der Lastenausgleich darf nicht auf die Lohn-, Gehalts- und Rentenempfänger abgewälzt werden. Der Arbeitsertrag darf infolgedessen durch den Lastenausgleich nicht geschmälert werden.

3. Der Lastenausgleich darf nicht zu Belastungen führen, die unsere Volkswirtschaft funktionsunfähig machen. Die Produktivität unserer Volkswirtschaft muß unter allen Umständen erhalten bleiben. Es obliegt m. E. gerade unserer Partei, als der Partei der arbeitenden Bevölkerung, darüber zu wachen, daß besonders die letzten beiden Grundsätze beachtet werden; denn jeder Verstoß dagegen würde sich letzten Endes zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung auswirken.

Wenn man sich nun Gedanken über die Größenordnungen des Lastenausgleichs macht, d. h. wenn man das noch bestehende Vermögen mit den Forderungen an dasselbe vergleicht, so kommt man zu der Erkenntnis, daß kein großer Spielraum für Lösungen besteht. Die Logik der wirtschaftlichen Tatsachen, die wirtschaftlichen Notwendigkeiten diktieren uns einfach Art und Umfang des Lastenausgleichs.

In der Debatte ist häufig darüber gesprochen worden, die kleinen Vermögen, die nicht zur Vermögenssteuer veranlagt sind, zu schonen. So wünschenswert dies an sich wäre, so glaube ich doch nicht, daß sich diese Absicht verwirklichen läßt; denn die nicht zur Vermögenssteuer veranlagten Vermögen machten vor dem Kriege etwa 85 Prozent des Volksvermögens aus; die mittleren und großen Vermögen also rund 15 Prozent. Eine progressive Belastung dieser größeren Vermögen würde kaum sehr ins Gewicht fallen. Selbstverständlich wird man aus sozialen Gründen, wie auch aus Gründen der Erfassungstechnik, eine Freigrenze zugrunde legen. Man spricht davon, Vermögen bis zu 3000 DM unbelastet zu lassen. Dagegen dürfte kaum etwas einzuwenden sein. Jedoch dürfte das Hausinventar, dessen Wert einen gewissen Mindestbetrag übersteigt, kaum von der Belastung freigestellt werden können. Es wäre auch unbillig, das Hausinventar, das unter Umständen große Vermögenswerte darstellen kann, unbelastet zu lassen, während ein viel weniger wertvolles Haus belastet wird.

Eine Kategorie von Vermögen jedoch müßte besonders herangezogen werden: Dies sind die in der Nazizeit erworbenen Vermögen. Ich halte es für eine politische Notwendigkeit, den über ein bestimmtes Maß hinausgehenden Vermögenszuwachs der Nazizeit, der auf die wirtschaftliche Wahnsinnspolitik der nazistischen Führung zurückzuführen ist, restlos an den Lastenausgleich abzuführen. Doch wirtschaftlich wird auch diese Maßnahme kaum zu Buche schlagen.

Wie groß ist nun das zum Lastenausgleich abzuführende Vermögen? Es ist allgemein bekannt, daß genaue statistische Unterlagen über die Art und Größe der Kriegs- und Nachkriegsverluste sowie über die Höhe und Zusammensetzung des noch vorhandenen Volksvermögens fehlen. Es existieren nur Schätzungen, die sehr voneinander abweichen. Man muß sich damit abfinden, daß es technisch unmöglich ist, eine solche Bestandsaufnahme bis Ende dieses Jahres durchzuführen oder gar noch auszuwerten. Im übrigen stößt auch die richtige Bewertung der Vermögenobjekte und die Nachprüfung der Verluste auf nahezu unüberwindliche Schwierigkeiten. Die Schätzungen der Aktivmasse der zum Lastenausgleich heranzuziehenden Werte bewegen sich zwischen 70 und 100 Milliarden D-Mark. Der Entschädigungsanspruch wird dagegen auf 150 Milliarden für Kriegsschäden und 300 Milliarden für Reichsschulden angesetzt. Auch diese Schätzungen sind bestritten. Sicher dagegen ist, daß wir allein an Fürsorgelasten, die durch den Krieg und die Nachkriegsfolgen entstanden sind, etwa 2,5 Milliarden D-Mark jährlich aufbringen müssen. In Betracht kommen hier nur die nicht mehr arbeitsfähigen Flüchtlinge, Bombengeschädigten und Währungsgeschädigten. Die

Sozialerats der Länder und Gemeinden werden diese Lasten nie tragen können. Sie müssen daher auf den Lastenausgleich abgewälzt werden.

Selbst wenn ein Lastenausgleichsvermögen von 100 Milliarden zur Verfügung stünde, so würden allein die Fürsorgebelastungen eine Verzinsung von 2 bis 3 Prozent nötig machen. Die weitere Frage ist: wie bzw. bis zu welcher Grenze kann das Lastenausgleichsvermögen belastet werden, ohne daß unsere Volkswirtschaft funktionsunfähig wird? Wir müssen uns wohl damit abfinden, daß die produktiv eingesetzten Sachvermögen voraussichtlich weniger belastet werden können als die Geldvermögen; denn bei Realvermögen muß auf die schwankende Ertragslage und auf die Notwendigkeit der Aufnahme neuer Betriebskredite Rücksicht genommen werden. Es ist sicherlich nicht die besondere Sympathie für die Sachwertbesitzer, sondern einfach wirtschaftliche Vernunft, die uns voraussichtlich zwingen wird, die wirtschaftliche und soziale Funktion des Sachbesitzes zu berücksichtigen. Jeder Unternehmer, jeder Bauer, jeder Sachwertbesitzer ist nur noch der Treuhänder der allgemeinen Volkswirtschaft, er hat infolgedessen bestimmte Verpflichtungen gegen diese Volkswirtschaft, die sich aus seinem Besitz ergeben. Erfüllt er diese Verpflichtungen nicht, so fordern wir seine Ablösung. Der Lastenausgleich muß uns daher zu einer erhöhten Kontrolle der Sachvermögen führen und zur Durchführung des Grundsatzes, daß nur der beste Wirt unabhängig von der Frage des jeweiligen Eigentums zum Wirtschaften berechtigt ist. M. E. wäre es erheblich wichtiger, durch die Möglichkeiten des Lastenausgleichs auf eine solche Maßnahme zu kommen, als den Sachwertbesitzer um einige Prozent mehr oder weniger zu belasten. Wir müssen uns auch darüber im klaren sein, daß die Vermögensabgabe nur in den seltensten Fällen durch Naturalabgabe geleistet werden kann und daß auch die Geldzahlung auf außerordentliche Schwierigkeiten stoßen wird; denn es ist wirtschaftlich unmöglich, große Vermögensbestände in angemessener Zeit zu realisieren; das hat uns das Reichsnotopfer und die nazistische Vermögensabgabe der Juden gezeigt. Die meisten Sachverständigen sind zu der Überzeugung gelangt, daß die Belastung des Sachwertbesitzes im wesentlichen in Renten umgewandelt werden muß, daß also der Sachbesitzer nur mit einer langfristigen verzinslichen Zwangsschuld belastet werden kann. Diese Belastung kann um so höher sein, je niedriger die Verzinsung und Amortisationsquote ist. Inwieweit überhaupt die laufende Produktion weitere Belastungen verträgt, hängt allein von der Größe des zukünftigen Sozialprodukts ab und von den sonstigen Ansprüchen, die aus dem Volkseinkommen befriedigt werden müssen. Wir wissen allerdings heute schon, daß jedenfalls unser derzeitiges Volkseinkommen bei weitem nicht ausreicht, um auch nur die notwendigsten Bedürfnisse für den Unterhalt der Bevölkerung, für Ersatzinvestitionen und für die Aufbringung der Besatzungskosten zu befriedigen. Die Durchführung des Lastenausgleichs setzt also auch eine erhebliche Erweiterung unseres ganzen Produktionsapparates voraus. Der Schlüssel hierfür liegt aber nicht allein in deutscher Hand. Bei aller Unsicherheit der mit dem Lastenausgleich zusammenhängenden Faktoren wissen wir doch das eine sicher, daß selbst bei höchster Belastung nur ein Bruchteil der vorgesehenen Hilfsmaßnahmen finanziert werden kann. Sollen aber Wohnungen, Siedlungen, Hausrat, Arbeitsplätze beschafft werden, alles Forderungen, die man an den Lastenausgleich gestellt hat, so genügt es nicht, nur die Vermögen zu belasten, es müssen auch neue Einnahmequellen erschlossen werden. Gedacht wurde bereits an Einkommensopfer zugunsten derer, die nicht mehr arbeiten können, an eine Mietsteuer zugunsten derer, die keine Wohnung haben, usw. Bei allen diesen Erwägungen muß aber die Frage gestellt werden, inwieweit der einzelne Haushalt und unsere ganze Volkswirtschaft überhaupt, noch Belastungen ertragen. Wird bei den Belastungen die privatwirtschaftlich und volkswirtschaftlich tragbare Grenze überschritten, so kann das eine im voraus gesagt werden, daß der Lastenausgleich einen hemmungslosen Kampf um das verbleibende Sozialprodukt heraufbeschwört, der den Wiederaufbau nicht nur empfindlich stört, sondern überhaupt unmöglich

macht. Die Schlußfolgerungen, die sich für uns aus all diesen Erwägungen ergeben, sind die, daß wir in allen Fragen des Lastenausgleichs mit Vorschlägen und Versprechungen sehr vorsichtig sein müssen. Wir können nur das eine versprechen, daß wir uns gemäß unserer Tradition mit allen Kräften bemühen werden, die gerechten Ansprüche der Verarmten nach bester Möglichkeit zu befriedigen, ohne daß die Produktionskräfte unserer Volkswirtschaft Schaden leiden und damit die Arbeitsplätze des Volkes verlorengehen.

Noch ein kurzes Wort zur Agrarpolitik!

Aus unserer wirtschaftlichen Gesamtsituation ergibt sich unsere Stellung zur Agrarpolitik. Diese war einst Gegenstand mehr oder weniger tiefstürfender Auseinandersetzungen innerhalb unserer Partei. Die Landwirtschaft paßte nach den damaligen Anschauungen nicht so recht in das soziale Konzept. Wie weit liegen diese Zeiten fruchtloser theoretischer Auseinandersetzungen zurück! Das reale Leben ist längst darüber hinweggegangen. Während vor 50 Jahren die unentwegten Sozialisten die ganze Landwirtschaft am liebsten ausradiert und durch Industrieanlagen ersetzt hätten, geht heute unser aller Wunsch dahin, die uns verbliebene Landwirtschaft unter allen Umständen zu erhalten, sie aber gleichzeitig so ertragreich wie möglich zu machen. Wir müssen heute bei unserer Agrarpolitik mehr denn je von dem Grundsatz ausgehen, daß es die erste Aufgabe der Landwirtschaft ist, Devisen zu sparen. Alles, was die Landwirtschaft erzeugt, brauchen wir nicht einzuführen. Wir müssen daher alles tun, um der landwirtschaftlichen Produktion auch Anreiz zu geben. Selbstverständlich dürfen solche Anreize nicht zu wirtschaftlicher Sinnlosigkeit führen. Es wäre beispielsweise sinnlos, im eigenen Land zu erzeugen, was billiger eingeführt werden kann. Wir müssen überhaupt unsere Agrarpolitik viel mehr von der Außenhandelspolitik her betrachten, als es bisher geschehen ist. Für unsere Industrie ist es eine Binsenwahrheit, daß sie nur Rohstoffe und Waren mit möglichst niedrigem Lohnanteil einführt und Güter mit hoher Arbeitsintensität ausführt. Diese Binsenwahrheit gilt natürlich auch für die Landwirtschaft. Doch tat man hier häufig aus wehrwirtschaftlichen und sonstigen unwirtschaftlichen Motiven gerade das Gegenteil. Die wirtschaftliche Vernunft verlangt nicht nur von der Industrie, sondern auch von der Landwirtschaft, die Produkte selber zu erzeugen, bei denen der Arbeitsanteil am größten ist und bei denen die bei uns fast immer ungünstigen Bedingungen des Bodens und Klimas die geringste Rolle spielen. Nun hört man häufig den Einwand, daß die unbeschränkte Einfuhr billiger landwirtschaftlicher Produkte unsere Landwirtschaft zum Erliegen brächte. Nun, die Landwirtschaft braucht dadurch noch lange nicht zum Erliegen zu kommen; sie muß sich eben auf eine arbeitsintensive Veredelungswirtschaft umstellen. Gerade unter dem Gesichtspunkt der Veredelungswirtschaft ist m. E. auch die Siedlungsfrage anzusehen. Die Landaufteilung in landwirtschaftliche Kleinbetriebe ist wirtschaftlich nur dann sinnvoll, wenn die Produktivität der Landwirtschaft dadurch keinen Schaden leidet. Sie ist nur sinnvoll, wenn hierdurch mehr Menschen ernährt werden können als bisher. Aus diesen Gründen lehnen wir eine politische Bodenreform, wie sie in der Ostzone durchgeführt wurde, ab; wir können sie uns vom Standpunkt des wirtschaftlichen Ertrags aus nicht leisten. Mit dieser Feststellung ist selbstverständlich nichts gegen die Bodenreform im allgemeinen gesagt. Es wird in unserem Kreis wohl kaum jemand geben, der sie ablehnt. Wir wissen, daß sie heute eine noch zwingendere Notwendigkeit ist als sie ehemals war; denn Hunderttausende von Flüchtlingen warten auf eine eigene Scholle. Eine Sehnsucht, die wir unter allen Umständen befriedigen müssen, damit die Flüchtlinge in ihrer neuen Heimat endlich Wurzel fassen. Wir müssen ferner auch daran denken, daß die Siedlung auch die Lohnfrage mildert. Der Arbeiter, der eine Kleinsiedlerstelle sein eigen nennt, ist viel krisenfester als der, der nichts hat. Wir werden daher die Siedlung im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten und der volkswirtschaftlichen Zweckmäßigkeit fördern, wie wir sie auch im Weimarer Deutschland gegen alle Widerstände der anderen Parteien gefördert haben. Es ist jedoch keine Weltanschauungsfrage, sondern einfach ein Rechenexempel, ob man

dem Kleinbetrieb oder dem landwirtschaftlichen Großbetrieb, der Siedlung oder der Gutsgenossenschaft den Vorzug gibt. Diese Frage wird weitgehend beantwortet durch die Bodenbeschaffenheit. Entscheidend bei allen agrarpolitischen Maßnahmen wird von nun an immer der landwirtschaftliche Ertrag sein müssen. Wir müssen daher alle Maßnahmen fördern, die zur landwirtschaftlichen Veredelungswirtschaft führen.

Doch, Genossen, all diese praktischen wirtschaftlichen Maßnahmen auf den verschiedensten Gebieten sind noch nicht ausreichend, um unsere Gesellschaft neu zu ordnen. Es genügt nicht, die Dinge zu ordnen, wir müssen Einfluß auf die Menschen gewinnen, die letzten Endes die Träger dieser Ordnung sind. Was nützen die besten Gesetze und zweckmäßigsten Institutionen, wenn die Menschen sie nicht mit ihrem Geist erfüllen! Der Geist aber, der eine Einrichtung trägt, ist für die Ordnung nicht weniger entscheidend als die Einrichtung selbst. Nun haben es die Sozialisten früherer Jahrzehnte zweifellos nie recht verstanden, auf den Geist der Menschen, auf ihre Psyche, das Unwägbar in ihnen, Einfluß zu gewinnen. Man hat diese Bereiche, die erst das Leben in seiner Gesamtheit ausmachen und zur Grundlage der Kultur eines Volkes gehören, immer etwas vernachlässigt. Unsere Partei hat auf kulturellem Gebiet nie ein eigenes Programm entfaltet. Dies ist kein Zufall. Kulturell waren die Sozialisten immer die Kostgänger des liberalen Bürgertums; denn der Materialismus ist keine Erfindung der Sozialisten: er war vielmehr der Glaube des liberalen Bürgertums vor 100 Jahren. Das Bürgertum ist verantwortlich für die Säkularisierung des Menschen, für die Relativierung der Ethik, für die Zerstörung der metaphysischen Substanz in den Menschen. Die führenden Sozialisten des vorigen Jahrhunderts, selbst meist Abkömmlinge des Bürgertums, waren ganz Kinder ihrer Zeit. Sie nahmen die kulturellen Ideen dieses liberalen Bürgertums auf und machten sie populär. Unter dem Einfluß dieser Anschauungen haben sie Religion und Moral als Ideologien bezeichnet. Sie wollten damit sagen, daß diesen Lebensgebieten keine eigentliche Realität zukomme, daß sie nur der unwirkliche Reflex wirtschaftlicher Vorgänge seien, daß sie sich in einem Zustand funktionaler Abhängigkeit von der Wirtschaft befinden. Sie glaubten nur an materielle Größen, denen sie allein eine lebenstragende Realität zusprachen. Inzwischen haben wir aber gelernt, daß Moral und Religion Größen von ungeheurer Wirkkraft sind, daß ohne sie kein Volk und keine Ordnung bestehen kann. Sie sind Realitäten besonderer Kraft und Art. Wer aber die Gesellschaft ordnen will, der muß sich dieser im materiellen Realitäten bewußt sein und ihnen besondere Pflege angedeihen lassen. Unter diesem Gesichtspunkt empfand ich es immer betrüblich, daß die Sozialisten Deutschlands im Gegensatz zu den angelsächsischen Sozialisten diesen Problemen ablehnend gegenüberstanden. Die Kirchen ihrerseits haben der Arbeiterschaft eine solche Einstellung allerdings auch sehr leicht gemacht; denn im Kampf zwischen Kapital und Arbeit haben sich die Kirchen nicht auf die Seite der wirtschaftlich Entrechteten gestellt, sondern fast immer auf die Seite des Kapitals. In den letzten 15 Jahren ist hier auf beiden Seiten manches anders geworden. Christliche Kreise suchen mit Sozialisten ins Gespräch zu kommen. Ich denke, Genossen, wir sollten dieses Gespräch gerne aufnehmen; denn wenn die wirklichen Christen und die überzeugungstreuen Sozialisten in dieser aus den Fugen geratenen Welt zusammenstehen, dann vermag diese Welt wirklich eine Welt der Freiheit und der Gerechtigkeit zu werden.

Im künstlerischen und im wissenschaftlichen Bereich hat die Sozialdemokratie zwar den lobenswerten Vorsatz gefaßt, Kunst und Wissenschaft in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen; in Praxis ist dabei meist nur die Verbreitung eines populären Aufgusses alles dessen herausgekommen, was Wissenschaftler und Schriftsteller, die meist Nichtsozialisten waren, erdacht haben. In diesen Bahnen lief allzu häufig auch die von unserer Partei so sehr geförderte Volksbildung. Die rechte Volksbildung kann m. E. nicht darin bestehen, dem Arbeiter popularisiertes Wissen zu vermitteln, sondern nur darin, in ihm auch neues Gemeinschaftsempfinden zu erwecken. Das Gemeinschaftsempfinden ist aber das Entscheidende in jeder Kultur. Alle Kulturen bestanden schließlich darin, daß die Menschen eines

bestimmten Lebenskreises ein gleiches Ziel verfolgten, daß sie das gleiche fühlten und über des Lebens große Gegenstände dieselben Auffassungen hatten. Erst diese Einheit des Fühlens und Denkens schließt die Menschen zu einer großen Gemeinschaft zusammen, die denselben Ausdruck in allen Handlungen und in allen Schöpfungen findet. Ein solches Einheitsempfinden in der Moral könnte der Sozialismus wecken, aber nur ein Sozialismus, dessen tiefste Grundlage eine im Metaphysischen wurzelnde Ethik ist.

Genossen! Es wird vielleicht manchem von Ihnen etwas zuviel der Kritik gewesen sein, mit der ich gegenüber vielen alten und lieb gewordenen Vorstellungen zu Gericht gegangen bin. Es ist aber schließlich nicht die Aufgabe, auf einem Parteitag eine Lobrede auf die Partei zu halten, es ist vielmehr unsere Aufgabe, die Wirklichkeit zu analysieren und daraus die Schlussfolgerungen für unser politisches Handeln zu ziehen. Wir stehen heute zwischen den Blöcken von West und Ost, zwischen der liberalistischen Profitwirtschaft und der kommunistischen Zwangswirtschaft. Wir sozialistischen Demokraten repräsentieren dagegen eine Ordnung eigener Art, eine sozialdemokratische Ordnung. Diese Ordnung eigener Art ist die zukünftige Ordnung Europas. Wenn es für dieses alte Europa überhaupt noch eine Zukunft gibt, eine Zukunft der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit, dann kann es nur unser Weg sein, der zu dieser Zukunft führt. Ich gehe so weit, zu sagen: Unser Europa und diese Neuordnung sind heute eins. Gelingt es uns, diese sozialistisch-demokratische Ordnung zu schaffen, so wird Europa leben; gelingt es uns nicht, so ist dies das Ende. Unsere Partei ist der Pionier dieser neuen Ordnung. Versagen wir, so gibt es niemand, der die Lücke ausfüllen könnte; die anderen Parteien denken nicht daran, eine sozialistisch-demokratische Ordnung zu schaffen. Sollte aber unsere Partei nicht mehr sein, dann werden wir entweder kapitalistisch oder kommunistisch. Wir werden, wenn wir versagen, entweder eine Kolonie für kapitalistische Ausbeutung oder ein Anhängsel bolschewistischer Gleichschaltung. Genossen! Trotz aller Ungunst der Verhältnisse ist es uns Sozialdemokraten, und zwar uns ganz allein, gelungen, unsere westliche Zone vor dem Einbruch des Kommunismus zu retten — vielleicht das einzige politische Aktivum der ganzen Nachkriegszeit. Es ist uns ferner, entgegen allen Widerständen von Rechts, gelungen, die alten sozialen Errungenschaften zu erhalten und trotz unseres Zusammenbruchs weiter auszubauen. Das Bürgertum möge wissen, daß ohne unsere politische Arbeit die Massen heute im kommunistischen Lager stünden; und die Arbeiter mögen wissen, daß sie ohne unsere politische Arbeit schutzlos der kapitalistischen oder der kommunistischen Ausbeutung ausgeliefert wären. Wir können daher mit Stolz sagen, daß unsere Politik Erfolg gehabt hat. Gehen wir daher getrost und guten Mutes den Weg weiter, den wir bisher gegangen sind. Wir werden uns ebenso wie bisher allen Tendenzen ins Extreme entgegenstemmen; denn wir lieben die Freiheit und wollen die soziale Gerechtigkeit. Die Massen zu diesem Ziel zu führen und eine wahrhaft sozialistisch-demokratische Ordnung zu schaffen, das ist und bleibt die Mission der deutschen Sozialdemokratie.

Vorsitzender Groß: Ich danke sowohl dem Genossen Kriedemann als auch dem Genossen Veit und nicht zuletzt dem Genossen Zorn für die vortrefflichen, gut durchdachten und anregenden Ausführungen. Ihr Beifall bewies, daß Sie der gleichen Meinung sind. Bevor wir in die Diskussion eintreten hat das Wort zur Geschäftsordnung der Genosse Heiland.

Rudolf Heiland, Marl: Genossinnen und Genossen! Die Berliner Ereignisse und der Protest, der heute morgen durch den Parteitag hier so treffend zum Ausdruck kam, kann nicht weit genug in jedes Haus in Deutschland hineingetragen werden. Ich bitte deswegen, den Parteivorstand sofort zu beauftragen, die Erklärung der Berliner Genossen von heute morgen und auch den Protest des Parteitages in einem Flugblatt sofort in Millionenaufgabe in jedes deutsche Haus hineinzutragen. (Beifall.) Genossinnen und Genossen! Wir als Sozialdemokraten wollen nicht nur der Wellenbrecher der kommunistischen Brandung sein, sondern wir müssen der

Hort des Rechtes sein, wenn die menschliche Zivilisation in Europa bestehen bleiben soll. (Beifall.)

Vorsitzender Groß: Es ist durch den Genossen Heiland der Antrag gestellt worden, sofort, und zwar deshalb sofort, weil beabsichtigt ist, den einzelnen Vertretern der Bezirke möglichst noch einen größeren Teil der Auflage mitzugeben, diese Erklärung als Flugblatt herauszubringen. Ich werde deshalb persönlich die Frage stellen, ob das möglich gemacht werden kann und alles versuchen, daß heute nachmittag noch der Druck vor sich gehen kann. Ist der Parteitag der Meinung, daß diesem Antrag des Genossen Heiland stattgegeben werden soll? (Zurufe: ja.) Widerspruch höre ich nicht. Ich bemühe mich deshalb, das Manuskript dafür unterzubringen und evtl. den Text des Protokolls mit heranzuziehen, um dieses Flugblatt sofort fertigzustellen. Wir haben dann die freundliche Aufforderung erhalten, alle diejenigen Parteitagsdelegierten und Gäste, die den Weg nach Hause mit der Eisenbahn zurücklegen müssen, darauf aufmerksam zu machen, daß draußen im Gang dieses Gebäudes bei der Reichsbahnauskunft Fahrkarten für die Rückreise gelöst werden können. Ich möchte aber damit gleichzeitig den Wunsch verbinden, daß zwar die Erleichterung von Ihnen in Anspruch genommen werden möge, es aber niemanden veranlassen soll, seine Heimreise vorzeitig anzutreten, denn der Parteitag dauert bis heute abend. Es ist außerdem noch eine Mitteilung zu machen, die in erster Linie die Mitglieder des Parlamentarischen Rates in Bonn angeht. Genosse Schönfelder als der stellvertretende Präsident des Rates hat für morgen, um 16 Uhr, eine außerordentliche Sitzung einberufen, um zu den letzten Berliner Ereignissen dort Stellung zu nehmen. Ich bitte die hier anwesenden Mitglieder des Parlamentarischen Rates, sich auf diese Sitzung morgen nachmittag einzurichten. Dann darf ich noch für die neuen Mitglieder des Parteivorstandes bekanntgeben, daß sich der Parteivorstand zu einer kurzen Sitzung, um 14.45 Uhr, in dem kleinen Zimmer neben der Gaststätte des Planetariums zu einer Sitzung zusammenfindet. Und nun, Genossinnen und Genossen, kommen wir zur Erledigung der Aussprache zu Punkt 4 und 5 der Tagesordnung. Ich darf darauf aufmerksam machen, daß damit verbunden sind alle Anträge, die zu Punkt 4 der ersten Vorlage unter der Nr. 27—38 abgedruckt Ihnen zur Verfügung gestellt wurden, dann ferner ein Nachtrag, der mit Antrag 68 behandelt wird, und ein 5. Nachtrag, der Antrag Nr. 74. Außerdem stehen mit zur Aussprache, ohne daß darüber eine Abstimmung herbeigeführt werden soll, die Grundsätze zum Lastenausgleich. Genossinnen und Genossen, ich darf von vornherein darauf aufmerksam machen, daß sich bis jetzt genau 20 Redner in die Liste eintragen ließen. Es ist damit ganz zweifellos das große Interesse dokumentiert worden, das der Parteitag diesen Fragen entgegenbringt. Das Präsidium aber ist um so mehr verpflichtet, strengstens darauf zu achten, daß die Redezeit nicht überschritten wird. Ich warne deshalb schon jetzt vor jedem Versuch, weil ich dann gezwungen sein würde, dem betreffenden Redner das Wort zu entziehen. Wir kommen zur Aussprache über Punkt 4 und 5 der Tagesordnung. Das Wort hat zunächst der Genosse Nevermann, Hamburg, ihm folgt Genosse Schoettle, Stuttgart.

Paul Nevermann, Hamburg: Im Auftrage des Sozialpolitischen Ausschusses habe ich dem Parteitag den Entwurf eines Sozialprogramms zu unterbreiten. Genossinnen und Genossen! Bereits auf dem Nürnberger Parteitag wurde vom Ausschuß der erste Entwurf eines Sozialprogramms vorgelegt. Der Parteitag in Nürnberg beschloß, diesen Entwurf den Bezirken zur Stellungnahme und zur Kritik zuzuleiten. Er beschloß ferner, den Sozialpolitischen Ausschuß zu beauftragen, die eingegangenen Stellungnahmen noch einmal zu bearbeiten. Diesen Auftrag hat der Sozialpolitische Ausschuß inzwischen erfüllt. Im Juni 1947 wurde der Entwurf in einer zweiten Lesung in Seesen durchgenommen und es entstand der Seesener Entwurf. Im August 1948 wurde dieser Entwurf einer dritten Lesung unterzogen, und aus diesen Beratungen entstand der Entwurf, der heute dem Parteitag vorliegt. Der Entwurf ist in einer ganzen Anzahl von Unterausschüssen und im Plenum des

Ausschusses eingehend beraten worden. Ich darf auf die Kritik des Genossen Biester an der Zusammensetzung der verschiedenen Ausschüsse des Parteivorstandes sagen, daß der Sozialpolitische Ausschuß gegen diese Kritik gefeit ist. Der Sozialpolitische Ausschuß bestand nicht nur aus Mitgliedern, die vom Parteivorstand berufen sind, sondern auch aus Delegierten der Bezirke. Genossinnen und Genossen! Ich möchte nicht in die Materie des Sozialprogramms einsteigen, um den Parteitag nicht zu belasten, ich möchte nur betonen, daß unsere Genossen, die in der sozialen Arbeit der Gemeinden und der Länder und in Zukunft im neuen Direktoriat für Arbeit stehen, dringend sozialpolitische Richtlinien für ihre Arbeit benötigen. Auf der anderen Seite sehe ich ein, daß wir schlecht diesen Teil als Gesamtprogramm beschließen können. Ich beantrage daher: „Der Parteitag beschließt den vorliegenden Entwurf eines Sozialprogramms als ‚Sozialpolitische Richtlinien der Sozialdemokratie‘ und beauftragt den Parteivorstand, diese Richtlinien an die Bezirke weiterzuleiten“. Der Entwurf hat auch einen Abschnitt über soziales Bau- und Wohnungswesen. Genossinnen und Genossen! Hierzu ist in verschiedenen Tagesordnungspunkten mehrfach gesagt worden, wir müssen den Menschen, insbesondere den minderbemittelten Menschen, praktische Hilfe angedeihen lassen und ein praktisches Vorwärtskommen bieten. Ich bin der Auffassung, daß dieser Teil des Programms, soziales Bau- und Wohnungswesen, die Grundlage für große praktische Hilfen sein kann. Auf dieser Grundlage ist inzwischen auch bereits weiter gearbeitet worden. Die sozialistischen Aufbauminister der Bizone zusammen mit Wohnungspolitikern aller Zonen haben eine weitere Ausgestaltung dieses Abschnitts des Sozialprogramms vorgenommen. Ich darf Ihnen empfehlen, dem 5. Nachtrag zur Vorlage Nr. 4 und zwar dem Antrag Nr. 74, der aus diesen unseren letzten Beratungen hervorgegangen ist, Ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Der Antrag enthält einen Aufruf zum Wohnungsbau. Die Sozialdemokratie könnte sich wegen der notwendigen praktischen Hilfen, von denen so oft gesprochen wurde, das größte Ansehen in der Bevölkerung und die größte Anziehungskraft erringen, wenn sie die Initiative abgeben würde für einen umfassenden Kleinwohnungsbau. (Bravo!) Deswegen heißt es in der Präambel zu diesem Antrag 74: „Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands verlangt die unverzügliche Inangriffnahme des sozialen Wohnungsbaus. Er verpflichtet alle sozialdemokratischen Mitarbeiter in den Ländern und Gemeinden, den Wohnungsbau und seine Finanzierung in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufgaben zu rücken.“ Im Antrag Nr. 74 ist aber nicht nur dieser Aufruf enthalten, sondern es werden genau spezifizierte Wege gewiesen, wie praktisch die Finanzierung des Kleinwohnungsbaus durchgeführt werden kann. Unsere Arbeiten haben dabei zurückgreifen können auf die wertvolle Initiative, die auf diesem Gebiet unsere bayrischen Genossen bereits entfaltet haben. Auf diese Arbeit und einigen weiteren Vorschlägen sind diese Anträge entstanden, die von mir im einzelnen noch begründet werden.

Ich darf endlich bitten, den Antrag Nr. 76 zu beachten, der aus einer Besprechung eines Teiles des Sozialpolitischen Ausschusses hervorgegangen ist. Auch dieser Antrag enthält die praktischen Dinge, die heute auf der Tagesordnung stehen und die insbesondere bei der neuen Verwaltungsstelle für Arbeit in Frankfurt in den nächsten Wochen auf der Tagesordnung stehen werden. Zu diesen praktischen Fragen der Sozialpolitik bitte ich durch die Annahme des Antrages Nr. 76 Stellung zu nehmen, den ich nicht mehr begründen werde, weil er für sich selber spricht. (Beifall.)

Erwin Schoettle, Stuttgart: Genossinnen und Genossen! Ich beabsichtige nicht, mich mit den programmatischen Darlegungen der Genossen Veit und Zorn zu beschäftigen. Ich bin fest überzeugt, daß diese umfassenden Darstellungen sozialdemokratischer Auffassungen auf diesem Parteitag nur am Rande diskutiert werden können und daß die wichtigste Aufgabe, die vor uns allen liegt, die ist, diese Vorstellungen in die Parteidiskussion hineinzutragen und sie als eine Vorbereitung für die Erarbeitung eines sozialdemokratischen Aktionsprogrammes zu betrachten. Ich möchte lediglich auf Grund von mehr als fünf Monaten praktischer

Erfahrung in der parlamentarischen Arbeit des Wirtschaftsrates einige Bemerkungen machen zu Fragen, die uns alle beschäftigen müssen. Gerade an den Ausführungen des Genossen Zorn ist mir klargeworden, wo das Dilemma sozialdemokratischer Politik in der Gegenwart liegt. Es ist nicht so sehr der Umstand, daß wir Sozialdemokraten nicht auf dem einen oder anderen Gebiet klare Vorstellungen hätten. Der Mangel ist vielmehr, daß unsere Vorstellungen noch nicht koordiniert sind. Wir haben noch nicht zur Grundlage eine Konzeption von dem Ziel, zu dem wir nicht in 40 und 50 Jahren, sondern in dem Zeitraum gelangen wollen, in dem wir leben und in dem mit uns Millionen Menschen am Rande der Verzweiflung leben. Das Problem, diesen Menschen unmittelbar Hilfe zu bringen, und zugleich jeden Schritt, den wir tun, auf das Gesamtziel zu richten, ist von uns noch nicht in vollem Umfang gelöst worden. Eine andere Schwierigkeit, vor der wir stehen, eine Schwierigkeit, die zum Teil außerhalb des Bereichs unseres eigenen Einflusses liegt, ist die alte Tatsache, mit der wir immer recht hatten und die uns heute in ihrer ganzen Schwere zum Bewußtsein kommt: daß zwischen den wirklichen Lebensbedürfnissen von Millionen Menschen und ihrem politischen Bewußtsein ein so großer Riß klafft, daß es möglich ist, auf Grund eines falschen Bewußtseins, auf Grund einer falschen Klassenfront diesen Menschen, die nach Ordnung, nach Sicherheit und nach Freiheit zugleich streben, im Namen der Freiheit wirtschaftspolitische, sozialpolitische Rezepte unterzuschieben, die ihren tatsächlichen Interessen widersprechen. Dieser Zwiespalt zwischen den wirklichen Bedürfnissen unserer Gesellschaft und ihrem Bewußtsein ist die Voraussetzung für die politischen Möglichkeiten eines Herrn Professor Erhard und seiner bürgerlichen Mehrheit in Frankfurt.

Genossinnen und Genossen! Man kann nicht einfach sagen, es sei eine Aufgabe sozialdemokratischer Propaganda, diesen Zwiespalt aufzulösen. Es ist vielmehr eine konkrete Aufgabe sozialdemokratischer Strategie, die Voraussetzung zu schaffen, mit denen wir als eine Minderheitspartei, die wir im Augenblick sind und die wir vielleicht noch auf absehbare Zeit sein werden, praktische Ergebnisse erzielen und zugleich unsere Minderheitsposition überwinden können. In der Wirtschaftspolitik ist die Sozialdemokratie zum erstenmal seit 1945 vor die konkrete Aufgabe gestellt worden, auf einer höheren Ebene als der der Länderparlamente praktische Politik in dem Sinne zu machen, daß es nicht mehr darum ging, zu deklamieren und zu fordern, sondern ganz konkret zu helfen. Unter welchen Bedingungen ist diese Arbeit vor sich gegangen? Sie ist vor sich gegangen unter unerhörten Beschränkungen. Wir sind in einer völlig anderen Situation als alle unsere Fraktionen in den Landtagen. Wir sind beschränkt auf das rein wirtschaftspolitische Gebiet. Wir müssen um jedes bißchen Zuständigkeit einen erbitterten Kampf führen und stehen oft vor der Frage, ob es überhaupt noch einen Sinn hat zu arbeiten. Wir haben gerade auf dieser Ebene, die weithin sichtbar ist, viel weniger Ausweichmöglichkeiten als auf anderen Gebieten. Wir können nicht ausweichen auf das Gebiet der Kulturpolitik oder der Rechtspolitik, sondern wir stehen vor dem unverhüllten Klassengegensatz, der sich in der Tatsache manifestiert, daß in Frankfurt auf der anderen Seite eine reine Interessentenvertretung sitzt. In diesem Konflikt, Genossinnen und Genossen, steht die sozialdemokratische Fraktion vor der Aufgabe, ohne die Grundsätze eines praktischen Aktionsprogramms eine sozialdemokratische Politik zu improvisieren, bei der sie jeden Tag in Gefahr ist, in Widerspruch mit bestimmten Vorstellungen in den Reihen unserer eigenen Parteigenossen zu geraten. Ein Konflikt, vor dem auch jede sozialdemokratische Fraktion stehen wird, wenn sie auf einer höheren Ebene als der jetzigen im Wirtschaftsrat, zum Beispiel in einer künftigen parlamentarischen Körperschaft, solche und ähnliche Fragen zu entscheiden haben wird. Nun, Genossinnen und Genossen, wir Sozialdemokraten sind uns darüber klar, daß in einer Situation, wo die wirtschaftspolitischen Ansichten unversöhnlich einander gegenüberstehen, unsere Politik bestimmt sein muß nicht nur von der Überlegung, ob das, was wir fordern, praktische Bedeutung für die Parteipropaganda hat, sondern daß es uns darauf ankommen muß, jeden Tag die anderen vor konkrete Forderungen zu stellen, mit denen sie sich auseinander-

zusetzen haben. Das ist der Punkt, an dem ich illustrieren möchte, was ich als die nächsten Aufgaben sozialdemokratischer Strategie im politischen Raum bezeichne. Wir haben ein klassisches Beispiel in den letzten Tagen erlebt. Der Genosse Kriedemann hat bereits in seinem Bericht darauf Bezug genommen. Ich meine das Gesetz über die Schaffung fachlicher Wirtschaftsstellen. Es ist zum erstenmal bei diesem Gesetz möglich gewesen, die CDU zu sprengen und dem Gesetz einen ganz anderen Inhalt zu geben, als er ursprünglich von der Mehrheit beabsichtigt war. Ich glaube, hier liegt ein Fingerzeig. Ich rede nicht irgendeiner Koalition mit der CDU das Wort wie sie heute ist. Aber ich bin mir über eines vollkommen klar: wenn wir in politische Auseinandersetzungen hineingehen, in denen Entscheidungen fallen, die nicht nur für den Augenblick, sondern auf Jahre hinaus das politische Gesicht Deutschlands bestimmen werden, dann müssen wir uns die Frage vorlegen, ob es genügt, ein schönes, nach allen Seiten wohlklingendes Programm zu verkünden und damit ehrenvoll zu unterliegen oder ob wir nicht die Verpflichtung haben, neben den programmatischen Forderungen auch die politischen Voraussetzungen für ihre Verwirklichung zu schaffen. Was ich meine, ist folgendes: es ist kein Geheimnis, Genossinnen und Genossen, daß die CDU in ihrer heutigen Gestalt wie ein schwerer Stein mitten in unserem Wege steht, daß sie zuzusagen der symbolische Ausdruck der festgefahrenen politischen Front ist, die in Deutschland entstanden ist. Es muß uns gelingen, durch unsere Strategie diese erstarrte Front zu sprengen und bündnisfähige Partner zu gewinnen. Es geht nicht um Koalitionen, sondern es geht darum, daß aus dem Block, der sich als Christlich-Demokratische Union darstellt, die Kräfte herausgesprengt werden, mit denen die Sozialdemokratie kooperieren kann. Ich glaube, daß das eine wirklich konkrete Aufgabe für die nächste Zeit ist und daß diese Aufgabe voraussetzt, daß wir jede Möglichkeit zu einem ernsthaften politischen Gespräch mit Menschen benutzen, die bereit sind, soziale Politik zu machen, auch wenn sie nicht Sozialisten sind, ohne daß wir uns Illusionen machen dürften über die Dauer des Weges, den wir gemeinsam mit ihnen gehen können. (Beifall.)

Vorsitzender G n o ß: Das Wort hat der Genosse Wissell, Berlin, und ihm folgt der Genosse Klabunde, Hamburg.

Rudolf Wissell, Berlin: Genossen und Genossinnen! Als Zeichen der Wiedersehensfreude freue ich mich über das Klatschen. Ich kann es jedoch nicht als Vorschub für das gelten lassen, das ich zu sagen habe. Zu sagen habe ich doch auch Verschiedenes, wie ich glaube recht, recht Kritisches, und ich weiß nicht, ob Sie in diesen Fragen auch restlos mit mir übereinstimmen.

Drei Jahre nach dem verlorenen Kriege haben wir es noch nicht fertiggebracht, weder ein sozialpolitisches noch ein Wohnungsbauprogramm endgültig verabschieden zu können. Der Genosse Nevermann hat mit Recht gesagt, wir können die vorliegende Formulierung nur als Richtlinie hinausgeben und wir hoffen, daß im Laufe des nächsten Jahres nun auch ein endgültiges Programm verabschiedet werden kann. Entscheidende Fragen der Sozialversicherung, wie auch manche Fragen auf dem Gebiete des Wohnungswesens, müssen noch geprüft werden, ob sie dem Ziel einer einheitlichen Gestaltung, zum Beispiel der Sozialversicherung, für ganz Deutschland gerecht werden.

Ich habe auch Kritik zu üben an den Ausführungen meines Vorredners, des Genossen Dr. Zorn. Nicht etwa, daß ich am Inhalt dessen, was er gesagt hat, etwas im besonderen auszusetzen hätte, im Gegenteil, ich habe seine Ausführungen geradezu als einen Lichtblick betrachtet, der, wie nach trüben Regenschauern, die Hoffnung auf die Sonne wieder aufkommen läßt. Das erste Referat, das wir gehört haben, hat auf mich einen etwas sehr regnerischen Eindruck gemacht. Ich hatte das Gefühl zu nüchterner Darstellung der Einzelheiten, das wirkte deprimierend.

Die Ausführungen des Genossen Zorn dagegen bilden für die Zukunft eine Grundlage der Agitation, wie wir sie uns besser nicht wünschen können. Wir werden in der nächsten Zeit in viel höherem Maße als bisher auch eine Intensivierung der sozialen Arbeit der Partei vorzunehmen haben und erkennen aus den

Maßnahmen des Frankfurter Besitzbürgerblocks, daß soziale Massenkämpfe ungeheuren Ausmaßes bevorstehen. In diesen Kämpfen fällt der SPD die politische Führung zu, die politische, nicht die gewerkschaftliche. Diese Intensivierung der sozialpolitischen Arbeit unserer Partei muß in allen Bezirken durch die bezirklichen sozialpolitischen Ausschüsse in engster Zusammenarbeit mit den aktiven Sozialdemokraten in den Gewerkschaften, in den Konsumgenossenschaften usw. durchgeführt werden. Das soziale Programm, das der Sozialpolitische Ausschuß in Zusammenarbeit mit den Bezirken ausgearbeitet hat, ist dazu sicherlich eine sehr wertvolle Richtlinie. In jedem Orte, in jedem Betriebe, in allen Parlamenten und allen Organisationen müssen die sozialpolitischen Ziele der Sozialdemokratie wirksam vertreten werden. Der Parteivorstand muß diese sozialpolitische Arbeit der Parteibeirke durch sein sozialpolitisches Sekretariat unterstützen. Er muß das Sozialprogramm der Partei als Richtlinie in entscheidender Weise unterstützen. Ich habe den Eindruck, daß in manchen unserer Parteikreise die Notwendigkeit der sozialpolitischen Arbeit doch noch unterschätzt wird. In der früheren Zeit waren alle Parteiorganisationen in allen ihren Institutionen gewissermaßen mit der Entwicklung der Sozialpolitik in diese hineingewachsen. Sie kannten alle Einzelheiten, denn unter ihrer Mitwirkung im Reichstag sind diese zustande gekommen. Ich habe den Eindruck, daß diese innere Verbundenheit, die früher auch bei den leitenden Funktionären vorhanden war (ich brauche nur an Molkenbuhr, Pfannkuch, Bebel zu erinnern), heute in manchen Parteistitutionen doch nicht so lebhaft ist, wie es wünschenswert sei.

Der Sozialpolitische Ausschuß — ich glaube wohl, das für alle sagen zu dürfen — hat sich unter dem Referat des Genossen Zorn doch einiges anders vorgestellt, als es hier gegeben wurde. Wir haben erwartet, daß nicht nur die Aufgaben dargestellt würden, sondern haben gedacht, daß auch die Wege, auf denen das zu Erstrebende erreicht werden kann, geschildert werden würden. Das fehlt in diesem Referat, so glänzend es an sich ist und so sehr wir es für unsere Arbeit gebrauchen können. Überlegen Sie sich bitte einmal, daß es unsere Aufgabe sein wird, den Lebenswillen unseres Volkes zu stärken. Man muß heute geradezu sagen, daß dieser Lebenswille des Volkes gebrochen ist.

Die heutige Geburtenzahl liegt unter 15 pro Tausend. Heute wachsen in die Sozialversicherung alle diejenigen hinein, die aus der Geburtenjahrgängen von 37 pro Tausend stammen. Das bedeutet auch ein immer stärkeres Anwachsen der Zahl der Rentenempfänger. Noch im Anfang unseres Jahrhunderts hatten wir in Deutschland 2 Millionen Geburten. Diese sind schon in den dreißiger Jahren unter 1 Million gefallen. Ob wir im nächsten Jahr auch nur 1 Million erleben, will mir sehr zweifelhaft erscheinen. Diese neuen Aufgaben, den Lebenswillen des Volkes zu stärken und zu heben, können wir auch durch eine verstärkte Gestaltung des sozialen Wohnungsbaues erreichen. Darum begrüße ich auch die Versuche, die jetzt von Bayern ausgegangen sind. Wenn aber gehofft wird, daß etwa durch den Sparwillen auch der Mieter noch etwas für den Wohnungsbau abfallen sollte, so möchte ich das sehr bezweifeln. Vor einigen Monaten fuhr ich in der Stadtbahn. Mir gegenüber saßen zwei Maurer, die kamen von der Arbeit. Der eine erzählte, er habe gut verdient. Da sagte der andere: „Da kannst du sparen.“ „Ich soll sparen?“ erwiderte der andere. „Ich spare nur für mich allein, denn ich habe jetzt zweimal das, was ich erspart habe, verloren.“ So denken viele, viele Arbeiter. Das Geld wird in erster Linie gebraucht für den Bedarf alles dessen, was im Haushalt fehlt, für Wäsche usw. Für den Wohnungsbau sind ungeheure Mittel erforderlich, um nur das Notwendigste zu erstellen. — Ich komme zum Schluß. Man kann in zehn Minuten nicht alles sagen, was zu sagen ist. Wir müssen die Mittel schaffen, um die armen, elenden, ausgebombten Flüchtlinge in ein Heim zu bringen, wo sie sich als Menschen wieder wohlfühlen können. Wenn das nicht geschieht, dann besteht die Gefahr, daß sie destruktiven Tendenzen zum Opfer fallen. Wir würden das bei den nächsten Wahlen erleben. Wenn wir diese Ziele erreichen, dann werden auch die Flüchtlinge und Verdrängten in Deutschland wieder sagen können, „daß die Sonne auch ihnen wieder lacht!“ (Beifall.)

Vorsitzender Ernst Gnoß erteilt sodann das Wort:

Erich Klauunde, Hamburg: Ich bin beauftragt, den Aufruf zum Wohnungsbau, der Ihnen heute morgen vorgelegt wurde, kurz zu begründen. Ich muß die Situation schildern. Eine außerordentlich bedrohliche Situation stellt heute nicht mehr der Mangel an Baustoffen, das Problem der Leistungsfähigkeit der Bauarbeiterschaft, die sich erfreulichenweise außerordentlich gesteigert hat und an vielen Stellen 100 Prozent der Friedensarbeit beträgt, dar, sondern das Problem ist heute die Geldbeschaffung für den Wohnungsbau. Es besteht hier die ernsthafte Gefahr, daß trotz des Mangels an Millionen von Wohnungen keine Wohnungen gebaut werden können, oder aber, wenn wir sie nach ungünstigsten Bedingungen des Marktes gebaut haben, der Bevölkerung wegen der hohen Mieten praktisch nicht zur Verfügung stellen können. Deshalb ist es erforderlich, Richtlinien gerade auf wirtschaftlichem Gebiet zu schaffen und eindeutig auszusprechen, wie wir uns den Wohnungsbau, insbesondere im Hinblick auf die Finanzierung und auf die Mieten der hergestellten Wohnungen, denken. Es muß ein Programm ausgesprochen werden, auf Grund dessen in dieser Beziehung keine Zweifel bestehen bleiben.

Ich glaube, die Forderungen, die wir haben, werden sich nicht ohne Kampf durchsetzen lassen. Die Organisation des privaten Haus- und Grundbesitzes hat schon in den letzten Monaten die Forderung nach einer Mietpreiserhöhung erhoben, vor allem aber auch nach freier Mietpreisbildung für Neubauwohnungen. Ich darf aus dem Organ der genannten Vereinigung einen Satz zitieren: „Wir haben immer noch politische und keine wirtschaftlichen Mieten.“ Wir müssen uns darüber klar sein, daß jede Miete eine politische Miete ist, weil über jede Miete eine politische Entscheidung zu fällen ist. Es gibt keine wirtschaftliche Entscheidung, die frei von Politik wäre. Die Miete ist nach Grundsätzen des gemeinnützigen Wohnungsbaus zu kalkulieren, sagen wir. Durch unseren Antrag würde eine völlige Umkehrung in der Wohnwirtschaft eintreten, die Beseitigung der ein Jahrhundert lang entwickelten Profitwirtschaft erfolgen.

Hier liegt der Punkt, der auf lange Sicht gewissermaßen der Angelpunkt eines sozialistischen Wohnungsprogramms überhaupt sein muß. Wir sprechen weiter die Notwendigkeit aus, daß die höchsten zulässigen Neubauwohnmieten sich nach den jetzigen örtlichen Neubaumieten zu orientieren haben. Wir wollen keine Erhöhungen über den jetzigen Stand, weil die Konsequenz auf der lohnpolitischen Linie liegt. Das bedeutet aber auch eine Konsequenz für die Altbauwohnungen. Wir brauchen auch hier eine Regelung, die nicht in diesem Aufruf ausdrücklich enthalten ist.

Woher sollen die Mittel kommen? Die Frage ist nicht leicht zu beantworten. Wir sagen, daß zunächst einmal die Mittel, die aus dem Gesetz vom 9.7.48 zur Blockierung der Abwertungsgewinne bei Hypotheken entstanden sind, in voller Höhe dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden müssen. Gelingt das, dann kommt der Wohnungsbau schneller wieder in Gang, obwohl heute Kapital für erststellige Hypotheken noch nicht bereitsteht. Wir verlangen weiter, daß die fünf Prozent der Restkopffquote bereitgestellt werden, in der Weise, daß jeder einzelne nach Belieben diese Verfügung aussprechen kann. Es soll ihm nicht die Entscheidungsfreiheit genommen werden. Ist er sozial schlecht gestellt, dann kann er die Restkopffquote behalten oder aber Genossenschaftsanteile erwerben.

Das Zwecksparen muß über den bisherigen Rahmen ausgedehnt werden, um noch mehr Mittel zu bekommen. Wir wollen ferner die Forderung aufstellen, daß aus dem endgültigen Lastenausgleich Mittel für den Wohnungsbau hergegeben werden, um wieder Wohnraum zu schaffen. Die Art, wie dies zu geschehen hat, ist ein wichtiger Gesichtspunkt. Es kann so geschehen, daß für eine Zeit auf die Tilgung der Zinsen verzichtet wird. Sie werden dem Vorschlag entnehmen, daß er genau überlegt ist. Wir bitten Sie, diesem Vorschlag zuzustimmen, bitten Sie, sich aber darüber klar zu sein, daß ein umfassendes sozialistisches Wohnungsbauprogramm als Voraussetzung eine vernünftige Finanzierung benötigt. (Beifall.)

Sodann erhält das Wort

Waldemar von Knöringen, München: Wir haben es dem Parteivorstand zu danken, daß er es auf diesem Kongreß ermöglicht hat, was wir auf dem Parteitag in Nürnberg bereits vermißten, nämlich den Beginn einer ersten grundsätzlichen Debatte über den geistigen Standort der Sozialdemokratischen Partei. Durch die Rede des Genossen Dr. Zorn ist, wie wir hoffen, eine Diskussion eingeleitet, die nunmehr draußen in der Partei ihre Wirkung haben wird. Es kann nicht Aufgabe eines Parteitages sein, in der Fülle der politischen Probleme eine solche Diskussion auch nur annähernd zu Ende zu führen. Es ist aber nötig, daß die Teilnehmer diese Gedanken hinaustragen in die Partei, um die Partei in eine geistige Unruhe zu versetzen, und nicht zu ruhen und zu rasten, bis diese Fragen grundsätzlich zu Ende gedacht sind. Das kann in einer demokratischen Partei nicht Aufgabe eines Vorstandes sein, sondern muß die Aufgabe der Mitglieder der ganzen Partei sein.

Es ist nicht richtig, wenn die Partei draußen wartet, welche geistige Erkenntnis von oben her vorgebracht wird. Wir müssen anfangen, von unten her aufzubauen und die volle Verantwortung zeigen, die wir für das Schicksal der Partei tragen, wie klein auch unsere Funktion sein möge. Wir müssen uns mit den geistigen Grundgedanken auseinandersetzen, die heute in einer veränderten Umwelt uns zu anderen Ergebnissen führen. Wir können nicht mehr von Schlagworten leben. Wir müssen handeln. Wir müssen in der Lage sein, das, was wir als sozialistisches Ziel vor Augen sehen, dem einfachen Mann, dem Volk draußen, deutlich zu machen. Wir müssen an den praktischen Fragen des Lebens feststellen, inwieweit wir uns von der kapitalistischen Auffassung unterscheiden. Das geht nicht durch Volksversammlungen und durch Referate, die wir uns schnell aus irgendeiner Zeitung zusammenstellen. Das geht nur, wenn wir einer solchen Propaganda die wissenschaftliche Forschung voransetzen. Ich glaube nicht so sehr an die großen Konferenzen, ich glaube nicht an die Ausschüsse von 60 bis 150 Mitgliedern irgendwelcher Spezialgruppen, wo Reden gehalten werden, Diskussionen stattfinden und man wieder nach Hause fährt und die Probleme nicht geklärt worden sind. Ich möchte hier ersuchen, daß der Parteivorstand viel mehr Bedeutung der wissenschaftlichen Vorarbeit dieser Probleme zuwendet. Diese Vorarbeit kann nicht auf großen Arbeitsgemeinschaftstagen geschehen, sondern sie muß von Fachleuten und Spezialisten durchgeführt werden, die der Materie Herr sind. Erst wenn diese Probleme eine gewisse Klärung und Durcharbeitung erfahren haben, können sie zum Gegenstand weiterer Diskussionen gemacht werden. So sind wir in Bayern an die Grundfragen des sozialen Wohnungsbaues herangegangen. Wir haben kein Wort von öffentlicher Propaganda für den Wohnungsbau gesprochen, ehe wir uns nicht darüber klar wurden, daß man hunderttausend Wohnungen in drei Jahren errichten kann, wenn man den politischen Willen dazu hat. Wir sind heute in der Lage, jedem Fachmann in Bayern zu beweisen, daß die Durchführung des sozialen Wohnungsbaues möglich ist, aber nur, weil wir Monate vorher uns hingesetzt und mit den Fragen auseinandergesetzt haben.

Wir leben in der Periode des Lastenausgleiches. Ich möchte ein Wort der Kritik anbringen. Eine gewisse Unsicherheit über diese Frage in unserer Partei ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß wir nicht vorher diese Probleme wissenschaftlich untersucht haben. Wir müssen herauswachsen aus der Atmosphäre des Von-der-Hand-in-den-Mund-Lebens. Wir müssen in unserer politischen Arbeit vorausdenken und überlegen, was in den kommenden Jahren an politischen Entscheidungen in der großen Linie zu treffen ist. Infolgedessen müssen wir uns jetzt mit einer wissenschaftlichen Analyse für solche Fragen beschäftigen.

Sozialismus ist auf allen Gebieten menschlicher Tätigkeit angewandte Wissenschaft, wurde gesagt. Das ist wahr. Der Sozialismus ist nicht mehr ein Traum, der irgendwann kommt, eines Tages, wenn wir genügend danach gerufen haben. Er steht vor uns, er hat begonnen, sich zu verwirklichen. Er ist eine harte Tatsache. Wir müssen ihn mit Zahlen errechnen. Wir können uns nicht mehr mit

schönen Worten begnügen. Nur, wenn Sie Imstände sind, Genossen, den Millionenmassen des deutschen Volkes zu zeigen, daß die Sozialdemokratie einen Weg hat, wie fünf Millionen Wohnungen gebaut werden, werden Sie die Massen gewinnen. Diesen Weg können wir ohne Sozialismus nicht gehen. (Beifall.) Wir brauchen Fachleute. Wir sollen bei diesen Fachleuten nicht immer danach fragen, ob sie bereits das Mitgliedsbuch unserer Partei für 50 Jahre in der Tasche haben. Hier begegne ich immer wieder, wenn ich einen guten Genossen gefunden habe, dem Argument, daß der Gefundene für die Aufgabe viel zu jung sei. Er sei erst 45 Jahre und da könne man ihm das nicht zutrauen. Alle Achtung vor der Tradition der Partei. Wir laufen aber Gefahr, daß wir vor der Tradition die Zukunft vergessen, eine Zukunft, die sich gründen muß auf eine leidenschaftliche Sachlichkeit. Die Sozialdemokratie der Zukunft, eine neue Sozialdemokratie muß aus den Erfahrungen des Kampfes von heute ihre neue sozialistische Zielsetzung ableiten. Sie kann es nur tun durch eine wissenschaftliche Analyse der Zeit und durch eine ernsthafte Überleitung dieses Erkenntnis auf die Praxis des Tages. Das ist die Aufgabe. Hoffen wir, daß das kommende Jahr bis zum nächsten Parteitag viele Beispiele solcher wissenschaftlichen und politischen Arbeiten zeigen wird, dann wird uns um die Sozialdemokratie nicht bange sein. Wir glauben, wir sind die Partei der Wissenschaft und des Sozialismus, daher werden wir auch siegen. (Beifall.)

Vorsitzender G n o ß erteilt das Wort Genossen Hauck, Düsseldorf.

Arthur Hauck, Düsseldorf: Es ist hier bereits zum Ausdruck gekommen, daß die grundsätzlichen Ausführungen des Genossen Zorn Grundlagen der Kritik und Diskussionen sein müssen innerhalb der Partei, innerhalb unserer Versammlungen, insbesondere auch innerhalb unserer Distrikte, um die sozialistische Wissenschaft in den Massen zu vertiefen. Ich möchte noch Stellung nehmen zu folgenden Gegenwartsfragen: Es ist das Moment, daß wir in der Entschließung über den Lastenausgleich kein Wort oder wenigstens nicht das entscheidende Wort fanden hinsichtlich der politisch Verfolgten und der Opfer des Nazismus. In dieser Beziehung sind nicht genügend Richtlinien gegeben worden. Ich kann mir vorstellen, daß Verfolgte nach dem Zusammenbruch es verstanden haben, sich durch Energie eine kleine Rücklage zu schaffen. Es besteht die Gefahr, daß diese nun in gleicher Weise zu dem Lastenausgleich herangezogen werden sollen. Durch Erwerbsbeeinträchtigung und Haft geschädigt, soll seit dem Zusammenbruch durch vollen Einsatz im Wiederaufbau von Opfern des Faschismus neu erworbenes Vermögen nun dazu verwendet werden, um vielleicht daraus aus seinen Mitteln mit dazu beizutragen, daß ehemalige Nazianhänger und Aktivisten für eventuelle Kriegsbeschädigung und Flüchtlingsschaden entschädigt werden. Es folgt hieraus, daß jene vor allem heranzuziehen sind, die das Elend mit verschuldet haben. Das ist dasjenige, was ich hier vermissen. Nach der Richtung hin bitte ich unsere Stellungnahme zu überdenken.

Aber das wesentliche, was mich weiter bewegt, ist besonders auch unsere Entschließung, der ich an sich nur den Erfolg wünsche, die Entschließung zu Punkt 4, Antrag 76. Das ist die Frage, mit welcher sich der Wirtschaftsrat in allernächster Zeit mit aller Energie beschäftigen muß, nämlich die Lohnstoppgesetzgebung. Es muß ein Mittel gefunden werden, daß die Arbeiter einen gerechten Lohn bekommen, denn sonst werden wir es nicht verhindern können, daß wir einer Streikwelle entgegengehen, daß die Arbeiterschaft letzten Endes dazu kommt und sich das Recht auf höhere Löhne erkämpfen muß.

Eine weitere Frage, das ist die der Sozialversicherung. Genosse Wissel hat schon mit Recht darauf hingewiesen, daß es heute ein bedeutender Mangel ist, daß jene fehlen, die mit der Sozialpolitik emporgewachsen sind, die heute die nötigen Richtlinien geben können und das nötige Interesse für diese Frage wecken. Hier ist es besonders unsere Rentenversicherung, die einer Gefahr unterliegt, die gar nicht scharf genug in die Öffentlichkeit hinausgetragen werden kann, nämlich, daß sich heute die Regelungen der Verpflichtung entziehen, die ihnen zur Aufrechterhal-

tung der Leistungen in der Sozialversicherung gegeben ist. Ich erinnere hier besonders an den § 1384 der Reichsversicherungsordnung, wonach das Reich die Verpflichtung hat, die Deckung der Rentenausgaben sicherzustellen bzw. die für die Grundbeträge erforderlichen Mittel bereitzustellen, zweitens einen jährlichen Reichsbeitrag von 20 Millionen DM zur Verfügung zu stellen. Allein diese Aufgaben werden nicht erfüllt, sondern es wurden diese Mittel den Sozialversicherungsträgern der Rentenversicherung gesperrt, so daß es praktisch unmöglich ist, diese Leistungen zu vollbringen. Wir bedauern, wenn sich die Finanzbehörden weiterhin weigern können, diese Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Gegenwart nur durch Kredite zu sichern, führt auf die Dauer zu einem Bankrott der Sozialversicherung, der Rentenversicherung, so daß die Versicherten ihrer geleisteten Beiträge verlustig gehen, denn die Mittel, die angesammelten Kapitalien, sind ja hinüber, sie sind in Kanonen verpulvert worden. Nicht zum erstenmal, sondern zum zweitenmal, im ersten Weltkrieg sowohl wie im letzten Weltkrieg in erhöhtem Maße. Daher wiedergutzumachen, ist Pflicht der Allgemeinheit und kann nicht den Rentenversicherten, den Sozialversicherten allein aufgebürdet werden, denn die Sozialversicherung, besonders die Invaliden- und Angestelltenversicherung, sie haben die Folgen des Krieges zu tragen, indem durch den Krieg die Zahl der Invaliden und Rentner ganz bedeutend erhöht ist. Hier haben wir einzugreifen, hier müssen wir Mittel und Wege schaffen, daß die ungerechte Behandlung der Sozialversicherung, wie sie gegenwärtig sowohl von Frankfurt wie auch von den einzelnen Ländern geübt wird, geändert wird. In diesem Zusammenhang steht auch die Frage des Zentralamtes für Arbeit, welches dem Wirtschaftsrat zur Zeit angegliedert ist. Auch hier schon allein bürgt uns die Zusammensetzung nicht dafür, daß hier wirklich sozialistische Arbeit im Interesse der breiten Masse geleistet wird. Hier haben sich die ehemaligen Reaktionäre vereinigt, die ehemals auch bei der Notverordnungspraxis mitgewirkt haben, lediglich, um an den Ärmsten der Armen zu sparen. Sie bestimmen ebenfalls wiederum, was auf diesem Gebiet geschehen soll. Hier gilt es in dem Zusammenhang, vor allen Dingen das Selbstverwaltungsrecht der Sozialversicherung wiederzugeben. Das ist eine Forderung, die unsere Genossen überall zu vertreten haben. Diese Forderung muß Wiederhall finden, damit die Arbeiterschaft selbst bestimmen kann; daß man den Weg nicht weitergeht, den uns Adolf Hitler gezeigt hat. Wir haben hier leider noch das totalitäre System in Wirksamkeit; man auch einen gewissen Beitrag geschaffen hat, so hat er nichts zu beschließen, er kann lediglich beraten, und wenn der Herr Leiter das nicht will, dann wird nicht durchgeführt, was die Beiratsmitglieder zum Besten und im Interesse der Versicherten vortragen. Wenn ich die Zeitschrift „Die Sozialversicherung“ ansehe, da will man diese Leiter auch für die Zukunft als die Maßgebenden festlegen. Dem unsere Aufmerksamkeit zu widmen, ist unsere vornehmste Aufgabe, wenn die Sozialversicherung nicht in Mißkredit bei den breiten Massen der Bevölkerung kommen soll.

Paul Bleiss, Minden: Genossinnen und Genossen! Die sozialdemokratischen Grundsätze zum Lastenausgleich, die uns vorliegen, lassen einige Fragen offen, die noch einer Klärung bedürfen. Wenn ich die Grundsätze richtig verstanden habe, dann wird darin vorgeschlagen, daß man zu einer globalen Belastung des Sachvermögens kommen müßte, daß die Sachbesitzer die Belastung ihres Sachvermögens in Form einer laufenden Rente abzutragen hätten. Ich glaube, daß gerade diese Gedankengänge noch einer weiteren Erörterung bedürfen. Der Sinn des Lastenausgleichs muß doch meines Erachtens der sein, die während des Krieges entstandenen Schäden auf diejenigen prozentual zu verteilen, die ihren Sachbesitz retten konnten. Die Erfassung muß besonders scharf bei den großen Vermögen sein. Das bedeutet aber, daß wir nicht nur zu einer Belastung, sondern zu einer weitgehenden Neuverteilung des vorhandenen Sachvermögens kommen müssen. Eine Neuverteilung des Sachbesitzes setzt aber eine Feststellung des entstandenen Schadens voraus.

Viele Genossen, die sich mit dem Problem des Lastenausgleichs beschäftigt haben,

machen hier den Einwand geltend, daß man von der individuellen Schadensfeststellung Abstand nehmen müßte, weil diese Schäden — besonders bei den Flüchtlingen — heute nicht mehr feststellbar sind.

Genossinnen und Genossen, ich bin der Meinung, daß ein solches Argument für uns nicht gelten darf. Denn wessen Interessen haben wir beim Lastenausgleich zu vertreten? Nicht etwa die derjenigen, die heute noch Sachbesitzer sind, sondern die Interessen der Flüchtlinge, der Bombengeschädigten und besonders der großen Gruppe der Kleinsparer, unserer Arbeiter, die im Vertrauen auf den Staat ihre Pfennige damals zur Bank oder Sparkasse getragen haben. Sie haben gerade ein Recht darauf, daß ihnen ihr Vermögensschaden, ihre sauer ersparten Groschen, ersetzt werden, und man kann sie nicht damit trösten, daß inzwischen eine Währungsreform erfolgt sei, für die nicht wir, sondern die Militärregierungen die Verantwortung tragen.

Wir haben ihre Rechte wahrzunehmen und damit wir wissen, um welche Größen es sich handelt, müssen wir diese Schäden feststellen. Ich bin der Meinung, daß eine solche Schadensfeststellung absolut möglich ist, und da, wo die Unterlagen nicht mehr vorhanden sind — wie bei den Ostflüchtlingen —, da wird man zu einer Pauschallierung kommen müssen.

Wir können auch den Einwand nicht gelten lassen, daß eine solche Erhebung deswegen nicht durchgeführt werden könne, weil es einen zu großen Fragebogenaufwand, einen zu großen Papierkrieg verursachen würde. Zweifellos brauchen wir für eine derartige Feststellung statistische Unterlagen. Aber wir haben in unserer Wirtschaft viele Statistiken anzufertigen, die nicht immer unbedingt notwendig sind. Deshalb glaube ich, daß gerade in diesem Falle, wo es sich darum handelt, ein fundamentales Gesetz für die Zukunft zu schaffen, man sich nicht durch das — besonders von den bürgerlichen Parteien immer wieder vorgebrachte — Argument eines Papierkrieges in die Enge treiben lassen sollte, sondern sich hier, wo die Statistik einem wirklich nützlichen Zweck dient, auch dieses Mittels ruhig bedienen sollte. Denn wir müssen bei dem Lastenausgleich zu einer Neuverteilung des Sachwertbesitzes kommen und bei einer so grundlegenden Veränderung in der Vermögensstruktur hat das Argument des Papierkrieges seine Wirkung verloren.

Der Kriegslastenausgleich muß eines der fundamentalen Gesetze unserer Zeit werden. Wir können ein solches Gesetz nur mit sozialistischer Gerechtigkeit ausstatten, wenn die erforderlichen statistischen Unterlagen vorhanden sind.

Eine zweite sehr wichtige Frage, die ich hier nur kurz streifen kann, ist die Rententheorie, die in den sozialdemokratischen Grundsätzen erwähnt wird. Diese Theorie bedarf ebenfalls nochmals einer gründlichen Prüfung. Der Genosse Dr. Arndt hat kürzlich ausführlich dargelegt, daß die Verrentung der Ansprüche gerade für das Großkapital eine große Erleichterung sein könnte. Ich möchte das, der Kürze der Zeit halber, in Form eines einfachen Beispiels erläutern: Wenn ein Millionär auf Grund einer Verrentung seiner Vermögensabgabe eine jährliche Rente von 5 Prozent seines Vermögens zu bezahlen hätte, dann wären das 50 000 DM. Wenn er diese Ausgabe von seinem Gewinn absetzen kann, dann erspart er dadurch eine Steuer von 40 000 DM, bei einer 30prozentigen Einkommenssteuer. Das würde also bedeuten, daß seine Nettobelastung nur noch pro Jahr 10 000 DM ausmachen würde. Das ist für einen solchen Kapitalbesitzer nicht mehr als ein Almosen. Ich glaube, wir sind alle davon überzeugt, daß eine solche Form der Belastung für die Zwecke des Lastenausgleichs für uns nicht vertretbar ist. Denn die 10 000 DM, die er dann aufzubringen hat, die wird er doch schon durch ganz geringe Preiserhöhungen wieder hereinholen. Deswegen dürfen wir eine Verrentung, d. h. eine Zahlung von laufenden Jahresraten, nur überall da durchführen, wo Möglichkeiten einer Natural- oder Kapitalteilung überhaupt nicht vorhanden sind, wie vielleicht bei den kleinen Landwirten und dem Kleinhausbesitz. Im Grundsatz müssen wir uns zu einer Naturalteilung, einer Aufteilung des Kapitals bekennen.

Wenn jemand ein großes Warenlager hat, dann muß er eben seine Warenbestände auflösen, und wenn er das nicht will oder nicht kann, dann muß er sich Fremdkapital verschaffen, um seine Auflage aus dem Lastenausgleich zu erfüllen.

Wenn jemand über ein großes Realvermögen verfügt, dann soll das eben in natura geteilt werden, vielleicht können wir daraus neue Bauernstellen gewinnen.

Denken Sie hinsichtlich der Möglichkeiten einer Kapitalteilung auch an die Vielzahl der Aktiengesellschaften. Bei diesen Aktiengesellschaften kann der Lastenausgleich in Form einer Kapitalzusammenlegung erfolgen. Man kann dann dieses Aktienkapital wieder erhöhen. Wir schaffen dadurch einen breitgestreuten neuen Aktienbesitz, den man den Geschädigten — unter Anrechnung auf ihre Entschädigungsansprüche — anbieten kann. Ich gehe darin noch einen Schritt weiter: Wenn man zu einer solchen Kapitalaufteilung, zu einer großen Streuung des Aktienbesitzes kommt, wenn wir dadurch die Aktienmajoritäten des Großkapitals beseitigt haben und wir eine Vielzahl von Kleinaktionären schaffen, dann kann man diese Kleinaktionäre zu Treuhandgemeinschaften zusammenfassen. Ich glaube, daß wir mit einer solchen Kapitalaufteilung eine gute Arbeit auch im Sinne einer Demokratisierung unserer Wirtschaft leisten. Dann können wir über diese Treuhandgemeinschaften von der Kapitalseite her eine Steuerung und Lenkung unserer Wirtschaft beeinflussen, die uns die Durchführung unserer Zukunftsaufgaben wesentlich erleichtern wird.

Genossinnen und Genossen! Lassen Sie mich kurz zusammenfassen: Ich glaube, daß die in den Grundsätzen erwähnte Rententheorie des Lastenausgleichs für uns — als Sozialdemokratische Partei — nicht tragbar ist, weil sie den Geschädigten keine Gewähr für eine Erfüllung ihrer Ansprüche bietet. Wir müssen im Prinzip eine Neuverteilung des Sachvermögens anstreben, wir müssen danach streben, weil nur dadurch die Interessen der Flüchtlinge, der Bombengeschädigten und vor allen Dingen der Kleinsparer in der Weise wahrgenommen werden können, wie diese Geschädigten es von uns erwarten. Wir müssen uns zum Grundsatz der Schadenserfassung bekennen, weil nur auf diesem Wege eine gerechte Wiedergutmachung und eine Festlegung der Vermögensbelastungen erfolgen kann. Wir dürfen der Verrentung der Belastungen, d. h. einer sich über viele Jahre erstreckenden allmählichen Abzahlung der Schulden nur da zustimmen, wo uns nach Lage der Dinge keine andere Möglichkeit bleibt, wie beispielsweise bei den kleinen Landwirten und dem Kleinhausbesitz. Wo aber diese Renten, d. h. diese laufenden Zahlungen geleistet werden, da dürfen damit keine Steuergeschäfte betrieben, sondern da müssen sie aus dem versteuerten Gewinn heraus bezahlt werden. Denn wenn schon jemand sein Sachkapital behält, dann muß er in den nächsten 15 oder 20 Jahren auf jeden Kapitalertrag verzichten, dann soll auch er sich seinen Sachbesitz in diesem Zeitraum noch einmal erarbeiten, genau so, wie die Millionenzahl der Geschädigten es tun muß.

Genossinnen und Genossen! Darf ich mir jetzt noch im Anschluß an die Ausführungen des Genossen von Knöringen einen kurzen Hinweis auf die notwendige Personalpolitik unserer Partei erlauben: Das Gedankengut der Sozialisierung ist bei uns in der Theorie entstanden. Wir sind der festen Überzeugung, daß unsere Form des Wirtschaftens die kapitalistische Wirtschaftsform ablösen wird, aber bewahren muß sich die Sozialisierung erst in ihrer praktischen Durchführung. Das kann sie nur, wenn sie von denen gesteuert wird, die sich ihr mit ihrem Herzen verschrieben haben.

Wenn wir uns heute die Praxis ansehen, dann müssen wir feststellen, daß die übergroße Mehrzahl der Betriebsführer im bürgerlichen Lager steht, und gerade diese Leute werden — aus ihrer kapitalistischen Einstellung heraus — unserem Sozialisierungsprogramm einen unsichtbaren, dafür aber um so gefährlicheren passiven Widerstand entgegensetzen.

Diese Gefahren können wir nur verringern, wenn wir heute schon unsere Genossen überall da in industrielle Schlüsselpositionen einsetzen, wo sich für uns auch nur eine Chance bietet, und wenn wir in der Heranbildung junger industrieller Führungskräfte die erforderliche Breitenarbeit leisten.

Schauen wir nach Frankfurt, schauen wir auf die konsequente Personalpolitik der bürgerlichen Parteien. Wir müssen genau so konsequent sein, wenn wir auf die Dauer nicht am kürzeren Hebelarm sitzen wollen.

Heinrich Jochem, Oberhausen: Genossen und Genossinnen! Die beiden Referate der Genossen Velt und Dr. Zorn haben der Partei zweifellos einige wichtige Grundsätze vermittelt, mit denen man in der Agitation und der Arbeit draußen schon etwas anzufangen vermag. Ich möchte zwei neue Grundsätze herausheben, um die besondere Aufmerksamkeit der Partei auf sie zu lenken, einmal den Grundsatz, der zwar nicht neu ist und den der Genosse Velt herausstellte, daß wir Arzt am kranken Körper der kapitalistischen Ordnung sein müßten, und den zweiten Grundsatz, den Genosse Dr. Zorn herausstellte, daß die Aufhebung des Privateigentums in den Schlüsselindustrien eine Forderung zweitrangiger Natur sein müsse. Diese beiden neuen Formulierungen rütteln, glaube ich, in etwa an den Grundsätzen der Sozialdemokratischen Partei. Schon einmal in unserer Geschichte wurde von dem Genossen Tarnow der Satz geprägt, wir müßten Arzt am kranken Körper der kapitalistischen Ordnung sein. Wenn irgendein Arzt die Gesundung eines kranken Menschen herbeiführt, wenn ein Handwerker es fertigbringt, eine defekte Maschine wieder in Gang zu bringen, werden sie als tüchtige Meister anerkannt. Auch die Sozialdemokratische Partei müßte demnach ein guter Meister sein, wenn sie es fertig bringt, die defekte Maschinerie der kapitalistischen Wirtschaftsordnung wieder in Gang zu bringen. Eine solche Auffassung steht vollkommen konträr unserer Parole, die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu beseitigen, um an ihre Stelle die sozialistische zu setzen. Wir haben also zu prüfen, inwieweit wir Arzt sein dürfen, und hier glaube ich, geht in vielen Fällen unsere Hilfsbereitschaft zu weit.

In dem Referat des Genossen Kriedemann wurde zum Ausdruck gebracht, daß man auch politische Erfolge erzielen kann, ohne mit den anderen Parteien zu paktieren oder sich mit ihnen zu koalieren. Ich bezeichne es als einen Erfolg, wenn nunmehr die Gewerkschaften in die Organe der Wirtschaftsverwaltung als gleichberechtigte Faktoren eingeschaltet werden sollen. Dieser Beschluß des Wirtschaftsrates wurde aus unserer Oppositionsstellung erzielt. Es gibt aber auch Beispiele in der Geschichte, daß man ohne Tolerierung und ohne Koalition politisch wirtschaftliche Erfolge erzielen kann, ja daß man unter Umständen die politische Macht erobern kann. Ein Beispiel hierfür lieferte die NSDAP, ein anderes die englische Labour Party. Wir brauchen uns nicht die NSDAP als Vorbild zu nehmen, aber mindestens feststellen, daß es der englischen Labour Party gelungen ist, auf Grund ihrer oppositionellen Haltung die politische Macht mit demokratischen Spielregeln zu erlangen.

Genossen und Genossinnen! Wir haben zu überlegen, inwieweit eine Mitarbeit in den Länderregierungen und in verschiedenen anderen staatlichen Organen für uns zweckmäßig ist, zumal wir feststellen, daß die Restauration der kapitalistischen Ordnung vor und nach dem 20. Juni in vollster Blüte steht. Wenn wir draußen den Massen einen neuen Weg zeigen wollen, dann genügt es nicht, daß man in Konferenzen und Versammlungen, in Zeitungen und Flugblättern zum Ausdruck bringt, was man will, sondern ich glaube, es ist notwendig, daß man diesem Willen manchmal auch durch die Tat den notwendigen Nachdruck verleiht, um den Massen wirklich eine Hoffnung zu geben. Wenn aber Dr. Zorn sagt, daß die Aufhebung des Privateigentums eine Forderung und Parole zweitrangiger Natur ist, dann glaube ich, geben wir die Voraussetzung für die Schaffung einer sozialistischen Ordnung überhaupt auf. Haben wir denn nicht erlebt, daß das, was sich um den 20. Juni in der Wirtschaft und Staatsführung vollzog, auf die Macht des Besitzes zurückzuführen ist? Müssen wir nicht jene These viel stärker in die Öffentlichkeit herausstellen, daß Besitz Macht und Macht Recht schafft und umgekehrt mit Hilfe des Rechts wieder Macht und Macht wiederum Besitz schafft? Haben wir nicht erlebt, welche ungeheure Macht sich aus der Hortung der Konsumgüter vor und nach dem 20. Juni ergab? Müssen wir also nicht aus der Erkenntnis, daß die Macht sich erst aus dem Besitz ergibt, die Verlagerung des Besitzes zum Volke hin als erste Forderung herausstellen? Haben wir nicht die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien stärker als bisher herauszustellen? Wir brauchen deswegen nicht an die Aufhebung des Eigentumsrechts der Handwerks-

meister oder der kleineren Gewerbetreibenden zu denken. Wir haben eine neue Form der Verstaatlichung gefunden. Wir lehnen das, was im Osten geschieht, ab. Das Gesetz zur Sozialisierung der Kohle mit seiner „Selbstverwaltungskörperschaft Kohle“ garantiert die echte Selbstverwaltung durch das Volk. Diese Parole stärker zu vertreten, auch wenn sie von den reaktionären Kräften und den Besatzungsmächten noch so stark abgelehnt wird, diese Parole unter Umständen mit einem entsprechenden Druck der sozialistischen Bewegung zu unterstreichen, ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei und gehört zu den erstrangigen politischen Maßnahmen. Das will der Antrag Nr. 29 des Unterbezirks Duisburg-Wesel. Ich bitte die Delegierten, sich diesen Antrag genau anzusehen, denn er gibt im wesentlichen den Kern dessen wieder, was heute notwendig ist, nämlich diejenigen Mittel anzuwenden, die der Sozialdemokratischen Partei mit den Spielregeln der Demokratie zur Macht verhelfen können. Erst wenn wir die politische Macht haben, werden wir unsere Ziele durchzuführen vermögen, die wir uns gestellt haben.

Otto Günther, Hamburg: Genossinnen und Genossen! Die von Genossen Dr. Zorn vorgetragene Marx-Kritik kann nicht unwidersprochen bleiben. Sie ist nicht neu und hat den gleichen Fehler, der fast alle Marx-Kritik auszeichnet. Unsere politischen, ja selbst sozialökonomischen Betrachtungen und Diskussionen bewegen sich immer um den Staat und werden ausgetragen in der Sphäre des Rechtsdenkens. Die Problematik des Marxismus aber geht von der Gesellschaft aus und sieht den Staat nur als dienstbare Einrichtung der nach ganz anderen Gesichtspunkten sich gestaltenden Gesellschaft. Es müßte Aufgabe der Diskussion sein, aus dieser Zweigleisigkeit herauszuführen.

Die Behauptung des Genossen Dr. Zorn, daß etwa 80 Prozent des Lohnes bzw. der Lebenskosten für den lebensnotwendigsten Bedarf verwendet werden, steht im Widerspruch zu der tatsächlichen Lage, in der sich heute breite Schichten der Arbeitnehmer befinden. Ich glaube, daß die Erhebungen, die zur Zeit vom Deutschen Gewerkschaftsbund und von der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft angestellt werden, um brauchbare Unterlagen über den augenblicklichen Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung zu erhalten, im wesentlichen andere Zahlen bringen werden. Es wird sich dabei herausstellen, daß die überwiegende Zahl der deutschen arbeitnehmenden Bevölkerung nicht nur 80 Prozent für den lebensnotwendigsten Bedarf aufzuwenden hat, sondern nahezu an die 100-Prozent-Grenze herankommt. Wir haben schon heute erhebliche Teile der Arbeitnehmerschaft, die noch nicht einmal in der Lage sind, von ihrem Lohn die bewirtschafteten Lebensmittel und Bedarfsgüter zu erstellen.

Genossinnen und Genossen, es taucht immer wieder das Wort vom „gerechten“ Lohn auf. Einen „gerechten“ Lohn gibt es nicht. Der Lohn ist das Ergebnis des Kampfes zwischen Arbeit und Kapital. Man darf hier nicht moralische Begriffe einführen, denn im gegenwärtigen Augenblick, in dem es darauf ankommt, die klaren Fronten zu sehen, um dem Arbeitnehmer die Möglichkeit einer eindeutigen Stellungnahme zu erschließen, führt eine solche Argumentation zur Verschleierung des Tatbestandes und damit zur Verschlechterung der Kampfkraft und Kampffähigkeit der Arbeitnehmerschaft. Hier spielen keine sittlichen oder moralischen Begriffe eine Rolle, sondern hier ist allein ausschlaggebend die Kampfkraft und die Kampffähigkeit der dafür eingesetzten Organisationen und Institutionen. Streichen wir deshalb diesen Begriff in unseren Diskussionen, richten dafür aber unser Augenmerk auf die Möglichkeiten, die der Arbeiterschaft heute im Kampf um höhere Löhne und eine Besserung des Lebensstandards dienstbare Hilfe leisten können. Es ist eine dringende Aufgabe, daß die Anfänge gemacht werden zur Neuregelung des Arbeitsrechts sowie des Schlichtungswesens.

Im Augenblick ergibt sich für manchen unserer Genossen, die staatliche Funktionen auszuüben haben und durch ihre politische Funktion auf die Seite des Arbeitgebers gerückt sind, eine unzweifelhaft schwierige Situation, da sich die Währungsreform für die staatlichen Finanzen, insbesondere die Kassenlage der öffentlichen Körperschaften, außerordentlich ungünstig ausgewirkt hat. Die von

der Militärregierung lange vor der Währungsreform gegebene Möglichkeit, das Lohnniveau im allgemeinen um etwa 15 Prozent zu erhöhen, ist von der Pünder-schen Bürokratie weitgehend verzögert, man kann vielleicht sagen, sabotiert worden. Durch die Währungsreform bei gleichzeitiger Verzögerung bzw. Verhinderung einer Lohnerhöhung ist tatsächlich schon eine Lastenverschiebung auf die Schultern der breiten Arbeitnehmerschichten praktisch vorgenommen worden. Wir müssen alles tun, um von der staatlichen Seite bei aller Berücksichtigung der schwierigen Lage, in der sich die öffentlichen Körperschaften befinden, eine Erleichterung herbeizuführen. Eine solche Forderung ist um so leichter zu vertreten, als feststeht, daß nach der Währungsreform eine weitgehende Besserung der Arbeitsmoral der Arbeitnehmerschaft zu erkennen ist, während man von einer Besserung der Geschäftsmoral in den Kreisen der sogenannten freien Wirtschaft nicht sprechen kann. Es hat vielmehr den Anschein, als ob heute Steuerhinterziehung die beste Seite bürgerlicher Geschäftsmoral darstellt. Das ist die Ursache der augenblicklich schwierigen Kassenlage der öffentlichen Körperschaften. Diese darf man aber nicht zur Grundlage nehmen, um eine allgemein schleppende Lohnpolitik zu betreiben. Ich möchte wünschen, daß die in den Finanzkörperschaften tätigen Genossen diesem Problem ihr besonderes Augenmerk schenken und den Forderungen der Arbeitnehmerschaft weitgehendes Verständnis entgegenbringen. Wir haben davon abgesehen, zu dem Problem einen Antrag zu stellen, aber ich glaube, es genügt, wenn vor dem Forum des Parteitages den Genossen, die in dieser Materie arbeiten, das Gewissen geschärft wird. Dann werden sie in den kommenden Verhandlungen der Haltung der Arbeiterschaft das Interesse entgegenbringen und ihre Positionen so beziehen, daß wir mit ruhigem Gewissen in den kommenden Kämpfen nicht nur auf die wohlwollende Haltung unserer Funktionäre, sondern auch auf die tatsächliche Hilfe in der gegenwärtigen Notlage hinweisen können.

#### Nachmittagssitzung

Präsident L ö b e : Die Sitzung ist wieder eröffnet. An den Parteitag in Düsseldorf ist noch ein Telegramm eingegangen:

„Brüderliche Grüße und gutes Gelingen! Sozialdemokratische Partei an der Saar.“

Über die Grüße der saarländischen Organisation freuen wir uns besonders und treten nun in die Fortführung unserer Debatte ein. Das Wort hat der Genosse Klingelhöfer, Berlin. Ihm folgt Hilscher, München.

Gustav Klingelhöfer, Berlin: Genossen und Genossinnen! Die Nachdrücklichkeit, mit der Sie dem Verlangen des Genossen Waldemar von Knöringen zugestimmt haben, daß die wissenschaftliche Fundamentierung unserer Politik in der ersten Reihe unserer Arbeit stehen muß, ermutigt mich zu der Feststellung zum Vortrag unseres Genossen Dr. Zorn, daß er im Grundsätzlichen zu allgemein blieb, um deutliche Kenntnisse zu vermitteln, und daß das Einzelne zu wenig systematisch erschien, um Grundsätze für die Politik zu ermöglichen; zu den Darlegungen des Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion des Wirtschaftsrates, der zu sehr in den Einzelheiten der Taktik der Fraktion verblieben ist, um die Hintergründe deutlich zu machen, auf der der Wirtschaftsrat seine Arbeit tat. Lassen Sie mich zu beiden Dingen wenige Beispiele geben: Zu den Voraussetzungen der Auseinandersetzung mit der Kommunistischen Partei und auch zu den Voraussetzungen, die Opposition in der Kommunistischen Partei zu beeinflussen, gehört die klare Erkenntnis, warum es möglich war, daß in der Sowjetunion sämtliche Produktionsmittel in Gemeineigentum übergeführt wurden und eine totale Planwirtschaft eingeführt worden ist und dennoch das Ziel einer sozialistischen Gesellschaftsordnung vollständig verfehlt bleiben mußte. Ich will ein anderes Beispiel

geben: Wir haben 1918—1933 versucht, mit dem Mittel der Wirtschaftsdemokratie zu erreichen, was uns 1918 nach der Revolution auf dem Gebiete der Sozialisierung zu erreichen nicht möglich war. Warum war das nicht möglich? Wir haben aus dieser Zeit erkannt, daß Sozialisierung eine Machtfrage ist. Wir stehen vor der Frage: Warum war die Wirtschaftsdemokratie von 1918 bis 1933 ein Irrweg, der auch dazu beitrug, daß unsere Macht im Jahre 1933 verfliegen mußte wie der Nebel vor der Sonne? Die Dinge sind heute so, daß es nicht mehr so sein darf, wie es im Reichswirtschaftsrat seit 1920 war. Wir müssen die Frage stellen: Weshalb brauchen wir heute eine Wirtschaftskammerorganisation, die das Recht der Mitbestimmung sicherstellt? Alle diese Fragen wollen wissenschaftlich untersucht werden. Wir müssen wissen, weshalb es dazu gekommen ist, daß trotz der Revolution von 1918 es zur vollen Herrschaft der Kartelle kam und zur Krise der Demokratie. Wir wissen, daß in der Konstruktion der deutschen Wirtschaftsorganisation Fehler vorhanden waren, die in den westlichen Demokratien nicht vorhanden waren. Wie kommt es, frage ich weiter, daß Genosse Zorn zur Ablehnung einer totalen Planwirtschaft kommt, und was bedeutet der Unterschied zu dem, was wir unter einer sozialistischen Wirtschaftsplanung verstehen? Und eine praktische Frage noch zum Vortrag des Genossen Zorn: Ich meine die Frage des Lastenausgleichs. Wir müssen hier erkennen, daß es sich in der Frage des Lastenausgleichs keineswegs um eine einmalige politische Aktion handelt, sondern es sich hier sehr wohl handeln kann um eine Frage, die immer wieder bei jedem Kriege auftauchen kann. Wir müssen erkennen, daß die Methoden des Krieges sich verändert haben, und mit der immer wieder in Erscheinung tretenden Frage des Lastenausgleichs rechnen. Wir brauchen auf die Frage eine Antwort, weshalb links von uns heute Konterrevolution ist, weil totalitäre Mittel angewandt werden, Mittel eines Polizeistaates. Wir müssen eine Antwort haben auf die Frage, welche Aufgaben dem demokratischen Sozialismus in heutigen Europa gestellt sind zwischen den beiden Extremen der linken Konterrevolution und der Konterrevolution rechts von uns.

Zur Frage des Wirtschaftsrates einige Bemerkungen. Der Wirtschaftsrat wird leicht ungerecht beurteilt. Gerade als Berliner möchte ich das sagen. Der Wirtschaftsrat war und ist das unglücklichste Parlament, das man sich vorstellen kann. Er ist weder ein Parlament noch ein Rat. Die Funktionen des Wirtschaftsrates waren längst vorbestimmt, und der Einfluß der Alliierten war hier stärker als auf irgendeinem anderen Gebiet. Als Legislative mußte der Wirtschaftsrat eine Karikatur sein. Wir müssen aber deshalb doch klar erkennen, daß der Wirtschaftsrat das erste Parlament war, das wir in Deutschland über den Ländern hatten, das über die Ländergrenzen hinaus wirkte. Es ist bedauerlich, daß der Fraktionsbericht diese Tatsache vollständig vernachlässigt. Man soll nicht übersehen, daß der Wirtschaftsrat das erste überzonale Parlament in Deutschland war. Wenn schon die SPD im Wirtschaftsrat in der Minderheit war, so mußte und konnte sie gerade als Minderheit eine konstruktive Oppositionspolitik machen. Hier war zu entscheiden, was in der Zukunft geschehen sollte und mußte. In der Frage der Wirtschaftsverfassung und der Frage der Wirtschaftsorganisation Deutschlands sehen wir, wie die Sozialisierungsfrage in den Ländern behandelt und zu einer Tragikomödie wird. Ich kann mir vorstellen, daß im Wirtschaftsrat ein Sozialisierungsgesetz und ein Bodenreformgesetz behandelt worden wären, so daß die CDU in dieser Frage zu einer Entscheidung getrieben worden wäre, der sie nicht hätte ausweichen können. Eine andere Frage in der Politik des Wirtschaftsrates ist die Frage der Unternehmensverbände. Wenn der Wirtschaftsrat ein Wirtschaftskammergesetz beschlossen hätte, so könnten wir uns darauf verlassen, daß das, was uns heute als Macht der Unternehmensverbände begegnet, im Westen Deutschlands, von vornherein in Formen gegossen worden wäre, die dem ganzen Land eine Wirtschaftsorganisation gegeben hätten, die Arbeiter und Angestellte auch wirklich paritätisch zur Mitarbeit berechtigt hätte.

Lassen Sie mich mit wenigen Worten, damit ich zum Schluß komme, auch sagen, daß gerade Berlin dem Wirtschaftsrat Dank schuldig ist. Wir brauchen den

Wirtschaftsrat und sind ihm Dank schuldig für die Hilfe, die er uns leisten kann. Wir dürfen nicht übersehen, daß zwei Drittel von Berlin, mehr als zwei Millionen Menschen, mit dem Westen auf Gedeih und Verderb verbunden sind; gerade während des Blockadekrieges brauchen wir die Mitarbeit des Wirtschaftsrates. Die Dinge liegen heute so, daß wir im Jahre 1948 Anlaß haben, nachdem wir im Jahre 1884 ein Kommunistisches Manifest bekommen haben, daß wir im Jahre 1948 ein demokratisch-sozialistisches Manifest bekommen müßten. Es ist höchste Zeit für ein Aktionsprogramm, das auf wissenschaftlicher Grundlage Grundsätze der Politik schafft, die für die nächsten Jahre uns die Möglichkeit geben, Aufgaben, die wir vor uns haben, auch zu bewältigen. Ich glaube, daß es notwendig wäre, daß schon dieser Parteitag eine Kommission einsetzen sollte, um dafür die Voraussetzungen zu schaffen.

Vorsitzender L ö b e : Genossinnen und Genossen! Unsere englische Genossin Miß Herbison hat den Wunsch geäußert, einige Worte zu uns zu sprechen. Die Genossin kann nur wenig Deutsch; aber sie wird jetzt einige Worte sagen, und sie hofft, verstanden zu werden.

Miß Herbison, England: Ich spreche vom Experiment, das die Labourregierung in England durchführen wird, und von ihren Bemühungen, einen Mittelweg zu finden zwischen den Gefahren, die uns von einer kapitalistischen Lebensweise einerseits und einer kommunistischen andererseits drohen. Die Labourregierung in England versucht, mit ihrem Experiment diesen Mittelweg zu finden, und hat eine Planwirtschaft begonnen, die dem Einzelmenschen seine Freiheit gewährleistet. Die Sozialisten in England sind jedoch davon überzeugt, daß für eine Reihe von Industrien eine Planwirtschaft möglich ist. In England sind bis jetzt der Kohlenbergbau, die Gasindustrie, das Elektrizitäts- und das Transportwesen verstaatlicht worden, weil das die Industrien sind, die nach Meinung unserer Genossen das Gerüst der Wirtschaft bilden. Die Genossen in England haben den Eindruck: es hat sich bereits ein Jahr nach der Verstaatlichung des Kohlenbergbaues erwiesen, daß die Verstaatlichung ein ganz großer Erfolg war. Ich spreche aus meinen Erfahrungen, die ich selber als Vertreterin eines Bergarbeiterbezirks gesammelt habe. Eine Reihe von neuen Maschinen ist im Kohlenbergbau eingeführt worden. Es ist schwer, Nachwuchs für den Kohlenbergbau zu bekommen. Seit der Verstaatlichung des Kohlenbergbaues in England ist es dort gelungen, viele Männer neu in diese Industrie hineinzuziehen. Die Kohlenproduktion ist bereits im vergangenen Jahr gestiegen und ist in diesem Jahre weiter gestiegen. Aber das ist nicht allein ausschlaggebend. Alle, die mit Bergleuten zusammen leben, wissen, daß heute in England das erstmal seit vielen Generationen unter den Bergarbeitern das Gefühl einer neuen Hoffnung besteht, einer Hoffnung, daß endlich einmal auch die Bergarbeiter ihren Anteil an dem Volkswohlstand bekommen werden.

Es ist weiter unser Ziel, jedem die gleiche Chance zu geben. In England ist es heute möglich, daß jeder Junge und jedes Mädchen, ganz gleichgültig, wie arm auch sein Elternhaus ist, eine Ausbildung bekommt, die bis zum Universitätsstudium führt.

Für jeden Arbeiter in der Welt ist es die Hauptsache, daß er das Gefühl der Sicherheit hat, der Sicherheit für seine eigene Existenz und für die Existenz seiner Angehörigen. In England gibt es heute eine Sozialgesetzgebung, die einem jeden Menschen Sicherheit gewährt, Sicherheit im Alter, Sicherheit im Falle von Krankheit oder Invalidität und Sicherheit im Falle seiner Arbeitslosigkeit. Seit Juli dieses Jahres ist es für jeden Menschen in England möglich, ob er in einer Versicherung ist oder nicht, einen Gesundheitsdienst in Anspruch zu nehmen. Dieser Gesundheitsdienst schließt ein: ärztliche Behandlung, Spitalaufnahme, die Möglichkeit, Brillengläser und vollständige Zahnbehandlung zu bekommen und für Schwerhörige die nötigen Apparate. Dieser Gesundheitsdienst steht jedem unentgeltlich zur Verfügung.

Das Wohnungsproblem war auch in England ein sehr drängendes. Bis Ende dieses Jahres werden dreiviertel Millionen Häuser gebaut, und zwar Häuser für den gewöhnlichen Mann auf der Straße.

Dies ist nur eine Seite der Medaille, die ich die rosige nennen möchte. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß England in den vergangenen drei Jahren mit ungeheuren Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Vor dem Kriege war England ein verhältnismäßig reiches Land, am Ende dieses Krieges ein verhältnismäßig armes. Ein großer Teil der Dinge, die die Menschen in England selber gut gebrauchen könnten, muß exportiert werden, und England ist heute nicht in der Lage, viele der Dinge zu importieren, die es braucht.

Wenn unsere Genossen in England öffentlich reden, dann sagen sie immer wieder, es ist Sache der Regierung, Gesetze durchzubringen, aber die wirkliche Regierung des Landes liegt in der Hand der Arbeiter selber.

Wenn wir für uns selber und für unsere Kinder das Beste wollen, dann müssen wir einsehen, daß wir auch die besten Leistungen vollbringen müssen. Die englischen Genossen haben das Gefühl, daß der Erfolg oder Mißerfolg des Experiments in England nicht nur die Angelegenheit Englands selber ist. In England sind die Genossen fest entschlossen, für den Sozialismus, d.h. für die Freiheit und Gerechtigkeit für alle Menschen, einen Sieg zu erringen. Die Genossen in England sind so tief überzeugt von der Notwendigkeit ihrer Arbeit, sie wissen, daß der Erfolg ihres Experiments auch eine große Bedeutung für die ganze Menschheit haben wird.

Man kann den Sozialismus nicht nur in einem Land verwirklichen. Ich wünsche Ihnen daher auch Erfolg bei Ihren Anstrengungen. Ich weiß, daß es Ihr größter Wunsch ist, die Möglichkeit zu haben, den Kohlenbergbau zu sozialisieren. Der heiße Wunsch der englischen Labour Party ist der: Wir wünschen der Sozialdemokratischen Partei einen vollen Erfolg, und wir hoffen, wenn es einmal zu der Wahl zu einem Parlament eines geeinten Deutschlands kommen sollte, daß dann die Sozialdemokratische Partei eine klare Mehrheit hat. (Bravorufe.) Auf Ihrem Wege begleiten Sie die besten Wünsche der Labour Party. Wenn die Labour Party Ihnen helfen kann, sei es durch das Beispiel oder sei es auf andere Weise, so sind die Genossen der Labour Party dazu gern bereit. Zum Schluß des Kongresses darf ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß jeder einzelne Teilnehmer, der in seinen Distrikt zurückkehrt, das Gefühl hat, etwas mitgenommen zu haben, um die Arbeit in Bogenisterung weiterführen zu können. (Beifall.)

Vorsitzender GNOß: Ich danke der Genossin und möchte die Wünsche, die sie uns für unsere Arbeit übermittelt hat, damit beantworten, daß ich sie bitte, den englischen Genossen die Grüße des Parteitages zu übermitteln, verbunden mit dem Wunsch, daß auch die britische Labour Party in ihrem Kampf große sichtbare Erfolge im Sinne des Sozialismus für die Zukunft haben möge. (Beifall.) Das Wort hat jetzt der Genosse

Erwin Hiescher, München: Genossinnen und Genossen! Der Ortsverein München hat mit Bedauern festgestellt, daß die Frage des Lastenausgleichs nicht als besonderer Punkt auf die Tagesordnung dieses Kongresses gesetzt wurde. Nach der Neuordnung des Geldwesens stehen zwei große wirtschaftliche Probleme vor uns. Das eine ist die Frage der Stabilhaltung der neuen Währung, d.h. aber auch das Problem des Verhältnisses der Löhne zu den Preisen. Gleich danach steht aber das Problem des Lastenausgleiches. Unser Antrag, diesen Punkt nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen, ist so erledigt worden, daß er bei Punkt 5 mitbehandelt werden soll. Wir fürchten, daß durch diese Methode das Problem zu kurz kommt. Die schlechte Regelung eines ähnlichen Problems nach 1923 hat sehr dazu beigetragen, die Rechtsradikalisierung in Deutschland zu fördern. Aus den Opfern der Finanzkatastrophe nach 1918 setzte sich ein großer Teil der Anhänger des Nationalsozialismus zusammen. Das müssen wir als Partei diesmal verhindern.

Ich will mich kurz zu der Entwicklung äußern, die die Frage des Lastenausgleichs innerhalb unserer Partei genommen hat. Es handelt sich beim Lastenausgleich oder, wie man richtiger sagen müßte, „Verlustausgleich“ um einen Ausgleich. In letzter Zeit ist eine Umkehrung des Begriffes eingetreten, die man dadurch am besten charakterisiert, daß man auch das Wort umdreht. Es wird offenbar kein Lastenausgleich, sondern eine Ausgleichsbelastung angestrebt. Die Möglichkeit oder auch nur die Notwendigkeit einer Milderung der erlittenen Schäden wird vielfach verneint. Genosse Dr. Weiser hat hierfür die Formulierung gefunden, daß man aus dem Aufkommen aus dem Lastenausgleich einen „Fonds für soziale Investitionen“ machen solle. Es wird in diesem Zusammenhang auch notwendig sein, genau abzuwägen, wie unsere Bauabsichten in der Frage der Beteiligung am Lastenausgleich berücksichtigt werden können. Nun ist an der neuen Auffassung immerhin verdienstvoll, daß die alten und langgehegten Illusionen zerstört erscheinen. Ich habe im Homburg bei der Sonderstelle „Geld und Kredit“ mitgearbeitet, und wir haben wochenlang heftig miteinander gerungen, um diese Illusionen zu zerstören. Der Gegensatz der Auffassungen war nicht parteipolitisch bedingt. In Homburg befanden sich acht ausgesuchte Finanzsachverständige. Das Ergebnis sah eine fünfprozentige Abgabe, eine fünfzehnprozentige Festquote und weitere zehn Prozent Besserungsscheine vor. Ich habe selbst seit 1945 unverändert die Auffassung vertreten, daß die reine Geldregelung streng erfolgen müsse, aber auf einem ganz anderen Blatt steht die Regelung der Vermögensansprüche der Sparer, der Versicherten, der Sachbeschädigten und der Flüchtlinge. Das ist eine Frage der künftigen Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft, der Haushalte, der Besteuerung. Ich würde es für einen großen ökonomischen und politischen Fehler halten, wenn wir nach der Zerstörung der Illusionen das Kind mit dem Bade ausschütten würden, wenn wir die Ansprüche aller Geschädigten mit einem Federstrich beseitigen wollten. Wenige Jahre nach der letzten Inflation schwammen die Finanzminister im Gelde; gewiß gibt es gegenüber der damaligen Zeit erhebliche Unterschiede zuungunsten der heutigen Situation. Wir dürfen und wir müssen aber auch heute Optimisten sein. Wenn wir nicht Optimisten wären, wären wir nicht Mitglieder und Funktionäre dieser Partei. Ich halte es für meine moralische und politische Pflicht, darauf hinzuweisen, daß das Aufkommen aus dem Lastenausgleich auch ganz den Geschädigten zugeführt wird. Nur so behält der Lastenausgleich seine moralische und ethische Rechtfertigung. Es ist selbstverständlich, daß zunächst einmal die Bedürftigen drankommen müssen, die nicht mehr arbeitsfähig sind, für die ich bereits vor drei Jahren die Vorzugsrente vorgeschlagen habe. Es sind auch weitere Prioritäten denkbar. Es ist bei optimistischer Betrachtung möglich, eine Milderung der durch die Geldreform und den Krieg eingetretenen Verluste im bescheidenen Umfange vorzusehen. Denken Sie daran, daß der Durchschnitt der Spareinlagen vor der Geldreform bei 1600 Mark lag. Wie schwer es war, diese Spargroschen anzusammeln, wissen Sie. Es könnte auch eine Wiedergutmachung des Unrechtes der Anrechnung der Kopfquote im Verhältnis 1:10 auf diese Sparguthaben erfolgen. Durch die Anrechnung der Kopfquote auf die Sparkonten wurde die Hälfte der Sparkonten vernichtet. Der ursprüngliche Sinn war aber der, daß die noch nicht verbrauchten Löhne und Gehälter 1:1 umgetauscht werden sollten. Es kann zugegeben werden, daß sowohl bei den Fliegerschäden wie bei Flüchtlingsschäden Pauschalierungen eintreten. Es kommen nur ernste Schäden mit mindestens 50 Prozent überhaupt in Betracht. Ebenso selbstverständlich sind Staffelung und Höchstgrenzen möglich. Es wird gesagt, daß, nachdem der Homburger Plan nicht durchgeführt wurde, technische Schwierigkeiten beständen. Ich widerspreche dem ausdrücklich, das trifft nicht zu.

Es ist nicht unsere Aufgabe als Oppositionspartei, der herrschenden Partei, der CSU, das Problem des Lastenausgleiches dadurch zu erleichtern, daß wir die Interessen der Kleinsparer, Versicherten, Flüchtlinge, die auch in unseren Reihen stehen, vorzeitig preisgeben. Ollenhauer hat es gestern als die große Bewährungsaufgabe bezeichnet, daß gerade die bei den Angestellten, Handwerkern

und dem Mittelstand stehenden Sympathisierenden für uns gewonnen werden müssen. Wir dürfen sie in dieser Frage nicht enttäuschen. Ich verlange in dieser Frage nichts Unmögliches. Wenn die Homburger Lösung der acht Sachverständigen als ökonomisch möglich bezeichnet wurde und wenn diese Lösung nur an der Weigerung der Alliierten gescheitert ist, den Lastenausgleich durch eine Handlung auf sich zu nehmen, so heißt das, daß wir zurückkommen sollten zu den großen Konzeptionen des Homburger Planes oder ihm näherkommen. Das wird möglich sein, wenn zwei Voraussetzungen erfüllt sind:

1. Es muß mit dem Lastenausgleich sofort begonnen werden, und zwar mit einer Pauschalabgabe;
2. die Gesetzgebung muß beschleunigt werden.

Wir lassen durch das gegenwärtige Verfahren den betroffenen Deutschen viel zu lange Zeit, sich auf das Kommende einzurichten. Aber noch eines ist ebenso wichtig, nämlich die Sicherstellung, Veranlagung und Erfassung. Es ist im Augenblick schwer zu sagen, was schlimmer ist: der Zustand unserer Finanzverwaltung oder die Steuermoral. Dem einen Teil werden Lohnsteuern auf Heller und Pfennig abgezogen, beim anderen werden wir bei der veranlagten Einkommensteuer, Gewerbesteuer, Umsatzsteuer und Vermögenssteuer auf das schamloseste betrogen. Die kleine Steuerreform hat keineswegs, ebensowenig wie die Geldreform, eine Besserung der Steuermoral herbeigeführt. Unsere Finanzverwaltung muß so schnell wie möglich auf einen guten Stand gebracht werden. Die Steuerbeamten müssen geschult werden. Die Betriebe müssen überprüft werden. Die Strafbestimmungen müssen mit Härte und in jedem Falle durchgeführt werden. Die Finanzverwaltung, auch der Demokratie, darf sich nicht durch Schwäche, sondern erst recht durch Härte auszeichnen. Ich bin überzeugt, daß die maßgebenden Instanzen der Partei, auch im Wirtschaftsrat, sich meiner Darlegungen nicht verschließen werden. Der Wirtschaftspolitiker hat die Aufgabe, nicht nur das, was ist, richtig zu sehen, sondern auch zu erfüllen, was kommt. Gerade wenn wir das Problem endgültig lösen wollen, können und müssen wir die von mir vorgebrachten Gedankengänge in die Lösung hineinarbeiten. Ich bin überzeugt, daß viele der Genossen meine Auffassung zum Lastenausgleich teilen. Noch mehr aber bin ich davon überzeugt, daß dies bei der überwältigenden Mehrheit unserer Wähler der Fall ist.

Walter Damm, Pinneberg: Bei der Erörterung der sozialen Neuordnung kann ich nicht umhin, auf die Leidtragenden der sozialen Umwälzung einzugehen und unsere Arbeit einer Kritik zu unterziehen. Kurt Schumacher erklärte, die Sache der Flüchtlinge ist die Sache der Sozialdemokratischen Partei. Was ist seit Nürnberg auf diesem Gebiet geschehen? Unter unseren Augen vollzieht sich ein Strukturwandel, auf den wir keinen Einfluß oder nur einen gewissen Einfluß genommen haben. Die Revolutionierung der Heimatlosen und Besitzlosen schreitet vorwärts und wird nicht von uns zum Positiven geführt, sondern gerät in die Hände von Nationalisten, Militaristen und Reaktionären. Die Folgen sind Hungerstreiks, Tumulte, die ersten Anzeichen, die noch weitere Folgen haben können. Die Flüchtlingspolitik ist in die Hände der Verwaltung geraten. Das liegt nicht an der Verwaltung, sie ist eingesetzt zu ordnen. Das liegt daran, daß man entweder nicht die Zeit hatte, sich dem Flüchtlingsproblem zuzuwenden, oder daß man die Probleme nicht erkannt hat. Die Verwaltung soll ordnen. Die Verwaltung sieht das Problem der Flüchtlinge unter dem Gesichtspunkt der Hilfsbedürftigkeit. Wir haben dieses Problem anders zu sehen und von einer anderen Seite anzufassen. Es muß endlich einmal aufhören, beim Flüchtling nur von einem Wohlfahrtsempfänger zu sprechen. Die Masse dieser gesellschaftlichen Schicht muß zu einem Sturmblock des sozialen Neuaufbaus gemacht werden. Der Anfang sozialistischer Flüchtlingspolitik liegt in den Gemeinden, in den Familien und in der Frage zu dieser Einheit. Dabei kann die augenblickliche Wohnungsnot kein Hindernis sein.

Als Flüchtlingsminister von Schleswig-Holstein kenne ich die Schwierigkeiten von Unterbringung von Flüchtlingen sehr genau. Trotzdem sind wir dazu übergegangen, mit allen Mitteln die Familien zusammenzuführen, auch wenn es im Gebäude knirscht, auch wenn Bürgermeister, Landräte oder sonstige Stellen diesen Weg nicht sehr freudig mitgehen. Die Verwaltungen in verschiedenen Ländern haben Erlasse herausgebracht, die die Familienzusammenführung hindern. Schwer hat sich die sogenannte vorübergehende Aufenthaltsgenehmigung bewährt. In den Ländern, in denen man eine vorübergehende Aufenthaltsgenehmigung bekommt, kann der Flüchtling seine Arbeitskraft zur Ausbeutung hingeben, sobald die Arbeitsmöglichkeit vorbei ist, zieht er seiner Wege. Er kann nicht zu seiner Familie zurückkehren, sondern bevölkert die Landstraßen. Noch heute bevölkern in Deutschland Tausende und aber Tausende von Frauen und Kindern die Landstraßen (Hört, hört!). Wir haben es nicht fertig gebracht, diese Menschen selbst zu machen, ihnen eine Heimstätte zu geben. Der vorübergehende Aufenthalt drückt die ehemalige schaffte Bevölkerung herunter zu Wanderarbeitern, die niemals eine Heimat bekommen können, wenn die gesamte Flüchtlingspolitik, auch der Partei, nicht einschwenkt, um diese Schwierigkeiten nun endlich einmal zu regeln. Bürgermeister, Landräte, Regierungspräsidenten, Minister, ja, sogar Ministerpräsidenten haben verschiedene Anschauungen über diese Dinge oder gar keine Anschauungen. (Beifall.) Sie entscheiden nicht aus eigener Initiative, sondern lassen sich vielmehr von ihren Verwaltungen informieren, um dann Entscheidungen zu fällen. Damit kann die Partei ihre Arbeit nicht erfüllen. Wir erwarten vom neuen Vorstand, daß er die Führung in der Flüchtlingspolitik in die Hand nimmt und eine Koordinierung der gesamten Flüchtlingspolitik innerhalb der Partei und außerhalb der Partei anstrebt. Wir erwarten, daß sich die Partei einsetzt für eine Zentrale für das Flüchtlingswesen und daß von dieser Stelle aus auch die Regelung der Kriegsfolgelasten und damit der Flüchtlingslasten übernommen werden, um damit auch diejenigen Länder zu entlasten, die versucht haben, bisher aus eigenen Mitteln dieses Problem zu lösen. Wir bitten deswegen, den nächsten Punkt der Tagesordnung, Antrag 53, anzunehmen, um schon hiermit eine Richtlinie für die Arbeit zu geben, um in letzter Minute das negative Problem zu einer positiven Lösung zu bringen.

Vorsitzender G n o B erteilt das Wort sodann

Erich Arp, Kiel: Zur Wirtschaftspolitik gehört die Agrarpolitik. Seit langer Zeit ist diese ein Stiefkind der sozialistischen Politik. Ich bitte Sie, den Antrag 41 des Bezirksverbandes Schleswig-Holstein anzunehmen und nicht etwa den weitergehenden Antrag Hamburg-Nordwest. Die Agrarpolitik stand nur ganz am Rande der Diskussionen des Parteitages. Wir sind der Meinung, daß wir mit einer sozialistischen Agrarpolitik, insbesondere mit einer Bodenreform, trotz aller Hemmnisse seitens der Besatzungsmächte, seitens der deutschen Reaktion und eigener Unklarheiten in unseren Reihen doch noch eher zum Zuge kommen, als mit der Frage der Sozialisierung der Industrie, des Kreditwesens usw., weil auf diesem Gebiete die Interessen der hinter den Besatzungsmächten stehenden privatkapitalistischen Kreise des Auslandes uns nicht so entscheidend entgegenstehen.

Die Ernährungslage heute hat sich etwas gebessert dank der vorübergehenden Obst- und Gemüseschwemme. Ich möchte warnen, diese vorübergehende Besserung zu überschätzen. Im Augenblick bricht z. B. die deutsche Getreidewirtschaft zusammen, weil die Erfassung nicht funktioniert. Die Bewirtschaftung des Saatgetreides ist aufgehoben worden, und über dieses Loch in der Bewirtschaftung wandert das Getreide in den Hühnerstall oder in die Konditorei. Ich fürchte, daß nach sieben, nicht einmal sehr fetten Monaten nach der Währungsreform an jenem Höhepunkt, wenn auch sonst soziale Spannungen mit steigender Arbeitslosigkeit sich aufbäumen, wir gerade sieben sehr mageren Wochen wieder in der deutschen Ernährung entgegengehen. Im letzten Jahr verstand das liberalistische Regime in

Frankfurt nicht, den Mangel zu organisieren, weder bei den Kartoffeln, die zu Tausenden von Zentnern schlecht werden, verrottet sind, noch jetzt bei der zusammenbrechenden oder stark gefährdeten Getreidebewirtschaftung. Die Agrarpolitik wird in der nächsten Zeit ein Schlüssel zur europäischen Wirtschaftspolitik überhaupt sein, und sie wird auch in Deutschland eine zunehmende Bedeutung haben. Es kommt für uns darauf an, aus eigener Kraft die Intensivierung unserer Landwirtschaft so voranzutreiben, daß eine technisch mögliche Produktionssteigerung um 50 % in wenigen Jahren gegenüber dem heutigen Tiefstand erreicht wird. Es gibt sonst keinen anderen Weg für uns, um nachhaltig dem zweiten Monopol neben dem Dollarmonopol, nämlich dem Getreidemonopol, entgegenzutreten, das nicht nur gegen eine besetzte Nation wie Deutschland, das auch gegen andere Länder mit aller Schärfe gehandhabt wird.

Wir haben uns noch viel klarer als bisher gerade agrarpolitisch in bezug auf die Betriebsgrößenfrage auseinandergesetzt. Wir Sozialdemokraten sind uns nach meiner Auffassung noch nicht einig genug, z. B. in der Frage der Bodenbesitzreform. Wir Schleswig-Holsteiner wollen die Bodenbesitzreform durch Aufsiedlung der Großbetriebe. So lautet unser Antrag, damit der Boden als frei vererbliches Eigentum in die Hand derjenigen gegeben wird, die ihn bearbeiten. Weitere Teile unserer Partei wollen aber Großbetriebe als solche erhalten und in mehr oder minder kollektiver Form bewirtschaften. Ich erinnere nur an die weitverbreitete, gerade von Sozialdemokraten doch zu verantwortende Bodenreformbrochüre der Gewerkschaften, die unter Verantwortung sozialdemokratischer Landarbeiterfunktionäre herausgegeben und sehr weit verbreitet wurde, wobei man so weit ging, daß man die Großgrundbesitzer sogar als Miteigentümer unter gewissen Voraussetzungen zulassen wollte. Wir aus unserer schleswig-holsteinischen Ecke sind vielleicht in der Legislative etwas weiter gekommen, praktisch sind wir nicht weiter gekommen, weil — hier möchte ich eine Bitte an die englischen Genossen anknüpfen —, weil z. B. die englische Labour Party zuviel Tories nach Deutschland schickt (Beifall) und weil diese Tories, zumeist als Militärs, aus diesen Großgrundbesitzerschichten stammen und nun seit Jahren eine Schwierigkeit nach der anderen vor uns aufzuführen, die wir bisher nicht überwinden konnten. Wenn hier eine Bitte ausgesprochen werden darf, dann ist es die: Sendet uns weniger dieser Soldaten und mehr Politiker, möglichst Labourleute! (Beifall.) Die Auffassung, daß wir eine Bodenbesitzreform durch Aufsiedlung wollen, zeigt, daß wir den Marxismus wirklich nur als Denkmethode und nicht als Dogma im Kautskyschen Sinne vertreten. Es ist, um ein Bild des Genossen Zorn zu Ende zu führen, die technische Entwicklung nach der Zeit Kautskys so fortgeschritten, daß nicht mehr dem Großbetrieb die Lokomotive, der Dampfplug vorbehalten sind, sondern die technische Entwicklung der Kleinmaschinen und des Benzinmotors es uns gerechtfertigt erscheinen läßt, aus wirtschaftlichen Gründen den bäuerlichen Klein- und Mittelbetrieb zu fördern, der technisch die gleiche Möglichkeit hat für das, was wir brauchen, insbesondere Hackfrüchte und Intensivveredlungskulturen. Wir haben die Bodenbesitzreform in Schleswig-Holstein in der Richtung vertreten, daß wir nicht die Sowchose, den Staatsbetrieb, nicht die Kolchose wollen, sondern das Land in die Hände von Flüchtlingen, Landarbeitern und Neubauern legen wollen, aus wirtschaftlichen Gründen, weil eine sozialistische Wirtschaftsordnung nicht gefährdet wird durch dieses frei vererbliche Eigentum des gut wirtschaftenden Bauern, und aus politischen Gründen aus der sozialpolitischen Erkenntnis, daß es eine Freiheit und deren Sicherung in einer Demokratie nicht geben kann, wenn in einer Gesellschaftsordnung nicht vorher die ökonomischen Machtpositionen, nicht nur der Industrie- und Finanzkapitalisten, sondern auch der Großgrundbesitzer gebrochen werden. Deshalb fordern wir aus wirtschaftlichen und politischen Gründen diese Aufsiedlung, und um endgültig hier eine Meinung der Partei wenigstens in diesem Teilproblem festzulegen, bitten wir Sie um Zustimmung zu dem Antrag Nr. 41. Aus dieser Interessengemeinschaft von Arbeiterbewegung und Bauern mit den Neubauern wird dann auch das Problem der Sicherung der Demokratie seinen Fortgang nehmen können. (Beifall.)

Genosse Gnoß: Zur Geschäftsordnung hat sich Genosse Schröder gemeldet.

Hans Schröder, Frankfurt: Genossinnen und Genossen! Wir haben noch eine Reihe von Anträgen zu verabschieden. Ich glaube deshalb, daß es an der Zeit ist, mit der Debatte abzuschließen. Ich kann mir nicht denken, daß noch besonders wesentliche Gesichtspunkte aufkommen können. Ich stelle deshalb den Antrag auf Schluß der Debatte, damit wir die Anträge auch noch ordnungsmäßig verabschieden können.

Vorsitzender Gnoß: Wünscht jemand gegen den Schlußantrag zu sprechen? (Zuruf: Wieviel Redner sind noch eingetragen?) Ingetragen sind noch sieben Redner. (Zuruf: Welche?) Wenn damit die Abstimmung beeinflusst werden kann, will ich sie verlesen. (Verliest die sieben Namen.)

Es ist ordnungsmäßig der Antrag auf Schluß der Debatte gestellt. Es wollte niemand dagegen sprechen. Ich lasse darüber abstimmen. Wer für Annahme des Antrags auf Schluß der Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Ich dankel Ich bitte um die Gegenprobe. (Erfolgt.) Der Antrag ist mit großer Mehrheit angenommen. Damit ist die Diskussion über Punkt 4 und 5 der Tagesordnung beendet. Das Schlußwort hat nunmehr Genosse Kriedemann.

Herbert Kriedemann, Frankfurt a. M.: Genossinnen und Genossen! Ich darf mich auf ein paar Bemerkungen zu einigen der Dinge beschränken, die hier in der Diskussion vorgebracht worden sind. Ich möchte mit den Ausführungen des Genossen Arp zur Agrarpolitik anfangen. Auch ich bin der Meinung, es wäre auf dem Gebiete der Agrarpolitik noch sehr viel zu tun. Ich habe schon auf dem Parteitag in Nürnberg daran erinnert, daß wir hier vor allen Dingen eine ganze Menge nachzuholen haben. Wir bemühen uns nach Kräften darum, und es darf gesagt werden, daß eine Reihe von ausgezeichneten und erfahrenen Genossen ununterbrochen auf diesem Gebiete an der Arbeit ist. Wir haben erst vor ungefähr zehn Tagen die Debatte über die Vorbereitungen eines sozialdemokratischen Agrarprogramms wieder ein Stück weiter nach vorn gebracht. Wir hoffen, daß wir recht bald in der Lage sein werden, eine Diskussionsgrundlage der Partei vorzulegen. Aus der Arbeit des agrarpolitischen Ausschusses — der besteht aus den Vertretern der Bezirke, dessen Mitglieder alle dadurch legitimiert sind, daß sie von ihren Bezirksorganisationen für diese Arbeit benannt worden sind — ist u. a. auch das entstanden, was hier im Hamburger Antrag behandelt wird. Ich glaube nicht, daß es in vollem Umfang zutrifft, wenn Genosse Arp sagt, daß diese Richtlinien für die Bodenreform nur wenig bekanntgeworden sind. Sie haben bereits auf dem vorigen Parteitag vorgelegen, und es scheint mir für die Richtlinien zu sprechen, wenn von Hamburg aus jetzt der Vorschlag gemacht wird, diese Richtlinien hier offiziell anzuerkennen. Die Genossen, die an dieser Frage gearbeitet haben, sehen keine Veranlassung, an seinerzeit erarbeiteten Richtlinien irgendwelche Veränderungen vorzunehmen. Ich darf insbesondere darauf hinweisen, daß das, was im schleswig-holsteinischen Antrag gefordert wird, in einem Punkt bezüglich der Verwendung des Landes, das durch die Bodenreform frei wird, zur Schaffung selbständiger Existenzen, hier in diesen Richtlinien ausdrücklich festgelegt ist. Wir haben gar keinen Zweifel daran gelassen, daß nach sozialdemokratischer Auffassung das Ziel der Bodenreform die Schaffung neuer, selbständiger bäuerlicher Existenzen sein muß. Wir haben in diesen Richtlinien ebenso klar zum Ausdruck gebracht, daß wir der Meinung sind, die bäuerlichen Betriebe müssen zum Irel verfußerlichen und vererbaren Eigentum derjenigen werden, die diese Betriebe auch bearbeiten.

Als einer von denen, die an diesen Diskussionen mitgewirkt haben, will ich mit aller Deutlichkeit sagen: Ich halte es erstens nicht für gerechtfertigt und zweitens für sehr gefährlich, wenn durch die Ausführungen des Genossen Arp in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen könnte, als wäre maßgeblich oder auch

nur zahlenmäßig wichtige sozialdemokratische Kreise der Auffassung, zu einer kollektiven Landwirtschaft zu kommen. Der Gesetzentwurf für die Bodenreform, so wie er hier vorliegt, sagt das genaue Gegenteil. Es ist dies nicht innerhalb unserer Verantwortung, wenn z. B. in Broschüren der Gewerkschaften unter dem Einfluß der Landerbeitergewerkschaften — und da ist es auch ein Einfluß, der einem Manne zugewiesen werden kann — ein anderer Standpunkt vertreten wird. Über die Meinung der Sozialdemokraten kann es überhaupt kein Mißverständnis geben. Ich sehe mich veranlaßt, das mit einem solchen Nachdruck noch einmal zu wiederholen, weil uns das gerade noch fehlen würde zu unseren Schwierigkeiten, daß die Gegner unter Beziehung auf eine solche Bemerkung auf dem Parteitag altes Gewäsch wiederaufnehmen könnten, wir, die Sozialdemokraten wollen die Kollektivierung der Landwirtschaft. Was bei der Bodenreform notwendig ist, ist, Maßnahmen zu erwägen für solche Betriebe, die aus ganz bestimmten Gründen nicht aufgeteilt werden können. Auch der Genosse Arp wird nicht der Meinung sein, daß man jeden Großbetrieb aufteilen kann. Das wäre ungefähr das, was man in der Ostzone sinnloserweise gemacht hat. Daß man für solche Fälle sich auch Gedanken machen muß, auch Wege finden muß und nicht sagen kann: Was nicht aufgeteilt werden kann, muß dem Herrn Rittergutsbesitzer zur weiteren Nutzung überlassen bleiben, ist klar. Das hat aber nichts mit irgendwelchen kollektiven Vorstellungen zu tun. Wir haben gerade oft genug gesagt, daß wir in dem Privateigentum in Form des Arbeitseigentums keinerlei Gefährdung sozialistischer Wirtschaftsgestaltung sehen, und haben das hier in bezug auf die Landwirtschaft im Zusammenhang mit der Bodenreform eindeutig festgestellt. Angesichts der sehr unbefriedigenden Entwicklung, die die Bodenreform in Deutschland genommen hat, wobei es dahingestellt sein kann, ob die Widerstände mehr von außen her, hinter den Besatzungsmächten stehend, kommen oder von den Kräften, die hier in Deutschland reaktionäre Politik betreiben, würde ich es für sehr wesentlich halten, wenn durch einen Beschluß des Parteitages im Sinne des Hamburger Antrags allen Sozialdemokraten, die sich in den Parlamenten mit dieser Frage befassen, noch einmal diese gründlich erarbeiteten und logischen sozialdemokratischen Richtlinien nachdrücklichst als Richtlinien in das Gedächtnis zurückgerufen würden. In breiten Teilen unseres Gebietes ist von Bodenreform bisher noch nicht die Rede gewesen. Ich bin der Meinung, wir müssen das immer wieder aufnehmen, ohne deswegen die Sozialisierung in der gewerblichen Wirtschaft auf die zweite Reihe zu schieben, und es wäre die Annahme des Hamburger Antrags außerordentlich erwünscht. Ich brauche gar nichts gegen den Antrag von Schleswig-Holstein zu sagen; in einem Teil deckt er sich mit einer ausdrücklichen Feststellung der Richtlinien, und was den zweiten Teil angeht, wo gefordert wird, daß mit den Flüchtlingen gleichberechtigt auch die dafür in Frage kommenden Einheimischen sind — wenn ich den Ausdruck erlauben soll —, entspricht das in vollem Umfang unseren Vorstellungen. Es kann auch der Schleswig-Holsteiner Antrag dazu angenommen werden.

Das zur Frage der Bodenreform und der Agrarpolitik. Es hat auch unser Bedauern immer wieder hervorgerufen, daß der Wirtschaftsrat nicht zuständig ist für Fragen der Sozialisierung, ebenso wie er leider nicht zuständig ist für Fragen der Bodenreform, ganz abgesehen davon, daß die heutige Mehrheit im Wirtschaftsrat den Sozialisierungsfragen und den Fragen der Bodenreform keineswegs eine bessere Plattform bietet als sehr viele Länderparlamente.

Ich habe gestern in meinem Bericht darauf hingewiesen, welches Stückwerk im Augenblick in dem Gesetz über die Schaffung von Wirtschaftsstellen unternommen worden ist und daß es uns gelungen ist, unsere Grundsätze im vollen Umfang zur Geltung zu bringen durch die paritätische Einschaltung der Gewerkschaften. Daß wir darüber hinaus an unserer Forderung nach Schaffung von echten Wirtschaftskammern unter paritätischer Beteiligung der Gewerkschaften festhalten, ist eine Selbstverständlichkeit, und ich hoffe, daß demnächst in Bonn die Grundlagen für eine solche demokratische Wirtschaftsverfassung unzweideutig geschaffen werden. Darüber hinaus ist eine Reihe von Ausführungen zur Frage des Lastenausgleichs

gemacht worden. Genosse von Knöringen hat als Grundlage heute morgen, als Grundpfeiler sozialdemokratischer Arbeit, eine gründliche interne Vorbereitung gewünscht, die man damit an die Öffentlichkeit geht.

Das, glaube ich, kann für die Arbeiten am Lastenausgleich als erfüllt angesehen werden. Auf Grund von eingehenden Überlegungen solcher Genossen, die für sich sachverständig politische Urteilsfähigkeit beanspruchen können, haben wir diese Beratungen in einen Kreis hineinverlegt, und einmal muß man ja damit anfangen, die Dinge in der Partei zu diskutieren. Wir haben zu diesem Zweck die Bezirke und alle Landtagsfraktionen aufgefordert, die Frau oder den Mann zu schicken, die in ihrem Bereich für diese Dinge als sachverständig erachtet werden, weil es uns vom ersten Augenblick an darauf ankam, die Dinge auch in einem Kreis zu diskutieren, der klein genug ist, um arbeitsfähig zu bleiben, aber noch groß genug, um auch repräsentativ zu sein. Wir haben dann selbstverständlich die Pflichtsorgansationen, die Sozialpolitiker der Partei und die Genossen aus dem Wirtschaftsrat, die in Fragen des Finanzwesens, der Sozialpolitik, der Wirtschaft usw. zuständig sind, um ihre Beteiligung gebeten und erfreulicherweise ist diesem Wunsch entsprochen worden. Mehr als einmal sind alle Beteiligten darum gebeten worden, sich von einer öffentlichen Stellungnahme fernzuhalten, bis es gelungen sein würde, demnächst in den großen Grundsätzen einen einheitlichen sozialdemokratischen Standpunkt erarbeitet zu haben, weil wir nämlich schon früher, z. B. in der Frage der Bodenreform, erfahren haben, daß der eine oder andere da vorgeprellt ist, der die Meinung der Genossen erfahren und sich mit ihr auseinandersetzt, was willkommene Angriffspunkte bietet, auf die unsere Gegner warten. Anders, wenn etwas unter uns ausdiskutiert und zu den Akten gelegt ist, aber als sozialdemokratischer Standpunkt, auf Grund von verfrühten Veröffentlichungen einzelner Genossen, immer wieder zitiert werden kann, dann entstehen dadurch für unsere Arbeit Schwierigkeiten, auf die wir angesichts der ohnehin schon vorhandenen Schwierigkeiten gern verzichten können. Was dem Parteitag jetzt als Richtlinien vorliegt, ist längst nicht alles, was bis zu einem gewissen Grade in diesem Kreise und zahlreichen Einzelberatungen festgestellt worden ist. Wir haben uns ausdrücklich davor gehütet, so sehr ins Detail zu gehen. Ich glaube nicht, daß es angesichts der Abänderungsanträge und der heutigen Diskussion möglich sein wird, vom Parteitag eine Zustimmung zu diesen Richtlinien zu erbitten. Ich bedaure das, denn für die Fortführung unserer Arbeit — und diese Arbeit ist noch lange nicht abgeschlossen — wäre eine solche Zustimmung des Parteitages zu diesen Grundsätzen sehr wesentlich gewesen. Ich kann es mir also versagen, auf den Lastenausgleich und auf diesen Vorschlag einzugehen.

Ich will mir eine Bemerkung gestatten. Wir haben es für sozialdemokratische Pflicht gehalten, an diese Dinge ganz nüchtern heranzugehen. Ich kann Ihnen sagen, wenn man sich in die Unterlagen genügend vertieft und erst einmal weiß, wie groß der Personenkreis ist, der arbeitsunfähig ist und über eigene Existenzmittel nicht mehr verfügt und dem nun unmittelbar geholfen werden muß, dann verliert die Überlegung, in welchem Umfange und in welcher Relation man die Vermögensverluste wieder herstellen kann, wesentlich an Bedeutung. Keiner von uns wird übersehen, wieviel Kleinsparer, wieviel kleine Vermögensbesitzer geschädigt worden sind. Aber es wird ja hoffentlich auch keiner von uns übersehen, daß es außer denjenigen, die ein Sparbuch besitzen, auch noch eine ganze Menge gibt, die keins besitzen und für die wir uns verantwortlich zu fühlen haben. Wir stehen doch nicht auf dem Standpunkt, daß die Lebensfähigkeit eines Menschen durch den Besitz eines Sparbuches oder kleinen Vermögens ausgewiesen wird. Wir wollen unter gar keinen Umständen etwas versprechen, was wir für nicht durchführbar halten und an dessen Durchführung wir uns nicht selber heranmachen möchten. Davon haben wir uns bei unseren Überlegungen und unseren Formulierungen im Wesentlichen und im Entscheidenden leiten lassen. Wir erleben von gewissen Seiten immer noch, daß so nachträglich Wert darauf gelegt wird, erst einmal festzustellen, was überhaupt verlorengegangen ist von

wegen der Gerechtigkeit. Einer von unseren Mitarbeitern hat auf die große Gefahr hingewiesen, daß dem Lastenausgleich dasselbe Schicksal droht, wie etwa der Entnazifizierung. Wenn man die Sache nämlich zu genau macht, dann verläuft sie sich möglicherweise eines schönen Tages im Sande, und eine Reihe von Leuten, die außerhalb unserer Partei so großen Wert darauf legen, daß erst jeder einmal in aller Ruhe seinen Verlust aufschreibt und geprüft wird usw., die stehen bei uns in dem Verdacht, daß das sozusagen ihre letzte Hoffnung ist zur Rettung ihres Vermögens, daß sich der Lastenausgleich irgendwie im Sande verläuft. Ich bin auch Optimist, ich weiß aber nicht, ob man den Optimismus so weit treiben darf, anzunehmen, daß die Finanzminister in den nächsten Jahren im Geld schwimmen würden. Ich darf noch auf einen Gesichtspunkt hinweisen, der uns in der Lastenausgleichsdebatte sehr wesentlich zu sein scheint. Der Lastenausgleich liegt nicht nur im Interesse der Geschädigten, er liegt in unser aller Interesse, im Interesse aller arbeitenden Menschen. Wir sollen uns jedoch hüten, in der Regelung des Lastenausgleiches nach der einen Seite hin so großzügig zu sein, daß wir nach der anderen Seite hin jede Bewegungsmöglichkeit verlieren. Wir haben ja über den Lastenausgleich hinaus auch noch einige Aufgaben zu lösen. Wir sind doch wohl alle miteinander nicht bereit, trotz der Tatsache, daß durch diesen verlorenen Krieg das deutsche Lebensniveau für alle sinken wird, zu verzichten auf die soziale Besserstellung im allgemeinen, auf so etwas wie Schulgeldfreiheit, Verbesserung der sozialen Fürsorge usw. Die dafür benötigten Mittel dürfen dem Lastenausgleich nicht dadurch zum Opfer fallen, daß es einen wirksamen Lastenausgleich und eine Erfassung der Vermögen nicht gibt. Ich bin der Meinung, daß das Thema Lastenausgleich noch lange nicht erledigt ist. Es muß unter allen Umständen sowohl sofort mit einer Vorableistung der Vermögensbesitzer auf die Vermögensabgabe wie mit einer Vorableistung von Rentenzahlungen an die Geschädigten begonnen werden, weil man diese Menschen nicht einfach so lange warten lassen kann, bis die Gesetzgebung über diesen Komplex abgeschlossen ist. Ich bin freimütig genug, Ihnen zu sagen, daß ich bei der Hilfsbedürftigkeit dieser Gesetzgebung doch auch nicht übersehe, auf welch unglückliches Parkett diese Entscheidung in diesem Augenblick geschoben werden muß. Ein Lastenausgleich, im Stille des Sprunges ins kalte Wasser wäre doch nicht der richtige Lastenausgleich. Wir sollten uns nicht zuviel von der Güte unserer Argumente gegenüber den hartgesottenen Besitzverteidigern versprechen. Ich glaube, daß die Richtigkeit hier nicht durch die Fixigkeit in Gefahr gebracht werden darf. Es ist nach meiner Meinung fraglos, daß die Verabschiedung der Gesetze über den Lastenausgleich in einem direkt gewählten Parlament, besonders in einem Parlament, das unter dem Lastenausgleichprogramm gewählt wird, sehr viel besser aufgehoben ist. Wir haben die Arbeit am Lastenausgleich mit dieser Elle betrieben, weil wir dadurch, daß wir unsere konkreten Vorschläge auf den Tisch legen, die anderen zwingen wollen, auch ihrerseits Farbe zu bekennen, und wir möchten gern fragen: Wer bietet mehr?

Dr. Rudolf Zorn, München: Genossen und Genossinnen! Daß meine Ausführungen auf einige Kritik stoßen würden, das war mir klar. Ich wundere mich nur, daß Zweifel und Kritik nicht mehr und intensiver geltend gemacht worden sind. Eine besondere Freude war mir, daß ein alter Kämpfe wie unser Genosse Wissell noch so jung und elastisch ist, um mit uns den Weg zu neuen Ufern zu gehen. Im übrigen hat er recht gehabt, wenn er die praktische Anwendung meiner Theorie auf die politischen und wirtschaftlichen Fragen der Gegenwart vermißt hat. Schuld an diesem Mangel bin nicht ich, sondern ist die Zeitnot, unter der der Parteitag steht. Im übrigen wird dieser Mangel durch die Drucklegung meines Referats beseitigt werden.

Die Diskussion hat wohl gezeigt, daß sämtliche Genossen mit mir die Spannungen, die Unklarheiten und das Dilemma unserer Partei empfinden. Das gibt uns allen die Hoffnung, mit diesen Unklarheiten fertig zu werden. Es ist wohl ein Zeichen der inneren Kraft unserer Partei, daß eine solche Debatte, wie wir sie

geführt haben, in aller Öffentlichkeit geführt werden konnte. Ich bilde mir nicht ein, daß die Gedanken, die ich hier vor Ihnen entwickelt habe, der Weisheit letzter Schluß wären; sie sollen nur die Grundlage für eine ernsthafte Diskussion bilden. Die Dinge, die ich angeschnitten habe, müssen zweifellos gründlich durchdacht und in kleinem Kreise von Sachverständigen unserer Partei durchberaten werden; denn dann erst kann man sie zum Gegenstand der politischen Agitation machen.

Mit Recht hat Genosse Klingelhöfer auf die Notwendigkeit eines neuen Manifestes hingewiesen. Bekanntlich ist das Kommunistische Manifest hundert Jahre alt; es war, von seiner gewaltigen politischen Wirkung abgesehen, die Anwendung der philosophischen Auffassungen der Zeit auf die Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaft. Unsere Erkenntnisse sind heute andere. Das ist auch der Grund, warum große Männer und bedeutende Werke sich einer jeden Zeit anders zeigen. Goethe zum Beispiel wurde um die Jahrhundertwende ganz anders ausgelegt und gedeutet als heute. Genau so ist es mit Karl Marx und dem Kommunistischen Manifest. Es ist daher an der Zeit, ein neues Manifest zu erlassen, ein sozialistisches Manifest, das unserem heutigen Lebensgefühl entspricht. Hoffen wir, daß unsere Programmkommission den Weg zu diesen neuen Ufern findet!

Genossen und Genossinnen! Die Sozialdemokratische Partei hat, wie ich Ihnen ausgeführt habe, die schwere Aufgabe, praktisch im Staat und in den Gemeinden zu arbeiten und gleichzeitig die Neuordnung der Zukunft zu erkämpfen. Die Kommunisten haben es uns gegenüber leicht. Ihre hemmungslose Propaganda erhebt unerfüllbare Forderungen und verkündigt ein Zukunftsbild ohne jede Rücksichtnahme auf die Gegenwart. Das, Genossen und Genossinnen, darf uns nicht entmutigen. Jede neue Ordnung wird unter Kämpfen und unter Schmerzen geboren. Es wird auch uns nichts geschenkt werden. Wir müssen und werden kämpfen gegen alle Widerstände von rechts und von links und auch gegen die Besatzungsmächte. Der Kampf, Genossen und Genossinnen, wird sich lohnen; denn er bringt uns die Freiheit und den Sozialismus und damit ein Leben, das zu leben wert ist. (Beifall.)

Vorsitzender Groß: Ich will mir Dankesworte ersparen; ich habe den Dank schon zum Ausdruck gebracht.

Wir kommen nunmehr zur Erledigung der Anträge, die zu Punkt 4 und 5 der Tagesordnung eingegangen sind.

Bevor ich über die Anträge abstimmen lasse, möchte ich den Antrag des Genossen Nevermann über das Sozialprogramm, das Ihnen im Entwurf vorliegt, abstimmen lassen. Er lautet:

„Der Parteitag beschließt den vorliegenden Entwurf eines Sozialprogramms als sozialpolitische Richtlinie der SPD und beauftragt den Parteivorstand, ihn den Bezirken zuzuleiten.“

Damit würde sich dann auch gleichzeitig die Diskussion in den Bezirken weiter in die Wege leiten lassen. Wer also für die Annahme des Antrags des Genossen Nevermann in bezug auf das Sozialprogramm ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich schlage nunmehr vor, daß wir zunächst über den Antrag 60 des Parteivorstandes abstimmen. Er lautet:

„Der Parteitag billigt die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion des Wirtschaftsrates.“

Wer für die Annahme dieses eben von mir noch einmal bekanntgegebenen Antrags Nr. 60 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Dieser Antrag ist gegen 13 Stimmen angenommen worden.

Um die Abstimmung zu erleichtern und überflüssige Abstimmungen zu vermeiden, schlage ich weiter vor, den Antrag 68 jetzt zur Abstimmung zu bringen,

weil dann eine Reihe von Anträgen dadurch erledigt wird. Ich rufe also den Antrag 68 zur Abstimmung auf. Wer für die Annahme dieser EntschlieÙung ist, bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Diese EntschlieÙung ist einstimmig angenommen worden.

Damit ist nach meiner Meinung gleichzeitig der Antrag der Hamburger Genossen, Antrag 27, erledigt. Es sind weiter erledigt die Anträge 30, 31, 32, 33 und 34. Es sind alles Anträge, die sich mit dem Problem des Wirtschaftsrates beschäftigen. — Ich höre keinen Widerspruch.

Antrag 28 der Frankfurter Genossen ist eben durch eine schriftliche Erklärung zurückgezogen worden; er ist zu streichen und kommt nicht zur Abstimmung.

Antrag 29, Unterbezirk Duisburg-Wesel, wurde hier in der Diskussion begründet und steht jetzt zur Abstimmung. Parteivorstand und Parteiausschuß haben sich in ihrer gemeinsamen Sitzung mit diesem Antrag ebenfalls beschäftigt und empfehlen, diesen Antrag abzulehnen. Wir kommen also zur Abstimmung über den Antrag 29. Wer für die Annahme dieses Antrags ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Soweit von hier aus sichtbar, sind sechs Stimmen dafür. Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Es kommt nunmehr zur Abstimmung der Antrag 76. (Er wird noch einmal gelesen.) Wer für die Annahme dieses Antrages ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Es folgen nun noch die Abstimmungen über den Punkt 5 der Tagesordnung. Es handelt sich dabei um die Anträge 35, 36, 37, 38 und 74. Gleichzeitig standen dabei mit zur Verhandlung die Sozialistischen Grundsätze zum Lastenausgleich. Dazu lag ein Ergänzungsantrag vor, der unter Antrag 77 erschienen ist. Dieser Antrag ist Ihnen im Umdruck vorgelegt worden. Ich habe schon zu Beginn der Aussprache darauf hingewiesen, daß diese Grundsätze nicht zur Abstimmung stehen; sondern es sind Vorschläge, die dahin gehen, diese Grundsätze an den Parteivorstand zu überweisen und sie weiter zur Diskussion zu stellen, um dann nach diesen Grundsätzen die Arbeit für den Lastenausgleich weiterzuführen. Erhebt sich gegen dieses Verfahren Widerspruch? — Das ist nicht der Fall. Dann sind die Grundsätze dem Parteivorstand und allen anderen beteiligten Stellen zur Weiterbearbeitung überwiesen.

Der Antrag 74 beschäftigt sich mit Fragen des Wohnungsbaues; er wurde ebenfalls begründet. Der Antrag 37 und der Antrag 38 fordern vom Parteitag Beschlüsse und Maßnahmen des Parteivorstandes, um damit das Wohnungsproblem zur Diskussion zu stellen bzw. es zu lösen. Es wird vorgeschlagen, den Antrag 74 anzunehmen und damit gleichzeitig die Anträge 37 und 38 als erledigt zu betrachten. Wer also für die Annahme des Antrags 74 ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. — Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Offen bleibt jetzt noch der Antrag 35, der aber nach meiner Auffassung und nach Auffassung des Parteivorstandes durch die Grundsätze zum Lastenausgleich erledigt. Erhebt sich dagegen Widerspruch? — Das ist nicht der Fall.

Dasselbe gilt auch für den Antrag 36, Unterbezirk Essen. — Auch hier erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist auch dieser Antrag erledigt durch die Grundsätze zum Lastenausgleich.

Damit, Genossen und Genossinnen, sind die Anträge zu Punkt 4 und 5 der Tagesordnung erledigt worden und die Punkte selbst damit abgeschlossen.

Wir kommen nun noch zur Erledigung des Punktes 6, „Sonstige Anträge“. Sie werden aus der Vorlage erschen, daß es dazu noch eine ganze Anzahl Anträge gibt, die hier nach folgendem Verfahren jetzt erledigt werden sollen: Soweit Begründungen zu geben sind, wird vorgeschlagen, einen Redner dafür und einen dagegen sprechen zu lassen. Dort, wo die Dinge klar sind und heute nicht erledigt werden können, sind sie nach Vorschlägen zu überweisen. Es ist gewünscht worden, daß zunächst einmal die Anträge zur Diskussion gestellt werden, die sich mit kulturpolitischen Fragen beschäftigen. Zu diesem Zweck wird der Genosse Hennig einige Ausführungen machen.

Arno Hennig, Hannover: Es ist für Sie eine Zumutung, am Ende einer überaus arbeitsreichen Tagung sich noch ein Kurzreferat als kulturpolitische Verzierung gefallen zu lassen. Aber Genosse Ollenhauer hat mir soeben mitgeteilt, daß dadurch die Kulturpolitik keineswegs als zweitrangig gekennzeichnet werden soll, sondern daß man im Parteivorstande die feste Absicht hegt, auf einem künftigen Parteitag der Kulturpolitik die Zeit einzuräumen, die sie zur Darlegung unserer Absichten und zu gründlicher Aussprache dringend bedarf.

Der Parteitag ist selbstverständlich souverän, auch über kulturpolitische Fragen zu beschließen. Aber gerade deswegen muß genügend Zeit und Konzentrationsmöglichkeit vorhanden sein, die Problematik kennenzulernen und die zweckmäßige Entfaltung unserer kulturpolitischen Kräfte abzuwägen. So wird hoffentlich der nächste Parteitag ein kulturpolitisches Hauptreferat und eine ganztägige Debatte enthalten.

Die Kulturpolitik ist zur Zeit das einzige Gebiet, auf dem wir wirklich souverän sind, wenn wir wollen. Dieser Umstand verpflichtet uns, von dieser Souveränität auch wirklich Gebrauch zu machen. Die Kulturpolitik der Sozialdemokratie ist kein loses Aushängeschild oder ein zwar edles, aber entbehrliches Spiel im politischen Kräftefeld. Die Kulturpolitik der Sozialdemokratie faßt die Selbstverwirklichung des Sozialismus ins Auge, denn Sozialismus ist nichts anderes als volle kulturelle Entfaltung.

Im Gegensatz zur fälligen Behandlung auf Tagungen und Konferenzen interessieren sich heute auch die einfachsten Menschen viel mehr für kulturelle Anliegen, als man glaubt. Es ist heute möglich, in mittleren deutschen Städten — und es sind Zeugen genug unter Ihnen dafür vorhanden — daß man mit einer kulturpolitischen Themensetzung einen Saal mit 1000 Menschen füllen kann und daß diese Menschen im Zuhören kaum ermüden. Denn hinter allen Fragen der Kalorien, der Wohnungsnot, der Brennstoffversorgung, der Wirtschaftspolitik ist heute die große Grundfrage aufgebrochen nach dem Sinn des Lebens überhaupt. Und hierzu kann der Sozialismus nicht schweigen, sondern muß den Menschen, die bei ihm eine seelische Heimat suchen, eine Antwort geben. Schon Aristoteles hat gesagt: „Wer die beste Verfassung machen will, der muß über die begehrenswertesten Form des Lebens Bescheid wissen.“

Ich bitte Sie, meine Ausführungen nicht als Referat zu betrachten, sondern als knappe Einleitung der Erörterung vorliegender Anträge. Einer dieser Anträge befaßt sich mit der Zusammensetzung des Kulturpolitischen Ausschusses, den der Parteivorstand laut der in Nürnberg erteilten Vollmacht im April berufen hat. Ich muß Ihnen die Liste der Mitglieder verlesen und tue das deshalb, weil in einem Antrag behauptet wird, der Ausschuß enthalte Namen, die zum überwiegenden Teil bei den Parteigenossen unbekannt sind und deren Träger keine oder nur ganz geringe Verbindungen zu den einfachen Parteimitgliedern haben. Ich muß meine Mitarbeiter gegen solche Vorwürfe in Schutz nehmen und die bloße Verlesung dieser Liste wird Sie vollständig beruhigen. Sie enthält folgende Namen: August Albrecht, Dr. Fritz Borinski, Willi Eichler, Adolf Grimme, Arno Hennig, Toni Jensen, Jupp Kapplus, Walter May, Ludwig Metzger, Dr. Siegfried Nestriepke, Dr. Guntram Prüfer, Professor Dr. Carlo Schmid, Johannes Schult, Dr. Claus-Peter Schulz, Professor Anna Siemsen, Hans Wehn, Erich Winkler.

Ich überlasse es Ihrem Urteil, ob die Mitglieder des Kulturpolitischen Ausschusses die Kennzeichnung verdienen, die der Antrag Duisburg-Wesel enthält. Der Kulturpolitische Ausschuß ist kein zusammengeschobenes Häuflein einer weltanschaulichen Gruppe, sondern gerade in diesem Ausschuß arbeiten die verschiedensten Richtungen vorbildlich zusammen und verdienen Dank für ihre Arbeit.

Dieser Arbeit des Kulturpolitischen Ausschusses wird gelegentlich der Vorwurf gemacht, sie verfolge revisionistische Bestrebungen. Wohl im Namen der Gesamtpartei darf ich sagen: Was wir dort machen, ist nicht nur kein Revisionismus, sondern das genaue Gegenteil davon. Wir versuchen, in jeder Phase unserer Arbeit und auf allen Einzelgebieten durch scheinradikale Formulierungen durch-

zustoßen bis auf die Wurzeln, bis auf die Radizes, weil wir heute diesen wahrhaft radikalen Befund der Verhältnisse, unter denen wir leben und die wir ändern wollen, brauchen. In dieser Beziehung sind in den Darlegungen der letzten zwei Tage hier wertvolle Stichworte gefallen, die ebensogut im Zusammenhang einer kulturpolitischen Debatte geäußert worden sein könnten. Wir sind dem Genossen Ollenhauer dankbar für die Erklärung, daß die Sozialdemokratie keine weltanschaulich gebundene Bewegung sei, sondern daß sie ohne Rücksicht auf die Weltanschauung des einzelnen alle Menschen aufruft, die zur Verwirklichung des Sozialismus entschlossen sind. Genosse Gerlach hat das Werk von Marx und Engels gekennzeichnet als ein noch lange nicht genügend genutztes Arsenal und hat dargelegt, daß die absolute Bereitschaft zur Kritik und definitive Absage an jede Art von Dogmatismus die noch heute fruchtbare Hauptsubstanz des Lebenswerkes dieser Männer darstellt. Wir haben uns zu fragen, was Marx und Engels heute tun und denken würden, wenn sie heute lebten, und in diesem Sinne sind wir durchaus revolutionär, wenn wir die ganze Tiefe der Problematik unserer Zeit aufzureißen versuchen, um die richtigen Wege und Lösungen zu finden.

Nach unserem letzten Parteitag in Nürnberg wurde von wohlwollender Seite in der überparteilichen Presse darauf hingewiesen, daß wir eine Art „Revolution von oben“ machten. Dieses Wort ehrt uns sehr, und wir haben uns bemüht, es zu rechtfertigen. Wir wünschen aber aus Gründen einer echten Demokratisierung, daß die revisionistische Bereitschaft uns auch auf allen Stufen des Organisationslebens von unten entgegengebracht wird.

Leider ist die parteigenössische Publizistik nicht in dem Maße auf unsere Bemühungen eingegangen, daß unsere Mitglieder und Anhänger sich als genügend informiert betrachten können. Wir wären dankbar, wenn künftig diesem Übelstande abgeholfen würde.

Mit ausdrücklicher Billigung des Parteitages in Nürnberg haben wir die Beratungen des Erlanger kulturpolitischen Jahreskongresses fortgesetzt in Ziegenhain und haben dort das Dokument geschaffen, das als Ausgangspunkt für Erörterungen, also als Diskussionsbasis für eine künftige programmatische Festlegung gedacht und gekennzeichnet war. Wenn man in der bekannten Ziegenhainer Entschliebung eine abschließende Formulierung hat sehen wollen, so ist das nicht unsere Schuld.

Die politischen Lehrkräfte der Partei haben wir in der Schüttersmühle für eine Woche zusammengerufen und haben dort gründliche Arbeit geleistet in der Durchleuchtung unserer politischen Schulungsarbeit. Stoffgebiete, Unterrichtsmethoden, Kursusdauer, Schülerauslese, praktische Auswertung der Kurse sind so gründlich behandelt und im Protokoll den Bezirken zugestellt worden, daß wir die praktische Auswertung nur dringlichst empfehlen können.

Wir haben ferner kürzlich in Lübeck außer der Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses eine weitere kulturpolitische Jahreskonferenz der Partei abgehalten, die sich mit den beiden Themen beschäftigte: „Die Kunst als bewegende Kraft“ und „Der Strukturwandel der Gesellschaft“. Vor allem aber wurde in Lübeck eine Woche veranstaltet unter dem Motto: „Sozialismus und Wissenschaft“. Wohl erstmalig in der Geschichte unserer Bewegung und des Partelwesens überhaupt haben Männer der Politik mit Forschern ersten Ranges zusammengearbeitet. Und ganz im Sinne der Ausführungen der Genossen von Knöringen und Dr. Zorn sind hier Wege angebahnt worden, Politik als angewandte Wissenschaft nicht nur zu fordern, sondern praktisch vorzubereiten. Der Sozialismus, beruhend auf Verantwortungsgefühl und Erkenntnis in allen seinen Lebensäußerungen, kann nur lebendig bleiben, wenn er sich laufend aus den Quellen zeitgemäßer wissenschaftlicher Bemühungen immer neu speist.

Wir haben vorerst in Lübeck eine Themenreihe aus exakter Naturwissenschaft, Biologie, Psychologie, Philosophie und Erziehungswissenschaft behandelt. Wir werden hoffentlich bald, vielleicht noch vor Jahresende, eine weitere Themenreihe zur Diskussion stellen, die uns auch politisch noch näher angeht in unserer

praktischen Arbeit, und zwar aus den Gebieten der Wirtschaftskunde, der Soziologie und der Geschichtsbetrachtung.

Wir haben im abgelaufenen Jahr zwei Tagungen sozialistischer Schriftsteller gehabt, in Offenbach und in Heidelberg. Diese Tagungen haben eine schöne menschliche Beziehung zwischen den sozialistischen Schriftstellern hergestellt und waren beide weit besser besetzt nach Zahl und Qualität der Teilnehmer, als der erste Versuch in Celle. Es war kein Zweifel, daß besonders die Heidelberger Tagung eine Art von Apotheose der Freiheit gewesen ist.

Zur genaueren Information unserer Bezirke, Kreisvereine und vor allem Ortsvereine planen wir die Herausgabe eines kulturpolitischen Mitteilungsblattes, das hoffentlich 16 Seiten umfassen wird und monatlich erscheint. Wenn dieses Mitteilungsblatt auch nur in einem einzigen Exemplar in jedem Ortsverein abonniert wird, ist eine wertvolle Belegung unserer Arbeit möglich und der beklagenswerte Zustand behoben, auf dem langen Wege durch die Organisationsstufen steckenzubleiben, so daß der interessierte einzelne Genosse oft den ganz falschen Eindruck erhält, als ob die Partei auf kulturpolitischem Gebiete nichts täte.

Die Tatsache, daß das Handeln der Menschen nicht nur von der Sphäre des bewußten und wissenschaftlich aufgehellten Leben getragen wird, sondern daß es weitgehend bestimmt wird von dem weiten Gebiet des Unterbewußten und Gefühlsmäßigen, hat uns veranlaßt, eine Art Kunstdienst aufzubauen. Denn wir sind nicht nur aus Gründen taktischer Erwägungen, sondern aus ethischer Verpflichtung heraus genötigt, den Menschen, die uns politisch ihr Vertrauen schenken und sich uns organisatorisch anschließen, auch eine seelische Heimat zu schaffen und sie geistig zu ernähren. Deshalb bitten wir, unsere Bestrebungen in bezug auf Kunstpflege sehr ernst zu nehmen und verständnisvoll zu unterstützen. Es ist selbstverständlich, daß diese unsere Bemühungen sich in engster und freundlichster Arbeitsgemeinschaft mit den Volksbühnen vollzieht und daß wir relativ selbständig auftreten nur dort, wo deren Arm nicht hinreicht. Diese Kunstpflege ist natürlich nicht parteigebunden und politisch, aber sie ergibt sich eigentlich aus dem Wesen des Sozialismus, als eines Dienstes am Menschen.

Im verflossenen Jahre ist auch die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer wieder ins Leben gerufen worden. Ihre vornehmste Aufgabe besteht darin, die sozialistische Propaganda in die Kreise der Lehrer und Erzieher zu tragen, denn selbstverständlich muß die Sozialdemokratie mit den künftigen Generationen rechnen und darf unter keinen Umständen die Menschen vernachlässigen, die berufsmäßig an dieser künftigen Generation arbeiten. Zweitens aber hat die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer die Aufgabe, die kulturpolitische Abteilung des Parteivorstandes und durch diese auch den Parteivorstand selbst zu beraten und zu informieren, soweit die Programmatik der Erziehung und jede Art von Schulgesetzgebung in Frage kommt.

Bereits auf dem Parteitag in Nürnberg wurde bemängelt, daß die Sozialdemokratie noch kein Programm habe. Es ist gut, daß ein solches Programm nicht zu früh geschaffen worden ist. Aber unser gegenwärtiger Parteitag erachtet es mit Recht an der Zeit, nunmehr ein solches Parteiprogramm zu schaffen. Selbstverständlich wird ein Parteiprogramm auch einen kulturpolitischen Bestandteil haben. Selbstverständlich wird in der Präambel eines solchen Programmes der gelstige Standort der Partei im Einklang stehen müssen mit unseren kulturpolitischen Bestrebungen überhaupt. Und nicht nur Lehrer und Erzieher, sondern das ganze Volk darf erwarten, daß ein gewissenhaft erwogenes Erziehungsprogramm vorgelegt wird, das alle Stufen des öffentlichen Schulwesens umfaßt.

Wir haben im Kulturpolitischen Ausschuß den Entwurf eines Kulturprogrammes vorbereitet und in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer ein Erziehungsprogramm soweit gefördert, daß es nur noch der Ergänzung durch ein Programm für die bisher vernachlässigten Fach- und Berufsschulen und für das Hochschulwesen bedarf. Es ist selbstverständlich, daß diese programmatischen Fassungen nicht nur mit äußerster Sachkunde und in präziser Formulierung vorgelegt werden, sondern daß auch jeder, der über gesunden

Menschenverstand verfügt, bei der Lektüre sehen muß, das ist vernünftig und gerecht.

Ich kann in den wenigen mir zur Verfügung stehenden Minuten Ihnen selbstverständlich nicht den ausführlichen sachlichen Bericht geben, auf den Sie Anspruch haben, und muß Sie auf unsere Rundschreiben an die Bezirke verweisen. Wollte ich jedes der angeschnittenen Gebiete auch nur annähernd behandeln, so müßte sich die stüchtige Erwähnung jedes Gegenstandes zu einem besonderen Referat auswachsen. Ich konnte also nur herausgreifen und andeuten, um welches riesige Arbeitsgebiet es sich handelt.

Eine brennende Sorge der Partei ist die politische Schulungsarbeit. Wir haben zwar bis jetzt drei politische Heimschulen, eine vierte ist im Entstehen begriffen. Doch sind diese Schulen klein und arbeiten nur jeweils für ihren Bezirk. Wir brauchen dringend eine zentrale politische Schule der Partei, in der langfristige allgemeine Kurse neben den Spezialkursen laufen können und die nicht nur eine rein lehrhafte Bereicherung der Teilnehmer ermöglicht, sondern eine konsequente und gründliche politische Erziehung. (Zwischenruf) Parteigenossen! Auch die Kulturpolitik gehört zum Programm der SPD, und ich darf Sie bitten, das zu beachten.

Genossen, es ließe sich viel und Fruchtbare sagen über den unabdingbaren Zusammenhang der Kulturarbeit und der Entfaltung des Sozialismus. Lassen Sie mich bitte zum Schluß noch eine technische Anmerkung machen. Der unmittelbare Strukturwandel der Gesellschaft, der relative Rückgang des Anteils der Handarbeiter an der Gesamtbevölkerung, die Millionenschicht heimatlos gewordener Menschen stellen uns gebieterisch vor die Notwendigkeit, heute Schichten anzusprechen, die uns vor 1933 im wesentlichen verschlossen waren. Von der Gewinnung dieser Schichten hängt es ab, ob wir auf demokratische Weise zum Sozialismus kommen oder nicht. Ein wohlmeinender Vertreter dieser Zwischenschichten, der an hervorragender Stelle des öffentlichen Lebens wirkt und der sich selbst einen Angehörigen der heimatlosen deutschen Linken nannte, hat kürzlich die melancholische Prophezeiung ausgesprochen, daß das deutsche Volk einer „CDU-Kunft“ entgegengehe. Er hat das offenbar deshalb gesagt, weil er glaubt, daß die psychologischen und kulturellen Imponderabilien auf jener Seite liegen und nicht bei uns. Genossen, es ist ein Glücksfall ohnegleichen, daß das nicht wahr ist und daß der Sozialismus alle kulturellen Imponderabilien für sich hat, wenn er sich selbst in seiner Menschentiefe und -weite versteht. Sozialismus ist überhaupt im Grunde Kulturentfaltung, und alle Politik ist im Sinne des Sozialismus nur ein Spezialfall, ein angewandter Sonderfall des umfassenden kulturellen Bewußtseins und der Verwirklichung der ethischen menschlichen Anliegen. Und weiß das so ist, sind wir des starken Glaubens, daß das deutsche Volk keiner dumpfen „CDU-Kunft“ entgegengeht, sondern einer sozialistischen Zukunft, die Wahrhaftigkeit, Gerechtigkeit und Freiheit nicht nur als theoretische Konzeption von Philosophen und Ethikern betrachtet, sondern die sie verwirklichen wird auf allen Lebensgebieten. Wenn wir das heute erkennen und wenn wir in dieser Erkenntnis unsere gesamte politische Arbeit anfassen, dann wird das deutsche Volk sehr bald erkennen, wer das Banner wahrer Geistesfreiheit in Deutschland trägt. (Beifall.)

Vorsitzender L ö b e : Nach dieser Erklärung des Genossen Hennig kommen wir zur Erledigung der Anträge. Ich möchte zunächst die Anträge 44, 47, 48 und 73 begründen lassen von Dr. Berger. Das Wort hat Dr. Berger.

Dr. Berger, Wesel: Genossinnen und Genossen! Ich möchte Ihnen die Anträge 44 und 73 begründen, die Ihnen gedruckt vorliegen. Wir befinden uns mit diesen Anträgen zum Teil in Widerspruch zu der Meinung des Genossen Hennig, des Kulturreferenten beim Parteivorstand; eine Lage, auf die ich Sie von vornherein aufmerksam machen möchte. Dieser Widerspruch besteht zunächst darin, daß beim Genossen Hennig die Auffassung besteht, daß die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer, die ASL, nicht unmittelbar dem Parteivorstand, sondern dem

Kulturpolitischen Ausschuß unterstellt werden soll und daß die Arbeitsergebnisse der ASL durch den Kulturausschuß geprüft und begutachtet werden müßten. Nach unserer Ansicht kann der Kulturpolitische Ausschuß nicht als die geeignete Einrichtung betrachtet werden, die zu einer fruchtbaren Bearbeitung der Schul- und Erziehungsfragen im sozialdemokratischen Sinne erforderlich ist. Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam machen, daß nur sechs Genossen des Kulturpolitischen Ausschusses anwesend waren, als er das Schulprogramm der ASL bearbeitet und abgeändert hat. Es wäre sonderbar und unverständlich, wenn die recht zufällige Stimme dieser 6 von 19 Genossen des Kulturpolitischen Ausschusses, eines Ausschusses, der vom Parteivorstand eingesetzt worden ist, mehr Gewicht haben sollte als die Stimmen von 5000 sozialistischen Lehrer\*innen.

Genossinnen und Genossen! Die Sozialisierung ist heute eine Gegenwartsaufgabe, — sie ist aber noch viel mehr eine Zukunftsaufgabe, eine Zukunftsaufgabe, die vor allen Dingen auch auf die innere Wandlung der Menschen selbst abzielt, und durch diese Wandlung soll das sozialistische Gedankengut in sehr viel weitere Kreise hineingetragen werden, als das bisher geschehen ist. Daher ist eine grundlegende Reform der Schule und des Erziehungswesens eine Lebensfrage der deutschen Sozialdemokratie und des Sozialismus, eine Frage, von deren Lösung es abhängt, ob es gelingt, zur Verwirklichung des Sozialismus die Menschen bereit und fähig zu machen. Von dem Umfang und den Schwierigkeiten dieser Aufgabe aber macht man sich in weiten Kreisen der Partei noch ganz unzureichende Vorstellungen. Heute kann sich die Partei nicht mehr wie früher darauf beschränken, theoretische Erörterungen anzustellen oder ein allgemein gehaltenes Erziehungsprogramm zu proklamieren, heute muß die pädagogische Wirklichkeit in all ihren Verzweigungen neu gestaltet werden; und die damit vor uns liegenden Aufgaben sind so umfangreich, daß wir zu ihrer Erledigung alle nur verfügbaren Kräfte mobilisieren müssen; die verfügbaren Kräfte vor allen Dingen, die uns in der sozialdemokratischen Lehrerschaft gegeben sind. — Der Kulturpolitische Ausschuß dagegen hat die weiteren Gebiete zu behandeln, die sich mit der sozialistischen Literatur, dem Verlagswesen, der Musik, der Malerei, dem Theater, dem Film usw. beschäftigen. Es kann beim besten Willen nicht erwartet werden, daß er sich darüber hinaus noch im einzelnen mit der Gestaltung der sozialistischen Schule der Zukunft in ausreichendem Umfang beschäftigen kann. Dasselbe, was ich bisher gesagt habe, und womit ich die Forderung begründen wollte, einen besonderen Schulausschuß beim Parteivorstand einzurichten, dasselbe gilt auch für die geforderte Lehrerzeitung. Es ist geplant, eine Zeitung des Kulturpolitischen Ausschusses herauszugeben. Lange aber plant auch schon die sozialdemokratische Lehrerschaft die Herausgabe einer Zeitung, auf die unsere sozialdemokratischen Lehrer\*innen warten und die sie dringend verlangt haben. Ich glaube, Genossen, man kann diese Aufgabe keiner besseren Regelung anvertrauen, als sie eben dieser Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer\*innen zu übergeben, deren Vorstand demokratisch gewählt worden ist und die wohl des Vertrauens würdig wäre, daß sie unmittelbar mit dem Parteivorstand verkehren dürfte, ohne Zwischenschaltung eines besonderen Ausschusses, wie ihn der Kulturpolitische Ausschuß darstellt. Die jetzt vom Parteivorstand vorgesehene Regelung erscheint uns unzweckmäßig und als sachlich nicht begründet. In völliger Einmütigkeit herrscht bei uns die Überzeugung, daß es den demokratischen Traditionen der Partei besser entsprochen hätte, wenn der Kulturpolitische Ausschuß nicht vom Parteivorstand ernannt, sondern demokratisch gewählt aus den Bezirken hervorgegangen wäre. Natürlich erwarten wir nicht, daß die von der ASL erarbeiteten Vorschläge ohne weiteres als Stellungnahme der Partei gelten sollen, sondern wir halten es für selbstverständlich, daß der Parteivorstand und der Parteitag die letzte Entscheidung über die schulpolitischen Ziele der Partei zu treffen haben. Auf Grund dieser Erwägungen wurde auf der Delegiertenkonferenz der gesamten ASL in Göttingen im Frühjahr dieses Jahres einstimmig folgender Beschluß gefaßt: „Die in Göttingen versammelten Delegierten der ASL wenden sich an den Parteivorstand mit dem Antrag, den Vorstand der ASL in allen Schulfragen als beratenden Fachausschuß

anzusehen und ihn in den zu bildenden schulpolitischen Ausschuß der Partei zu berufen.“

Damit wird der Wunsch zum Ausdruck gebracht, die schulpolitischen Aufgaben aus der Zuständigkeit des Kulturpolitischen Ausschusses herauszulösen und einem eigenen schulpolitischen Ausschuß zu übertragen, wie es in dem Antrag 44 gefordert wird; einem Ausschuß, dem selbstverständlich auch außer dem Vorstand der ASL noch einige andere sachverständige Genossen angehören könnten, für deren Auswahl noch ein geeigneter Modus gefunden werden müßte. Zunächst handelt es sich bei den Aufgaben dieses von uns geforderten Ausschusses darum, die Formulierung eines schulpolitischen Programms der Partei festzulegen, das von der ASL erarbeitet wurde, das aber der gesamten Mitgliedschaft der Partei unterbreitet und zur Diskussion übergeben werden soll, damit sobald wie möglich eine auf demokratischer Grundlage beruhende Willensbildung der Partei auf schulpolitischem Gebiet zustande kommt, und damit auf einem der nächsten Parteitage die Fixierung unserer schulpolitischen Forderungen endlich vorgenommen werden kann, — da die Forderungen, wie sie im Heidelberger Programm niedergelegt worden sind, nicht mehr als zutreffend angesehen werden können.

Genossen und Genossinnen! Ich glaube, daß es nicht allen von Ihnen bekannt war, daß es 5000 deutsche Lehrer in der Sozialdemokratie gibt, die in der ASL zusammengeschlossen sind, daß diese 5000 deutschen Lehrer an Volksschulen, mittleren und höheren Schulen, an Fach- und Berufsschulen sich zu einem machtvollen Instrument des Kampfes gegen die Reaktion zusammengeschlossen haben, eben dieser „Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer“. Wußt Ihr, daß diese Lehrer bereitstehen, in die Herzen Eurer Kinder die Liebe zum Guten und Wahren, die Begeisterung für Freiheit und Sozialismus einzupflanzen? Ich stehe hier für diese 5000 deutschen Lehrer und bitte Euch in ihrem Namen, den Anträgen, die ich begründete, Eure Zustimmung zu erteilen. Gebt den Anträgen Eure Zustimmung! Die 5000 Lehrer der deutschen Sozialdemokratie werden es Euch lohnen mit doppeltem Eifer im Kampf für den Sozialismus, mit doppelter Treue zum Banner der deutschen Sozialdemokratie, mit vermehrter freudiger Arbeit an Euren Kindern und mit doppeltem Eifer, sie für Freiheit und Sozialismus zu erziehen. (Beifall.)

Willi Eichler, Köln: Ich möchte im Namen des Parteivorstandes und des Parteiausschusses zu den Anträgen 43, 44, 45, 46, 47 und 74 Stellung nehmen und dabei gleichzeitig zu der Begründung, die der Genosse Berger zu zweien der Anträge gegeben hat, etwas sagen.

Zunächst zum Antrag 43, in dem der Bezirk Schleswig-Holstein die Minister und Abgeordneten in den Länderparlamenten um beschleunigte Einbringung von Vorlagen zur Durchführung der Schulgeldfreiheit und Lehrbuchfreiheit ersucht. Der Durchführung einer Schulreform mit mindestens sechsjähriger Grundschule pflichten Parteivorstand und Parteiausschuß bei, auch der Schulgeldfreiheit und Lehrbuchfreiheit. Wir befürchten, daß die Antragsteller gefragt werden, woher man das Geld nehmen solle. — Den Antrag Nr. 47 bitten Parteivorstand und Parteiausschuß abzulehnen, und zwar einmal aus dem Grunde, weil es aus organisatorischen Gründen unmöglich erscheint, einzelne Berufsgruppen direkt mit besonderen Vertretungen beim Hauptvorstand zu betrauen, da die Aufnahme ähnlicher und wichtiger Berufsgruppen nicht zurückgewiesen werden könnte. Der zweite Grund ist dieser: Die Lehrer haben ganz gewiß eine wichtige Stimme mitzureden beim Aufbau des Schul- und Erziehungswesens, aber nicht die einzige Stimme. Die Rolle der Schule, die Rolle des Erziehungswesens ist auch eine kulturpolitische Aufgabe allgemeiner Art und kann deshalb nicht als die alleinige Domäne der deutschen Schullehrer angesehen werden. Es muß deshalb nach Ansicht des Parteivorstandes und des Parteiausschusses darauf bestanden werden, daß die abschließenden Vorbereitungen zu diesem Thema vom Kulturpolitischen Ausschuß des Parteivorstandes ausgehen, der selbstverständlich gerade in dieser Frage mit den Vertretern der Lehrerschaft engstens zusammenarbeiten wird, wobei sie im

wesentlichen natürlich auch ihre eigenen Gedanken nicht nur vorbringen können, sondern auch akzeptiert erhalten werden.

Der Antrag Nr. 45 über die Einrichtung einer Akademie der Wissenschaften sollte dem Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen werden. Prinzipiell haben beide Körperschaften keine Einwendungen zu erheben.

Der Antrag 46 hat dieselbe Stellungnahme gefunden. Der Parteivorstand soll danach eine Reihe von Mitgliedern mit volkswirtschaftlicher Vorbildung freistellen, die weitere Studien machen sollen, deren Ergebnis der allgemeinen Parteiarbeit zugänglich gemacht werden soll. Diesen Antrag bitten wir dem Parteivorstand zu überweisen. Ebenso den Antrag 73 wegen der Einrichtung einer Zeitschrift für Schulpolitik.

Ich komme zum Antrag 47. In einer Serie kulturpolitischer Anträge nimmt sich dieser Antrag ganz besonders merkwürdig aus. Der Kulturpolitische Ausschuss ist, glaube ich, in der Zusammensetzung, wie sie vorgelesen wurde, gewiß frei von dem Vorwurf, aus Vertretern einer bestimmten Vorbildung, Weltanschauung, Doktrin zu bestehen. Davon kann keine Rede sein. Dieses Vorurteil sollte nicht weiter in die Mitgliedschaft der Partei getragen werden und gehört vor allen Dingen auch nicht in gedruckte Unterlagen, die der Öffentlichkeit zugänglich sind. Der Genosse Hennig hat selbstverständlich keinen Kulturausschuss zu benennen. Er hat das nie versucht und auch nie gemacht. Der Kulturausschuss ist in einer Sitzung des Parteivorstandes, wie sich das gehört, nach den Vorschlägen aller Mitglieder des Parteivorstandes zusammengestellt, ausgesucht und zusammengerufen worden und arbeitet in dieser Eigenschaft. Alle Ausschüsse beim Parteivorstand — und das sollte alle diejenigen beruhigen, die glauben, es könnte sich eine Diktatur der Ausschüsse etablieren — haben nur beratende Stimmen. Was immer dieser Ausschuss berät oder als ein Ergebnis seiner Beratungen zusammenstellt: es kann nichts die Partei Bindendes daraus werden, ohne daß dieses Material vom Parteivorstand akzeptiert und danach vom Parteitag endgültig als für die Partei bindend angenommen worden ist. Kein Genosse ist von der Mitarbeit an der endgültigen Gesetzgebung dieser Vorarbeit für die Partei ausgeschlossen. Ich möchte deshalb im Namen des Kulturpolitischen Ausschusses gegen die Form dieses Antrages hier Protest erheben.

Damit ist alles gesagt, was Parteivorstand und Parteiausschuss zu den Anträgen zu sagen hätten. Ich möchte etwas hinzufügen über die Aschenbrötelrolle, die die Kulturpolitik in unseren offiziellen Arbeiten bisher zugewiesen erhielt. Ich möchte deshalb öffentlich, um den Eindruck zu verwischen, als ob das Verhältnis zwischen Kulturpolitik und anderen Gebieten des Lebens so eingeschätzt wird, wie dieses bisher bei den Beratungen des Parteitages geschehen ist, erklären, daß das nicht die Meinung des Parteivorstandes oder Parteiausschusses ist, sondern wir einig darin sind, daß es sehr an der Zeit ist und eigentlich schon gewesen wäre, diesem Gebiet einen größeren Raum in unserer Arbeit und auch in der Gestaltung des Parteilbens zu widmen. Wir geben Ihnen das Versprechen, daß dies der letzte Parteitag gewesen ist, der sich so wenig mit diesem so wichtigen Thema befaßt. (Beifall.)

Vorsitzender Gn oß: Zur Begründung des Antrages 43 hat der Genosse Siegel das Wort.

Wilhelm Siegel, Bad Oldesloe: Ich hätte mich nicht zum Wort gemeldet, wenn nicht der Vorredner bei Begründung des Antrages 43, daß auch in anderen Ländern die Einführung eines Gesetzes zur Durchführung der Schulgeldfreiheit agitatorisch betrieben werden müßte, seiner Rede ein kleines Schwänzchen angehängt hätte. Er stellte nämlich die Frage, woher wohl das Geld für die Durchführung der Schulgeldfreiheit genommen werden solle. Es ist ja allerdings so, daß das ärmste Land Deutschlands diese Schulgeldfreiheit gesetzlich verankert hat. Wir haben das aus einem ganz bestimmten Grunde getan. Es ist uns natürlich auch entgegengehalten worden, daß man das angestrebte Ziel auch auf dem Wege der Schulgeldermäßigung oder des Schulgelderlasses erreichen könne. Wir aber wollen

das Gesetz der Schulgeldfreiheit in der Meinung, daß gerade den minderbemittelten Kreisen mit diesem Gesetz der Anspruch auf die Schulgeldfreiheit gegeben werden sollte. Wir haben selbstverständlich auch die Frage gestellt, woher wir denn das Geld nehmen sollten. Denn es kann schlecht die Begründung gelten, daß wir sowieso schon ein großes Defizit hätten und es nun auf etwas mehr oder weniger nicht mehr ankomme. Wir haben uns gesagt, daß die Beträge, die bisher durch das Schulgeld aufgebracht worden sind, aus dem Einkommen des deutschen Volkes stammen. Wenn wir nun auf die Erhebung des Schulgeldes verzichten, ist das nach unserer Meinung nur dann möglich, wenn auf anderem Wege dieselbe Summe aus dem Einkommen des Volkes doch erhoben wird. Das aber ist nur eine steuertechnische Frage, die außerordentlich leicht zu lösen ist. Abschließend möchte ich daher bitten, diesen Antrag, den wir gestellt haben, nicht dadurch illusorisch zu machen, daß man ihn etwa mit einem Fragezeichen versehen in die Welt schickt. Ich bitte vielmehr, diesen Antrag sehr ernst zu nehmen und bitte auch die anderen deutschen Länder, dazu übergehen, unter Beihilfe der Sozialdemokraten ein gleiches Gesetz durchzuführen. (Beifall.)

Vorsitzender G n o ß: Ich darf dazu sagen, daß der Parteivorstand, als er zu diesem Antrag Stellung nahm, keineswegs beabsichtigte, daß der Antrag nicht durchgeführt werde. Wir meinen es genau so ernst mit der Annahme und der Verwirklichung des Antrages, wie die Genossen, die ihn in Schleswig-Holstein bereits verwirklicht haben. Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Anträge, die sich mit Fragen der Kulturpolitik beschäftigen.

Antrag 43, der vom Parteivorstand zur Annahme empfohlen wird. Wer für die Annahme dieses Antrages ist, bitte ich, eine Hand zu erheben. — Widerspruch erhebt sich nicht. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Antrag 44. Unterbezirk Duisburg-Wesel, der einen besonderen Schulausschuß einzusetzen wünscht. Es wird empfohlen, daß dieser Antrag nach Auffassung des Parteivorstandes abgelehnt werden möge. Wer für die Ablehnung dieses Antrages 44 ist, bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt. (Zuruf: Unterausschuß zu bilden!) Das bedeutet nicht, daß damit das Problem vom Parteivorstand nicht erkannt ist. Es sind lediglich sachliche Beweggründe, die vorgetragen wurden.

Antrag 45 des Bezirks Ober- und Mittelfranken. Es wird vorgeschlagen, diesen dem Kulturpolitischen Ausschuß zur weiteren Bearbeitung zu überweisen, da wir über diese Dinge ohne Vorbereitung kaum einen Beschluß fassen können. Wer für die Überweisung an den Kulturpolitischen Ausschuß ist, bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich danke. Die Gegenprobe. — Es ist einstimmig die Überweisung beschlossen worden.

Dasselbe ist hier für Antrag 46 vorgeschlagen. Wer für die Überweisung an den Kulturpolitischen Ausschuß ist, bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Die Überweisung ist einstimmig beschlossen worden.

Antrag 47. Der Antrag wurde soeben vom Genossen Eichler besprochen. Er schlägt im Auftrage des Parteivorstandes vor, diesen Antrag abzulehnen, da er sachlich von falschen Voraussetzungen ausgeht. Wer für die Annahme dieses Antrages 47 ist, bitte ich um ein Handzeichen. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Der Antrag ist mit übergroßer Mehrheit abgelehnt worden.

Wir kommen zur Abstimmung über Antrag 73. Auch er soll dem Kulturpolitischen Ausschuß überwiesen werden. Wer für die Überweisung dieses Antrages ist, bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich danke. Ich stelle einstimmige Beschlußfassung fest.

Genossinnen und Genossen! Wir kommen zur Erledigung der restlichen Anträge und werden jetzt nach der Reihenfolge gehen: Antrag 39, 40, 41. Ich glaube eine Begründung übrigt sich, da diesen Anträgen kaum Bedenken entgegen stehen. Das ist ja auch wohl der Zweck der Anträge. Ich lasse über 39 abstimmen. Wer für die Annahme ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Gegenprobe. — Es ist einstimmig beschlossen.

Antrag 40. Wer für die Annahme ist, bitte ich, eine Hand zu erheben. — Gegenprobe. — Es ist einstimmig beschlossen.

Antrag 41. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich danke auch hier und bitte um die Gegenprobe. — Einstimmig beschlossen.

Antrag 42. Unterbezirk Göttingen. Der Genosse Lüdemann hat sich zur Begründung dieses Antrages gemeldet.

Hermann Lüdemann, Kiel: Es ist eine reichlich späte Stunde für die Besprechung eines so wichtigen Antrages. Ich sehe nicht die Möglichkeit, hier in Diskussionen über diesen Antrag einzutreten. Ich bedaure, daß es dem Parteivorstand nicht möglich gewesen ist, diese Frage so gründlich und sorgfältig vorzubereiten, daß wir uns heute hier mit ihr beschäftigen können. Die Frage mußte auf diesem Parteitag hier gelöst werden, nachdem bereits auf dem Nürnberger Parteitag deutlich geworden ist, daß die Parteigenossenschaft die Lösung dieser Frage wünscht. Im Augenblick ist es so, daß wir vor dem verfassungsmäßigen Aufbau in der Trizone stehen und unsere Partei sieht ohne ein Programm in der wichtigen Wahlrechtsfrage. Der Parteivorstand hat die Absicht, nunmehr erneut den Verfassungsausschuß mit dieser Frage zu befragen. Ich glaube, angesichts der Geschäftsordnungslage des Hauses wird gar nichts anderes übrig bleiben, als den Antrag Göttingen dem Parteivorstand zur Berücksichtigung bei diesen Beratungen über das Wahlverfahren zu überweisen. Das beantrage ich.

Ich möchte aber nicht unterlassen, in dieser Angelegenheit noch zwei Bemerkungen auszusprechen. Der Antrag Göttingen beginnt mit drei Worten. Es steht in der ersten Zeile: Gegen die Verhältniswahl. Ich glaube, das sind drei Worte, die heute von jedem Sozialdemokraten unterschrieben werden, der weiß, daß sich das Verhältniswahlrecht der Weimarer Republik nicht bewährt hat. Es hat sich als ein System der demokratischen Schwäche erwiesen und ist verantwortlich dafür, daß aus einem Weimarer Landtag die Diktaturgestalt eines Herrn Hitler hervorgehen konnte. Wir haben das Recht, auch jetzt wieder Fehler zu machen, aber wir haben nicht das Recht, die gleichen Fehler zweimal zu machen. Wir sollten uns deshalb darüber einig sein, daß auf keinen Fall dieses Verhältniswahlrecht das Wahlrecht unserer neuen föderativen Republik werden darf.

Vorgestern hat unser französischer Genosse Grumbach hier ausgesprochen, er wünsche uns das Wahlrecht, das uns den Sieg sichert. Wir können verstehen, warum gerade Genosse Grumbach das ausgesprochen hat. Bei den Franzosen steht heute nämlich de Gaulle vor der Tür, wie 1932 Hitler bei uns. Die Franzosen beginnen, sich darüber klar zu werden, daß die auf der Basis des Proporz durchgeführten Wahlen eine Ursache mit sind für die Schwächen des Parlaments und die ewigen Regierungswechsel. Es ist zu bedauern, daß nicht dafür gesorgt wurde, daß das Mehrheitswahlverfahren inzwischen probiert worden ist. Wenn der Vorstand neuerdings sagt, es müßten Erfahrungen gesammelt werden, so scheint mir, daß gerade mit einem Mehrheitswahlverfahren Erfahrungen gesammelt werden müßten. Grumbach wünscht uns ein Wahlrecht, das uns den Sieg sichert. Ich bin ganz sicher, daß ein Mehrheitswahlverfahren, wie es in Schleswig-Holstein benutzt wird, unbedingt uns den Sieg sichern muß. (Beifall.) Es mag sein, daß es gelegentlich auch Mißerfolge geben wird. Aber wenn Genosse Ollenhauer an die Spitze seiner Ausführungen den Satz gestellt hat, wir brauchen Klarheit und Entschlossenheit, so möchte ich meinen, daß die Entschlossenheit nötig ist, nämlich Entschlossenheit und Bereitschaft zum Risiko. Wer kämpfen will, muß auch bereit sein, ein Risiko einzugehen.

Nun noch ein kurzes Wort über den Zusammenhang zwischen Wahlverfahren und Parteien. Ein Proporzwähler ist ein anderes Individuum als ein Mehrheitswähler, und eine Proporzwahl ist eine andere Wahl als ein Mehrheitswahlverfahren. Gerade, weil wir in Deutschland eine stärkere Demokratie aufbauen wollen als im Zeichen von Weimar, sollten wir uns darüber klar sein, daß ein Mehrheitswahlverfahren sich günstig auf die Partei auswirkt, sie kraftvoller

macht und interessanter und damit neue Anziehungskraft verleiht. Alle Argumente sprechen also für ein derartiges Mehrheitswahlverfahren. Ich hoffe, daß durch die von mir beantragte Überweisung an den Parteivorstand es möglich sein wird, in eine eingehende Beratung in dem erweiterten Verfassungsausschuß einzutreten und dieses Wahlsystem im neuen Deutschland zur Anerkennung bringen zu können.

Vorsitzender G n o ß erteilt dann das Wort

Dr. Walter Menzel, Düsseldorf: Auf Grund der Debatte des Nürnberger Parteitagcs hat sich der Verfassungspolitische Ausschuß im letzten Jahr mit den Fragen des Wahlrechts beschäftigt. Der Genosse Lüdemann hat an diesen Sitzungen teilgenommen. Als der Parteivorstand den jetzt zur Debatte stehenden Antrag erhielt, waren wir uns darüber einig, daß sich ein Parteitag mit dieser Frage befassen müsse, da die Bedeutung des Wahlrechtes als einer der wesentlichsten Faktoren der politischen Willensbildung dies erfordert. Die Debatten im Verfassungspolitischen Ausschuß haben von Beginn an gezeigt, daß die Frage des Wahlsystems verschieden zu beurteilen ist, ob es sich um Gemeindevahlen, die Wahlen für die Landtage oder zu einem Reichsparlament handelt. Damit die Überlegungen bis zum nächsten Parteitag, auf dem wir diese Probleme werden diskutieren müssen, nicht in einer einseitigen Richtung gehen, muß ich auf einige Argumente eingehen, die der Genosse Lüdemann vorgebracht hat.

Es ist natürlich sehr naheliegend, heute auf Frankreich zu verweisen und das dortige Verhältniswahlrecht für die jetzigen Zustände verantwortlich zu machen. Wenn wir aber in Frankreich das Mehrheitswahlrecht hätten, wäre de Gaulle wahrscheinlich bereits seit Jahresfrist am Ruder. Es ist für die Vertreter beider Richtungen zu einfach, einmal auf England und Amerika und das andere Mal auf Skandinavien und die Schweiz zu verweisen. Es ist sicherlich interessant, wenn man aus den Erfahrungen anderer Völker lernen will, aber in diesem Zusammenhang darf ich darauf hinweisen, daß vor kurzem ein Freund Deutschlands, General Smuts, in einem reinen Mehrheitswahlverfahren unterlegen ist, obwohl er 120 000 Stimmen mehr bekommen hat als sein Gegner, der Nationalist Dr. Marlan. Wir sehen, daß auch ein Mehrheitswahlverfahren nicht die Garantie bietet, einen gerechten Ausdruck des politischen Volkswillens zu bringen. Wer die Geschichte der Republik Frankreich studiert hat, weiß im übrigen, daß unabhängig von den verschiedenen Wahlsystemen in der französischen Republik die Regierungskrisen niemals aufgehört haben und ein sehr häufiger Regierungswechsel stattgefunden hat. Der Hinweis auf andere Länder ist daher nicht immer glücklich.

Ich halte es ferner für falsch, bei der Frage des Wahlrechtes auf das Scheitern der Weimarer Republik hinzuweisen. Die Ausschaltung der kleinen Parteien kann man bei einem Verhältniswahlrecht genau so durchführen wie bei einem Mehrheitswahlrecht. Das ist lediglich eine wahltechnische Frage. Die Weimarer Republik ist nicht gescheitert wegen des Verhältniswahlrechtes, sondern gescheitert, weil wir Deutschen uns die Demokratie 1918 nicht erkämpfen mußten, weil die Deutschen, generationslang von der Ideologie des Kasernenhofes herkommend, noch nicht eine echte Demokratie aufbauen konnten und weil vor allem der unglückselige Dualismus Reich — Preußen ein Schwergewicht der Länder schuf, das eine vernünftige, klare und dauerhafte Reichspolitik in Berlin unmöglich machte. (Beifall.)

Das Ergebnis ist: Auch wir sind dafür, daß der Göttinger Antrag dem Verfassungspolitischen Ausschuß zur Berücksichtigung überwiesen wird. Wenn wir in einem Jahr die Erfahrungen aus den jetzt geltenden Wahlsystemen gezogen haben, werden wir — das hat die Diskussion im Verfassungsausschuß bereits ergeben — zu dem Resultat kommen, daß eine vernünftige Synthese zwischen einem Mehrheits- und Verhältniswahlrecht, bei dem sowohl die Persönlichkeit herausgestellt wird, als auch der politische Wille des Volkes im Parlament richtig zum Ausdruck kommt, gefunden werden wird. (Beifall.)

Vorsitzender G n o B: Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Nr. 42. Es ist vorgeschlagen worden, diesen Antrag dem Parteivorstand und zur weiteren Behandlung dem Verfassungspolitischen Ausschuß zur Berücksichtigung zu überweisen. Wer für die Überweisung des Antrages ist, bitte ich, eine Hand zu erheben. (Geschlecht.) Ich danke, ich bitte um die Gegenprobe. (Erfolgt.) Es ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum Antrag Nr. 48, einem Antrag des Ortsvereins Offenbach, betreffend die Bildung der SAJ. Es wird vorgeschlagen, diesen Antrag zu überweisen, und zwar zur gemeinsamen Beratung der beteiligten Organisationen. Es ist nahegelegt worden, daß im zweiten Absatz der dritte Satz „Diese Altersklasse zeigt aber sehr wenig Hang zur politischen Arbeit usw...“ herausgestrichen werden soll. Ich weiß nicht, ob die Antragsteller damit einverstanden sind. (Einverstanden.) Die Antragsteller sind einverstanden. Also ist dieser dritte Satz im zweiten Absatz der Begründung zu streichen. Wer in der so veränderten Form diesen Antrag dem Parteivorstand und den beteiligten Organisationen überweisen will, den bitte ich um ein Handzeichen. (Geschlecht.) Ich danke sehr. Ich bitte um die Gegenprobe — Die Überweisung ist einstimmig beschlossen worden.

Wir kommen zum Antrag Nr. 49, einem Antrag des Bezirks Obere Rheinprovinz. Es wird empfohlen, diesen Antrag anzunehmen. Erhebt sich gegen diese Annahme Widerspruch? — Es ist nicht der Fall, dann ist so beschlossen.

Der Antrag Nr. 50 der Landesorganisation Hamburg wird zur Annahme empfohlen. Wird zur Begründung das Wort gewünscht? (Zuruf: Nein!) Er wird nicht begründet. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um ein Handzeichen. (Geschlecht.) Ich danke, ich bitte um die Gegenprobe. — Es ist einstimmig so beschlossen worden.

Der Antrag Nr. 51 des Unterbezirks Essen betrifft die Aufhebung des politischen Betätigungsverbots für Beamte bzw. die Einschränkung des Verbots. Es wird Annahme empfohlen. Wir haben darüber oft genug diskutiert und unseren Standpunkt festgelegt. Wer für die Annahme ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Es ist einstimmig beschlossen.

Der Antrag Nr. 52 ist von Solingen gestellt. Es wird vorgeschlagen, diesen Antrag dem Sozialpolitischen Ausschuß zu überweisen. Im übrigen darf ich sagen, daß in Nordrhein-Westfalen bereits nach diesem vorgeschlagenen Rezept gehandelt wird. Wer für die Überweisung ist, bitte ich um ein Handzeichen. (Erfolgt.) Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. (Geschlecht.) Die Überweisung an den Sozialpolitischen Ausschuß ist beschlossen.

Der Antrag Nr. 53, der sich mit der Frage der Zusammenführung auseinandergerissener Familien beschäftigt, wird zur Annahme empfohlen. Eine Begründung erübrigt sich. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. (Geschlecht.) Ich danke. Gegenprobe. — Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nunmehr noch zu Antrag Nr. 75, der sich in dem 5. Nachtrag zur Vorlage befindet, Antrag für eine Entschließung „Flüchtlinge und Sozialdemokratie“. Es ist über diese Frage in dem vorhergehenden Tagesordnungspunkt von einzelnen Genossen gesprochen worden. Es wurde dazu Stellung genommen. Die Konkretisierung dieser Stellungnahme erfolgt in diesem Antrag Nr. 75 als eine Entschließung für die Flüchtlingsfrage und die Stellung der Sozialdemokratie dazu. Wer für die Annahme dieser Entschließung ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. (Erfolgt.) Es ist einstimmig so beschlossen worden.

Nunmehr kommt der ganze Komplex der Anträge, die sich mit Organisationsfragen, d. h. mit Fragen über das Organisationsstatut beschäftigen, Antrag Nr. 54 usw. und außerdem der neugestellte Antrag über die Umgestaltung in der Zusammensetzung des Parteausschusses, der als Antrag Nr. 72 vorliegt. Es wird vorgeschlagen, alle diese Anträge dem Organisationsausschuß des Parteivorstandes zu überweisen, sie dort einer gründlichen Beratung zu unterziehen und dann bei dem nächsten Parteitag diesen Vorschlag des Organisationsausschusses nach gründlicher

Diskussion zu behandeln. (Unverständlicher Zuruf des Genossen Heiland.) Die Überweisung dürfte auch wie in anderen Fällen der weitergehende Antrag sein. Ich lasse also zunächst über die Anträge 54 bis 58 abstimmen. Wer für die Überweisung dieser Anträge mit allen Fragen des Organisationsstatuts an den Organisationsausschuß des Parteivorstandes ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. (Geschlecht.) Überweisung dieser Anträge Nr. 54 bis 58 ist gegen wenige Stimmen beschlossen worden.

Nun der Antrag Nr. 72. Auch hier wird die Überweisung an den Organisationsausschuß vom Parteivorstand gewünscht. Die Antragsteller selbst möchten ihn aber jetzt zur Abstimmung bringen. Ich will über die Annahme dieses Antrages abstimmen lassen und möchte sofort vermelden, daß er, falls eine Annahme jetzt hier nicht erfolgt, dem Organisationsausschuß überwiesen wird. Sind die Antragsteller damit einverstanden? (Zuruf: Einverstanden.) Wer also für die Annahme dieses Antrages ist, der eine Satzungsänderung bedeutet — ich möchte darauf aufmerksam machen —, den bitte ich, eine Hand zu erheben. (Geschlecht.) Ich danke, ich bitte um die Gegenprobe. (Erfolgt.) Das ist zweifelhaft. Wir müssen auszählen. (Zuruf: Es müssen zwei Drittel sein!) Genossen, seid vorsichtig! Ich weiß nicht genau, ob unser Organisationsstatut jetzt schon einer Zweidrittelmehrheit bedarf; ich glaube, es ist nicht festgelegt. (Inzwischen wird geprüft.) Also es wird bestätigt, daß Zweidrittelmehrheit erforderlich ist. Dann ist der Antrag abgelehnt. (Zuruf: Es wird angezweifelt!) In der Mappe liegt ein Organisationsstatut. Das Organisationsstatut besagt im § 32 u. a.: „Anträge auf Änderung der Organisation können nur gewährt werden, wenn sie innerhalb der Frist, die die §§ 13 und 14 vorschreiben, veröffentlicht worden sind.“ Das trifft auf den Antrag nicht zu. Also kann er nicht behandelt werden. (Zuruf Genosse Jacobi: Es ist kein Antrag auf Änderung der Organisation!) Darunter verstehe ich alles das, was die Organisationsgliederung und ihre Aufgaben umfaßt. Ich bin der Meinung, daß dieser Antrag nicht zur sofortigen Erledigung kommen kann, weil er nicht fristgemäß eingereicht worden ist. Ich nehme an, daß sich die Antragsteller mit dieser Auffassung ebenfalls einverstanden erklären, und damit die Überweisung an den Organisationsausschuß beschlossen ist. — Ich höre keinen Widerspruch. Die Überweisung an den Organisationsausschuß ist dann beschlossen.

Es kommt noch der Antrag Nr. 71 zur Behandlung, und zwar ist der Antrag vom Bezirk Obere Rheinprovinz gestellt worden. Er befaßt sich mit den Entnazifizierungsausschüssen. Der Antrag wird zurückgezogen vom Antragsteller, wenn der Parteivorstand dazu eine Erklärung abgibt. Der Parteivorstand ist dazu bereit. Die Erklärung gibt Genossin Selbert.

Dr. Elisabeth Selbert, Kassel: Auf diesem Parteitag ist bereits sehr eindeutig ausgesprochen worden, und zwar insbesondere in der Rede des Genossen Schumacher, wie die Partei zur Frage der Entnazifizierung steht. Nachdem uns seit dem Nürnberger Parteitag nun weitere Ergebnisse und eine ganze Reihe verfehlter Ergebnisse jetzt vorliegen, kann es bei uns, glaube ich, nur die eine Meinung geben, daß die sogenannte Entnazifizierung gar keine echte Entnazifizierung war und ist (Beifall), daß sie sich vielmehr zu einem großen Teil zu einer Groteske entwickelt hat, und mit Recht bezeichnet der „Neue Vorwärts“ beispielsweise den Fall Schacht als das Ende der Entnazifizierung. Ich möchte mich der Stellungnahme der Gewerkschaften der britischen und amerikanischen Zone anschließen, die den Spruch als eines der empörendsten von allen den beschämenden Urteilen bezeichnet, die von Spruchkammern gefällt worden sind. Genossen und Genossinnen! Wir sind am Ende unserer Tagung, und ich will mich kurz fassen. Ich will daher nicht näher die Ursachen untersuchen, auf denen dieses Ergebnis beruht. Nur kurz gesagt, es beruht nicht zuletzt auf dem völligen Wehlen eines wirklich deutschen materiellen Gesetzes und ferner darauf, daß diese Gesetze, soweit sie vorhanden, d. h. oktroyiert sind, unseren Rechtsvorstellungen und unserem rechtspolitischen und politischen Denken nicht entsprechen.

Im tiefsten Gewissen hat sich in uns in diesem Jahre die Erkenntnis noch

einmal verstärkt — und ich darf den Ausdruck wiederholen, den ich vor einem Jahr in Nürnberg gebraucht habe — verpaßte Revolutionen können nicht mit gesetzlichen Mitteln nachgeholt werden. (Beifall.)

Was den Antrag Nr. 71 angeht, so verstehen und anerkennen sowohl der Parteivorstand als auch der Ausschuß, der beim Parteivorstand für Entnazifizierungsfragen eingesetzt ist, die Sorge, der dieser Antrag entspringt, daß nämlich die Partei mit den Folgen der verfehlten Entnazifizierung belastet werden könnte. Ich glaube, diese Sorge ist unbegründet. Die Partei denkt nicht daran, die Verantwortung für Dinge zu übernehmen, zu denen sie nicht gehört ist und die auf den Intentionen und falschen Vorstellungen der Besatzungsmächte beruhen. Parteivorstand und Ausschuß sind nach ernsthafter Prüfung des Antrages zu dem Ergebnis gekommen, daß der Parteitag diese Maßnahme, wie sie in dem Antrag vorgeschrieben und vorgeschlagen wird, nicht für alle allgemein verbindlich erklären sollte. Eine solche generelle Regelung ist auch gar nicht möglich aus folgenden Gründen: In den verschiedenen Zonen gelten ganz verschiedene materielle und verfahrensrechtliche Vorschriften. Ja, nicht einmal in den Zonen selbst sind sie einheitlich. In den verschiedenen Ländern, beispielsweise der britischen Zone, sind sie ganz verschieden. Ich erinnere daran, daß z. B. bei uns in der amerikanischen Zone ein Gesetz über die staatsbürgerliche Pflicht besteht. In Schleswig-Holstein soll es ähnlich sein, wonach der einzelne Staatsbürger verpflichtet ist, ebenso wie das Amt des Schöffen, des Geschworenen, des Vorstands, auch das Amt in den Spruchkammern anzunehmen.

Der Parteivorstand schlägt Ihnen daher vor, daß die Bezirke ermächtigt werden, die Entscheidung darüber, ob unsere Mitglieder aus den Ausschüssen zurückgezogen werden sollen, selbst zu fällen. Ich betone bei dieser Gelegenheit ausdrücklich, daß, wenn man eine solche Entscheidung fällt, sie nur auf demokratischer Grundlage und nach sorgfältiger Abwägung aller Gesichtspunkte gefällt werden kann. In diesem Fall ist die Entscheidung allerdings für die Mitgliedschaft verbindlich.

Zum Schluß nur noch einen Gesichtspunkt, der bei den Beratungen des Ausschusses am vorigen Freitag eine Rolle gespielt hat. Man sollte dazu übergehen, aus dem Negativen ein Positives zu machen. Wir müssen in den Landtagen zu einer gesetzlichen Regelung kommen, wodurch das gesamte öffentliche Leben, das Wirtschaftsleben, das Kulturleben gesichert wird im Sinne der Demokratie durch eine Überprüfung in Schlüsselstellung befindlicher maßgeblicher Leute. Das ist eine Möglichkeit, um die Fehler der Entnazifizierung zu reparieren. (Beifall.)

Vorsitzender G. N. O. B.: Darf ich fragen, ob der Parteitag dieser Erklärung des Parteivorstandes zustimmt? — Ich höre keinen Widerspruch. Ich stelle das ausdrücklich fest. Damit ist gleichzeitig beschlossen, daß die Bezirke ermächtigt sind, nach eigenem Ermessen in dieser Frage zu handeln.

Ich darf noch einmal zurückkommen auf den eben beschlossenen Antrag Nr. 72. Es wurden Zweifel geäußert, ob dieser Antrag zu denen gehört, wie es im Organisationsstatut im Paragraph 32 gemeint ist. Es heißt unter 4 im Paragraph 13 bzw. 14, darauf bezieht sich das, was ich eben sagte: „Die Beschlußfassung über die Organisation durch alle das Parteilieben berührenden Fragen.“ Die Organisationsgliederung, die Aufgaben des Parteiausschusses und seine Zusammensetzung sind zweifellos die Organisation berührende Fragen. Der Antrag war also mit einer Abstimmung nicht direkt zu erledigen, sondern konnte nur zur weiteren Beratung überwiesen werden.

Als letzter Antrag liegt noch der Antrag Nr. 82 vor, der vom Parteivorstand und vom Parteiausschuß gestellt worden ist und der sich noch einmal mit der Frage der Kriegsgefangenen beschäftigt. Er gibt zunächst eine Genugtuung darüber zum Ausdruck, daß die Regierungen Großbritanniens und Amerikas ihr Versprechen eingelöst haben und die Kriegsgefangenen Ende 1948 entlassen wurden bzw. schon vor diesem Termin entlassen worden sind. Es wird dann weiter auf die Zurückhaltung von deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich, den SS-Verbänden, hingewiesen. Hier bittet die Partei die Regierung Frankreichs, eine recht rasche und

rechtlich einwandfreie Überprüfung durchzuführen, damit die unbelasteten Kriegsgefangenen dieser Gruppen noch in diesem Jahre heimkehren können. Mit Befremden wird weiter festgestellt, daß aus den Ländern Polen, Jugoslawien und der Tschechoslowakei während der vergangenen Monate keine regelmäßigen Entlassungstransporte deutscher Kriegsgefangener gekommen sind. Letztlich wird dann noch auf die Kriegsgefangenen in der Sowjetunion und ihre Beschäftigung in den Uranbergwerken der Tschechoslowakei Bezug genommen. Ich bitte die Teilnehmer und Delegierten des Parteitages — der Antrag wurde gestern im Laufe der Diskussion bereits begründet, insbesondere von dem Genossen Heine — die für die Annahme dieser Entschließung des Parteilvorstandes und des Parteil-ausschusses sind, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Ich danke sehr. Ich bitte um die Gegenprobe. — Damit ist auch dieser Antrag Nr. 62 einstimmig vom Parteitag angenommen worden.

Zur Schlußansprache... (Zurufe: Beschwerdeausschuß!) Wir haben leider vergessen, daß mir noch eine Sache übertragen worden ist, die heute erledigt werden muß. Es handelt sich um das Beschwerdeverfahren, das in der Ausschußsache Wirtz (Köln) von der Beschwerdekommision während dieser Tagung behandelt worden ist. Genosse Helmstädter ist als Berichterstatter dieser Beschwerde-kommision eingesetzt.

Fritz Helmstädter, Stuttgart: Genossinnen und Genossen! Die vom Parteitag gebildete Beschwerdekommision hat sich heute unter dem Vorsitz des Genossen Schönfelder in einer mehr als vier Stunden währenden Sitzung mit der Frage beschäftigt, ob auf Grund des § 28 unseres Organisationsstatuts die Voraussetzungen gegeben sind, das Mitglied unserer Partei Martin Wirtz aus Köln aus der Partei auszuschließen. Der Sachverhalt ist folgender:

Kreisvorstand, Bezirksvorstand und Stadtratsfraktion unserer Partei in Köln haben in Gegenwart des Genossen Wirtz, der als Stadtdirektor in Köln tätig ist, am 22. Februar d. J. eine politisch höchst bedeutsame Erklärung beschlossen, die u. a. zum Inhalt hatte, daß unsere Fraktion mit dem Verhalten der CDU in Köln in einer Wahlsache nicht einverstanden ist. Diese Erklärung sollte von Wirtz in der am 25. Februar stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung abgegeben werden. Ferner wurde Wirtz beauftragt, ein Gutachten anzufertigen und die übrigen Beigeordneten der Partei über die abgegebene Erklärung zu informieren. Wirtz hat die Erklärung nicht abgegeben, er hat unsere übrigen Beigeordneten nicht wahrheitsgemäß über den Inhalt der Erklärung unterrichtet; vielmehr hat Wirtz, der der beschlossenen Erklärung in der erwähnten Sitzung ausdrücklich zugestimmt hat, das Gegenteil von dem getan, was der Parteibeschuß verlangte. Der Kreis Köln unserer Partei forderte daraufhin, den Ausschluß des Wirtz aus der Partei zu vollziehen. In einer von mehr als 500 Funktionären der Partei besuchten Versammlung wurde dieses Verlangen einstimmig beschlossen. Das Bezirksschiedsgericht, das sich als erste Instanz mit der Sache befaßte, kam zu der Entscheidung, Wirtz aus der Partei auszuschließen. Gegen diese Entscheidung hat Wirtz form- und fristgemäß Einspruch erhoben bzw. die Einsetzung eines Parteischiedsgerichts im Sinne unseres Organisationsstatuts beantragt. Das Parteischiedsgericht kam unter dem Vorsitz des Genossen Hans Thabor aus Krefeld zustande. Mit 3:2 Stimmen hat dieses Gericht beschlossen, die Entscheidung des Bezirksschiedsgerichtes aufzuheben. Diese Entscheidung wurde u. a. wie folgt begründet: „Das Parteischiedsgericht hat in seiner Mehrheit die Auffassung gewonnen, daß das Verhalten des Genossen Wirtz in der zur Beurteilung stehenden Frage genügend geahndet wird durch die Erteilung einer scharfen Rüge.“ Gegen die Entscheidung des Parteischiedsgerichtes hat der Bezirksvorstand der Partei in Köln Beschwerde beim Parteilvorstand erhoben mit dem Antrag, die Entscheidung aufzuheben und den Ausschluß des Genossen Wirtz aus der Partei gemäß dem Urteil des Bezirksschiedsgerichtes zu vollziehen. Das Begehren des Bezirksvorstandes ist eingehend begründet worden. Die Beschwerdekommision hat heute eine Reihe von Kölner Genossen, darunter die Genossen Eichler, Schirmacher und Görlinger, gehört und auch dem Genossen

Wirtz die Möglichkeit gegeben, seinen Standpunkt in der Sache eingehend darzulegen. Die Kölner Genossen erklärten ausdrücklich, daß ein Verbleiben des Genossen Wirtz in der Partei nicht möglich sei. Die gesamte Mitgliedschaft fordere mit allem Nachdruck, daß der Ausschluß zu vollziehen sei. Das Verhalten des Genossen Wirtz hat große Unruhe in den Reihen unserer Parteigenossen, insbesondere der Funktionäre, hervorgerufen. Er habe bewußt einen bedeutsamen Beschluß der Parteinstanzen sabotiert. Seine Persönlichkeit böte im übrigen keine Garantie dafür, daß er sich künftighin für die Durchsetzung wichtiger politischer Beschlüsse der Partei in seinem verantwortungsvollen Amt einsetzen könne. Der Genosse Wirtz war durch seine Erklärungen vor den Mitgliedern der Beschwerdekommision nicht in der Lage, die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen zu widerlegen.

Nach gründlicher und gewissenhafter Erwägung alles dessen, was für und was gegen die Sache spricht, kam die Beschwerdekommision zu dem einstimmigen Beschluß, den Parteitag zu bitten, den Ausschluß des Genossen Wirtz aus der Partei gemäß der Entscheidung des Bezirksschiedsgerichtes zu beschließen. Die Voraussetzungen des § 28 Ziffer 1d unseres Organisationsstatuts sind für den Ausschluß gegeben.

Die Beschwerdekommision, Genossen und Genossinnen, glaubt besonders darauf hinweisen zu müssen, daß wir von den in hohen Funktionen des Staates und der Gemeinden stehenden Genossen verlangen müssen, daß sie sich jederzeit darüber klar sind, Sozialdemokraten zu sein, und daß sie die Beschlüsse aller Parteinstanzen zu respektieren haben und diese nicht sabotieren dürfen. (Reicher Beifall.)

Vorsitzender G n o ß: Wir haben den Antrag des Beschwerdeausschusses zur Kenntnis genommen. Eine Aussprache zu diesem Punkt wird nicht gewünscht. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Beschwerdekommision, der besagt, daß der Ausschluß des Genossen Wirtz (Köln) vom Parteitag als wirksam anerkannt wird. Wer für diesen Antrag der Beschwerdekommision ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich danke sehr! Ich bitte um die Gegenprobe. — Es ist einstimmig so beschlossen. (Zuruf von hinten: Eine Stimme dagegen!)

### Schlußwort des Vorsitzenden Lübe

Wir sind am Ende unserer Verhandlungen. Wir möchten vor unserem Abschied der Stadt Düsseldorf unseren Dank aussprechen, die erfolgreich bemüht war, uns unsere Aufgabe zu erleichtern, und die uns diesen imposanten Versammlungsraum zur Verfügung gestellt hat. (Beifall.) Wir danken der Düsseldorfer Partei, die in fleißiger Arbeit alle Vorkkehrungen getroffen hat, damit wir in kurzer Zeit unser großes Pensum bewältigen konnten, und die auch für ein geselliges Beisammensein der Delegierten gesorgt hat. Wir danken den Hunderten von Funktionären, die bei dem Ablauf unserer Verhandlungen mitgearbeitet haben, und den Quartiergebern, die uns für diese Tage ein Heim geboten haben. (Beifall.) Dem Volkschor unter Leitung von Prof. Günther und dem Städtischen Orchester, die uns die wunderschöne Einleitung unseres Parteitages am Sonntagvormittag geboten haben, danken wir ebenfalls.

Ich möchte diesen Dank auch ausdehnen auf diejenigen Genossen, die durch eigene Rücktrittserklärung oder durch den Parteitag selber aus ihrer Funktion im Parteivorstand ausgeschieden sind, den Genossen Loßmann, Agartz, Helmstädter und Velt. (Beifall.)

Genossen! Die vielen Auslandsgäste wurden bereits bei ihrer Ankunft begrüßt. Es war ein freudiges Gefühl, sie so zahlreich bei uns zu wissen. Wir rufen Ihnen heute ein herzliches Auf Wiedersehen! zu.

Der Parteitag hat im Anschluß an das Referat von Kurt Schumacher und mit dem Schlußwort Erich Ollenhauers am ersten und zweiten Tage die politischen Leitsätze und Richtlinien für unsere fernere Arbeit ausgearbeitet. Wir konnten

bei dem Bericht des Parteivorstandes mit Freuden einen dauernden Aufstieg unserer Partei und gesunde Kassenverhältnisse aus eigenen Kräften feststellen. Das Referat Kriedemanns und die vorzüglichen Darlegungen des Genossen Veit gaben uns zum erstenmal ein Gesamtbild der Arbeit des Wirtschaftsrates in voller Durchleuchtung. Sie gaben uns wertvolles Material für die Arbeit des wirtschaftlichen Aufbaues in den nächsten Monaten und Jahren. Dasselbe gilt in hohem Maße von dem vollkommenen Überblick über die sozialistische Neugestaltung, die uns Genosse Zorn in hervorragender Weise unterbreitet hat und die durch die folgende Aussprache ergänzt wurde. Wir dürfen davon einen wichtigen Fortschritt auf dem Wege zur inneren Erneuerung unserer Partei erwarten.

Lassen Sie uns jetzt dafür sorgen, draußen zu vertreten, was hier niedergelegt worden ist.

Genossen und Genossinnen! Dunkle Wolken ballen sich im Osten unseres Vaterlandes. In Berlin werden zähe und mutige Kämpfe für die Freiheit geführt, nicht nur für die der östlichen Zone, sondern für Gesamt-Deutschland, ja für ganz Mitteleuropa. Schwere staatspolitische Entscheidungen drängen im Westen auf ihre Lösung, wo die Fundamente einer ersten repräsentativen Vertretung unseres Volkes für ein neues, geläutertes, friedvolles Deutschland gelegt werden sollen. Wohin wir aber auch blicken, es lastet ein schweres Gewicht der Verantwortung auf unseren Schultern, so schwer, daß wir es kaum in vollem Umfang zu ermessen wissen. Wir haben den dunklen Stand der letzten zwanzig Jahre geahnt, daß eine ganze Generation sich zermürben würde bei dieser schier unlösbaren Aufgabe. Die Erkrankung des Genossen Schumacher und von Louise Schroeder bestätigen bitter diese Befürchtungen. Und dennoch, es gibt für uns kein Zagen und keinen Weg zurück. Das deutsche Volk hat uns in vielen Wahlen Vertrauen bezeugt; es wird bestätigt an dem Tage, an dem das ganze Volk, auch die heute Entrechteten, in Freiheit ihren Willen werden verkünden können, an dem Tage also, an dem der Vorhang weggezogen wird, der die Wahrheit im Osten verbirgt. Ist es nicht ein unerhörtes Attentat auf die Freiheitsrechte der Deutschen, daß eine Macht, die vorgibt, freiheitlich zu sein, unsere Freunde so knechtet, daß die Verhandlungen dieses Parteitages ebensowenig wie seiner Vorgänger in wahrheitsgetreuen Berichten an die Ohren derer dringen, die mit Herzen und Verstand auf unserer Seite stehen? (Bravo!) Trotzdem wissen wir, daß wir die Träger ihres Vertrauens sind, das wir auch zu rechtfertigen haben.

Wenn ich Umschau halte in diesem Raum, dann sehe ich, wie eine neue gesunde Schar der Jungen sich emporreckt, fest und entschlossen wie die Alten, die von uns gegangen sind und deren Zahl von Jahr zu Jahr sich mindert. Aber wir proklamieren offen: Demokratie für alle, aber nicht für die, die, wenn sie zur Macht gekommen sind, die Demokratie umbringen wollen. (Bravo!) Diese neue Generation von vielen Tausenden entschlossenen Streibern beansprucht kein Alleinrecht auf die Gestaltung der Zukunft unseres Landes; sie weiß, daß nach der Zusammensetzung unseres Volkes der Zusammenklang mehrerer Parteien und Ansichten die Lösung wird bringen müssen. Aber daß diese Lösung nicht ein Rückfall, kein Rückschritt sein darf, daß sie nur auf dem Wege sozialer und sozialistischer Neugestaltung geschehen kann — Genossen, dafür wollen wir gerade stehen. Das berechtigt uns zum Ehrennamen der Deutschen Sozialdemokratischen Partei und dazu, die rote Fahne in ihrer unversehrten Reinheit weiterzutragen. Auf, Sozialisten, schließt die Reihen! (Die Versammlung singt den Sozialistenmarsch.)

Mit dem Absingen dieses Liedes durch die Tagungsteilnehmer und dem spontanen Ausruf: „Freiheit! Freiheit! Freiheit!“ schloß der Vorsitzende den Parteitag 1948.

## Begrüßungsschreiben und -telegramme

---

Sacha Z. Volman, für die unabhängige Sozialdemokratische Partei Rumäniens, Paris  
David Lewis, für Cooperative Commonwealth Federation of Canada  
Zentralkomitee der Auslandsorganisation der Sozialdemokratischen Partei Litauens,  
Reutlingen  
Vorstand der Ukrainischen Sozialistischen Union, Augsburg  
Carl Stein, Vorsitzender der Vereinigung deutscher Sozialdemokraten in Nor-  
wegen, Oslo  
Sozialistische Arbeiterpartei Luxemburgs  
Zentralvorstand der Norwegischen Arbeiterpartei, Oslo  
A. J. M. Donald, für die Labour Party, Neuseeland, Wellington  
Alexander Cordzaya, für die Georgische Sozialdemokratie, München  
Parteitag der SPD, Bezirk Saar, Sulzbach  
SPD-Ortsverein Rodenkirchen  
Sozialistische Studentengruppe, Düsseldorf  
SPD-Kreisgruppe Wittgenstein  
Lorbeer Wolf, Montevideo, Uruguay  
Louise Schroeder, Hamburg-Bahrenfeld  
William Green, Präsident der American Federation of Labor, Washington  
Irving Brown, Stellvertretender Präsident der AFL, Brüssel  
Otto Landsberg, Holland  
Dina Vogel und Kinder, Fürth (Bayern)  
Ernst Hoch, Amsterdam  
Mario Juchacz, New York  
Paul Hertz, New York  
Hans Hirschfeld, New York  
Emil Kirchmann, New York.

## Kundgebungen und Beschlüsse des Parteitages 1948

### Koordinierung der sozialdemokratischen Politik

Der Parteitag hat beschlossen: Der Parteivorstand ist ermächtigt und verpflichtet, für die Koordinierung der sozialdemokratischen Politik in den einzelnen Ländern Deutschlands Sorge zu tragen. Die Exponenten der deutschen Länderpolitik innerhalb der Sozialdemokratischen Partei verpflichten sich, Koordinationsbeschlüsse und Richtlinien des Parteivorstandes und Partelausschusses innezuhalten. Sie verpflichten sich ferner, in kritischen Situationen und bei möglicher Überschneidung von Kompetenzen im Rahmen der Länderpolitik den Parteivorstand zu unterrichten und die in gegenseitiger Aussprache als Richtlinien erarbeiteten Grundsätze jeweils zu vertreten.

### Wiederherstellung der Verbindung des Saarlandes mit dem übrigen Deutschland

Der Parteitag bekräftigt die Entscheidung der Parteivorstandes vom 16. September 1947: „Das Saargebiet ist ein Teil Deutschlands...“ Der Parteivorstand wird beauftragt, auch weiterhin alle geeigneten Schritte zu unternehmen, um die Verbindung des Saarlandes mit dem übrigen Deutschland wieder herzustellen. Das Saarland ist nach seiner wirtschaftlichen Struktur sowohl mit der deutschen als auch mit der französischen Wirtschaft verbunden. Die notwendige wirtschaftliche Verständigung wird aber durch die politische Trennung der Saar von Deutschland nicht erleichtert, sondern verbaut.

Außerdem schafft die politische Trennung die Gefahr, daß die Saarbevölkerung zu nationalistischen Zwecken mißbraucht wird.

Der Parteitag grüßt die deutschen Sozialdemokraten an der Saar und erwartet von ihnen, daß sie über die Brücke, die sie zwischen Deutschland und Frankreich schaffen wollen, den Weg zu uns ganz zurückfinden.

### Wiedergutmachung an die Verfolgten des Naziregimes

In der tiefen Achtung vor den Leiden und Opfern der politisch, rassisch und religiös Verfolgten des Naziregimes bekennt sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands rückhaltlos zur Pflicht der Wiedergutmachung der Schäden, die die Verfolgten erlitten haben.

Unermeßlich sind ihre Opfer an Leben, Gesundheit, Freiheit und wirtschaftlicher Existenz gewesen.

Zur Wiederherstellung von Recht, Sitte und Moral ist die Forderung der Verfolgten des Naziregimes auf Wiedergutmachung berechtigt und findet die volle Anerkennung der Partei. Die SPD unterstützt darum alle Bestrebungen, die den Verfolgten des Naziregimes zu ihrem Recht verhelfen.

Die Vertreter der Partei in allen Parlamenten und verantwortlichen Regierungsstellen werden aufgefordert, die berechtigten Forderungen der Verfolgten zu den ihren zu machen und durch schnellste Einbringung und Verabschiedung von Gesetzen die Wiedergutmachung gesetzlich zu regeln und zu verankern.

Ebenso soll die Partei alles tun, um den Opfern einer neuen Diktatur, die Gesundheit, Freiheit und Existenz einbüßen oder in ihrer Freiheit gefährdet sind, zu einer neuen Existenz und einer neuen Heimat zu verhelfen.

## **Verhältnis der SPD zur VVN**

Die Sozialdemokratische Partei stellt fest, daß die Mitgliedschaft in der VVN unvereinbar ist mit der Mitgliedschaft in der SPD. Hieraus ergibt sich für die SPD als politische Organisation die Verpflichtung, im Rahmen der Möglichkeiten und der in Vorbereitung befindlichen Gesetze einer Wiedergutmachung gegenüber Antinationalsozialisten das Wort zu reden, die den berechtigten Ansprüchen und der Verpflichtung des Volkes gegenüber den Vorkämpfern der Freiheit in weitestem Maße gerecht wird.

### **Mitgliedsbeiträge für Arbeitslose**

Der Parteitag hat beschlossen, daß Beiträge für Erwerbslose generell auf 50 Pfennig monatlich festgesetzt werden; in ganz besonders krassen Fällen auf 25 Pfennig monatlich. Jedoch soll diese Beitragsleistung nur nach Anhörung der örtlichen Organisation zu tätigen sein. Es sollen auf alle Fälle für Erwerbslose Beitragsmarken geklebt werden. Die Ermäßigung ist auf Zeit zu begrenzen.

### **Spende für die Berliner Organisation**

Der Bezirksvorstand Hessen-Süd bittet den Parteitag, zu beschließen, daß an die Berliner Organisation 5 Prozent der Beiträge des 3. Quartals 1948 (3 Monate), die von den Ortsvereinen an die Bezirke abzuliefern sind, als Spende überwiesen werden.

### **SPD-Richtlinien für ein Bodenreformgesetz verbindlich**

Die vom Agrarpolitischen Ausschuß beim Parteivorstand erarbeiteten Richtlinien für ein Bodenreformgesetz sind bindend für alle sozialdemokratischen Funktionäre in den Ländern.

### **Schnelle Durchführung der Bodenreform**

Der Ortsverein Hörste ersucht den Parteitag, sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für eine schnelle Durchführung der Bodenreform einzusetzen.

Wir wünschen eine Höchstgrenze von 100 Hektar einschließlich Wald, Wiese, Weide und Ödland und einen Höchststeuereinkommenwert von 50 000 DM. Weiter fordern wir die Selbständigkeit aller Heuerlinge und Pächter.

Die Generalversammlung möge dafür eintreten, daß alle seit dem 1. Januar 1945 getätigten Verkäufe an Grund und Boden für nichtig erklärt werden.

### **Boden freies Eigentum derjenigen, die ihn bearbeiten**

Die Sozialdemokratische Partei fordert ihre Landtagsfraktionen auf, dahin zu wirken, daß das aus der Bodenbesitzreform anfallende Land zum Hauptanteil einer Aufsiedlung zur Verfügung gestellt wird, die den Boden als freies Eigentum in die Hand derjenigen legt, die ihn bearbeiten.

Bei der Landvergabe sind Landarbeiter und landlose Bauern, Einheimische und Heimatvertriebene, gleichberechtigt zu berücksichtigen.

### **Forderung nach Schul- und Lehrmittelfreiheit und mindestens sechsjähriger Grundschulpflicht**

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat beschlossen:

1. Die Minister und Abgeordneten in den Länderparlamenten haben beschleunigt Anträge auf Vorlegung von Gesetzen zur Durchführung der Schulgoldfreiheit, der Lehrmittelfreiheit und der Gewährung von Erziehungsbeihilfen zu stellen.
2. Die Durchführung einer Schulreform mit mindestens sechsjähriger Grundschulpflicht ist in allen Ländern beschleunigt zu betreiben.

## **Rückgabe von Jugendheimen an rechtmäßige Eigentümer**

Die Parteiorganisation der SPD setzt sich mit allen Mitteln dafür ein, daß überall dort, wo bis zum Jahre 1933 Jugendheime bestanden, die Heime und Einrichtungen durch die Nazis oder Behörden beschlagnahmt oder enteignet wurden, dieselben auf dem Wege der Wiedergutmachung mit staatlichen Mitteln sofort wieder einzurichten und dem rechtmäßigen Eigentümer zurückzuerstatten sind.

## **Einbeziehung sämtlicher Staatsbediensteten in Maßnahmen zu Veränderungen in der Verwaltung**

Die durch die Währungsreform offenbarte völlige deutsche Verarmung breiterer Volkskreise erzwingt auch Veränderungen in der Verwaltung.

Weil hierdurch auch die Kassen der öffentlichen Verwaltungen alle Geldreserven eingebüßt haben, müssen diese Veränderungen auf die Vorbilligung der Verwaltung, aber auch auf ihre höchste Leistungsfähigkeit abzielen.

In diesem Sinne muß daher von den restlichen Möglichkeiten Gebrauch gemacht werden, die in dem § 27 des 3. Gesetzes zur Währungsreform gegeben wird.

Das künftige Anstellungsverhältnis der Staatsbediensteten, die Veränderung ihrer Rechte, Bezüge und Pensionen, wie insbesondere auch Entlassungen und personelle Veränderungen in ihrer dienstlichen Verwendung muß so gestaltet werden, daß sämtliche Staatsbedienstete — also Beamte, Angestellte und Arbeiter — nach den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit in diese Maßnahmen einbezogen werden und keinesfalls nur die Gruppe der Arbeiter und Angestellten allein.

Es soll außer dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit insbesondere die Leistung und nicht allein das Dienstalter zum Ausgangspunkt der Einzelentscheidungen gemacht werden.

## **Aufhebung des Verbots der politischen Betätigung von Beamten**

Anzustreben ist, das Verbot der politischen Betätigung von Beamten aufzuheben bzw. einzuschränken, um sowohl tätige Mitarbeiter zu erhalten als auch einigen die Möglichkeit der Berufung auf jene Bestimmungen zu nehmen.

## **Zusammenführung durch den Krieg auseinandergerissener Familien**

Der Parteitag verpflichtet alle Genossinnen und Genossen, sich für eine sofortige Zusammenführung aller Familien einzusetzen, die durch den Krieg und seine Folgen auseinandergerissen wurden.

## **Deutschland und Europa**

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennt sich zu den Vereinigten Staaten von Europa. Sie ist überzeugt, daß der Europäische Wiederaufbauplan Amerikas nur dann einen dauernden Erfolg haben kann, wenn die europäischen Völker ihre wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit so organisieren, daß Europa nach Beendigung dieser Hilfe als eine Gemeinschaft freier Völker existieren kann.

Die volle und gleichberechtigte Mitwirkung eines demokratischen Deutschlands ist eine unerläßliche Voraussetzung für den Erfolg einer gemeinsamen Politik der europäischen Völker.

Es ist die Aufgabe der Deutschen selbst, durch die Neuordnung ihrer innerpolitischen Verhältnisse das Vertrauen der Völker zu einer demokratischen und friedlichen Politik des deutschen Volkes wieder herzustellen.

Die Schaffung demokratischer Institutionen und eine aktive demokratische Politik in der Verwaltung sind notwendige Voraussetzungen, aber sie allein sichern noch nicht den Bestand der Demokratie.

Die dauernde und erfolgreiche Behauptung der Demokratie gegen Herrschafts-

ansprüche des Großbesitzes oder Diktaturgelüste des Kommunismus wird nur möglich sein durch die Überführung des privaten Großbesitzes an Rohstoffen und Produktionsmitteln in den Besitz der Allgemeinheit und durch einen sozialen Ausgleich der Lasten des Krieges und der Nachkriegszeit.

Die deutsche Demokratie darf nicht wieder gefährdet werden durch den politischen Mißbrauch wirtschaftlicher Macht, und sie wird nur dann von der großen Mehrheit des Volkes als eine höhere Lebensform anerkannt werden, wenn sie zugleich die soziale Gerechtigkeit verwirklicht.

Krieg und Diktatur haben das deutsche Volk vor die harte Notwendigkeit gestellt, mit seinen Produktionsmöglichkeiten und mit seinen Produktionsmitteln hauszuhalten. Der Verlust an Nationalvermögen und an nationaler Wirtschaftskraft muß von allen Teilen des Volkes getragen werden. Nur eine unter dem Gesichtspunkt der Befriedigung der dringendsten Lebensbedürfnisse des Volkes gelenkte Produktion kann diesen Erfordernissen gerecht werden.

Die Durchführung einer solchen demokratischen und sozialen Politik, die gleichermaßen den Interessen des deutschen Volkes und der anderen Völker dient, erfordert eine entsprechende Politik der Besatzungsmächte in Deutschland.

Die Sozialdemokratische Partei sieht in der von der Sowjetunion betriebenen Besatzungspolitik der wirtschaftlichen Ausbeutung und der politischen Unterdrückung keine Grundlage für eine demokratische und sozialistische Erneuerung Deutschlands. Jeder Versuch, dieses System direkt oder indirekt auf ganz Deutschland zu übertragen, wird den entschieden und kompromißlosen Widerstand der Sozialdemokratie finden. Die Sozialdemokratie fühlt sich mit allen denen verbunden, die in der Ostzone schweren Verfolgungen und skrupellosen Diffamierungen ausgesetzt sind, weil sie sich weigern, vor der Diktatur der Besatzungsmacht und ihrer Quislingpartei zu kapitulieren.

Solange infolge dieser Politik der Sowjetunion eine Verständigung der Alliierten über die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit nicht erzielt werden kann, ist es die Verpflichtung der Westalliierten, in ihrem Machtbereich eine freiheitliche und demokratische Entwicklung aktiv zu fördern.

Die Bevölkerung Berlins hat immer stärkere Beweise ihres Freiheitswillens erbracht. Dadurch und durch die großzügige Hilfsaktion der Westalliierten ist die Unabhängigkeit Berlins gegen Hungerblockade und Gewaltmaßnahmen verteidigt worden. Die Sozialdemokratische Partei erwartet, daß die demokratischen Mächte nur einer Lösung des Berliner Konfliktes zustimmen, welche die Freiheit und Selbstverwaltung der Hauptstadt Deutschlands sichert.

Solange die internationalen Bedingungen die Herstellung des Friedenszustandes und die Beendigung der Besetzung unmöglich machen, muß durch den Erlaß eines Besatzungsstatuts eine eindeutige Rechtsbasis für die Beziehungen zwischen den Besatzungsmächten und den Deutschen geschaffen werden.

Die Einbeziehung Westdeutschlands in den Europäischen Wiederaufbauplan verfolgt das Ziel, die deutsche Wirtschaftskraft für die Gesundung der europäischen Wirtschaft nutzbar zu machen. Diese Politik ist unvereinbar mit einer Fortsetzung der Demontage von Produktionsstätten und Produktionsmitteln, die für die Friedensproduktion unerlässlich sind. Die Sozialdemokratie fordert daher erneut die sofortige und endgültige Einstellung der Demontagen.

Das Ziel einer echten und dauerhaften Demokratisierung Deutschlands kann nur erreicht werden, wenn die Alliierten bereit sind, dem deutschen Volk die freie Entscheidung über die Gestaltung seiner eigenen inneren Angelegenheiten zu überlassen. Der Widerspruch zwischen den Ankündigungen über die weitgehenden neuen Vollmachten der Deutschen im Zusammenhang mit dem Londoner Abkommen und dem Einspruch der amerikanischen und britischen Militärregierungen gegen das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht im hessischen Betriebsrätegesetz und gegen das Sozialisierungsgesetz für den Bergbau in Nordrhein-Westfalen muß zugunsten einer Respektierung freier demokratischer Entscheidungen

der Deutschen gelöst werden. Die wiederholten feierlichen Erklärungen, daß die Hilfe des europäischen Wiederaufbauplanes nicht an politische und wirtschaftliche Bedingungen geknüpft ist, müssen auch auf Deutschland Anwendung finden.

Es ist die nationale und europäische Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie, den Versuch zu verhindern, die Vorherrschaft des deutschen Kapitalismus in Westdeutschland zu behaupten. Es ist ihr Ziel, eine Politik zu treiben, die von der Erkenntnis getragen wird, daß auf die Dauer die europäische Demokratie ohne Sozialismus nicht möglich sein wird.

### Einsetzung einer Programmkommission

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, eine unverzügliche Programmkommission einzusetzen. Der Entwurf der Programmkommission für ein Parteiprogramm ist der Gesamtpartei zur Diskussion zu unterbreiten, bevor er dem Parteitag zur Beschlußfassung vorgelegt wird.

### Parteizeitungen in der US-Zone

Der Sozialdemokratische Parteitag bedauert sehr, daß für die US-Zone noch immer keine Parteizeitungen zugelassen sind.

Seit der Lizenzierung der politischen Parteien vor rund drei Jahren wird die Forderung nach Parteizeitungen erhoben, Landtage und Verlegerverbände haben sich diesem Wunsch angeschlossen. Ohne eigene Sprachrohre ist es den demokratischen Parteien schwerlich möglich, ihren im Interesse des Volkes liegenden Aufgaben gerecht zu werden, für den demokratischen Gedanken zu werben und totalitäre Bestrebungen erfolgreich zu bekämpfen.

Der Sozialdemokratischen Partei ist durch diese Nichtzulassung der Zeitungen ganz besonders Unrecht angetan. Bis zum Jahre 1933 erschienen im Gebiete der jetzigen US-Zone 34 sozialdemokratische Tageszeitungen, die durch die Nazis geraubt wurden und für die sie Anspruch auf Wiedergutmachung erhebt.

Der Parteitag ersucht die US-Militärregierung, dem Verlangen nach Lizenzierung der Parteizeitungen stattzugeben.

Darüber hinaus fordert der Parteitag die Militärregierungen der Westzonen auf, die Rückerstattung bzw. Wiedergutmachung der im Jahre 1933 beschlagnahmten Druckerei- und Verlagsbetriebe zu beschleunigen.

### Forderung nach endlicher Rückführung der Kriegsgefangenen

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei in Düsseldorf stellt mit Befriedigung fest, daß die Regierungen Großbritanniens und Amerikas ihr Versprechen, alle deutschen Kriegsgefangenen bis zum Ende des Jahres 1948 zu entlassen, schon vor diesem Termin eingelöst haben.

Soweit eine Zurückbehaltung von deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich (SS-Verbände und gesperrte Einheiten) vorgesehen ist, bittet die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die Regierung Frankreichs, eine recht rasche und rechtlich einwandfreie Überprüfung durchzuführen, damit die unbelasteten Kriegsgefangenen dieser Gruppen noch in diesem Jahre heimkehren können.

Mit Befremden stellt der Parteitag fest, daß aus den Ländern Polens, Jugoslawiens und der Tschechoslowakei während der vergangenen Monate keine regelmäßigen Entlassungstransporte in Deutschland eingetroffen sind. Die monatliche Entlassungsquote aus Sowjetrußland hat einen so niedrigen Stand erreicht, daß die versprochene Heimführung aller deutschen Kriegsgefangenen bis Ende 1948 gefährdet erscheint. Darüber hinaus werden entlassene Kriegsgefangene aus der Sowjetunion erneut festgenommen und in die Uranbergwerke der Tschechoslowakei verschleppt.

Noch immer werden auch außer den Kriegsgefangenen verschleppte deutsche Zivilisten, Frauen und Jugendliche in der Sowjetunion festgehalten.

Proteste deutscherseits blieben bisher unbeantwortet. Die Außenminister der alliierten Länder Amerikas, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion übernahmen durch ihr Versprechen anlässlich der Moskauer Konferenz im März 1947 eine gemeinsame Garantie für die Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen bis Jahresende 1948. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bittet die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs, bei den Regierungen der UdSSR, Jugoslawiens, Polens und der Tschechoslowakei darauf zu dringen, daß den deutschen Kriegsgefangenen in diesen Ländern bis Jahresende 1948 die Freiheit wiedergegeben und die verschleppten Zivilisten sofort heimgeführt werden.

#### Zusammensetzung des Parteivorstandes

Der Parteivorstand besteht aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden, fünf besoldeten Mitgliedern und 23 unbesoldeten Beisitzern.

#### Jährliche Frauenwerbeweche

Die Parteibezirke werden beauftragt, zur stärkeren Heranziehung der Frauen jährlich eine Frauenwerbeweche abzuhalten. Während dieser Woche soll die gesamte Parteio rganisation in den Dienst der Frauenwerbung gestellt werden.

#### Staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Frau

Der Parteivorstand wird beauftragt, gemeinsam mit den zuständigen sozialdemokratischen Fraktionen dafür zu sorgen, daß der Grundsatz der vollen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Frau auf allen Rechtsgebieten verwirklicht wird. Die Durchführung dieses Grundsatzes ist eine der vordringlichsten Aufgaben der Sozialdemokratischen Partei.

#### Beitragsstaffelung nach Monatseinkommen

	bis DM 300,—	DM 1,—
von DM 301,—	bis DM 350,—	DM 2,—
von DM 351,—	bis DM 400,—	DM 3,—
von DM 401,—	bis DM 500,—	DM 5,—
von DM 501,—	bis DM 600,—	DM 7,—
von DM 601,—	bis DM 800,—	DM 10,—
von DM 801,—	bis DM 1000,—	DM 20,—
von DM 1001,—	bis DM 1200,—	DM 25,—
	über DM 1200,—	DM 30,—
Für Ehefrauen und nicht berufstätige Familienmitglieder		DM 0,50

#### Meinungsaustausch mit allen demokratisch-sozialistischen Kräften in den Nachbarvölkern

Für den Frieden Europas ist es notwendig, verstärkte und beschleunigte Anstrengungen zu machen, um die Schwierigkeiten auszuräumen, die zwischen Deutschland und seinen Nachbarvölkern — insbesondere Frankreich — noch bestehen und die das Verständnis der europäischen Völker für ihre besondere Lage erschweren.

Der Parteitag beschließt daher:

1. Der Parteivorstand wird beauftragt, alles zu tun, was einem engen Kontakt und kameradschaftlichem Meinungsaustausch mit den demokratisch-sozialistischen Kräften dieser Völker förderlich ist.
2. Mit allen Bruderorganisationen, insbesondere auch mit der sozialistischen Partei Frankreichs, ist ein Austausch anzustreben
  - a) von Delegationen aus den Kreisen der Arbeiter-, Angestellten-, Lehrer-, Studenten-, Frauen- und Friedensorganisationen.
  - b) von übersetzten Schriften, Artikeln und allen solchen Meinungsäußerungen, die das Verständnis unserer Völker füreinander fördern und dem Frieden dienen.

## Entschließung zum Bericht der sozialdemokratischen Fraktion im Wirtschaftsrat

Die von den westlichen Besatzungsmächten durchgeführte Währungsreform hat die entscheidende Voraussetzung jeder deutschen Wirtschaftspolitik klar erfüllt: die Armut des deutschen Volkes. Sie hat jedoch die ungleiche Verteilung der Armut auf die einzelnen Volksschichten noch verschärft und den Schutz der breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung gegen die Zufälligkeiten eines unkontrollierten Wirtschaftsprozesses zur gebieterischen Notwendigkeit gemacht.

Die Sozialdemokratie hat seit 1945 stets darauf hingewiesen, daß die Aufgabe der deutschen Wirtschaftspolitik nach der Katastrophe des Hitlerkrieges nicht die Erzielung von privaten Gewinnen, sondern die ausreichende Versorgung der Menschen mit Bedarfsgütern und Nahrung sei. Die volle Verwirklichung dieses Zieles wird ständig gefährdet durch fortdauernde Kriegsfolgen wie:

Die Zerstörung von Produktionsanlagen und Wohnstätten, den Mangel an wichtigen Rohstoffen, die Abhängigkeit von ausländischer Hilfe sowie die durch die Ostvertriebenen unorganisch angewachsene Bevölkerung.

In klarer Erkenntnis dieser Tatsachen hat deshalb die Sozialdemokratische Partei stets eine planvolle Lenkung der Produktion lebenswichtiger Güter gefordert, um die Verschwendung der unzureichenden Rohstoffe durch eine profitgesteuerte Wirtschaft in den Luxuskonsum zu verhindern. Dabei hat die Sozialdemokratie nie einen Zweifel daran gelassen, daß die aus der Naziherrschaft übernommene Zwangswirtschaft ihr für diesen Zweck nicht geeignet erscheint. So heißt es bereits in den „Grundgedanken eines sozialistischen Wirtschaftsprogramms“, die auf dem Parteitag 1947 in Nürnberg angenommen wurden:

Die Sozialdemokratische Partei lehnt als ungerechte und für das deutsche Volk ungeeignete Wirtschaftsverfassung ab: ... die aus Aufrüstung und Krieg entstandene improvisierte Zwangswirtschaft mit ihren jede Konsumfreiheit erdrosselnden und teilweise sogar die Arbeitsfreiheit aufhebenden Reglementierungsmaßnahmen, die zur Zeit als Erbe des Naziregimes vor allem zum Nachteil des Arbeiters noch mitgeschleppt werden muß und in der es eine rationale Koordinierung der einzelwirtschaftlichen Kräfte durch einen folgerichtig aufgestellten zentralen Plan gar nicht gibt.

Das Ziel einer ausreichenden Versorgung des ganzen Volkes mit den notwendigen Lebensmitteln kann aber auch nicht erreicht werden, wenn die Steuerung der Wirtschaft dem freien Spiel der Kräfte überlassen wird.

Die heute von den bürgerlichen Parteien unter der Führung des Direktors für Wirtschaft, Professor Erhard, in Frankfurt betriebene Wirtschaftspolitik hat unter völliger Verkennung der wirtschaftlichen Aufgaben im bewußten Gegensatz zu den sozialdemokratischen Forderungen eine Wirtschaftspolitik eingeleitet, die die wirtschaftlich Schwachen hilflos den Starken ausliefert. Nachdem sie bis zur Währungsreform die Hortung begünstigt haben, proklamieren sie nun den Grundsatz, daß Geld der einzige Bezugschein sei. Damit schließen sie Millionen arbeitender Menschen und alle Arbeitsunfähigen, die durch den Krieg und die Währungsreform ihre Unterhaltsmittel verloren haben, vom Markt der lebenswichtigen Güter einschließlich der Nahrungsmittel mehr und mehr aus. Gegen diese Wirtschaftspolitik steht die Sozialdemokratie in Opposition. Sie begrüßt die Aktivität der Gewerkschaften gegen den Preiswucher und erwartet von allen Sozialdemokraten rückhaltlose Beteiligung in diesem Kampf.

\*

In der positiven Abwehr der Gefahren, die sich aus der gegenwärtigen bürgerlichen Wirtschaftspolitik in Frankfurt ergeben, erstrebt die Sozialdemokratie die Verwirklichung folgender Forderungen:

Der Staat muß, unterstützt von Körperschaften, die aus Vertretern aller Wirtschaftskreise unter paritätischer Berücksichtigung der Arbeitnehmer gebildet werden, der Wirtschaft die Richtung weisen und sie steuern, wenn die Gesetze des Marktes und die Initiative frei wirtschaftender Menschen versagen oder zu volkswirtschaftlich unerwünschten Ergebnissen führen.

Mittel der Steuerung sind unter anderem Produktionslenkung, Lenkung des Arbeitseinsatzes und des beruflichen Nachwuchses, Preise, Löhne, Steuern, Investitionen, Geld- und Kreditpolitik, Außenhandel.

Bewirtschaftungsmaßnahmen sollen grundsätzlich nur zur Behebung von Notständen und zeitlich begrenzt ergriffen werden.

Zur Steuerung der Wirtschaft sind die zuständigen Ressorts der Verwaltung unter einheitliche Leitung zu bringen.

Ein auskömmlicher Lebensstandard der schaffenden Menschen ist die eine Bedingung der vollen Produktionskraft. Die andere ist eine engere Verbindung zwischen Betriebsführung und Belegschaft durch ein auch auf wirtschaftliche Entscheidungen ausgedehntes Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer. Eine rationelle und wettbewerbsfähige Betriebsführung muß die gemeinsame Aufgabe von Unternehmer und Belegschaft sein.

Die Marktbeherrschung durch einzelne oder wenige Betriebe ist zu beseitigen. Wo die Wiederherstellung des freien Wettbewerbs unmöglich oder technisch rückschrittlich wäre, sind die Betriebe in Gemeineigentum zu überführen.

Private Kartelle und Syndikate sowie alle Preisverabredungen, die geeignet sind, den freien Wettbewerb einzuschränken, sind zu verbieten. Einrichtungen der genossenschaftlichen Selbsthilfe sind auf allen Gebieten der gewerblichen und landwirtschaftlichen Erzeugung und der Verteilung zu fördern.

In Vergleich zu den Selbstkosten ungerechtfertigte Preise sind bei Anerkennung echter Leistungsgewinne zu verhindern, alle volkswirtschaftlich unnötigen und preissteigernden Warenbewegungen sind zu verbieten.

Wettbewerbsfähige mittlere und kleine Produktionsstätten sind Großbetrieben grundsätzlich vorzuziehen.

#### **Billigung der Haltung der SPD-Fraktion im Wirtschaftsrat**

Der Parteitag billigt die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion im Wirtschaftsrat.

#### **Aufruf zum Wohnungsbau**

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands verlangt die unverzügliche Inangriffnahme des sozialen Wohnungsbaues. Er verpflichtet alle sozialdemokratischen Mitarbeiter in den Ländern und Gemeinden, den Wohnungsbau und seine Finanzierung in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufgaben zu rücken.

Hierbei sollen folgende Grundsätze verwirklicht werden:

1. Wohnungspolitik betrifft sowohl die Erhaltung des vorhandenen Wohnungsbestandes als auch den Neubau (einschließlich Wiederherstellung) als sozialen Kleinwohnungsbau. Dabei sollen alle Arten von Gebäudegrößen sowie Eigentumsformen (Eigenheimbau, gemeinnütziger Wohnungsbau, privater Miethausbau) je nach den örtlichen Gegebenheiten gefördert werden.
2. Die höchstzulässige Neubaumiete ist ohne Veränderung des jetzigen örtlichen Mietniveaus für Neubauten festzusetzen. Soweit die Herstellungskosten durch diese Mieten nicht gedeckt werden könnten, müssen sie durch öffentliche Beihilfen aufgebracht werden. Um diese zu vermindern, sind Baupreise, und Zinsen gegenüber dem heutigen Stand planmäßig zu senken.
3. Die Wohnungsmiete ist nach Grundsätzen des gemeinnützigen Wohnungsbaues zu kalkulieren.
4. Bodenpreispolitik ist von der Mietpreispolitik her zu steuern. Bei der Kalkulation der Mieten des sozialen Wohnungsbaues ist in der öffentlichen Förderung und in gesetzgeberischen Maßnahmen von einem Bodenpreis auszugehen, der in Hinsicht auf eine tragbare Miete vertretbar ist. Die kommunale Wohnpolitik hat dafür zu sorgen, daß für die Wohnversorgung der Bevölkerung günstige Wohnlagen und dabei für die Siedlung geeignete Böden zur Verfügung gestellt werden.

5. Als Übergangsmaßnahme sind im Interesse der Kriegsgeschädigten ohne Beschränkung auf Rentierlichkeit ausschließlich für den sozialen Wohnungsbau die gesamten Mittel zu verwenden, die auf Grund des Gesetzes zur Sicherung von Forderungen für den Lastenausgleich vom 9. Juli 1948 eingehen. Soweit die Mittel nicht sofort fließen, ist eine Vorausfinanzierung durch die Kreditinstitute der Länder durchzuführen, gegebenenfalls unter Übernahme der Kreditkosten auf die öffentlichen Haushalte.
6. Für die Finanzierung des Wohnungsbaues ist im übrigen auf die fünfprozentige Festquote der Währungsumstellung zurückzugreifen mit der Maßgabe, daß der Inhaber der Guthaben selbst bestimmt, in welcher Weise er die Mittel langfristig anlegen will (Genossenschaftsanteile, zweckgebundenes Sparguthaben, zusätzliche Einzahlung für Versicherungsguthaben, gesperrte Pfandbriefe, kontrollierte Eigenheimfinanzierung), soweit die Guthaben nicht zur unmittelbaren Lebenssicherung benötigt werden. Dabei ist sicherzustellen, daß die Guthabenzinsen niedrig bemessen werden, damit die Zinsen für Ausleihungen zugunsten des Wohnungsbaues nicht über drei Prozent betragen.
7. Das Zwecksparen zugunsten des Wohnungsbaues bei Wohnungsgenossenschaften und in anderen Sparformen (Steuervergünstigung) ist auf breiter Grundlage zu entwickeln. Dabei darf die Zuteilung der Wohnungen nicht von der Höhe der Sparleistungen abhängig gemacht werden, sondern nur von ihrem angemessenen Verhältnis zum Einkommen unter Berücksichtigung der Familiengröße.
8. Von den im endgültigen Lastenausgleich aufkommenden Mitteln sind wesentliche Beträge für den Wohnungsbau bereitzustellen, um damit Flüchtlingen und sonstigen Geschädigten wieder Wohnraum zu schaffen. Sie sind vorzugsweise zur zinsfreien Finanzierung der unrentierlichen Kosten sowie erforderlichenfalls zur Ausstattung der wohnungslosen Kriegsgeschädigten mit dem zur Baufinanzierung unentbehrlichen Eigengeld zu verwenden.
9. Sobald ausländische Mittel, insbesondere Marshallplan-Mittel für Investitionszwecke bereitgestellt werden, ist die Bau- und Wohnungswirtschaft angemessen zu beteiligen.
10. Haushaltsmittel der Länder und Gemeinden sind nach wie vor zur Finanzierung bereitzustellen.
11. Mittel zur Förderung des Bergarbeiterwohnungsbaues und entsprechend Mittel in anderen Wirtschaftszweigen dürfen nur nach den Grundsätzen des Gemeinnützigkeitsrechts vergeben werden.
12. Mit der Verwaltung der für den Wohnungsbau bestimmten öffentlichen Mittel sind in jedem Lande Wohnungsbau-Kreditanstalten auf öffentlich-rechtlicher Grundlage zu betrauen. Die Stadt- und Landkreise sind durch Überlassung von Teilen der öffentlichen Förderungsmittel zur Durchführung eigener Wohnungsbauprogramme instandzusetzen.

### Flüchtlinge und Sozialdemokratie

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands protestiert aufs neue gegen die unmenschlichen und völkerrechtswidrigen Massenaustreibungen aus den deutschen Ostgebieten. Die Sozialdemokratische Partei fühlt sich seit je solidarisch mit allen Hilfsbedürftigen. Deshalb hat sie die Sache der Heimatvertriebenen und Ausgebombten zu ihrer eigenen gemacht und kämpft mit ihnen für die Herstellung sozialer Gerechtigkeit auf allen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens.

Das Streben der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist darauf gerichtet, den Flüchtlingen und Ausgebombten wirksame Hilfe zu verschaffen. Da für die Heimatvertriebenen gegenwärtig eine Rückkehr in ihre alte Heimat nicht möglich ist, bleibt es die wichtigste Aufgabe sozialdemokratischer Politik, die Eingliederung

der Flüchtlinge in das wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Leben ihrer neuen Heimat zu verwirklichen. Die Sozialdemokratische Partei appelliert an die eingeschlossene Bevölkerung, die Flüchtlinge gleichberechtigt aufzunehmen und opferbereit mit ihnen als Deutsche zusammenzustehen. Die Wohnungsnot der Flüchtlinge und Ausgebombten ist durch systematische Förderung des Wohnungsbaues in Stadt und Land nachhaltig zu bekämpfen.

Durch eine großzügige Wirtschaftsplanung müssen Arbeitsplätze in Industrie, Handel, Handwerk und Gewerbe geschaffen werden. Für die Flüchtlingsbauern, Pächter und Landarbeiter muß durch eine produktionsfördernde Bodenbesitzreform und Siedlungspolitik Land bereitgestellt werden. Die Förderung der Genossenschaften soll den wirtschaftlichen Aufstieg erleichtern.

Nachdem die Währungsreform entgegen den sozialdemokratischen Forderungen nicht mit dem Lastenausgleich gekoppelt wurde, setzt sich die Sozialdemokratische Partei nachdrücklich für eine Gesetzgebung ein, die die Kriegsfolgelasten gerecht verteilt und im besonderen den Flüchtlingen und Ausgebombten eine wirkliche Hilfe bedeutet.

Die Sozialdemokratische Partei tritt dafür ein, daß in allen Ländern Flüchtlingsgesetze geschaffen werden, die den Flüchtlingen völlige Gleichstellung mit den Einheimischen in politischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht sichern.

Da die Flüchtlinge in den einzelnen Ländern ungleich verteilt sind — in Schleswig-Holstein kommen auf vier Einheimische drei Flüchtlinge —, fordert die Sozialdemokratische Partei einen gerechten Bevölkerungsausgleich auf der Grundlage der Freiwilligkeit und unter besonderer Inanspruchnahme der französischen Zone. Dieser muß durch einen Finanzausgleich, der die unterschiedliche Steuerkraft der Länder berücksichtigt, ergänzt werden.

Die Sozialdemokratische Partei lehnt es ab, das Heimatgefühl der Flüchtlinge für politische Zwecke mißbrauchen zu lassen und durch die Anrufung nationalistischer Gefühle von den praktischen Aufgaben jeder wirklichen Flüchtlingshilfe abzulenken. Das Ergebnis neuer außenpolitischer Abenteuer würden nur Millionen weiterer Flüchtlinge sein. Die Sozialdemokratische Partei warnt deshalb die Heimatvertriebenen dringend vor denen, die sich mit leeren nationalistischen Redensarten ihrer Verpflichtung, die Kosten des Hitlerregimes mitzutragen, entziehen möchten.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erkennt die zwingende Verpflichtung zur wirtschaftlichen und sozialen Sicherstellung der Heimatvertriebenen und Ausgebombten. Bevölkerung- und Finanzausgleich sind Voraussetzungen für ein lebensfähiges demokratisches Deutschland. Die endgültige Eingliederung dieser Personenkreise in das Wirtschafts- und Gesellschaftsleben ist nur durch einen sozialgerechten Lastenausgleich gewährleistet.

### **Kampf gegen die Durchsetzung der Mehrzonenverwaltung mit reaktionären Elementen**

Der Parteitag erwartet von der sozialdemokratischen Fraktion des Wirtschaftsrates Fortführung ihres Kampfes gegen die Durchsetzung der Mehrzonenverwaltungen mit reaktionären Elementen nationalsozialistischer Vergangenheit. Insbesondere in der neu zu errichtenden Verwaltung für Arbeit, die die Interessen der Arbeitenden zu vertreten hat, dürfen derartige Reaktionen sich nicht festsetzen.

Im Wirtschaftsrat muß ferner beschleunigt durchgesetzt werden:

1. Die Aufhebung der die gewerkschaftliche Arbeit behindernden Lohnstoppgesetzgebung und ein fortschrittliches Mindestlohn- und Tarifvertragsrecht;
2. eine fortschrittliche Reform der Sozialversicherung, durch die auch ausbleibende Renten gewährleistet werden;
3. eine Sicherung des Kündigungsschutzes;
4. die sofortige Errichtung eines obersten Arbeits- und Sozialgerichtes durch echte Selbstverwaltungskörperschaften und eine kontrollierte Mehrzonenanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

## Entschließung des Parteitages zur Lage in der Sowjetzone

---

Die Entwicklung der politischen, wirtschaftlichen, rechtlichen und kulturellen Verhältnisse in der sowjetischen Besatzungszone veranlaßt den Parteitag der deutschen Sozialdemokratie, warnend auf die Zustände in diesem Teil Deutschlands hinzuweisen. Ihrer Struktur und ihrer Tendenz nach sind sie unvereinbar mit den elementaren Grundsätzen menschlichen Gemeinschaftslebens.

In der Sowjetzone herrscht der Terror. Die Normen eines demokratischen Rechtsstaates haben hier ihre Geltung verloren. Seit drei Jahren wird in der Sowjetzone um die einfachsten menschlichen Freiheiten gekämpft. Im Kampf um Freiheit und Recht, Sicherheit und Demokratie stehen die Sozialdemokraten in der vordersten Front. Sie stellen eine besonders große Zahl der Verhafteten, Zwangsverschleppten und spurlos Verschwundenen.

In den letzten Wochen haben sich in der Sowjetzone die bisher schon üblichen Unterdrückungsmaßnahmen entscheidend verschärft. Die SEP, diese russenhörige, vom deutschen Volk abgelehnte Quislingpartei, weiß genau, daß bei kommenden Wahlen ihr Bankrott durch eine eindeutige Niederlage besiegelt würde. Die sowjetische Schutzmacht hat sich deshalb veranlaßt gesehen, die fälligen Wahlen auf unbestimmte Zeit zu verschieben. An die Stelle von Wahlen sind die Methoden der östlichen Terrorherrschaft getreten. Nach bekanntem bolschewistischem Muster wird eine Reinigungsaktion durchgeführt mit dem Ziel, die letzten freiheitlichen und demokratischen Kräfte sowohl in den Reihen der SEP als auch im öffentlichen Leben der Zone zu vernichten.

Man hält den Zeitpunkt für gekommen, den Bolschewisierungsprozeß in der SEP und in der Sowjetzone und damit die restlose Gleichschaltung an die Interessen der Besatzungsmacht nunmehr abzuschließen. Auch auf deutschem Boden spielt sich demzufolge ein Teil jener Krise des Kominform ab, durch die die inneren Widersprüche der bolschewistischen Ideologie und Praxis vor aller Welt offenbart werden.

Das Signal zur Entfesselung der neuen Verfolgungen ist vom Renegaten Grotewohl gegeben worden, dem die traurige Funktion des Einpeitschers und Handlangers auch in dieser Kampagne übertragen wurde. Die Opfer dieser „Reinigung“ sind vorwiegend Sozialdemokraten, die anlässlich der Zwangsvereinigung in die SEP übergeführt wurden und jetzt als „Kriminelle“, „Reaktionäre“ und „Saboteure“ verfolgt werden.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie grüßt mit Stolz und Zuversicht die Genossen in der Sowjetzone und erklärt seine enge Verbundenheit mit ihrem bewunderungswürdigen Kampf um Freiheit, soziale Gerechtigkeit und echte Demokratie. Das Wirken der Sozialdemokraten in der Sowjetzone ist ein entscheidender Beitrag zum Kampf um ein einheitliches, freies Deutschland. Dieses Wirken ist auch mahnendes Vorbild für alle freiheitlichen Kräfte.

Den kämpfenden Sozialdemokraten und allen Opfern des neuen Terrors gilt unser Gelöbnis und unser Gruß: Freundschaft — Freiheit!

\*

# Entwurf eines Sozialprogramms der Sozialdemokratischen Partei

Ausgearbeitet vom Sozialpolitischen Ausschuß des Parteivorstandes

1. Lesung: 1. und 2. Juni 1947 in Kassel
2. Lesung: 21. bis 23. September 1947 in Seesen am Harz
3. Lesung: 21. und 22. August 1948 in Bad Vilbel

Sozialpolitik ist Ordnen des Sozialgefüges zur Sicherung der Existenz, der Freiheit und der Würde des arbeitenden Menschen. Diese unveräußerlichen Menschenrechte wurden mißachtet. Der Mensch wurde zur Ware erniedrigt. Deshalb entstand vor mehr als hundert Jahren die sozialistische Bewegung als soziale Massenbewegung. Ihr tiefster Sinn waren Schutz und Befreiung der Entrechteten aus eigener Kraft. Diese Zielsetzung ist unverändert geblieben.

Bürgerliche Sozialpolitik versucht lediglich die Ausbeutung des arbeitenden Menschen zu begrenzen. Sie will jedoch das kapitalistische Wirtschaftssystem bewahren und durch sozialpolitische Teilmaßnahmen stützen.

Konsequente Sozialpolitik stößt gegen die Grenzen des kapitalistischen Profit-systems. Sozialistische Politik hat sich die Aufgabe gestellt, diese Grenzen zu sprengen. Weder wohlmeinende Tätigkeit einzelner noch Almosen diktatorischer Systeme können dies erreichen, sondern nur die demokratisch organisierte Massenbewegung. Konsequente Sozialpolitik muß daher im demokratischen Sozialismus münden.

## Grundsätze sozialistischer Sozialpolitik

Jeder Arbeitsfähige hat die sittliche Pflicht zur Arbeit und einen Anspruch auf eine Erwerbsmöglichkeit. Arbeit darf nicht als Ware gewertet werden.

### 1. Vollbeschäftigung

Die Gesellschaft hat die Pflicht, jedem Arbeitswilligen ein menschenwürdiges Dasein unter ständiger Hebung des Lebensstandards zu ermöglichen. Die Existenz der arbeitenden Bevölkerung kann nur durch eine planmäßige, sozialistische Wirtschaftspolitik gesichert werden. Allein diese schafft jedem Arbeitsfähigen einen dauernden Erwerb und gibt die Möglichkeit, Arbeitsbedingungen und Löhne fortschreitend zu verbessern.

### 2. Existenzsicherung der arbeitenden Bevölkerung

Alle Menschen, ohne Unterschied des Geschlechts, der Abstammung, der Herkunft und der religiösen und politischen Überzeugung, haben ein Recht auf menschenwürdige Existenz und kulturelle Entwicklung in wirtschaftlicher Sicherheit unter gleichen Bedingungen. Wer unverschuldet an voller Erwerbstätigkeit verhindert ist, hat Anspruch auf ein ausreichendes Mindesteinkommen aus öffentlicher Arbeitslosen- oder Sozialversicherung, bis eine sozialistische Planwirtschaft eine allgemeine Staatsbürgerversorgung ermöglicht. Dies gilt auch für die Opfer der Arbeit der beiden Weltkriege und des Naziterrors.

Nach dem Tode des Ernährers haben die Hinterbliebenen einen Rechtsanspruch auf existenzsichernde Renten.

Leben und Gesundheit aller Erwerbstätigen und ihrer Angehörigen müssen ausreichend geschützt sein. Ein umfassender öffentlicher Gesundheitsdienst muß kostenlos zur Verfügung stehen. Mutter und Kind haben besonderen Anspruch auf Schutz und Förderung durch die Gesellschaft. Die Arbeit der Hausfrau ist wegen ihrer gesellschaftlichen Bedeutung der Erwerbstätigkeit gleichzuwerten.

### 3. Lastenverteilung

Alle Volksschichten müssen im Verhältnis ihrer Mittel zu dieser Existenzsicherung beitragen.

Grundforderung einer sozialistischen Sozialpolitik der Gegenwart ist eine gerechte Verteilung der Lasten des Krieges, des Wiederaufbaus und der Wiedergutmachung, die den verbliebenen Besitz ausgleicht. Vermögen und höhere Einkommen sind stärker heranzuziehen. Die Folgen des verbrecherischen Naziregimes dürfen nicht auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt werden.

### 4. Vereinheitlichung

Für den gesicherten und geordneten Aufbau der Sozialpolitik sind einheitliche Gesetzgebung und Rechtsprechung sowie eine parlamentarisch beaufsichtigte, selbständige Arbeits- und Sozialverwaltung Voraussetzung.

### 5. Demokratisierung

Die Mitbestimmung der Arbeitenden in der Betriebsleitung, ihre gleichberechtigte Mitarbeit bei der Anwendung der wirtschaftlichen und sozialen Gesetze müssen gesichert werden. Die Mitbestimmung ihrer Organisationen bei der Gesetzgebung, der Wirtschaftsplanung und deren Durchführung ist verfassungsmäßig zu sichern.

## Ziele sozialistischer Arbeit Recht der Arbeit

### 1. Koalitionsfreiheit

a) Die Koalitionsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ist für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten zu gewährleisten. Alle Maßnahmen und Abreden, die diese Freiheit einzuschränken oder zu behindern suchen, sind für rechtswidrig zu erklären.

b) Die Sozialdemokratie unterstützt und fördert die Arbeit unabhängiger, parteipolitisch und religiös neutraler Gewerkschaften. Diese sind zur gleichberechtigten Mitbestimmung der sozialen und wirtschaftlichen Planung und Entwicklung berufen. Das Streikrecht der Gewerkschaften wird anerkannt. Aussperrungen sind gesetzwidrig.

### 2. Einheitliches Arbeitsrecht

a) Die Sozialdemokratie fordert ein einheitliches, für ganz Deutschland geltendes, für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten maßgebendes Arbeitsrecht, das in einem Deutschen Arbeitsgesetzbuch zusammenzufassen ist. Die wichtigsten Grundsätze des Arbeitsrechts sind in der neuen Reichsvorfassung und — solange diese nicht besteht — in den Länderverfassungen unter den Grundrechten übereinstimmend festzulegen. Die Entwicklung des kollektiven Arbeitsrechts ist zu fördern.

b) Die Sozialdemokratie tritt für eine einheitliche internationale Regelung der arbeitsrechtlichen Gesetzgebung ein, die für die gesamte arbeitende Menschheit ein Höchstmaß an Rechten sichert.

### 3. Mitbestimmungsrecht

a) Von den Arbeitern, Angestellten und Beamten sind in allen Betrieben und Verwaltungen unter Mitwirkung der Gewerkschaften gemeinsame Betriebsvertretungen zu wählen. Die Betriebsvertretungen haben in wirtschaftlichen, sozialen und personellen Fragen das Mitbestimmungsrecht.

b) In den Unternehmungen, die in Gemeineigentum übergeführt sind, ist das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und Betriebsvertretungen durch Satzung zu regeln.

c) In Betrieben, die politischen, konfessionellen, künstlerischen und wohlfahrtspflegerischen Bestrebungen dienen, erstreckt sich das Mitbestimmungsrecht nicht auf Maßnahmen zur Durchführung des Betriebszweckes.

#### 4. Tarifrecht

a) Die von den Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträge und die von den Betriebsvertretungen unter Mitwirkung der Gewerkschaften getroffenen Betriebsvereinbarungen schaffen verbindliches, nur zugunsten der Arbeitnehmer abdingbares Recht.

b) Zur Schlichtung von kollektiven Arbeitsstreitigkeiten sind staatliche Schlichtungsinstanzen zu schaffen, die dem Arbeitsminister unterstehen. Das Schlichtungsverfahren auf tarifvertraglicher Grundlage ist zu fördern. Die Verbindlicherklärung von Schiedssprüchen wird abgelehnt.

c) In Berufsgruppen, in denen eine starke gewerkschaftliche Organisation hoch fehlt, sind auf Antrag der Gewerkschaft durch Lohnausschüsse Mindestlöhne festzulegen. Das gilt insbesondere für Landarbeiter, Heimarbeiter und die Hauswirtschaft.

#### 5. Arbeitsbedingungen

a) Die Arbeitsbedingungen müssen so gestaltet werden, daß sie die Gesundheit, die Würde und die kulturellen Ansprüche des Arbeitnehmers nicht beeinträchtigen.

b) Für Frauen, Jugendliche und Männer muß bei gleicher Tätigkeit und gleicher Leistung die Entlohnung gleich sein.

c) Die Arbeitszeit ist so zu bemessen, daß dem arbeitenden Menschen ausreichend Freizeit zur Erholung und zur Teilnahme am öffentlichen und kulturellen Leben zur Verfügung steht.

Der Achtstundentag muß die gesetzliche Norm sein. Sofern die wirtschaftliche und technische Entwicklung die erforderlichen Voraussetzungen erfüllen, ist die 40-Stunden-Woche als gesetzliche Norm anzustreben. Im Allgemeininteresse können Ausnahmen von der gesetzlichen Höchstarbeitszeit durch Gesetz oder gesetzlich zugelassene tarifvertragliche Bestimmungen gestattet werden.

Jedem Arbeitnehmer ist ein bezahlter Erholungsurlaub von mindestens 12 Arbeitstagen jährlich gesetzlich zu gewährleisten. Jugendlichen ist ein entsprechend erhöhter Erholungsurlaub zu sichern.

Durch gesetzliche Feiertage, die in die Arbeitswoche fallen, darf kein Verdienstausfall entstehen.

d) Der Arbeitsschutz muß zu einer von der Praxis und der Arbeitswissenschaft bestimmten systematischen und einheitlichen Arbeitsaufsicht über alle Betriebe und Verwaltungen in ganz Deutschland ausgebaut werden. Die gesetzlichen Unfall- und Arbeitsschutzvorschriften sind ständig der produktions-technischen und betriebswirtschaftlichen Entwicklung anzupassen.

Die Durchführung des Arbeitsschutzes muß unter gleichberechtigter Mitwirkung der Gewerkschaften und maßgeblicher Beteiligung der Betriebsvertretungen erfolgen.

e) Frauen und Jugendliche sind im Arbeitsleben besonders zu schützen. Kinderarbeit ist verboten.

#### 6. Sicherung des Arbeitsplatzes

a) Die Sozialdemokratie fordert eine einheitliche Regelung und den einheitlichen Ausbau des Kündigungsrechtes und eine Verbesserung des Kündigungsschutzes.

b) Die Freizügigkeit, das Recht auf Wahl des Arbeitsplatzes und die freie Berufswahl sind als Grundrechte anzuerkennen.

c) Für Körperbeschädigte sind geeignete Arbeitsplätze in ausreichender Anzahl zu sichern.

## 7. Berufsausbildung

a) Für die Berufswahl und den Aufstieg im Beruf muß in erster Linie die persönliche Eignung ausschlaggebend sein; entgegenstehende wirtschaftliche Hindernisse müssen beseitigt werden.

b) An allen Maßnahmen, die sich auf die Berufsausbildung beziehen, an allen Einrichtungen, die der Berufsausbildung oder Berufsschulung dienen, und an der Regelung des gesamten Lehrlingswesens müssen die Gewerkschaften maßgebend beteiligt werden.

c) Alle Einrichtungen, die für die Berufsausbildung bestehen, und die gesetzliche Überwachung des gesamten Berufsausbildungs- und Lehrlingswesens sollen der Arbeiterverwaltung unterstehen.

## 8. Arbeitsgerichtsbarkeit

a) Die Arbeitsgerichte müssen als eigene Gerichtsbarkeit bestehen und dem zuständigen Arbeitsminister unterstellt bleiben.

b) Im Interesse der Rechtseinheit und der Rechtsentwicklung ist eine gesamtdeutsche höchste Instanz in Arbeitssachen zu schaffen.

## Sozialversicherung

### 1. Einheitliche Versicherung

Das Sozialversicherungsrecht muß einheitlich für ganz Deutschland gestaltet werden.

### 2. Versicherungsleistungen

Die Sozialversicherung muß allen arbeitenden Menschen und ihren Familien einen Rechtsanspruch auf ausreichenden Schutz für den Fall von Krankheit, Mutterschaft, Erwerbsbeschränkung, Alter und Tod geben. Die Leistungen zur Erhaltung und Wiederherstellung von Gesundheit und Arbeitskraft und die vorbeugenden Maßnahmen gegen alle Gefahren des Arbeitslebens müssen ausgebaut werden.

### 3. Kreis der Versicherten

Die Sozialverwaltung hat alle Erwerbstätigen zu umfassen. Die Sicherung der Hausfrau in der Sozialversicherung soll ohne zusätzliche Belastung des Versicherten durchgeführt werden.

In den Sozialversicherungsanstalten sind die drei Versicherungszweige Krankenversicherung, Rentenversicherung und Unfallversicherung selbständige Abteilungen. Die Gemeinschaftsaufgaben sind auszubauen.

Die Versorgung der Körperbeschädigten hat im Rahmen der Sozialversicherung nach den Grundsätzen der Unfallversicherung zu Lasten des Staates zu erfolgen.

### 4. Verwaltung und Aufbringung der Mittel

Die Sozialversicherung ist durch Sozialversicherungsanstalten durchzuführen. Zwischen ihnen ist ein zweckentsprechender Lastenausgleich vorzunehmen.

In der Sozialversicherung ist die Selbstverwaltung durch die Versicherten in allen Stufen ihres Aufbaues durchzuführen. Die staatliche Aufsicht hat sich darauf zu beschränken, daß Gesetz und Satzung beachtet werden.

Die Mittel der Sozialversicherung sind durch Beiträge der Versicherten, durch Abgaben der Unternehmungen und Verwaltungen sowie durch Staatszuschüsse aufzubringen.

### 5. Rechtsprechung

Die Rechtsprechung in der Sozialversicherung ist in eigenen selbständigen Spruchbehörden durchzuführen.

### 6. Internationale Rechtsangleichung

Eine internationale Rechtsangleichung auf dem Gebiet der Sozialversicherung ist anzustreben, damit ein Höchstmaß der sozialen Sicherheit erreicht wird.

## **Soziales Bau- und Wohnungswesen**

### **1. Allgemeine Grundsätze**

Nur in technisch und hygienisch einwandfreien Wohn- und Arbeitsräumen kann sich freies und aufrechtes Menschentum entfalten.

Der Weg hierzu ist eine sozialistische Bau- und Wohnungspolitik, die sich der allgemeinen sozialistischen Wirtschaftspolitik einfügt. Der soziale Wohnungsbau ist mit allen Mitteln voranzutreiben, zuerst für alle, die am schwersten betroffen sind, wie Flüchtlinge und Ausgebombte.

Die Sozialdemokratie fördert den gemeinnützigen Wohnungsbau.

### **2. Wohngebiete**

Die Sozialdemokratie fordert gesunde Wohngebiete für die arbeitende Bevölkerung. Zweckmäßig nach Zerschneidung und Größe geordneter und billiger Grund und Boden ist hierfür unerlässlich.

Das gilt sowohl für neu zu erschließenden als auch für bereits aufgeschlossenen Grund und Boden. Grund und Boden ist kein Tummelplatz für Profit und Spekulation. Wohngebiete müssen weitgehend frei von Verkehr und frei von Gewerben und Industrien sein, die Geräusch- und Geruchbelästigungen mit sich bringen.

Ausreichende Flächen für Gärten, Erholung, Spiel und Sport sind in Wohngebieten vorzusehen.

### **3. Wohnung**

Jeder Wohnraum muß ausreichend bemessen, besonnt, belüftet und beheizbar sein.

Alle Einrichtungen, die der Erleichterung der Hausfrauenarbeit dienen, sind weitgehend vorzusehen.

Für jede Wohnung wird ein Bade-, Wasch- oder Duschräum und ausreichender Nebenraum (Abstellraum, Keller, Boden) gefordert. Für Wohnblocks und geschlossene Einfamilienhausansiedlungen sind zentrale Einrichtungen zur gemeinschaftlichen Benutzung, wie Waschküchen, Badeanlagen, Kindergärten und -horte anzustreben.

### **4. Baumittel**

Mit Rücksicht auf den durch die Verwüstungen hervorgerufenen Mangel an Wohnstätten ist für den Wohnungsbau eine dem Bedarf entsprechende Versorgung mit Baustoffen sicherzustellen.

Ausreichend zur Verfügung gestellte Geldmittel und die Art der Finanzierung müssen sowohl den Wohnungsbau selbst als auch tragbare Mieten ermöglichen.

Die Finanzierung des Wohnungsbaues muß mit Darlehen und Bürgschaften durch den Staat oder die Körperschaften des öffentlichen Rechts gewährleistet sein.

### **5. Soziale Mieten**

Im Wohnungswesen darf kein Platz sein für Profite. Die Mieten der vorhandenen und neuherzustellenden Wohnungen müssen für die arbeitende Bevölkerung tragbar sein. Soweit die Mieten ein soziales Wohnen wirtschaftlich schwacher oder kinderreicher Familien nicht ermöglichen, sind Mieterleichterungen aus öffentlichen Mitteln zu gewähren.

### **6. Mietrecht**

Die Sozialdemokratie fordert ein neues gesamtdeutsches Wohn- und Mietgesetz nach sozialpolitischen Grundsätzen. Dabei ist vorzusehen, daß die Mieter bei der Verwaltung des Hausbesitzes mitwirken, soweit ihre Interessen berührt werden. In allen Verwaltungs- und Gerichtsbehörden sind sie bei der Behandlung von Wohn- und Mietfragen durch geeignete Vertretungen einzuschalten.

Bei der allmählichen Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft muß in erster Linie auf die Wohnbedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung Rücksicht genommen

werden. Überbelegte Wohnungen müssen entlastet werden. Die bauliche Umgestaltung von Groß- und Mittelwohnungen zu selbständigen Kleinwohnungen ist zu fördern. Den Eingewiesenen mit selbständigem Haushalt ist ein Hauptmietrecht einzuräumen.

## 7. Kleingärten

Die Sozialdemokratie fordert, daß in Stadt und Land nach den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung Kleingarten-Daueranlagen zu errichten sind. Sie müssen gegen geringes Entgelt zur Verfügung gestellt und langfristig gesichert werden. Künftige Siedlungsgebiete sind schon jetzt gemäß dem Bebauungsplan aufzuschließen und die Parzellen einstweilen den künftigen Siedlungsanwärtern zur gärtnerischen Nutzung zu überlassen.

## Sozialfürsorge

### 1. Grundsatz

Durch die Folgen von zwei verlorenen Kriegen, der Naziherrschaft und den Schäden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung wird der Kreis der Hilfsbedürftigen ständig erweitert. Millionen Menschen, die ihrer sozialen Existenz beraubt sind, muß die Möglichkeit gegeben werden, wieder ihren Platz in der Gesellschaft zu finden. Die Gesellschaft hat deshalb die Pflicht, alle sozialpolitischen und sozialfürsorglichen Grundlagen hierfür zu schaffen. Sozialpolitik und Sozialfürsorge stehen in engsten Wechselbeziehungen. Sozialpolitik geht vom Gruppenschicksal, Sozialfürsorge vom individuellen Schicksal aus.

### 2. Wohlfahrtspflege

Wohlfahrtspflege ist grundsätzlich Aufgabe der öffentlichen Verwaltung in Verbindung mit den Selbstverwaltungskörpern.

Die Fürsorge muß in ganz Deutschland auf der Grundlage eines einheitlichen Fürsorgerechtes nach gleichen Grundsätzen und Maßstäben — ohne Schematismus — geleistet werden.

Die Sozialdemokratie fordert daher den Ausbau der öffentlichen Wohlfahrtspflege. Dazu gehört die gründliche Fachausbildung aller in den sozialen Berufen der öffentlichen Verwaltungen tätigen Kräfte. Die Einrichtung von Wohlfahrtsschulen ist Aufgabe des Staates.

Die Sozialdemokratie fordert die Demokratisierung der Wohlfahrtspflege durch verantwortliche, ehrenamtliche Mitarbeit des Volkes, insbesondere der anerkannten Wohlfahrtsverbände.

### 3. Jugendfürsorge

Die Sozialdemokratie fördert die öffentliche Jugendfürsorge durch selbständige Jugendämter. Für die körperlich, geistig, sittlich und sozial gefährdete Jugend sind Heimstätten nach modernen psychologischen und pädagogischen Grundsätzen zu schaffen. Die Durchführung dieser Aufgaben ist durch öffentliche Mittel sicherzustellen.

Jugendämter dürfen die ihnen durch Gesetz übertragenen Aufgaben nicht an andere Stellen delegieren.

### 4. Jugendpflege

Die Jugendpflege ist eine vordringliche Aufgabe des Staates. Die Durchführung obliegt den selbständigen Jugendämtern. Die Errichtung von Jugendheimen, Ausbildungsstätten, Jugendherbergen, Sport- und Spielplätzen ist zu fördern. Die Jugendpflege ist auszubauen, die anerkannten freien Jugendorganisationen sind weitgehend zu unterstützen. Die erforderlichen Mittel sind bereitzustellen.

## 5. Gesundheitsfürsorge

Pflege der Volksgesundheit ist Aufgabe von Gesellschaft und Staat.

Alle Menschen haben das gleiche Recht auf ausreichende ärztliche Versorgung und auf Heilbehandlung, unabhängig von ihrer sozialen und ökonomischen Lage. Die Volksgesundheit stetig zu verbessern und vor Schäden zu bewahren, ist vornehmlich eine Aufgabe der Gesundheitsfürsorge:

- a) In der vorbeugenden Gesundheitsfürsorge müssen die Schwangeren-, Säuglings- und Wöchnerinnenfürsorge ausgebaut werden und zusätzlich zu den Leistungen der Sozialversicherung Möglichkeiten zur Pflege und Erholung, vor allem der berufstätigen Mütter, eröffnet werden.
- b) In der Schulfürsorge ist besonderes Gewicht auf regelmäßige Gesundheitskontrollen, gesundheitliche Beratung, Schulzahnpflege und Schulspeisung zu legen.
- c) Einrichtungen, die der gesundheitlichen Betreuung der Betriebsangehörigen dienen, sind auszubauen.
- d) Für gesundheitlich geschädigte Personen sind „Wiederherstellungs- und Umschulungsstätten“ nach medizinischen und psychologischen Grundsätzen auszubauen.
- e) Öffentliche Ehe- und Lebensberatungsstellen müssen kostenlos zur Verfügung stehen.
- f) Auf dem Gebiet der systematischen Seuchenbekämpfung sind vor allem Tb-Fürsorge und Tb-Heilstätten auszubauen und im Siedlungsprogramm das Tb-Problem besonders zu berücksichtigen.  
Die Geschlechtskrankheiten sind nach gesetzlicher Regelung zu behandeln und darüber hinaus durch Aufklärung und Beratung zu bekämpfen.
- g) Die pharmazeutische Industrie ist unter öffentlicher, wissenschaftlicher Aufsicht nach sozialhygienischen Grundsätzen wieder voll in Gang zu setzen.
- h) Sozialmedizin ist zum Pflichtfach der ärztlichen Ausbildung zu machen.

Nur in einer demokratisch sozialistischen Gesellschaftsordnung sind die in diesem Programm aufgestellten Forderungen zu verwirklichen.

## An den Parteivorstand überwiesene Anträge

### Veranstaltung von alljährlichen Gedenkfeiern für die durch Naziterror gefallenen Sozialdemokraten

Alljährlich sollen von den Ortsvereinen in dazu geeigneten Lokalen würdige Gedenkfeiern zur Erinnerung an die durch den Naziterror gefallenen sozialdemokratischen Freiheitskämpfer veranstaltet werden.

Bemerkung: Gewünscht wird, daß seitens des Parteitages bzw. des Parteivorstandes für die Durchführung dieser Gedenkfeiern ein bestimmter Tag benannt wird, um so in der Gesamtpartei die Gedenkfeiern einheitlich durchführen zu können.

### Kommission zum Studium der sozialdemokratischen Betriebsgruppenarbeit

Der Parteitag beschließt, den Parteivorstand zu beauftragen, unverzüglich eine Kommission zum Studium und zur Förderung der sozialdemokratischen Betriebsgruppenarbeit zu bilden.

Aufgaben der Kommission sind:

1. Sammlung der Erfahrungen, die in den Bezirken auf dem Gebiet sozialdemokratischer Betriebsgruppenarbeit gemacht worden sind.
2. Ausarbeitung von Vorschlägen und Förderung der Betriebsgruppenarbeit durch Informationsmaterial.
3. Förderung von Kursen für sozialdemokratische Betriebsgruppenarbeit durch Austausch von Lehrern und erfahrenen Organisatoren.

Der Parteivorstand wird beauftragt, für die Betriebsgruppenarbeit unverzüglich ein zentrales Referat unter Leitung eines geeigneten Genossen einzurichten.

### Herausgabe einer Zeitschrift für „Theorie und Praxis des Sozialismus“

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, unverzüglich die Herausgabe einer Zeitschrift für „Theorie und Praxis des Sozialismus“ vorzubereiten und durchzuführen. Die Zeitschrift soll wissenschaftliche und praktische Fragen behandeln. Die durch die Bezirke herausgegebenen Monatsschriften können als Ersatz für eine solche Zeitschrift nicht gelten.

### Funktionärzeitschrift

Neben einem Zentralorgan der Partei ist für die innerparteiliche Arbeit die Herausgabe einer Funktionärzeitschrift vorzubereiten und durchzuführen, die alle parteiamtlichen Verlautbarungen, die Beschlüsse des Parteitages, Parteivorstandes und der Fraktionen enthält und erläutert. Laufend ist in der Zeitschrift über die parteiliche Entwicklung zu berichten. Anregungen aus den Bezirken und Unterbezirken für die praktische Arbeit müssen darin enthalten sein.

### Gegen das Verhältniswahlrecht

Der Parteitag fordert für die kommende Wahlgeseztgebung in Reich, Ländern und Gemeinden die Einführung oder Beibehaltung des Personen-, d. h. Mehrheitswahlsystems. Dieses System stellt die Vorbereitung für den Aufbau einer gesunden

und lebenskräftigen Demokratie dar. In den Jahren 1918—1933 hat sich das Verhältniswahlssystem nicht bewährt; es ist einer guten demokratischen Entwicklung schädlich. Die Folge des Verhältniswahlsystems ist so, daß die kleinste Partei recht oft die ausschlaggebende ist. Es wird damit das Geschick von einer noch weit kleineren Minderheit bestimmt, als dieses bei dem Mehrheitswahlssystem der Fall sein kann, wenn eine Partei des Parlaments unter Umständen nur 30—40 Prozent der Wähler repräsentiert, aber trotzdem über die Mehrheit der Mandate verfügt.

#### **Gründung einer Akademie der Wissenschaften innerhalb der SPD**

Der Parteitag wolle beschließen, innerhalb unserer Partei eine Akademie der Wissenschaften zu gründen. Diese Akademie soll bestehen aus einem Kreis von Genossen, die in den einzelnen Fachgebieten der Wissenschaften besonders befähigt und geschult sind. Sie sollen laufend über den Stand auf ihrem Spezialgebiet an den Parteivorstand berichten. Die Ergebnisse dieser wissenschaftlichen Arbeiten müssen innerhalb der Partei schnellstens publiziert werden. Anfragen bestimmter Art, die jeweils notwendig werden, können auch vom Parteivorstand aus an die Mitglieder der Akademie der Wissenschaften mit der Bitte um Bearbeitung versandt werden. Diese Genossen, die in den verschiedensten Orten Deutschlands wohnen können, werden zusammen als „Sozialdemokratische Akademie der Wissenschaften“ bezeichnet.

#### **Sammlung von Tatsachenmaterial**

Der Parteitag wolle beschließen, daß eine Anzahl fachlich dazu geeigneter Genossen mit volkswirtschaftlicher Vorbildung von Hannover honoriert werden, so daß sie auf jedes andere Einkommen verzichten können und sich nur damit beschäftigen, aus den verschiedenen Zweigen der heutigen Wirtschaft Tatsachenmaterial zu sammeln, das gesammelte Material mit den Marx'schen Denk- und Erkenntnismethoden zu durcharbeiten und der Partei dann ihre Ergebnisse mitzuteilen.

#### **Neugründung der SAJ**

Der Ortsverein Offenbach a. M. stellt den Antrag, die Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ) nach dem alten Maßstab von vor 1933 neu zu schaffen.

#### **Renten für ehemalige Militärpersonen**

In einigen Ländern Westdeutschlands verstärken sich die Bemühungen um die Wiedereinführung der Renten und Versorgungsansprüche ehemaliger Militärpersonen. Der Parteitag möge beschließen:

Solange die berechtigten Ansprüche der Opfer beider Kriege, der Opfer des Faschismus, Bombengeschädigter, Arbeitsopfer und Sozialrentner nicht befriedigt werden können, kann es keine Renten für militaristische Nichtstuer geben.

#### **Antrag auf Änderung des Organisationsstatuts der Partei**

Das Organisationsstatut erhält im § 3 einen 2. Absatz folgenden Wortlauts:

Zur Regulierung der Landespolitik werden in den einzelnen Ländern Landesvorstände gebildet, die sich aus Vertretern der im Landesausmaß vorhandenen Bezirke unter Berücksichtigung der Mitgliederzahl zusammensetzen.

Die Wahl dieses Landesvorstandes wird durchgeführt auf gemeinsamen Parteitagern der im Landesausmaß vorhandenen Bezirksverbände. Diese Parteitage haben sich auch zu beschäftigen mit den wichtigsten Problemen des Landes, ganz besonders wenn es sich um grundsätzliche Entscheidungen handelt, deren Entscheidung nicht im Aufgabenbereich der Landtagsfraktion liegt.

Die Landesparteitage setzen sich zusammen aus den einzelnen Bezirksvorständen sowie Delegierten der Ortsvereine, Kreise und Unterbezirke.

### **Antrag auf Änderung des Organisationsstatuts der Partei**

Dem § 6 des Organisationsstatuts wird folgender neuer Absatz zugefügt:

Alle politischen Mandatsträger, die der Partei angehören, haben auf Verlangen der Organisation Bericht über ihre politische Haltung zu erstatten und sich nach den Entscheidungen der Organisation zu verhalten. Als zuständig gilt die Organisation der gleichen oder einer übergeordneten Ebene.

### **Antrag auf Änderung des Organisationsstatuts der Partei**

Als Zusatz zu dem § 26 ist anzufügen:

Als Wirken für andere Parteien oder gegen die SPD gilt auch, wenn sich ein Mitglied gegen den Willen der Partei oder deren Fraktionen von gegnerischen Parteien für öffentliche Ämter vorschlagen oder wählen läßt.

### **Antrag auf Änderung des Organisationsstatuts der Partei**

Der Parteitag wolle beschließen, daß die Delegierten zum Gesamtparteitag der SPD in Urwahlen zu wählen sind.

### **Antrag auf Änderung des Organisationsstatuts der Partei**

1. Zu § 2: § 2 Absatz 2 und 3 des Organisationsstatuts soll wie folgt geändert werden:

Aufnahmeanträge von früheren Mitgliedern anderer Parteien, insbesondere der NSDAP, müssen von zwei Mitgliedern der Partei, die nicht Mitglieder der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen waren, unterstützt werden.

Vor der Entscheidung des Ortsvereins müssen solche Anträge durch einen besonderen Ausschuß, den der Vorstand des Ortsvereins einsetzt, geprüft werden.

2. § 3 erhält folgende Fassung:

Die Grundlage der Organisation bildet der Bezirksverband. Der Bezirksverband wird vom Parteivorstand nach politischer und wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit abgegrenzt. Die Grenze eines Bezirksverbandes darf eine Ländergrenze nicht überschreiten.

In Ländern mit mehreren Bezirksverbänden können diese zur Erledigung landespolitischer Fragen zusammenarbeiten.

Der Bezirksverband gliedert sich in Ortsvereine, die durch den Bezirksverband zu Kreisverbänden und Unterbezirken zusammengelegt werden können. Zur Durchführung der organisatorischen und politischen Arbeiten kann der Ortsverein in Gruppen aufgegliedert werden.

Jedes Parteimitglied muß der für seinen Wohnort zuständigen Organisation angehören. Doppel-Mitgliedschaften sind unzulässig.

3. § 4 erhält folgende Fassung:

Die Bezirksverbände haben die Parteigeschäfte nach eigenen Statuten zu führen, die mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht in Widerspruch stehen dürfen.

Das politische Eigenleben der Ortsvereine ist dabei verbindlich zu sichern.

4. § 10 erhält folgende Fassung:

Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Er setzt sich zusammen aus 300 auf dem Bezirksparteitag gewählten Delegierten. Die Verteilung der Delegierten auf die einzelnen Bezirke erfolgt nach der Zahl der tatsächlichen Mitglieder der Bezirke nach dem Stand des jeweiligen Jahresersten.

Mit beratender Stimme nehmen am Parteitag teil:

- a) die Mitglieder des Parteivorstandes,
- b) die Mitglieder des Parteiausschusses,
- c) die Mitglieder der Kontrollkommission,
- d) die vom Parteivorstand berufenen Referenten.

5. § 11 erhält folgende Fassung:

Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und beschließt die Geschäftsordnung.

Zu einem Beschluß des Parteitages ist die Abgabe der Stimmen von mehr als der Hälfte der Stimmberechtigten notwendig.

Beschlüsse, die eine Änderung des Organisationsstatuts zum Gegenstand haben, bedürfen der Zustimmung von zwei Dritteln aller Delegierten.

6. § 17 erhält folgende Fassung:

Die Partei wird vom Parteivorstand geleitet.

Der Parteivorstand setzt sich zusammen aus:

1. dem Vorsitzenden,
2. dem stellvertretenden Vorsitzenden,
3. den Sekretären des Parteivorstandes,
4. den unbesoldeten Mitgliedern.

Die Anzahl der unter 3. und 4. genannten Mitglieder des Parteivorstandes wird jeweils vom Parteitag festgesetzt, wobei

1. die Gesamtzahl der Mitglieder des Parteivorstandes 30 nicht überschreiten darf,
2. die Zahl der unbesoldeten Mitglieder doppelt so groß sein muß wie die Zahl der unter 1. bis 3. genannten zusammen.

Die Wahl des Parteivorstandes erfolgt auf dem Parteitag mittels Stimmzettel in getrennten Wahlgängen. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten hat. Sind weniger Personen gewählt als Funktionen zu besetzen sind, so ist unter denen, die die Hälfte der abgegebenen Stimmen nicht erhalten haben, die Wahl in weiteren Wahlgängen fortzusetzen, bis die erforderliche Anzahl von Kandidaten mit Mehrheit gewählt ist. Für die Ergänzungswahlgänge ist jedoch nach Reihenfolge der Höhe der erhaltenen Stimmen nur die doppelte Anzahl von Bewerbern zugelassen, als noch Funktionen zu besetzen sind. In den Parteivorstand wählbar sind nur Mitglieder, die mindestens drei Jahre der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands angehören.

7. Es ist ein neuer § folgenden Inhalts in das Organisationsstatut aufzunehmen:

#### Fachausschüsse

Zur fachlichen Beratung der Partielorgane setzt der Parteivorstand mit Zustimmung des Parteiausschusses Fachausschüsse ein, bestimmt deren Arbeitsgebiet und beruft die Mitglieder für die Dauer des jeweiligen Geschäftsjahres.

Die Bezirksverbände haben das Vorschlagsrecht.

Die Fachausschüsse wählen ihren Leiter und dessen Stellvertreter aus dem Kreis ihrer Mitglieder. Der Leiter und sein Stellvertreter bedarf der Bestätigung durch den Parteiausschuß.

Die Fachausschüsse sind nicht berechtigt, für die Partei verbindliche Vorschläge zu fassen. Die Partielorgane sollen vor Beschlußfassung nach Möglichkeit den Fachausschüssen Gelegenheit zur gutachtlichen Stellungnahme geben.

Die Fachausschüsse haben nicht das Recht, Vertretungen zu Tagungen und Konferenzen zu entsenden; solche Delegationen werden vom Parteivorstand bestellt. Dieser hat bei der Auswahl Mitglieder von Fachausschüssen nach Maßgabe ihrer Sachkenntnis zu berücksichtigen.

Diese Vorschriften sind sinngemäß auf die innerhalb der Bezirksverbände zu bildenden Fachausschüsse anzuwenden.

8. § 22 des Organisationsstatuts erhält folgende Fassung:

Der Parteiausschuß besteht aus:

- a) je einem vom Bezirksparteitag gewählten Vertreter jedes Bezirkes,
- b) je einer weiteren Vertreterin der Bezirke,
  1. die mehr als 5000 weibliche Mitglieder zählen oder
  2. in denen der Anteil der weiblichen Mitglieder den Reichsdurchschnitt überschreitet.

Maßgeblich für die Feststellung ist die Zahl der tatsächlichen Mitglieder nach dem Stande des jeweiligen Jahresersten.

Für die Mitglieder des Parteiausschusses sind Stellvertreter zu wählen.

9. In § 24 des Organisationsstatuts werden die Eingangsworte „in der Regel alle Vierteljahr und im Bedarfsfalle auch häufiger ist der Parteiausschuß...“ durch folgende Worte ersetzt: „Mindestens in jedem Vierteljahr einmal ist der Parteiausschuß...“

10. §§ 26 bis 28 werden wie folgt in einem Paragraphen zusammengefaßt:

Aus der Partei ausgeschlossen wird:

- a) wer sich einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat,
- b) wer einer anderen politischen Partei als Mitglied angehört oder sie finanziell unterstützt oder für sie oder gegen die SPD Deutschlands wirbt,
- c) wer einen groben Verstoß gegen das Parteiprogramm begangen hat,
- d) wer durch beharrliches Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse der Parteitage oder der Partielorganisationen das Parteiinteresse schädigt,
- e) wer seine Aufnahme durch Angabe unwahrer oder Unterdrückung wahrer Tatsachen erschlichen hat.

Zur Stellung des Ausschlußantrages sind der Bezirksvorstand oder der Vorstand des Kreisverbandes oder der Vorstand des Ortsvereins, denen das Mitglied angehört, berechtigt.

Über Ausschlußanträge entscheidet in erster Instanz ein Schiedsgericht, bestehend aus fünf Mitgliedern.

Der Vorsitzende wird vom zuständigen Bezirksvorstand, je zwei Beisitzer werden vom Antragsteller und vom Beschuldigten ernannt. Bestellt eine Partei trotz Aufforderung innerhalb von zwei Wochen ihre Beisitzer nicht, so sind diese vom Bezirksvorstand zu bestellen.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts ist innerhalb von zwei Wochen nach Zustellung derselben mit schriftlicher Begründung die Berufung an ein Oberschiedsgericht zulässig. Dieses entscheidet endgültig. Es darf ihm keine Person angehören, die an der erstinstanzlichen Entscheidung mitgewirkt hat.

Das Oberschiedsgericht besteht aus einem Vorsitzenden und vier Beisitzern. Dieses wird in der gleichen Form bestellt wie das Schiedsgericht, jedoch wird der Vorsitzende vom Parteivorstand berufen. Das Oberschiedsgericht hat seine Entscheidung schriftlich zu begründen und den Parteien zuzustellen.

Lautet die Entscheidung des erstinstanzlichen Gerichts auf Ausschluß, so ruht die Mitgliedschaft des Angeschuldigten bis zur Rechtskraft derselben.

In beiden Instanzen darf nach vorgängiger mündlicher Verhandlung entschieden werden, zu welcher die Beteiligten rechtzeitig zu laden sind.

In allen Instanzen des Schiedsgerichtsverfahrens kann erkannt werden:

- a) auf Ausschluß aus der Partei,
- b) auf zeitweilige Aberkennung der Rechte zur Bekleidung von Funktionen,
- c) auf Rügen.

Auf Antrag des Antragstellers oder des Beschuldigten kann die Kontrollkommission eine rechtskräftige Entscheidung ganz oder teilweise aufheben oder mildern.

Gelangt die Kontrollkommission zu einer Aufhebung der Entscheidung, so ist die Sache in der Vorinstanz erneut zu verhandeln und zu entscheiden.

#### 11. § 5 des Organisationstatuts erhält folgende Fassung:

In allen Leitungen der Organisationen soll den weiblichen Mitgliedern im Verhältnis ihrer Zahl eine Vertretung gegeben werden.

#### **Antrag auf Änderung des Organisationsstatuts der Partei**

§ 22 Satz 1 des Organisationsstatuts wird gestrichen. In Abänderung der bisherigen Regelung wird bestimmt:

Im Parteiausschuß erhalten die Bezirke für jede angefangenen 50 000 Mitglieder ein Mandat.

#### **Herausgabe einer Zeitschrift für sozialistische Erziehung**

Der Parteitag beauftragt die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer, eine Zeitschrift für sozialistische Erziehung herauszugeben.

#### **Abänderung der „Sozialdemokratischen Grundsätze zum Lastenausgleich“**

I. An Stelle von Ziffer I tritt als neuer Leitsatz: Die durch den Krieg und Kriegsfolgen unverschuldet in Not Geratenen haben Anspruch auf die Hilfe der Allgemeinheit. Die Hilfe muß den arbeitsfähigen Kriegsgeschädigten eine menschenwürdige Existenz, den arbeitsunfähigen eine menschenwürdige Versorgung und dem Nachwuchs Ausbildungsbeihilfen gewähren.

Diese Aufgabe kann nur der Lastenausgleich erfüllen.

II. In Ziffer II, vorletzte Zeile, treten an Stelle der Worte „sozialen Bedürftigkeit“ die Worte „jetzigen, durch den Kriegsschaden entstandenen sozialen Notlage“.

III. In Ziffer IV wird Absatz 2 zu Punkt c) von Absatz 1 geändert und lautet:

c) Großzügige Förderung des Wohnungsbaues für die Vertriebenen und Ausgebombten sowie Bereitstellung von Mitteln aus dem Lastenausgleich, durch die den Kriegsgeschädigten unter Berücksichtigung der volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten die Errichtung einer selbständigen wirtschaftlichen Existenz in Landwirtschaft oder Gewerbe ermöglicht wird; sowie Gewährung von Ausbildungsbeihilfen an den Nachwuchs.

IV. Zu Ziffer V Absatz 1 ist als weiterer Satz hinzuzufügen: Soweit eine derartige drastische Heranziehung der Vermögen zur Erfüllung der Aufgaben gemäß IV nicht ausreicht, darf vor der Heranziehung auch der oberen Einkommensstufen nicht zurückgeschreckt werden.

V. Zu Ziffer VI ist nach den Worten „in natura“ hinzuzufügen: „abgesehen von gewissen Teilen des produktiven Vermögens (Boden, gewerbliche Beteiligung usw.)“.

## Sozialdemokratische Grundsätze zum Lastenausgleich

- I. Nur aus dem Ertrag seiner Arbeit kann das deutsche Volk leben und eine bessere Zukunft aufbauen. Die erste Voraussetzung dafür, daß die Anstrengungen der Arbeitenden einen Sinn haben, ist die Beseitigung des bitteren Elends der Alten und Arbeitsunfähigen und der menschenunwürdigen Verhältnisse, in die Millionen durch den Krieg und seine Folgen gestoßen worden sind. Diese Aufgaben kann nur der Lastenausgleich erfüllen.
- II. Die durch Krieg und die Mißwirtschaft der Nazis verschuldete Zerstörung des deutschen Volksvermögens bestimmt die Art und den Umfang des Lastenausgleichs. Die dazu aufzubringenden Mittel müssen nach Maßgabe der Dringlichkeit und der sozialen Bedürftigkeit verwendet werden.
- III. Für die im Rahmen des Lastenausgleichs den Geschädigten zustehenden Leistungen kann die Höhe des erlittenen Verlustes nicht maßgebend sein. Es widerspräche der sozialen Gerechtigkeit, wollte man denen am meisten geben, die wertmäßig am meisten besaßen. Nach sozialdemokratischer Auffassung kann es — abgesehen von der praktischen Undurchführbarkeit — nicht Aufgabe des Lastenausgleichs sein, den Versuch zu machen, die alten Besitzverhältnisse wiederherzustellen.
- IV. Daraus ergeben sich folgende Aufgaben des Lastenausgleichs:
  - a) die Zahlung einer durch Rechtsanspruch gesicherten ausreichenden Rente an jede arbeitsfähige Person, die durch Kriegs- und Nachkriegsverluste ihre Unterhaltungsmittel verloren hat.

In gleichem Maße ist der Unterhalt der Empfänger von Sozialrenten sicherzustellen, nachdem das Vermögen der Sozialversicherungsträger aus den gleichen Ursachen verlorengegangen ist.
  - b) Gewährung eines Rechtsanspruches auf eine Mindestausstattung mit Möbeln usw. an solche Geschädigten, die ihren Hausrat verloren haben und ihn sich aus eigenen Mitteln nach ihrem Einkommen nicht wieder beschaffen können.

Die Mittel des Lastenausgleichs müssen ferner Verwendung finden für Wohnungsbau und Siedlungswesen und die Errichtung selbständiger wirtschaftlicher Existenzen unter Berücksichtigung der volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten.

Dadurch sollen nicht nur in großem Umfang Arbeitsmöglichkeiten geschaffen, sondern vor allem die Voraussetzungen für eine soziale Neuordnung zugunsten aller arbeitenden Menschen gesichert werden.
- V. Der Lastenausgleich kann, wenn er seine politische, wirtschaftliche und soziale Aufgabe erfüllen soll, nur durch eine drastische Vermögensabgabe vollzogen werden. Die Höhe der Belastung des abgabepflichtigen Vermögens sowie ihre Verzinsung und Amortisation muß so bemessen werden, daß sich die Besitzenden praktisch den größten Teil dessen, was sie im Gegensatz zu den Geschädigten über Krieg und Nachkriegszeit retten konnten, neu erarbeiten müssen. Jeder Versuch, eine solche Belastung der erhalten gebliebenen Sachwerte zu verhindern, würde eine Abwälzung der Kriegsschäden

auf das Arbeitseinkommen der breiten Massen bedeuten, die aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit nicht zu verantworten ist. Deshalb fordert die Sozialdemokratische Partei mit besonderem Nachdruck finanz- und wirtschaftspolitische Sicherungen gegen die Abwälzung der Vermögensabgabe.

Dabei ist die Erfassung des Vermögenszuwachses aus Rüstungsgewinnen, Kriegskonjunktur sowie aus Schiebergeschäften und Währungsgewinnen besonders nachdrücklich durchzuführen.

Die Forderungen gegenüber den Besitzenden sind wirksam zu sichern, damit sich niemand seinen Verpflichtungen entziehen kann.

VI. Da die Vermögensabgabe *in natura* nur in geringem Umfang geleistet werden kann, muß sie im Regelfall durch Verzinsung und Tilgung der Schuld abgetragen werden. Die Höhe der Zins- und Tilgungssätze sowie die technische Durchführung der Vermögensabgabe haben sich den verschiedenen Besitzformen anzupassen (z. B. dürfte bei Wohngrundstücken die Erfassung eines entsprechenden Teiles der Rohmiete am wirksamsten sein). Auf berechnete wirtschaftliche Interessen des einzelnen und auf allgemeine volkswirtschaftliche Notwendigkeiten ist bei der Vermögensabgabe die nötige Rücksicht zu nehmen. Durch Festsetzung einer angemessenen Freigrenze ist das kleine Eigentum zu schonen.

VII. Zur Durchführung aller mit dem Lastenausgleich und der Vermögensabgabe verbundenen Aufgaben ist eine Lastenausgleichskasse zu errichten, welche die Mittel getrennt von den öffentlichen Haushalten und unter der Kontrolle von Vertretern der Geschädigten verwaltet.

Zur Vermeidung eines kostspieligen Verwaltungsapparates sind alle Behörden zu kostenloser Rechts- und Amtshilfe zu verpflichten.

VIII. Es kommt entscheidend darauf an, daß schnell gehandelt wird. Bis zur Verabschiedung der Gesetze über den Lastenausgleich und die Vermögensabgabe können die Bedürftigen nicht ohne Hilfe bleiben. Darum müssen sofort durch Gesetz Vorauszahlungen auf die Vermögensabgabe festgesetzt werden, damit die Zahlung der Renten an die Geschädigten beginnen kann.

Die Sozialdemokratische Partei bekennt sich zu diesen Grundsätzen eines Lastenausgleichs in der Überzeugung, daß nur auf diesem Wege die Mittel beschafft werden können, um die am schwersten getroffenen Opfer des Krieges vor völliger Verelendung zu schützen, ohne daß dadurch die Währung zerstört und die öffentlichen Finanzen in Unordnung gebracht werden.

Die Sicherung der Währung und die Ordnung in den Staatshaushalten ist aber die erste Voraussetzung dafür, daß die von allen Arbeitsfähigen geforderten Anstrengungen und Opfer sinnvoll werden, indem sie sicher aus dem wirtschaftlichen und sozialen Chaos herausführen und die Grundlage für eine bessere Zukunft schaffen.

Die Sozialdemokratische Partei spricht die Erwartung aus, daß die Besitzenden, die noch von den Folgen des Krieges weitgehend verschont geblieben sind, ihre Verpflichtungen gegenüber denen, die bisher die Last allein getragen haben, anerkennen und sie bereitwillig erfüllen.

Nur durch eine soziale Leistung von überzeugender Größe kann das deutsche Volk seine moralische Kraft neu begründen, die Kraft, die es braucht, um seine Angelegenheiten im Inneren zu ordnen und nach außen wirkungsvoll zu vertreten. Der von der Sozialdemokratischen Partei geforderte Lastenausgleich der sozialen Gerechtigkeit ruft alle Deutschen, die guten Willens sind, zu dieser gemeinsamen Leistung auf.

## Delegiertenliste

### Partei Vorstand

Erich Ollenhauer  
Egon Franke  
Herta Gotthelf  
Fritz Heine  
Herbert Kriedemann  
Alfred Nau  
  
Lisa Albrecht  
Valentin Baur

Franz Bögler  
Willy Eichler  
Andreas Gayk  
Ernst Gnoß  
Robert Görlinger  
Adolf Grimme  
Emil Groß  
Fritz Helmstädter  
Fritz Henßler

Wilhelm Kaisen  
Willi Knothe  
Karl Meitmann  
Dr. Walter Menzel  
Franz Neumann  
Prof. Dr. Carlo Schmid  
Dr. Elisabeth Selbert  
Dr. Hermann Veit

### Parteiausschuß

Max Kukielczynski  
Anni Krahnstöver  
Adolf Kellback  
Paula Karpinski  
Emil Kraft  
Richard Borowski  
Rosa Helfers  
Otto Bennemann  
Willy Michel  
Heinrich Wenke  
Käthe Schaub

Hermann Runge  
Trude Wolff  
Willy Schirrmacher  
Georg Buch  
Max Denker  
Franz Höhne  
Willi Fischer  
Käthe Strobel  
Ernst Schumacher  
Gerda Vey  
Alfred Frenzel

Max Allmer  
Luise Kinzel  
Emil Bettgenhäuser  
Willibald Gänger  
Richard Jaeckle  
Viktor Renner  
Ida Wolff  
Günter Markscheffel  
Marta Giesemann  
Lucie Beyer

### Kontrollkommission

Adolf Schönfelder  
Walter Damm  
Georg Richter

Heinrich Hückler  
Gustav Bratke  
Christian Wittrock

Jacob Steffan  
Fritz Ullrich  
Karl Seeser

### Delegierte

#### Bezirk Schleswig-Holstein

Bernhard Ahrens  
Erich Arp  
Johannes Begier  
Erich Daubhäuser  
Maria Dettmann  
Hans Eckstrand  
Anni Kloth  
Else Haberlandt  
Walter Kerber  
Hermann Köster  
Eugen Lechner

Hermann Lüdemann  
Walter Lurgenstein  
Ernst Mannhaupt  
Ewald Wittkowski  
Hans Oldorf  
Otto Passarge  
Karl Ratz  
Anna Hoffmann  
Wilhelm Siegel  
Wilhelm Steinhörster  
Ella Streufert

Richard Thiede  
Hans Vorbrook  
Gertrud Völker  
Heinrich Warstatis  
Rudolf Wehle  
Erich Wendicke  
Berta Wirthel  
Arnold Wulff  
Jens Hansen

### Bezirk Hamburg-Nordwest

Rudolf Büch  
Martha Damkowski  
Carl Gehrman  
Otto Günther  
Nikolaus Jürgensen  
Max Hockenholz  
Helmut Kalbitzer  
Erich Klabunde  
Peter Blachstein

Paul Känder  
L. Sellmer  
Dr. Paul Nevermann  
Prof. Karl Schiller  
Walter Schmedemann  
Hermann Sönnichsen  
Karl Strutz  
Herbert Wehner  
Paula Westendorf

Willi Herbst  
Johannes Thies  
Gerhard v. Heukelum  
Hans-Georg Schlichting  
Anni Lange  
Willi Schramm  
Karl Stockinger  
Louis Biester

### Bezirk Weser-Ems

Johann Janssen  
Adolf Heidenreich  
Gertrud Reichelt

Anton Pawlowski  
Kempe  
Hohmeyer

Großmann  
Hermann Barschdorf

### Bezirk Hannover

Fritz Blume  
Fritz Bottke  
Fritz Brockmann  
Ernst Busse  
Hans Dulky  
Erich Gerlach  
Wilma Geringhausen  
Frieda Hauke  
Lotte Hente  
Ernst Kipker

Karl Hille  
Fritz Michalski  
Benno Wierzyk  
Albert Köhler  
Helmut Casimir  
Felix Kraft  
Walter Läge  
Richard Möhring  
Richard Partzsch  
Fritz Polenz

Karl Poth  
Fritz Pracht  
Marie Prejawa  
Hermann Röber  
Wilhelm Ruhke  
Adolf Schmidt  
Willi Schwebke  
Adolf Stockleben  
Hans Striefler

### Bezirk Braunschweig

Willi Muhs  
Hermann Troppenz  
Heinz Pause

Franz Groß  
Else Evers  
Hermann Seuber

Rudolf Bosse  
Arthur Bendias  
Erich Schulz

### Bezirk Östliches Westfalen

Wilhelm Blome  
Helene Kley  
Walter Werning  
Wilhelm Boschulte

Otto Grube  
Anton Rohleder  
Dr. Paul Bleiss  
Wilhelm Mellies

Heinrich Lücking  
Franz Benisch

### Bezirk Westliches Westfalen

Herbert Schauerte  
Werner Jacobi  
Wilhelm Tenhagen  
Theodor Buch  
Rudolf Heiland  
Gerda Bittner  
Jonny Heide  
Erich Meyer  
Fritz Steinhoff  
Lore Klein  
Josef Hafnagel  
Oscar Möhle

Alfred Dickerhoff  
Richard Ey  
Wilhelm Berning  
Wilhelm Borgstedt  
Karoline Zorwald  
Erna Mathis  
Adolf Stock  
Mimmi Temme  
Paul Putzig  
Theo Schürhoff  
Alfred Gleisner  
August Schlingmann

Kurt Brandt  
Heinz Dickel  
Paul Pieper  
Fritz Keller  
Walter Harich  
Horst Helbing  
Paul Schäfer  
Jupp Kappius  
Karl Rabenschlag  
Luise Strunk  
Wilhelm Futter  
Willi Peters

### Bezirk Niederrhein

Lotte Wücker  
Adolf Wintzen  
Arthur Hauck  
Carl Zöllig  
Anne Kleinbeckes  
Dr. Berger  
Eberhard Brünen

Heinrich Jochem  
Wilhelm Nieswandt  
Wilhelm Pawlik  
Ewald Wahrendorf  
Grete Rudoll  
Josef Hellenbrock  
Hubert Vootz

Karl Matull  
Hans Lenschen  
Heinrich Schroth  
Wilhelm Goeke  
Fritz Sack

### Bezirk Oberrhein

Rudolf Möller-Dostali  
Mathias Moll  
Susie Miller

Hubert Peter  
Gerhard Fuß  
Heinz Kühn

Josef Scheuren  
Alois Schmitz

### Bezirk Rheinland-Hessen-Nassau

Georg Bauer  
Hans Böhm jun.

Alois Wingender  
Peter Jacobs

Bernhard Noll

### Bezirk Hessen-Kassel

Franz Fister  
Willi Goethe  
Gustav Kinner  
Eunst Muche

Käthe Richter  
Heinrich Schneider  
Seppel Weis  
Ernst Spars

Heinz Waller  
Heinrich Winkelhock

### Bezirk Hessen-Süd

Emil Walk  
Peter Crössmann  
Fritz Heddäus  
Walter Oelschläger  
Artur Bratu  
Andreas Kern  
Hugo Ramm

Rudolf Geller  
Otto Köth  
Bruno Wittig  
Gustav Pfannkoch  
Georg Sierle  
Johanna Spangenberg  
Hans Schröder

Hermann Schaub  
Heinrich Löffler  
Arthur Arzt  
Albert Hild  
Albert Jungeblodt  
Eugen Weigel

### Bezirk Rheinhessen

Elisabeth Schwamb

Willi Hirschbiel

### Bezirk Württemberg-Baden

Dr. Ludwig Ratzel  
Willi Rieple  
Dr. Heinrich Dietrich  
Dr. Erich Nies

Dr. Hermann Knorr  
Willi Lausen  
Eugen Flind  
Hans Banzhaf

Fritz Vetter  
Albert Wolf  
Paul Knittel  
Heinrich Göft

### Bezirk Süd-Württemberg

Fritz Erier

Oskar Kalbfell

### Bezirk Süd-Baden

Fritz Maier

Marta Schanzenbach

Walter Faller

### Bezirk Niederbayern-Oberpfalz

Max Drechsel  
Ewald Bitom  
Josef Rothhammer

Leo Hofmann  
Franz Sichler  
Hans-Jürgen Wischnesky

Franz Wolf

### Bezirk Ober- und Mittelfranken

Hans Lechner  
Käthe Reichert  
Philipp Göb  
Fritz Grässler  
Martin Loos  
Margarete Glinka

August Neumann  
Hans Gumann  
Herbert Hauffe  
Arno Behrisch  
Otto Mohrmann  
Georg Russ

Franz Röhl  
Alfred Borchert  
Josef Jungnickel  
Florian Scherz  
Willi Balderer

### Bezirk Unterfranken

Johann Maag  
Wilhelm Weiß

Jean Stock

Hans Nickel

### Bezirk Oberbayern

Waldemar v. Knöringen  
Erwin Hielscher  
Max Scheibengraber

Franz Weilmeier  
Josef Kiene  
Josef Strobel

Gustav Wünschel  
Anton Bauer

### Bezirk Schwaben

Hans Kramer  
Hermann Ospald

Helmut Gerber  
Otto Strobel

Emil Benz  
Rudolf Kögel

### Bezirk Pfalz

Else Müller  
Luise Herklotz  
Friedrich Wilhelm Wagner

Jakob Schunk  
Karl Brech  
Fritz Fickelsen

Heinrich Barié  
Oskar Böhm  
Jakob Kuhn

### Bezirk Groß-Berlin

Paul Löbe  
Otto Bach  
Ernst Reuter  
Dr. Franz Seume  
Jeannette Wolff  
Kurt Mattick  
Ursula Kirchert

Gustav Klingelhöfer  
Annedore Leber  
Karl Lehrer  
Kurt Neubauer  
Otto Amberger  
Gretel Heise  
Katharina Kleykamp

Dr. Rudolf Wissell  
Theo Thiele  
Fritz Schloss  
Willi Urban  
Erich Ryneck

### Referenten

Dr. Rudolf Zorn

### Parteiinstitutionen

August Albrecht  
Willi Brandt  
Rudolf Gerstung  
Arno Hennig  
Hans Hermsdorf  
Lotte Lemke  
Erich Lindstaedt

I. H. W. Dietz-Verlag Nachfolger  
Berliner Sekretariat des Parteivorstandes  
Sekretariat für Sozialpolitik  
Sozialistische Kulturzentrale  
Jungsozialisten  
Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt  
„Die Falken“

Dr. G. Lütikens  
Siegfried Orloff  
Dr. G. Prüfer  
Peter Raunau  
Hans Stephan  
Karl Storbeck  
Herbert Treichel  
Ernst Zimmer

Sekretariat für Außenpolitik  
Sekretariat des Parteivorstandes  
Rundfunksekretariat des Parteivorstandes  
Sozialdemokratischer Pressedienst  
Sekretariat für Kriegsgefangenenhilfe  
Konzentration G. m. b. H.  
Sekretariat für Propaganda  
Flüchtlingssekretariat

#### Internationale Gäste

##### Amerika:

Henry Rutz

American Federation of Labor

##### Belgien:

Anton Spiroy  
Franz Tielemans  
Karl Rahler

Sozialistische Partei Belgien

##### Dänemark:

Lars M. Olsen  
Nina Andersen  
Ernst Christiansen

Sozialdemokratische Partei Dänemark

##### Frankreich:

Salomon Grumbach

S. F. I. O.

##### Großbritannien:

Mr. Sam Watson  
Margaret Herbison

British Labour Party

##### Holland:

Koos Vorrink  
J. H. Scheps  
J. M. Willems  
A. Mozer  
Sal Tas

Partei der Arbeit

##### Italien:

Lotte Treves  
Paolo Treves

Partito Socialista dei Lavoratori Italiani

##### Österreich:

Franz Jonas  
Dr. Julius Deutsch  
Rosel Jochmann  
Ferdinande Flossmann

Sozialistische Partei Österreich

##### Schweiz:

Dr. Paul Meierhans  
Margaret Kiesel-Brutschy

Schweizer Sozialdemokratische Partei

## SPD-Gäste aus dem Ausland

Willi Sander	London
Kurt Helwig	Stockholm
Dr. Otto Friedländer	Stockholm
Ernst Paul	Stockholm
Otto Braun	Zürich
M. Ritzel	Basel
Hermann Graul	Zürich
W. Dittmann	Zürich
Karl Rowold	Kopenhagen
Karl Peters	Kopenhagen
W. Riepekohl	Kopenhagen
Peter Schattner	Brasilien
Walter Thamm	Brüssel
Max Cohen-Reuss	Paris
Wilhelm Sollmann	Amerika

## Inhaltsübersicht

	Seite
Tagesordnung . . . . .	2
<b>1. Verhandlungstag</b>	
Eröffnung und Begrüßung . . . . .	3
Wahl des Präsidiums . . . . .	7
Begrüßungsreden:	
Oberbürgermeister Gockeln, Düsseldorf . . . . .	8
Ministerpräsident Karl Arnold, Düsseldorf . . . . .	8
Ortsvereinsvorsitzender Richter, Düsseldorf . . . . .	9
Bezirksvorsitzender Ernst Groß, Düsseldorf . . . . .	10
Franz Neumann, Berlin . . . . .	11
Fritz Steinhoff, Hagen . . . . .	12
Henry Rutz, Amerika . . . . .	12
Anton Spiroy, Belgien . . . . .	14
Nina Andersen, Dänemark . . . . .	14
Sam Watson, England . . . . .	15
Salomon Grumbach, Frankreich . . . . .	16
Koos Vorrink, Holland . . . . .	18
Paolo Treves, Italien . . . . .	20
Dr. Julius Deutsch, Österreich . . . . .	21
Kurt Heinig, Schweden . . . . .	23
Dr. Paul Meierhans, Schweiz . . . . .	23
Willi Sander, England . . . . .	24
 <b>Die Sozialdemokratie im Kampf für Freiheit und Sozialismus</b>	
Referat von Dr. Kurt Schumacher . . . . .	25
Diskussion:	
Prof. Carlo Schmid, Tübingen . . . . .	46
Prof. Ernst Reuter, Berlin . . . . .	50
Fritz Henßler, Dortmund . . . . .	53
Dr. Fritz Eberhard, Stuttgart . . . . .	55
Jupp Kapplius, Dortmund . . . . .	56
Willy Brandt, Berlin . . . . .	58
 <b>2. Verhandlungstag</b>	
Verlesung von Grüßen und Telegrammen . . . . .	61
Bericht der Mandatsprüfungskommission . . . . .	61
Fortsetzung der Diskussion:	
Arthur Arzt, Wiesbaden . . . . .	62
Erich Arp, Kiel . . . . .	64
Hermann Lüdemann, Kiel . . . . .	66
Günther Markscheffel, Mainz . . . . .	68
Willi Elchler, Köln . . . . .	69
Peter Jacobs, Trier . . . . .	70
Heinrich Jochem, Oberhausen . . . . .	72

	Seite
Herbert Wehner, Hamburg . . . . .	74
Erich Gerlach, Göttingen . . . . .	75
Schlußwort: Erich Ollenhauer . . . . .	76
Abstimmung über die Anträge 3—9, 59, 60, 67 . . . . .	84
Vorschläge für Neuwahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission . . . . .	85

#### **Bericht des geschäftsführenden Parteivorstandes**

Egon Franke, Organisation . . . . .	86
Alfred Nau, Kassenbericht . . . . .	88
Fritz Heine, Presse und Propaganda . . . . .	92
Herta Gotthelf, Frauenarbeit . . . . .	94

#### **Bericht der Kontrollkommission**

Berichterstatter: Adolf Schönfelder . . . . .	97
Wahl einer Beschwerdekommision . . . . .	98

#### **Begründung und Diskussion der eingereichten Anträge**

Arthur Hauck, Düsseldorf . . . . .	99
Werner Jacobi, Iserlohn . . . . .	100
Louis Biester, Hamburg . . . . .	101
Jeannette Wolff, Berlin . . . . .	101
Carl Zöllig, Düsseldorf . . . . .	104
Heinrich Schroth, Solingen . . . . .	104
Ernst Schumacher, Würzburg . . . . .	106
Arthur Arzt, Wiesbaden . . . . .	106
Geldern, Kempen . . . . .	108
Herbert Wehner, Hamburg . . . . .	108
Wilhelm Nießwandt, Essen . . . . .	110
Prof. Carlo Schmid, Tübingen . . . . .	111
Fritz Polenz, Hannover . . . . .	112
Schlußwort: Egon Franke . . . . .	112
Abstimmung über die Anträge 10—28, 64—66, 70 . . . . .	118

#### **Wahl des Parteivorstandes . . . . .**

115

#### **Bericht über die Arbeit der sozialdemokratischen Fraktion im Wirtschaftsrat**

Referent: Herbert Kriedemann . . . . .	116
----------------------------------------	-----

### **3. Verhandlungstag**

Ergebnis der Wahl des Parteivorstandes . . . . .	129
Ergebnis der Wahl der Kontrollkommission . . . . .	130
Erich Ollenhauer: Dank an die Delegierten . . . . .	130
Erklärung zu dem Urteil der sowjetischen Militärjustiz in Berlin	
Redner: Kurt Mattik, Berlin . . . . .	181

#### **Grundsätze sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik**

Referent: Hermann Veit . . . . .	138
----------------------------------	-----

#### **Soziale Neuordnung als sozialistische Gegenwartsaufgabe**

Referent: Dr. Rudolf Zorn . . . . .	138
-------------------------------------	-----

**Begründung des dem Parteitag zur Annahme vorgelegten  
Sozialprogramms des Sozialpolitischen Ausschusses**

	Seite
Referent: Dr. Paul Nevermann . . . . .	160
<b>Diskussionsredner:</b>	
Erwin Schoettle, Stuttgart . . . . .	161
Dr. Rudolf Wissell, Berlin . . . . .	163
Erich Klabunde, Hamburg . . . . .	165
Waldemar v. Knöringen, München . . . . .	166
Arthur Hauck, Düsseldorf . . . . .	167
Dr. Paul Bleiss, Minden . . . . .	168
Heinrich Jochem, Oberhausen . . . . .	171
Otto Günther, Hamburg . . . . .	172
Gustav Klingelhöfer, Berlin . . . . .	173
Miß Herbison, England . . . . .	175
Erwin Hielscher, München . . . . .	176
Walter Damm, Pinneberg . . . . .	178
Erich Arp, Kiel . . . . .	179
Hans Schröder, Frankfurt . . . . .	181
<b>Schlußwort: Herbert Kriedemann . . . . .</b>	
Dr. Rudolf Zorn . . . . .	184
Annahme des „Sozialpolitischen Programms“ . . . . .	185
Billigung der Haltung der sozialdemokratischen Fraktion des Wirtschaftsrates . . . . .	185
Abstimmung über die Anträge 27—30, 68, 69, 74, 76, 77 . . . . .	186
<b>Kulturpolitik</b>	
Arno Hennig, Kulturreferent beim Parteivorstand . . . . .	187
Dr. Berger, Wesel . . . . .	190
<b>Zur Begründung der Anträge 39—50, 62, 71—75:</b>	
Willy Eichler, Köln . . . . .	192
Wilhelm Siegel, Bad Oldesloe . . . . .	193
Abstimmung über die Anträge 39—41, 43—47, 73 . . . . .	194
<b>Zum Antrag 42:</b>	
Hermann Lüdemann, Kiel . . . . .	195
Dr. Walter Menzel, Düsseldorf . . . . .	196
Abstimmung über die Anträge 42, 46—50, 72, 75 . . . . .	197
<b>Erklärung des Parteivorstandes zum Antrag 71</b>	
Redner: Dr. Elisabeth Selbert, Kassel . . . . .	198
Abstimmung über Antrag 62, Entlassung der Kriegsgefangenen . . . . .	199
<b>Bericht des Beschwerdeausschusses in Sachen Wirtz, Köln</b>	
Berichterstatter: Fritz Helmstädter, Stuttgart . . . . .	200
Schlußwort: Paul Löbe, Berlin . . . . .	201

## Anhang

	Seite
Begrüßungsschreiben und -telegramme . . . . .	203
Kundgebungen und Beschlüsse des Parteitages 1949 . . . . .	204
Entschleßung des Parteitages zur Lage in der Sowjetzone . . . . .	214
Entwurf eines Sozialprogramms der Sozialdemokratischen Partei . . . . .	215
An den Parteivorstand überwiesene Anträge . . . . .	222
Sozialdemokratische Grundsätze zum Lastenausgleich (Zur endgültigen Formulierung im Wirtschafts- und Sozialpolitischen Ausschuß an den Parteivorstand überwiesen) . . . . .	
Delegiertenliste . . . . .	231
Inhaltsübersicht . . . . .	237